DAS RATHAUS IN MARL

Zur Bedeutung der Architektur für die politische Sinnstiftung auf kommunaler Ebene

Inauguraldissertation
zur
Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
in der
Fakultät für Geschichtswissenschaft
der
Ruhr-Universität Bochum

vorgelegt
von
Stefan Kleineschulte

Referent: Prof. Dr. Joachim Petsch
Korreferent: HD Dr. Andreas Köstler
Tag der mündlichen Prüfung: 10. Juli 2003

Veröffentlicht mit Genehmigung der Fakultät für Geschichtswissenschaft
der Ruhr-Universität Bochum

Eine Demokratie ist nur soviel wert,
wie sich ihre Menschen wert sind,
daß ihnen ihr öffentliches Bauen wert ist.

Adolf Arndt

Platz ist in der kleinsten Hütte.

Volksweisheit

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 7

1 Einleitung 9

2 Geschichte Marls 19
- 2.1 Die Zeit bis 1945 19
- 2.2 Nach dem Zweiten Weltkrieg 26
- 2.3 Geschichte der Stadtplanung in Marl 33

3 Baugeschichte 57
- 3.1 Vorgängerbauten 57
- 3.2 Wettbewerb 61
- 3.3 Planung, Bauablauf und politische Auseinandersetzung 68
- 3.4 Veranstaltungen 79
- 3.5 Reparatur 86

4 Baubeschreibung 91
- 4.1 Sitzungstrakt 91
- 4.2 Zentralgebäude 97
- 4.3 Türme 99
- 4.4 Polizeigebäude 104
- 4.5 Erläuterungen der Architekten 105
- 4.6 Zusammenfassung 109

5 Arbeiten von van den Broek und Bakema 113
- 5.1 Bürogeschichte und Überblick 113
- 5.2 Rathaus Ede 129
- 5.3 Rathaus Terneuzen 134
- 5.4 Technische Hogeschool Delft 137
- 5.5 Bürohäuser Nievelt / van Goudriaan / Veder, Het Parool 141

6 Vergleichsbauten 145
- 6.1 Bauaufgabe Rathaus 145
- 6.2. Wettbewerbsbeiträge Rathaus Marl 170
  - 6.2.1 Hans Scharoun 170
  - 6.2.2 Günther Marschall 179
  - 6.2.3 Heinz und Kurt Conle 182
  - 6.2.4 Arne Jacobsen 185
  - 6.2.5 Otto Englberger 190
  - 6.2.6 Bernhard Pfau 192
  - 6.2.7 Sep Ruf 195
  - 6.2.8 Alvar Aalto 197
  - 6.2.9 Ferdinand Kramer 204
  - 6.2.10 Rudolf Schwarz 206
  - 6.2.11 Hans Schwippert 212
  - 6.2.12 Zusammenfassung 216
- 6.3 Rathaus Toronto 220
- 6.4 Hängekonstruktionen 227

7 Aufnahme in der Architekturdiskussion um 1960 253

8 Zusammenfassung 269

9 Abkürzungsverzeichnis 275

10 Literaturverzeichnis 277

11 Quellenverzeichnis 305

12 Abbildungen 307

13 Abbildungsnachweis 351

Vorwort

Auch wenn eine Dissertation als Arbeit eines Einzelnen gilt, sind an ihrem Zustandekommen doch einige Personen beteiligt. Unter den vielen hilfreichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen von Institutionen, vor allem des Nederlands Architectuurinstituut, des Diözesanarchivs Köln, der Aalto-Stiftung und der Stiftung Archiv der Akademie der Künste in Berlin, möchte ich Rolf Pollberg und Friedhelm Kirch vom Stadtarchiv Marl hervorheben, die geduldig alle Einsichtwünsche erfüllten und zahlreiche Kontakte ermöglichten. Walter Sethe und Albert Kopecky danke ich für ihre Auskunftsbereitschaft als Zeitzeugen ebenso wie Lore Kramer und Maria Schwarz, die mich bei der Recherche zu den Entwürfen von Ferdinand Kramer und Rudolf Schwarz unterstützten. Joachim Petsch gebührt Dank für die unaufdringliche, aber verlässliche Betreuung der Arbeit, Andreas Köstler für die Bereitschaft, das Zweitgutachten kurzfristig zu übernehmen.
Mindestens genauso wichtig wie diese inhaltliche Beteiligung erscheint mir allerdings die Begleitung durch Freundinnen und Freunde, die die einseitige Beschränkung auf die Dissertation aufbrechen halfen und bei der Bewältigung der üblichen Krisen beistanden. Der Dank in dieser Hinsicht gilt meinen Eltern, Mechthild Kleineschulte und Werner Kleineschulte, meiner Schwester Barbara Kleineschulte, Peter Köster und Esther Neumann, die beide zudem für Teile der Dissertation das Korrekturlesen übernahmen, Iris Grötecke, Agnes Seemann und Helga Schmal. Ganz besonders bin ich Stefan Nies verpflichtet, dessen Verstand und Liebe mir sowohl dauerhafte Stütze wie Anfeuerung sind.
Diese Arbeit ist dem Andenken an Gerti Maria Hoffjan gewidmet; wir haben nicht nur das Studium gemeinsam absolviert, vielmehr war sie mir eine überaus nahe Freundin.

1 Einleitung

Mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991, den Sitz des Parlaments und des Hauptteils der Regierung von Bonn nach Berlin zu verlegen, gewann die Frage nach der Gestaltung staatlicher Bauten in einer Demokratie eine Bedeutung, wie sie sie allenfalls in der Gründungsphase der Bundesrepublik besessen hatte, führte doch die Verlagerung der wichtigsten Verfassungsorgane zu einer Bautätigkeit von weitaus größerem Umfang als bis dahin. Nachdem die ursprüngliche Planung, die überwiegend Neubauten vorgesehen hatte, aus finanziellen und städtebaulichen Gründen sowie wegen Sicherheitsbedenken aufgegeben worden war, stand allerdings die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit der neu zu belegenden Gebäude im Vordergrund,[1] zumal sich hier häufig mehrere Schichten (Kaiserreich, Weimarer Republik, Drittes Reich und DDR) überlagerten, von denen zumindest die letzten beiden als problematisch angesehen wurden. Vor allem aber geriet bei der Diskussion stets das Nationale in den Blick, indem der Begriff der Nation im Sinne einer vermeintlichen Normalisierung als Einheit stiftende Kategorie wiederbelebt oder aber genau diese Renationalisierung, als Großmachtstreben verurteilt, verhindert werden sollte.[2]

Unterhalb dieser hoch aufgeladenen Ebene nationaler und staatlicher Bedeutung bleibt jedoch ein „weites Feld“ von Beziehungen zwischen Architektur und Demokratie. So prägen etwa die juristischen, aus dem demokratischen Gesetzgebungsverfahren hervorgegangenen Regelungen wie Eigentums-, Steuer-, Planungs- und Baurecht das Bauen, ermöglichen sie doch bestimmte Bauweisen und Nutzungen, während sie andere verbieten oder benachteiligen. Auch verfügen scheinbar unpolitische Bauaufgaben über eine politische Dimension, denn die Art und Höhe der Förderung beispielsweise von Kindergärten beruht ebenso auf einer politischen Entscheidung, wie die Gestaltung von „Eigenheimen“ Rückschlüsse auf grundlegende gesellschaftliche Werthaltungen zulässt. Schließlich gibt es die politischen Bauten im engeren Sinne, also für Organe der Politik errichtete Gehäuse. Neben den Gebäuden staatlicher Agenturen, wie Regierungspräsidien, Finanzämtern

---

1 Einen guten Überblick über den Ablauf der Konzepte bietet Max Welch Guerra: Berlin. Zwischenbilanz, in: Politics-Poetics. Das Buch zur documenta X, Ostfildern 1997, S. 689-693, den Zustand nach Fertigstellung der meisten Projekte zeigen Barbara Kündiger: Fassaden der Macht. Architektur der Herrschenden, Leipzig 2001; Volker Wagner: Regierungsbauten in Berlin. Geschichte, Politik, Architektur, Berlin 2001; Heinrich Wefing: Kulisse der Macht. Das Berliner Kanzleramt, München 2001.

2 In diesen Zusammenhang gehört auch die bizarre Debatte um die Benennung des Parlaments als Reichstag oder Bundestag sowie die Auseinandersetzung um die eben nicht dem deutschen Volk, sondern der Bevölkerung gewidmete Arbeit Hans Haackes.

oder Bergämtern, die wegen ihres vorwiegend verwaltenden Charakters nur wenig Beachtung finden, und eigenen Bauten anderer großer, aber nicht staatlicher Organisationen, zum Beispiel der Gewerkschaften oder von Greenpeace, gehören Rathäuser zu dieser Gruppe.

Obwohl das hohe Pathos des Nationalen im kommunalen Bereich naturgemäß zurückgenommen ist, wird auch hier die Architektur doppelt mit Bedeutung besetzt: Sie soll sowohl die demokratische Verfasstheit der Gemeinde ausdrücken als auch das mit dem schillernden Begriff „Identität“ belegte Selbstverständnis der Stadt widerspiegeln. Wie eine solche zweifache Ausdrucksfunktion an die Architektur herangetragen wird und wie diese sie erfüllt, soll an dem Rathaus der Stadt Marl in Westfalen, einem zwischen 1960 und 1967 nach Plänen des Architektenbüros van den Broek und Bakema errichteten Bau, beispielhaft gezeigt werden.

Dabei erscheint die Beschäftigung mit gerade diesem Bauwerk sinnvoll, weil es durch längere Vorplanungen und einen prominent besetzten Wettbewerb mit internationaler Beteiligung ungewöhnlich sorgfältig vorbereitet wurde, so dass zum einen das Ergebnis dieser Bemühungen die Vorstellungen und Ansprüche der Auftraggeber und Urheber verdichtet enthält, zum anderen umfangreichere Äußerungen auf einem relativ hohen Reflexionsstand vorliegen, die eine zweite Quelle neben dem Gebäude selbst darstellen. Da zudem durch die Ausschreibungsvorgaben und die Juryurteile implizit vor allem die Ausdrucksfunktion einer der Moderne verpflichteten Architektur zum Gegenstand des Wettbewerbs geriet, verfügt zumindest ein Teil der Beiträge über eine *bewusste* Gestaltung, die Standardlösungen hinter sich lässt und eine vertiefte Interpretation erlaubt. Über diese Einzelanalysen hinaus bietet die Existenz von zwölf Wettbewerbsbeiträgen die Möglichkeit zu einem aussagekräftigen Vergleich, weil die Entwürfe unter weitgehend gleichen Bedingungen entstanden sind. Endlich stellte der Zeitpunkt des Wettbewerbs in einer Schwellensituation – am Ausgang der 1950er Jahre und gegen Ende des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg – nach Auffassung der Zeitgenossen eine Gelegenheit dar, ein Fazit des bis dahin Erreichten zu ziehen und dies mit der Formulierung neuer Ziele zu verknüpfen. Die Untersuchungsergebnisse sind damit für das Verständnis sowohl der Architektur der fünfziger als auch der sechziger Jahre von Belang, und auch für die heutige Architekturpraxis, die sich zwischen verspäteter Postmoderne und High-Tech-Design bewegt, mag trotz veränderter Rahmenbedingungen der Versuch, die Moderne weiterzuentwickeln, ohne ihre einmal erzielten Erkenntnisse aufzugeben, als Anregung dienen.

Um die Entstehungsbedingungen des Marler Rathauses zu klären, werden in dem dieser Einleitung folgenden Kapitel 2 die lokalen sozioökonomischen Verhältnisse untersucht. Dabei nimmt die Darstellung der

wirtschaftlichen Lage in den späten fünfziger Jahren, aber auch die Entwicklung bis dahin einen breiten Raum ein, weil die Entscheidungen der politischen Handlungsträger und die Streitpunkte beim Rathausbau erst vor diesem Hintergrund einzuordnen sind. Auch die Geschichte der Stadtplanung in Marl erfährt hier eine ausführliche Würdigung, denn die Planung bestimmte nicht nur den Ort für den Neubau und legte auch ohne konkrete Vorgaben gewisse Gestaltungsweisen nahe, sie bildete vielmehr einen zentralen Punkt im Selbstverständnis der Kommune.

Das Kapitel 3, das die Baugeschichte enthält, berücksichtigt den Vorgängerbau, zeichnet den Wettbewerb um den Neubau nach und geht auf die bald darauf beginnende politische Auseinandersetzung ein. Durch die Analyse der im Rahmen des Baufortschritts begangenen Festveranstaltungen lassen sich darüber hinaus die Erwartungen der politischen Schicht als Auftraggeberin an das neue Rathaus deutlich herausarbeiten, da in den Reden und vor allem mit den Inszenierungen die entsprechenden Aussagen getroffen werden.

Nachdem so der Rahmen bestimmt ist, innerhalb dessen das Gebäude entstand, wendet sich das Kapitel 4 der Gestaltung des Rathauses zu, indem es den Gegenstand beschreibt und ihn auf das in ihm veranschaulichte Verständnis von kommunaler Demokratie und die Vorstellung einer Marler Identität hin befragt. Als Ergänzung werden die Äußerungen der Architekten hinzugezogen, allerdings bedürfen auch sie als zu erläuternde Quelle einer Interpretation, da die Deutungen der Urheber weder korrekt noch vollständig sein müssen.

Von den Auftraggebern zu den Urhebern übergehend und so den Aspekt der Autorschaft weiterführend, untersucht das Kapitel 5 diejenigen Umstände, die nicht lokaler Natur sind, sondern aus dem Gesamtwerk des beauftragten Architekturbüros van den Broek und Bakema resultieren. Dabei wird, da es sich nicht um eine Künstlermonographie handelt, keine komplette Œuvreübersicht gegeben, vielmehr geht es um generelle Auffassungen, Leitlinien und wiederholte Motive im Werk des Büros, so dass nach der allgemeinen Vorstellung des Büros der Blick einerseits auf Arbeiten, die der gleichen Bauaufgabe angehören, andererseits auf ähnliche Konstruktionen und Formen gelenkt wird.

Dieser doppelte Ansatz – typologisch und die Konstruktion betreffend – prägt auch das Kapitel 6, dessen erster Teil sich mit der Bauaufgabe Rathaus befasst und dabei einige grundsätzliche Bemerkungen zum Verhältnis von Architektur und Demokratie bringt. Während die Analyse der elf übrigen Wettbewerbsbeiträge die Gelegenheit zu einem Vergleich unter einheitlichen Bedingungen bietet, verhilft die Untersuchung des zweiten großen, international wahrgenommenen Rathauswettbewerbs in den späten fünfziger Jahren in Toronto zu Einsichten in parallele Phänomene außerhalb der Bundesrepublik. Da die Konstruktion für den Bau von van den Broek und Bakema eine große Bedeutung

besitzt, werden vergleichbare Bauweisen betrachtet, wobei jedoch weniger die technikgeschichtlichen Entwicklungen als die Möglichkeiten architektonischer Aussage im Zentrum des Interesses stehen.

Schließlich wird im Kapitel 7 die Rezeption in der Fach- und Tagespresse verfolgt, um neben den Vorstellungen von Auftraggebern und Urhebern sowie der Aussage des Gebäudes selbst auch das Verständnis zumindest eines Teils der Adressaten zu ermitteln. Vor dem Hintergrund der dabei gewonnenen Erkenntnisse ordnet dieser Abschnitt darüber hinaus den Marler Wettbewerb in die zeitgenössische Architekturdiskussion ein, bevor das letzte Kapitel die Ergebnisse resümiert.

Aus dieser Gliederung ergibt sich, dass der Arbeit eine mehrschichtige Verfahrensweise zugrunde liegt: Die unerlässliche Befundsicherung des Gegenstands durch Beschreibung und Darstellung der Baugeschichte gehört ebenso dazu wie die traditionellen typologischen und stilanalytischen Ansätze, die jedoch für eine umfassende Analyse nicht ausreichen, weil sie in ihrer Formbezogenheit die soziale Relevanz von Kunstwerken und das Einwirken gesellschaftlicher Faktoren auf diese vernachlässigen. Insofern aber gerade die Wechselwirkung zwischen dem Gehäuse einer kommunalen politischen Institution und den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten in der Gemeinde betrachtet wird, stellt die sozialgeschichtliche Herangehensweise die angemessene Grundlage der Untersuchung dar. Um den Aspekt der Wirkung im Hinblick auf die Einwohner, aber auch auf eine breitere Öffentlichkeit zu vertiefen, wird darüber hinaus ein rezeptionsgeschichtlicher Ansatz verfolgt.[3] Schließlich nötigt die politische Dimension der Fragestellung zu Exkursen auf das Gebiet der Rechts- und der Politikwissenschaft, und vor allem für die zeremonielle Funktion von Veranstaltungen werden Erkenntnisse der Forschung zur *political culture*

---

[3] Ursprünglich war in diesem Sinne eine Befragung von Zeitzeugen vorgesehen, um das zeitgenössische Verständnis des Gebäudes auf der Seite der Nutzer zu rekonstruieren. Allerdings erwies sich dabei, dass die damaligen Einschätzungen der befragten Personen zu stark von neueren Erkenntnissen und Erfahrungen überlagert waren. Offenbar lassen sich zwar Alltagsroutinen und besondere, mit der jeweiligen Biografie verknüpfte Ereignisse mit der Technik der Oral History erforschen, doch bleiben Wertungen, zumal auf einem für viele so abgelegenen Gebiet wie der Architektur, für die nachträgliche Analyse unzugänglich. Siehe dazu den immer noch gültigen Problemaufriss zum Abschluss des Projektes „Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960“ bei Lutz Niethammer: Fragen - Antworten - Fragen. Methodische Erfahrungen und Erwägungen zur Oral History, in: Lutz Niethammer und Alexander von Plato (Hg.): "Wir kriegen jetzt andere Zeiten." Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern, Berlin, Bonn 1985 (Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960, Bd. 3), S. 392-445, insbesondere S. 424-427.
Grundsätzlich wäre für die Zukunft über die Ansätze aus den 1970er Jahren hinaus eine verstärkte Wirkungsforschung wünschenswert, bei der VertreterInnen unterschiedlicher Disziplinen (Architekturgeschichte, Soziologie, Psychologie, Neurologie) eng zusammenarbeiten müssten, um die historischen, gesellschaftlichen und materiellen Bedingungen der Wahrnehmung und ihre Auswirkung auf verschiedene Menschen zu klären.

beigezogen. Zwar birgt diese Vorgehensweise die Gefahr der Oberflächlichkeit in Bezug auf die einzelnen Ansätze, und auch die sinnvolle Verknüpfung der Aspekte ist zu leisten, doch besteht das Ziel darin, den recht eng gefassten Gegenstand durch die Betrachtung unter verschiedenen Gesichtspunkten möglichst gründlich zu erfassen.

Am Beispiel von Parlaments- und Regierungsbauten wurde das Verhältnis von Architektur und Demokratie immer wieder thematisiert, wobei oft die Errichtung von Neubauten, etwa für den nordrhein-westfälischen Landtag oder den Bundestag in Bonn, und staatliche Jubiläen wie das 40-jährige Bestehen der Bundesrepublik als Anlässe dienten.[4] Auch umfangreichere Forschungsarbeiten liegen inzwischen vor,[5] doch wird das Thema zumeist aus juristischer, sozialwissenschaftlicher oder politikwissenschaftlicher Perspektive betrachtet, so dass einer üppigen Theoriebildung, warum sich der demokratische Staat in seinen Gebäuden spiegeln müsse, eine unzureichende Gegenstandsanalyse gegenübersteht; die Gebäude dienen so eher der Bebilderung der Thesen.

Die architekturhistorische Forschung dagegen befasst sich schon lange mit Rathäusern, doch bilden hier zumeist Baudenkmäler einer weiter zurückliegenden Vergangenheit den Gegenstand des Interesses.[6] Erst in den 1970er Jahren werden die Rathäuser des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts im Zuge der Beschäftigung mit dem Historismus verstärkt wahrgenommen,[7] und die Rezeption der Bauten aus der

---

4 So etwa Ingeborg Flagge (Hg.): Architektur des Staates. Eine kritische Bilanz staatlichen Bauens in Nordrhein-Westfalen von 1946 bis heute, Düsseldorf ^{2}1986 (Architektur in der Demokratie, Bd. 1); Ingeborg Flagge und Wolfgang Jean Stock (Hg.): Architektur und Demokratie. Bauen für die Politik von der amerikanischen Revolution bis zur Gegenwart, Stuttgart 1992, und das Themenheft des „Architekten“ 1989, Nr. 10. Siehe Kapitel 6.1.

5 Als besonders wichtige Publikationen seien hier die Sammelbände Jörg-Dieter Gauger und Justin Stagl (Hg.): Staatsrepräsentation, Berlin 1992 (Schriften zur Kultursoziologie, Bd. 12); Hermann Hipp und Ernst Seidl: Architektur als politische Kultur. Philosophia practica, Berlin 1996; Helmut Quaritsch (Hg.): Die Selbstdarstellung des Staates. Vorträge und Diskussionsbeiträge der 44. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung 1976 der Hochschule für Verwaltung Speyer, Berlin 1977 (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 63); Martin Warnke (Hg.): Politische Architektur vom Mittelalter bis heute. Repräsentation und Gemeinschaft, Köln 1984, und die Monographien Lawrence J. Vale: Architecture, Power, and National Identity, New Haven, London 1992; Heinrich Wefing: Parlamentsarchitektur. Zur Selbstdarstellung der Demokratie in ihren Bauwerken. Eine Untersuchung am Beispiel des Bonner Bundeshauses, Berlin 1995 hervorgehoben. Zu einer ausführlichen Diskussion des Forschungsstandes siehe Kapitel 6.1.

6 Zum Beispiel August Grisebach: Das deutsche Rathaus der Renaissance, Berlin 1907; Otto Stiehl: Das deutsche Rathaus im Mittelalter in seiner Entwicklung, Leipzig 1905.

7 Als grundlegend sind die Dissertation von Charlotte Kranz-Michaelis: Rathäuser im deutschen Kaiserreich 1871-1918, München 1976 (Materialien zur Kunst des neunzehnten Jahrhunderts, Bd. 23), der Sammelband von Ekkehard Mai, Jürgen Paul und Stephan Waetzold (Hg.): Das Rathaus im Kaiserreich. Kunstpolitische Aspekte einer Bauaufgabe des 19. Jahrhunderts, Berlin 1982 (Kunst, Kultur und Politik im Deutschen Kaiserreich, Bd. 4), und der Aufsatz von Jürgen Paul: Das Rathaus, in: Werner Busch (Hg.): Funkkolleg Kunst. Eine Geschichte der Kunst im Wandel ihrer Funktionen. Bd. 2, München, Zürich 1987, S. 392-423, anzusehen.

Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg folgt in den 1980er Jahren. Dabei erscheint vor allem die Studie von Martin Damus[8] bedeutsam, weil sie jüngste Architektur einbezieht und ihr Fokus auf der Verbindung von Architektur und Politik liegt, allerdings gelangt sie wegen des zeitlich und räumlich recht weit gefassten Untersuchungsgebiets oft zu allgemein gehaltenen Aussagen, die gerade die für Rathäuser so wichtigen lokalen Verhältnisse nur eingeschränkt berücksichtigen können. Während Damus in erster Linie einen typologischen Ansatz verfolgt, geht Charles Goodsell[9] bei der Analyse nordamerikanische Ratssäle ziemlich eklektizistisch vor, wenn er gleichermaßen psychologische, anthropologische, kunsthistorische und sozialwissenschaftliche Herangehensweisen reklamiert. Trotz einer gewissen Oberflächlichkeit verhilft seine Untersuchung insofern zu wichtigen Erkenntnissen, als sie eher unscheinbare Gestaltungsstrukturen (u. a. Anordnung der Sitzgelegenheiten, Format der Räume) auf ihre Aussage über das Verständnis von Politik hin befragt. Mit einer Dissertation über das 1989 fertiggestellte Rathaus in Dortmund reicht die Forschung inzwischen bis nahe an die Gegenwart heran.[10]

Neben den Publikationen aus kunsthistorischer Sicht existiert eine umfängliche Literatur von und für Architekten, die in der Hauptsache Handreichungen für den Bau von Rathäusern bereithält.[11] Wenn auch bei allem Pragmatismus allgemeinere Überlegungen zur Bedeutung von Rathäusern selten fehlen, so geraten sie meist schwammig und verharren im Bereich der nicht weiter begründeten Postulate.

Dass das historistische Hamburger Rathaus ungewöhnlich früh untersucht wurde (Hans-Jürgen Brandt: Das Hamburger Rathaus, Diss., Technische Hochschule Hannover 1955) – und seit 1924 in die Denkmalliste eingetragen ist –, dürfte mit der Sonderstellung des Stadtstaates zusammenhängen, gilt das Rathaus dort doch als Bürge der Unabhängigkeit und als legitimer Nachfolger des in der Brandkatastrophe von 1842 zerstörten Ursprungsbaus.

8 Martin Damus: Das Rathaus. Architektur und Sozialgeschichte von der Gründerzeit zur Postmoderne. Schwerpunkt: Rathausbau 1945-1986 in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1988.

9 Charles T. Goodsell: The Social Meaning of Civic Space. Studying Political Authority through Architecture, Lawrence 1988.

10 Sabine Kramer: Architektur und Demokratie. Eine Analyse am Beispiel des Neuen Dortmunder Rathauses, Frankfurt a. M. u. a. 2001 (Europäische Hochschulschriften, Reihe XXVIII, Bd. 373). Obwohl die Arbeit über einen breit angelegten Ansatz verfügt, der u. a. wahrnehmungspsychologische Erkenntnisse einbezieht, und zu interessanten Ergebnissen gelangt, fehlt ihr eine exakte Klärung des Demokratie-Begriffs ebenso wie eine korrekte und detaillierte Gegenstandsbeschreibung, so dass die Argumentation teils nicht schlüssig wirkt.

11 So etwa außer den einschlägigen Heften der Reihe *architektur wettbewerbe* F. Bluntschli und G. Lasius: Stadt- und Rathäuser, in: Josef Durm, Hermann Ende und Eduard Schmitt (Hg.): Handbuch der Architektur: IV. Teil, 7. Halbbd., 1. Heft, Stuttgart ^{2}1900; Werner Jähnig: Grundsätze für den Bau von kommunalen Verwaltungsgebäuden, Köln ^{2}1956; Roland Ostertag: Rathäuser und kommunale Zentren, München 1974; Walter Meyer-Bohe: Rathäuser, Stuttgart u. a. 1984.

Das Rathaus in Marl schließlich ist, von der weiten zeitgenössischen Beachtung abgesehen,[12] nur vereinzelt in das Blickfeld der Forschung gelangt. So wird es etwa in Überblicksdarstellungen erwähnt[13] und im Rahmen von Untersuchungen zur Architektur der Nachkriegszeit gewürdigt[14], doch bleiben diese eher knappen Beiträge weitgehend deskriptiv, indem sie lediglich den verwirklichten Bau betrachten und ihn in Bezug zur zeitgenössischen Architektur setzen, während die politische Dimension keine Berücksichtigung findet.[15]

Der Bereich von Architektur und Städtebau der 1950er Jahre, seit Anfang der 1980er Jahre verstärkt untersucht,[16] erscheint mittlerweile recht gut erschlossen. Neben den immer zahlreicheren stadtbezogenen Studien[17] und den beim Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz erschienenen Schriften[18] ist vor allem die Veröffentlichung von Werner

---

12 Siehe Kapitel 7.

13 Falk Jaeger: Bauen in Deutschland. Ein Führer durch die Architektur des 20. Jahrhunderts in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin, Stuttgart 1985.

14 Ute Fendel: Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland Ost und West. Ein Vergleich anhand kommunaler Repräsentativbauten, Diss., Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn 1996; Eberhard Grunsky: Baudenkmäler der Nachkriegszeit? Beispiele aus Westfalen, in: Edeltraud Klueting (Hg.): Der Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg und die Probleme des Denkmalschutzes, Münster 1990, S. 21-97, insbesondere S. 32-34.

15 Eine an der Universität Hamburg eingereichte Magisterarbeit (Heinrich Schlüter: Der Wettbewerb für das Rathaus in Marl. Dokumentation und stilkritische Einordnung der Entwürfe von Alvar Aalto, van den Broek und Bakema, Heinz und Curt [sic] Conle, Otto Englberger, Arne Jacobsen, Rudolf Schwarz und Hans Schwippert, Magisterarbeit, Universität Hamburg 1994) ist nicht zugänglich. Dem Titel zufolge befasst sie sich nur mit einem Teil der Entwürfe, auch bedeutet der Rückgriff auf die Stilkritik einen anderen Ansatz.

16 Deutlich früher legten Jürgen Joedicke (Jürgen Joedicke: Moderne Architektur. Strömungen und Tendenzen, Stuttgart, Bern 1969 (Dokumente der Modernen Architektur, Bd. 7)) und Joachim Petsch (Joachim Petsch: Architektur und Gesellschaft. Zur Geschichte der deutschen Architektur im 19. und 20. Jahrhundert, Köln, Wien 1973; Joachim Petsch: Anmerkungen zur bundesdeutschen Architektur und Architekturgeschichtsforschung nach 1945, in: Joachim Petsch (Hg.): Architektur und Städtebau im 20. Jahrhundert. Bd. 1, Berlin 1974 (Analysen zum Planen und Bauen, Bd. 4), S. 9-34) Analysen des entsprechenden Zeitraums vor, wobei Joedicke eher formale und technische Aspekte betrachtete, Petsch dagegen die sozioökonomischen Grundlagen und ideologischen Leitbilder analysierte.

17 Eine Übersicht bietet Klaus von Beyme (Hg.): Neue Städte aus Ruinen. Deutscher Städtebau der Nachkriegszeit, München 1992, unter den neueren Publikationen seien erwähnt Peter Krieger: Wirtschaftswunderlicher Wiederaufbau-Wettbewerb. Architektur und Städtebau der 1950er Jahre in Hamburg, Diss., Universität Hamburg 1996; Ralf Lange: Hamburg. Wiederaufbau und Neuplanung 1943-1963, Königstein i. Ts. 1994.

18 Werner Durth und Niels Gutschow: Architektur und Städtebau der fünfziger Jahre, Bonn 1987 (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 33); Architektur und Städtebau der fünfziger Jahre. Ergebnisse der Fachtagung in Hannover, 2.-4. Februar 1990, Bonn 1990 (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 41); Gerhard Rabeler: Wiederaufbau und Expansion westdeutscher Städte 1945-1960 im Spannungsfeld von Reformideen und Wirklichkeit. Ein Überblick aus städtebaulicher Sicht, Bonn o. J. [1990] (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 39).

Durth[19] bedeutsam, lenkte sie doch die Aufmerksamkeit auf die Traditionslinien, die nicht nur biographisch, sondern auch konzeptionell die Stadtplanung im Dritten Reich und der Bundesrepublik miteinander verbanden. Während Durth so auf den Spuren der einzelnen Funktionsträger den Mythos der Stunde Null entlarvte, publizierte Gerhard Rabeler[20] eine umfassende städtebauliche Untersuchung entlang ökonomischer, institutioneller und typologischer Vorgaben. Auch die Verhältnisse jenseits des bundesrepublikanischen Horizonts werden inzwischen aufgearbeitet.[21]

Dass die Architektur der 1960er (und 1970er) Jahre dagegen erst allmählich als Forschungsgegenstand entdeckt wird, dürfte in der schweren Vermittelbarkeit der Objekte begründet liegen. Gelten die Bauten der 1950er, sofern sie dem Klischee von Nierentisch und Tütenlampe entsprechen, inzwischen als liebenswert und nostalgisch, so hat sich gerade an der „Massenware“ des folgenden Jahrzehnts – im Sinne der großen Menge an Neubauten, aber auch der größeren Baumasse einzelner Projekte, wie etwa des Märkischen Viertels in Berlin – die Kritik der späten sechziger und siebziger Jahre entzündet.[22] Da diejenigen, die damals als StudentInnen und BerufsanfängerInnen diese ablehnende Haltung übernahmen, heute die berufliche Altersgrenze gerade erst erreichen, setzt sich eine nüchternere Betrachtungsweise nur zögerlich durch.[23] Andererseits erfahren einige ProtagonistInnen der sechziger Jahre eine erneute Würdigung, indem ihre poli-

---

19 Werner Durth: Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900-1970, München 1992.

20 Gerhard Rabeler: Wiederaufbau und Expansion westdeutscher Städte 1945-1960 im Spannungsfeld von Reformideen und Wirklichkeit. Ein Überblick aus städtebaulicher Sicht, Bonn o. J. [1990] (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 39).

21 1945. Krieg, Zerstörung, Aufbau. Architektur und Stadtplanung 1940-1960, Berlin 1995; Werner Durth, Jörn Düwel und Niels Gutschow: Ostkreuz. Personen, Pläne, Perspektiven. Architektur und Städtebau der DDR. Bd. 1, Frankfurt a. M., New York 1998; Werner Durth, Jörn Düwel und Niels Gutschow: Aufbau. Städte, Themen, Dokumente. Architektur und Städtebau der DDR. Bd. 2, Frankfurt a. M., New York 1998.

22 Jane Jacobs: Tod und Leben großer amerikanischer Städte, Berlin, Frankfurt a. M., Wien 1963 (Bauwelt Fundamente, Bd. 4); Kevin Lynch: Das Bild der Stadt, Berlin, Frankfurt a. M., Wien 1965 (Bauwelt Fundamente, Bd. 16); Alexander Mitscherlich: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt a. M. 1965.

23 Allerdings ist auch ohne direkte persönliche Betroffenheit die wissenschaftliche Distanz zur architektonischen Produktion der erst kurz zurückliegenden Vergangenheit schwierig zu halten, weil die eigenen Ansprüche an heutige Architektur stärker mitschwingen als etwa bei der Untersuchung von Bauten der Renaissance. Bei umfangreicheren Arbeiten wie auch der vorliegenden Untersuchung tritt das übliche Problem hinzu, dass die langjährige Beschäftigung mit einem Gegenstand leicht zu einer übertriebenen Bewertung seiner Bedeutung führt, zumal dies wie auch die Genialisierung des Künstlers das Renommee des Forschers hebt, der als Exeget vom Widerschein des „Meisters“ profitiert.

tisch engagierten künstlerischen Positionen aufgegriffen werden,[24] und gleichzeitig hält das Design der Zeit als „Retro-Look“ über Werbung und Musikvideos Einzug in die Alltagskultur.

Zwar werden in Überblicksdarstellungen zur Architektur des 20. Jahrhunderts auch die sechziger Jahre behandelt, doch geschieht dies meist oberflächlich und ohne begründete Wertung, so dass die Titel eher als Materialsammlung zu nutzen sind.[25] Gerade die frühen retrospektiven, aber nicht unmittelbar im Anschluss an den Untersuchungszeitraum verfassten Publikationen sind zudem häufig durch ihre Polemik gekennzeichnet.[26] Dagegen bieten Wolfgang Pehnt[27] und die Gruppe um Adolf Max Vogt[28] nicht nur unaufgeregte Analysen mit differenzierten Ergebnissen, sondern auch eine angemessene Herangehensweise, indem sie auf die wiederholte Vorstellung der immer gleichen großmeisterlichen Bauten weitgehend verzichten und stattdessen grundlegende Strukturen, wie etwa Typenbildung oder die Bedingtheit durch sozio-ökonomische Verhältnisse, betrachten.

---

24 Zahlreiche Beispiele hierfür bietet die documenta X, und auch die Beschäftigung mit Alison und Peter Smithson (an der ETH Zürich bereitet Bruno Krucker eine entsprechende Dissertation vor) gehört in diesen Zusammenhang.

25 Leonardo Benevolo: Geschichte der Architektur des 19. und 20. Jahrhunderts. Bd. 3, München ^{3}1994; Hans Ibelings: Niederländische Architektur des 20. Jahrhunderts, München, New York 1995; Jürgen Pahl: Architekturtheorie des 20. Jahrhunderts. Zeit-Räume, München, London, New York 1999.

26 So vor allem Heinrich Klotz: Architektur und Städtebau. Die Ökonomie triumphiert, in: Hilmar Hoffmann und Heinrich Klotz (Hg.): Die Sechziger. Die Kultur unseres Jahrhunderts, Düsseldorf, Wien, New York 1987, S. 133-147, dem zufolge die Architektur der sechziger Jahre allenfalls mit den Begriffen der Pathologie zu beschreiben sei.

27 Wolfgang Pehnt: Das Ende der Zuversicht. Architektur in diesem Jahrhundert. Ideen, Bauten, Dokumente, Berlin 1983.

28 Ulrike Jehle-Schulte Strathaus, Bruno Reichlin und Adolf Max Vogt: Architektur 1940-1980, Frankfurt a. M., Wien, Berlin 1980.

2 Geschichte Marls

2.1 Die Zeit bis 1945

An der Grenze von Ruhrgebiet und Münsterland liegt die Stadt Marl unmittelbar südlich der Lippe und rund 10 km nordwestlich von Recklinghausen. Auf einer Fläche von 87,62 km² leben rund 93.000 Einwohner in den größeren Ortsteilen Alt-Marl, Drewer, Hamm, Hüls, Polsum und Sinsen.[29]

Obwohl die sandigen, wenig ertragreichen Böden eine landwirtschaftliche Nutzung erschwerten und sich eher für Forst- und Weidewirtschaft eignen, wird schon im ältesten, um 890 entstandenen Urbar der Abtei Werden eine Siedlung unter dem Namen „Meronhlare“ erwähnt.[30] Wie die umgebenden Ortschaften gehörte auch Marl zum Vest Recklinghausen, dem im Verlauf des 13. Jahrhunderts unter kurkölnischer Herrschaft geratenen Gebiet zwischen Emscher und Lippe.[31] Mit dem Reichsdeputationshauptschluss gelangte das Vest 1803 zunächst an den Herzog von Arenberg, 1811 an das Großherzogtum Berg, bis es schließlich im Rahmen der Neuordnung durch den Wiener Kongress Preußen zugeschlagen wurde. Noch unter französischem Einfluss waren Mairien als neue, mehrere Kirchspiele umfassende Verwaltungseinheiten gebildet worden, die als preußische Bürgermeistereien unterhalb der neuen Kreisebene weiterbestanden. Selbst ein Teil des Kreises Recklinghausen, bestand die Bürgermeisterei Marl, die allerdings zwischen 1820 und 1841 vom Bürgermeister der Stadt Dorsten geleitet wurde, aus den Kirchspielen Marl, Polsum, Hamm-Bossendorf und – seit 1837 – Altendorf-Ulfkotte. Die Landgemeindeordnung von 1841 bestätigte diese bis 1975 gültige Struktur von vier zu einem Amt zusammengelegten Gemeinden, die sich über rund 85 km² erstreckten.

---

29 Selbstdarstellung der Stadt Marl unter http://www.marl.de, dort Stand 2000.

30 Heinrich Lowinski: Städtebildung in industriellen Entwicklungsräumen, untersucht am Beispiel der Stadt und des Amtes Marl, Recklinghausen 1964 (Sonderveröffentlichungen des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster), S. 23. Das Urbar, ein Verzeichnis des Grundbesitzes und der damit verbundenen Rechte und Einkünfte des Benediktinerklosters in Essen-Werden, dient als wichtige Quelle des frühen Mittelalters im Ruhrgebiet vielen Städten als Nachweis der ersten urkundlichen Nennung. Siehe Hans-Werner Goetz: Die Grundherrschaft des Klosters Werden und die Siedlungsstrukturen im Ruhrgebiet im frühen und hohen Mittelalter, in: Vergessene Zeiten. Mittelalter im Ruhrgebiet. Bd. 2, Essen 1990, S. 80-88, hier S. 80-83; Vergessene Zeiten. Mittelater im Ruhrgebiet. Bd. 1, Essen 1990, Nr. 64.

31 Der 1335/36 erstmals belegbare Begriff „Vest“ geht vermutlich auf „dies festus“, den Gerichtstag, zurück und bezeichnet damit einen Gerichtsbezirk. Werner Burghardt: Das "Kölschland" Vest Recklinghausen, in: Vergessene Zeiten. Mittelater im Ruhrgebiet. Bd. 2, Essen 1990, S. 55-58, hier S. 56f.

Da die Standortwahl von Betrieben nach ökonomischen Kriterien und das enorme Bevölkerungswachstum mit der vorindustriellen Gebietsgliederung nur schwer vereinbar waren, schien eine Anpassung der Gemeindegrenzen nötig, um einerseits zumindest eine gewisse Steuerungsmöglichkeit des Staates zu erhalten bzw. zu gewinnen, andererseits der Industrie Hemmnisse durch zersplitterte Zuständigkeiten zu ersparen. Im Rahmen der Gebietsverteilung durch das Gesetz über die Neuregelung der kommunalen Grenzen im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk vom 26. Februar 1926 erhielt das Amt Marl einen Zuwachs auf etwa 111 km², von dem die Gemeinde Marl profitierte, indem ihr aus dem aufgehobenen Amt Recklinghausen die Ortsteile Hüls, Lenkerbeck, Löntrop sowie ein Teil der Ortschaft Sinsen aus der Gemeinde Oer zugesprochen wurden.[32] Zehn Jahre später, am 20. April 1936 und damit wohl kaum zufällig zum Geburtstag Hitlers, der gleichzeitig die Ehrenbürgerschaft erlangte, wurde die Gemeinde Marl vom Oberpräsidenten der Provinz Westfalen in den Rang einer Stadt erhoben,[33] blieb allerdings weiterhin formell gleichberechtigter Teil des Amtes Marl. Erst im Zuge der kommunalen Neugliederung der 1970er Jahre, als bundesweit kleine Gemeinden zu größeren zusammengelegt oder eingemeindet wurden, um die Effizienz der Verwaltung zu steigern und die Lebensverhältnisse auf dem Land denen der Stadt anzugleichen, wurde das Amt Marl aufgelöst. Während zum 1. Januar 1975 die Gemeinden Hamm und Polsum im Wesentlichen der Stadt Marl zugeschlagen wurden, kam die Gemeinde Altendorf-Ulfkotte an Dorsten, und die Ortsteile Bossendorf und Bertlich gingen an Herten bzw. Haltern.[34]

Bis weit in das 19. Jahrhundert hinein blieb das Gebiet Marls bäuerlich geprägt – das Handwerk war auf den landwirtschaftlichen Alltagsbedarf beschränkt, und allein die Weberei erlangte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine gewisse regionale Bedeutung –, doch setzte auch hier auf der sozialen Ebene mit der Agrarreform ein grundlegender Wandel ein. So bedeutete die Einführung des Code Napoléon im Jahre 1808 die formale Abschaffung der verschiedenen Formen von Erbuntertänigkeit, wenngleich sich die gesetzlich geregelte Ablösung der grundherrlichen Rechte durch Zahlungen der Bauern an ihre vormaligen Grundherren noch bis in die 1860er Jahre hinzog.[35] Schon im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts waren vor dem Hintergrund physiokratischer Theorien auf Initiative der Landesherrschaft hin vereinzelt Marken geteilt worden, um den Ertrag der gemeinschaftlich extensiv genutzten Flächen über den Wettbewerb der nun individuell wirtschaf-

---

32 Lowinski 1964, S. 29f.

33 In der näheren Umgebung erhielten zur gleichen Zeit die Gemeinden Herten und Datteln den Status einer Stadt. Obwohl mit der Verleihung keine Rechte verbunden waren, bedeutete sie doch einen Prestigegewinn.

34 Helmut Madynski: Marl. Von 1914 bis 1974, Marl 1994, S. 577.

35 Lowinski 1964, S. 45.

tenden Bauern zu steigern und die Bodenqualität zu verbessern. Die preußische Regierung förderte die Aufteilung von Gemeinheiten weiter und betrieb parallel dazu 1826 die erste Landesaufnahme[36] in den neuen Gebieten. Da die kleineren und Nebenerwerbsbauern (Kötter, Handwerker, Tagelöhner) wegen der geringen eigenen Flächen auf die Marken als Weide angewiesen waren, um Vieh in größerem Maße halten zu können, schwächte die Privatisierung ihre Stellung, während die größeren Höfe den Landgewinn entweder zur Steigerung ihrer Anbaufläche nutzten oder ihren Anteil an der Gemeinheit zur Ablösung der Reallasten verkauften. Einen besonders großen Nutzen zogen daher die Adelsgüter aus der Agrarreform, indem sie nicht nur die ihnen ohnehin zustehenden Anteile erhielten, sondern weitere ankauften, da nur sie über die nötigen Mittel verfügten.[37]

Trotz dieser allmählichen Veränderungen kam es im 19. Jahrhundert im Marler Raum noch zu keiner nennenswerten Bevölkerungszunahme: Die Einwohnerzahl für das Amt Marl lag 1818 bei 3.254, stieg dann bis 1850 auf 3.935, um in den folgenden Jahrzehnten geringfügig auf 3.700 bis 3.800 zurückzugehen, und erreichte im Jahr 1895 4.008.[38] Gründe für diese vergleichsweise verhaltene Entwicklung liegen in der ersten Jahrhunderthälfte in der immer noch ertragsarmen Landwirtschaft, während in der zweiten Jahrhunderthälfte sich vor allem das Fehlen von Industriebetrieben auswirkte. Zusätzlich bedeutete die Lage zwischen größeren und älteren Städten eine gewisse verkehrstechnische Isolation, da bei dem Ausbau und der Neuanlage von Trassen, unter anderem der Eisenbahn, Dorsten, Haltern und Recklinghausen als Knotenpunkte gewählt wurden.

Dennoch wirkte sich die Industrialisierung im Ruhrgebiet schon ab etwa 1850 auch auf das Marler Gebiet aus, indem die vermehrte Nachfrage nach Bau- und Grubenholz die Aufforstung insbesondere der früheren Gemeinheiten profitabel erscheinen ließ. Dass die Bevölkerung im Ruhrgebiet nicht nur sprunghaft zunahm, sondern auch wegen der Bedeutung der Industriearbeit eher auf den Erwerb von Nahrungsmitteln angewiesen war, führte zu einer verstärkten Produktion im Agrarbereich, zumal die Verbreitung der künstlichen Düngung und neuer Landmaschinen diese Steigerung förderten. Schließlich stellte das Industrierevier einen attraktiven Arbeitsmarkt dar, so dass wegen der im Vergleich zur Landwirtschaft höheren Löhne seit Ende der 1860er Jahre zunehmend Einwohner Marl verließen. Diese Abwanderung endete jedoch bald, als mit der Erschließung auch des nördlichen Ruhrgebiets die neuen

---

[36] Norbert Schüpp: Von Dörfern zur Stadt. Marl. Amt und Stadt im Veste Recklinghausen, Düsseldorf 1963, S. 105.

[37] Lowinski 1964, S. 53.

[38] Lowinski 1964, S. 58, Tab. 8. Die Zahlen beziehen sich auf den Gebietsstand von 1926-1975, so dass ein genauerer Vergleich mit der Entwicklung im zweiten und dritten Viertel des 20. Jahrhunderts möglich ist.

Zechen in eine solche Nähe zum Marler Raum gelangten, dass ein Pendeln zwischen den nunmehr getrennten Wohn- und Arbeitsstätten möglich wurde.[39]

Nach erfolgreichen Probebohrungen entstand 1898 die Gewerkschaft „Auguste Victoria“, deren Schacht 1 im Jahre 1905 die Förderung aufnahm.[40] Zwar befanden sich die Zechenanlagen auf dem Gebiet der Gemeinde Hüls, die zu dieser Zeit noch nicht zum Amt Marl gehörte, doch gelangte damit der Bergbau in die unmittelbare Nachbarschaft Marls. Die Übernahme der Kuxenmehrheit durch die Interessengemeinschaft der Chemischen Werke, eine aus BASF, Bayer und Agfa bestehenden Vorläuferin der späteren IG Farbenindustrie AG, im Jahre 1908 sicherte den regelmäßigen Absatz der Zeche und erleichterte durch die höhere Kapitalbasis Investitionen zum Ausbau der Förderung, die durch die Abteufung neuer Schächte (Schacht 3: 1925-1935, Schacht 4/5: 1928-1931) erhöht wurde, und zum Bau von Anlagen zur Kohleveredelung (Kokerei ab 1908). An der Verkokung waren die neuen Eigentümer nicht nur interessiert, weil die Verarbeitung den Wert des Produkts steigerte, sondern auch Nebenerzeugnisse wie Teer, Ammoniak und Benzol lieferte, die für die chemische Industrie wichtige Grundstoffe darstellten. Nachdem bereits 1930 ein Blei-Zink-Lager gefunden worden war, begann man 1936 im Rahmen der Autarkiebestrebungen und Kriegsvorbereitungen mit der Aufschließung des Vorkommens, und 1938 förderte die Gewerkschaft „Stein V“, die ebenfalls vollständig der IG Farben gehörte, die ersten Erze.[41]

Die Zahl der Beschäftigten stieg von 346 bei Förderungsbeginn auf bis zu 2.747 im Jahre 1913 und lag damit über dem Durchschnitt der Ruhrgebietszechen von 2.300.[42] Während der Weimarer Republik schwankten die Zahlen je nach Konjunktur zwischen 3.953 (1921) und 2.712 (1932) um einen Mittelwert von rund 3.500. Seit 1934 erhöhte sich die Belegschaft von 4.099 auf schließlich 8.257 im Jahre 1943, allerdings wurde dieser Zuwachs zum Teil durch die Ausweitung auf den Erzabbau und die Verpflichtung von Zwangsarbeitern getragen.[43]

---

39 Lowinski 1964, S. 66f.

40 Schüpp 1963, S. 149.

41 Lowinski 1964, S. 79; vgl. Schüpp 1963, S. 150f., und [Theodor] Hillenhinrichs: Die Entwicklung des Kohlenbergbaus im Raume Marl, in: Großstadtbildung in industriellen Entwicklungsräumen. Das Beispiel Marl, Köln 1960 (Beiträge und Untersuchungen des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, N.F., Bd. 53), S. 39-50, hier S. 44.

42 Wolfhard Weber: Entfaltung der Industriewirtschaft, in: Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung. Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 199-319, hier S. 237.

43 Lowinski 1964, Anhang, Tab. 14. Die hiervon abweichenden Angaben bei Schüpp 1963, Anlage 7, ergeben sich wohl aus unterschiedlichen Erhebungszeitpunkten, teils aus der Beschränkung auf beschäftigte Arbeiter sowie vermutlich aus der Vernachlässigung der Zwangsarbeiter. In der Tendenz entsprechen sich aber beide Statistiken.

Mit der Gewerkschaft „Brassert“, die sich 1905 konstituierte und ihre ersten beiden Schächte zwischen 1908 und 1910 abteufte, wurde Marl schließlich selbst Zechenstandort. Anders als Auguste Victoria blieb Brassert bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs eine reine Förderzeche ohne Anlagen zur Weiterverarbeitung, da sie 1917 durch die Rheinische Stahlwerke AG zur Versorgung der Hüttenwerke übernommen wurde. Auch auf Brassert wurde die Förderleistung nicht nur durch Rationalisierung, sondern auch durch einen neuen Schacht (1938-1943/1954) erhöht.[44] Die Beschäftigtenzahl lag bei 1.984 im Jahre 1913 und nahm während der Weimarer Republik einen Durchschnittswert von 2.300 an (Minimum 1932: 1.398, Maximum 1924: 3.069). Während des Dritten Reichs wurde dieser Durchschnitt nicht wie bei der größeren Zeche Auguste Victoria gesteigert, sondern nur gerade erreicht, obwohl bis 1938 die Belegschaft ständig anwuchs.[45]

Wie der Erzabbau auf Stein V gehörte die Gründung der „Chemischen Werke Hüls GmbH“ im Jahre 1938 zu den Rüstungsvorbereitungen des Deutschen Reichs, sollte hier doch in erster Linie künstlicher Kautschuk produziert werden. Nachdem schon im ersten Weltkrieg in geringem Umfang Kunstkautschuk genutzt worden war, um dem Mangel an natürlichem Kautschuk aus Übersee zu begegnen, nahm die IG Farben 1926 die Herstellung von „Buna“ auf, so der Handelsname des ursprünglich aus Butadien und Natrium bestehenden Polymerisats. Als Standort für das neue Werk, an dem sich die IG Farben mit 74 und die seit dem Ersten Weltkrieg staatliche Bergwerksgesellschaft Hibernia mit 26 Prozent beteiligten, erschien Marl besonders geeignet, weil über die nahegelegenen Chemiewerke des nördlichen Ruhrgebiets die Ausgangsstoffe der Produktion leicht beschafft werden und die beiden Marler Zechen, deren eine bereits die IG Farben übernommen hatte, den hohen Bedarf an Kohle als Energieträger decken konnten. Darüber hinaus führte die Lippe ausreichende Mengen an Kühlwasser, der Lippe-Seitenkanal (Wesel-Datteln-Kanal, 1923-1930) und die Schiene boten günstige Transportwege für die Endprodukte, und schließlich verfügte die IG Farben bereits durch die Gewerkschaft Auguste Victoria über ein großes Gelände. Nach nur gut zweijähriger Bauzeit wurde 1940 die Produktion aufgenommen.[46] In diesem Jahr waren bereits insgesamt 8.604 Menschen mit dem Auf- und Ausbau des Werks beschäftigt; eine Zahl, die sich bis auf 12.250 im Jahre 1942 erhöhte.[47]

---

44 Lowinski 1964, S. 71f., 264.

45 Lowinski 1964, Anhang, Tab. 12. Auch hier nennt Schüpp 1963, Anlage 8, bis einschließlich 1925 andere Zahlen, die jedoch dieselbe Entwicklung andeuten (siehe Anm. 43).

46 Lowinski 1964, S. 83; Schüpp 1963, S. 217.

47 [Paul] Baumann: Die Bedeutung und Entwicklung der chemischen Industrie im Raume Marl, in: Großstadtbildung in industriellen Entwicklungsräumen. Das Beispiel Marl, Köln 1960 (Beiträge und Untersuchungen des Instituts für Siedlungs-

Nicht nur im Bergbau, auch beim Bau und Betrieb der Chemischen Werke Hüls waren in großem Umfang Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen beteiligt. So sind ab Ende 1941 etwa 1.700 bis 2.000 deutsche Dienstverpflichtete, ab Ende 1942 rund 2.000 bis zu 2.600 ausländische Zwangsarbeiter und bis zu 680 Kriegsgefangene nachweisbar. Der Anteil der Ausländer und Kriegsgefangenen an der Belegschaft betrug bis zu 27 Prozent im Jahre 1944, bei den werksfremden Firmen sogar über 40 Prozent. Insgesamt wird die Zahl der ausländischen Zwangsarbeiter in Marl für das Jahr 1944 auf 10.000 bis 12.000 geschätzt.[48]

Für das Amt Marl bedeutete die Ansiedlung von drei Großbetrieben innerhalb nur weniger Jahrzehnte einen heftigen Strukturwandel von einem immer noch vorwiegend ländlich geprägten Gemeindeverbund zu einem Industriestandort. Dies zeigt sich deutlich in der Bevölkerungsstatistik: Lag die Zahl der Einwohner im Jahre 1900 noch bei 4.074, so überschritt sie 1911 schon die Marke von 10.000 und stieg bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs auf 17.498, hatte sich also innerhalb von 14 Jahren mehr als verdreifacht. Auch nach dem Krieg setzte sich dieser Trend fort, so dass bis zur kommunalen Neugliederung von 1926 22.503 Menschen im Amt Marl lebten. Durch die Eingemeindungen erhöhte sich diese Zahl schlagartig auf 34.475 und erreichte 1935 knapp 40.000. Nachdem sich die Einwohnerzahl damit stabilisiert zu haben schien, brachte die Anlage der Chemischen Werke Hüls einen neuen Schub und führte zu einem Anstieg auf 52.168 Einwohner bei Kriegsende.[49] Innerhalb des Landkreises Recklinghausen verfügte das Amt Marl über die höchsten Zuwachsraten und wurde noch vor Beginn des Zweiten Weltkriegs zum einwohnerreichsten Gemeindeverband. Allerdings verteilte sich der Zuwachs ungleichmäßig über die einzelnen Gemeinden des Amts: Während er in Altendorf-Ulfkotte zwischen 1900 (652 Einwohner) und 1945 (885) nur 35 Prozent betrug, lag er in Polsum bei 407 Prozent (1900: 866, 1945: 4.397 Einwohner), in Hamm bei 570 Prozent (1900: 623, 1945: 4.178 Einwohner) und erreichte in der Gemeinde bzw. Stadt Marl sogar 2.109 Prozent (1900: 1.933, 1945: 42.708 Einwohner), wozu allerdings auch die Gebietserweiterung durch die Neugliederung beitrug.

Die Industrialisierung betraf also die Gemeinde Marl ganz besonders, so dass sich die zu Beginn des Jahrhunderts noch relativ gleich-

---

und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, N.F., Bd. 53), S. 51-66, hier S. 55.

48 Ulrich Brack: Der "Ausländer-Einsatz" bei den Chemischen Werken Hüls während des Zweiten Weltkrieges, in: Der Lichtbogen, 37. Jg., 1988, Nr. 207, S. 18-41, hier S. 19-21.

49 Lowinski 1964, Anhang, Tab. 25. Wiederum macht Schüpp 1963, Anlage 9, zum Teil andere Angaben, da er vermutlich Quellen mit einem anderen Erhebungszeitpunkt nutzt. Außerdem berücksichtigt er mit den größeren Gemeinden Marl, Polsum und Hamm nur einen Teil des Amtsgebiets.

mäßige Gewichtung der vier Amtsgemeinden – die drei kleineren besaßen ungefähr die gleiche Größe und verfügten zusammen über mehr Einwohner als die Gemeinde Marl – zugunsten der Gemeinde Marl verschob. Dieser Entwicklung entsprechend wurde die Gemeinde Marl am 20. April 1936 zur Stadt erhoben, doch löste man auch bei dieser Gelegenheit den Gemeindeverband „Amt Marl“, der schon die Neugliederung von 1926 überstanden hatte, nicht auf, so dass eine Mittelstadt, zwei kleine und eine Kleinstgemeinde zu einer Verwaltungsstruktur zusammengefasst waren. Dabei entstand allein in Marl eine traditionelle Industriestadt, die zusätzlich zu ihrer eigenen beträchtlichen Bevölkerung Berufspendler aus anderen Kommunen anzog, weil sie Arbeitsplätze und Versorgungseinrichtungen bereitstellte, während ab 1913 Polsum und seit den zwanziger Jahren auch Hamm zunehmend als Wohnorte für die Arbeiterfamilien dienten. In Altendorf-Ulfkotte behielt dagegen die Landwirtschaft ihre frühere Bedeutung, zumal die Zuwanderung hier gering blieb.[50] Wenn schon in den größeren und älteren Städten des südlicheren Ruhrgebiets die Industrialisierung die Sozialstruktur umwälzte, so traf dies erst recht für den Marler Raum zu. Durch die beiden Zechen betrug der Anteil der (Berg-)Arbeiterbevölkerung in den drei größeren Gemeinden vor dem Zweiten Weltkrieg 65 bis 70 Prozent, in der Stadt Recklinghausen lag er im Vergleich dazu nur bei 58 Prozent.[51] Da wegen der wirtschaftlichen Monostruktur auch die Selbständigen im Bereich Gastronomie, Lebensmittel- und Einzelhandel zum überwiegenden Teil von der Kaufkraft der Arbeiter abhängig waren, ergab sich eine noch stärkere Prägung durch die Bergarbeiterschicht, die sich auch auf kultureller Ebene zeigte.[52]

Der Zweite Weltkrieg begünstigte die wirtschaftliche Entwicklung Marls eher, als dass er sie beeinträchtigte, indem die Kohlenförderung im Rahmen der Kriegswirtschaft anstieg und der Erzabbau sowie die Errichtung der Chemischen Werke Hüls als Kriegsvorbereitung begonnen wurden. Anders als in den dicht besiedelten Städten des Ruhrgebiets hielten sich die Schäden durch Bombardements aus der Luft, aber auch durch Artilleriebeschuss in den letzten Kriegstagen in Grenzen: Von den 4.400 Wohngebäuden galten nur 14 Prozent als total oder schwer zerstört.[53] Die Industrieanlagen gingen ebenfalls weitgehend

---

50 Lowinski 1964, S. 127f.

51 Lowinski 1964, S. 128f, Tab. 19.

52 Siehe Rolf Lindner: Das Ethos der Region, in: Rolf Lindner (Hg.): Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität, Frankfurt a. M., New York 1994, S. 201-231, hier S. 215f.

53 Ulrich Brack: Kriegsende und Kriegsfolgen, in: Ulrich Brack und Klaus Mohr (Hg.): Neubeginn und Wiederaufbau. Marl in der Nachkriegszeit 1945-1949, Essen 1994, S. 12-23, hier S. 16. Dabei ist zu berücksichtigen, dass den Gemeinden an einer pessimistischen Einschätzung des noch nutzbaren Gebäudebestandes gelegen war, um Mittel zu erhalten und der Zuweisung von Flüchtlingen zu entgehen.

unversehrt aus dem Krieg hervor, da Sprengungen, die die deutschen Truppen vornehmen sollten, verhindert und Bombenschäden, die vor allem die Chemischen Werke Hüls betroffen hatten, laufend behoben wurden. Lediglich die oberirdischen Bauten der Schachtanlage Auguste Victoria 1/2 erhielten größere Treffer und waren zu 30 Prozent zerstört.[54]

2.2 Nach dem Zweiten Weltkrieg

Nachdem in der unmittelbaren Nachkriegszeit Bürgermeister und Verwaltungsbeiräte durch die Militärregierung bestimmt worden waren, gingen aus den ersten Kommunalwahlen 1946 CDU und SPD im Amt Marl gleich stark mit jeweils 13 Sitzen hervor, während die KPD vier Sitze erhielt.[55] Dies bedeutete einen einschneidenden Wechsel, denn zur Weimarer Zeit hatte das Zentrum deutlich vor der KPD und diese wiederum vor der SPD gelegen.[56] Zum Amtsbürgermeister wurde Willy Baum (SPD), zum Bürgermeister der Stadt Marl Rudolf Heiland[57] (SPD)

---

54 Verwaltungsbericht des Amtes Marl und der Gemeinden Stadt Marl, Polsum, Hamm und Altendorf-Ulfkotte, 1.5.1945-31.12.1952, Marl o. J. [1954], S. 123ff.; Brack 1994, S. 16.
Der relativ gute Zustand der Produktionsstätten entsprach den allgemeinen Verhältnissen in Deutschland. Während Verkehrsinfrastruktur und städtische Wohngebiete gravierende Schäden aufwiesen, waren die Industrieanlagen nach einem Bericht im Auftrag der US Air Force nur gering von Bombardements zerstört. Durch die hohen Investitionen im Rahmen der Kriegsvorbereitung lag das Bruttoanlagevermögen hier im Mai 1945 sogar um 20 Prozent über dem Stand von 1936. Siehe Werner Abelshauser: Wirtschaft und Rüstung in den fünfziger Jahren, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. Bd. 4: Wirtschaft und Rüstung, Souveränität und Sicherheit, München 1997, S. 1-185, hier S. 48f.

55 Zu den Wahlergebnissen siehe jeweils die Verwaltungsberichte des Amtes Marl: Verwaltungsbericht des Amtes Marl und der Gemeinden Stadt Marl, Polsum, Hamm und Altendorf-Ulfkotte, 1.5.1945-31.12.1952, Marl o. J. [1954], S. 24-29; Verwaltungsbericht des Amtes Marl und der Gemeinden Stadt Marl, Hamm, Polsum und Altendorf-Ulfkotte, 1.1.1953-31.12.1954, Marl o. J. [1956], S. 19-22; Verwaltungsbericht des Amtes Marl und der Gemeinden Stadt Marl, Hamm, Polsum und Altendorf-Ulfkotte, 1.1.1955-31.12.1958, Marl o. J. [1960], S. 29-32; Verwaltungsbericht des Amtes Marl und der Gemeinden Stadt Marl, Hamm, Polsum und Altendorf-Ulfkotte, 1.1.1959-31.12.1962, Marl o. J. [1964], S. 30-33; Verwaltungsbericht des Amtes Marl und der Gemeinden Stadt Marl, Hamm, Polsum und Altendorf-Ulfkotte, 1.1.1963-31.12.1966, Marl 1968, S. 60-68; Verwaltungsbericht des Amtes Marl und der Gemeinden Stadt Marl, Hamm, Polsum und Altendorf-Ulfkotte, 1967-1970, Marl 1972, S. 3-9.

56 Die Verwaltung des Amtes Marl und seiner Gemeinden 1905-1925, Akte Verwaltungsbericht, SAM, 94/1944-44; Vorläufiger Verwaltungsbericht für das Jahr 1926, Akte Vorläufiger Verwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 1926, SAM 94/1944-43.

57 Rudolf-Ernst Heiland (1910-1965) lebte seit 1912 in Marl. Bereits sein Vater Guido (1881-1957), Bergmann aus Sachsen, war 1919 bis 1926 Bürgermeister in Marl. Von 1925 bis 1933 arbeitete Rudolf Heiland als Hilfsmonteur beim städtischen Elektrizitätswerk, wurde 1936 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt und während des Krieges dienstverpflichtet. Er verfügte 1947-1949 über ein Mandat im nordrhein-westfälischen Landtag, gehörte

gewählt, der Marl als überragender Politiker bis zu seinem Tod 1965 prägen sollte. Während die politischen Verhältnisse nach der folgenden Kommunalwahl 1948 im Wesentlichen unverändert blieben, wurde die SPD 1952 zur größten Fraktion. 1956 schließlich erlangte die SPD nach dem Verbot der KPD zum ersten Mal die absolute Mehrheit im Rat des Amtes und im Rat der Stadt Marl, die sie bei den folgenden Wahlen (1961, 1964 und 1969) verteidigte. Von den kleineren Parteien konnte sich nur die FDP behaupten, doch spielte sie mit ein bis drei Sitzen keine größere Rolle.

Die rasante Bevölkerungsentwicklung hielt auch in den Nachkriegsjahren zunächst an. Schon 1950 wurde die Marke von 60.000 Einwohnern im Amt Marl überschritten, nur drei Jahre später waren es über 70.000, und 1958 lag die Zahl schließlich bei 90.405.[58] Auch wenn die Zuwachsrate von 73 Prozent im Vergleich mit den prozentualen Steigerungen der ersten Jahrhunderthälfte gering erscheint, nahm die Bevölkerung in absoluten Zahlen (38.237) während der 13 Nachkriegsjahre in ungefähr dem gleichen Umfang zu wie in der Zeit zwischen 1912 und 1945. Durchschnittlich erhöhte sich die Einwohnerzahl zwischen 1945 und 1958 um gut 2.900 pro Jahr mit allerdings starken Schwankungen in den ersten fünf Jahren. Erst das Jahr 1959 markiert einen deutlichen Einschnitt: Die Wachstumsrate, die vorher bei durchschnittlich 4,3 Prozent gelegen hatte, sank nun erstmals unter ein Prozent ab und erreichte auch in den folgenden Jahren nicht mehr die alten Werte, sondern pendelte bis 1967 zwischen 0,9 und 1,4 Prozent, was in absoluten Zahlen einem Bevölkerungsanstieg von 1000 Einwohnern pro Jahr entspricht. Ab 1968 bis 1970 blieb dieser Zuwachs plötzlich aus, stattdessen kam es sogar zu einem geringfügigen Verlust an Einwohnern. Insgesamt lässt sich die Bevölkerungsentwicklung zwischen 1945 und 1970 in drei Phasen einteilen, deren erste 1958 endet und den enormen Anstieg der Vorkriegszeit weiterführt. In diesem Zeitraum übertreffen die Zuwachsraten im Amt Marl die Vergleichswerte für den Landkreis Recklinghausen um durchschnittlich rund zwei Prozentpunkte, obwohl die Werte in diesem Landkreis schon höher als im Durchschnitt des Landes Nordrhein-Westfalen liegen. Während es in der zweiten Periode von 1959 bis 1967 zu einer Mäßigung und Verstetigung des Wachstums

---

1948/49 dem Parlamentarischen Rat an und war seit 1949 Mitglied des Bundestages. 1960 übernahm er nach dem Tod Willy Baums zusätzlich zu seinem Amt als Bürgermeister der Stadt Marl dasjenige des Amtsbürgermeisters. Darüber hinaus war er an vielen weiteren Stellen tätig, so unter anderem als Mitglied des Kreistages, Vizepräsident des Deutschen Gemeindetages, Mitglied im Aufsichtsrat der Gewerkschaft Auguste Victoria, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Neuen Marler Baugesellschaft. Siehe Persönlichkeiten-Datei, SAM.

58 Diese und die folgenden Angaben auf Grundlage der Verwaltungsberichte des Amtes Marl und der Gemeinden Stadt Marl, Hamm, Polsum und Altendorf-Ulfkotte 1945-1970.

kommt, ist die dritte (1968-1970) durch Stagnation und Rückgang in diesem Bereich gekennzeichnet.

Wie schon während des ersten Industrialisierungsschubs verteilte sich die Bevölkerungszunahme nicht gleichmäßig über die vier Amtsgemeinden, doch verschoben sich die Gewichte nicht mehr so drastisch wie zuvor. Der Anteil der Stadt Marl an der Einwohnerschaft des Amtes hielt sich bis 1955 bei knapp 80 bis 83 Prozent, um dann auf rund 78 Prozent abzusinken, blieb also im Wesentlichen gleichmäßig hoch. Während der Anteil der kleinsten Gemeinde Altendorf-Ulfkotte trotz des Bevölkerungsanstiegs in den sechziger Jahren nur geringfügig schwankte, veränderte sich das Verhältnis zwischen Hamm und Polsum: Waren die beiden Gemeinden 1945/46 noch ungefähr gleich groß, so nahm die Einwohnerzahl in Hamm zwischen 1953 und 1959 so stark zu, dass sie schließlich diejenige Polsums um fast das Doppelte übertraf. Ungeachtet dieser Unterschiede im Verhältnis der kleineren Gemeinden zueinander blieb die in der ersten Jahrhunderthälfte entstandene Grundstruktur aus einer Mittelstadt, zwei kleineren und einer Kleinstgemeinde innerhalb eines Verbandes erhalten.

Die Grundlage dieser Bevölkerungsentwicklung bildete die günstige Wirtschaftslage der drei Großbetriebe in Marl. Obwohl die Zeche Auguste Victoria als Besitz der IG Farben beschlagnahmt und der Doppelaufsicht durch die North German Coal Control (bzw. deren Folgeorganisationen) und die Tripartite IG Farben Control Group (TRIFCOG) unterworfen worden war, was sich ebenso wie die Unsicherheit vor der Währungsreform kaum als unternehmerischer Anreiz ausgewirkt haben dürfte, betrug die Fördermenge 1947 670.000 Tonnen und damit etwa 45 Prozent der Menge vor Beginn des Krieges, die schon 1952 knapp erreicht wurde.[59] Parallel zu der zunehmenden Förderung wurden die Produktionsanlagen ausgeweitet, indem man zwei neue Schächte (Schacht 6: 1950-1952 und Schacht 7: 1956-1960) niederbrachte, eine Steinfabrik anlegte (1952) und sogar eine eigene kleine Flotte von Binnengüterschiffen erwarb.[60] Die Beschäftigtenzahl überschritt mit 5.542 sogar schon 1947 den höchsten Vorkriegsstand von 1938 und steigerte sich bis 1955 auf über 10.000. Auf diesem hohen Niveau hielt sie sich bis 1957, sank dann aber in den beiden Folgejahren plötzlich um rund 500 und ging danach bis 1965 um durchschnittlich 280 pro Jahr zurück. Mit der Stilllegung der alten Schachtanlagen 1/2 und 4/5, der Verlagerung der Förderung auf die jüngeren Anlagen und den neuen

---

59 Schüpp 1963, S. 162 und Anlage 7. Die niedrige Fördermenge des Ruhrkohlenbergbaus in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre resultiert in erster Linie aus dem Mangel an Arbeitskräften nach der Befreiung der ausländischen Kriegsgefangenen und zivilen Zwangsarbeiter. Siehe Dietmar Petzina: Wirtschaft und Arbeit im Ruhrgebiet 1945 bis 1985, in: Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung. Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 491-567, hier S. 508.

60 Lowinski 1964, S. 256f.

Schacht 8 sowie der Schließung der Kokerei kam es 1966 und 1967 zu einer drastischen Verminderung der Belegschaft um 1.633 bzw. 955 Personen, so dass 1968 nur noch 5.332 Beschäftigte gezählt wurden.[61]

Seit Anfang 1958 spitzten sich mehrere Umstände zu einer Absatzkrise im Kohlenbergbau zu, die als vorübergehend betrachtet wurde,[62] tatsächlich aber strukturell bedingt war. Da seit Kriegsende die Versorgung mit Energie nicht oder nur knapp ausreichte – Gründe hierfür lagen in der fehlenden Transportkapazität, dem Mangel an Arbeitskräften und der geringen Produktivität der Zechen, die seit der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre mit hohem Arbeitseinsatz, aber geringen Investitionen betrieben worden waren –, erwartete man einen weiter steigenden Bedarf an Kohle, ohne den Wandel auf dem Energiemarkt wahrzunehmen. Hier ersetzte nämlich zunehmend Mineralöl die Kohle als Energieträger, seitdem die Bergwerksgesellschaften den 1956 freigegebenen Kohlepreis anhoben, während gleichzeitig die Zölle auf Öl abgeschafft und neue Vorkommen in Arabien und im Iran erschlossen wurden, so dass sich Öl enorm verbilligte.[63] Durch die liberale Einfuhrpolitik gegenüber Importkohle entstand den deutschen Zechen zusätzliche Konkurrenz. Bundesweit ging die Zahl der Beschäftigten im Steinkohlenbergbau von 607.000 im Jahre 1957 auf 287.000 im Jahre 1967 zurück, von den 142 Zechen in den 50ern blieben 1970 noch 56. Dass dieser Wandel sich im Ruhrgebiet zu einer Krise verschärfen konnte, beruht letztlich auf der Entscheidung der Alliierten und der deutschen Regierung, das Ruhrgebiet als schwerindustriellen Wiederaufbaumotor zu nutzen und damit die bestehende Monostruktur zu verfestigen.[64]

Erschwerend wirkte sich bei der Gewerkschaft Auguste Victoria aus, dass schon seit 1956 die Preise für Nichteisenmetalle sanken, so dass auch die Erzförderung nicht mehr lohnenswert schien. Dennoch führte die Krise bei der Gewerkschaft nicht sofort zu Massenentlassungen, sondern zu einem langsamen Arbeitsplatzabbau, weil die enge Verknüpfung der Zeche mit der Chemischen Industrie – sie war im Zuge der IG-Farben-Entflechtung der BASF zugesprochen worden – den Absatz sicherte und zudem Veredelungs- und Verwertungsanlagen (Kokerei,

---

61 Lowinski 1964, S. 258; Verwaltungsberichte des Amtes Marl und der Gemeinden Stadt Marl, Hamm, Polsum und Altendorf-Ulfkotte 1959-1970.

62 Eine Ausnahme bildet Hillenhinrichs 1960, S. 46-50, der deutlich die Gründe der Krise benennt und eine eher skeptische Prognose abgibt. Hillenhinrichs äußerte diese Einschätzung während einer Tagung des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen an der Universität Münster, die sich in Marl mit der Entwicklung Marls zur Großstadt beschäftigte, so dass Rat und Verwaltung der Stadt diese Warnung vor allzu großem Zukunftsoptimismus hätten wahrnehmen können. Allerdings schätzte auch Hillenhinrichs die Situation in Marl als vergleichsweise stabil ein, da die größeren Zechen im nördlichen Ruhrgebiet wirtschaftlicher arbeiteten und der Absatz durch die Verbindung mit der Chemie und die Verstromung gesichert sei.

63 Petzina 1990, S. 518f.

64 Petzina 1990, S. 507, 512.

Steinfabrik, Kraftwerk) bestanden bzw. errichtet wurden, die die Produktpalette erweiterten.

Die Zeche Brassert durchlief im Wesentlichen dieselbe Entwicklung, allerdings mit gewissen Eigentümlichkeiten. So wurde die Förderung relativ früh wieder aufgenommen und überschritt schon 1950 den Vorkriegswert von 1938, während die Belegschaft sogar bereits 1947 größer war als 1938. Dagegen traf sie die Kohlekrise durch ihre unmittelbarere Marktabhängigkeit stärker: 1959 wurde die Belegschaft um über tausend Beschäftigte, das entspricht etwa 23 Prozent, reduziert, und nur drei Jahre später wurden mehr als 1.400 Beschäftigte und damit 46 Prozent der Belegschaft im Rahmen der Stilllegung von Brassert 2 verlegt oder entlassen.[65] Auch hier errichtete man ein eigenes Kraftwerk, das die Verwertung der Förderung sichern sollte, doch wurde die Zeche schließlich 1972 geschlossen.

Als Teil der IG Farben unterlagen auch die Chemischen Werke Hüls bis Ende 1953 der besonderen Kontrolle durch die Westalliierten, die 1948 bis 1951 die Herstellung von synthetischem Kautschuk vollständig untersagten und sie danach nur in geringem Umfang erlaubten.[66] Dies und die Etablierung eines eigenständigen Unternehmens Chemische Werke Hüls AG ohne den Verbund mit der IG Farben[67] erforderten die Umstellung der Produktion und die Ausweitung der Produktpalette, so dass eigene Forschungs- und Vertriebsabteilungen neu eingerichtet werden mussten. Obwohl daraus ebenso wie aus den Schäden während der letzten Kriegstage eine gewisse Belastung resultierte, bedeutete die Umstrukturierung letztlich einen Gewinn für das Unternehmen, das mit modernen Anlagen, nunmehr zunehmend auf der Grundlage von Erdöl, eine größere Vielfalt von Produkten herstellte. So übertraf seit 1947 der Umsatz, der mit neuen Erzeugnissen erzielt wurde, denjenigen der Altprodukte.[68] Mit der Gründung der Bunawerke Hüls GmbH im Jahre 1955 setzte sogar die Bunaproduktion in größerem Maßstab wieder ein,[69] und weitere Tochtergesellschaften sowie Beteiligungen im

---

65 Schüpp 1963, Anlage 8; Verwaltungsberichte des Amtes Marl und der Gemeinden Stadt Marl, Hamm, Polsum und Altendorf-Ulfkotte, 1959-1970.

66 Raimund Esser: Die wirtschaftliche Entwicklung der Chemischen Werke Hüls (CWH) von 1945 bis 1949, in: Ulrich Brack und Klaus Mohr (Hg.): Neubeginn und Wiederaufbau. Marl in der Nachkriegszeit 1945-1949, Essen 1994, S. 117-133, hier S. 128.

67 Allerdings blieb die IG Farben i. L. auch nach der „Entflechtung“ mit 50 Prozent an der neuen AG beteiligt. Die restlichen Anteile hielten die Bergwerksgesellschaft Hibernia AG (25 Prozent) und die Kohlenverwertungsgesellschaft mbH (25 Prozent). Siehe Schüpp 1963, S. 219.

68 [Paul] Baumann: Die Bedeutung und Entwicklung der chemischen Industrie im Raume Marl, in: Großstadtbildung in industriellen Entwicklungsräumen. Das Beispiel Marl, Köln 1960 (Beiträge und Untersuchungen des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, N.F., Bd. 53), S. 51-66, hier Schaubild 6.

69 Gesellschafter waren die Chemischen Werke Hüls, BASF, Bayer und Hoechst. Nur einen Monat nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge, die die alliierte

In- und Ausland zeugen von der Expansion des Unternehmens, wie sie sich auch in der Belegschaftsentwicklung spiegelt. Einschließlich der Subunternehmen waren 1961 16.610 Menschen in den Chemischen Werken beschäftigt, das entspricht einer Verdoppelung des Standes von 1946. Die Produktion erreichte 1960 einen solchen Umfang, dass das Werk nicht nur zwei Prozent des gesamten Energiebedarfs der Bundesrepublik benötigte, sondern auch die Wassermenge der Lippe vollständig zur Kühlung nutzte.[70] Trotz konjunktureller Schwankungen stieg die Beschäftigtenzahl bis 1970 weiter auf über 19.000.[71]

Bis 1958 verringerte sich die Arbeiterquote im Amt Marl leicht auf 72 Prozent, während sich der Anteil von Angestellten und Beamten auf fast 21 Prozent erhöhte,[72] da zum einen der öffentliche Dienst durch das Bevölkerungswachstum und neue Aufgaben gegenüber der Vorkriegszeit zunahm, zum anderen auch die Großbetriebe zunehmend höher qualifiziertes Personal benötigten, um die Umstrukturierung, Diversifizierung und Rationalisierung durchzusetzen. Demographisch wirkte sich die Wirtschaftsstruktur in einem überdurchschnittlichen Anteil jüngerer, d.h. erwerbstätiger Menschen aus. Das Geschlechterverhältnis war insofern zugunsten der Männer verschoben, als sie hier tatsächlich 50 Prozent der Bevölkerung ausmachten, wohingegen ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nur bei 46 Prozent lag. Auch die Erwerbsquote der Frauen unterschritt den Bundesdurchschnitt, so dass die Marler Gesellschaft der Nachkriegszeit schon allein auf der Grundlage dieser Zahlen überwiegend durch das Leitbild des jüngeren, männlichen Industriearbeiters geprägt wurde.[73]

Dem Einwohnerwachstum und der wirtschaftlichen Prosperität entsprechend verfügte die Stadt Marl, auf deren Gebiet die Chemischen Werke und die beiden Zechen angesiedelt waren, über üppige Steuereinnahmen. Obwohl auch das Grundsteueraufkommen durch den Bauboom stieg, machten wie üblich die beiden Gewerbesteuern, und hier vor allem die unmittelbarer konjunkturabhängige Besteuerung nach Ertrag und Kapital, den überwiegenden Teil der Einnahmen aus; der Anteil der beiden Gewerbesteuern an der Finanzierung des ordentlichen Haushalts betrug zwischen 1952 und 1964 durchschnittlich 68 Prozent

---

Kontrolle aufgehoben und der Bundesrepublik die Souveränität gewährt hatten, fanden sich hier ehemalige Mitgliedsfirmen der IG Farben zusammen.

70 Lowinski 1964, S. 236 und Anhang, Tab. 48.

71 Verwaltungsberichte des Amtes Marl und der Gemeinden Stadt Marl, Hamm, Polsum und Altendorf-Ulfkotte, 1959-1970.

72 Lowinski 1964, S. 202, Tab. 40.

73 Zu den Zahlen siehe Lowinski 1964, S. 188f., Tab. 31f. und S. 196. Die Entstehung eines solchen Leitbilds hängt sicher nicht allein von der mengenmäßigen Dominanz ab, wie etwa das gegenteilige Beispiel der Arbeiterschaft im Kaiserreich veranschaulicht. Vielmehr spielen politische und kulturelle Gründe eine bedeutende Rolle, siehe Kapitel 3.3.

und sank in den folgenden fünf Jahren auf 57 Prozent.[74] Dabei leisteten angesichts der Wirtschaftsstruktur in Marl die drei Großunternehmen den weitaus größten Beitrag – 1961 zahlten etwa die Chemischen Werke mehr als die Hälfte der städtischen Gewerbesteuern[75] –, so dass die Stadt auch direkt von dem Wohlergehen der Betriebe abhing. Waren die Einnahmen durch die Gewerbesteuern in den fünfziger Jahren zunächst stark angewachsen – sie lagen 1950 noch bei 3,3 Mio. DM, betrugen 1953 schon 11,1 Mio. DM und stiegen 1957 auf 20,1 Mio. DM –, so hatten sie schließlich 1958 mit knapp 29 Mio. DM ein Niveau erreicht, das in den folgenden zehn Jahren bis auf kleinere Schwankungen unverändert blieb. Allerdings setzte diese Stagnation auf dem höchsten Stand ein: Das Realsteueraufkommen in Marl lag 1959 mit 448 DM pro Einwohner an der Spitze aller Kommunen in Nordrhein-Westfalen und übertraf den Landesdurchschnitt von 173 DM um mehr als das Doppelte. Auch in den folgenden Jahren blieb diese Relation bestehen.[76]

Insgesamt zeigt sich Marl also als Gemeindeverband, der von der Industrialisierung wegen seiner nördlichen Lage in Bezug zum Ruhrgebiet erst relativ spät, dafür aber mit seiner ländlichen Struktur und geringen Einwohnerschaft umso heftiger betroffen ist, zumal in der späten Phase der Erschließung von Kohlefeldern die Unternehmen größer und finanzkräftiger waren als noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die monostrukturelle Abhängigkeit vom Bergbau verringerte sich erst Ende der dreißiger Jahre durch die Ansiedlung der Chemischen Industrie, doch blieb das ausgesprochene Übergewicht von nur wenigen großen Betrieben erhalten. Durch die neuen Arbeitsplätze erfuhren die Gemeinden, von Altendorf-Ulfkotte abgesehen, vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis gegen Ende der fünfziger Jahre einen enormen Bevölkerungszuwachs, wobei sich die Gemeinde Marl als dominierende Mittelstadt herausbildete. In der Nachkriegszeit profitierte Marl von dem Wirtschaftsboom, der durch den Nachholbedarf innerhalb der Bundesrepublik, aber auch durch äußere Faktoren ausgelöst wurde. So band der Korea-Krieg (1950/51) einen Teil der Wirtschaft, zunächst vor allem in den USA und Großbritannien, in die Rüstungsproduktion ein, so dass die auf zivile Produkte beschränkten Unternehmen in der Bundesrepublik die Lücke füllen konnten und neue Abnehmer fanden. Gleichzeitig wurde auf Druck der Alliierten die Schwerindustrie im Rahmen eines westdeutschen Beitrags zur Kriegswirtschaft gefördert, so dass

---

74 Diese und die folgenden Angaben auf Grundlage der Verwaltungsberichte des Amtes Marl und der Gemeinden Stadt Marl, Polsum, Hamm und Altendorf-Ulfkotte 1945-1962 sowie der Haushaltssatzungen der Jahre 1962 bis 1969, Akten Rat Stadt Marl, SAM 86/773.

75 Lowinski 1964, S. 284.

76 Lowinski 1964, S. 283f.; Schüpp 1963, Anlage 12.

die Bergbauunternehmen des Ruhrgebiets einen doppelten Nutzen aus dem Krieg zogen.[77]

Die politischen Verhältnisse waren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von der Dominanz der linken Parteien gekennzeichnet, die zusammen seit den ersten Kommunalwahlen die Mehrheit in den Räten der Stadt und des Amtes stellten. Nach dem Verbot der KPD verfügte die SPD allein über die absolute Mehrheit in beiden Gremien, zudem besetzte sie seit 1946 die Ämter der Bürgermeister von Stadt und Amt Marl.

Einen schwerwiegenden Einschnitt brachten die Jahre 1958 und 1959 mit sich, in denen zum ersten Mal das seit Beginn des Jahrhunderts andauernde, außerordentlich große Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum zurückging und ein im vergleichsweise normales Maß annahm. Einerseits hängt dies mit der Krise im Bergbau zusammen, die sich in dem so unmittelbar abhängigen Amt Marl sofort bemerkbar machte, andererseits zeigt sich aber auch, dass sich die Einwohnerzahl zusehends der Größenordnung näherte, die dem Beschäftigtenbedarf der bestehenden Unternehmen entsprach. Ohne die Ansiedlung weiterer Großbetriebe konnte die Entwicklung der ersten Jahrhunderthälfte, ihrerseits auf den Auf- und Ausbau neuer Industrien gegründet, nicht in der gleichen Geschwindigkeit fortgesetzt werden.

2.3 Geschichte der Stadtplanung in Marl

Parallel zur Ausdehnung der Städte im 19. Jahrhundert entstand eine breite antiurbanistische Strömung, deren Vertreter die Unübersichtlichkeit, die fehlende Ordnung und die „Häßlichkeit“ der sich rapide wandelnden Städte kritisierten. Weil sie das vertraute Maß sprengte, erregte die Dimension der Fabriken und der neu angelegten Wohnsiedlungen Unbehagen bei den bürgerlichen Kritikern, zumal sie die großen Arbeiterquartiere bald als Bedrohung empfanden. In den Reformvorschlägen, die sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts durchsetzten, fanden sich daher die rein pragmatische Ebene, auf der tatsächliche Missstände, wie etwa ungesunde Wohnverhältnisse durch fehlende sanitäre Einrichtungen, hohe Wohndichten und unzureichende Versorgung mit Licht, Luft und Wasser, behoben wurden, und die politisch-ideologische Ebene mit dem Ziel einer politischen Beruhigung der Arbeiterschaft miteinander vermischt. Dabei reichte die Spannweite der Ansätze von der völligen Ablehnung der Großstadt, die zugunsten der vorindustriellen ländlichen Siedlung im Sinne des Ideals „Dorf“ oder „Kleinstadt“ aufzulösen sei, bis

---

[77] Abelshauser 1997, S. 17; Werner Abelshauser: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Frankfurt a. M. 1983, S. 81.

hin zu einer vorsichtigen Verbesserung der materiellen Lage durch die Vorgabe von Mindeststandards bei der Anlage neuer Wohnungen.

Die relativ späte Industrialisierung des Marler Raums durch die Nordwanderung des Kohlenbergbaus eröffnete nun scheinbar die Möglichkeit, auf der Grundlage einer sorgfältigen Stadtplanung die räumliche Entwicklung Marls zu steuern und so, die Erfahrungen aus dem südlicheren Ruhrgebiet nutzend, die als chaotisch kritisierte dortige Situation zu vermeiden. Die Zuständigkeit hierfür lag beim Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (SVR), der seit seiner Gründung im Jahre 1920 für eine koordinierte Planung im Bereich Verkehr, Grünflächen und Siedlungsbau sorgen und unter anderem die Ansiedlung von 150.000 Bergarbeitern im Ruhrgebiet zur Steigerung der Kohlenförderung planerisch vorbereiten sollte.[78] Demgemäß erstellte Philipp August Rappaport[79], der Erste Beigeordnete des SVR, 1923/24 einen so genannten Wirtschafts- oder Bebauungsplan[80] für die Gemeinde Marl (Abb. 1).

Obwohl Rappaport selbst die Bedeutung rechtzeitiger Planung betont,[81] sind zu diesem Zeitpunkt die grundlegenden Entscheidungen längst gefallen, so dass der Planung, von den üblichen Beschränkungen wie Besitzverhältnisse an Grund und Boden und vorhandene Infrastruktur abgesehen, enge Grenzen gesetzt waren. So hatten die beiden Zechen, deren eine, Auguste Victoria, noch nicht im Plangebiet lag, ihre Anlagen längst installiert und bereits den höchsten Beschäftigtenstand

---

78 Andreas Benedict: 80 Jahre im Dienst des Ruhrgebiets. Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (SVR) und Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) im historischen Überblick 1920-2000, Essen 2000, S. 35-50. Vgl. auch Heinz Wilhelm Hoffacker: Entstehung der Raumplanung, konservative Gesellschaftsreform und das Ruhrgebiet 1918-1933, Essen 1989, S. 30.

79 Rappaport (1879-1955) hatte Architektur an der TH Berlin-Charlottenburg und Nationalökonomie in Gießen studiert. 1908 wurde er zum Regierungsbaumeister ernannt, vier Jahre später an der TH Charlottenburg promoviert und anschließend in das preußische Ministerium für öffentliche Arbeiten berufen. Seit 1920 arbeitete er als stellvertretender Verbandspräsident des SVR und als Erster Beigeordneter des SVR sowie als Dozent an der Kunstakademie Düsseldorf. Die Beschäftigung mit dem Städtebau bildete seit seinem Studium den Schwerpunkt seiner Arbeit. Siehe Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft. Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild. Bd. 2: L-Z, Berlin 1931, S. 1473f.; Benedict 2000, S. 145f. Nach der zwangsweisen Pensionierung im Jahr 1933 und Verfolgung ab 1937 wurde er 1945 als Direktor des SVR eingesetzt. Als Leiter des Zentralamts für Arbeit in der britischen Zone war Rappaport mit der Wiederaufbauplanung beauftragt und an der Ausarbeitung des „Lemgoer Entwurfs“ beteiligt, den einige Länder als Grundlage ihrer Wiederaufbaugesetze nutzten. 1949 erhielt er den Professorentitel sowie die Ehrendoktorwürde der TH Aachen, 1954 das große Verdienstkreuz. Siehe Benedict 2000, S. 59, 146; Werner Durth: Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900-1970, München 1992, S. 383 sowie Marler Zeitung, Nr. 180, 4./5.8.1984.

80 Der Plan ist nur in der publizierten Form ([Philipp August] Rappaport: Der Bebauungsplan der Gemeinde Marl, in: Festschrift zur Verkehrs- und Sportwoche Marl 1925, o. O. 1925, S. 48-51; Lowinski 1964, S. 141) erhalten. Es handelt sich nicht um einen Bebauungsplan im Sinne des heutigen Baugesetzbuchs, sondern eher um einen Flächennutzungsplan.

81 Rappaport 1925, S. 49, 51.

zur Zeit der Weimarer Republik erreicht. Die Gemeinde Marl verfügte bis dahin über gut 15.000 Einwohner und damit über das Achtfache des Standes von 1900. Bei seinem Entwurf ging Rappaport daher von „den Notwendigkeiten der Wirtschaft im Zusammenhang mit der natürlichen Lage des Geländes“[82] aus und legte zunächst „im Benehmen mit den zuständigen Bergwerksgesellschaften“ die Standorte für zukünftige Zechenerweiterungen fest. Daraus resultierte die Lage der Verkehrsinfrastruktur für die Industrie mit Werksbahnen und Industriehäfen an dem geplanten Wesel-Datteln-Kanal. Als zusätzliche Vorgabe kam der Streckenverlauf für die seit 1902 geplante Eisenbahnlinie von Essen nach Haltern hinzu, an deren Haltepunkt Rappaport ein weiteres Industriegebiet vorsah. Innerhalb dieses Rahmens konnten dann die übrigen Funktionsbereiche der Kommune, Wohngebiete und Erholungszonen, relativ frei angeordnet werden. Um die Verbindung zwischen dem bestehenden Ort und dem zukünftigen Bahnhof im Süden herzustellen, entwarf Rappaport ein neues Zentrum mit einer geschlossenen dreigeschossigen Bebauung, das als Ausgangspunkt für die sternförmige Erweiterung der Gemeinde durch offene zweigeschossige Wohngebiete diente. Da diese Wohnbebauung streifenartig in die Landschaft gelegt war, führten quasi als Negativ Grünzüge bis an das Zentrum und das alte Dorf. Eigene Unterzentren in den Wohnstreifen sollten durch Verwaltungen oder Schulen gebildet werden, die „durch geschlossene Plätze, geometrisch scharfe Alleen [und] durch entsprechende Führung der Straßen“[83] städtebaulich betont wurden.

Rappaports Vorgehensweise zeichnet sich zwar auf den ersten Blick durch einen gewissen Pragmatismus aus – er übernimmt die Anforderungen der Industrie als Grundlage seines Entwurfs –, doch erscheint diese Übernahme allzu unkritisch. So geht er von maximal sechs Doppelschachtanlagen allein auf dem Gebiet der Gemeinde Marl aus und errechnet auf dieser Basis eine Einwohnerschaft von 120.000.[84] Immerhin berücksichtigt er bei den Erweiterungen die vorhandenen Parzellen und Wege, so dass ein stufenweiser Ausbau ermöglicht wird. Im Ganzen gesehen zeigt sich Rappaports Entwurf durchaus auf der Höhe der Zeit, löste doch seit der Jahrhundertwende die speichenförmige Ausdehnung der Stadt entlang der Verkehrsachsen die alte Gliederung in konzentrische Ringe ab.[85] In der großzügigen Freihaltung von Grünflächen sowie der engen Verbindung der niedrigen Bebauung mit der

---

82 Rappaport 1925, S. 49. Beides betrachtet er offenbar als gleichermaßen unveränderliche Gegebenheiten.

83 Rappaport 1925, S. 51.

84 Rappaport 1925, S. 49. 4.000 Arbeiter pro Anlage ergeben zusammen mit den Familienangehörigen eine direkt vom Bergbau abhängige Bevölkerung von 100.000, die durch 20.000 Personen aus anderen Bereichen (Handel, Dienstleistungen) ergänzt wird.

85 Gerhard Fehl: Gartenstadt und Bandstadt. Konkurrierende Leitbilder im deutschen Städtebau, in: Die alte Stadt, 27. Jg., 2000, Nr. 1, S. 48-67, hier S. 48f.

Umgebung zeigt sich der Einfluss der Gartenstadt-Idee, wiewohl es sich hier weder um eine komplett neu gegründete Stadt handelt, noch grundsätzliche boden- oder gar lebensreformerische Absichten der Planung zugrunde lagen. Allerdings bleibt die auch damals schon propagierte Funktionstrennung unvollständig, denn einerseits bestanden bereits Industrieanlagen in unmittelbarer Nachbarschaft zu Wohnbereichen, so etwa die Zeche Brassert, andererseits führt die Bevorzugung von Wirtschaftsinteressen zu Standorten, die zwar günstige Verkehrsanbindungen besitzen (Bahnhof, Kanal), aber andere Planziele konterkarieren: Das Industriegebiet am Bahnhof blockiert die Verbindung zwischen der südlich gelegenen Siedlung und dem Rest der Stadt, und der nordöstliche Bereich am Kanal schneidet nicht nur den Grünzug zur Stadtmitte hin ab, sondern umschließt ein Wohngebiet von drei Seiten her. In der Anlage der Wohngebiete mit ihren Unterzentren nimmt Rappaport gewissermaßen die Nachbarschaftsgliederung vorweg, die in den zwanziger Jahren in Großbritannien und den USA entwickelt, Ende der dreißiger in Deutschland mit der Parteistruktur der NSDAP verknüpft und in den fünfziger Jahren großflächig umgesetzt wird. Allerdings setzt er sie wohl vorwiegend aus Gründen der Stadtbildpflege – seine Erläuterungen und die Straßenführung erinnern an Camillo Sittes „Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen“ – und nicht auf soziologischer Grundlage ein.

Die eigentlichen Ziele seiner Bemühungen schildert Rappaport drei Jahre später bei der Vorstellung der Gesamtplanung für das Vest Recklinghausen:

> So ist ein Wirtschaftsplan nicht nur ein verkehrstechnisch und industriell notwendiges Vorhaben, sondern gerade auch die weniger greifbaren Ergebnisse einer Sicherung des Heimatbildes und damit einer Verwurzelung der Bevölkerung wird durch eine solche planvolle Festlegung der Zukunft erreicht. Wir müssen uns auch im Vest Recklinghausen mit der immer zunehmenden Industrieentwicklung aussöhnen, aber gerade diese zwingt uns, von der Heimat zu erhalten, was trotz der industriell-baulichen Entwicklung irgend zu erhalten ist.[86]

Angesichts der Umbrüche durch die Industrialisierung sollten also vertraute „Bilder“ gesichert werden, um die Verlusterfahrung so gering wie möglich zu halten und Widerstände gegen die Neuerungen zu überwinden. Gleichzeitig erhoffte man sich von der gezielten Gestaltung eine emotionale Bindung der Bewohner an den Ort und damit ganz pragmatisch einen Rückgang der enorm hohen Fluktuation, während auf der ideologischen Ebene in einem biologistischen Kurzschluss

---

[86] [Philipp August] Rappaport: Künftige Gestaltung von Stadt und Land im Vest Recklinghausen, in: Vestischer Kalender 1927, Recklinghausen 1927, S. 3-6, hier S. 6. Sperrung und grammatikalischer Fehler im Original.

(„Verwurzelung“) dem deutschen Boden eine festigende, antirevolutionäre Wirkung auf die Arbeiterschaft zugeschrieben wurde. Den größeren Teil der Bevölkerung dürfte dieses Heimatbild allerdings eher unberührt gelassen haben, da der Anteil der gebürtigen Marler abnahm.

Mit der kommunalen Neuordnung von 1926, die innerhalb des Amtes gerade die Gemeinde Marl betraf, war der Plan von 1924 nur zum Teil überholt, denn für das Grundgerüst aus Industriestandorten und Infrastruktur hatte Rappaport offenbar die Anforderungen der vorher nicht zu Marl gehörigen Zeche Auguste Victoria einbezogen.[87] Daher reichte 1928 eine leichte Überarbeitung aus, bei der größere Wohngebiete südlich der geplanten Eisenbahnstrecke Essen – Haltern ausgewiesen wurden, um hier den Anschluss nach Hüls zu schaffen (Abb. 2).[88] Gleichzeitig konnte das Industriegebiet, das den nordöstlichen Grünzug störte und die Wohnbebauung einschloss, nach Westen verlegt werden, da diese Lage für eine neue Schachtanlage (Brassert 3) wohl als günstiger galt.

Spätestens die zu seiner Zeit nicht absehbare Ansiedlung eines völlig neuen Großbetriebs, der Chemischen Werke Hüls, veränderte jedoch die Ausgangssituation Ende der dreißiger Jahre so grundlegend, dass eine neue Bearbeitung nötig wurde. Obwohl Rappaports Planung in ihren konkreten Auswirkungen also eher beschränkt war, legte sie in mancher Hinsicht die Basis für die folgenden Konzepte. So sah er nicht nur ein Stadtzentrum ungefähr an der heutigen Stelle vor, sondern entwarf vor allem in Abgrenzung zu den planlos entstandenen, dunklen und dicht besiedelten Großstädten des südlicheren Ruhrgebiets das Bild einer von vornherein geordneten, offenen und vor allem durch großzügige Grünanlagen geprägten Stadt, die Industrie und Natur ins Gleichgewicht setzt. Diese Vorstellung einer „Grünstadt“, eines „Muster[s] planvoll klarer Industriestadtentwicklung im Grünen“[89] prägte die Stadtentwicklung in Marl bis weit in die sechziger Jahre hinein ungebrochen.[90]

---

87 Rappaport spricht von mehreren Bergwerksgsellschaften, mit denen er zusammengearbeitet habe. Siehe Rappaport 1925, S. 49.

88 Auch diese Planung ist nur in ihrer wesentlich später veröffentlichten Fassung überliefert. Siehe Großstadtbildung in industriellen Entwicklungsräumen. Das Beispiel Marl, Köln 1960 (Beiträge und Untersuchungen des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, N.F., Bd. 53), Beilage, Skizze 6.

89 Rappaport 1925, S. 49, 51.

90 Die Konzeption ähnelt scheinbar derjenigen der Internationalen Bauausstellung Emscher Park (1989-1999): Hier hieß ein Projektbereich „Arbeiten im Park“. Im Zuge des Strukturwandels wurden Brachen der Großindustrie in Standorte für neue, kleine Unternehmen, meist aus dem Dienstleistungs- und Technologiesektor, umgewandelt. In der Vermarktung spielt neben der ungewöhnlichen alten und neuen Architektur die landschaftliche Einbindung in Grünanlagen eine große Rolle. Da es sich aber um Betriebe handelt, die weder die gewaltigen Flächen benötigen noch die Umwelt in größerem Maße durch Emissionen belasten, gelingt die Verbindung von Natur und Industrie wesentlich einfacher. Die Natur, in der ge-

Nachdem die Errichtung der Chemischen Werke die Grundlage der bisherigen Planung verändert hatte, stellte der Direktor des Siedlungsverbands Ruhrkohlenbezirk, Albert Lange[91], 1938 einen neuen Entwurf vor (Abb. 3).[92] Zwar geht er in seinen Erläuterungen ausführlich auf die wirtschaftliche Struktur in Marl ein, doch erwähnt er die Chemischen Werke Hüls nur als neue „bedeutende Industrieanlage", ohne auf die Art der Produktion einzugehen, handelte es sich doch um eine für die Kriegswirtschaft wichtige Fabrik. Obwohl auch hier die Industriestandorte wieder Fixpunkte darstellen, nimmt ihre Begründung kaum Platz ein, während die Verkehrssituation und ihre Neuregelung breit dargestellt werden. Die Ziele der Planung sieht Lange in der Sicherung von Erweiterungsflächen für die Industrie, in der Trennung von Industrie- und Wohngebieten und in der Verbesserung des Personenverkehrs. Vor allem aber soll „die Stadt [...] zu der Einheit zusammenwachsen, die sie in der Verwaltung schon heute darstellt" [93], und der Amtsbürgermeister Friedrich Willeke bekräftigt:

> Diese bewußt zerstreut liegenden Siedlungen mit einem einheitlichen Stadtbewußtsein zu erfüllen, allen ihren Bewohnern das Gemeinschaftsgefühl zu geben, zu einer einzigen Schicksalsgemeinde zu gehören, ist eine weitere wesentliche Aufgabe für den Städtebauer in Marl.[94]

Der „Wirtschaftsplan" weist neue Industriegebiete im Norden aus, wobei den Bergwerken weniger Flächen zugewiesen werden, während die Chemischen Werke ein großes zusammenhängendes Areal erhalten. Das 1928 noch für kleinere Betriebe vorgesehene Gelände unmittelbar südlich des Bahnhofs entfällt. An die Stelle der strahlenförmigen Wohn-

---

zähmten, idyllischen Form des Parks präsentiert, bildet hier nicht mehr den größtmöglichen Gegensatz zur Arbeitswelt, sondern deren Erweiterung. Siehe Internationale Bauausstellung Emscher Park (Hg.): Katalog der Projekte 1999, o. O. [Gelsenkirchen] 1999, S. 98-163; Sebastian Müller und Klaus M. Schmals (Hg.): Die Moderne im Park? Ein Streitbuch zur Internationalen Bauaustellung im Emscherraum, Dortmund 1993.

91 Lange (1891-1945) war nach seinem Studium an der TH Hannover (1909-1914) 1919 zum Regierungsbaumeister ernannt worden. Von 1922 bis 1933 fungierte er als Stadtbaurat und später als Technischer Beigeordneter der Stadt Bottrop. 1934 trat er in den Dienst des SVR ein, wo er ab 1936 das Technische Dezernat leitete, bis er 1937 als Verbandsdirektor eingesetzt wurde. Lange gehörte dem „Arbeitsstab für den Wiederaufbau bombenzerstörter Städte" an. Anfang 1945 kam er bei einem Bombenangriff ums Leben. Siehe Benedict 2000, S. 61f., 143.

92 A[lbert] Lange: Die Ortsplanung Marls als Beispiel für eine örtliche Gesamtplanung, in: Raumforschung und Raumordnung, 2. Jg., 1938, Nr. 7, S. 301-304. Der Titel von Langes Aufsatz deutet an, dass Marl schon früh als beispielhaft für eine rechtzeitige, umfassende und vorausschauende Stadtplanung begriffen wurde. Der Wirtschaftsplan für das Amt Marl wurde am 28.6.1939 festgestellt und befindet sich heute im Besitz des Kommunalverbands Ruhrgebiet in Essen.

93 Lange 1938, S. 303.

94 [Friedrich] Willeke: Wir bauen eine Stadt. Marl im Zeichen des Vierjahresplans, in: Vestischer Kalender und Heimatkalender für die Herrlichkeit Lembeck, 1940, S. 68-74, hier S. 74.

gebiete aus Rappaports Plan tritt nun eine in ihrem Umfang[95] deutlich reduzierte, kompaktere Bebauung, die sich um die Kerne von Marl und Hüls legt, den Raum zwischen diesen beiden Ortsteilen auffüllt und sich von Hüls aus nach Norden vorschiebt. Da die Wohngebäude so eine stärker zusammenhängende Fläche belegen, die nur selten durch äußerst schmale Grünstreifen unterbrochen wird, tritt der Gegensatz zwischen besiedeltem und freiem Land deutlicher hervor; Lange selbst spricht von Notwendigkeit einer „klare[n] Begrenzung der Bebauung gegen die besonders reiche und schöne westfälische Landschaft“.[96] Wie diese Bebauung aussehen und wie die Erschließung der Wohngebiete gestaltet sein sollte, lässt sich anhand des Plans nicht erkennen, doch erläutert Lange, dass „vom Kleinhaus und der zweigeschossigen Mietshausbebauung [...] nur an wenigen Punkten abgewichen werden [wird].“[97] Als Beispiel dient eine „Waldrandsiedlung“ der Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten östlich der Schachtanlage Auguste Victoria 3. Hier eröffnen leicht geschwungene Wege den Blick auf freistehende Doppelhäuser an der Straßenseite der schmalen, tiefen Grundstücke, die hinter den Häusern als Gärten nutzbar sind. Angesichts der sehr geringen Wohndichte wären die zahlreichen Beschäftigten der Großindustrie und ihre Angehörigen wohl kaum in den ausgewiesenen Gebieten unterzubringen gewesen.

Die Aufgabe der sternförmigen, weit ausstrahlenden Anlage resultierte nicht nur aus dem Bemühen um eine möglichst offene Landschaft, sie entsprach auch einer neuen Konzeption von funktionaler Gliederung in parallel ost-westlich verlaufenden Geländestreifen, deren nördlicher direkt an der Lippe die Industrie aufnehmen sollte, während der mittlere dem Wohnen diente und der südliche der Landwirtschaft vorbehalten blieb. Ungefähre Trennlinien zwischen den Zonen stellten die grob ost-westlich trassierten Straßen OW I und OW Ib dar, nachdem die letztere, ursprünglich weiter nördlich direkt am Lippe-Seitenkanal geplant, nun südlich der Chemischen Werke verlaufen sollte, um den Industriebetrieben den Zugang zum Kanal zu gewähren. Zwar wirkt die Gliederung auf den ersten Blick überzeugend – Lange betont die Vermeidung von Wohnungen im Windschatten der Betriebe –, doch bleibt die behauptete strikte räumliche Trennung der Funktionen eine planerische Abstraktion. So befinden sich nicht nur die bestehenden Werksgelände der Zechen Brassert und Auguste Victoria sowie der Schacht Auguste Victoria 4 innerhalb des Wohnstreifens, sondern gerade die als beispielhaft präsentierte „Waldsiedlung“ sollte im Industriebereich, noch dazu unmittelbar östlich des Schachtes Auguste Victoria 3 und der Chemischen Werke, angelegt werden.

---

95 Lange gibt die Einwohnerzahl, die er seinem Entwurf zugrunde legt, nicht an.
96 Lange 1938, S. 304.
97 Lange 1938, S. 304.

Der Einteilung in langgestreckte Zonen entsprechend verzichtete Lange ausdrücklich auf die Ausweisung eines neuen Stadtzentrums[98], zumal die bestehenden Kerne von Marl und Hüls weiterhin, vor allem wohl als Einkaufsgelegenheiten, attraktiv blieben. Stattdessen sollten öffentliche Bauten (von West nach Ost: Bahnhof, Berufsschule, Gemeinschaftshaus, Kirche und Rathaus) in größerem Abstand voneinander an der Verbindungsstraße zwischen Marl und Hüls platziert werden, so eine Art Zentralzone bildend. Da außerdem das bis dahin weitgehend freie Gebiet zwischen den Orten zur Bebauung vorgesehen wurde, wären die beiden erst seit gut zehn Jahren zusammengehörigen Ortsteile auf symbolischer und städtebaulicher Ebene im Sinne des gesuchten „Zusammenwachsens“ miteinander verbunden worden. Den Rang der einzelnen „Gemeinschaftsbauten“ dokumentiert ihre Lage: Berufsschule und Bahnhof sind an großen Plätzen situiert, das Rathaus erhält durch seine Verschwenkung zur Straße hin immerhin einen Vorplatz, und das Gemeinschaftshaus als herausragendes Gebäude des NS liegt etwas abseits an der Grünfläche des ehemaligen Hauses Loe, so dass es quasi die Nachfolge des Adelssitzes antritt. Dagegen ist die Kirche ohne Vorplatz oder Achse mit ihrer Schmalseite so in die Straßenrandbebauung eingebunden, dass sie nicht einmal mehr orientiert ist. Allerdings gehört sie offenbar immer noch zum als notwendig erachteten Bauprogramm, obwohl die anfängliche Einbindung der christlichen Kirchen und der offene Rückgriff auf ihre Symbole längst dem Bemühen um eine eigene, entchristlichte NS-Religion gewichen war.[99]

Während die kompaktere Gesamtanlage und die Abgrenzung von Bebauung und Landschaft eine eher städtische Prägung vermitteln, weisen die Reduktion der Wohnungszahl und die Vermeidung eines definierten Zentrums auf Vorbehalte gegenüber einer städtischen Siedlungsform hin; von einer „Großstadt“ wie bei Rappaport ist ohnehin keine Rede mehr. Demgemäß stellt nicht mehr das innere Ruhrgebiet das städtebauliche Gegenbild dar, das bei aller Ablehnung doch vergleichbare Parameter bereitstellen muss, sondern die Industrialisierung und Zersiedelung des ländlichen Raums:

> Es ist zu hoffen, daß in Marl eine Form der Industriestadt gefunden wird, die jede schematische Übertragung großstädtischer

---

98 Lange 1938, S. 304: „[...] es liegt auch kein Zwang vor, künstlich einen neuen Stadtmittelpunkt zu schaffen.“ Der abwertend genutzte Begriff „künstlich“ erscheint insofern unangemessen, als jede Planung, auch die hier vorgestellte eigene, künstlich in dem Sinne ist, dass sie von Menschen geschaffen ist. Zugrunde liegt die biologistische Auffassung, es gebe eine natürliche, d.h. nicht von Menschen beeinflusste, sondern mit Eigengesetzlichkeit versehene „Entwicklung“ von Städten, die dem „Wachstum“ von Pflanzen vergleichbar sei.

99 Siehe die angesichts des frühen Erscheinungsjahres äußerst hellsichtige Analyse bei Karlheinz Schmeer: Die Regie des öffentlichen Lebens im Dritten Reich, München 1956.

> Verhältnisse vermeidet, wohl aber die Bebauung planmäßig zusammenhält. Denn nur so sind die Mängel so vieler unserer halbländlichen Siedlungen zu vermeiden: eine unzureichende Verkehrsbedienung und eine unerfreuliche Mischung von halbstädtischer Bebauung und freier Landschaft.[100]

Obwohl Lange die Gliederung in Industrie-, Siedlungs- und landwirtschaftliche Zone nur beiläufig erwähnt, markiert der Rückgriff auf das Bandstadt-Konzept einen deutlichen Bruch mit der Planung Rappaports, auf die Lange ohnehin nicht eingeht. Zum ersten Mal hatte Arturo Soria y Mata, Journalist und Teilhaber der Straßenbahngesellschaft Madrids, im Rahmen einer Erweiterungsplanung für Madrid 1882 den Vorschlag für eine lineare Stadtanlage veröffentlicht, die aus einem mit 60 m überaus breiten Mittelstrang für Verkehr (Straßenbahn, Trottoir und Baumreihen) und daran beidseitig anschließenden Streifen für Wohnbauten auf großzügigen Grundstücken mit Gärten vor und hinter den Häusern bestand.[101] Auch wenn Soria y Mata hier noch im Wesentlichen eine Wohnstadt entwarf – später integriert er öffentliche Einrichtungen und Industrie in sein Konzept –, führte er die Idee einer prinzipiell unendlich zu erweiternden Stadt ein, die, anders als die traditionelle konzentrische, nicht ab einer bestimmten Größe durch die Ballung von Verkehr im Zentrum behindert wird. Von seiner Vorstellung eines 500 m breiten Streifens zwischen Cadiz, Brüssel, St. Petersburg und Peking wurde allerdings nur ein 5 km langer Abschnitt als Teil einer auf 48 km Länge geplanten Erweiterung Madrids durch seine eigene Gesellschaft „Compañia madrileña de urbanización“ erstellt. Dennoch gab es nun mit der Bandstadt eine Alternative zum kleinstädtischen Ideal der Gartenstädte. Ihre auf ständiges Wachstum eingerichtete Form, die auf Bewegung von Menschen basierte und den Verkehr in den Mittelpunkt stellte, machte sie für die Avantgarde attraktiv, zumal sie ohne Anleihe bei überkommenen Typen der Stadt auskam, sondern eine völlig neue, utopische Gestalt annahm. Indem sie für eine gleichmäßigere Verteilung der Bodenpreise sorgte, den Gegensatz zwischen Peripherie und Zentrum aufhob und damit eine hierarchische durch eine egalitäre Struktur ersetzte, entsprach sie den Bestrebungen der Sozialreformer.[102]

Gerade diese antikapitalistische Tendenz – so hatte etwa die sowjetische Gesellschaft zeitgenössischer Architekten (OSA) 1930 eine Bandstadtplanung für Magnitogorsk vorgeschlagen –[103] stand aber der Verwirklichung des Konzepts in westlichen Staaten entgegen, zumal vor allem in Europa die bereits vorhandenen Strukturen von Verwaltungs-

---

100 Lange 1938, S. 304. Sperrung im Original.

101 Carlos Sambricio: Arturo Soria y Mata (1844-1920). La Cité linéaire, in: La Ville. Art et architecture en Europe 1870-1993, Paris 1994, S. 162-163, S. 162.

102 Fehl 2000, S. 62.

103 Kenneth Frampton: Die Architektur der Moderne. Eine kritische Baugeschichte, Stuttgart 1989, S. 152f.

gebieten und Eigentumsgrenzen mit der Bandstadt nicht vereinbar waren.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Aufnahme der linearen Gliederung für eine Stadtplanung im Dritten Reich zunächst überraschend, entstanden doch gleichzeitig die Projekte der NSDAP-Ortsgruppe als Siedlungszelle, die, weit verbreitet durch Hans Bernhard Reichows leicht überarbeitete Publikation „Organische Stadtbaukunst“[104], den Städtebau der Nachkriegszeit prägten.[105] Die konkreten Bedingungen in Marl jedoch, nämlich die Verbindung zweier Ortsteile, die weitere Nordwanderung des Bergbaus sowie die Nutzung der Lippe und ihres Kanals durch die Industriebetriebe, legten hier die Streifenform nahe. Darüber hinaus handelte es sich bei der Marler Planung eben nicht um die komplette Neuanlage einer Stadt, sondern um die idealisierte Vorstellung einer Stadterweiterung, so dass das Ergebnis der Bandstadt-Konzeption sich von einer gartenstädtisch inspirierten weniger unterscheidet, als die Erläuterungen Langes vermuten lassen. Dass die Strecke Marl – Hüls nicht als Achse gestaltet wurde, obwohl mit Fritz Becker immerhin ein eigener Gutachter den Auftrag zu einem Entwurf erhielt,[106] dürfte mit der zu geringen Bedeutung der Stadt Marl zusammenhängen, die weniger zur Großstadt als vielmehr zur Industriestadt in ländlicher Umgebung entwickelt werden sollte. Dementsprechend war keine vollständig geschlossene Bebauung der geschwungenen Verbindungsstraße vorgesehen.[107]

Nach dem Zweiten Weltkrieg veranstaltete die Stadt Marl einen städtebaulichen Ideenwettbewerb unter fünf eingeladenen Teilnehmern, die ihre Ergebnisse am 23. Oktober 1953 dem Haupt- und Finanzausschuss der Stadt mündlich darstellten.[108] Obwohl sich mit Hans Scharoun, Werner Hebebrand und Konrad Rühl hoch renommierte Fachvertreter beteiligt hatten,[109] wurde der weniger bekannte Günther Marschall[110] mit der weiteren Planung beauftragt. Vermutlich wurde der

---

104 Hans Bernhard Reichow: Organische Stadtbaukunst. Von der Großstadt zur Stadtlandschaft, Braunschweig, Berlin, Wien 1948.

105 Durth 1992, S. 214, 336f.

106 Willeke 1940, S. 74.

107 Lange 1938, S. 304: „Dem von Westen nach Osten Wandernden muß aber auf dieser Hauptstraße auch der Einblick in Bebauung und Landschaft offenstehen.“

108 Undatierter Bericht des Amtsdirektors Kaßmann, Akte Haupt- und Finanzausschuß Stadt Marl, 1.12.52-21.2.55, SAM 86/772.

109 Zu diesen Teilnehmern, die im Marler Baugeschehen weiterhin eine bedeutende Position einnahmen, siehe Kapitel 3.2, S. 65. Der fünfte war Karl Selg aus Köln.

110 Marschall (1913-1995?) hatte 1931-1936 an den Technischen Hochschulen in Stuttgart und Berlin-Charlottenburg studiert und sein Diplom bei Heinrich Tessenow absolviert. 1938 erhielt er für seinen Entwurf „Deutsche Botschaft in einem nordischen Staat“ den Schinkelpreis. Nach der Ernennung zum Regierungsbaumeister 1939 arbeitete er bis 1942 als leitender Architekt für die Reichswerke Hermann Göring. Während seiner Tätigkeit als Assistent von Hans Högg und Werner Hebebrand an der TH Hannover (1946-1956) wurde er mit einer Dissertation „Zur Geschichte des Wiederaufbaus zerstörter Städte“ im Jahre 1947 promo-

Kontakt zu Marschall durch Hebebrand hergestellt, denn beide kannten sich wohl schon von der gemeinsamen Beschäftigung bei den Reichswerken Hermann Göring, spätestens aber seit Marschalls Assistenz an Hebebrands Lehrstuhl in Hannover. Hebebrand selbst wiederum war in Marl seit 1952 mit dem Bau des ersten städtischen Krankenhauses, der Paracelsus-Klinik, beschäftigt.[111] Für Marschalls Verpflichtung dürften seine langjährige Beschäftigung mit dem Städtebau, insbesondere die Beratung der Aufbaugemeinschaften in Hannover, sowie seine Dissertation und Habilitationsschrift gesprochen haben, die die aktuellen Probleme der fünfziger Jahre, Wiederaufbau und Innenstadtverkehr, aufnahmen.

Außer dem Leitplan, der als städtebauliche Gesamtplanung im Maßstab 1:10.000 die Verteilung von Nutzungen, Bebauungsarten und Wohndichten festlegte, übernahm er die Ausarbeitung von detaillierten Durchführungsplänen im Maßstab 1:1000 und spätestens seit 1957 sogar die Beratung und Begutachtung bei Bauanträgen von städtebaulicher Bedeutung, im Außengebiet oder bei Ausnahmegenehmigungen.[112] Marschall erhielt so eine außergewöhnliche Position, indem der eigentlich zuständigen Gemeinde- bzw. Amtsverwaltung ein freier Architekt zunächst als Gutachter und Planverfasser für einen wichtigen Teilbereich beigegeben, schließlich aber als Kontrollinstanz quasi vorgeschaltet wurde. Seine Verträge wurden mit dem Amt und nicht mit der Stadt Marl als Wettbewerbsausschreiberin geschlossen und von Jahr zu Jahr verlängert, so dass er statt der ursprünglich vorgesehenen zwei letztlich zwölf Jahre in Marl verbrachte.[113] Über die Arbeit als Städteplaner im Auftrag des Amtes hinaus fand Marschall auch als Architekt

---

viert und habilitierte sich 1951 mit einer Schrift über „Fußgängerwege in der Innenstadt“. 1952/53 beriet er Aufbaugemeinschaften in Hannover. Außerhalb von Marl realisierte er Siedlungen in Bremen (ECA, 1952/53, mit Hebebrand und Walter Schlempp) und Hamburg (Möllner Landstraße, 1956/57, mit Werner Kallmorgen, Ingeborg und Friedrich Spengelin; Washingtonallee, 1955). Zu seinen größeren Arbeiten gehören außerdem die Matthäus-Kirche in Gelsenkirchen-Buer (1958), das Handelsschulzentrum am Berliner Tor in Hamburg (1968) sowie die Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund in Bonn. Siehe: Die „insel“. Marl präsentiert sein neues Bildungsheim, in: Marler Zeitung, Nr. 6, 8./9.1.1955 und Ralf Lange: Hamburg. Wiederaufbau und Neuplanung 1943-1963, Königstein i. Ts. 1994, S. 323.

111 Werner Hebebrand: Rudolf Heiland, Bauherr von Marl, in: Bauwelt, 56. Jg., 1965, Nr. 26/27, S. 753.

112 1954 erhielt Kurt Leibrand (ETH Zürich) den Auftrag für einen örtlichen Generalverkehrsplan, und Anfang der sechziger Jahre wurden Hermann Mattern und Ernst Gerlach (beide TU Berlin) als Gutachter für Teilbereiche in der Grünflächen- und Verkehrsplanung hinzugezogen.

113 Beschlüsse bzw. Berichte in den Protokollen des Rats des Amtes Marl vom 29.3.1956, 8.2.1960, 9.1.1961, 4.1.1962, 23.3.1965, SAM 86/774.
Nach dem Tode Heilands im Mai 1965 war Marschalls Position, die schon seit März 1965 zunehmend kritisiert wurde, nicht mehr haltbar, so dass Marschall selbst auf eine mögliche Verlängerung seines bis zum Jahresende reichenden Vertrags verzichtete. Siehe Sitzungen des Rates des Amtes Marl am 9.11. und 13.12.1965, Akte Rat Amt, 64/69, 5.-10. Sitzung, SAM 86/774.

bei Bauten der Stadt Marl oder des kommunalen Unternehmens „Neue Marler Baugesellschaft“ (NeuMa) Beschäftigung.[114] Diese Kombination aus quasi dienstlicher und freier Tätigkeit sicherte ihm in Verbindung mit dem offenbar guten Verhältnis zum Bürgermeister Rudolf Heiland eine beherrschende Stellung im Marler Baugeschehen.

Die Grundlage von Marschalls Planung (Abb. 4), die in Anspielung auf das vom US-Außenminister John Marshall initiierte European Recovery Program als „Marschall-Plan“ einen weiteren Wirtschaftsaufschwung versprach, bildeten wie bei seinen Vorgängern die Bedürfnisse der Industrie. So wertete Marschall Fragebögen an alle Gewerbetreibenden im Amt aus und führte mit den drei Großunternehmen persönliche Gespräche, um den Bedarf an Werksflächen, Transportwegen und Werkswohnungen zu bestimmen.[115] Den größten Teil seiner Ausführungen gegenüber dem Rat der Stadt beim vorläufigen Beschluss des Planes im Juli 1955 widmete er der Verkehrsführung, während die Bereiche Wohnen, Grünflächen, öffentliche Bauten und sogar Industrie relativ knapp abgehandelt wurden.[116] Dies entspricht der in der Baugesetzgebung verfestigten Vorstellung, Infrastruktur dürfe durch den Staat geplant und müsse von der Allgemeinheit bezahlt werden, ein weitergehender Eingriff in die Verfügung über privaten Grund und Boden sei dagegen nur höchst beschränkt zulässig. Schon von der zeitgenössischen Kritik bemerkt und in der Diskussion um ein Bundesbaugesetz oft beklagt,[117] speiste sich diese Planungsfeindlichkeit in der Bundesrepublik auf der ideologischen Ebene ganz im Sinne der Totalitarismus-These aus der Ablehnung planwirtschaftlicher Elemente in der UdSSR und im Dritten Reich, doch übersah man dabei, dass innerhalb eines relativ engen Rahmens Planung sehr wohl statt-

---

114 Siehe S. 51f.

115 Erste Beratung der Städteplanung für das Gebiet Marl, Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Bauausschusses der Stadt Marl, 14.3.1955, Akte Haupt- und Finanzausschuß Stadt Marl, 22.2.1955-3.4.1956, SAM 86/772.

116 Erläuterungen zum Leitplan des Amtes Marl, gez. Marschall, 23.7.1955, Protokoll der 18. Sitzung des Rates der Stadt Marl am 26.7.1955, Akte Rat Stadt Marl, Ratsvorsitzender, 30.4.1955-27.10.1956, SAM 86/773.
Nach der öffentlichen Auslegung und marginalen Änderungen wurde der Plan am 30.7.1956 für das Gebiet der Stadt durch den Rat der Stadt Marl beschlossen und am 28.2.1958 durch den Minister für Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen, den ehemaligen Marler Amtsdirektor Fritz Kaßmann, genehmigt. Zwar ist das Original verschollen, doch existieren mehrere Publikationen zur Planung. Besonders ausführliche Erläuterungen und Pläne gibt Günther Marschall: Ziele der Planung, in: Marl. Geburt einer Großstadt, Hamburg o. J. [1957], S. 34-67.

117 Erich Kühn: Vom Wesen der Stadt und des Städtebaues, in: Erich Kühn und Paul Vogler (Hg.): Medizin und Städtebau. Ein Handbuch für gesundheitlichen Städtebau. Bd. 1, München, Berlin, Wien 1957, S. 203-213, hier S. 211; Die Interbau wird diskutiert. Die ersten Ergebnisse, Wiesbaden, Berlin 1960, S. 98; Otl Aicher: Planung in Mißkredit. Zur Entwicklung von Stadt und Land, in: Hans Werner Richter (Hg.): Bestandsaufnahme. Eine deutsche Bilanz. Sechsunddreißig Beiträge deutscher Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten, München, Wien, Basel 1962, S. 398-420, hier S. 413f.

fand, wenngleich dies oft nachholend geschah. Angesichts der personellen Kontinuität – die Architekten aus dem 1943 von Albert Speer begründeten Arbeitsstab für den Wiederaufbau bombenzerstörter Städte nutzten ihren Wissensvorsprung und ihre Netzwerke für die Besetzung prominenter Positionen[118] – bestanden in der Fachwelt ohnehin weniger Vorbehalte gegenüber vorausschauenden Entwürfen.

Auf der Grundlage einer Schätzung des SVR aus dem Jahre 1955[119] ging Marschall von einer maximalen Einwohnerzahl von 160.000 im Amt Marl aus, dies hätte eine Verdoppelung des Standes von 1955 bedeutet, doch war der Plan zunächst für eine erste Phase der Erweiterung auf 110.000 Einwohner bis zum Jahre 1961 ausgelegt.[120] In der grundsätzlichen Disposition folgt er dem Wirtschaftsplan von 1939 mit der bandartigen Gliederung, doch versucht Marschall, diese Konzeption mit der Idee einer Stadtmitte zu verbinden, wie sie in Rappaports Planung von 1924 vorgesehen ist. Obwohl er sich von beiden Vorgängern abgrenzt – Rappaport habe „Zechendörfer“ in der Nähe der Bergwerke beabsichtigt, und Lange habe keine klare, die Funktionen Wohnen und Arbeiten trennende Struktur vorgegeben –,[121] unterscheidet sich sein Entwurf vor allem von dem beanstandeten Wirtschaftsplan von 1939 nicht grundlegend. So weist er zwar größere Industrieflächen aus, aber die neuen Wohngebiete stimmen weitgehend mit denen der älteren Planung überein, so dass auch hier die angestrebte strenge Einteilung in eine Industriezone am Kanal, einen durch einen schmalen Grünzug davon abgetrennten, südlich gelegenen Wohnstreifen und einen noch weiter südlich anschließenden Grüngürtel nicht eingehalten wird.

Allerdings begründet Marschall die Gliederung ausführlich: Die nördliche Lage der Industrie entspreche dem Verlauf des Kohleabbaus und der Nutzung der Lippe bzw. ihres Kanals als Kühlmittel und Transportweg, die südliche Anordnung der Wohngebiete reduziere Schäden durch Bergsenkungen und erlaube durch das größere Gefälle eine normale Entwässerung zur Lippe hin.[122] Da im Marler Gebiet westliche und südwestliche Winde vorherrschten, halte die Nordlage der Betriebe den Wohnbereich von Abgasen und Stäuben frei, während die Grünzone im äußersten Süden Schutz vor den Immissionen aus dem südlicheren Ruhrgebiet gewähre. Gerade bei dem letzten Argument vermischt sich die Gesundheitsvorsorge mit der Abgrenzung gegenüber

---

118 Durth 1992, S. 332ff.

119 Die Ziele der Landesplanung im Gebiet des Amtes Marl, gez. [Josef] Umlauf, 28.2.1955, Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Bauausschusses der Stadt Marl, 14.3.1955, Akte Haupt- und Finanzausschuß der Stadt Marl, 22.2.1955-3.4.1956, SAM 86/772.

120 Marschall o. J. [1957], S. 35.

121 Marschall o. J. [1957], S. 36f.

122 Marschall o. J. [1957], S. 42.

dem als Bedrohung empfundenen älteren Ruhrgebiet,[123] das nun wieder das Gegenbild zum eigenen Zukunftsentwurf darstellt:

> Marl hatte also das große Glück, daß jenes unheilvolle Wachstum der Industriestädte des vorigen Jahrhunderts – auf der Grundlage einer rein privaten Bau- und Bodenspekulation – die Stadt nicht verformt und mit einem schlechten Erbe belastet hat.[124]

Als Ergänzung zu dem ungefähr ost-westlich verlaufenden, weiterhin landwirtschaftlich zu nutzenden Grüngürtel lockern schmale Grünstreifen entlang der von Süden nach Norden fließenden Bäche die Bebauung auf und dienen ebenso wie die parkartigen Flächen im neuen Stadtzentrum und um die Paracelsus-Klinik der Naherholung.

Die relativ große Einwohnerzahl wird durch die Erhöhung der Wohndichte von 50 auf 110 Einwohner pro Hektar Bauland (brutto) auf einer geringen Fläche untergebracht.[125] Damit sollten einerseits die Erschließungskosten niedrig gehalten werden, andererseits wollte man der Siedlung ein städtisches Gepräge verleihen und den Landschaftsverbrauch verringern, um so den im Wirtschaftsplan von 1939 angelegten Gegensatz von besiedelter und offener Landschaft zu verschärfen. Ausdrücklich spricht sich Marschall gegen die übermäßige Förderung von freistehenden Einfamilienhäusern aus, da diese zur Zersiedelung der Landschaft führten. Vielmehr sollten neben einzelnen Hochhäusern sowohl mehrgeschossige Mietwohnhäuser mit großzügigen gemeinschaftlichen Grünanlagen als auch ein- oder zweigeschossige Reihenhäuser errichtet werden.[126] Die im Auftrag der Bergwerke errichteten, um die Zechen herum angelegten dörflichen Siedlungen wollte Marschall durch sozial gemischte Nachbarschaften ersetzen, in denen Beschäftigte aus Chemie und Bergbau, Arbeiter, Angestellte und Lei-

---

123 Marschall o. J. [1957], S. 39: „Im südlichen Grenzbereich des Marler Raums übernimmt die Grünzone die zweifache Aufgabe, der Erholung und dem Stadtklima zu dienen und die Stadt gegen die *herandrängenden* Nachbargemeinden abzuschirmen." [Meine Hervorhebung, S. K.]

124 Marschall o. J. [1957], S. 34f.

125 Marschall o. J. [1957], S. 49. Zwei Jahre später gibt Marschall sogar eine geplante Verdichtung auf 150 bis 200 Einwohner pro Hektar an. Siehe [Günther] Marschall: Die Großstadtbildung im industriellen Entwicklungsraum. Die städtebauliche Entwicklung von Marl, in: Großstadtbildung in industriellen Entwicklungsräumen. Das Beispiel Marl, Köln 1960 (Beiträge und Untersuchungen des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, N.F., Bd. 53), S. 31-33, hier S. 32f. Damit liegt die Zahl immer noch deutlich unter dem Wert von 380 Einwohnern pro Hektar im Berliner Hansaviertel, dem großstädtischen Modellgebiet der Internationalen Bauausstellung von 1957. Siehe Gerhard Rabeler: Wiederaufbau und Expansion westdeutscher Städte 1945-1960 im Spannungsfeld von Reformideen und Wirklichkeit. Ein Überblick aus städtebaulicher Sicht, Bonn o. J. [1990] (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 39), S. 171.

126 Marschall o. J. [1957], S. 48f. Der Verzicht auf die für Bergarbeitersiedlungen typischen Nutzgärten besaß seine ökonomische Grundlage in dem höheren Einkommen der Bergarbeiterschaft, die nicht mehr in dem Maße auf die ergänzende Selbstversorgung mit Lebensmitteln angewiesen war.

tungspersonal trotz einer gewissen Segregation durch unterschiedliche Wohnweisen zusammen im Einzugsbereich eines Schul-, Laden- und Gemeindezentrums wohnen. Damit sollte einerseits das Gemeinschaftsgefühl der fraktionierten Bevölkerung gestärkt werden, andererseits wandte sich diese Erklärung auch gegen die Dominanz der Industrie: Marl sollte mehr als eine Ansammlung von Werkssiedlungen sein.[127]

Im Unterschied zu den früheren Entwürfen bestand das wesentliche Ziel dieser Planung darin, eine Großstadt, wenn auch ganz eigener Art, anzulegen. So ist zwar auch Marschalls Konzept zu großen Teilen der Vorstellung der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“[128] verpflichtet und übernimmt damit antiurbanistische Vorbehalte, doch geht er in Marl eben nicht von einer vorhandenen, im Krieg schwer beschädigten Großstadt des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts aus, sondern nähert sich dem zeitgenössischen Ideal quasi von der anderen Seite mit einer gänzlich unüblichen Verdichtung des Bestandes. Ohnehin waren die weitreichenden Neuaufbaupläne andernorts – etwa der Marcel Lods‘ für Mainz oder der unter Hans Scharouns Leitung erarbeitete „Kollektivplan“ für Berlin, der eine völlig neue, ebenfalls bandartige Struktur vorschlug – wegen des hohen Verwertungsdrucks auf Innenstadtgrundstücken und des Werts der bestehenden Infrastruktur gescheitert; Reformen beschränkten sich zumeist auf die Entkernung von Blöcken und die Verbreiterung von Straßen. Dagegen bot sich in Marl die Gelegenheit, eine Stadt zu schaffen, die alle Vorteile der Großstadt, wie zahlreiche Beschäftigungsmöglichkeiten, großes Kulturangebot, vielfältige soziale Kontakte, bereitstellte, sich aber von der hergekommenen Großstadt unterschied. Im Gegensatz zu anderen neuen Städten, zum Beispiel Sennestadt oder Espelkamp, war Marl nicht nur größer angelegt, sondern verfügte mit den Großunternehmen bereits über eine tragfähige wirtschaftliche Grundlage für den weiteren Ausbau.

Letztlich im Widerspruch zu der generellen Bandstadt-Konzeption weist Marschall daher ein kommunales Zentrum aus, das, über die Aufgabe der nachbarschaftlichen Subzentren als Standorte der Nahversorgung hinausreichend, die Stadt als Ganzes repräsentieren soll:

> Die „Grüne City“ wird, einmal fertiggestellt, die baulich-schöpferische Tat der Stadt Marl sein und diesem aus sporadischen Industrie-

---

127 Marschall o. J. [1957], S. 48: „Es ist nicht die Aufgabe der Industrie, eine Stadt nach ihren Grundsätzen zu formen, sondern an der Gesamtgestaltung eines städtischen Gemeinwesens mitzuwirken.“

128 Johannes Göderitz, Roland Rainer und Hubert Hoffmann: Die gegliederte und aufgelockerte Stadt, Tübingen 1957. Diese Veröffentlichung stellt musterhaft die Summe der verschiedenen städtebaulichen Leitbilder für den Wiederaufbau dar. Siehe Rabeler o. J. [1990], S. 26ff.

> anfängen gewachsenen großstädtischen Lebensraum den geistigen und kulturellen Mittelpunkt für alle seine Bürger geben.[129]

Dieses Zentrum findet seinen Platz in der Nähe des geplanten Bahnhofs an der Stelle, die schon Rappaport vorgesehen hatte, doch ist es nun, dem Leitbild der Großstadt im Grünen verpflichtet, als eine lockere Gruppe von Einzelbauten in einer großen, von Autoverkehr weitgehend freigehaltenen Grünfläche konzipiert. Während der südliche Teil das Hauptgeschäftsgebiet aufnimmt,[130] das nach dem Vorbild der Rotterdamer „Lijnbaan“ als Fußgängerzone mit rückwärtiger Anlieferung gestaltet ist, dient der Abschnitt nördlich der Bergstraße öffentlichen Verwaltungen, Schulen und Kulturinstitutionen. Zu den schon bestehenden Gebäuden für das Amtsgericht, das Arbeitsamt, die Berufsschule, das Doppelgymnasium für Mädchen und Jungen, eine Volksschule, die Volkshochschule und das Jugendheim treten Neubauten für das Rathaus, eine Volksschule, einen Festsaal, eine Gemäldegalerie, ein Haus des Handwerks, ein Stadion und ein Hallenbad. Obwohl die Kombination von städtischer Verwaltung und Einzelhandel dem traditionellen Verständnis von Stadtmitte entgegenkommt,[131] erhält die Anlage insgesamt einen weitläufigen Charakter, der dem neuen Raumgefühl der fünfziger Jahre mit der Vorliebe für offene, ohne abrupte Trennungen ineinander übergehende Räume entspricht. Der Betonung von Bewegung gemäß eröffnet die großzügig in zwei getrennte Richtungsfahrbahnen ausgebaute Bergstraße den Blick auf wechselnde Bilder aus unterschiedlichen Bauten in einer freien Landschaft.
Eine solche Planung stimmte mit den Forderungen der westdeutschen Fachwelt überein. So erläuterte Erich Kühn, selbst Herausgeber eines

---

129 Marschall o. J. [1957], S. 67. Sperrung im Original.

130 1964 wurde ein Wettbewerb zur Gestaltung dieses Areals ausgeschrieben, der jedoch im Vergleich zum Rathaus-Wettbewerb (siehe Kapitel 3.2) sowohl bei den Juroren als auch den Teilnehmern wesentlich weniger prominent besetzt war. Von der Kommune nicht sonderlich propagiert, entfaltete er keine größere Außenwirkung, zumal keiner der Beiträge verwirklicht wurde. Zwar erhielten Harald Ludmann und Joachim Riedel (beide Köln), die ein vorbereitendes Gutachten für den Wettbewerb erstellt hatten und in eben diesem Wettbewerb, wenig überraschend, den ersten Preis erlangten, den Auftrag für eine weitere Planung, doch zerstritt sich die Stadt mit den erst später hinzugezogenen Investoren, denen sie Unfähigkeit vorwarf. Während sich das Verfahren daher um einige Jahre verzögerte, änderten sich die städtebaulichen und architektonischen Leitbilder (siehe Kapitel 7), so dass mit dem Eintritt eines neuen Investors ein ganz anderes Projekt umgesetzt wurde. Für das Scheitern der Wettbewerbsbeiträge dürften darüber hinaus die gleichen Gründe gelten, die die vollständige Realisierung des Rathauses verhinderten (siehe Kapitel 3.3).
Die Wettbewerbsbeiträge sind dokumentiert in architektur wettbewerbe. Bd. 43: Die City, Stuttgart 1965, S. 65-76 und Heinz Krehl: Ideenwettbewerb für den Stadtkern Marl, in: Deutsche Bauzeitung, 70. Jg., 1965, Nr. 2, S. 87-91, die Beschlüsse des Rates der Stadt Marl fielen in den Sitzungen vom 22.10.1965, 21.3.1966, 23.2.1968 und 21.4.1969 (Akten Stadt Marl, Rat, SAM 86/773), und die Entwürfe von van den Broek und Bakema bewahrt das Nederlands Architectuurinstituut (NAi) in Rotterdam, Brox/R 1092, BAKE/r 36, BAKE/r 14.

131 Siehe Kapitel 6.1.

der Standardwerke zum Städtebau der Nachkriegszeit,[132] in einer Publikation im Gefolge der Internationalen Bauausstellung in Berlin sein Planungsschema einer Stadt von 200.000 Einwohnern:

> Die Grünfläche ist das Gerüst der städtebaulichen Gliederung. [...] Die Grünfläche als „Mitte" der Stadt tritt an die Stelle der gebauten, städtebaulichen Mittelpunkte früherer Zeit (Kirche, Schloß usw.). Die Gestaltung der grünen „Mitte" kann verschiedenartig sein, an ihren Rändern entwickeln sich die Bauten der Regierung, Verwaltung, Kirche und Gesellschaft. Diese grüne „Mitte" ist durch breite, grüne Flächen und Streifen mit dem freien Land verbunden.[133]

Während in der Bundesrepublik diese Konzeption erst Anfang der sechziger Jahre und auch dann nur vereinzelt angegriffen wurde,[134] hatte sich auf der internationalen Ebene schon zu Beginn der fünfziger Jahre im Rahmen der Congrès Internationaux d'Architecture Moderne (CIAM) die differenzierte Kritik an der Unzulänglichkeit dieser Auffassung von städtischen Zentren formiert. In seiner Zusammenfassung des 8. Kongresses in Hoddesdon 1951, der sich unter dem Titel „The Heart of the City" mit der Funktion des *core*, des Stadtkerns, auseinandersetzte, betont Sigfried Giedion, dass der *core* durch Architektur und nicht durch Landschaft geprägt sei.[135] Da der Kern in Anlehnung an die Agora das freie Zusammentreffen und die Diskussion der Bürger unterstützen müsse, seien Verdichtung und Zentralisierung, nicht Aufspaltung in

---

132 Erich Kühn und Paul Vogler (Hg.): Medizin und Städtebau. Ein Handbuch für gesundheitlichen Städtebau. 2 Bde., München, Berlin, Wien 1957.

133 Karl Otto (Hg.): Die Stadt von morgen. Gegenwartsprobleme für alle, Berlin 1959, S. 48f.

134 So etwa von der später so einflussreichen Studie von Hans Paul Bahrdt: Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau, Reinbek 1961, S. 136, und von Walter Schmidt: Stadterneuerung, in: Erneuerung unserer Städte. Vorträge, Aussprachen, und Ergebnisse der 11. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Augsburg, 1.-3. Juni 1960, Stuttgart 1960 (Neue Schriften des Deutschen Städtetages, Bd. 6), S. 35-49, hier S. 37: „Eine Stadt z. B. mit ins Grüne gebetteten sogenannten Nachbarschaften, dazu mit einer ‚grünen City', in der die zentralen Gebäude in Parks gestreut und dadurch ihrer Bedeutung für das öffentliche Bewußtsein beraubt werden, dazu ein paar Supermarkets, wird in ihren Bürgern schwerlich den Begriff ‚Stadt' erwecken können."
Während die nüchternen und pragmatischen Überlegungen des Augsburger Stadtbaurates wenig Resonanz fanden, prägte der bei der selben Tagung gehaltene, in seinen Forderungen ganz ähnliche Vortrag von Edgar Salin: Urbanität, in: Erneuerung unserer Städte. Vorträge, Aussprachen und Ergebnisse der 11. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Augsburg, 1.-3. Juni 1960, Stuttgart, Köln 1960 (Neue Schriften des Deutschen Städtetages, Bd. 6), S. 9-34, das Schlagwort der sechziger Jahre. Salins professorale Autorität, sein Rückgriff auf die Antike und die Beschwörung der „hohen Kultur" gaben dem Vortrag offenbar jene höhere Würde, die ihm als Bezugspunkt Attraktivität verlieh.

135 S[igfried] Giedion: The Heart of the City. A Summing-Up, in: J[aqueline] Tyrwhitt, J[osep] L[luis] Sert und E[rnesto] N[athan] Rogers (Hg.): The Heart of the City. Towards the Humanisation of Urban Life, London 1952, S. 159-163, hier S. 161. Zwar nahm erst 1953 bei dem folgenden Kongress CIAM 9 in Aix en Provence wieder eine deutsche Gruppe teil, doch waren die Ergebnisse durch die Publikation zugänglich.

Nachbarschaften nötig.[136] Barrieren durch überbordende Verkehrsplanung und die Dominanz von Geschäftsinteressen müssten abgebaut werden. Noch grundsätzlicher stellte Richard Neutra die Vorstellung von Stadtmitte infrage, indem er vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen in Kalifornien die Versammlung aller wichtigen Institutionen zu einem Kern ablehnte und stattdessen den Ausbau der Infrastruktur für den öffentlichen und privaten Verkehr forderte, weil angesichts der erhöhten Mobilität die sozialen Netze nicht mehr auf städtebaulich organisierte Nachbarschaften beschränkt blieben, sondern Menschen ihre Bekanntschaften über größere Entfernung hinweg frei wählten und pflegten.[137]

Auch in der Frage nach der unmittelbaren Beteiligung der Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten, die in der Bundesrepublik erst in den sechziger Jahren an Bedeutung gewann, nehmen die CIAM-Teilnehmer eine avancierte Position ein, indem sie sie zumindest auf theoretischer Ebene in das „Zentrum“ ihrer Bemühungen rücken. Liegt ihrem Verständnis des Stadtkerns also eine bürgerschaftliche Perspektive zugrunde, die öffentliche Diskussion, aber auch Spontaneität und Kreativität ermöglichen will, so tendiert Marschall eher zu einer obrigkeitlichen Auffassung, bei der die Stadtmitte nicht so sehr von der tatsächlichen Nutzung durch die Bürger als vielmehr von den öffentlichen Institutionen und damit von der *Repräsentation* der Bürgerschaft geprägt ist.[138] Demgemäß hebt er die Bedeutung der Stadtverwaltung, immerhin seine Auftraggeberin, hervor, denn erst sie schaffe einen geordneten „gesunden Stadtorganismus“:

> Nach dem ersten, besonders aber nach dem letzten Kriege schaltet sich eine dritte Kraft [nach der Landwirtschaft und der Industrie, S. K.] in die Entwicklung der Stadt ein, die die heterogene Natur der beiden genannten Kräfte in die homogene eines städtischen Gemeinwesens umzuwandeln beginnt: die städtische Selbstverwaltung.[139]

In dieser Vorstellung eines homogenen Gemeinwesens zeigt sich das Bedürfnis, die Unterschiede zwischen den gesellschaftlichen Gruppen,

---

136 J[osep] L[luis] Sert: Centres of Community Life, in: J[aqueline] Tyrwhitt, J[osep] L[luis] Sert und E[rnesto] N[athan] Rogers (Hg.): The Heart of the City. Towards the Humanisation of Urban Life, London 1952, S. 3-16, hier S. 4-6.

137 Richard J. Neutra: A New Community Core in California, in: J[aqueline] Tyrwhitt, J[osep] L[luis] Sert und E[rnesto] N[athan] Rogers (Hg.): The Heart of the City. Towards the Humanisation of Urban Life, London 1952, S. 90-93, hier S. 91f.

138 Jaqueline Tyrwhitt formuliert diese Differenz zwischen der staatlichen und der gesellschaftlichen Ebene prononciert: „The Core is not the seat of civic dignity: the Core is the gathering place of the people.“ Siehe J[aqueline] Tyrwhitt: Cores within the Urban Constellation, in: J[aqueline] Tyrwhitt, J[osep] L[luis] Sert und E[rnesto] N[athan] Rogers (Hg.): The Heart of the City. Towards the Humanisation of Urban Life, London 1952, S. 103-107, hier S. 103.

139 Marschall o. J. [1957], S. 34. Sperrung im Original. An anderer Stelle (S. 36) betont er den „Mut“ und die „Standhaftigkeit“ der „Marler Stadtväter“, eine Planung durchzusetzen.

wie Bauern, Bergleute und Chemiearbeiter, Protestanten und Katholiken, Alteingesessene und Zugewanderte, Arbeiter und Angestellte, Männer und Frauen, im Hinblick auf das städtische Gemeinwohl zu verschleifen, weil letztlich nicht eine konfliktreiche Gesellschaft mit verschiedenen, auch gegensätzlichen Gruppeninteressen, sondern eine harmonische Gemeinschaft gesucht war.[140]

Nicht nur mit dem heutigen Wissen über die spätere wirtschaftliche Entwicklung erscheint die Wachstumsprognose von 160.000 Einwohnern ohne weitere Industrieansiedlung übertrieben – so weist eine Untersuchung aus dem Jahre 1963 auf die Differenz zwischen dem erwarteten und tatsächlichen Einwohnerstand hin[141] –, doch ist diese Überschätzung vor dem Hintergrund der langjährigen Entwicklung über fast zwei Generationen hinweg vielleicht verständlich. Weniger nachvollziehbar erscheint allerdings die Voraussetzung, man könne den Zuzug von Einwohnern überhaupt begrenzen,[142] denn ein baurechtlich möglicher Verzicht auf die Ausweisung weiterer Industrie- und Wohngebiete würde wohl nur zu einer erhöhten Nutzung bereits vorhandener Flächen führen und ließe sich politisch im Hinblick auf die Abhängigkeit der Gemeinden von der Gewerbesteuer kaum durchsetzen. Hier äußert sich eine gewisse Planungshybris, die von einer auch langfristigen Steuerungsmöglichkeit des Staates ausgeht und einen formalen Städtebau als Sozialplanung versteht.[143]

Begleitet wurde die umfassende und großzügige Stadtplanung von einem ehrgeizigen städtischen Bauprogramm, das durch den umfangreichen Wohnungsbau der 1951 von der Stadt gegründeten gemeinnützigen Neuen Marler Baugesellschaft ergänzt wurde.[144] Es entstanden zahlreiche Volksschulen, die zum Teil durch so namhafte Architekten wie Hans Scharoun (Westfalenstraße 68, 1964-1970)[145] oder Paul Seitz (Hervester Straße / Bruchstraße, 1962-1964)[146] entworfen wurden.

---

140 Schon der Begriff „Organismus“, so verbreitet und schillernd verwendet er auch war, weist auf das Einheitsverlangen hin, indem er die Stadt als natürlichen Körper darstellt. Wie diese Analogie politisch zur Beruhigung der Unterschichten nutzbar gemacht werden kann, demonstriert die von Livius überlieferte sagenhafte Rede des Konsuls Menenius Agrippa beim Auszug der Plebejer aus Rom. Siehe Titus Livius: Ab urbe condita, II, 32, 8-12.

141 Schüpp 1963, S. 274.

142 Marschall o. J. [1957], S. 36.

143 Wiederum bietet CIAM 8 eine maßvolle Gegenposition, wenn Sert auf die Notwendigkeit einer flexiblen Planung angesichts einer immer weniger vorhersehbaren Zukunft verweist und die Verwirklichung von Gesellschaftsentwürfen als politisches und ökonomisches Problem fasst. Siehe Sert 1952, S. 4, 9, 11.

144 Siehe zu den einzelnen Bauten Architektur im Ruhrgebiet. Kreis Recklinghausen, Recklinghausen 1986.

145 Peter Pfankuch (Hg.): Hans Scharoun. Bauten, Entwürfe, Texte, Berlin 1974 (Schriftenreihe der Akademie der Künste, Bd. 10), Werkverzeichnis Nr. 214; Peter Blundell Jones: Hans Scharoun, London 1995, S. 149f.

146 Boris Meyn: Der Architekt und Städteplaner Paul Seitz. Eine Werkmonographie, Hamburg 1996 (Veröffentlichungen des Vereins für Hamburgische Geschichte,

Ein Berufsschulzentrum (Hagenstraße 28, Günther Marschall) und ein Doppelgymnasium für den getrennten Unterricht von Jungen und Mädchen (Hagenstraße 23, 1953-58, Heinz und Kurt Conle) ermöglichten die weiterführende Ausbildung. Für die Erwachsenenbildung errichtete Günther Marschall das bundesweit erste eigene Gebäude einer Volkshochschule, das Volksbildungsheim „insel“ (Eduard-Weitsch-Weg 25, 1953-1955), und auch das Theater, ursprünglich als privatwirtschaftliches Kino begonnen, eröffnete 1953 als eines der ersten nach dem Krieg im eigenen Neubau. Ein Hallenbad (Eduard-Weitsch-Weg, 1961-64, Marschall, Thielcke, Burbaum) und ein Stadion (Otto-Hue-Straße, 1962-1964, Aribert Riege) vervollständigten die Ausstattung mit Sportstätten. Zu den frühesten Krankenhausbauten der Nachkriegszeit gehörte die Paracelsus-Klinik (Lipper Weg 11, 1953-56, Werner Hebebrand und Walter Schlempp), die weithin rezipiert wurde und als vorbildlich galt, weil sie die vorher üblichen Krankensäle durch Zwei- und Dreibettzimmer ersetzte und in zwei senkrecht zueinander gestellten Hochhausscheiben die geschossgleiche Zuordnung von Pflege- und Behandlungsräumen gestattete.[147]

Auch die Kirchengemeinden wählten mit Emil Stefann für die katholische St.-Konrad-Kirche (Tannenstraße 3, 1956/57, mit W. Noeske und N. Rosiny) und Otto Bartning für die evangelische Erlöserkirche (Schachtstraße 90, 1956/57, mit Otto Dörzbach) zwei gleichermaßen renommierte wie vielbeschäftigte Kirchenbauer der fünfziger Jahre.

Die bemerkenswerte Stellung Marschalls zeigt sich in der Häufung von Aufträgen, die er zusätzlich zu seiner Arbeit als Städteplaner übernahm: Außer den bereits genannten gehörten dazu ein Gemeindezentrum in Polsum, ein Jugendheim in Drewer, die Schule Kampstraße sowie die Nonnenbusch-Siedlung in Lenkerbeck und die Siedlungen Breddenkamp und Lange Hegge in Drewer. Ähnlich vielbeschäftigt waren die Duisburger Architekten Heinz und Kurt Conle:[148] Sie errichteten außer dem Doppelgymnasium unter anderem zwei Volksschulen, ein Junggesellenheim, ein Wohnheim für Schwestern der Paracelsus-Klinik, mehrere städtische Wohnhäuser sowie eine Siedlung im Rahmen des Wiederaufbauprogramms der Economic Cooperation Administration (ECA).[149]

Bd. 41), Werkverzeichnis Nr. 96. Seitz hatte sich als Leiter des Hamburger Hochbauamtes (1952-1963) mit der Standardisierung von Schulbauten beschäftigt.

147 So zum Beispiel Gerd Hatje, Hubert Hoffmann und Kurt Kaspar: Neue deutsche Architektur, Stuttgart 1956, S. XV; Alois Giefer, Franz Sales Meyer und Joachim Beinlich (Hg.): Planen und Bauen im neuen Deutschland, Köln, Opladen 1960, S. 486-488. Gleichzeitig entstanden Krankenhäuser in Leverkusen und Nördlingen. Siehe Axel Hinrich Murken: Vom Armenhospital zum Großklinikum. Die Geschichte des Krankenhauses vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Köln 1988, S. 237f., 274.

148 Siehe Kapitel 6.2.3.

149 Verwaltungsbericht des Amtes Marl und der Gemeinden Stadt Marl, Hamm, Polsum und Altendorf-Ulfkotte, 1.1.1953-31.12.1954, Marl o. J. [1956], S. 58; SPD

Insgesamt weist die Marler Stadtplanung trotz der Wechsel vom Gartenstadt- über das Bandstadtkonzept hin zu einer Mischung von beiden eine gewisse Kontinuität in ihren Zielen und den sie leitenden Vorstellungen auf. So bleiben nicht nur die Verknüpfung von Landschaft und Siedlung im Sinne einer „Industriestadt im Grünen“ und die Vermeidung von Zersiedelung grundlegend, auch die Integration der einzelnen Ortschaften zu einer zusammenhängenden Stadt bestimmte die Planung durchgehend. Dabei wurde die rein materielle Ebene der miteinander verbundenen Siedlungen mit der Idee einer einheitlichen, von einem kollektiven Selbstverständnis durchdrungenen Gemeinschaft gleichgesetzt. Diese Auffassung, die Stadtplanung als besonders wichtigen Faktor der Identitätsstiftung – in der Wortwahl der fünfziger Jahre „Stadtwerdung“ – begreift, kennzeichnet die Marler Verhältnisse stärker als die Tatsache einer kontinuierlichen Planung allein, denn mit der Etablierung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk und der weiterentwickelten Gesetzgebung wurde Städteplanung auch in anderen Kommunen betrieben.

Der Begriff „Identität“, der vor allem mit dem Attribut „kollektiv“ seit den achtziger Jahren inflationär gebraucht wird, erscheint allerdings in mehrfacher Hinsicht problematisch. Seine Herkunft aus dem Vokabular der Philosophie, speziell der Logik, suggeriert außer einem besonders hohen intellektuellen Anspruch vor allem eine Präzision, die jedoch bei der Übertragung in den Bereich der Psychologie und Soziologie verloren gegangen ist, so dass seine inhaltliche Unbestimmtheit kaschiert wird.[150] Tatsächlich lässt der geläufige Gebrauch des Terminus offen, wer womit in welcher Hinsicht denn nun gleich ist; von den drei Teilen des Vergleichs bleibt so nur das Primum.

Während seine psychologische Anwendung auf das Individuum immerhin die ständige Konstruktion einer personalen Identität, also moralischer Kohärenz und biographischer Kontinuität über die jeweiligen Rollen hinaus, betont,[151] behauptet die Rede von kollektiver Identität zumeist eine vorgegebene Gemeinsamkeit bis hin zur Einheitlichkeit,[152]

1912-1962 Marl. Festschrift 50-Jahr-Feier der SPD in Marl 25. April bis 5. Mai 1962, Marl o. J. [1962], unpag.; Justus Buekschmitt: Grundlagen der Entwicklung, in: Marl. Geburt einer Großstadt, Hamburg o. J. [1957], S. 17-33, hier S. 32f.

150 Niethammer spricht von „magischen Formeln“ und von einem „Plastikwort“ und empfiehlt als Ergebnis seiner umfangreichen Untersuchung zur Geschichte des Begriffs und seiner Verwendung, von der weiteren Nutzung abzusehen. Siehe Lutz Niethammer: Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur, Reinbek b. Hamburg 2000, S. 33f., 625, 627f.

151 Jürgen Straub: Personale und kollektive Identität. Zur Analyse eines theoretischen Begriffs, in: Aleida Assmann und Heidrun Friese (Hg.): Identitäten, Frankfurt a. M. ^{2}1999 (Erinnerung, Geschichte, Identität, Bd. 3), S. 73-104, hier S. 91, 93.

152 Peter Wagner: Fest-Stellungen. Beobachtungen zur sozialwissenschaftlichen Diskussion über Identität, in: Aleida Assmann und Heidrun Friese (Hg.): Identitäten, Frankfurt a. M. ^{2}1999 (Erinnerung, Geschichte, Identität, Bd. 3), S. 44-72, hier S. 49.

die letztlich der Vereinnahmung dient. Identität bezeichnet dann ein statisches Ensemble kultureller Werte, das dem Einzelnen genetisch oder durch die Erziehung in seiner Kindheit mitgegeben wurde und seine Zugehörigkeit zu einer Gruppe ebenso festlegt, wie es die Nichtmitglieder ausschließt. In diesem Sinne erwies sich die Vorstellung einer kollektiven Identität vor allem bei der Durchsetzung der Entkolonisierung als hilfreich, indem sie etwa eine panafrikanische oder nationale Gemeinsamkeit gegen die Kolonialmächte mobilisieren konnte.[153] Trotz dieser politisch progressiven Nutzung liegt einem solchen Verständnis eine letztlich konservative Auffassung zugrunde, die Kultur im Sinne der konkurrierenden Konzepte Kultur und Zivilisation als unveränderlichen Ausdruck des Wesens und nicht als sozial vermittelte Konstruktion begreift.[154] Wenn jedoch schon personale Identität nur im sozialen Zusammenhang ausgebildet werden kann, so gilt für kollektive Identität erst recht, dass sie nicht ahistorisch und naturgegeben, sondern wandelbar und geschaffen ist.[155] Nur in diesem Verständnis von Identität als Identifizierung, also als Vorgang und (Selbst-)Zuschreibung, bleibt eine konkrete Identität, falls sie denn genauer bestimmt wird, offen und diskutierbar. Darüber hinaus legt die Betrachtung als Prozess die Möglichkeit unterschiedlicher Haltungen zu einer kollektiven Identität nahe: Neben denjenigen, die sie fördern und bewusst vertreten, gibt es auch Gleichgültige oder Ablehnende. Unter allen diesen Einschränkungen soll der Begriff der Identitätsstiftung hier den Versuch beschreiben, ein gemeinschaftliches Zugehörigkeitsgefühl zu stimulieren.

Hergestellt wird diese Gemeinschaft wie üblich durch die Abgrenzung vom negativ besetzten Anderen, als das konkret vor allem das Ruhrgebiet dient.[156] Dabei wertet man den offenbar zunächst als Mangel empfundenen unfertigen Zustand im Vergleich zu Städten mit

---

153 Eine ähnliche, allerdings wesentlich differenziertere Haltung nimmt 1939 Senghor mit dem Begriff der Négritude ein. Siehe Léopold Sédar Senghor: Négritude und Humanismus, Düsseldorf, Köln 1967.

154 Die Verwunderung über die Instrumentalisierung des Begriffs durch die Neue Rechte, die kollektive Identität völkisch definiert, durchzieht die Beiträge in dem Band Rolf Lindner (Hg.): Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität, Frankfurt a. M., New York 1994. Insbesondere bei den Bürgerkriegen in Ruanda und Jugoslawien, die vor Ort „ethnisch" begründet und von der internationalen Öffentlichkeit als „ethnische" Konflikte verstanden wurden, zeigten sich die möglichen Konsequenzen dieser Auffassung.

155 Aleida Assmann: Zum Problem der Identität aus kulturwissenschaftlicher Sicht, in: Rolf Lindner (Hg.): Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität, Frankfurt a. M., New York 1994, S. 13-35, hier S. 16: „Kollektive Identitäten sind Diskursformationen; sie stehen und fallen mit jenen Symbolsystemen, über die sich die Träger einer Kultur als zugehörig definieren und identifizieren. [...] Kulturen stellen Identitätsofferten dar; sie entwickeln Programme, die Individuen als Zugehörige einer bestimmten Gruppe erkennbar machen."

156 Zur Bedeutung des Fremden für die Wahrnehmung des Selbst siehe Stephen Greenblatt: Wunderbare Besitztümer. Die Erfindung des Fremden. Reisende und Entdecker, Darmstadt 1994; Julia Kristeva: Fremde sind wir uns selbst, Frankfurt a. M. 1990.

weitgehend abgeschlossenen Wachstum und stabilen Strukturen in den Vorteil eines größeren Gestaltungsspielraums für die Zukunft um. Da Marl als Stadt nicht über die lange Tradition der Städte in der Kernzone des Ruhrgebiets verfügt und zudem deutlich kleiner blieb, trägt diese Hinwendung zur Zukunft gewissermaßen kompensatorische Züge, doch passt sie vor allem zu einer spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg auch politisch von der Arbeiterschaft geprägten Kommune: Die Vergangenheit ist hier zu eng mit den zu überwindenden bzw. zu reformierenden Verhältnissen verknüpft, als dass sie Grundlage für ein positives Selbstverständnis böte. Stattdessen verspricht die Stadtplanung im weiteren Sinne, über die tatsächlichen Verbesserungen, wie zum Beispiel die Wohnraumversorgung, hinaus die Lebensbereiche Arbeit, Wohnen und Freizeit in Einklang zu bringen.

Eine ganze Reihe von Veröffentlichungen, Filmen sowie Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen sorgte für die Verbreitung der Vorstellung von Marl als einer Arbeiterstadt im Grünen mit modellhaftem Charakter,[157] und ein reiches Bildungs- und Kulturangebot komplettierte das Programm mit dem Leitbild des Arbeiters, der schwere körperliche Arbeit mit Gesundheit und Bildung vereint.[158] So entschied der Rat schon 1954, einen Teil der Bausumme von städtischen Objekten für deren künstlerische Ausstattung zu verwenden, man legte eine kommunale Sammlung von Kunst des späten 19. und besonders des 20. Jahrhunderts an, die den Grundstock des heutigen Skulpturenmuseums bildet, und lud das Berliner Ensemble ins städtische Theater ein, eine seinerzeit politisch mutige Entscheidung.[159] Die 1957 nach dem Aufstand von ungarischen Exilanten in Wien gegründete und von der UNESCO unterstützte Philharmonia Hungarica fand 1959 in Marl ihren

---

157 So etwa Marl. Geburt einer Großstadt, Hamburg o. J. [1957]; Großstadtbildung in industriellen Entwicklungsräumen. Das Beispiel Marl, Köln 1960 (Beiträge und Untersuchungen des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, N.F., Bd. 53); Norbert Schüpp: Von Dörfern zur Stadt. Marl. Amt und Stadt im Veste Recklinghausen, Düsseldorf 1963; Heinrich Lowinski: Städtebildung in industriellen Entwicklungsräumen, untersucht am Beispiel der Stadt und des Amtes Marl, Recklinghausen 1964 (Sonderveröffentlichungen des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster), die beiden Filme „Der Mensch im Planquadrat“ (1955) und „Das Rathaus“ (1964) sowie die Veranstaltungsreihe der „insel“ zur Präsentation der Stadtplanung von März bis Juli 1955. Aus dem gleichen Anlass erschien am 13.5.1955 in der Marler Zeitung eine 19-seitige Sonderbeilage.

158 Dagmar Gausmann: "Ein Bild von einer Stadt". Eine Industriestadt auf der Suche nach ihrer Mitte. Das Beispiel Marl, in: Rolf Lindner (Hg.): Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität, Frankfurt a. M., New York 1994, S. 158-182, hier S. 179.

159 Protokoll der 13. Sitzung des Rates der Stadt Marl am 20.12.1954, Akte Rat Stadt Marl, 21.11.1952-29.4.1955, SAM 86/773, Interview mit Walther Sethe, 6.11.1997, Uwe Rüth: Das Skulpturenmuseum Glaskasten Marl, in: Skulpturenmuseum Glaskasten Marl. Bestandskatalog, Marl 1992/93, S. 9-15, hier S. 9.

Sitz.[160] Während Stadtplanung und moderne Architektur als solche nicht angegriffen wurden – der Leitplan war im Rat der Stadt einstimmig beschlossen worden –, gab es allerdings kritische Stimmen zur grundsätzlichen Kulturpolitik, die zu „kühn“ und „avantgardistisch“ sei, um von der Arbeiterschaft verstanden zu werden.[161]

---

160 Hier handelt es sich um ein rechtes Kabinettstückchen, erhielt Marl so doch nicht nur weltweite Aufmerksamkeit durch die Aufnahme des Orchesters und den Besuch des UNESCO-Sonderbotschafters Yul Brunner, sondern auch ein quasi städtisches Orchester, das zum Teil über Bundesmittel finanziert wurde. Gegen solch antikommunistische Wohltätigkeit konnte auch die konservative Opposition nicht argumentieren. Das Lavieren zwischen Antikommunismus einerseits und der vorsichtigen Öffnung auf kulturellem Gebiet andererseits kennzeichnet die Marler Politik der späten fünfziger Jahre.

161 So Heinrich Lowinskis Diskussionsbeitrag in Großstadtbildung 1960, S. 71f. Bezeichnenderweise fordert er nicht etwa verstärkte Bemühungen im Bereich der Vermittlung, sondern stellt das Konzept, zeitgenössische Kunst auch einem Publikum jenseits des Bildungsbürgertums zuzumuten, infrage.

3 Baugeschichte

3.1 Vorgängerbauten

Nachdem 1841 das Amt Marl konstituiert und mit einer eigenen Verwaltung, das heißt einem eigenen Amtmann, versehen war, dürfte auch der Wohn- und Amtssitz in Marl gelegen haben; eine Differenzierung von Verwaltung und Wohnung ist für eine kleine Landgemeinde jedenfalls nicht anzunehmen. 1865 erwarb der Amtmann Karl Bölling ein Wohnhaus in Marl mit Nebengebäuden, Hof und Garten für 1.200 Taler.[162] Vermutlich dieses Gebäude, wohl ein Fachwerkbau, brannte am 13. Juni 1885 ab, so dass die Amtsversammlung fünf Tage später beschloss, an der gleichen Stelle (heute Hochstraße / Vikariestraße) einen massiven Neubau aus Ziegeln zu errichten, und den „zufällig anwesenden“ Zimmer- und Maurermeister Theodor Finking aus Dorsten mit Entwürfen beauftragte.[163] Finking überarbeitete seine Pläne mehrfach, um dem beschränkten Kostenrahmen zu entsprechen, und legte schließlich einen Entwurf für ein zweigeschossiges Gebäude mit fünf Zimmern im Erdgeschoss und sechs Zimmern im Obergeschoss vor. Bei der Ausschreibung im September 1885 erhielt der mindestfordernde Zimmermeister Johann Drees aus Frentrop den Zuschlag zum Bau des Hauptgebäudes für 14.870 M; auf die Nebengebäude wie Ställe und Waschküche sollte aus Kostengründen vorerst verzichtet werden. Zwei Jahre später, am 8. September 1887, nahm die Amtsversammlung das Gebäude ab.[164] Zu diesem Zeitpunkt bestand die Verwaltung nur aus dem Amtmann und einem Hilfsschreiber, doch nahm die Zahl der Beschäftigten bis 1905 auf sechs zu, so dass 1908 die Dienstwohnung des Amtmanns zu Büros umgebaut und stattdessen ein neues eigenständiges Wohnhaus errichtet wurde.[165]

Da der Platz für die inzwischen 26 Beamten und 15 Angestellten nicht mehr ausreichte, bemühte man sich schon 1914 um einen Neubau, der jedoch durch den Ersten Weltkrieg verhindert wurde.[166] Als sich nach dem Krieg die Zahl der Beschäftigten wegen des weiteren Bevölkerungsanstiegs und der neuen Aufgaben (etwa die Sozialfürsorge für Witwen, Waisen und Invaliden des Krieges) auf 82 erhöhte, beschloss

---

162 Kaufvertrag vom 25.8.1865, Akte Ankauf und Reparatur der Amtswohnung, SAM AA I.-324.

163 Protokoll der Sitzung der Amtsversammlung vom 18.6.1885, Akte Neubau des Amtshauses 1885-, SAM AA I.-231.

164 Protokolle der Sitzungen der Amtsversammlung vom 23.6., 27.7., 3.8. und 4.9.1885 sowie vom 8.9.1887, Akte Neubau des Amtshauses 1885-, SAM AA I.-231.

165 Die Verwaltung des Amtes Marl und seiner Gemeinden 1905-1925, Akte Verwaltungsbericht, SAM 94/1944-44.

166 Die Geschichte des Marler Amtshauses, in: Nationalzeitung, August 1935, Akte Auszüge zur Geschichte Marls, Zeitungsausschnitte 1926-1941, SAM ZS/96.

die Amtsversammlung am 16. April 1921 einen Um- und Anbau. Rechtzeitig vor dem Beginn der Hyperinflation und der Besetzung des Ruhrgebiets wurde der Bau, den die Firmen Hermann Booke, Otto Müller und Viktor Schrief nach Plänen des Amtsbaumeisters Johannes Birkenfeld errichteten, am 19.5.1922 eingeweiht.[167] Die Endabrechnung weist nach Abzug des Erlöses für Altmaterial Kosten von 1.705.841,68 M aus.[168] Eine letzte größere Veränderung erfuhr der Bau im Jahre 1961, als zur Verbreiterung der Hochstraße das Erdgeschoss in der Breite von zwei Achsen durchbrochen wurde, um für den Fußweg Platz zu schaffen.[169]

Der Altbau von 1887 besaß einen nahezu quadratischen Grundriss von ungefähr 14 m Seitenlänge und war mit seinem Eingang in der fünfachsigen Fassade nach Norden zur Hochstraße hin ausgerichtet, während die Seite zur Vikariestraße nach Westen nur vier Achsen zeigte. Der Ziegelbau blieb unverputzt und war mit einem hohen Walmdach gedeckt. Birkenfeld stockte dieses Gebäude 1921/22 um ein Geschoss auf und ergänzte es im Süden um einen dreiachsigen Anbau auf ebenfalls quadratischem Grundriss (Abb. 5).[170] Als Vermittlung zwischen den beiden gleich großen, aber zueinander um etwa 14 Grad verschwenkten Teilen dient ein Mitteltrakt, der eine neue zentrale Erschließung mit Haupteingang und Treppenhaus aufnimmt, so dass das Gebäude, nunmehr verputzt und deutlich längsrechteckig, seine Schauseite mit neun Achsen zur Vikariestraße nach Westen hin entwickelt. Im Äußeren zeichnet sich die neue Struktur durch einen dreiachsigen Mittelrisalit mit Frontispiz ab.

Über einem niedrigen Kellersockel erheben sich die beiden Hauptgeschosse, die durch einen breiten, von zwei Simsen in Höhe der Stürze bzw. Sohlbänke gefassten Mauerstreifen zum folgenden Geschoss abgetrennt werden. Obwohl sich die Geschosshöhe hier nur geringfügig vermindert, entsteht so der Anschein eines Mezzanins, zumal gekuppelte Fenster in jeder Achse den Rhythmus verdichten. Den Abschluss bildet ein hohes, nur wenig überstehendes Walmdach mit übergiebelten Gauben und einem inzwischen beseitigten Dachreiter in der Mitte. Während der Hauptbau relativ schmucklos bleibt – allein die Schlusssteine der Segmentbogenfenster im Erdgeschoss zieren Reliefs,

---

167 Verträge vom 15.7.1921, Akte Amtshauserweiterungsbau, SAM AA I.-404; [Bernhard August] Garmann: Zur Einweihung des neuen Amtshauses, in: Marler Zeitung, Nr. 116, 19.5.1922.

168 Hauptzusammenstellung der Kosten vom 12.12.1922, Akte Abrechnung Amtshauserweiterungsbau, SAM AA I.-394.

169 Chronik des Amtshauses zu Marl, gez. Horst Pfeiffer, Jan. 1985, Akte Amtshaus Marl (Chronik 1882-1966) / Marler Verwaltung im Nationalsozialismus (1933-1939), SAM ZS/53.

170 Grundrisse aller Geschosse sowie zwei Querschnitte des Amtshauses im Maßstab 1:100, Mai 1921, Amtsbaumeister Birkenfeld, in der Akte Abrechnung Amtshauserweiterungsbau, SAM AA I.-394.

ohne dass allerdings ein ikonographisches Programm entstünde[171] – ist der mit Fugenschnitt versehene Risalit aufwendiger gestaltet: Den Giebel, in dessen Mitte ein kleines halbrundes Fenster sitzt, begrenzt ein kräftiges Gesims mit wohl als Mutuli gemeinten Köpfchen. In den Obergeschossen rahmen vier sehr flache Wandvorlagen als angedeutete Pilaster die Fenster, und auch der plastische Schmuck mit Wappenschilden und Kartuschen in den Brüstungen und Masken in den Fensterstürzen des zweiten Obergeschosses zeichnet diesen Bereich aus, der nach unten durch ein Gesims abgeschlossen wird. Zwei kannelierte Pilaster im Erdgeschoss tragen mit weit ausladenden Konsolen einen Balkon über dem Eingang.

Im Inneren der zweihüftigen Anlage befanden sich Polizeiräume im Kellergeschoss (Wachstube, Arrestzelle und „Zelle für Obtaglose“) sowie die Büroräume der Amtsverwaltung. Das Erdgeschoss bestand aus sieben Zimmern und einem großen Saal, das erste Obergeschoss enthielt elf Zimmer und einen Saal, und im zweiten Obergeschoss waren nochmals 13 Räume untergebracht. Obwohl bis 1935 einer der Säle zu Büros umgewandelt und das Dachgeschoss ausgebaut wurde, reichten angesichts des Einwohnerwachstums diese Büroflächen bald kaum noch aus, so dass der nochmalige Neubau eines Amtshauses nicht mehr fern schien.[172]

Wegen der umfangreichen Arbeiten letztlich weit mehr als eine Erweiterung, gehört das Marler Amtshaus zu den eher seltenen neuen Rathäusern der Zwischenkriegszeit. Trotz einiger Ausnahmen, wie etwa der weithin beachteten Wettbewerbe in Bochum und (Wilhelmshaven-) Rüstringen, setzte sich der Bauboom, der während des Kaiserreichs zu zahlreichen Neubauten geführt hatte, nicht fort, da den Kommunen die Mittel fehlten.[173] Darüber hinaus war der Bedarf zumeist gedeckt, eben weil zuvor so viele Gebäude errichtet worden waren und die Zuwachsraten der Bevölkerung ein geringeres Maß angenommen hatten.

Insgesamt wirkt das Amtshaus für den Beginn der zwanziger Jahre ein wenig altbacken, zeigt es sich doch einer repräsentativen Auffassung des Reformstils verhaftet. So greift Birkenfeld mit der Achsensymmetrie und der Mittenbetonung durch Risalit und ungerade Achsenzahlen auf konventionelle Formeln herrschaftlichen Bauens zurück, und auch in der vertikalen Abfolge unterscheidet er zwischen übergeordneten Hauptgeschossen und dem untergeordneten Mezzanin. Der

---

171 Es handelt sich um Widderköpfe, Eulen und Fische.

172 Die Geschichte des Marler Amtshauses, in: Nationalzeitung, August 1935, Akte Auszüge zur Geschichte Marls, Zeitungsausschnitte 1926-1941, SAM ZS/96: „Es wird nicht mehr allzulange dauern, und der Plan eines Neubaues des Amtshauses wird akut werden!“ [Sperrung im Original, S. K.]

173 Martin Damus: Das Rathaus. Architektur und Sozialgeschichte von der Gründerzeit zur Postmoderne. Schwerpunkt: Rathausbau 1945-1986 in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1988, S. 73f.

architektonische Formenapparat beschränkt sich im Wesentlichen auf den Wechsel der Fensterformate, die Simse und die etwas üppigere Ausstattung des Risalits mit Pilastern, Giebeldreieck und Balkon. Zusammen mit dem ebenfalls sparsamen bauplastischen Schmuck an den Erdgeschossfenstern und am Risalit ergibt sich so das Bild eines zwar hervorgehobenen und nicht zuletzt durch das gewaltige Walmdach konservativen Bauwerks, das sich aber deutlich von den historistischen Rathäusern der Vorkriegszeit und ihren direkten Entlehnungen aus der Vergangenheit abgrenzt. Um das Gebäude als Rathaus zu kennzeichnen, erhielt es den Dachreiter mit Uhr und den „Verkündigungsbalkon" über dem Eingang, zwei Elemente, die seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als typisch für Rathäuser galten.[174] Während es durch seine breite Lagerung und die größeren Ausmaße ein stattlicheres Aussehen annahm, blieb seine Lage unbefriedigend, weil Marl über keine Mitte verfügte und das Amtshaus so eher beiläufig an einer Straßenecke platziert wurde, die von dem Gebäudeankauf sechzig Jahre zuvor bestimmt worden war. Da durch die Erweiterung und den Umbau eines bereits bestehenden Gebäudes der Eingang und die Fassade zur weniger bedeutenden Vikariestraße hin verlegt wurden, verbesserte sich die Wirkung des Gebäudes im Ortsbild nur beschränkt.

Zur Einweihung des neuen Amtshauses erschien eine Sonderausgabe der Marler Zeitung, die nicht nur eine Übersicht über die bisherige Entwicklung des Amtes Marl gab, sondern in einem Beitrag des Amtmanns Bernhard August Garmann auch die Begründung für den Neubau und die mit ihm verknüpften Absichten von offizieller Seite enthielt. Nachdem er den Wettbewerb der Kommunen um das würdigste Rathaus vor dem Krieg gelobt hat, verweist er auf die inzwischen äußerst knappen Mittel der öffentlichen Hand und die daraus resultierenden Beschränkungen im Bauwesen. Daher sei ohne übertriebenen Anspruch gebaut worden:

> Aber nicht etwa der Gedanke, ein Gebäude zu errichten, das in seinen Ausmaßen und in seiner architektonischen Wirkung einen Wettbewerb und eine Berühmtheit darstellen sollte, hat dem Beschluß des Neubaues zugrunde gelegen, sondern einzig und allein der Gedanke, die Unterkunftsnot der Amtsverwaltung zu beseitigen.[175]

Diese rein sachliche Rechtfertigung stellt jedoch eher einen Vorwand dar, da man zusätzliche Räume auch hätte anmieten können. Dagegen bedeutete ein Amtshaus von angemessener Größe wie überhaupt die Ausstattung des Amtes mit einer städtischen Infrastruktur ein überzeu-

---

174 Damus 1988, S. 27, 150f. Siehe Kapitel 6.1.

175 [Bernhard August] Garmann: Zur Einweihung des neuen Amtshauses, in: Marler Zeitung, Nr. 116, 19.5.1922. Wahrscheinlich handelt es sich um den Abdruck der Rede Garmanns zur Einweihung.

gendes Argument gegen eine Aufteilung des Amtsgebiets unter den größeren Nachbarstädten im Rahmen der kommunalen Neugliederung der zwanziger Jahre. So betont Garmann das Entwicklungspotential des Amtes, das „nach Lage der Verhältnisse gar bald zu einer beachtenswerten Größe heranwachsen und unter den vestischen Städten demnächst nicht an letzter Stelle stehen wird.“[176] Für noch wichtiger hält er allerdings die Funktion des Amtshauses als Symbol städtischer Einheit: „Einigkeit und zielbewusstes Streben meistern alle Hemmnisse der schweren Zeit, dafür soll uns das neue Amtshaus stets ein Wahrzeichen sein.“[177] Dieser Aspekt der Integration von verschiedenen Bevölkerungsteilen durchzieht den Text und prägt vor allem den Schluss mit dem Aufruf:

> Drum nur alle herbei Ihr Arbeiter und Bauern, Ihr Handwerker und Gewerbetreibende, kommt mit frischem Mut und uneigennützigen Willen und helft Euch eine Vaterstadt bauen und gestalten, arbeitet friedlich zusammen und fördert in Geschlossenheit und Einigkeit alle gemeindlichen Aufgaben. Setzt alles Trennende hintan, nur dann werden wir zusammen Aufgaben vollbringen können, die unser Gemeinwesen zur Blüte bringen und unser aller Wohlstand fördern werden.[178]

Das Amtshaus dient so als Zeichen der Ganzheit nach außen, wie es nach innen als vorbildliche Gemeinschaftsleistung Interessengegensätze angesichts der stark fraktionierten Bevölkerung beschwichtigen sollte. Wenn schon auf der Ebene der Reichspolitik die Desintegration als unerträglich empfunden und demokratischer Pluralismus als politische Schwäche und moralischer Fehler begriffen wurden, so galt dies erst recht für einen Gemeindeverband, dessen soziale und kulturelle Struktur aus der Zeit vor der Industrialisierung durch den Zuzug von Menschen aus verschiedenen Ländern und Reichsteilen, von unterschiedlicher Konfession und Schichtenzugehörigkeit grundlegend verändert wurde. Indem die Einwohner trotz der vordergründigen Einladung zur Beteiligung von der *Gestaltung* der Kommunalpolitik ausgeschlossen bleiben – sie sollen beim Aufbau lediglich „helfen“ und die von anderen bestimmten gemeindlichen Aufgaben „fördern“ –, zeigt sich der manipulative Charakter dieser Einheitsforderung.

3.2 Wettbewerb

Während des Dritten Reichs wurde zwar ein neues Amtshaus in die Stadtplanung einbezogen, indes blieb die Konkretisierung dieser vagen Pläne aus. Immerhin hatten sich bis 1948 knapp 620.000 RM in der

---

176 Garmann 1922.
177 Garmann 1922.
178 Garmann 1922.

Rücklage für den Neubau angesammelt, doch wurde dieser Bestand mit der Währungsreform auf 0 DM abgewertet.[179] Erst 1952 nahm sich der Rat des Amtes Marl des Projekts wieder an und bewilligte im Rahmen der Haushaltssatzung 50.000 DM für die Planung eines Amtshauses, weil sich die Verwaltung durch die wachsende Zahl an Beschäftigten, vor allem im Bauamt, auf immer weitere Standorte verteile. Um eine zusätzliche finanzielle Belastung der Gemeinden angesichts der zahlreichen Schul-, Wohnungs- und Straßenbauvorhaben zu vermeiden, war zunächst nur die Planung vorgesehen. Anders als die KPD, die das Projekt wegen zu geringer Ausgaben im Sozial- und Wohnungsbauetat ablehnte, befürworteten es SPD, CDU und Zentrum ausdrücklich.[180] Obwohl der Amtsbürgermeister Willy Baum immerhin drei Jahre später bekräftigte, dass mit der Planung nun begonnen werden und ein Ideenwettbewerb noch 1955 stattfinden könne,[181] dauerte es noch einmal fast zwei Jahre, bis Anfang 1957 das weitere Vorgehen (Zeitplan, Ausschreibung eines Wettbewerbs, Festlegung von Jury und Teilnehmern) grundsätzlich geklärt war.[182] Im August desselben Jahres beschloss der Rat des Amtes die endgültigen Bedingungen für einen „Wettbewerb zur Erlangung von Vorentwürfen für den Neubau eines Rathauses“.[183]

Während der Teilnehmerkreis bei Rathauswettbewerben sonst zumeist auf Architekten aus der Stadt selbst oder der unmittelbaren Umgebung beschränkt war, um die örtliche Architektenschaft zu fördern und vor allem über die Person des „Schöpfers“ eine lokale Verankerung des Rathauses zu gewährleisten, die man angesichts einheitlicher Architekturtrends einerseits und des Bedeutungsverlustes der Kommunen andererseits als bedroht empfand, wurden in Marl zwölf Büros von überwiegend nationalem oder gar internationalem Format eingeladen. Neben den Lokalgrößen Gebrüder Conle und Günther Marschall gehörten mit Ferdinand Kramer, Sep Ruf, Bernhard Pfau, Hans Schwippert, Rudolf Schwarz und Hans Scharoun renommierte Architekten zu

---

179 Verwaltungsbericht des Amtes Marl und der Gemeinden Stadt Marl, Polsum, Hamm und Altendorf-Ulfkotte, 1.5.1945-31.12.1952, Marl o. J. [1954], S. 82.

180 Sitzung des Rates des Amtes Marl am 11.3.1952, Akte Rat Amt Marl, 30.10.1947-26.4.1956, SAM 86/774.

181 Sitzung des Rates des Amtes Marl am 26.4.1955, Akte Rat Amt Marl, 30.10.1947-26.4.1956, SAM 86/774; Architekten-Wettbewerb für Marler Rathaus noch 1955, in: Marler Zeitung, Nr. 219, 21.9.1955.

182 Zur Grundsteinlegung „Rathaus-Neubau“ am 10.11.1960, Akte Rathaus Marl, Zeitungsausschnitte, SAM 94/1944-65.

183 Sitzung des Rates des Amtes Marl am 5.8.1957, Sitzungsvorlage Nr. 51a/1957, Akte Amt Marl, Rat, 1.-7. Sitzung, Ratsperiode 1956/61, Konzepte, SAM 86/774. Die Unterlagen wurden am 6.8.1957 verschickt, doch hatten die Teilnehmer schon mit Datum vom 31.5.1957 eine vorläufige Einladung zum Wettbewerb erhalten, die Angaben über die Beteiligten, die Jury und die Aufgabe enthielt, so dass sich die den Architekten gewährte Bearbeitungszeit um zwei Monate verlängerte. Siehe den Brief des Amtskämmerers Martin Seyfert an Hans Scharoun vom 31.5.1957, Stiftung Archiv der Akademie der Künste (SAdK), Berlin, Scharoun-Archiv, WV 211.

den Beteiligten, die die bundesdeutsche Szene der fünfziger Jahre prägten.[184] Bis dahin einzigartig war jedoch die Einladung der drei Architekturbüros Alvar Aalto, Arne Jacobsen und van den Broek & Bakema, mit der die auch später noch selbstverständliche Beschränkung auf den nationalen Rahmen gerade bei öffentlichen, direkt mit der Staatsgewalt verbundenen Bauten durchbrochen wurde.

Dass mit Otto Englberger sogar ein Architekt aus der DDR zur Teilnahme aufgefordert wurde, obwohl sich das Verhältnis der beiden deutschen Staaten nach der Annahme der Hallstein-Doktrin 1955 eher verschlechtert hatte, hängt mit persönlichen Verbindungen und einer kurzen Annäherung auf dem Gebiet der Architektur zusammen. So öffnete sich die DDR nach der Rede Chruschtschows auf der Moskauer Allunionskonferenz der Bauschaffenden im Dezember 1954 gegenüber internationalen Einflüssen, Architekten aus der BRD und der DDR bildeten eine gemeinsame Sektion bei dem 4. Internationalen Architektenkongress in Den Haag 1955, Konstanty Gutschow und Rudolf Hillebrecht hielten Gastvorträge an der Technischen Hochschule Dresden, und zu dem 1956 ausgeschriebenen städtebaulichen Ideenwettbewerb für das Wohn- und Erholungsgebiet Fennpfuhl in Berlin-Lichtenberg wurden Wils Ebert, Hans Bernhard Reichow und Ernst May, der den ersten Preis gewann, als Teilnehmer sowie Werner Hebebrand und Rudolf Hillebrecht als Juroren eingeladen.[185] Insbesondere Hillebrecht war darüber hinaus auch publizistisch im Sinne der Annäherung tätig, indem er einerseits in der *Deutschen Architektur* über den Wiederaufbau Hannovers berichtete,[186] andererseits vor dem Hauptausschuss des Deutschen Städtetages über „Architektur und Städtebau in Ost und West“ sprach.[187] Da Hillebrecht aber nicht nur als Juror beim Marler Wettbewerb beteiligt war, sondern auch die Amtsverwaltung zusammen

---

184 Zu näheren Angaben über die einzelnen Architekten siehe Kapitel 6.2.

185 Thomas Topfstedt: Die nachgeholte Moderne. Architektur und Städtebau in der DDR während der 50er und 60er Jahre, in: Gabi Dolff-Bonekämper und Hiltrud Kier (Hg.): Städtebau und Staatsbau im 20. Jahrhundert, München, Berlin 1996, S. 39-54, hier S. 42f.; Werner Durth: Von der Auflösung der Städte zur Architektur des Wiederaufbaus, in: Gabi Dolff-Bonekämper und Hiltrud Kier (Hg.): Städtebau und Staatsbau im 20. Jahrhundert, München, Berlin 1996, S. 17-38, hier S. 35.

186 Rudolf Hillebrecht: Über den Aufbau von Hannover. Zur Darstellung städtebaulicher Planungen in der Deutschen Bundesrepublik, in: Deutsche Architektur, 6. Jg., 1957, Nr. 2, S. 90-97.

187 Rudolf Hillebrecht: Architektur und Städtebau in Ost und West, in: Der Städtetag, N. F., 10. Jg., 1957, Nr. 9, S. 390-400. Über diesen Vortrag kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung, weil Hillebrecht, der den Entwicklungen in der UdSSR auch positive Anregungen entnehmen wollte und den bundesdeutschen Städtebau nicht kritiklos bejubelte, sich nicht genügend von der UdSSR distanziert habe. Dass seine überaus vorsichtigen, zumindest ansatzweise differenzierenden Thesen ein solches Aufsehen erregten, obwohl er wenigstens in der gedruckten Form der Rede ständig seine antikommunistische Haltung beteuert, zeigt die starken Berührungsängste auf der Seite der westdeutschen Kommunalpolitiker. Siehe Architektur und Städtebau im Kräftefeld der Gesellschaft. Eine lebhafte Aussprache, in: Der Städtetag, N. F., 10. Jg., 1957, Nr. 11, S. 504-514.

mit Konrad Rühl bei der Vorbereitung beraten hatte,[188] dürfte die Anregung zur Einladung Englbergers auf Hillebrecht zurückgehen, zumal er ihn von dem Wettbewerb Fennpfuhl her kannte. Darüber hinaus bestand aber auch bei der regierenden Marler SPD bei allem Antikommunismus eine gewisse Offenheit gegenüber Künstlern aus der DDR, wie sich in dem bereits erwähnten Engagement des Berliner Ensembles zeigt. Gleichzeitig wurde die Beteiligung Englbergers als Bekenntnis zur Wiedervereinigung verstanden.[189]

Betrachtet man die Teilnehmerliste näher, so fällt zunächst das völlige Fehlen konservativer Vertreter auf, wie etwa Paul Schmitthenner, Julius Schulte-Frohlinde, Friedrich Tamms oder Cäsar Pinnau. Stattdessen griff man ausschließlich auf Architekten zurück, die sich nicht durch eine exponierte Stellung im Dritten Reich kompromittiert und sich teilweise schon während der Weimarer Republik einen Namen erworben hatten; allerdings war lediglich Ferdinand Kramer 1937 in die USA geflüchtet. Zwar unterschieden sich ihre Auffassungen von Architektur teils beträchtlich, doch galten sie alle als der Moderne verpflichtet. Andererseits deutet sich in dem Verzicht auf die Einladung der „Großmeister“ Ludwig Mies van der Rohe, Walter Gropius und Le Corbusier ein Einschnitt in der Architekturgeschichte der Nachkriegszeit an.

Auch das Gremium der Fachpreisrichter bestand, von den lokalen Mitgliedern Udo Schwalm (Amtsoberbaurat des Amtes Marl) und Erich Zahn (Beigeordneter des Siedlungsverbands Ruhrkohlenbezirk) abgesehen, aus namhaften Architekten, die der Moderne zugerechnet wurden, zumal sie sich bis auf Hillebrecht schon während der zwanziger Jahre als Vertreter des Neuen Bauens profiliert hatten. Rudolf Hillebrecht arbeitete während des Dritten Reichs für die Luftfahrtindustrie und die Luftwaffe, war dann unter Konstanty Gutschow an den Planungen zur Neugestaltung Hamburgs beteiligt, bevor er in den Arbeitsstab zur Wiederaufbauplanung zerstörter Städte berufen wurde. Nach dem Krieg war er in wichtigen Institutionen der britischen Zone (Zentralamt für Wirtschaft, Zonenbeirat) tätig und wurde schließlich 1948 zum Stadtbaurat von Hannover gewählt, wo er den als beispielhaft geltenden Wiederaufbau betrieb.[190] Als Mitglied einer Kommission, die zwei Jahre zuvor im Auftrag der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt), einer 1949 gegründeten Fachorganisation von Städten, Gemeinden und Kreisen, Empfehlungen zum Bau von

---

188 Sitzung des Rates des Amtes Marl am 5.8.1957, Sitzungsvorlage Nr. 51a/1957, Akte Amt Marl, Rat, 1.-7. Sitzung, Ratsperiode 1956/61, Konzepte, SAM 86/774.

189 Architekten kennen keine Zonengrenze, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 49, 27.8.1958: „Um des Beweises willen, daß die Wiedervereinigung kein bloßes Lippenbekenntnis sei, war Professor Englberger aus dem mitteldeutschen Weimar jenseits des Eisernen Vorhangs zu einer Beteiligung an dem Rathaus-Wettbewerb aufgefordert worden.“ Zu Englberger siehe Kapitel 6.2.5.

190 Durth 1992, S. 510f.

Rathäusern entwickelt hatte,[191] war er mit den Anforderungen der Bauaufgabe und den zeitgenössischen Bauten besonders vertraut. Werner Hebebrand arbeitete 1930 bis 1938 mit Ernst May in der UdSSR, nachdem er zuvor Mitarbeiter Mays im Hochbauamt der Stadt Frankfurt am Main gewesen war. Nach Deutschland zurückgekehrt, war er bei den Reichswerken Hermann Göring beschäftigt und von der Organisation Todt dienstverpflichtet. 1946 bis 1948 bekleidete er den Posten des Stadtbaudirektors in Frankfurt am Main, nahm 1950 einen Ruf an die Technische Hochschule Hannover an und leitete ab 1954 als Oberbaudirektor das Hochbauwesen Hamburgs.[192] Ernst May wiederum verließ die UdSSR bereits 1934 und lebte bis 1952 in Ostafrika, bevor er 1954 bis 1956 dem Planungsbüro der „Neuen Heimat“ in Hamburg vorstand.[193] Als freier Architekt übernahm er zahlreiche Großaufträge, etwa die Siedlung Neue Vahr und den Innenstadtplan in Bremerhaven. Mit Benjamin Merkelbach, der 1927 die Amsterdamer Architektengruppe „De 8“ mitbegründet hatte und nun das Hochbauamt Amsterdams leitete,[194] wurde die nationale Begrenzung auch bei den Juroren aufgehoben. Konrad Rühl arbeitete in den zwanziger Jahren zusammen mit Johannes Göderitz im Hochbauamt der Stadt Magdeburg unter der Leitung von Bruno Taut und fungierte 1947 bis 1952 als Ministerialdirigent im Wiederaufbauministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, wohl weil er zwischen 1928 und 1933 als Landesoberbaurat der Rheinprovinz tätig gewesen war.[195] Mit dem Marler Baugeschehen dürfte er schon durch seinen Posten im Wiederaufbauministerium vertraut gewesen sein, auf jeden Fall nahm er an der Einweihung der Paracelsus-Klinik teil.[196] Als Berater der Amtsverwaltung für den Wettbewerb besetzte er eine zentrale Position, die sich in seinem Vorsitz beim Preisgericht spiegelte. Alle diese Fachjuroren verfügten als zumindest ehemalige Mitglieder städtischer Hochbauämter über Erfahrungen mit dem Bauwesen der öffentlichen Hand.

Insgesamt zeugt die Auswahl der Teilnehmer und Fachpreisrichter von dem hohen Anspruch des Wettbewerbs, der nicht nur die wichtigsten Namen der Nachkriegsarchitektur versammelte, sondern in seiner Beschränkung auf die Architekten der Moderne auch eine eindeutige Ausrichtung besaß. Für Stadt und Amt Marl stellte dies insofern

---

191 Siehe Kapitel 6.1, S. 152ff.

192 Durth 1992, S. 509.

193 Lange 1994, S. 323f.

194 Joseph Buch: Ein Jahrhundert niederländischer Architektur. 1890-1990, München 1997, S. 205.

195 Walter Haberl (Hg.): Wer ist wer? Das deutsche Who's who, Berlin 1962, S. 1293. Vermutlich emigrierte Rühl während des Dritten Reichs nach Südafrika; zumindest errichtete er dort für die Katholische Kirche eine Schule und ein Krankenhaus in Kimberley sowie eine Kirche in Bloemfontein.

196 Marler Paracelsus-Klinik festlich eingeweiht, in: Marler Zeitung, Nr. 266, 16./17.11.1955.

eine attraktive Kombination dar, als über das Aufsehen hinaus, das eine solche Konkurrenz erregen musste, Marl sein Image als Stadt mit Zukunft und Stadt der Zukunft festigen konnte. Dazu bedeutete die internationale Ausweitung des Wettbewerbs eine Erhöhung der Aufmerksamkeit und ein Zeichen gegen die Enge und Begrenztheit der Adenauer-Zeit.

Als Sachpreisrichter fungierten der Amtsbürgermeister Willy Baum (SPD), der Bürgermeister der Stadt Marl Rudolf Heiland (SPD), das Ratsmitglied Werner Humpert (CDU), der Amtsdirektor Otto Karutz, der Kritiker Albert Schulze-Vellinghausen und der Vorstandsvorsitzende der Chemischen Werke Hüls Paul Baumann. Außerdem nahmen die Fraktionsvorsitzenden aus Stadt und Amt Marl an den Sitzungen des Preisgerichts ohne Rat und Stimme teil. Obwohl die Fachjuroren formell über eine Mehrheit von sieben zu sechs verfügten und der Wettbewerb damit den Bedingungen des Bundes Deutscher Architekten entsprach, war durch die direkte Verbindung des Amtsoberbaurats Schwalm mit der kommunalpolitischen Ebene eine zusätzliche Einflussmöglichkeit gegeben. Bezeichnend für die Verhältnisse in Marl erscheint die Teilnahme Baumanns, zeigt sie doch die enge Verknüpfung von städtischer Politik und dem Großunternehmen, die für die besonders stark ausgeprägte korporatistische Struktur des Ruhrgebiets typisch ist.

In der Ausschreibung[197] folgen auf die kurze Beschreibung des Amtes, die das schnelle Wachstum hervorhebt und eine Einwohnerzahl von 120.000 „in den nächsten Jahren“ und später bis zu 150.000 als Grundlage des Raumprogramms angibt, Erläuterungen zur Wettbewerbsaufgabe. Dabei nehmen eher technische Fragen den überwiegenden Teil des Textes ein: So wird etwa die Lage nördlich der als Hauptverkehrsstraße vorgesehenen Bergstraße in der Nähe des geplanten Hauptbahnhofs beschrieben, die Übernahme der für die Berechnung des Raumprogramms zugrunde gelegten Arbeitsachse von 1,95 m und Raumtiefe von 5,5 m angeregt und die Konstruktionsart ausdrücklich offen gelassen, sofern die Zimmertrennwände versetzbar blieben. Eine große Rolle spielen verkehrstechnische Kriterien im Hinblick sowohl auf die Zuordnung der Gebäudeteile zueinander – die Räume der Polizei etwa sollten von der Allgemeinen Verwaltung getrennt sein – als auch auf die Organisation der Verkehrsströme um das Rathaus herum (Zufahrten und Zugänge, Schaffung von 120 Parkplätzen). Dagegen wird die zeichenhafte Bedeutung des Rathauses nur in einem Satz und fast beiläufig angesprochen, obwohl die Jury sie später zum zentralen Beurteilungsmaßstab erhob:

---

197 Bedingungen für einen Bau-Wettbewerb mit namentlichen Teilnehmern zur Erlangung von Vorentwürfen für den Neubau eines Rathauses der Amtsverwaltung Marl, Sitzung des Rates des Amtes Marl am 5.8.1957, Akte Amt Marl, Rat, 1.-7. Sitzung, Ratsperiode 1956/61, Konzepte, SAM 86/774.

> Das Rathaus soll als beherrschende Dominante mit den in der Stadt bereits vorhandenen und den in nächster Nähe noch geplanten öffentlichen Gebäuden (Bahnhof, Post u.a.m.) der Stadt ihr Gesicht geben und in der Gesamtgestaltung als Stadt-Zentrum einer Großstadt Ausdruck unserer Zeit sein.[198]

Wiewohl schwammig und mit der Tautologie „beherrschende Dominante“ nachlässig formuliert, lässt die Aussage doch Rückschlüsse auf die grundlegenden Vorstellungen der Ausschreibung zu. Demnach soll die Stadt, deren Status als Großstadt durch den Neubau auch unabhängig von der Einwohnerzahl bekräftigt wird, von öffentlichen Bauten und hier vor allem vom Rathaus als ranghöchstem Objekt und nicht etwa von denen der Privatwirtschaft geprägt sein, ein Aspekt, der schon die Stadtplanung kennzeichnete. Darüber hinaus legen der Begriff „Dominante“, in der zeitgenössischen Diskussion meistens als Hochhaus begriffen,[199] und die Wendung „Ausdruck unserer Zeit“ eine Gestaltung im Sinne der Moderne nahe.

Das Raumprogramm forderte für die in fünf Dezernate gegliederte Verwaltung und die „Obersten Organe“ (Bürgermeister, Amtsdirektor, Rat) insgesamt 468 Räume für 611 Personen mit einer Nutzfläche von 11.865 m². Weitere 90 Räume mit 2.157 m² waren dem Polizeigroßrevier Marl (Schutz- und Kriminalpolizei) vorbehalten. Dem Anspruch des Wettbewerbs entsprechend fiel die Dotierung großzügig aus: So war außer den Preisgeldern von 7.500 bzw. 5.500 DM für den ersten und zweiten Platz sowie zwei Ankäufen à 3.500 DM eine Vergütung von 5.000 DM für jeden Teilnehmer vorgesehen.

Nachdem die Einsendefrist vom 15. November 1957 auf den 16. Dezember verlängert worden war, trat am 24. und 25. Februar 1958 die Jury zusammen, um die zwölf Arbeiten, die alle die Vorprüfung bestanden hatten, zu begutachten.[200] In zwei Rundgängen beschloss man einstimmig, die Entwürfe von Rudolf Schwarz, Hans Schwippert, Alvar Aalto und Ferdinand Kramer auszuscheiden. Erst danach einigte sich das Preisgericht bei den übrigen acht Projekten auf eine Beurteilung in

---

198 Bedingungen für einen Bau-Wettbewerb mit namentlichen Teilnehmern zu Erlangung von Vorentwürfen für den Neubau eines Rathauses der Amtsverwaltung Marl, Sitzung des Rates des Amtes Marl am 5.8.1957, Akte Amt Marl, Rat, 1.-7. Sitzung, Ratsperiode 1956/61, Konzepte, SAM 86/774. Als bereits vorhandene Bauten werden zuvor das Theater, das Amtsgericht, das Arbeitsamt und das Volksbildungsheim „insel“ genannt.

199 Hebebrand spricht nur drei Jahre später in anderem Zusammenhag von „‘wirtschaftswunderlichen‘ Dominantentheorien“. Siehe Baubehörde der Freien und Hansestadt Hamburg (Hg.): Geschossflächenzahlen. Grundlage neuzeitlicher Stadtplanung, Hamburg 1960 (Schriftenreihe zum Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen, Bd. 28), S. 11.

200 Rudolf Hillebrecht nahm nur am ersten Tag am Preisgericht teil und ließ sich am zweiten durch Paul Seitz vertreten. Hierzu und zu den folgenden Angaben siehe Niederschrift über die Tagung des Preisgerichtes zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau eines Rathauses in Marl am 24. und 25. Februar 1958, Akte Rathaus, SAM 94/1944-64.

den Kategorien Städtebau, Verkehr, Raumfolge, Grundriss, Baukörper, Gestaltung sowie Wirtschaftlichkeit im Organisatorischen und interpretierte den Ausschreibungspassus über das Rathaus als Dominante dahingehend, dass es um die Suche nach einer eigenständigen Form für Rathäuser in Abgrenzung zu anderen Verwaltungsbauten gehe, nach dem „Organismus, der in seiner gesamten Haltung das Charakteristikum eines Rathauses unserer Zeit unter den gegebenen Verhältnissen am besten zum Ausdruck bringe." Dabei sei Dominanz nicht gleichbedeutend mit einer besonderen Höhe des Gebäudes. Da alle Entwürfe noch nicht baureif, sondern weiter zu bearbeiten seien, hielt man die Entwürfe für besonders geeignet, „die Ideenreichtum und meisterliches Können des Verfassers durchblicken lassen." Schließlich erhielt auf der Grundlage einer einstimmigen Entscheidung das Büro van den Broek und Bakema den ersten Preis und Hans Scharoun den zweiten; die Entwürfe der Gebrüder Conle und von Günther Marschall wurden für 4.000 DM, derjenige Jacobsens für 3.500 DM angekauft, so dass sich die Preisgelder um 4.500 DM erhöhten.[201] Neben dem ausgezeichneten Abschneiden der ausländischen Teilnehmer würdigte die Lokalpresse vor allem die gute Platzierung der bereits in Marl tätigen Architekten Marschall und Gebrüder Conle, deren Ankäufe als Bestätigung der kommunalen Baupolitik durch unabhängige Experten verstanden wurde.[202]

Obwohl die Wettbewerbsbedingungen die Anonymisierung der Unterlagen vorsahen, dürften zumindest die Fachjuroren, als hochrangige Fachleute mit den aktuellen Tendenzen der Architektur vertraut, die besonders markanten, für das jeweilige Gesamtwerk typischen Beiträge von Scharoun, Jacobsen und Aalto erkannt haben. In den Erläuterungsberichten liefern zudem die pathetische Ausdrucksweise, die Schwarz auch in seinen übrigen Veröffentlichungen einsetzt, und die zahlreichen Fehler in Orthographie, Grammatik und Syntax, die auf einen ausländischen Teilnehmer schließen lassen – nachdem sich Jacobsen und Aalto bereits „verraten" haben, bleibt hier nur van den Broek und Bakema –, zusätzliche Hinweise auf die Urheberschaft, so dass der Wettbewerb nicht tatsächlich als anonym gelten kann.

3.3 Planung, Bauablauf und politische Auseinandersetzung

Schon über die Notwendigkeit eines neuen Rathauses hatte zwischen den großen Parteien Einigkeit bestanden. So sah man einerseits rein pragmatisch die Verteilung der mit der Einwohnerschaft zunehmenden

---

201 Zu den einzelnen Begründungen der Jury und zu den Wettbewerbsbeiträgen siehe Kapitel 4.5 bzw. 6.2.

202 Rathaus-Jury fällt Entscheidung. „Marler Hausarchitekten" bestehen in internationaler Konkurrenz, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 48, 26.2.1958.

Verwaltung auf 22 Standorte als hinderlich an, weil sie verwaltungsintern die Zusammenarbeit erschwere, hohe Mietkosten verursache und Bürger oft umständlicheren Wege zwischen den Dienststellen in Kauf nehmen müssten.[203] Andererseits galt der Neubau als wichtiges Element der „Stadtwerdung".[204]

Auch bei der ersten Sitzung des Rates des Amts Marl nach der Preisvergabe herrschte Begeisterung über die „ganz große städtebauliche Lösung" und Einverständnis über die Bedeutung des Rathausbaus.[205] Bis zu der Sondersitzung des Rates drei Monate später, in der van den Broek und Bakema ihren Entwurf erläuterten und sich der Rat auf eine Bürgerversammlung im Anschluss vorbereitete, hatte sich das Meinungsbild allerdings teilweise verschoben.[206] Während Rudolf Heiland mit enormer Beredsamkeit für die Preisträger eintrat, stellten einige Ratsmitglieder die Funktionalität des Gebäudes infrage, da die Büros auf zu viele Einzelbauwerke verteilt würden und so die gewünschte Konzentration nicht erreicht werde; auch sei wegen der großen Glasflächen – ursprünglich sollten die Bürotürme gläserne Vorhangfassaden erhalten – eine zu starke Aufheizung zu erwarten, und schließlich befürchtete man bei Bergsenkungen eine heftige Seitenneigung der Türme. Einzelne Kritik machte sich an der zu modernen im Sinne von modischen Gestaltung fest, doch den zentralen Diskussionspunkt bildeten die Kosten.

Um dem Vorwurf der Geldverschwendung zu begegnen, entwickelte Heiland als maßgeblicher Befürworter des Entwurfs eine gestaffelte Verteidigung, die die Argumentationslinien in der langwierigen und verbitterten späteren Auseinandersetzung vorzeichnete. Demnach seien die Kosten angesichts der ungewöhnlichen Konstruktion und im frühen Planungsstadium noch nicht anzugeben, zumal viele Entscheidungen erst im Laufe des Baufortgangs gefällt würden. Lediglich eine grobe Schätzung von 10 bis 15 Mio. DM wollte er wagen, doch dürfte dieser ausgesprochen niedrig angesetzte Betrag schon zu diesem Zeitpunkt eher der politischen Durchsetzung des Projekts gedient haben. Sein Hauptargument aber bestand in der politischen und ideologischen Bedeutung des Rathauses für Marl, die auch wesentlich höhere Kosten

---

203 Geleitwort, in: architektur wettbewerbe. Sonderheft: Rathauszentrum Marl, Stuttgart 1958, S. 3. Dies sind die geradezu klassischen Argumente für den Neubau von öffentlichen Verwaltungsgebäuden. Siehe Kapitel 6.1.

204 So etwa außer Rudolf Heiland auch der CDU-Fraktionschef im Rat der Stadt Marl Heinz Erwig und FDP-Fraktionssprecher Wilhelm Bremer in Vorträgen über die Stadtentwicklung (Kommt Marl ohne Geschwindigkeitsbegrenzung aus? in: Marler Zeitung, Nr. 109, 11.5.1955; Marler Rathaus wichtiger als Hallenbad? in: Marler Zeitung, Nr. 120, 25.5.1955).

205 Mehr als 10 – weniger als 15 Mill. DM, in: Marler Zeitung, Nr. 83, 10.4.1958.

206 Diese Versammlung hielt man für so bedeutend, dass ein Tonbandmitschnitt angefertigt wurde. Protokoll der Sitzung des Rates des Amts Marl am 14.7.1958, Akte Amt Marl, Rat, 8.-13. Sitzung, Ratsperiode 1956/61, Konzepte, SAM 86/774.

rechtfertige.[207] In dem Gesamtprogramm von Stadtplanung und Architektur als gemeinschaftsbildender Grundlage für die Stadt Marl nahm das Rathaus eine zentrale Stelle ein, sollte es doch das Selbstverständnis der Bürger als Marler prägen.[208] Dabei war neben der sichtbaren Abgrenzung von Kommunalbauten gegenüber Gebäuden der Privatwirtschaft, denen Heiland einen geringeren Stellenwert zuschrieb, eine direkte demokratisierende Wirkung der Architektur gesucht:

> Wir müssen von dem Silo herunter, und wir müssen zur Differenziertheit den Mut haben. Wir müssen, wenn wir freie Menschen haben wollen, die Voraussetzung zum Freiwerden in unserer Lebensumgebung schaffen, und nirgendwo können wir sie so klar schaffen wie im Bauen. Nirgendwo als in der Begegnung mit dem Bau wird der Mensch so oder so geformt. Wir brauchen uns über den Untertan der letzten Jahrhunderte und der letzten Jahrzehnte bis in unsere Zeit hinein nicht zu wundern, solange unsere Schulen kleinere Kasernen waren. Wir brauchen uns nicht zu wundern, daß wir keine freien Menschen erzogen haben. Solange der Bürger von dem Monumentalen des Gebäudes im Rathaus erdrückt wird, müssen wir uns nicht wundern, wenn er nicht in freier Begegnung zur Behörde kommt. Deswegen brauchen wir Rathäuser, die etwas aufgeschlossener sind.[209]

Vor dem Hintergrund der gerade erst 13 Jahre zurückliegenden Nazi-Herrschaft sollte so einerseits die Architektur der öffentlichen Hand die Beteiligung der Bürger an der Kommunalpolitik und ihr Selbstbewusstsein gegenüber Rat und Verwaltung fördern, indem sie sich betont offen und einladend gab. Andererseits versprach sich Heiland auch innerhalb der Verwaltung eine Stärkung und „Befreiung“ der einzelnen Beschäftigten, deren Individualität durch die vielgestaltige, gegliederte Baumasse betont werden sollte.

---

207 „Deswegen sind 5 Millionen mehr oder weniger meiner Meinung nach eine nebensächliche Sache. Lassen Sie mich diese frivol klingende Feststellung aussprechen. Mich interessiert im Moment der Preis der Sache gar nicht so sehr.“ Protokoll der Sitzung des Rates des Amts Marl am 14.7.1958, S. 27f., Akte Amt Marl, Rat, 8.-13. Sitzung, Ratsperiode 1956/61, Konzepte, SAM 86/774.

208 „Ich bin aber der Meinung, daß eine Stadt wie die unsere, eine Stadt, die um die Stadtwerdung ringt, einen Rathausbau anders betrachten muß. [...] Ob auch wir hier ein Komplomorat von Zusammenstellungen von Betrieben, Häusern und Menschen werden, wo doch eine solche Stadt etwas Geistiges ausstrahlt das ist das entscheidende.“ [Die Zitate folgen der schriftlichen Fassung des Tonbandprotokolls und übernehmen deren Fehler, S. K.], Protokoll der Sitzung des Rates des Amts Marl am 14.7.1958, S. 27, Akte Amt Marl, Rat, 8.-13. Sitzung, Ratsperiode 1956/61, Konzepte, SAM 86/774.
Konrad Rühl, der Juryvorsitzende, steigerte diese Auffassung von der Einheit stiftenden Rolle des Rathauses ins Esoterische: „Hier soll aber vor allem das Rathaus als Inbegriff demokratischer Selbstverantwortung stehen, als stärkste Klammer der heterogenen Stadtelemente und als *magisches Zentrum* eines städtischen Zusammengehörigkeitsgefühls, eines gemeinsamen Stadtbewußtseins.“ (Konrad Rühl: Gundsätzliches, in: architektur wettbewerbe. Sonderheft: Rathauszentrum Marl, Stuttgart 1958, S. 5-7, hier S. 6, meine Hervorhebung, S. K.)

209 Protokoll der Sitzung des Rates des Amts Marl am 14.7.1958, S. 25, Akte Amt Marl, Rat, 8.-13. Sitzung, Ratsperiode 1956/61, Konzepte, SAM 86/774.

Problematisch hieran erscheint das übertriebene Vertrauen in die Prägekraft von Architektur, denn selbst wenn ein unmittelbarer Einfluss bestimmter Bauformen auf das individuelle Verhalten und die gesellschaftlichen Werthaltungen bestünde, so stellte dies doch nur einen Faktor unter vielen dar. Darüber hinaus erläutert Heiland weder auf der Ebene einer einfachen Beschreibung des Phänomens noch im Sinne einer Kausalität das genaue Verhältnis von architektonischem Stimulus und erzielter Wirkung, sondern bleibt bei der bloßen Behauptung stehen. In ihren konkreten Folgen erweist sich die These vom übermächtigen Effekt der Architektur sogar als gefährlich, da sie von wichtigeren Gründen, etwa sozialen, politischen und rechtlichen Umständen, Erziehung, Diskursen auf anderen kulturellen Gebieten, ablenken kann. Schließlich lagen die Ursachen für die Durchsetzung und Stabilisierung des NS nicht in einer spezifischen Architekturauffassung, und der Untertanengeist in Schulen dürfte weniger durch die Bauwerke als durch Lehrer und Lehrpläne sowie das gesellschaftliche Umfeld geweckt worden sein.

Um die Kostenfrage zu klären, erstellte das Bauamt im Verlauf der weiteren Planung eigene Berechnungen für den preisgekrönten Entwurf von Scharoun (19,5 Mio. DM), die Ankäufe Jacobsen (19 Mio. DM), Conle und Marschall (beide 18,5 Mio. DM) sowie den Vorschlag von Englberger (18 Mio. DM), konnte aber wegen der ungewöhnlichen Konstruktion den Beitrag von van den Broek und Bakema nicht beurteilen, so dass die Essener Hochtief AG mit einer Kostenschätzung für die Arbeiten von Conle, Marschall und van den Broek und Bakema beauftragt wurde.[210] Obwohl die Kosten insgesamt höher angesetzt wurden, unterschieden sich auch hier die Entwürfe von Conle und Marschall kaum, die beide mit rund 22 Mio. DM veranschlagt wurden, während die Verwirklichung des ersten Preises zunächst etwa 25,7 Mio. DM, nach einer neuen Kalkulation unter Beteiligung der Architekten schließlich knapp 21 Mio. DM kosten sollte. Insgesamt zeigte sich, dass selbst bei den günstigeren Varianten die von Heiland angesprochene Obergrenze weit überschritten würde und dass das Projekt von van den Broek und Bakema vermutlich höhere Kosten verursachen würde, denn bei der korrigierten Berechnung dürfte es sich um ein Gefälligkeitsgutachten gehandelt haben.

---

[210] Undatierte Kostenzusammenstellung des Bauamts, Gutachten der Hochtief AG vom 27.11.1958 und Brief des Büros van den Broek und Bakema vom 1.4.1959, Akte Rathaus (1957-1965), SAM AA II.-1103. Weder die Einbeziehung Englbergers noch der spätere Ausschluss Jacobsens und vor allem Scharouns aus den Berechnungen werden begründet. Da die immerhin als Ankäufe ausgezeichneten Entwürfe von Conle und Marschall recht unspektakulär ausgefallen waren, mögen sie als angemessene Alternativen zu dem Projekt van den Broeks und Bakemas gegolten haben.

Im April 1959, über ein Jahr nach der Bekanntgabe des Wettbewerbsresultats, beschloss der Rat des Amtes Marl einstimmig, den Planungsauftrag nach Maßgabe des Wettbewerbsbeitrags an das Büro van den Broek und Bakema zu vergeben, einen Ausschuss zur Kontrolle der Planung einzurichten und schließlich nach Abschluss der vorbereitenden Arbeiten über die abschnittsweise Bebauung zu befinden.[211] Damit wurden zumindest vorläufig die Bemühungen der CDU-Opposition vereitelt, den Auftrag gegenüber dem Umfang der Ausschreibung auf eine 100.000 Einwohnern angemessene Größe zu reduzieren und die Kosten fest auf 15 Mio. DM zu beschränken. War die Scheidemarke zwischen Kritikern und Verteidigern einer Vergabe an van den Broek und Bakema bisher quer zu den Ratsfraktionen verlaufen, setzte nun die Fraktionsdisziplin ein, so dass sich eine Verhärtung zwischen der SPD als Befürworterin des Gesamtprogramms und der CDU andeutete, die mit der Beschränkung nicht nur nachträglich den Wettbewerb korrigieren, sondern letztlich die Verwirklichung des ersten Preises verhindern wollte. Denn obwohl gerade der Entwurf von van den Broek und Bakema mit seiner modularen Struktur Ansätze für ein abschnittsweises Bauen bot, wäre auf seiner Grundlage die rigide Kostengrenze nicht einzuhalten gewesen.

Zur weiteren Planungskoordination konstituierte sich neben dem Ausschuss des Rates ein „Arbeitsausschuss“, später „Arbeitsgemeinschaft“, aus Vertretern der Verwaltung unter der Leitung von Amtsoberbaurat Udo Schwalm und Mitarbeitern des Architekturbüros van den Broek und Bakema.[212] Hierzu gehörten außer van den Broek, den später Bakema ablöste, vor allem Heinz Behrendt und Johannes Boot, eine Zeit lang auch Martinus Dores Dicke und P. N. van der Waals. Darüber hinaus wurden schon in einem sehr frühen Stadium Sachverständige für einzelne Bereiche, so für Bodenuntersuchung, Bergschädensicherung, Schall- und Wärmeschutz, Heizung, Lüftung, sanitäre Installation, Feuerschutz und Elektroinstallation hinzugezogen, so dass ihre Anregungen in die Planung einflossen.[213] Vor allem die Hochtief AG, die schon mit einer ersten Kostenschätzung betraut worden war und die Aufgaben „konstruktive Bearbeitung und Statik“ übernahm, profitierte von dieser Gutachtertätigkeit, indem sie die endgültige Statik ausarbeitete und die Firmengruppe anführte, die den Zuschlag für das Bauhauptgewerbe

---

211 Sitzung des Rates des Amtes Marl am 20.4.1959, Akte Amt Marl, Rat, 8.-13. Sitzung, Ratsperiode 1956/61, Konzepte, SAM 86/774.

212 Die Protokolle der beiden Gremien sind nur lückenhaft in verschiedenen Beständen überliefert: Teilakte Rathaus, Arbeitsbesprechungen mit den Architekten und Teilakte Rathaus, Sitzungen des Rathausausschusses, beide in: Akte Rathaus (1957-1965), SAM AA II.-1103; Akte Sitzungsniederschriften, Ausschuß für den Rathaus-Neubau, SAM 98/1648, 3 Bde.; 4 Bauakten, BAM.

213 Siehe Werner Jacob: Koordinierung der Sachverständigen bei großen Bauvorhaben, in: Der Deutsche Baumeister, 24. Jg., 1963, Nr. 6, S. 506-508 und Sitzung des Ratsauschusses am 30.7.1959, Akte Rathaus (1957-1965), SAM AA II.-1103.

erhielt.[214] Seit September 1960 war Werner Jacob aus Berlin, der mit dem Büro van den Broek und Bakema schon bei deren Beitrag zur Interbau 1957 zusammengearbeitet hatte, als örtlicher Bauleiter für Ausschreibungen, Kontrolle der Arbeiten und Abrechnungen zuständig.[215] Als Baubüro errichtete man ab Juli 1960 eine zweigeschossige Variante der Türme,[216] um die Disposition, verschiedene Materialien, wie Fußbodenbeläge, Beschläge, Fenster, Zwischenwände, und Büromöbel zu erproben.

Während die Marler Zeitung den beschlossenen Kompromiss – einerseits keine Beschränkung von vornherein, andererseits kein sofortiger Beschluss über den vollständigen Bau – noch als „beinahe klassisches Beispiel parlamentarischer Demokratie“ lobte,[217] brach der Konflikt eineinhalb Jahre später endgültig auf, als der Rat nach Abschluss der Planungsarbeiten und der Ausschreibung über den Beginn des Sitzungstrakts, des ersten von insgesamt sieben Bauabschnitten, diskutierte.[218] Die CDU bemängelte, dass bisher keine detaillierten Kostenberechnungen angestellt worden seien, und bestand auf einer festen Kostendeckelung von 15 Mio. DM bei einer Größe für 100.000 Einwohner gemäß ihres früheren Antrags. Da sie dies mit dem nahezu unveränderten Wettbewerbsentwurf von van den Broek und Bakema nicht gewährleistet sah, lehnte sie den Bau des ersten Abschnitts ab, so dass der Beschluss allein mit der Mehrheit der SPD, die an die Zustimmung der Opposition zu der abschnittsweisen Verwirklichung erinnerte, gefasst wurde.[219] Die Grundsteinlegung fand ohne die Teilnahme der CDU am 10. November 1960 statt.

Dass das Rathaus-Projekt, ursprünglich als gemeinsames Vorhaben aller Marler geplant und zunächst von beiden Parteien getragen, zu einem Schwerpunkt der politischen Auseinandersetzung geriet, hängt weniger mit unterschiedlichen Auffassungen von angemessener Architektur und Kosten zusammen, denn Differenzen in dieser Hinsicht

---

214 Hochtief sollten beim ersten Bauabschnitt 45 Prozent des Auftragvolumens zugeteilt werden, den beiden anderen Unternehmen Bauwens und Rhein-Ruhr-Bau 30-35 bzw. 20-25 Prozent. Sitzung des Ratsausschusses am 11.10.1960, Akte Sitzungsniederschriften, Ausschuß für den Rathaus-Neubau, SAM 98/1648, Bd. 1.

215 Sitzung des Ratsauschusses am 5.9.1960, Akte Sitzungsniederschriften, Ausschuß für den Rathaus-Neubau, SAM 98/1648, Bd. 1.

216 Pläne vom 7.7.1960, Akte Statik Baubüro, Erdgescho[ß], Stadt Marl, Rathaus, Bergstr., BAM.

217 13 Millionen DM für neues Rathaus, in: Marler Zeitung, Nr. 92, 21.4.1959.

218 Sitzung des Rates des Amtes Marl am 17.10.1960 und dazugehöriger Vermerk des Amtsinspektors Sodmann vom 28.11.1960, Akte Amt Marl, Rat, 18.-20. Sitzung, Ratsperiode 1956/61, Konzepte, SAM 86/774.

219 Schon bei dem Bau der Paracelsus-Klinik hatte sich die CDU ablehnend verhalten, weil sie das ambitionierte Vorhaben für zu kostspielig hielt. Dabei hatte allerdings die Weigerung des SPD-dominierten Stadtrats eine Rolle gespielt, sich an der Finanzierung eines schon vorher geplanten katholischen Krankenhauses in Marl zu beteiligen. Es bestanden also zwischen den beiden Parteien bereits gewisse Empfindlichkeiten im Hinblick auf architektonische Großprojekte.

bestanden auch innerhalb der Parteien; vielmehr fiel die Entscheidung über den Baubeginn in die unmittelbare Nähe der nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen, die zunächst für den 23. Oktober 1960 vorgesehen waren und dann auf den 19. März 1961 verschoben wurden. In diesem Umfeld bedeutete die Realisierung des Prestigeprojekts für die regierende SPD eine beträchtliche Werbung, während die CDU als Opposition die Rolle der Mahnerin übernahm. Dabei bot sich das Kostenargument als zentral an, da einerseits die Entscheidung des qualifizierten Preisgerichts sich inhaltlich nur schwer kritisieren ließ, zumal sie weit über Marl hinaus Aufsehen erregt und überwiegend Zustimmung gefunden hatte, und andererseits die großzügige Ausgabe von Steuermitteln für die Verwaltung schnell als Selbstbedienung und Verschwendung interpretiert werden konnte.[220] Die Haltung der SPD unterstützte diese Vermutung geradezu, indem sie die Kostenfrage als nachrangig erklärte und allenfalls vage Angaben allein zu dem favorisierten Entwurf von van den Broek und Bakema veröffentlichte,[221] obwohl der Vergleich mit günstigeren Wettbewerbsbeiträgen nach dem Gutachten der Hochtief AG selbst in der pessimistischeren Schätzung immerhin diskutable Mehrkosten von rund 3,5 Mio. DM ergab.

In mehreren, zum Teil gemeinsam veranstalteten Bürgerversammlungen zur Wahl und in Selbstdarstellungen der Parteien spitzten sich die Positionen im Frühjahr 1961 weiter zu, wobei die FDP, bisher im Amtsrat nicht vertreten, den prämierten Entwurf wegen der vermuteten hohen Kosten ablehnte und für einen „schlichten und zweckmäßigen Neubau“ plädierte.[222] Trotz der heftig geführten Auseinandersetzung kam es nicht zu einer weiterführenden Diskussion, weil die Gegner lediglich die altbekannten Argumente wiederholten, ohne auf die der Gegenseite einzugehen, so dass man aneinander vorbeiredete. So

---

220 Siehe dazu das undatierte, wohl im November 1960 entstandene Flugblatt der Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Marl Maria Jacobi: Das teuerste Rathaus der Bundesrepublik?, Akte Zeitungsausschnitte Rathaus Marl, SAM 94/1944-66.

221 Heiland berichtete im Haupt- und Finanzausschuss des Amtes schon vor der Sitzung des Rates am 20.4.1959 über die voneinander unabhängigen Schätzungen zweier Firmen (es handelte sich um van den Broek und Bakema mit 15 Mio. und Hochtief mit 25 Mio. DM), die sich schließlich gemeinsam auf einen Betrag von rund 20 Mio. DM geeinigt hätten. Siehe Lager werden aufgelöst, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 88, 16.4.1959. Nachdem zweieinhalb Jahre später der Bau begonnen und die übrigen Bauabschnitte detailliert geplant waren, ließen sich die Kosten offenbar realistischer absehen: Heilands Angaben gegenüber dem Haupt- und Finanzausschuss des Amtes zufolge sollten sie nunmehr 32,7 Mio. DM betragen. Siehe Sitzung am 11.12.1961, Akte Haupt- und Finanzausschuß, Oberste Organe, Amt Marl, Sitzungen, Einladungen, Begründungen, Niederschriften (Konzepte), 1961/64, 1.-6. Sitzung, SAM 86/785.

222 Kosten des Rathausbaus im Mittelpunkt der Bürgerfragen, in: Marler Zeitung, Nr. 46, 23.2.1961; Gespräch am Runden Tisch war Kommunalpolitik am Fließband, in: Marler Zeitung, Nr. 65, 17.3.1961; 10 Punkte für den Marler Aufbau in der nächsten Ratsperiode, in: Marler Zeitung, Nr. 53, 3.3.1961; Weiß man, wen man wählt?, in: Marler Zeitung, Nr. 63, 15.3.1961 und Nr. 65, 17.3.1961.

hätte etwa die SPD die höheren Kosten zugestehen und darauf verweisen können, dass sich der Gemeindeverbund die Ausgabe leisten könne, während die CDU den Symbolgehalt des Entwurfs hätte bezweifeln oder einen Gegenvorschlag unterbreiten können.

Auch im Ausschuss für den Rathaus-Neubau, den sie erst nach der Kommunalwahl wieder besetzte, blieb die CDU-Fraktion bei der Verweigerungshaltung, während sie sich bei den Abstimmungen über die Finanzierung des Rathauses von Jahr zu Jahr unterschiedlich verhielt. So lehnte sie den Rechnungsprüfungsbericht für das Jahr 1959 ab, weil die Gesamtkosten des Neubaus nicht ausgewiesen wurden, stimmte dem Bericht für das folgende Jahr jedoch zu, obwohl der Mangel nicht behoben war. Ebenso trug die CDU den außerordentlichen Haushalt für das Jahr 1961 mit, der erstmals mehr als 15 Mio. DM für den Neubau auswies und nach der verschärften Auseinandersetzung im Vorfeld der Wahl beschlossen wurde, votierte 1962, 1963 und 1964 aber gegen die Haushaltsvorlage mit der ausschließlichen Begründung, dass man für 15 Mio. DM ein funktionsfähiges Rathaus hätte erstellen können.[223]

Während die Rohbauarbeiten am Sitzungstrakt liefen, wurde der 2. Bauabschnitt, bestehend aus dem Zentralgebäude, den zwei kleineren Türmen sowie den Fundamenten der beiden übrigen Türme in Angriff genommen. Hatte sich der Ausschuss für den Rathausneubau noch einstimmig für den Baubeginn ausgesprochen, beschloss der Rat des Amtes Marl am 6. Februar 1962 mit den Stimmen der SPD und FDP gegen die der CDU die Errichtung dieses Teiles, der mit rund 17 Mio. DM veranschlagt wurde, so dass die geschätzten Gesamtkosten nunmehr 34 Mio. DM betrugen.[224]

Nachdem die Hängeglieder der beiden Türme seit Anfang November 1963 unter Spannung gebracht worden waren, fand am 27. Januar 1964 das Richtfest für den zweiten Bauabschnitt statt, auf das dann die aufwendig begangene Einweihung des Ratstrakts am 4. Mai 1964 folgte.[225] Im Laufe des Sommers wurde der Vorplatz hergestellt und das Uhrengestell errichtet, ab Mitte November 1964 lief der Versatz der Fassa-

---

223 Die CDU lehnte die Haushaltssatzung 1961 zwar insgesamt ab, doch beruhte dies auf Gründen, die den Rathaus-Neubau nicht berührten. Siehe Sitzungen des Rates des Amtes Marl am 9.1.1961, 11.10.1961 und 4.1.1962, Akten Amt Marl Rat, 18.-20. Sitzung, Ratsperiode 1956/61, Konzepte, SAM 86/774, Rat, Oberste Organe, Amt Marl, Ratssitzungen, Einladungen, Begründungen, Niederschriften (Konzepte), 1.-6. Sitzung, SAM 86/774.

224 Sitzung des Rates des Amtes Marl am 6.2.1962, Akte Rat, Oberste Organe, Amt Marl, Ratssitzungen, Einladungen, Begründungen, Niederschriften (Konzepte), SAM 86/774; Zweiter Rathaus-Bauabschnitt vom Rat des Amtes beschlossen, in: Marler Zeitung, Nr. 32, 7.6.1962. Die Gesamtkosten setzten sich zusammen aus 10 Mio. DM für den ersten und 17 Mio. DM für den zweiten Bauabschnitt sowie 7 Mio. DM für die beiden restlichen Türme.

225 Als die Richtkrone hochschwebte: Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre, in: Marler Zeitung, Nr. 23, 28.1.1964; Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 104, 5.5.1964.

denelemente an den Türmen.[226] Obwohl das Rathaus-Projekt im Vorfeld der Kommunalwahl am 27. September 1964 erneut für heftige Kontroversen zwischen den beiden großen Marler Parteien sorgte, schien sich das Verhältnis anschließend zu entspannen, da der Sieg der SPD von allen Seiten als Zustimmung der Wähler zum Rathausbau gewertet wurde.[227]

Einen entscheidenden Einschnitt bedeutete der plötzliche Tod Rudolf Heilands am 6. Mai 1965, weil das Vorhaben den maßgeblichen Förderer verlor.[228] Zwar erhoffte man sich angesichts der einstimmigen Wahl der Bürgermeister Ernst Immel (SPD, Stadt Marl) und Herbert Ulrich (SPD, Amt Marl) einen neuen, konsensgeleiteten politischen Stil, doch blieben die Fronten unverändert, als der Bau des dritten Turms mit den Stimmen von SPD und FDP beschlossen wurde.[229] Dabei erscheint der Argumentationswechsel bei der SPD bemerkenswert, offenbart er doch, dass Heilands Konzeption auch innerhalb seiner eigenen Fraktion nur begrenzt geteilt wurde: Nicht mehr die Demonstration des bürgerlichen Selbstbewusstseins und die Erziehung zur Demokratie standen im Zentrum der Überlegungen, sondern pragmatische Erwägungen wie die weitere Zentralisierung der Verwaltung, die Nutzung der noch vorhandenen Baustelleneinrichtung und die Reduktion der ständig steigenden Baukosten. Dass sich in der folgenden Ratssitzung des Amtes Marl die SPD sogar dem Antrag der CDU anschloss, den Beschluss über den Baubeginn aufzuheben und über die Errichtung später zu befinden, lag sicher nicht nur in einer erneuten, nunmehr höher ausfallenden Kostenschätzung, sondern auch in der Aufdeckung eines Finanzskandals begründet, in den Heiland offenbar verwickelt war.[230]

Diese Entscheidung bedeutete letztlich den Verzicht auf die Verwirklichung des Gesamtprojekts; das Rathaus blieb, wiewohl funktionsfähig, ein Torso. Selbst als Mitte 1967 das städtische Elektrizitätswerk mit einem Reinerlös von 14 Mio. DM an die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen verkauft wurde, betonte Bürgermeister Immel, dass zwar noch keine konkreten Pläne für die Verwendung der Mittel bestünden,

---

226 Aluminium ziert neue Rathaus-Türme, in: Marler Zeitung, Nr. 270, 20.11.1964.

227 Entsprechend äußerte sich der stellvertretende Bürgemeister Gaupp (CDU). Siehe BdA-Architekten tagten in Marl, in: Marler Zeitung, Nr. 295, 19./20.12.1964, und Im Marler Rathaus. Colloquium um das Marler Rathaus, in: Der Architekt, 14. Jg., 1965, Nr. 2, S. 50-55, hier S. 54.

228 Auch Günther Marschalls Tätigkeit als freiberuflicher Städteplaner mit quasi offiziellen Aufgaben fand daraufhin wegen des fehlenden Rückhalts bald ihr Ende. Siehe Kapitel 2.3, Anm. 113.

229 Sitzung des Rates des Amtes Marl am 21.6.1965, Akte Rat Amt, 64/69, 1.-4. Sitzung, SAM 86/774.

230 Sitzung des Rates des Amtes Marl am 16.7.1965, Akte Rat Amt, 64/69, 5.-10. Sitzung, SAM 86/774. Heiland hatte anscheinend den Kämmerer ohne Beschluss des Rates angewiesen, 1,5 Mio. DM bei einer Berliner Firma gegen hohe Zinsen anzulegen. Durch den Bankrott des Unternehmens gingen der Stadt die Gelder verloren.

jedoch auf keinen Fall der dritte Rathausturm damit finanziert werden solle.[231] Ein letzter Versuch, den Rathauskomplex zu vervollständigen, gelangte Ende 1974 nicht über die verwaltungsinterne Prüfung hinaus.[232] Allerdings hatte man schon zehn Jahre zuvor auf einen untergeordneten Bereich verzichtet, indem man das zum ursprünglichen Entwurf gehörige zweiflügelige Polizeigebäude aufgab, weil die Polizei sich wegen möglicher Umstrukturierungen nicht auf ein Raumprogramm festlegen wollte. Nachdem zunächst die Einrichtung einer Bibliothek in einem der beiden Trakte geplant war, entschied der Rat der Stadt Marl angesichts der steigenden Kosten schließlich, die hierfür vorgesehenen Mittel in einen Zuschuss zum Bau des dritten, letztlich nicht errichteten Turms umzuwidmen.[233] Mit dem Bezug der beiden Türme im Februar und April 1966 und der Einweihung des Zentralgebäudes im Juli 1967 hatte daher das Bauvorhaben seinen Abschluss gefunden.[234]

Insgesamt erwies sich der Rathausbau als ausgesprochen langwierig. So benötigte der Rat des Amtes Marl mehr als ein Jahr, um nach der Wettbewerbsentscheidung den Planungsauftrag zu vergeben, die planerischen Vorarbeiten bis zur Grundsteinlegung benötigten nochmals anderthalb Jahre, und bis zur Einweihung des Ratstrakts vergingen danach dreieinhalb, bis zur Fertigstellung der übrigen Bauteile sechseinhalb Jahre, so dass zwischen dem Votum des Preisgerichts und der Einweihung des Zentralgebäudes mehr als neun Jahre lagen, obwohl nur ein Teil des ursprünglichen Programms verwirklicht wurde. Die Gründe hierfür dürften anfangs in der schleppenden Behandlung des Projekts durch Rat und Verwaltung sowie in der wegen der ungewöhnlichen Konstruktion und des großen Bauvolumens aufwendigen Planung zu sehen sein, während später eher Sparsamkeit und erlahmendes Interesse den Bau verzögerten.

Auch wenn die erste grobe Schätzung durch Bürgermeister Heiland von 10 bis 15 Mio. DM aus politischen Gründen deutlich zu niedrig angesetzt war, stiegen die Kosten des Rathauses enorm. Hatte 1959 das Gutachten der Hochtief AG noch knapp 26 Mio. DM vorausgesagt, so lag der erwartete Betrag 1961 schon bei fast 33 Mio. DM für das Gesamtprojekt aus Sitzungstrakt, Zentralgebäude, vier Türmen und Polizeigebäude. Sogar der reduzierte Komplex aus Sitzungstrakt, Zentralgebäude und zwei Türmen kostete schließlich rund 34,6 Mio. DM,[235]

---

231 Für 31,2 Millionen DM wird das Eltwerk an die VEW verkauft, in: Marler Zeitung, Nr. 124, 31.5.1967.

232 Vermerk des Amtsoberbaurats Weck vom 3.12.1974, Bauakte, BAM.

233 Sitzung des Rates der Stadt Marl am 28.4.1965, Akte Rat Stadt, 3.-6. Sitzung, SAM 86/773.

234 Die Schlussabnahme fand erst am 18.6.1974 statt. Siehe Bauakte, BAM.

235 Rechnungsprüfung für das Jahr 1972, Sitzung des Rates des Amtes Marl am 30.5.1974, Akte Amt Marl, Rat, 26.-28. Sitzung, 69/74, SAM 86/774. Die Differenz zu den dort ausgewiesenen höheren Gesamtausgaben entstand durch Reparatu-

so dass die Kosten für die vollständige Verwirklichung vermutlich fast das Doppelte des Voranschlags von 1959 erreicht hätten. Zu dieser bei Großvorhaben nicht ungewöhnlichen Steigerung kam es, weil die neuartige Konstruktion die Kalkulation erschwerte, man nur selten auf Standardverfahren zurückgreifen konnte und die Bauleitung ihre Kontrolle gelegentlich vernachlässigte, so dass zum Teil überhöhte Zahlungen an Firmen und Gutachter geleistet wurden. Angesichts der langen Bauzeit wirkten sich aber auch die ständig steigenden Baupreise in den späten fünfziger und den sechziger Jahren auf die Kosten aus: So waren die Preise für Wohngebäude in der Bundesrepublik zwischen 1958 und 1967 um über 50 Prozent gestiegen.[236]

An der Finanzierung des Rathauses, die über einen Kredit von 10 Mio. DM und sonst aus Eigenmitteln erfolgte, beteiligte sich die Stadt Marl über den in der Amtsumlage festgelegten Anteil von 82 Prozent hinaus durch freiwillige Zuwendungen, so dass sie die Eigenfinanzierung zu 97 Prozent trug. Wie schon der Wechsel in der Begrifflichkeit vom alten „Amtshaus“ zum neuen „Rathaus“ andeutet, zeugt die Kostenübernahme durch die Stadt Marl von dem Bemühen um eine Neustrukturierung des Amtsgebiets. Seit Mitte der fünfziger Jahre bestand ein Hauptziel der Marler Kommunalpolitik in der Ausgliederung der Stadt aus dem Kreis Recklinghausen, wobei die übrigen Amtsgemeinden unausgesprochen der Stadt zugeschlagen worden wären.[237] Nachdem die Bestrebungen der Stadt die Unterstützung des Regierungspräsidenten fanden, legte die Stadt Marl im Frühjahr 1968 einen umfangreichen Bericht zur Gebietsneuregelung vor, in dem das Rathaus eine nicht unwesentliche Begründung für den Zusammenschluss lieferte.[238] Vor diesem Hintergrund erklärt sich das realitätsferne Festhalten an einer Einwohnerzahl von 120.000 bis 160.000, da einer Stadt von solcher Größe leicht die Kreisfreiheit gewährt worden wäre, die neben einem Statusgewinn und einem vermehrten Handlungsspielraum für die städtischen Amts- und Mandatsträger auch die Einsparung der Kreisumlage bedeutet hätte. Im Rahmen der geplanten großstädtischen Infrastruktur gewann das Rathaus daher seine Bedeutung nicht nur

---

ren, deren Kostenübernahme durch die zur Gewährleistung verpflichteten Firmen strittig war.

236 Preisindizes für Wohngebäude in Deutschland seit 1958, Auskunft des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen vom 16.11.2000.

237 Siehe etwa Marls Mündigkeit steht bald bevor, in: Marler Zeitung, Nr. 153, 6.7.1955 oder Rudolf Heiland: „Auskreisung aus dem Landkreis ist reif ...“, in: Marler Zeitung, Sonderausgabe, 7.5.1956.

238 „Das [...] Rathaus ist von Anfang an nicht als Sitz einer Amtsverwaltung, sondern als Mittelpunkt der Selbstverwaltung für eine das gesamte Amtsgebiet umfassende Großstadt Marl konzipiert worden. Diese Konzeption wurde im Jahre 1958 von der Amtsvertretung einstimmig, also auch mit den Stimmen der Vertreter der amtsangehörigen Gemeinden, gebilligt.“ Siehe Gebietsneuregelung im Amt Marl, S. 33, Sitzung des Rates der Stadt Marl am 27.3.1968, Akte Rat Stadt, 33.-36. Sitzung, SAM 86/773.

nach innen als Fokus des Marler Selbstverständnisses, sondern auch nach außen als Demonstration der Unabhängigkeit gegenüber den Nachbarstädten und vor allem der Kreisverwaltung in Recklinghausen.

War das Rathausprojekt ursprünglich als gemeinsames Vorhaben der Marler Parteien begonnen worden, so geriet es seit 1959 zum Kernpunkt der kommunalpolitischen Auseinandersetzung zwischen der CDU und der SPD, ohne dass es zu einer vertieften inhaltlichen Diskussion gekommen wäre, da man lediglich die bereits bekannten Argumente – Kritik an den hohen Kosten einerseits, Demokratisierung und Identitätsstiftung durch öffentliche Bauten andererseits – wiederholte. Durch die zeitliche Nähe von Kommunalwahl und Grundsteinlegung verschärfte sich der Konflikt, so dass die beabsichtigte Wirkung des Rathauses als zeichenhafte Versicherung der bürgerschaftlichen Einheit in ihr Gegenteil verkehrt wurde.[239]

Schließlich blieb der Rathaus-Komplex unvollendet, weil die stagnierenden Steuereinnahmen in den sechziger Jahren die freie Haushaltsspitze sinken ließen, die Ausgabe von Mitteln für die öffentliche Verwaltung nach dem Finanzskandal wenig opportun schien und die Vorstellungen des inzwischen verstorbenen Bürgermeisters über die Bedeutung von Bauten der öffentlichen Hand nicht weit genug geteilt wurden.

3.4 Veranstaltungen

Einen besonders deutlichen Aufschluss über die Erwartungen und Ziele der Auftraggeber gewähren die mit der Errichtung eines Gebäudes verbundenen Veranstaltungen, wie Grundsteinlegung, Richtfest und Einweihungsfeier. Dabei erscheinen nicht nur die verbalen Äußerungen bedeutsam, vielmehr ermöglichen auch die Gestaltung der Feste und die Handlungen der Beteiligten Rückschlüsse auf Absichten und bestimmende Werthaltungen.[240]

---

239 Insgesamt war das politische Klima in Marl von ausgesprochen heftigen Kontroversen geprägt, bei denen ein ungewöhnlich rühriger Bürgermeister auf eine relativ schwache Opposition traf. Siehe dazu den sehr hellsichtigen Kommentar von Ernst Doering: „Überfahren ...“, in Marler Zeitung, Nr. 285, 10.12.1963. Allerdings dürften auch persönliche Erfahrungen hierzu beigetragen haben. So stärkte das Engagement Friedrich Wilhelm Willekes (1893-1965), der 1930 bis 1946 als Amtsbürgermeister in Marl tätig war und seit 1953 als CDU-Abgeordneter den Wahlkreis Recklinghausen-Land im Bundestag vertrat, wohl kaum das Vertrauen in die Kooperationsbereitschaft der CDU. Zu Willeke siehe Fritz Sänger (Hg.): Handbuch des Deutschen Bundestages, Stuttgart ^{4}1957, S. 322.

240 Siehe hierzu die politikwissenschaftlichen Studien zur political culture, etwa Rüdiger Voigt (Hg.): Politik der Symbole. Symbole der Politik, Opladen 1989, und, immer noch grundlegend, Murray Edelman: Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handels, Frankfurt a. M. 1976. Für den Bereich der kunstgeschichtlichen Forschung bietet der im Rahmen einer Tagung zur politischen Ikonographie entstandene Sammelband Sabine R. Arnold, Christian Fuhrmeister und Dietmar Schiller (Hg.): Politische Inszenierung im 20.

Mit großem Aufwand wurde die Grundsteinlegung am 10. November 1960 inszeniert. Schon fast zwei Wochen zuvor begannen die Lokalzeitungen mit der Vorberichterstattung, und am Tag selbst druckten sie die ausführlichen Pressetexte der Amtsverwaltung ab, die einen Rückblick auf den Wettbewerb, die Erläuterungen von van den Broek und Bakema und die bisherige Raumverteilung beinhalteten.[241] Dazu erhielt Heiland, seit dem Tod Willy Baums auch Amtsbürgermeister, Gelegenheit, das umfangreiche Bauprogramm der Nachkriegszeit als Errungenschaft seiner Partei für die Industriearbeiterschaft zu präsentieren.[242]

Für die anderthalbstündige Veranstaltung war eigens eine Tribüne für die Ehrengäste errichtet worden, zwölf Masten mit den Fahnen der Bundesrepublik, des Landes und des Amtes stellten das Vorhaben in einen nationalen Rahmen, und Tannengrün sorgte für einen etwas düsteren Schmuck.[243] Die Aufstellung des Rathausmodells neben dem Rednerpult versprach im Moment des Beginns die Vollendung des Werks. Mit dem Huldigungsmarsch aus „Sigurd Jorsalfar“ von Edvard Grieg und dem Krönungsmarsch aus dem „Propheten“ von Giacomo Meyerbeer erhielt die Grundsteinlegung einen recht pompösen Rahmen, zumal das Musikkorps der Schutzpolizei Essen, ausdrücklich gegenüber einer Knappenkapelle bevorzugt,[244] den offiziellen Charakter hervorhob. Ein Kupferzylinder, der mit dem Grundstein vermauert wurde, enthielt in einem Kunststoffbeutel der Chemischen Werke Hüls die aktuellen Ausgaben der Lokalzeitungen, einen Plan des Amtes Marl, Kohle und Erz der Marler Zechen, Produkte der CWH und ihrer Tochterwerke sowie Münzen aus beiden deutschen Staaten. In seiner Rede ging Heiland nochmals auf die außergewöhnlichen Leistungen beim Ausbau Marls zur Großstadt neuen Typs ein und betonte die Bedeutung von Erwach-

---

Jahrhundert. Zur Sinnlichkeit der Macht, Wien, Köln, Weimar 1998, neuere Anwendungsbeispiele eines solchen Ansatzes.

241 Belegexemplar der vom Presseamt versandten Unterlagen, Akte Rathaus, SAM 94/1944-64; Marler Zeitung, Nr. 263, 10.11.1960; Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 263, 10.11.1960. Während die Marler Zeitung als Blatt der katholischen, bürgerlichen und bäuerlichen Schichten galt, stand die Westdeutsche Allgemeine Zeitung der Arbeiterschaft nahe. Allerdings nahm die Marler Zeitung im Hinblick auf das Rathaus-Projekt erst später eine kritische Haltung ein.

242 Rudolf Heiland: In Marl wächst die Großstadt im Grünen, in: Marler Zeitung, Nr. 263, 10.11.1960. Er referiert die Anzahl der Wohnungen, Schulen, Straßenkilometer, erwähnt die Paracelsus-Klinik und betont: „Aus der Erkenntnis der Gefahr der industriellen Verstädterung wurde in Marl eine Stadtplanung entworfen, deren Verwirklichung durch Sozialdemokraten den Modellfall einer modernen Stadtwerdung darstellt.“ Nebenbei zeigt sich hier eine zu der Großstadtfeindlichkeit passende, recht konservative Auffassung gesellschaftlicher Prozesse: „Da auch im Urbanen der Gegensatz von Aufstieg und Niedergang naturgesetzlich bedingt ist, liegt der Weg zum Besseren in einem Abbau der Gegensätze durch eine strukturelle Neugliederung.“

243 Hierzu und zum Folgenden siehe die ausführliche Berichterstattung in der Marler Zeitung, Nr. 264, 11.11.1960 und der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung, Nr. 264, 11.11.1960.

244 Niederschrift über die Besprechung zur Vorbereitung der Grundsteinlegung für den Rathausneubau, 11.7.1960, Akte Rathaus, SAM 94/1944-64.

senenbildung und Kommunalbauten für die Entwicklung einer mündigen Bürgerschaft im Sinne seines Demokratisierungsprogramms. Als Ausdruck des „Bürgerstolzes vor Königsthronen“ bemühte er die Rathäuser alter Zeit, um das geplante Gebäude mit historischer Würde zu versehen. Schließlich versicherte er den Kritikern, dass Anregungen erwünscht seien, reine Ablehnung aber auch nicht störe. Van den Broek und Bakema stellten die völkerverbindende Wirkung eines von niederländischen Architekten für eine deutsche Gemeinde errichteten Rathauses so kurz nach dem Zweiten Weltkrieg heraus. Auf denselben Aspekt spielte der Geschäftsführer des Gemeindetages Westfalen-Lippe an, indem er an die Prägung nordwestdeutscher Renaissance-Rathäuser durch niederländische Architekten erinnerte. Unter den zahlreichen weiteren Grußadressen (Vertreter des Regierungspräsidenten, des Landrats, der Kaufmannschaft und der beiden christlichen Konfessionen) fällt die Ansprache des CWH-Vorstandsmitglieds Friedrich Zobel auf, weil er direkt die Steuerbeiträge der Großunternehmen als Grundlage für den Bau erwähnte.

Bei der Ausgestaltung der Grundsteinlegung griff man auf das seit dem 19. Jahrhundert übliche bürgerliche Festprogramm zurück: die Versammlung der sich für relevant haltenden gesellschaftlichen Gruppen und der Vertreter staatlicher Institutionen, Unterscheidung von Ehrengästen und gemeinem Volk, musikalische Rahmung durch blechlastige Militär- bzw. in diesem Fall Polizeikapellen, feierliche Ansprachen und herausgehobene rituelle Elemente, hier die Hammerschläge des Amtsbürgermeisters, des Amtsdirektors und der Architekten auf den Grundstein. Während das militärische Element durch das Polizeimusikkorps nur angedeutet wurde, erlangte die Verbindung von Kommune und Wirtschaft ein großes Gewicht, das sich in den Beigaben zur Gründungsurkunde und dem selbstbewussten Auftreten des Industriesprechers spiegelt. Darüber hinaus erhielt die Grundsteinlegung kirchliche Weihen nicht nur durch die Glückwünsche der beiden Pfarrer, sondern auch durch das passend zur Vermauerung des Grundsteins einsetzende Mittagsgeläut.

Trotz aller Bemühungen und der Übernahme traditioneller Festformen funktionierte die Veranstaltung jedoch nicht mehr als Demonstration sozialer Einheit, denn immerhin sah sich der Amtsbürgermeister gezwungen, in seiner Rede auf die Kritik an dem Vorhaben einzugehen. Vor allem aber ließ sich die Opposition nicht mehr einbinden, vielmehr blieb die Mehrzahl der CDU-Ratsmitglieder der Feier fern.[245]

[245] Auch Vertreter der Arbeiterschaft, etwa Betriebsratsvorsitzende oder Gewerkschafter, werden nicht unter den Gästen erwähnt. Dass Frauen in der Gruppe der Honoratioren vollkommen fehlen, erscheint angesichts der in den fünfziger Jahren noch viel stärker patriarchalisch geprägten Gesellschaft wenig überraschend.

Auch das Richtfest des ersten Bauabschnitts am 1. März 1962 wahrte die überkommenen Formen für diesen Anlass: Über der mit großen Fahnen des Bundes, des Landes und der Stadt Marl geschmückten Front des Sitzungstrakts wurde die Richtkrone aufgezogen, und nachdem als erster der Polier seinen Richtspruch gehalten hatte, sprach Heiland in seiner Rede als Vertreter der Bauherren von der Notwendigkeit bürgerlicher Selbstdarstellung, wandte sich gegen unproduktive Kritik und mahnte die Bürgerschaft zur Einheit,[246] während Johannes Hendrik van den Broek die gute Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Niederländern lobte und das Bauvorhaben in einen europäischen Zusammenhang stellte.[247] Die musikalische Begleitung bestand diesmal aus der eigenartigen Zusammenstellung zweier Choräle („Nun danket alle Gott", „Lobet den Herrn"), zu denen die Richtkrone aufgezogen wurde, und der Arbeiterhymne „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" am Schluss der Feier, so dass sich zumindest auf dieser Ebene christliche und Arbeiterpartei versöhnt fanden, wenngleich die CDU auch diese Veranstaltung boykottierte.

Beim Richtfest des zweiten Bauabschnitts am 27. Januar 1964 wiederholte sich dieser Ablauf, doch geriet die Feier etwas aufwendiger. Schon am Vortage war ein Aufruf des Amtsbürgermeisters veröffentlicht worden, in dem er einen Rückblick auf die Baugeschichte gab, die Bedeutung des Vorhabens als „Symbol bürgerlichen Selbstbewußtseins unserer Zeit" erläuterte und die Einwohner zu der Veranstaltung einlud.[248] Den Fahnenschmuck beim Richtfest bildeten neben den Flaggen des Amtes, des Landes und des Bundes diejenigen Berlins, der Niederlande und Europas,[249] so dass der Aspekt der Völkerverständigung, auf den erneut van den Broek in seiner Ansprache hinwies, hervorgehoben wurde. Darüber hinaus lobte er den Mut der Stadt zu einer großen Konzeption und dankte für die gute Zusammenarbeit.[250] Bakema, diesmal ebenfalls angereist, meinte die offene Gesellschaft, in der persönliche Freiheit und soziales Bewusstsein einander ergänzen, in den Mar-

---

246 „Wir wissen [...], daß einige Menschen in unserem Amt mit nicht gutem Willen nicht mitmachen, aber die Geschichte wird über die, die den Augenblick nicht begriffen haben, einmal lächeln. Deshalb möchte ich die ganze Bürgerschaft aufrufen, diesen Tag als ihren Tag zu werten ..." Siehe Richtkrone schmückt ersten Bauabschnitt des Rathauses, in: Marler Zeitung, Nr. 52, 2.3.1962.

247 Ebd. und Bürgermeisterforderung für das Rathaus: Heimstatt bürgerlichen Selbstbewußtseins, in: Westfälische Rundschau, Nr. 52, 2.3.1962.

248 Aufruf zum Rathaus-Richtfest, in: Marler Zeitung, Nr. 21, 25./26.1.1964.

249 Als die Richtkrone hochschwebte: Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre, in: Marler Zeitung, Nr. 23, 28.1.1964. Siehe auch Richtfest für den II. Bauabschnitt des Rathaus-Neubaues, Verfügung des Amtsdirektors Oehler vom 7.1.1964, Akte Rathaus, SAM 94/1944-78. Die Anregung zu dieser Beflaggung hatte van den Broek beim Richtfest des ersten Bauabschnitts gegeben.

250 Die Abschriften der Tonbandprotokolle mit den Reden Heilands, van den Broeks und Bakemas sowie das eigenhändige Manuskript Bakemas finden sich in den Akten Rathaus, SAM 94/1944-78, Einweihung Rathaus, Verleihung Stadtplakette an Prof. Baumann 1964, SAM 94/1944-77, und Rathaus Marl, SAM ZS/261.

ler Bauten verwirklicht zu sehen, während Heiland, nachdem er sich gegen unberechtigte Kritik verwahrte, einmal mehr seine Vorstellung eines angemessenen Rathauses ausbreitete, das sich von den Verwaltungsgebäuden der Privatwirtschaft ebenso unterscheiden müsse wie von Rathäusern der Vergangenheit oder gar der Herrschaftsarchitektur des Dritten Reichs, wenn es analog zu den alten Baudenkmalen von der gesellschaftlichen Verfasstheit seiner Entstehungszeit Zeugnis ablegen wolle. Mit seinen beiden begonnenen Bauabschnitten werde das beispielhaft vorausschauend geplante Rathaus immerhin schon funktionsfähig. Wiederum rahmten ein Kirchenlied („Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre“) zum Aufzug der Richtkrone und ein eher mit der Arbeiterschaft verbundenes Stück, das Bergmannslied, die Feier, an der außer den Preisrichtern Rühl, Hebebrand und Schulze-Vellinghausen, dem Oberkreisdirektor und den am Bau Beteiligten auch einige CDU-Vertreter teilnahmen.[251]

Drei Monate später fand die Einweihung des Sitzungstrakts statt, die nach bewährtem Muster in der Presse breit angekündigt wurde.[252] Die Trauung von vier jungen Paaren eröffnete den Reigen der Veranstaltungen am 4. Mai 1964 und stellte Marl als eine der Zukunft zugewandte Stadt dar.[253] Im Anschluss an eine erste Zusammenkunft des Stadtrats versammelten sich die Räte aller vier Amtsgemeinden zu einer gemeinsamen Sitzung im größten Saal des Neubaus, um das Rathaus offiziell zu übernehmen.[254] Wie bei den früheren Zeremonien waren auch bei der Einweihung die Bürger eingeladen, doch nahm nun auch die hochrangige politische Prominenz teil, indem der Regierungspräsident, der Landrat und der Kreisdirektor nicht mehr, wie noch zur Grundsteinlegung, ihre Vertreter schickten, sondern selbst erschienen. Darüber hinaus waren der Rektor der Universität Münster und die Vertreter der staatlichen Institutionen, der Kirchen und der großen Betriebe anwesend. Dem Veranstaltungsort und dem höheren Anspruch entsprechend begleiteten der erste und der vierte Satz des Forellenquintetts[255], gespielt von Mitgliedern der Philharmonia Hungarica, die Feier, deren zentralen Inhalt jedoch weniger die Übergabe des Rathauses als die

---

251 Schmeling: Mein Kommentar zum Marler Richtfest, in: Marler Zeitung, Nr. 27, 1./2.2.1964

252 Siehe Stadtplakette schuf Professor Jaekel, in: Marler Zeitung, Nr. 101, 30.4./1.5.1964; 7 Tage der offenen Rathaustüren, in: Marler Zeitung, Nr. 103, 4.5.1964. Allerdings hatte schon am 20.4.1964 der Vorstand und der Hauptausschuss des Gemeindetages Westfalen-Lippe im neuen Trakt getagt.

253 Zum Ablauf der Ereignisse siehe die verschiedenen Artikel in der Marler Zeitung, Nr. 104, 5.5.1964 und der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung, Nr. 104, 5.5.1964.

254 Die folgenden Angaben und Zitate nach Niederschrift über die gemeinsame Festsitzung der Räte der Stadt und des Amtes Marl am 4. Mai 1964, Marl o. J. [1964], unpaginiert.

255 Franz Schubert: Klavierquintett in A-Dur, op. 114.

Verleihung der neu geschaffenen Stadtplakette[256] an Paul Baumann, den Vorstandsvorsitzenden der Chemischen Werke Hüls, bildete. War dies auch taktischen Überlegungen geschuldet – die Verknüpfung beider Ereignisse machte es der Opposition tatsächlich unmöglich, die Einweihung zu boykottieren –, so zeigte sich vor allem die überaus enge Verbindung von kommunaler Politik und Wirtschaft, zumal Baumann in seiner Dankesrede bemerkte, „daß an diesem Rathaus-Neubau auch das Steueraufkommen der Chemischen Werke Hüls nicht ganz unbeteiligt ist“, und damit den Hinweis seines Vorstandskollegen von der Grundsteinlegung wiederholte. Das Rathaus lobte er als „originell“ und „imponierend“ und wünschte, die Einheit stiftende Funktion des Rathauses betonend, „daß es dazu beitragen möge, die Synthese zwischen Alt-Marl und Zugereisten, zwischen alteingesessenem, westfälischem Bauerntum und junger Industrie zu schaffen und zu vollenden ...“ Heiland variierte seine Rede zum Richtfest des zweiten Bauabschnitts, indem er das mit Weitsicht für die Zukunft geplante Gebäude in eine Reihe mit den „berühmten alten Rathäusern“ des Mittelalters stellte, die europäische Dimension des Rathausbaus unterstrich und den Beitrag der Architektur zur Sicherung der Demokratie hervorhob:

> Wenn wir den Typ des freien Bürgers formen wollen, der freiwillig die volle Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft empfindet, dann darf sich in einem demokratischen Staat [...] der Bürgerstolz auch über Industrieanlagen und Versicherungsbauten erheben.

Allerdings ergab sich dabei ein gewisser Widerspruch sowohl zwischen dem behaupteten Vorrang des öffentlichen Interesses und der herausgehobenen Ehrung eines Wirtschaftsvertreters als auch zwischen dem Begriff des „freien Bürgers“ und dessen „Formung“ durch äußeren Zwang. Bakema schließlich erläuterte sein Konzept eines zur Umgebung hin geöffneten Gehäuses, „durch das sich die offene Gesellschaft manifestieren könnte“.[257] Bevor er die Schlüssel an den Bürgermeister übergab, plädierte er für die Errichtung des dritten Turms, weil erst dann ein Raum durch die drei Vertikalen definiert werde.[258]

Insgesamt unterstreicht der relativ große Aufwand, mit dem die vier Veranstaltungen begangen wurden, die enorme Bedeutung des Rathauses im Sinne von Heilands Vorstellung einer wesentlich durch öffentliche Bauten bewirkten Demokratisierung der Nachkriegsgesellschaft. Gleichzeitig gaben ihm die Feierlichkeiten Gelegenheit, für diese

---

256 Das Bronzerelief von Joseph Jaekel, der bereits einige Arbeiten an die Stadt Marl verkauft hatte, zeigt das Rathaus von Westen, so dass nicht der mit seiner Schmalseite gezeigte Sitzungstrakt, sondern die vier Türme die Abbildung beherrschen. Siehe Skulpturenmuseum Glaskasten Marl. Bestandskatalog, Marl 1992/93, S. 151-153. Mit der Stadtplakette wollte man offenbar die erneute Verleihung der Ehrenbürgerwürde umgehen, die bisher nur Adolf Hitler erhalten hatte.

257 Zu Bakemas Interpretationen und Vorstellungen siehe Kapitel 4.5 und 5.1.

258 Die Angaben und Zitate bis hierher nach Niederschrift o. J. [1964], unpaginiert.

Idee besonders eindringlich zu werben und auf Kritik einzugehen. Der Rückgriff auf traditionelle, bürgerliche Festformen, die allerdings zum Teil mit neuen Inhalten, etwa Arbeiterliedern, gefüllt wurden, zeugt ebenso von dem Bemühen um Zustimmung in weiten Einwohnerkreisen wie die Versammlung von Würdenträgern und Vertretern der Öffentlichkeit, sollten so doch die Einmütigkeit der Einwohnerschaft und die Billigung der beteiligten Institutionen demonstriert werden.[259] Daher bedeutete das ostentative Fehlen der Oppositionsmitglieder bei den meisten Feiern einen gewichtigen Einspruch, indem es die behauptete Einigkeit konterkarierte.

Unabhängig von ihrer im Einzelnen unterschiedlichen Ausprägung lassen sich die Veranstaltungen als Ritual interpretieren, wenn man darunter „die Gesamtheit von nichtalltäglichen Handlungen, die mit traditionell festgelegtem Ablauf zu bestimmtem Anlaß vollzogen werden,“[260] versteht und Expressivität, Stilisierung und Wiederholung als zentrale Kategorien zugrunde legt.[261] Dabei bedeutet die Untersuchung ritueller Elemente in der Politik keineswegs ihre Entlarvung als bloßer Schein, vielmehr geht es – nimmt man das anthropologische Verständnis des Begriffes ernst – um die fundamentalen Annahmen einer Gesellschaft, die ihr Selbstbild prägen und insofern als reale Faktoren zu begreifen sind. Schon durch ihre unmittelbar sinnlich wahrzunehmende Form wirkt die rituelle Kommunikation integrierend:

> Ritualisierung bringt Ordnung in die Kultur, indem sie die organische Lebenszeit von Subjekten in gleiche Mitteilungen einbindet, sie auf ein gemeinsames Symbol bezieht, das wiederum auf dahinterliegende Wertvorstellungen verweist. Ritualisierung heißt Synchronisation von Subjekten.[262]

Neben dieser temporalen Komponente, die durch die Wiederkehr der Veranstaltungen und das Anknüpfen an bestimmte Typen gewährleistet ist, synchronisieren Rituale auch in räumlicher Hinsicht, indem sie eine größere Zahl von Menschen an einem bestimmten Ort versammeln und ihr Verhalten und ihre Bewegungen reglementieren. Im Rahmen dieser Vereinheitlichung ersetzt tendenziell das entstehende Zusammengehö-

---

259 In diesen Zusammenhang der Werbung um Unterstützung gehört auch die von Heiland selbst vorgeschlagene Nutzung des Ratstrakts als Veranstaltungsort für das Winter- bzw. Frühlingsfest der 1938 gegründeten Stadtgartengesellschaft, deren Mitglieder vor allem der Oberschicht angehörten. Siehe Glanzvolles erstes Rathaus-Fest, in: Marler Zeitung, Nr. 125, 2.6.1964.

260 Klaus Peter Koepping: Ritual, in: Walter Hirschenberg (Hg.): Neues Wörterbuch der Völkerkunde, Berlin 1988, S. 406-407.

261 Rainer E. Wiedenmann: Ritual und Sinntransformation. Ein Beitrag zur Semiotik interkultureller Interpenetrationsprozesse, Berlin 1991 (Soziologische Schriften, Bd. 57), S. 13.

262 Harry Pross: Ritualisierung des Nationalen, in: Jürgen Link und Wulf Wülfing (Hg.): Nationale Mythen und Symbole in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Strukturen und Funktionen von Konzepten nationaler Identität, Stuttgart 1991, S. 94-105, hier S. 101.

rigkeitsgefühl die individuelle Reflexion, wobei weitgehend unerheblich bleibt, ob die Beteiligten die rituell gestützten Inhalte bejahen oder ablehnen, da allein die Teilnahme an dem wiederholten Geschehen diese Inhalte und die Einheit der Gesellschaft bestätigt.

Allerdings beschränkt sich die direkte körperliche Wirkung der Rituale, da sie medial nicht vermittelt werden kann, auf den relativ kleinen Personenkreis von Politikern, Ehrengästen und Zuschauern, die im Vergleich mit den anderen Gruppen nur locker mit den Aktionen verknüpft sind. Darüber hinaus erscheint der Grad der Ritualisierung bei den Zeremonien zur Grundsteinlegung, Richtfesten und Einweihung im Vergleich zu anderen Feierlichkeiten, wie etwa Gottesdiensten, Vereidigungen oder Staatsbesuchen, gering, weil die diskursiven Elemente überwiegen. Vor allem aber ist zu berücksichtigen, dass es sich bei Ritualen lediglich um mehr oder weniger geglückte *Versuche* der Sinnstiftung handelt, die oppositionelle Deutungen nicht verhindern können, solange nicht ohnehin schon ein hohes Maß an Übereinstimmung besteht oder sie durch einen Repressionsapparat unterstützt werden.

Einen völlig anderen Charakter trug die Einweihung des Zentralgebäudes am 19. Juli 1967, mit der der zweite Bauabschnitt übergeben wurde. Anstelle einer groß angelegten, öffentlichen Feier trafen sich lediglich die Bürgermeister des Amtes und der Stadt Marl sowie der Gemeinde Polsum mit den Mitarbeitern der Baufirmen und des Büros van den Broek und Bakema, das seinen jährlichen Betriebsausflug nach Marl unternahm. Die Presse erfuhr davon bei einer kurzfristig anberaumten Konferenz, deren Thema vorher geheim gehalten wurde.[263] Offenbar spielte das Rathaus als Kern der Großstadt keine Rolle mehr; womöglich wollte man eine erneute Auseinandersetzung um das immer noch nicht gänzlich verwirklichte Rathausprojekt vermeiden, obwohl Amtsbürgermeister Herbert Ulrich den Bau verteidigte.[264]

3.5 Reparatur

Schon kurz nach dem Bezug des neuen Rathauses traten erste Bauschäden auf. So musste bereits Ende 1968 ein Teil des zum Sitzungstrakt gehörigen L-Flügels neu eingedeckt werden, und im Rahmen einer Besichtigung, die die Abnahme des Komplexes vorbereiten sollte, stellte man neben kleineren Mängeln Rosterscheinungen an den Turmköpfen und freiliegende Bewehrungsdrähte an Konsolen fest.[265] 1970 kam es

---

263 Ratlos, in: Marler Zeitung, Nr. 166, 20.7.1967.

264 Eine Münze im Brunnen, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 166, 20.7.1967: „Ich denke, die Geschichte wird jenen recht geben, die den Beschluß faßten."

265 Sitzung des Rates des Amtes Marl am 17.2.1970, Rechnungsprüfungsbericht für 1968, Akte Amt Marl, Rat, 1.-3. Sitzung, 69/74, SAM 86/774, Protokoll des Besichtigungsdurchgangs vom 22.8.1968, Bauakte, BAM.

zu weiteren Schäden an den Dächern des L-Flügels und des Zentralgebäudes, die zu einem Gerichtsverfahren führten, die Fenster in den Türmen erwiesen sich, vor allem an den dem Wetter besonders ausgesetzten Westseiten, als nicht ausreichend wind- und wasserdicht,[266] und die beiden Innenhöfe im Zentralgebäude benötigten nur drei Jahre nach der Fertigstellung eine Sanierung.[267] Nachdem in den folgenden Jahren kleinere Veränderungen vorgenommen wurden – man teilte etwa das Ausstellungsgeschoss im Turm II in Büros auf, nutzte den Schalterraum des Meldeamtes als Abstellraum und versah die Fenster an der Südseite des Sitzungstrakts mit einem Sonnenschutzlack – führte die Institutionalisierung der städtischen Kunstsammlung zu einem Museum ab Ende der siebziger Jahre zu einem Nutzungswandel und später zu vorsichtigen Umbauten: Zwei Jahre nach seiner Eröffnung im Erdgeschoss des Sitzungstrakts, das ursprünglich für das Verkehrsbüro vorgesehen war, ergänzte man das Museum 1981 um das anfangs als Ratskeller-Restaurant geplante Kellergeschoss.[268] Zwischen 1985 und 1987 wurden die Räumlichkeiten nochmals erweitert, indem man eine zweite Glasmembran um das gläserne „Verkehrsbüro“ im Erdgeschoss legte.

Waren diese Eingriffe ohne größere Folgen für Substanz und Erscheinung des Gebäudes geblieben, so brachte die Sanierung der Türme in den achtziger Jahren einschneidende Veränderungen mit sich. Nachdem das Hochbauamt bei Inspektionen im Jahre 1981 Risse und Abplatzungen beim Tragwerk der Türme beobachtet hatte, wurde ein Gutachten erstellt, dem zufolge sich die Hängeglieder aus Beton und ihre stählernen Spannglieder in einem ausgezeichneten Zustand befanden, während die Balkenköpfe, die die Hängeglieder umfassen und dabei die Last der Geschossdecken über die Balken auf die Hängeglieder übertragen, schwerere Schäden aufwiesen.[269] Allerdings zeigte sich erst bei der Einrüstung der Türme im Jahr 1983, dass die Innenseiten der Balkenköpfe durch Korrosion der Bewehrung und Abplatzungen der Betonschicht zu rund 85 Prozent zerstört waren und nicht mehr dauerhaft saniert werden konnten.

Ein solches Schadensbild tritt bei Bauten der Moderne nicht selten auf, gehörte doch die Nutzung neuer und eben darum unerprobter Konstruktionen und Materialien zu ihren Grundlagen.[270] Jede Betonoberflä-

---

266 Sitzung des Rates des Amtes Marl am 21.12.1972, Akte Amt Marl, Rat, 14.-19. Sitzung, 69/74, SAM 86/774.

267 Sitzung des Rates des Amtes Marl am 17.7.1970, Akte Amt Marl, Rat, 4.-7. Sitzung, 69/74, SAM 86/774.

268 Rüth 1992/93, S. 11f.

269 B[ernd] Epping, V. Henke und K[arl] Kordina: Rathaustürme in Marl. Schäden und Sanierung, in: Bauingenieur, 62. Jg., 1987, S. 15-20, hier S. 16.

270 Ähnliche Schäden zeigten etwa Johannes Duikers Sanatorium „Zonnestraal“ in Hilversum (1928), Bertold Lubotkins Finsbury Health Centre in London (1938)

che nimmt im Laufe der Zeit aus der Luft Kohlendioxid auf, das mit dem vorhandenen Kalziumhydroxid zu Kalziumcarbonat und Wasser reagiert, so dass sich der pH-Wert des hoch alkalischen Betons verringert. Wenn aus Gründen der Kostenersparnis oder auch um der gesucht feingliedrigen Erscheinung willen die Betonschicht über der Bewehrung zu dünn gewählt oder ungenügend verdichteter Beton mit zu grobkörnigen Zuschlagstoffen verwendet wurde, beeinträchtigt dieser Prozess der Karbonatisierung, der sonst im Verlauf mehrerer Jahrzehnte nur bis zu einem Zentimeter in die Tiefe vordringt, die Bewehrungsstähle. Ohne den alkalischen Oxidationsschutz setzen sie Rost an und sprengen, indem sie sich dabei ausdehnen, den Beton ab, so dass zuletzt die komplexe Struktur ihren Zusammenhalt verliert.[271] Im Falle der Marler Balkenköpfe kamen zu diesen zeittypischen Mängeln Nachlässigkeiten bei der Führung der Bewehrung.[272]

Nachdem man verschiedene Reparaturmöglichkeiten untersucht hatte, wurde schließlich eine Arbeitsgemeinschaft aus den Firmen Hochtief, Peter Bauwens und E. Heitkamp mit der Installation einer zweiten, innenliegenden Aufhängung beauftragt, die die ursprüngliche Konstruktion weitgehend entlastete, das Aussehen der Türme jedoch veränderte.[273] Die Arbeiten am Turm II wurden Anfang 1986 abgenommen, die am Turm I gegen Ende desselben Jahres.[274]

Politisch war die Reparatur zwar zunächst wieder umstritten, doch spielte die Bedeutungsdimension des Rathauses keine Rolle mehr; vielmehr ging es um die zu erwartenden Kosten. Während die SPD die Instandsetzung der Türme mit ihrer Mehrheit durchsetzte, weil dies mit sieben bis acht Millionen DM günstiger sei als der Neubau eines „einfachen Verwaltungsgebäudes“, beklagte die Opposition aus CDU und Grünen unzureichende Information, und vor allem die Grünen plädierten für den Abriss der Türme und die Verteilung der Ämter auf andere Gebäude, da die sinkenden Einwohnerzahlen eine Verringerung der

---

oder die Stuttgarter Liederhalle von Adolf Abel, Rolf Gutbrod und Blasius Spreng (1956).

271 Martin Günter und Hubert K. Hilsdorf: Beton und Stahlbetonkonstruktionen. Möglichkeiten und Grenzen der Instandsetzung, in: Konservierung der Moderne? Über den Umgang mit den Zeugnissen der Architekturgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1996 (ICOMOS - Hefte des Deutschen Nationalkomitees, Bd. 24), S. 108-113, hier S. 108f.; Dieter Nievergelt: Betonsanierung, in: Ulrike Wendland (Hg.): Altstadt, City, Denkmalort. Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland 1995, Hamburg 1997 (Arbeitshefte zur Denkmalpflege in Hamburg, Bd. 16), S. 191-192.

272 Epping u. a. 1987, S. 17.

273 Hochtief und Bauwens hatten schon bei der Errichtung der Türme 1962 bis 1966 mitgewirkt. Siehe S. 73, Anm. 214.

274 Bauabnahmen vom 18.2.1986 und 14.11.1986, Akte Sanierung der Rathaustürme, Bauantragsunterlagen, BAM.

Verwaltung mit sich brächten.[275] Ein halbes Jahr später stimmte auch die CDU der relativ billigen Erneuerung zu.[276] Die ziemlich unaufgeregte Diskussion zeigt, dass das Rathaus inzwischen eine gewisse Normalität erlangt hatte. Damit war allerdings Heilands Bestreben gescheitert, das Rathaus als Symbol der neuen Großstadt Marl und ihres demokratischen Selbstverständnisses zu etablieren.

[275] Rat heizt vor der Sommerpause noch einmal „Dauerbrenner“ an, in: Marler Zeitung, Nr. 144, 23./24.6.1984. Siehe auch Sitzung des Rates der Stadt Marl am 22.6.1984, Akte Rat Stadt Marl, 79/84, SAM 86/773.

[276] Bauausschuß verpaßt Marler Rathaustürmen ein Korselett aus Stahl, in: Marler Zeitung, Nr. 26, 31.1.1985. Siehe auch Sitzung des Rates der Stadt Marl am 14.2.1985, Akte Rat Stadt Marl, 84/89, SAM 86/773.

4 Baubeschreibung

Der Entwurf von van den Broek und Bakema, der zwar nicht vollständig verwirklicht, aber auch nicht entscheidend verändert wurde, nahm den östlichen Teil des für das Rathaus vorgesehenen Areals nördlich der Bergstraße (heute Josefa-Lazuga-Straße), westlich der Straße Am Amtsgericht (heute Adolf-Grimme-Straße) und südlich eines Fußwegs (heute Eduard-Weitsch-Weg) ein, so dass der Neubau in dem sonst unerschlossenen Gebiet an die wenigen vorhandenen Gebäude, das Amtsgericht, das Arbeitsamt und die „insel", anschloss. Streng orthogonal angelegt, gliedert sich der ungefähr west-östlich verlaufende Komplex in vier Hauptteile: den Sitzungstrakt mit dem umgebenden L-Flügel, das Zentralgebäude, die vier Bürotürme und das Polizeigebäude (Abb. 6-21).[277]

4.1 Sitzungstrakt

Den Sitzungstrakt (Abb. 8-12) markiert ein auffälliges Faltwerk aus Spannbeton, unter dem sich, aufgeständert auf die Höhe des Obergeschosses, der Ratssaal, zwei Sitzungssäle und das Foyer mit Nebenräumen befinden, während das eigentliche Erdgeschoss weitgehend freigehalten ist und nur das Verkehrsbüro mit Ausstellungsraum in einem pavillonartigen, vollständig verglasten Einbau beherbergt. Über eine Treppe auf der Nordseite zugänglich, enthält das Kellergeschoss eine Gaststätte und eine Weinstube.[278] Nach Norden schiebt sich die erhöhte Ebene des Obergeschosses unter dem Faltwerk als eigener Baukörper hervor und legt sich L-förmig um die Nord- und Ostseite des eigentlichen Sitzungstrakts. In dem Nordteil dieses L-Flügels sind die Fraktionszimmer, im Ostteil die Räume der Amts- und Stadtbürgermeister, des Amtsdirektors sowie die „Ratsstube", ursprünglich als Restaurant gedacht, heute ein Sitzungssaal, untergebracht.

---

277 Die elf Wettbewerbspläne mit der Werknummer 1185 bewahrt das Nederlands Architectuurinstituut (NAi) in Rotterdam auf (Bestand van den Broek en Bakema, Brox/t 782 und Brox/t 3192). Ein erster detaillierter Plansatz von April / Mai 1959 findet sich in der Akte Rathaus Marl (1957-1965), SAM AA II.-1103, die endgültigen Pläne und die zur Bauerlaubnis gehörige Baubeschreibung vom 13.6.1960 sowie die am Bestand überprüften Pläne, die im Rahmen der Turmreparatur Mitte der achtziger Jahre entstanden, enthalten die Bauakten der Stadt Marl, BAM. Zusätzliche Angaben zu Konstruktion, Maßen und Materialien bieten die „Erläuterungen und Anatomie des Rathausneubaues Marl", Akte Rathaus, SAM 94/1944-78.

278 In den Wettbewerbsplänen ist eine Unterkellerung noch nicht vorgesehen; hier sollte offenbar die relativ kleine Ratsstube im L-Flügel den entsprechenden Programmforderungen genügen. Schon die frühen ausgearbeiteten Pläne aus dem Frühjahr 1959 zeigen jedoch den „Ratskeller", der allerdings später nicht als Restaurant genutzt wurde. Seit Ende der siebziger Jahre wurden das Erd- und das Kellergeschoss für Museumszwecke umgebaut. Siehe Kapitel 3.5, S. 87.

Geprägt wird der Bauteil durch das gewaltige Faltwerk, das aus sieben Falten von je 4 m Breite und 3 m Höhe bzw. Tiefe besteht und insgesamt 60 m lang und knapp 29 m breit ist.[279] Durch die Fältelung und die Vorspannung des Betons erreicht die Konstruktion eine solche Steife, dass auch weite Räume stützenfrei überdeckt werden können und das Dach nur an seinen Enden auf den hier senkrecht stehenden Falten aufliegt. Um die Stabilität weiter zu erhöhen und den Winddruck aufzunehmen, sind diese Falten mit schräg gestellten, von außen nach innen bis in die Dachfalten reichende Querscheiben verstärkt, und auch die Dachfalten selbst tragen, von unten nicht sichtbar, kleine aussteifende Scheiben in ihren Drittelspunkten. Da außerdem die Wandfalten ab etwa 4 m über dem Boden schräg auf einen schmalen Fußpunkt hin zulaufen und die Querscheiben hier quasi einen Knick erhalten, ergibt sich in den Seitenansichten eine vergleichsweise komplizierte Form, die zwar konstruktiv bedingt ist, aber nicht mehr über die klare Einfachheit und Ablesbarkeit des ersten Entwurfs verfügt. Zwar waren auch hier die Wandfalten angeschnitten, doch wahrten sie ansonsten die durch die Dachfalten vorgegebene Form, so dass Dach und Wand als eine Einheit wirkten, zumal sie über eine Gehrung verbunden werden, die das Motiv von Lasten und Tragen weniger deutlich formuliert.

Ohnehin entspricht die Verjüngung der Falten zu den Fußpunkten hin nicht den funktionalen Anforderungen, denn hier setzen nicht unmittelbar, wie zu erwarten, Gelenke an. Vielmehr erforderte die Vorsorge gegen zu erwartende Bergschäden eine aufwendige Gründung, so dass die Falten einer Wand mit einem Unterzug fest verbunden sind, der seinerseits auf beweglichen Lagern ruht. Um die unterschiedlichen Beanspruchungen aus Pressung, Zerrung, Biegung und Torsion auszugleichen, können diese Balken durch Pressen gehoben und an einer Gebäudeseite in verschiedene Richtungen verschoben werden. Ähnlich formale Eingriffe betrafen auch die Dachfalten, die an ihren Enden eine Dicke von 40 cm benötigten, während in der Feldmitte 20 cm ausreichten, um die Stabilität zu gewährleisten. Indem man die Differenz mit Schaumbetonplatten ausglich, verzichtete man zugunsten einer einheitlichen Erscheinung darauf, den Kräfteverlauf nachzuzeichnen und das Material so sparsam wie möglich zu verwenden.

Besondere Sorgfalt wurde auf ein möglichst glattes und gleichmäßiges Aussehen des Sichtbetons verwandt, das technische Präzision vermittelt. So wurde die Schalung mit Sperrholzplatten, deren Oberflächen mit Kunstharz beschichtet waren, ausgekleidet, um die handwerklich anmutenden Abdrücke von Holzmaserung und Astlöchern sowie die

---

279 Siehe hierzu und zum Folgenden Franz Vaessen: Das vorgespannte Faltwerk des Rathaus-Neubaus in Marl, in: Beton- und Stahlbetonbau, 57. Jg., 1962, Nr. 5, S. 104-111, bzw., weitgehend gleichlautend, Hochtief Nachrichten, 40. Jg., 1967, Nr. 1, S. 5-23, mit ausführlichen Angaben zu den technischen Aspekten der Konstruktion.

durch ungenaue Anschlüsse entstehenden Grate zu vermeiden. Die Farbunterschiede des Betons – die Wandfalten waren in vier durch Fugen deutlich markierten Arbeitsschritten gegossen worden, während man das Dach in einem Zug über 80 Stunden hinweg betoniert hatte – deckte im Inneren und teilweise auch außen ein dünner Farbauftrag ab.[280]

Bemerkenswert erscheint schließlich die Ausrichtung des Faltwerks, die ebenfalls über das rein Zweckmäßige hinausweist: Die rechteckige Fläche von 28 zu 54 m wird nicht etwa möglichst günstig in ihrer kürzeren Richtung überspannt, vielmehr streichen die Dachfalten von einer Schmalseite zur anderen über die maximale Länge hinweg, so dass einerseits die Säle viel Licht durch die größere Fensterfläche erhalten und andererseits die Konstruktion bei aller Massivität des Betons doch weit geöffnet wirkt. Gleichzeitig erhöht der Luxus, der in der Gleichgültigkeit gegenüber sonst üblichen Wirtschaftlichkeitsberechnungen liegt, die Bedeutung dieses Gebäudeteils. Auch die Längsseiten selbst präsentieren sich in diesem Überfluss, indem die letzte Falte nicht in ihrem Tiefpunkt geschnitten wird, obwohl dies für die Überdeckung der Säle ausgereicht hätte. Während diese Variante die relativ konventionelle Ansicht eines Betonrahmens mit einem geneigten Dach ergeben hätte, erinnert die zusätzliche halbe Falte, die mit einem breiten Gurt endet, von dem Vorplatz aus gesehen, an einen Architrav, so dass die Würdeformel des Tempels, wie entfernt auch immer, dem Sitzungstrakt zusätzliche Weihen verleiht.

Schon zu Beginn der Planungen verlangte die Bauherrenseite, dass möglichst Kunststoffe für den Bau des Rathauses verwendet würden, um so Marls Image als „Bunastadt“ zu festigen.[281] Sogar eine Besprechung und eine Besichtigung bei den Chemischen Werken Hüls war vorgesehen, um den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Gelegenheit zu geben, sich von den Verwendungsmöglichkeiten der Produkte zu überzeugen.[282] Demgemäß sollte das Faltwerk zunächst eine Eindeckung aus Kunststoff erhalten, doch griff man schließlich auf Kupfer als bewährtes und langlebiges Material zurück.

---

280 Wie sehr den Architekten an Genauigkeit auch bei Details gelegen war, zeigt Bakemas Beschwerde über die zu pastose Wirkung der Farbe an der äußersten Falte: „Die Struktur dieser Falte ist nun so anonym geworden, daß der Charakter des Sichtbetons verloren ging.“ Sitzung der Neubau-AG am 10.5.1963, Akte Sitzungsniederschriften des Arbeitsausschusses für den Rathaus-Neubau, SAM 98/1648, Bd. 2.

281 „Es wurde angeregt, bei der Ausgestaltung des Gebäudes für die obersten Organe vor allem Kunststoffe zu verwenden. Hierdurch soll die Verbindung mit der einheimischen Industrie sichtbar dokumentiert werden.“ Besprechungen vom 21./22.7.1959, Teilakte Rathaus, Arbeitsbesprechungen mit den Architekten, Akte Rathaus (1957-1965), SAM AA II.-1103.

282 Sitzung der Neubau-AG am 21.4.1961, Akte Sitzungsniederschriften des Arbeitsausschusses für den Rathaus-Neubau, SAM 98/1648, Bd. 2.

Unter dem sich selbst tragenden Faltwerk finden, eingeschoben wie eine Schublade, die Repräsentationsräume ihren Platz. Da das Obergeschoss sowohl nach oben zum Faltwerk als auch nach unten zum Erdboden sichtbar Abstand wahrt – es ist von dem Dach durch einen breiten Glasstreifen getrennt und ruht auf 3,5 m hohen Stützen mit einer Achsweite von 8 bis 16 m –, bleibt eine gewisse Offenheit der Räumlichkeiten erhalten:[283] Man kann unter dem Gebäude hindurchgehen und -sehen, und auch von innen sind vielfältige Durchblicke möglich, weil es keine massive, tragende Wände gibt, sondern nur unterschiedlich feste Raumabschlüsse. So wirkt die Wand im Westen, innen wie außen mit Holz verkleidet und an drei Seiten von Glas umgeben, eher wie ein freistehender Paravent. Die Schauseite nach Süden, von den Architekten als „plastische Wand“ bezeichnet, besteht aus Betonrahmen mit Öffnungen verschiedenen Formats, so dass die Monotonie und das Preziöse einer großen glatten Glasfläche vermieden wird, ohne die im Sinne der Moderne gesuchte Verbindung von innen und außen zu behindern. Um den Eindruck von Offenheit zu verstärken, füllt der Einbau unter dem Faltwerk, das sich sogar an seinen massiven Wänden durch die Abschrägungen zu den Fußpunkten hin gegenüber der Umgebung öffnet, dieses nicht vollständig aus; vielmehr reicht das Dach nach Westen weit über Sitzungssaal und Foyer hinaus, so dass vor allem hier Durchblicke entstehen, Außenraum und Innenraum einander durchdringen und der luxuriöse Charakter der großzügigen Konstruktion betont wird.

Gerade an dieser Stelle liegt der Haupteingang zu den Repräsentationsräumen im Obergeschoss. Eine zweiläufige freitragende Betontreppe führt von dem Vorplatz durch den überdachten Raum unter den Falten in das Innere des Sitzungstrakts und inszeniert den Gang zum Ratssaal als zeremoniellen Aufstieg, der aus der Ebene des Alltags in die „höheren Sphären“ enthebt. Selbst in der Kleinform der Treppe zeigt sich das den gesamten Komplex bestimmende Bemühen um ungewöhnliche Konstruktionen aus schweren, aber in Schwebe gehaltenen Elementen, indem das betont massige Geländer nur an zwei Stellen in der Nähe des Podests auf der Treppe lastet, so dass es in seinem schrägen Verlauf ohne Stütze über den Stufen aufragt. Der Belag aus „bleu cendré“, einem dunkelweißen schweizerischen Marmor,[284] wird bis in das Foyer und die Säle durchgeführt und verknüpft so Inneres und Äußeres zusätzlich, zumal der Eingangsbereich komplett in Glas aufgelöst ist.

---

283 Der 1971 aufgebrachte Sonnenschutz spiegelt so stark, dass die Gläser zumindest von außen nicht mehr durchsichtig erscheinen. Hierdurch wird die Wirkung des Gebäudes enorm beeinträchtigt.

284 Siehe Friedrich Müller: Gesteinskunde. Lehrbuch und Nachschlagewerk über Gesteine für Hochbau, Innenarchitektur, Kunst und Restauration, Ulm ^{4}1994, S. 160.

Auch die einzelnen Räume im Inneren (Abb. 11) wirken miteinander verbunden, weil die Trennwände nur bis zu einer Höhe von 3 m aus schrankwandartigen Einbauten mit einer Verkleidung aus Afzelia, einem afrikanischen Hartholz, bestehen und sich darüber bis zum Faltwerk als Glaswände fortsetzen. Diese Glasscheiben lassen nicht nur Licht von einem Raum in den anderen dringen, sie erlauben auch einen Blick auf die gesamte Länge des Faltwerks, so dass der Eindruck eines einheitlichen Raumes, der von einem einzigen, ununterbrochenen Dach gedeckt wird, trotz der unterschiedlichen Nutzungen gewahrt bleibt. Durch große Schiebetüren können die Räume tatsächlich miteinander gekoppelt werden, wobei die Wände dann noch mehr als Möbel wirken. Ihre dunkle Holzverschalung und ihre gekurvte Führung, vor allem im Bereich der Garderobe, bilden ein Gegengewicht zu der ansonsten sehr kühlen, geradlinigen und technoiden Innenausstattung mit weißen Böden, Sichtbeton und Aluminiumblechen an den Faltenrippen, die Lüftungsrohre und indirekte Beleuchtung aufnehmen.[285] Weiße Akustikplatten an den Falten reduzieren den Nachhall und dienen den Leuchten, deren Anordnung in den Aluminiumwannen parallel zu den Falten die Länge der Halle betont, als Reflektoren. Die drei Säle sind so angeordnet, dass sie Zugang zu einem fast die gesamte Breite des Obergeschosses einnehmenden Balkon bieten, der einerseits, von außen über die Haupttreppe direkt zugänglich, ganz praktisch als Fluchtweg fungiert, andererseits aber als „Verkündigungsbalkon“ ein Element der traditionellen Rathaustypologie darstellt.[286] Als wichtigster Raum ist der Ratssaal (Abb. 12) nicht nur durch seine Größe, sondern auch durch seine Lage am äußeren östlichen Rand gekennzeichnet: Hier bildet das Faltwerk das Dach und eine Längswand, so dass eine besonders markante Raumbegrenzung entsteht.

Ausgehend von der Grundfigur eines aufgebrochenen Sechsecks, teilt die Sitzordnung den Räten die Längsseiten gegenüber dem Präsidium zu, das vor dem Hintergrund der Wandfalten seinen Platz findet. Presse und Verwaltung sind ihm zur Seite angeordnet, während die Publikumsreihen etwas abgetrennt jenseits eines breiten Gangs liegen. Obwohl so eine gewisse Hierarchie angedeutet wird, erscheint die Gestaltung insgesamt egalisierend, fehlen doch übliche Mittel wie Podien für das Präsidium und Tribünen oder Schranken für das Publikum. Stattdessen befinden sich alle Anwesenden auf dem gleichen Bodenniveau in einem nicht weiter unterteilten Raum und benutzen das

---

[285] Die Wettbewerbspläne zeigen noch streng rechtwinklige Raumbegrenzungen, und noch Ende 1959 war statt Aluminium eine Holzbekleidung der Rippen vorgesehen. Ausführliche Angaben zum Beleuchtungskonzept gibt Das Rathaus von Marl, in: Internationale Licht Rundschau, 19. Jg., 1968, Nr. 4, S. 130-133.

[286] Damus 1988, S. 27; siehe Kapitel 6.1. Allerdings wurde der Balkon mit seinen Sitzbänken gelegentlich ganz beiläufig von Passanten genutzt, bis der Zugang von der Haupttreppe aus durch ein Gitter versperrt wurde.

gleiche Mobiliar, das, weil tatsächlich beweglich, eine Vielzahl von Nutzungen eröffnet und von van den Broek und Bakema eigens für das Rathaus entworfen wurde.[287] Dabei handelt es sich um elegante schalenförmige Ledersitze, die, ebenso wie die Tischplatten aus Afzeliaholz, auf einer schlanken Edelstahlstütze mit Tellerfuß ruhen. Für die Sitzgruppen im Foyer wird dieses System nur leicht abgewandelt, indem die Schalen Armlehnen und niedrigere Füße erhalten, so dass die Möbel den einheitlichen Gesamteindruck unterstützen, der durch die Beschränkung auf wenige Formen und Materialien hervorgerufen wird.

Auf der gleichen Höhe mit den Repräsentationsräumen und von ihnen nur durch einen Block aus Garderobe, Sanitärräumen und Pförtnerloge getrennt, legt sich der eingeschossige Büroteil (Abb. 8, 10) mit seinen zwei 66 bzw. 72 m langen Flügeln um das Faltwerk. Passte er sich in den Wettbewerbsentwürfen noch dem Stützenraster des eigentlichen Sitzungstrakts an, so erhielt er im Laufe der Planung ein sparsamer dimensioniertes Stahlbetonskelett. Das aufgeständerte, flach gedeckte Gebäude ist mit dem gleichen weißen Marmor verkleidet, der den Boden des Foyers und der Säle bedeckt.[288] Zusammen mit den aus je vier Einzelscheiben bestehenden Fenstergruppen, die mit ihrer geradzahligen Unterteilung keine Mittelachse ausbilden und, nur durch einen sehr schmalen Wandstreifen getrennt, wie ein durchgehendes Fensterband wirken, ergibt sich eine Gestaltung, die den Vorstellungen der klassischen Moderne nach dem Vorbild von Le Corbusiers Villa Savoye verpflichtet ist.

Für eine Unterbrechung der sonst völlig gleichmäßigen Fassaden sorgt die Ratsstube am Südende des Ostflügels, die eine Loggia und größere Fenster aufweist. Dass dieses Restaurant an so prominenter Stelle untergebracht ist – es befindet sich unmittelbar neben den Zimmern der Bürgermeister und über dem Zugang zum Haupteingang des Zentralgebäudes –, unterstreicht die Bedeutung, die van den Broek und Bakema den Räumen für die Allgemeinheit beimaßen. Um die Räume der Stadtspitze dennoch vor möglichen Störungen zu bewahren, sind sie von dem Gang zur Ratsstube durch eine zusätzliche, mit einem Mosaik aus weißen und roten Steinen verkleidete Wand abgetrennt, so dass vor den ohnehin vorhandenen Vorzimmern eine Art Antichambre entsteht. Darüber hinaus heben sich die Räume durch ihre Größe und die Ausstattung mit Parkett oder Teppichboden anstelle von Kunststoff von den übrigen Büros ab, und schließlich ermöglichen hier zwei schmale Brücken den schnellen Zugang zum Ratssaal ohne den Um-

---

287 Pläne von Hans-Georg Knoll für Standaschenbecher, Schirmablagen, Tische und Stühle, NAi Brox/t 3313, Brox/t 3314, Brox/t 3316.

288 Bakema plädierte für den im Vergleich zu Betonwerkstein teureren Naturstein, weil er beständiger, schöner und behaglicher sei und das Material auch im Innenraum verwendet werde. Sitzung des Rathaus-Ausschusses am 17.1.1961, Akte Sitzungsniederschriften, Ausschuß für den Rathaus-Neubau, SAM 98/1648, Bd. 1.

weg über dessen Haupttür. Während die Fraktionsräume am Westende des Nordflügels durch den Versorgungsblock vom Foyer abgeschirmt werden, sichert wiederum eine Mosaikwand die benachbarten Reserve- und Referentenzimmer.

Wie die Säle unter dem Faltwerk sind auch die Räume im L-Trakt durch Oberlichtbänder in den Zwischenwänden verbunden, die als demontierbare Leichtbaukonstruktionen errichtet sind und nur bis zu einer Höhe von 2,2 m den Einblick verhindern. Da zudem alle Zimmer zusätzlich Licht durch ein weiteres, 2 m breites Oberlichtband erhalten, das aus pultartig geneigten Milchglasscheiben besteht und sich am äußeren Rand des Daches entlangzieht, wirken sie recht hell und gestatten auch bei bedeckten Tagen den Verzicht auf künstliche Beleuchtung.

Den Übergang zum Zentralgebäude schafft eine geschlossene Brücke (Abb. 13), der so genannte Haifisch, die auf nur einer Mittelstütze ruht. Während der Boden vom Zentralgebäude aus ansteigt, bleibt das Dach auf der gleichen Höhe, so dass sich ein trichterförmiger Raumeindruck und ein zeremonieller Aufstieg auf einer langgezogenen Rampe ergeben. Durch die abwechslungsreiche Lichtführung – Licht von allen Seiten am Übergang vom Zentralgebäude, Oberlicht in der Mitte, Seitenlicht am Ende – und zwei große Auffangbecken aus Beton unter zwei Wasserspeiern wird dieser Gebäudeteil innen wie außen als eine etwas verspielte Sonderform hervorgehoben.

4.2 Zentralgebäude

Östlich vom Sitzungstrakt gelegen, ragt das Zentralgebäude (Abb. 14-16) aus einem vertieften, als Parkplatz genutzten Gelände hervor, das die Autos dem Blick entzieht. Das eingeschossige, flachgedeckte Gebäude erstreckt sich über eine Länge von 100 m und eine Breite von 46 m und kragt 6 bzw. 2 m über einem souterrainartigen Keller aus, dessen sichtbarer Teil über Bodenniveau zwischen den Stützen des Stahlbetonskeletts vollständig verglast ist, so dass das Hauptgeschoss auf einem eingezogenen gläsernen Sockel zu schweben scheint. Damit gleicht das Zentralgebäude dem L-Trakt, von dem es die Fassadengestaltung mit der weißen Marmorverkleidung und den vierteiligen Fenstergruppen aus Afzeliaholz übernimmt. Lediglich die Südfassade weist größere Öffnungen auf, weil sich hier mit den Trauzimmern des Standesamtes Sonderräume befinden, die nicht zu dem sonst durchgängigen Büroschema passen. Darüber hinaus bedeuten die Ansätze der geplanten Brücken zu den nicht verwirklichten Türmen III und IV im Norden und Osten eine Störung in der sonst gleichförmigen Fensterfolge.

Während das Kellergeschoss, das sich bei einer lichten Höhe von 5,20 m in einigen Bereichen durch eine Zwischendecke teilen ließ, überwiegend Räume für die Haustechnik, Archivzwecke und Lager (für Fundsachen, Fahnen, Wahlurnen, Schädlingsbekämpfungsmittel etc.) sowie einige Werkstätten (Buchbinderei, Vervielfältigung, Fotolabor, Modellwerkstatt), Maschinenräume (Adressiermaschine, Fernschreiber) und Arbeitsräume (Botenmeisterei, Poststelle) enthielt, nahm das Hauptgeschoss die Abteilungen mit dem meisten Publikumsverkehr auf: Amtskasse und Steueramt, Bauaufsicht, Meldeamt und Standesamt. Die mit gut 20 m² recht üppig bemessenen Büros liegen als Kranz an den Außenseiten des Gebäudes und sind analog zu den größeren Zimmern im L-Trakt gestaltet, wobei allerdings die zusätzlichen Trennwände fehlen, so dass die mit Afzelia verkleideten Schrankwände direkt an die Gänge stoßen. Im Inneren des Baus finden außer einer weiteren Bürozeile die große Schalterhalle der Amtskasse und der Saal des Meldeamtes ihren Platz an zwei begrünten Innenhöfen, die die Gebäudetiefe belichten, indem sie sich vollständig verglast zu den umliegenden Hallen und Gängen öffnen. Um die Amtskasse, die durch einen Gang von dem längsrechteckigen Hof im Norden getrennt ist, und den Eingangsbereich mit noch mehr natürlichem Licht zu versorgen, wird dieser Bereich von einem Dach aus Milchglasscheiben gedeckt, die, einem Sheddach ähnlich, zu einer Reihe paralleler Satteldächer mit 60°-Neigung gefügt sind. Auch die Büros erhalten wiederum ein umlaufendes Oberlichtband.

Obwohl das Zentralgebäude dem Sitzungstrakt hierarchisch untergeordnet ist, geben sich die Innenräume durchaus großzügig: So erscheinen die Gärten in den Innenhöfen in einem Verwaltungsgebäude als Luxus, und vor allem im Eingangsbereich und den Zimmern des Standesamts ging man geradezu verschwenderisch mit dem Raum um, reichen hier doch die ungenutzten Flächen weit über das für die Wegeführung notwendige Maß hinaus. Auch die Materialien, Afzeliaholz für die Wände zu den Büros, heller Naturstein für den Boden[289] und türkisfarbene Glasmosaiken an den Wänden der Sanitärblöcke, entsprechen denen des Sitzungstrakts, was einerseits die Zusammengehörigkeit der beiden getrennten Gebäudeteile unterstreicht, andererseits für das Zentralgebäude eine gewisse Aufwertung bedeutet.

Der Zugang zum Zentralgebäude wirkt durch das Südende des L-Trakts und den kleinen Turm verborgen, obwohl er durch die breite Brücke, die über den vertieften Parkplatz hinwegführt und wie die Treppe des Sitzungstrakts von schweren, aber nur auf einem Punkt ruhenden Betongeländern begrenzt wird, recht aufwendig gestaltet ist

---

289 Wegen Lieferschwierigkeiten bei dem am Außenbau verwendeten Material verlegte man hier einen Stein mit dem Markennamen „bianco-carnico hell“, der dem „bleu cendré“ stark ähnelte. Sitzung des Neubau-Ausschusses am 16.5.1966, Akte Sitzungsniederschriften, Ausschuß für den Rathaus-Neubau, SAM 98/1648, Bd. 1.

(Abb. 15). Den Eingang selbst betont eine Reihe von sieben kupferverkleideten Dreiecksgiebeln, hinter denen sich das Glasdach über dem Foyer verbirgt. Durch die Pförtnerloge, die den Eingang im Verhältnis zwei zu drei teilt, werden auch hier Achsensymmetrie und Mittenbetonung vermieden.

Im Norden des größeren Innenhofs ragt die Kantine wie ein eigener Bauteil als flacher Quader auf quadratischem Grundriss über dem Dach des Zentralgebäudes auf (Abb. 14). Da sowohl Bodenplatte als auch Decke direkt von drei innenliegenden, bis in den Keller durchreichenden Wandscheiben getragen werden, sind keine weiteren Stützen in der Fassadenebene nötig, so dass die ununterbrochene Verglasung und die von der Dachplatte aus „herabhängenden" Betonscheiben einmal mehr die technischen Möglichkeiten der Stahlbetonkonstruktion demonstrieren.

4.3 Türme

Für die große Menge an Büros waren, das Zentralgebäude umgebend und mit diesem durch Brücken auf Erdgeschossebene und Tunnel vom Tiefkeller aus verbunden, ursprünglich vier Türme (Abb. 6, 17-20) mit fünf, sieben, acht und zehn Normalgeschossen auf einem quadratischen Grundriss von 20 mal 20 m vorgesehen, doch wurden nur die beiden kleinsten im Westen des Flachbaus verwirklicht. Sie bestehen aus einem Betonkern mit den Maßen 8 mal 10 m, der Aufzüge, Treppenhäuser, Toilettenanlagen und Versorgungsstränge aufnimmt und in einem weit auskragenden Kastentragwerk in der Form eines Pilzkopfes endet. An den Außenkanten dieses Kopfes setzen Hängeglieder an, die, außen an der Fassade herabreichend, die Lasten aus den Geschossdecken aufnehmen, indem sie die innen auf dem Kern aufliegenden Geschossbalken an deren äußeren Ende abstützen. Anders als bei traditionellen Bauten, bei denen die Lasten auf dem kürzesten Wege direkt von oben nach unten auf den Boden abgeführt werden, erfolgt der Kräfteverlauf hier umgekehrt von den Geschossen hoch zum Pilzdach, wird dort umgelenkt und geht dann in den Kern über, der allein die Verbindung zur Erdoberfläche herstellt.

Während die Hängeglieder im Wettbewerbsentwurf aus Stahlstäben mit Doppel-T-Profil geplant und noch Ende 1959 Rundstähle vorgesehen waren,[290] entschied man sich im Verlauf der weiteren Ausarbeitung für Spannbetonhänger mit quadratischem Querschnitt, um die temperaturabhängige Ausdehnung des Stahls und die daraus resultierenden

[290] Wettbewerbsplan Keller und Detail Turm, NAi Brox/t 782; Vorschlag Pilzkopfausbildung bei den Türmen, 1.12.1959, NAi Brox/t 881-882.

Bewegungen der Gesamtkonstruktion zu vermeiden.[291] Allerdings dürfte neben konstruktiven Vorteilen auch das Engagement der Firma Hochtief für Spannbeton bei dieser Entscheidung eine Rolle gespielt haben, war sie doch an der Entwicklung der Konstruktion beteiligt und profitierte von einem hochklassigen Referenzobjekt für die Möglichkeiten des Materials. Statt der ursprünglich recht filigranen Gestaltung, wie sie sich durch die geringeren Materialstärken bei Stahl trotz der nötigen Verkleidung mit feuerhemmenden und isolierenden Stoffen ergab, erhielt das Gebäude so ein etwas grobschlächtigeres und gleichzeitig die Konstruktion betonendes Aussehen, zumal die Knotenpunkte zwischen Hängern und Geschossbalken besonders hervortraten. Hier umgreifen die Balken, aus den Geschossdecken hervortretend, die Hänger wie Nadelöhr und Faden, wobei Konsolen, die mit Polyesterharz zwischen die einzelnen Abschnitte der Hängeglieder geklebt sind und Neopren-Kissen zur gleichmäßigen Lastaufnahme besitzen, den Balken als Auflager dienen. Um den Druck zu zentrieren und gleichzeitig ihre Gesamtstärke zu reduzieren, sind die Hänger so in zwei Stränge aufgeteilt,[292] dass der innere die drei bzw. vier unteren Geschosse trägt und durch die Balkenköpfe der oberen Geschosse, die von dem äußeren Strang gehalten werden, nur hindurchläuft (Abb. 19).

Durch die komplizierte Konstruktion bleibt der Bodenverbrauch außerordentlich gering: Statt der Geschossfläche von 412 m² belegt nur der Kern mit seinen 76 m² das Terrain, und erst ab einer Höhe von 10 m über dem Parkplatzniveau kragen die Geschosse von dem Sichtbetonschaft aus. Ihre Vorhangfassaden bestehen aus vorgefertigten geschosshohen Aluminiumkomponenten mit durchgehenden Brüstungen aus demselben Material. Aus ihrer Ebene ein wenig zurückgesetzt, umzieht ein Fensterband den Bau, das nach oben durch einen schmalen, nun wieder leicht vorkragenden Streifen aus dünnen horizontalen Aluminiumstäben – dahinter verbergen sich die Außenjalousien und Lüftungsschlitze – begrenzt wird. Den Abschluss bildet ein Milchglasband, das in die Fensterebene zurücktritt, so dass sich trotz der technischen Glätte der Werkstoffe Aluminium und Glas eine plastisch strukturierte Fassade ergibt, zumal die Brüstungen relativ kleinteilig mit Paneelen belegt sind.[293] In der Verbindung mit den vor der Fassade verlaufenden Hängern und den Balkenköpfen entsteht so eine ausgewo-

---

[291] Zu den Details der Konstruktion ausführlich: Franz Vaessen: Die Hängewerke des Rathausneubaues Marl, in: Beton- und Stahlbetonbau, 58. Jg., 1963, Nr. 4, S. 73-79, bzw., weitgehend gleichlautend, Hochtief Nachrichten, 40. Jg., 1967, Nr. 1, S. 25-36.

[292] Der Querschnitt eines Hängeglieds beträgt 18 x 18 cm. Bei dem höchsten Turm wären sogar drei Stränge nötig gewesen. Siehe Plan Fassade Turm IV, 23.4.1966, NAi Brox/t 880.

[293] Die Höhe der einzelnen Streifen beträgt 1,48 m für die Brüstungsverkleidung einschließlich der Geschossdecken und Balken, 1,15 m für das Fensterband, 0,35 m für die Jalousieabdeckung und 0,52 m für das Oberlicht.

gene Struktur aus horizontalen und vertikalen Elementen, die durch Schattenwürfe belebt wird, ohne ihre auf der Verwendung weniger Materialien mit ähnlicher Farbigkeit beruhende Einheitlichkeit zu verlieren. Leichte Verschiebungen im Raster – das sich im Fensterband abzeichnende Ausbaumodul beträgt, wie in den anderen Gebäudeteilen auch, 2 m, während die Hänger 3-m-Achsen ausbilden – vermeiden ein allzu starres Aussehen, und in Turm II sorgt das dritte Geschoss, das als Ausstellungsraum dienen sollte, für Abwechslung, indem es, allseitig um 2 m eingezogen, einen Umgang eröffnet. Analog zu der Entscheidung für die markanteren Hänger aus Beton fand so auch bei den Fassaden ein Wechsel zu kräftigeren Formen statt, denn der Wettbewerbsentwurf hatte eine glatte Fassade mit Bändern aus Milchglas für die Brüstungen, Klarglas für die Fenster und wiederum Milchglas für den oberen Abschluss vorgesehen. Da es sich hierbei nicht um eine curtain wall handelte, blieben die Geschossdecken sichtbar.

Wie schon bei der Eindeckung des Faltwerks drängten die Vertreter des Bauherrn auch bei der Fassade auf den Einsatz von Kunststoffen, um Marl als Stadt der Chemischen Industrie zu präsentieren. Obwohl sich Bakema für eine homogene Fassade aus Aluminium einsetzte, weil es sich um einen bewährten Baustoff handele, die Einheitlichkeit aus konstruktiven und gestalterischen Gründen zu bevorzugen sei und der unerprobte Kunststoff dem Rang der Bauaufgabe nicht entspreche,[294] wurden einzelne Kunststofffenster in das Fensterband eingesetzt, die mit ihren breiten und dunklen Rahmen das gestalterische Konzept stören und sich nur wenig später als undicht innerhalb der Aluminium-Fassade erwiesen.[295]

Oberhalb des eigentlichen Büroquaders mit den Nutzflächen bleibt ein Geschoss frei, bevor der Pilzkopf an den Schachtwänden ansetzt. Er besteht aus einem Kastentragwerk von quadratischem Grundriss, dessen untere Platte vom Kern aus zum Rand hin ansteigt, während die obere in einzelne gegeneinander geneigte Dreiecksfelder aufgeteilt ist. Am Rand werden sie durch einen Balken verbunden, der, dem Verlauf der gewinkelten Dachfläche folgend, von seiner schmalsten Stelle in der Mitte zu den abgeschrägten Ecken hin an Höhe zunimmt, so dass die Pilzköpfe eine relativ zierliche, bewegte Ansicht erhalten. Im Hinblick auf die Konstruktion wirkt die Brechung der Dachfläche als Faltwerk und entlastet so die inneren Querscheiben.

Über seine Funktion als zentrale Stütze hinaus dient der Betonschacht als Erschließungskern, der außer der Haupttreppe und den beiden Fahrstühlen auch das Nottreppenhaus aufnimmt. Obwohl die Bürotürme im Sinne der nordrhein-westfälischen Hochhausrichtlinie als

---

294 Sitzung des Neubau-Ausschusses am 21.5.1963, Akte Sitzungsniederschriften, Ausschuß für den Rathaus-Neubau, SAM 98/1648, Bd. 1.

295 Siehe Kapitel 3.5, S. 87.

Hochhäuser galten, weil selbst bei den kleineren, die trotz der wenigen Geschosse durch den hohen Sockel eine Gesamthöhe von 41 bzw. 49 m erreichten, die Marke von 22 m für den oberen Fußboden überschritten wurde,[296] verzichtete das Wiederaufbauministerium als Genehmigungsbehörde auf die Erfüllung der sonst üblichen Vorschrift, dass eines der beiden Treppenhäuser an einer Außenwand liegen und in jedem Geschoss mit zu öffnenden Fenstern versehen sein müsse. Stattdessen durfte auch das Sicherheitstreppenhaus bei entsprechend sorgfältiger Entlüftung und Dichtung im Kern untergebracht werden, wenn das oberste Geschoss freigehalten würde,[297] so dass der wegen seiner natürlichen Belichtung kostbare Raum an der Außenwand der Büronutzung vorbehalten blieb.

Zwei mit 1,40 m recht schmale Gänge an den Längsseiten des Kerns erschließen die in der Regel 14 Büros, die an den Gebäudeseiten 18 bzw. 19 m² und in den Ecken 24 m² groß sind, so dass sich bei einer Belegung mit zwei bis drei Personen pro Zimmer ziemlich großzügige Platzverhältnisse ergeben.[298] Da der Innenraum vollständig stützenfrei gehalten wurde, lässt sich die Geschossfläche innerhalb des Ausbauraster von 2 m frei unterteilen. Durch Leichtbauwände, die relativ einfach zu beseitigen bzw. wieder neu zu errichten sind, können die Räumlichkeiten grundsätzlich wechselndem Platzbedarf oder organisatorischen Änderungen angepasst werden, allerdings scheute man in der Praxis den damit verbundenen Aufwand und beschränkte sich auf Umzüge. Wie bei den Büros in den übrigen Gebäudeteilen sorgen Glasoberlichter in den Zwischenwänden oberhalb einer Höhe von gut 2 m – die lichte Raumhöhe beträgt knapp 3 m – für die optische Verbindung der Einzelräume und für eine gute Belichtung sogar des Ganges. Als Fußbodenbelag wurde im Bereich der Hängegeschosse Kunststoff verwendet, während man im Kern auf den bekannten weißen Marmor für Boden und Wände zurückgriff. Die Entwürfe von van den Broek und Bakema für die Beschilderung der aluminiumverkleideten Aufzugskabinen und sogar die Art der Fliesenverlegung bestätigen die Detailversessenheit der Architekten.[299]

Den Einbau einer Klimaanlage, den die Berater für Klimatechnik der Firma Rudolf Otto Meyer forderten, um die Aufheizung des Gebäudes

---

296 Runderlass des Ministers für Wiederaufbau „Grundsätze für die Errichtung von Hochhäusern – Richtlinien für die bauaufsichtliche Behandlung“ vom 30.12.1954 in der Fassung vom 20.5.1957, in: Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen, Ausgabe A, 10. Jg., Nr. 61, 31.5.1957, Sp. 1226: „Als Hochhaus im Sinne dieser Richtlinien gilt jedes Gebäude, in dem der Fußboden mindestens eines zum dauernden Aufenthalt von Menschen dienenden Raumes mehr als 22 m über dem Gelände liegt.“

297 Brief von Amtsoberbaurat Udo Schwalm an van den Broek und Bakema vom 8.7.1959, Bauakte, BAM.

298 Siehe Kapitel 6.1.

299 Plan 1185/2083 vom 28.6.1966, NAi Brox/t 880; Plan 1185/1299 vom 29.1.1965, NAi Brox/t 3710.

mit seinen großen Glasflächen zu vermeiden, lehnten van den Broek und Bakema ab, da „eine völlig geschlossene Außenwand für die in den Türmen arbeitenden Menschen nicht zumutbar sei."[300] Anders als die Bauherrenseite, die schlicht die höheren Kosten für eine Klimaanlage fürchtete, versuchten die Architekten, den Benutzern des Gebäudes individuelle Eingriffsmöglichkeiten zu erhalten und die Räume nicht nur optisch, sondern auch im Hinblick auf Geräusche und Gerüche zur Umgebung zu öffnen. Wenn auch die Form der Türme als besonders geeignet für Bergschädengebiete galt, weil ihre kleine Grundfläche unterschiedliche Setzungen einzelner Gebäudeabschnitte weitgehend ausschloss, waren doch Sicherungen gegen eine mögliche Neigung der Türme nötig, so dass man im Fundament Raum für Pressen vorsah, mit deren Hilfe ungleichmäßige Senkungen des Geländes ausgeglichen werden konnten.

Zur Reparatur der Türme Mitte der achtziger Jahre wurde eine komplett neue, nun innenliegende Aufhängung der Geschosse eingebracht, um die ursprüngliche Konstruktion zu entlasten.[301] Über dem vorhandenen Pilzkopf installierte man dazu eine Trägerlage aus Stahl, an der, dem alten Modell folgend, nunmehr stählerne, paarweise angeordnete Zugbänder ansetzen. Sie reichen innerhalb des Gebäudes unmittelbar hinter der Fassade herab und sind direkt unter den Balken so durch Traversen verbunden, dass diese über Tellerfedern die Lasten aus den Geschossdecken aufnehmen. Durch hydraulische Pressen wurden die Bänder so lange angezogen, bis die alte Aufhängung fast vollständig entlastet war; im Endzustand bleiben ihr nur noch die Verkehrslasten sowie der Ausgleich von Längenänderungen der Stahlbänder bei Temperaturschwankungen. Zwar schonte diese Lösung die Fassaden, weil durch die kontrollierte Spannung der Bänder Verschiebungen vermieden wurden, doch kam es im Inneren zum einen zu Substanzverlusten, etwa bei der Perforation der Decken und dem teilweisen Neuaufbau der Trennwände, zum anderen bilden die Stahlbänder neue Zwangspunkte, die die freie Nutzung der Fläche einschränken. Vor allem aber veränderte die Reparatur das Aussehen der Türme (Abb. 18): So sind die reichlich klobigen Verankerungen der Bänder unterhalb des ersten Bürogeschosses ebenso sichtbar wie die Bänder selbst im Freigeschoss zwischen Pilzkopf und dem obersten Normalgeschoss sowie im Terrassengeschoss des Turms II. Besonders auffällig wirkt das kupferne Dach für die neue Trägerlage über dem bestehenden Betonpilzkopf, da es mit seiner gleichmäßigen Höhe die dynamische Form der Betonkonstruktion

---

[300] Sitzung der Neubau-AG am 13.11.1959, Akte Rathaus (1957-65), SAM AA II.-1103.

[301] Ausführlich hierzu Epping u. a. 1987. Die Pläne dazu und einen Erläuterungsbericht mit Baubeschreibung enthalten die Bauakten, Akte Sanierung der Rathaustürme, Bauantragsunterlagen, BAM.

beeinträchtigt, durch sein Volumen die frühere Leichtigkeit beseitigt und mit dem Kupfer ein neues Material in die Ansicht der Türme einführt.[302]

Bei der zusätzlich ausgearbeiteten Alternative, die eine komplette Erneuerung der Balkenköpfe vorsah, wären zwar ebenfalls wichtige Originalbestandteile des Baus verloren gegangen, doch hätte man die einheitliche Konstruktion und zumindest die Ansicht aus der Ferne bewahrt, weil die Pilzköpfe unverändert geblieben wären. Die stärkere Dimensionierung der Balkenköpfe[303] entsprechend neuerer Normen hätte zu Veränderungen in der Fassadengestalt geführt, die aber der im Entwurfsprozess zu beobachtenden Entwicklung zu einer größeren Plastizität entsprochen hätten. Darüber hinaus wäre vielleicht eine Reduktion der vorgeschlagenen Maße bei entsprechender Materialwahl möglich gewesen.

4.4 Polizeigebäude

Östlich vom Zentralgebäude und gegenüber vom Amtsgericht sollte der ursprünglichen Planung zufolge die Polizei ihre Unterkunft in einem winkelförmigen zweigeschossigen Bau mit Flachdach finden (Abb. 21). Zwischen den beiden Gebäudeflügeln von 50 bzw. 58 m Länge war ein Exerzierplatz vorgesehen, unter dem sich der das Zentralgebäude umgebende vertiefte Parkplatz als Garage für Dienstwagen fortsetzte. Mit seinen glatten Fassaden, die vermutlich die gleiche Marmorverkleidung erhalten hätten, und der gleichmäßigen Abfolge von Fenstergruppen aus vier Scheiben ähnelt der Bau für die Polizei dem Zentralgebäude und dem L-Trakt, doch wirkt er wesentlich massiver, weil er weder aufgeständert ist noch auf einem gläsernen eingezogenen Sockel ruht, sondern ganz herkömmlich aus zwei gleichartigen Geschossen besteht. Während das Gebäude seine Rückseite dem Rathaus zuwendet, liegt sein Haupteingang an dem Schnittpunkt der beiden Flügel gegenüber dem Gericht. Das Innere der im Osten zwei- und im Norden dreihüftigen Anlage nimmt außer Büros, Vernehmungszimmern und einem Block mit acht Zellen auch zwei Hausmeisterwohnungen auf, die von außen direkt zugänglich sind und sich durch Loggien und abweichende Fensterformate abzeichnen. Mit nur zwei Zimmern, Küche, Bad und Abstellraum fallen sie recht klein aus.

Obwohl die Konstruktion noch nicht völlig geklärt war – sowohl ein reines Stahlbetonskelett als auch eine Mischbauweise aus Stützen und

---

[302] Zwar besaß auch das Betontragwerk schon eine Dachhaut aus Kupfer, doch war diese von unten nicht sichtbar, weil sie den nach innen geneigten Flächen lediglich flach auflag.

[303] Ihre Maße (Tiefe x Breite x Höhe) hätten dann 93 x 75 x 45 cm für die doppelte Durchführung bzw. 75 x 75 x 45 cm für die einfachen Hängestränge statt ursprünglich 71 x 42 x 42 bzw. 53 x 42 x 42 cm betragen.

tragenden Wänden wurden ausgearbeitet –, galt für den Innenausbau weitgehend das System der Oberlichtbänder in den Zwischenwänden, so dass auch hier der Eindruck eines einheitlichen, offenen und lichtdurchfluteten Raums entstand. Im ersten Obergeschoss wurde die Decke des Mittelgangs gegenüber der Dachfläche abgesenkt, um so durch weitere Oberlichter die Gebäudetiefe zu erhellen.

Nachdem die Polizei ihren ursprünglich angemeldeten Platzbedarf reduziert hatte, sollte die Stadtbibliothek den Nordflügel erhalten, während der Polizei der in seinem Grundriss veränderte Südflügel vorbehalten blieb.[304]

4.5 Erläuterungen der Architekten

Im Rahmen des Wettbewerbs waren die Architekten an mehreren Stellen gezwungen, ihren Entwurf zu erklären und Rechenschaft über ihre Absichten zu geben, so etwa im Erläuterungsbericht zum Wettbewerb oder in der Sitzung der Gemeinderäte, die über die Auftragsvergabe beschließen sollten. Darüber hinaus äußerten sich van den Broek und Bakema bei Richtfesten und Einweihungen sowie in Artikeln der Fachpresse zu ihrer Konzeption des Marler Rathauses.

Ganz in Übereinstimmung mit der Auffassung des Bürgermeisters Heiland sollte sich das Rathaus weder an die Vorgaben feudaler Herrschersitze anlehnen noch als Verwaltungsbau die Bürokratie überbetonen. Obwohl die Architekten eine gewisse repräsentative, d. h. in ihrem Bedeutungsgehalt, ihrem Aufwand und ihrer Materialwahl über das gewöhnliche Maß hinausgehende Gestaltung bei Rathäusern weiterhin für nötig hielten, sahen sie Repräsentation nur noch als eine Funktion unter anderen an, so dass die „alten Symbole von Macht, Würde und Pracht“ nicht mehr der Bauaufgabe entsprächen.[305] Indem sie die gewöhnlichen Büros in die Forderung nach neuartiger Distinktion einbezogen, weil dort nicht die übliche Verwaltungsarbeit, sondern Dienst für die Allgemeinheit geleistet werde, wandten sie sich gegen die gängige Trennung in schlicht gehaltene Verwaltungssitze und anspruchsvolle Regierungsbauten.[306]

Wenn sie die Baumasse dennoch in verschiedene Gebäudeteile gliederten, so geschehe dies, von funktionalen Gründen abgesehen, um das relativ große Volumen in die städtische Raumplanung einzupassen, der die Idee eines offenen, durchgrünten Zentrums zugrunde liege. Dabei übernehme das Rathaus mit seinen Türmen die Aufgabe, die

---

304 Besprechungsprotokoll vom 3.11.1959, Akte Rathaus (1957-1965), SAM AA II.-1103.

305 Rede van den Broeks, Protokoll der 9. (Sonder-) Sitzung des Rates des Amtes Marl am 14. Juli 1959, Akte Rathaus (1957-65), SAM AA II.-1103.

306 Siehe Kapitel 6.1.

Mitte der nicht mehr fest umrissenen, sondern aufgelockerten Stadt schon aus der Ferne sichtbar zu markieren, und trete damit an die Stelle der Kirchtürme in traditionellen (Innen-)Städten. Gerade die Vorstellung von großzügigen, ineinander übergehenden Räumen auf der Ebene der Stadtplanung entspricht dem Architekturverständnis van den Broeks und Bakemas, die die Verbindung des Rathauses mit dem „totalen Raum" – so der oft genutzte Ausdruck – als besonders wichtig betrachteten.[307] So entspringt die Gliederung der Gesamtanlage in nur locker durch Brücken miteinander verknüpfte Bauwerke ebenso wie die Öffnung der Einzelbauten durch große Fenster, gläserne Wände oder Höfe und Durchbrüche dem Bemühen um die Einbeziehung der Umgebung in die Architektur. Gleichzeitig stehe die nicht mehr abschließbare Form für die „offene Gesellschaft",[308] als deren Merkmal die Architekten die Verbindung von individueller Freiheit und sozialer Verantwortung sowie den Abbau von Autoritätsfixierung ansehen. Gekennzeichnet durch die enge Verschränkung von Ratssaal, Vorplatz mit überdachten Bereichen und Publikumsabteilungen, fungiere das Rathaus, wie eine moderne Version des Dorfangers, als „gesellschaftlicher Knotenpunkt" und als Bühne, auf der sich die Bürgerschaft als Ganze inszeniere und sich die einzelnen Bürger in ihren unterschiedlichen Rollen zeigten.[309] Insbesondere das Faltwerk unterstütze diese Funktion als Begegnungszentrum, indem es ein gemeinsames Dach für verschiedene Aufgaben bereitstelle und damit lebendige Vielfalt ermögliche, ohne den Zusammenhalt des Komplexes zu gefährden.[310] Diese Gedankenfigur weiterführend, verstehen van den Broek und Bakema das Rathaus insgesamt als Zeichen der städtischen Gemeinschaft, weil es, wiewohl aus unterschiedlichen Kom-

---

307 Rede Bakemas, Niederschrift über die gemeinsame Festsitzung der Räte der Stadt und des Amtes Marl am 4. Mai 1964, Marl o. J. [1964], unpaginiert. Siehe auch Kapitel 5.1. Bakema bezieht hier den fließenden Raum auf das fälschlich Heraklit zugeschriebene Diktum „panta rhei", womöglich um den Bau mit den Weihen antiker Philosophie zu schmücken, doch dürften sich eher die Grundsätze der architektonischen Moderne auswirken, wie sie Frank Lloyd Wright, Ludwig Mies van der Rohe und Le Corbusier mit freien Grundrissen und der Verschränkung von Innen- und Außenraum demonstrierten.

308 Rede Bakemas zum Richtfest des zweiten Bauabschnitts am 27.1.1964, Akte Rathaus, SAM 94/1944-78: „Marl baut die Gedanken der offenen Gesellschaft, eine Gesellschaft, in der jeder das Recht hat, sich das Leben nach eigener Façon zu gestalten und davon zu zeugen mittels gebauter Formen. So wird die Marler Stadtkrone sowohl deuten wie einladen, bestimmen wie fragen, umschließen wie öffnen, dienen und anregen sowie den Einzelnen zur Zusammenarbeit einladen und mittels Zusammenarbeit zu besseren Bedingungen für den Einzelnen führen, zur Persönlichkeit führen."

309 Bakema u. a. 1962, S. 67; Rede Bakemas, Protokoll der 9. (Sonder-) Sitzung des Rates des Amtes Marl am 14. Juli 1959, Akte Rathaus (1957-65), SAM AA II.-1103. Das Verständnis von öffentlichen Räumen als Bühne beruht auf seinerzeit hochaktuellen Analysen der Sozialwissenschaft, siehe vor allem Hans Paul Bahrdt: Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau, Reinbek 1961.

310 Bakema u. a. 1962, S. 67f.; Rede Bakemas, in: Niederschrift o. J. [1964], unpaginiert.

ponenten bestehend, sich doch zu einem Ganzen füge, wie auch die politische Gemeinde – im Sinne des US-amerikanischen Mottos „e pluribus unum“ – aus dem Zusammenschluss der einzelnen Bürger erwachse.[311]

Da der Verkehr zwischen den Dezernaten weniger bedeutsam sei, könnten sie getrennt voneinander in vier Türmen untergebracht werden, um den Besuchern durch die Schaffung überschaubarer Räume die Orientierung zu erleichtern. Darüber hinaus werde den Beschäftigten so das Gefühl vermittelt, in einem bestimmten, wiedererkennbaren Gebäudeabschnitt zu arbeiten, so dass die Identifizierung mit „ihrem“ Turm erleichtert werde, zumal jeder Turm zusätzlich direkt vom Parkplatz aus zugänglich sei.[312] Schließlich sorge die Gruppe von Türmen nicht nur für die Auszeichnung des Stadtzentrums, sondern hebe quasi als Grenzmarkierung den wichtigen, weil besucherreichen Raum des Zentralgebäudes hervor.[313] Durch die neuartige Konstruktion könnten die Bürotürme dem Wachstum der Stadt und den wechselnden Anforderungen gemäß in ihrer Höhe angepasst werden, wobei die sich verändernde Silhouette den Wandel sichtbar mache, und die Abhängung der Geschosse ermögliche es, das Erdgeschoss von störenden Stützen freizuhalten. Auch die Vertiefung der Parkebene wird gleichermaßen ästhetisch wie funktional begründet: So beeinträchtigten die abgestellten Autos, auf diese Weise dem Blick entzogen, den Anblick des Rathauses nicht, und gleichzeitig würden die Büros vor möglichen Störungen durch Passanten geschützt.[314]

Insgesamt bleiben van den Broek und Bakema bei ihren Erläuterungen zu ihrem Rathaus-Entwurf recht allgemein und schwammig; vielfach wirken die Hinweise ziemlich aufgesetzt. So erklären sie nicht weiter, was genau sie mit dem auf Karl Raimund Popper zurückgehenden Begriff der „offenen Gesellschaft“[315] meinen und wie sich diese in ihrem Bau spiegelt. Indem sie die Offenheit des Gebäudekomplexes und vor allem des Sitzungstrakts als Ausdruck ihrer Vorstellung von Gesellschaft verstehen, verharren sie mit ihrem Entwurf auf einer sprachlich dominierten Ebene, bei der das tertium comparationis der Phänomene Gesellschaft und Architektur der Begriff „offen“ bildet. Die angebliche Multifunktionalität der von dem Faltwerk zusammengefassten Räume

---

311 Rede van den Broeks, Protokoll der 9. (Sonder-) Sitzung des Rates des Amtes Marl am 14. Juli 1959, Akte Rathaus (1957-65), SAM AA II.-1103.

312 Erläuterungsbericht zum Wettbewerb, Akte Rathaus, SAM 94/1944-64. Der Abdruck in architektur wettbewerbe. Sonderheft: Rathauszentrum Marl, Stuttgart 1958, S. 21, wurde vom Lektorat sprachlich geglättet und geringfügig gekürzt.

313 Rede Bakemas beim Richtfest für den 2. Bauabschnitt am 27.1.1964, Akte Einweihung Rathaus, Verleihung Stadtplakette an Prof. Baumann 1964, SAM 94/1944-77.

314 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 21.

315 Karl Raimund Popper: The Open Society and Its Enemies. 2 Bde., London 1945; dt.: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. 2 Bde., Bern 1957/58.

erweist sich als Fiktion, denn überdeckt werden, abgesehen von den Freiräumen, lediglich Sitzungssäle und das Foyer, mithin die Sonderräume, die dem üblichen Büroschema nicht entsprechen. Damit wird aber auch die Funktion des Sitzungstrakts als Symbol der Einheit aus Vielfalt in Frage gestellt. Der Rückgriff auf romantisch verklärte Bilder wie den Dorfanger erscheint für eine angehende Großstadt des 20. Jahrhunderts kaum als angemessen, selbst wenn man berücksichtigt, dass den niederländischen Architekten bei einer auf Deutsch gehaltenen Rede ein Fehlgriff unterlaufen kann.

Besonders bemüht mutet die Begründung für die Türme an, weil die Gleichgewichtung von Turmvolumen einerseits und Raumvolumen zwischen ihnen andererseits vor dem Hintergrund von van den Broeks und Bakemas Vorstellung eines „totalen Raums" zwar verständlich ist, jedoch der Alltagswahrnehmung widerspricht, so dass eben doch die aufgestapelten Büros und nicht die bürgernahen Flachbauten das Bild beherrschen, zumal mit der Verwirklichung von nur zwei Türmen kein Raum umgrenzt wird.[316] Selbst die Markierung der neuen Stadtmitte gelingt nur für den Nahbereich, denn, anders als es Bakemas an frühneuzeitlichen Stadtansichten orientierte Skizze[317] (Abb. 22) suggeriert, bietet sich dem mit Auto oder Bahn anreisenden Besucher bei der enormen Flächenausdehnung der Stadt kein Panorama, das dem Betrachter auf seinem erhöhten Standpunkt einen vollständigen Überblick gewährte. Vielmehr erhält er ein aus verschiedenen Ansichten zusammengesetztes Bild, und gelangt er dann schließlich in die Nähe des Rathauses, verstellen ihm die in den siebziger Jahren errichteten bis zu 17 Geschosse hohen Wohnscheiben den Blick.

Auch die technischen Argumente für die aufwendige Konstruktion erweisen sich letztlich nicht als stichhaltig, da tatsächlich schon die Baufirma eine theoretisch mögliche nachträgliche Aufstockung der Türme als außerordentlich schwierig und kostspielig einschätzte[318] und die Freihaltung des Erdgeschosses von Stützen angesichts des großen Grundstücks auch durch eine entsprechende Platzierung der Hochbauten hätte erreicht werden können. Ohnehin ragt von den vier Türmen lediglich der zweite in den Bereich des Flachbaus hinein, während die übrigen Abstand halten und durch Gänge mit dem Zentralgebäude verbunden sind.

---

316 Zumindest dieses Manko war Bakema bewusst, endete doch seine Rede zur Einweihung des Sitzungstrakts: „Und nun bin ich am Schluß doch noch mal ein frecher Kerl, bitte, bitte, bauen wir doch drei Türme, wenn es geht, denn Sie wissen, drei Türme können einen Raum schaffen und zwei nur eine Linie." (Niederschrift o. J. [1964], unpaginiert). Siehe auch den entsprechenden Brief von Bakema an Heiland mit sechs erläuternden Skizzen, NAi Bake/r 31.

317 NAi, Brox/R 12, publiziert u. a. in Bakema u. a. 1962, S. 67.

318 Sitzung der Neubau-AG am 8.6.1959, Bauakte, BAM. Für die zusätzlichen Geschosse hätte der Schaft verlängert und dann ein zweiter Pilzkopf errichtet werden müssen.

Die Jury beurteilte den Entwurf als „eine hervorragende technische und künstlerische Leistung“, ohne jedoch auf ihr zentrales Bewertungskriterium der zeichenhaften Bedeutung weiter einzugehen.[319] Stattdessen lobt sie die Gliederung in unterschiedlich gestaltete Baukörper als städtebaulich gelungen. Wie bei Urteilen von Preisgerichten weithin üblich, sind die Aussagen durch Floskeln gekennzeichnet und werden nicht begründet, so dass sie oft willkürlich wirken. Wenn etwa „die Grundrissgestaltung [...] von großem Reichtum an Ideen und willkommener Spannung der Baumassen“[320] zeugt, so ist diese Einschätzung nicht nur weitgehend inhaltsleer, weil sie noch nicht einmal eine Auswahl der „Ideen“ aufzeigt und allzu viele Einfälle einen Entwurf schließlich auch verderben könnten, sondern gedanklich unklar, denn die Anlage der streng zweidimensionalen Grundrisse sagt kaum etwas über die Baumassen aus. Selbst den Grundsätzen der Moderne und der überbordenden Verkehrsplanung der späten fünfziger Jahre verpflichtet, hebt die Jury die konsequente Gestaltung des Rathauses aus den funktionalen und konstruktiven Anforderungen hervor und widmet sich in mehr als einem Drittel des ohnehin kurzen Texts der für gut befundenen Verkehrsführung um den Komplex herum und in den Gebäuden selbst. Der Beitrag von van den Broek und Bakema gilt damit als mustergültig im Sinne der Wettbewerbsbedingungen.

4.6 Zusammenfassung

Der Entwurf des Büros van den Broek und Bakema entsprach in vielfältiger Hinsicht den offen formulierten, aber auch den impliziten Anforderungen der Stadt und des Amtes Marl. So passte die Gliederung des Bauvolumens in einzelne, locker miteinander verbundene Bauteile, die Durchblicke gewähren und die Umgebung mit dem Rathaus verknüpfen, zu der von Günther Marschall geprägten Stadtplanung, die ganz im Sinne der zeitgenössischen Vorstellungen „fließende“, abwechslungsreiche Räume und die Verschränkung von Bau- und Grünflächen suchte. Gleichzeitig ließ sich diese Aufteilung hervorragend mit der funktionalistischen Grundbedingung vereinbaren, dass Dinge ihren Aufgaben entsprechend gestaltet sein, verschiedene Funktionen also zu unterschiedlichem Aussehen führen müssten, denn Versammlungsräume, Büros und Schalterhallen erhielten so mehr oder weniger konsequent ihre eigenen Gebäude.[321] Diese „moderne“ Haltung zeigt sich schon im Darstellungsmodus der Wettbewerbspläne, die sich in ihrer exakten Zeichnung mit starken Hell-Dunkel-Kontrasten sehr nüchtern

---

319 Juryurteil, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 24.
320 Juryurteil, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 24.
321 Siehe Kapitel 6.1.

geben. In den Ansichten und Schnitten tauchen Menschen, Bäume oder Wagen nur selten und eher beiläufig auf, der Himmel ist allenfalls durch eine gleichmäßige, kaum wahrnehmbare Schraffur abgesetzt, und die Beschriftung besteht aus serifenlosen Versalien oder ist in konsequenter Kleinschreibung gehalten. Die Zweckrationalität des Gehäuses, die sich in der funktionalen Gliederung, in dem ursprünglich durchgehenden Raster von 2 m und in der Wiederholung gleicher, quasi serienmäßig herzustellender Teile äußert, suggeriert eine dem gleichen Prinzip verschriebene Nutzung, also eine vernunftgemäß handelnde kommunale Führung und eine effizient arbeitende Verwaltung. Eine so offensiv vorgetragene Funktionalität entspricht insofern der Idealvorstellung demokratischer Legitimität, als Herrschaft nicht mehr unhinterfragbar, weil letztlich gottgegeben, sondern vernünftigen Regeln unterworfen ist.

Mit der Öffnung insbesondere des Sitzungstrakts griffen van den Broek und Bakema nicht nur auf Grundlagen der modernen Architektur zurück, sondern wollten das Gebäude als Sinnbild einer partizipatorischen Gesellschaft verstanden wissen. Gezielt umgehen sie daher Strukturelemente traditioneller Herrschaftsarchitektur – Dreiteilung, Achsensymmetrie, Betonung der Mitte – und entwerfen stattdessen einen neuen Code zur Kennzeichnung von Gebäuden besonderer Wichtigkeit, indem sie aufwendige, wenn nicht gar luxuriöse Konstruktionen wie das überdimensionierte Faltwerk oder die Abhängung der Büroetagen nutzen und massive Bauteile scheinbar schwerelos schweben lassen. Dagegen wählen sie für den Bau zwar hochwertige und edel wirkende, aber nicht unbedingt kostbare Materialien, wie Aluminium, den schweizerischen Marmor und Afzelia, das anstelle des teureren Teakholzes verwendet wurde.[322] Da diese Baustoffe in allen Einzelbauten eingesetzt werden, erhält der Gesamtkomplex einerseits trotz der unterschiedlich gestalteten Teile seinen Zusammenhang, andererseits wird, der gesuchten Aufwertung der Verwaltung als Dienst an der Gesellschaft entsprechend, eine allzu strikte Rangordnung vom Sitzungstrakt über die publikumsintensiven Bereiche bis hin zu den gewöhnlichen Büros vermieden, obwohl der Sitzungstrakt durch das Faltwerk und die Größe des Bauwerks im Verhältnis zu seiner Nutzfläche herausgehoben bleibt. Wenn es auch innen recht großzügig angelegt ist, wirkt das Zentralgebäude von außen doch am wenigsten spektakulär, so dass der Bereich, der von den Bürgern am häufigsten genutzt werden sollte, gegenüber den überwiegend dem Rat bzw. der Verwaltung vorbehaltenen Gebäuden zurückgesetzt erscheint. Obwohl es die besonders besucherreichen Abteilungen aufnehmen sollte, fehlen im Zentralgebäude Räume für das Sozialamt, das immerhin einige der wichtigsten Leistungen der Stadtverwaltung bereithält. Offenbar galten diese Abteilung und

[322] Sitzung der Neubau-AG am 18.11.1960, Bauakte, BAM.

die betroffenen Bürger als wenig präsentabel; andererseits mag diese Lösung auch der Rücksicht auf diejenigen Besucher entsprungen sein, die die Inanspruchnahme des Sozialamtes als schamvoll empfanden.

Als Zeichen der kommunalen Gemeinschaft dient das Faltwerk, unter dessen alles überspannenden Dach sich die Gemeindevertreter und Bürger in unterschiedlichen, aber doch visuell zusammengefassten Räumen treffen und dabei Kontakt zum umgebenden Amtsgebiet behalten. In der gleichen Weise sollen sich auch die Beschäftigten durch die ununterbrochen sichtbaren Decken als Teil einer Gemeinschaft wahrnehmen können. Die durchdachte Lichtführung, bewirkt durch die Oberlichter, den Wechsel von klarem und Milchglas, die „plastische Wand“ mit Farbgläsern im Sitzungstrakt und die oft an überraschender Stelle und in ungewöhnlichen Formaten angebrachten Fenster, etwa an den Enden der Gänge vom Zentralgebäude zu den Türmen, kennzeichnet das Werk von van den Broek und Bakema.

Die Beschränkung in der Auswahl der Materialien, ihre Kühle und das elegante Innendesign heben die Bauten aus dem Üblichen heraus und unterstreichen so den Anspruch des Rathauses auf Höherwertigkeit gegenüber allen anderen Gebäuden in Marl. Gleichzeitig inszenieren die besonders im Außenbau sichtbaren Stoffe Beton, Aluminium und Glas geradezu die Modernität des Rathauses, die durch die unterschiedlichen, den gewohnten Seherfahrungen widersprechenden Konstruktionen geprägt wird. Während das Zentralgebäude mit seinem Stahlbetonskelett, dem in Glas aufgelösten Sockel und der Auskragung noch relativ konventionell gehalten ist, bedienen sich die Architekten beim Faltwerk des Sitzungstrakts einer neuen, bis dahin selten genutzten Bauweise, doch wirkt vor allem die Hängekonstruktion der Türme futuristisch.[323] Als erste Bauten ihrer Art in der Bundesrepublik demonstrieren sie nicht nur das seinerzeit technisch Mögliche, sondern stehen für einen technischen Fortschritt, der eng mit der Vorstellung von wirtschaftlichem Wachstum verknüpft ist. Hierbei erscheint weniger die eher geringe Wahrscheinlichkeit einer nachträglichen Aufstockung von Belang, als vielmehr das unter dem Pilzkopf freigehaltene Geschoss, indem es über die Betonung der besonderen Konstruktion hinaus von vornherein eine Erweiterungsmöglichkeit bietet, so dass sich das Rathaus weithin sichtbar als auf kommendes Wachstum hin angelegt präsentiert. Wie schon bei der Stadtplanung entspricht diese Hinwendung zur Zukunft dem Selbstbild einer Gemeinde, deren Optimismus um so heftiger ausfällt, als sie eben nicht über eine großartige Vergangenheit verfügt, aber von einer dauerhaften Prosperität ausgeht. Dass auf der politischen Ebene die SPD einen weiten Vorsprung vor den konservativen Parteien erlangt hatte, dürfte diese Tendenz verstärkt haben. In

[323] Zu ähnlichen konstruierten Bauten siehe Kapitel 6.4.

diesen Zusammenhang passt sich auch die vom Bauherrn verlangte Verwendung von Kunststoffen ein, da sie einerseits der engen Verflechtung von Großunternehmen und Kommunalpolitik im Ruhrgebiet entsprach und sich andererseits Marl als Stadt mit einer zukunftsträchtigen, hochentwickelten Industriebranche gab. Dies erscheint umso auffälliger, als der Bergbau nicht in gleicher Weise mit seinen Produkten (Ziegel oder zumindest dekorative Nutzung von Kohle) am Bau beteiligt wurde.

Trotz der demonstrativen Modernität hielt man allerdings an einigen Elementen traditioneller Rathäuser fest: So wurde der Sitzungstrakt mit einem Balkon versehen, und das Bassin auf dem Vorplatz nahm in einem stählernen Gerüst die Rathausuhr auf, einen von innen beleuchteten Aluminiumwürfel, in dem ursprünglich anstelle des üblichen Glockenspiels ein Tonband Folgen von Tönen und Geräuschen abspielen sollte. Auch die Turmform der Bürobauten erinnert von fern an die überkommenen Rathaustürme, doch drängt die Wiederholung dieses Motivs die Anspielung zurück.

In der langen Zeit von der ersten Planung bis zur Fertigstellung ergab sich eine Vergröberung der Formen vor allem bei den Faltwerkwänden und den Hängestäben, die die Plastizität der Fassaden verstärkte. Die nur unvollständige Realisierung des Entwurfs bedeutete ebenso eine Schwächung wie die Eingriffe in den folgenden Jahren, insbesondere die Reparatur der Türme in den Achtzigern.

Ob die zum Teil sehr weit reichenden Überlegungen der Architekten und die dem Bau gewollt oder ungewollt mitgegebenen Bedeutungsdimensionen in Marl, von einer ganz kleinen Gruppe von Interessierten abgesehen, verstanden wurden, erscheint angesichts der skizzierten Auseinandersetzungen mehr als fraglich. Während Modernität und Zukunftsoptimismus noch relativ unmittelbar am Gebäudekomplex ablesbar sind, gilt dies für den Aspekt der neuartigen Repräsentation sowie die Darstellung der „offenen Gesellschaft“ und der kommunalen Gemeinschaft nur bedingt, konnte doch die Architektur, anders als von den Architekten und Bauherren behauptet, die politischen Verhältnisse nicht entsprechend formen.

5 Arbeiten von van den Broek und Bakema

5.1 Bürogeschichte und Überblick

Nicht zuletzt geprägt durch die Selbstdarstellung und die erste, recht unkritische Monographie[324], gilt das Büro van den Broek und Bakema bis heute als fest verwurzelt in der Tradition der Modernen Architektur, zu deren Durchsetzung in den Niederlanden es vor allem seit dem Ersten Weltkrieg entscheidend beigetragen habe.[325] Tatsächlich verfügte die Firma über eine solche Kontinuität, doch waren daran unterschiedliche Personen beteiligt.[326] Obwohl nicht einmal der ältere van den Broek mehr mit ihm zusammengearbeitet hatte, wurde Michiel Brinkman (1873-1925), der das Büro 1910 unter seinem Namen gründete, in den „Stammbaum" einbezogen, weil er durch den Entwurf für den Gemeindewohnungskomplex Spangen in Rotterdam (1919-1922) und die Mitwirkung am Zustandekommen der Rotterdamer Avantgarde-Vereinigung „Opbouw" im Jahre 1920 einen Ruf als fortschrittlicher Architekt besaß.

Nach seinem Tod übernahm der Sohn Johannes Andreas Brinkman (1902-1949) das Büro und gewann Leendert Cornelis van der Vlugt (1894-1936) als Kompagnon. Beide schärften das Profil des Büros – nunmehr unter dem Namen J. A. Brinkman en L. C. van der Vlugt Architecten – mit der Aufsehen erregenden Fabrik für den Tabakkonzern van Nelle, die 1926 bis 1930 unter Beteiligung von Mart Stam entstand, nachdem schon Michiel Brinkman ab 1915 erste Entwürfe vorgelegt hatte. In Scheibenhochhäusern mit Wohnungen, wie dem als Arbeiterwohnungsbau errichteten „Bergpolder" (1933-35, mit Willem van Tijen) oder dem Gebäude (Kralingse) Plaslaan (1938, mit Huig Art Maaskant), verwirklichten sie mit dem Holz-Stahl- bzw. Stahlbetonskelett nicht nur neue Konstruktionen im Wohnungsbau und boten neuartige Wohnformen; vielmehr nutzten sie die Gelegenheit zur Zusammenarbeit mit anderen Vertretern der Moderne, wie sie sich auch auf nationaler und internationaler Ebene an den Avantgarde-Gruppen beteiligten: Van der Vlugt zählte zu den Gründungsmitgliedern von Opbouw und CIAM, und Brinkman gehörte Opbouw seit 1928 an.[327]

---

[324] Jürgen Joedicke: Architektur und Städtebau. Das Werk van den Broek und Bakema, Stuttgart 1963 (Dokumente der Modernen Architektur, Bd. 3).

[325] Franz Füeg: Van den Broek und Bakema. Ein Beitrag zur Geschichte der Architektur, in: Bauen + Wohnen, 14. Jg., 1959, Nr. 10, S. 333-338, hier S. 333; Jean-Paul Baeten: Een telefooncel op de Lijnbaan. De traditie van een architectenbureau. M. Brinkman, Brinkman en Van der Vlugt, Van den Broek en Bakema, Rotterdam 1995, S. 17, 19. Der Widerspruch zwischen den Begriffen „Tradition" und „Moderne", der sich zumindest dann ergibt, wenn man die Moderne Architektur auf formale Aspekte reduziert, wird dabei meist nicht wahrgenommen.

[326] Zu der Abfolge und den Daten siehe Baeten 1995, S. 57.

[327] Cornelis van de Ven: De laatste werken van de architectengemeenschap van den broek en bakema, in: plan, 11. Jg., 1980, Nr. 8, S. 15-41, hier S. 16.

Erst nachdem van der Vlugt gestorben war, trat Johannes Hendrik van den Broek (1898-1978) als Teilhaber der Firma bei, die sich seit 1937 Architectenbureau Brinkman en Van den Broek nannte. Van den Broek hatte zwischen 1919 und 1924 eine traditionelle Architekturausbildung an der Technischen Hochschule Delft erhalten und arbeitete anschließend bei Willem Bert Ouendag, bevor er 1927 sein eigenes Büro in Rotterdam eröffnete.[328] Ein Besuch bei Ernst May in Frankfurt im folgenden Jahr bestärkte ihn in der Ausrichtung an dem Architekturverständnis der Moderne, wie es sich etwa in seinem Geschosswohnungsbau „De Eendracht“ an der Vroesenlaan (1931-34) oder in dem ausgezeichneten Beitrag zum Wettbewerb „Goede en Goedkoope Woningen“ (1934) zeigt, in dem van den Broek Zeilen mittlerer Höhe und Hochhausscheiben in strenger Nord-Süd-Ausrichtung vorschlug. Mit dem Niederländischen Pavillon auf der Weltausstellung 1937 in Paris erwarb er noch vor seiner Assoziation mit Brinkman einen ausgesprochen renommierten Auftrag.

Obwohl während des Zweiten Weltkriegs nur wenige Bauten entstanden – ab dem 1. Juli 1942 herrschte ein offizieller Baustopp –,[329] hielt das Büro den Mitarbeiterstab und beschäftigte sich mit Projekten für die Nachkriegszeit, so dass bei dem Einsetzen der Bauproduktion ein eingeübtes Team mit fertigen Plänen zur Verfügung stand.[330] Die Durchsetzungsfähigkeit des Büros erwies sich, als nach der Zerstörung der Rotterdamer Innenstadt durch das Bombardement der deutschen Luftwaffe am 14. Mai 1940 W. G. Witteveen, Leiter des Dezernats Technische Dienste, einen restaurativen Wiederaufbauplan vorlegte. Mit der Publikation „Woonmogelijkheden in het Nieuwe Rotterdam“ und der gleichnamigen Ausstellung warben Brinkman und van den Broek zusammen mit van Tijen und Maaskant 1941 für ihren Alternativvorschlag, den sie an einer Siedlung modellhaft darstellten.[331] Durch die Unterstützung des Beauftragten für den Wiederaufbau Rotterdams, Cornelis Hendrik van der Leeuw, der die Verdrängung Witteveens durch seinen Stellvertreter Cees van Traa betrieb, kam es zu dem weithin als mustergültig angesehenen Wiederaufbauplan, an dem van Tijen und van den Broek beteiligt wurden.[332]

---

328 S. Umberto Barbieri (Hg.): Architectuur en planning. Nederland 1940-1980, Rotterdam 1983, S. 231.

329 Hans Ibelings: Niederländische Architektur des 20. Jahrhunderts, München, New York 1995, S. 82.

330 Marianne Gray (Hg.): J. B. Bakema. Thoughts about Architecture, London 1981, S. 4f.

331 Max Risselada: De woningplattegrond. Regulering en creativiteit, in: Van den Broek en Bakema 1948-1988. Architectuur en stedenbouw. De functie van de vorm, Rotterdam 2000, S. 41-47, hier S. 44f.

332 Jeroen Schilt: Scharoun, Van Tijen und die Siedlungskonzeption des Neuen Bauens, in: Max Risselada (Hg.): Funktionalismus 1927-1961. Scharoun versus die Opbouw. Mart Stam, Willem van Tijen, Johannes van den Broek, Jacob Bakema, Sulgen 1999, S. 121-141, hier S. 130ff.

Nachdem er 1947 zunächst als außerordentlicher Professor an die Technische Hochschule Delft berufen worden war,[333] um dort ein Gegengewicht zu der von Marinus Jan Granpré Molière geprägten, konservativen Tradition zu bilden, zog sich van den Broek ein wenig aus dem Alltagsgeschäft des Büros zurück, zumal er zahlreiche Ämter in Institutionen übernahm, die sich mit der Rationalisierung und Verbesserung des Bauwesens befassten: So war er Mitglied der Studiengruppe Efficiënte Woningbouw des Bond Nederlandse Architecten, des Economisch Instituut voor de Bouwnijverheid, das sich mit der ökonomischen Untersuchung und Prognose zukünftiger Baukapazitäten beschäftigte, der Stiftung Architecten Research, die den Einsatz neuer Planungs- und industrieller Produktionsmethoden im Wohnungsbau untersuchte, der Stiftung Goed Wonen, des Raad voor de Kunst und weiterer Vereinigungen, wie etwa der Union Internationale des Architectes.[334]

Wegen Brinkmans Krankheit und van den Broeks Engagement außerhalb des Büros wurde 1948 Jacob Berend Bakema (1914-1981) als Teilhaber in die Firma Brinkman & Van den Broek & Bakema Architecten aufgenommen, die ihren Namen auch nach dem Tod Brinkmans bis 1951 behielt und sich dann Van den Broek en Bakema Architecten nannte.[335] Bakema hatte zunächst eine Ausbildung im Bereich Weg- und Wasserbaukunde an der Technischen Schule in Groningen absolviert, bevor er 1936 im Amsterdamer Amt für Stadtplanung unter Cornelis van Eesteren arbeitete und parallel dazu das Studium der Architektur an der Amsterdamer Akademie aufnahm, das er 1941 mit einer Arbeit bei Mart Stam abschloss.[336] Bis 1943 war er im Büro von van Tijen und Maaskant beschäftigt, durch die er van den Broek kennen lernte. Auf der Flucht vor den Deutschen nach England wurde er gefangen genommen und in verschiedenen Lagern in Frankreich interniert, bis ihm die erneute Flucht gelang. Danach lebte er versteckt in Groningen

---

333 Rudy Stroink (Hg.): Ir. J. H. van den Broek. Projekten uit de periode 1928-1948, Delft 1981, S. 125. 1955 trat er die ordentliche Professur in der Nachfolge von N. Lansdorp an, 1964 wurde er emeritiert.

334 Ausführlich hierzu Anouk de Wit: Van den Broek en Bakema in vergadering, in: Van den Broek en Bakema 1948-1988. Architectuur en stedenbouw. De functie van de vorm, Rotterdam 2000, S. 75-83.

335 Baeten 1995, S. 57; Frans Hooykaas: Het bureau. De gang van zaken, in: Van den Broek en Bakema 1948-1988. Architectuur en stedenbouw. De functie van de vorm, Rotterdam 2000, S. 20-30, hier S. 20.

336 Zu Bakemas Lebenslauf siehe Ellen Smit: Pragmatist en filosoof. Het maatschappijbeeld van Van den Broek en Bakema, in: Van den Broek en Bakema 1948-1988. Architectuur en stedenbouw. De functie van de vorm, Rotterdam 2000, S. 68-74, hier S. 72; Gray 1981, S. 5; Barbieri 1983, S. 231; Bouwen voor een open samenleving. Brinkman, Brinkman, Van der Vlugt, Van den Broek, Bakema, Ausst.-Kat. Rotterdam o. J. [1962], unpaginiert; Francis Strauven: Bakema, in: Forum, 34. Jg., 1990, Nr. 3, S. 19-29; Biografie, in: Forum, 34. Jg., 1990, Nr. 3, S. 48.

und kämpfte im Widerstand.[337] Nach der Befreiung arbeitete er bis zu seiner Assoziation mit van den Broek im Rotterdamer Amt für Wohnungsbau, wo er unter anderem das Sozialzentrum Zuidplein entwarf.

Ab 1948 übernahm Bakema die Büroleitung in der gemeinsamen Firma, deren Mitarbeiterstab in den fünfziger Jahren wegen der großen Baukonjunktur rasch auf 100 Personen anwuchs. Außer Dick van Wijk als Chef de Bureau und einigen anderen Architekten, wie F. J. van Gool und H. Klopma, ragten darunter vor allem J. E. Rijnsdorp, J. M. A. de Groot, J. M. Stokla und J. Boot als spätere Teilhaber heraus.[338] Neben der unmittelbaren Tätigkeit im Büro hielt Bakema den Kontakt zur Szene der internationalen Avantgarde-Architekten. So nahm er seit 1947 an den CIAM teil und gehörte zusammen mit Georges Candilis, Shadrach Woods, Ralph Erskine und Alison und Peter Smithson zu den maßgeblichen Personen in der Vorbereitungsgruppe für CIAM 10, den zunächst für 1955 in Algier geplanten und wegen des Unabhängigkeitskrieges auf 1956 in Dubrovnik verschobenen Kongress.[339] Aus diesem Zirkel, der 1959 in Otterlo einen letzten, nur noch eingeschränkt unter dem Namen „CIAM“ laufenden Kongress zur Zukunftsbestimmung dieser Organisation veranstaltete,[340] entstand das „Team X“ als eine lockere, sich selbst als Familie begreifende Vereinigung mit dem Ziel, die ihrer Meinung nach verknöcherte und trivialisierte Moderne mit ihren nur mehr schematisch angewandten Entwurfsregeln weiterzuentwickeln, ohne dabei den sozialen oder den ästhetischen Anspruch der zwanziger Jahre aufzugeben.[341] Bakemas Positionierung als Vertreter einer an die „heroische“ Periode der Moderne anknüpfenden, aber sie nicht kopierenden Gruppe wurde noch deutlicher, als er 1959 zusammen mit Aldo van Eyck, Herman Hertzberger und anderen die Redaktion der Zeitschrift „Forum“ übernahm: Das bis dahin betuliche Blatt, das 1946 als Weiterführung der die Traditionalisten und Modernen während des Krieges zusammenführenden Gesprächsrunde „Architectura et Amicitia“ gegründet worden war, wurde zu einem kämpferischen Journal in der Nachfolge von „De Stijl“ oder „De 8 en Opbouw“ umgearbeitet.[342] Gast-

---

337 Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen wirkt die wiederholt geäußerte Befriedigung über den völkerverbindenden Aspekt der Arbeit van den Broeks und Bakemas gerade in Deutschland weniger hohl; vielmehr überrascht die Selbstverständlichkeit, mit der sich beide nur zwölf Jahre nach Kriegsende mehrfach in die Bundesrepublik begeben. Allerdings gerieten sie auch mit Heiland an einen Auftraggeber, der selbst zu den Verfolgten gehörte und dessen Vater sich vor den Nazis in die Niederlande geflüchtet hatte.

338 Hooykaas 2000, S. 21.

339 Alison Smithson (Hg.): Team 10 meetings. 1953-1984, New York 1991, S. 20ff.

340 Siehe Oscar Newman: CIAM '59 in Otterlo. Arbeitsgruppe für die Gestaltung soziologischer und visueller Zusammenhänge, Stuttgart 1961 (Dokumente der Modernen Architektur, Bd. 1).

341 Alison Smithson (Hg.): Team 10 Primer, London 1968, S. 3.

342 Hans van Dijk: Forum, in: S. Umberto Barbieri (Hg.): Architectuur en planning. Nederland 1940-1980, Rotterdam 1983, S. 146-152, hier S. 146.

dozenturen im Ausland, die Berufung als zunächst außerordentlicher Professor an die Technische Hochschule Delft im Jahr 1963 und an die Hochschule für bildende Kunst in Hamburg zwei Jahre später trugen zur Verbreitung seiner Vorstellungen bei, förderten das Ansehen des Büros und führten zu einer relativ großen Freiheit der entwerfenden Architekten.

Bis zum Jahr 1970 erhöhte sich die Anzahl der Mitarbeiter van den Broeks und Bakemas auf 220, so dass das Büro zum größten der Niederlande aufstieg und selbst im Vergleich zu der gigantischen Firma SOM (ca. 1.000 Mitarbeiter im Jahre 1973)[343] eine beachtliche Dimension erreichte. Die bei dieser Größe kaum zu vermeidenden Koordinationsprobleme, der allmähliche Rückzug van den Broeks, der 1965 emeritiert worden war, und der Druck der langjährigen leitenden Mitarbeiter bewirkten im Jahre 1971 eine Umstrukturierung des Büros, an dem Hans Boot, Jan de Groot, Joop Rijnsdorp und Jan Stokla mit zusammen 49 Prozent beteiligt wurden, während van den Broek und Bakema ihren Einfluss durch die ihnen gemeinsam verbleibende Stimmenmehrheit von 51 Prozent wahrten.[344] Hatte schon in den fünfziger Jahren die Nennung der mitwirkenden Architekten ein recht ungewöhnliches Bewusstsein für zumindest annähernd gleichberechtigtes Zusammenarbeiten offenbart, so wurde mit der Umbenennung in „Architectengemeenschap Van den Broek en Bakema“ dieser Prozess auch nach außen dokumentiert. Allerdings blieben dabei, anders als bei dem von Walter Gropius schon 1946 initiierten Zusammenschluss „The Architects‘ Collaborative (TAC)“, die bekannten und werbewirksamen Namen van den Broeks und Bakemas im Vordergrund. Im Verlauf der siebziger Jahre reduzierte sich die Mitarbeiterzahl bis auf 110 im Jahre 1981.[345] Nachdem van den Broek schon 1978 gestorben war, verschied Bakema drei Jahre später, doch behielt das Büro seinen Namen bei und änderte es auch unter der neuen Leitung (M. D. Booy, J. M. van Iersel, H. J. Verbij) ab 1991 nur unwesentlich in „Architectenbureau Van den Broek en Bakema“.

Als Ursache für den Bedeutungsverlust des Büros in den siebziger und achtziger Jahren gilt neben dem Tod der Namensgeber hauptsächlich das allzu große Wachstum, da unter der Vielzahl der Aufträge die Qualität gelitten habe;[346] allerdings setzte der Rückgang schon vor dem

---

343 Arthur Drexler und Axel Menges: Architektur von Skidmore, Owings & Merrill, 1963-1973, Stuttgart 1974, S. 11.

344 Hooykaas 2000, S. 22. Es handelt sich um die bereits vorher genannten Personen. Da in den Niederlanden die „korrekten“ Vornamen meist nur in ihrer abgekürzten Version auftauchen, während man sonst eher Rufnamen verwendet – so wird etwa aus Jacob Berend „Jaap“ Bakema –, seien sie hier wiederholt.

345 Baeten 1995, S. 57.

346 So etwa Hans Ibelings: Professionalisme. Het beeld van een bureau, in: Van den Broek en Bakema 1948-1988. Architectuur en stedenbouw. De functie van de vorm, Rotterdam 2000, S. 15-19, hier S. 19; Francis Strauven: Bakema, in: Forum, 34. Jg., 1990, Nr. 3, S. 19-29, hier S. 26f.; Jetteke Bolten: J. B. Bakema 1914-

Tod van den Broeks und Bakemas ein, und hinter der Kopplung von Quantität und Qualität steckt die unausgesprochene Vorstellung persönlicher Meisterschaft, der zufolge Mitarbeiter lediglich den verlängerten Arm der Genies darstellen, so dass bei der Ausweitung des Auftragsvolumens der „Kopf“ des Unternehmens die Kontrolle verliere. Dagegen hatte van den Broek schon vor dem Zweiten Weltkrieg die Arbeit in kleinen Teams organisiert, um die hierarchische Trennung von Entwurf und Ausführung aufzulösen,[347] und bereits in den fünfziger und sechziger Jahren genossen die Teams wegen der häufigen Abwesenheit van den Broeks und Bakemas und der auch damals schon zahlreichen Bauvorhaben eine relativ große Selbständigkeit.[348] Tatsächlich dürfte, nachdem der enorme Neubau- und Sanierungsbedarf der Nachkriegsjahrzehnte gedeckt war, auf materieller Ebene eher die zurückgehende Baukonjunktur, verschärft durch die Wirtschaftskrise im Gefolge des Ölpreisschocks, für die schlechtere Auftragslage verantwortlich gewesen sein, während andererseits die sich langsam durchsetzende Erkenntnis von den Grenzen des Wachstums und die Hinwendung zu kleinteiligen, historischen Formen verpflichteten Bauten dem Ruf und dem Architekturverständnis des Büros zuwiderlief, das sich von technischem Fortschritt, Prosperität und Zukunftsoptimismus geprägt zeigte.

Obwohl angesichts der Struktur des Büros die genaue Zuschreibung von Anteilen eines Entwurfs zu van den Broek, Bakema oder den jeweils genannten „medewerkende architecten“ meist spekulativ bleibt und eben nicht der Arbeitsweise der Architekten entspricht,[349] übten die Eigentümer der Firma natürlich einen besonderen Einfluss aus. Mit ihren bekannten Namen kümmerten sie sich um die Akquise und stellten den Kontakt zwischen dem Auftraggeber und dem für das Projekt von ihnen ausgewählten Architekten her, mit dem zusammen sie erste Skizzen entwickelten.[350] Nur bei bedeutenden Vorhaben, zu denen das Rathaus in Marl sicher gehörte, nahmen van den Broek und Bakema selbst an der weiteren Ausarbeitung teil.

In der Außenwahrnehmung herrschte, wieder einmal durch die Monographie Joedickes bestimmt, das Bild von van den Broek und Bakema als zwei fast gegensätzlichen Charakteren vor.[351] So galt der

---

1981. The Built Environment Seen as Spatial Narrative, in: Dutch Art & Architecture Today, 10. Jg., 1981, Nr. 12, S. 27-36, hier S. 34.

347 Baeten 1995, S. 23. Gleichzeitig entsprach dies der modernen Auffassung, dass der Architekt weniger Künstler sein als vielmehr verschiedene Spezialisten integrieren müsse.

348 Hooykaas 2000, S. 25, 28. Allerdings besitzt Hooykaas, von 1961 bis 1990 Mitglied des Büros, ein gewisses Interesse, den Anteil der Mitarbeiter zu betonen, stärkt er damit doch seine eigene Position.

349 Siehe dazu Rob Dettingmeijer: Van Euromast tot het Nederlands paviljoen in Osaka, in: Forum, 34. Jg., 1990, Nr. 3, S. 35-37.

350 Baeten 1995, S. 25.

351 Joedicke: Architektur, 1963, S. 10-12; Camillo Gubitosi und Alberto Izzo: Van den Broek / Bakema, Ausst.-Kat. Napoli 1976, S. 13, 17.

16 Jahre ältere van den Broek, der seine Ausbildung und erste Erfahrungen als freier Architekt in den Zwanzigern erhalten hatte, als Angehöriger der „Zweiten Generation der Moderne“, während Bakema eigene Baupraxis in nennenswertem Maße erst nach dem Zweiten Weltkrieg erwarb und so der „Dritten Generation der Moderne“ zugerechnet wurde. Dieser Kategorisierung zufolge gelange van den Broek ganz vernunftgemäß von der Analyse der Funktion zur Form eines Bauwerks, Bakema hingegen bringe ein emotionales Element in die Architektur und interessiere sich mehr für die Auswirkung der Formen auf die Menschen. Tatsächlich engagierte sich van den Broek vor allem in Institutionen zur Erforschung des Bauwesens, während Bakema mit seinem Schlagwort „function of the form“ die eigenständige Bedeutung der Form gegenüber dem von Louis Sullivan geprägten Motto „form follows function“[352] herausstrich, und van den Broeks eher stille Tätigkeit innerhalb der Szene von Architekten und Bauunternehmern fand ihr Gegenstück in Bakemas zahlreichen, auf eine weite Öffentlichkeit ausgerichteten Publikationen und Vorträgen, die ihn 1962/1963 sogar mit einer eigenen Reihe „Van stoel tot stad“[353] auf den Fernsehbildschirm brachte.

Von den praktischen Vorteilen der Arbeitsteilung einmal ganz abgesehen, erschloss diese Präsentation eine breitere Auftraggeberschaft, da sowohl Unternehmen, die etwa möglichst rationelle Gehäuse für ihren Produktionsprozess suchten, als auch Privatleute, die sich für die von Bakema vertretenen emotionalen Werte begeisterten, angesprochen wurden. Auch die auf die Tradition des Büros abhebende Selbstdarstellung passt in diesen Zusammenhang, denn so wurden gleichermaßen fachliche Kompetenz und Zuverlässigkeit wie Verarbeitung neuester Techniken und Materialien garantiert. Da der Kostenrahmen meist eingehalten wurde und durch die große Mitarbeiterzahl Spezialisten für die unterschiedlichsten Anforderungen bereitstanden, empfahl sich das Büro für Großaufträge, wenn auch die Experimentierfreudigkeit gelegentlich die solide Ausführung beeinträchtigte.[354]

So sehr eine solche Darstellung auch begründet erscheint, verhüllt sie doch die weitreichende Übereinstimmung zwischen den beiden Kompagnons, die ihre Firma immerhin 30 Jahre lang gemeinsam betrieben. Beide beziehen sich mit den Kategorien der Werkgerechtigkeit und

---

352 Die eingängige Formel benutzt Sullivan mehrfach abgewandelt in seinem Aufsatz Louis H. Sullivan: The Tall Office Building Artistically Considered, in: Lippincott's Monthly Magazine, 57. Jg., 1896, S. 403-409. Allerdings bringt er damit bloß eine Auffassung auf den Begriff, die unter seinen Chicagoer Kollegen verbreitet war und ihren Ahnherrn unter anderen in Horace Greenough fand. Siehe Paul Sherman: Louis H. Sullivan. Ein amerikanischer Architekt und Denker, Frankfurt a. M., Wien 1963 (Bauwelt Fundamente, Bd. 5), S. 29, 33.

353 Ein Jahr später entstand die Buchfassung J[acob] B[erend] Bakema: Van stoel tot stad. Een verhaal over mensen en ruimte, Zeist, Antwerpen o. J. [1964].

354 Ibelings 2000, S. 16. Hooykaas 2000, S. 25: „[...] in de jaren vijftig en zestig had het bureau in (een deel van) de buitenwereld de reputatie altijd iets te maken dat lekte.“

der gesellschaftlichen Verantwortlichkeit auf die Moderne Architektur der zwanziger und dreißiger Jahre und erläutern 1963 ihr Verständnis von Funktionalismus folgendermaßen:[355]

1. Das Bauobjekt ist ein funktionierender Organismus und kein „Monument".
2. Dieser Organismus wird nicht nur als technisches oder persönliches Bedürfnis gebaut, sondern als eine Funktion der menschlichen Gemeinschaft.

[...] Die Form ist kein automatischer Erfolg der Gegebenheiten: auch der Funktionalismus braucht expressive, kreative Bildungskraft; in seiner Architektur hat auch die Form eine Funktion.

Während sie so mit dem ersten Satz den Vorrang der Funktionserfüllung vor traditionellen Vorstellungen von Repräsentation und Regelgerechtigkeit festschreiben, verweisen sie mit dem zweiten auf die soziale Bindung der Architektur, deren Grundlage weder die reine Zweckmäßigkeit noch die Selbstverwirklichung des Künstlers bilden könne. Allerdings verstehen sie diese gesellschaftliche Verpflichtung nicht nur materiell im Sinne einer Sicherung des Existenzminimums – dies setzen sie als Mindestanforderung voraus[356] –, sondern sehen die Architektur als Mittel, das dem Menschen als Individuum wie als gesellschaftlichem Wesen zur Klärung der metaphysischen Grundfragen dient. Als Raumkunst solle sie den Bezug des Menschen zum pantheistisch verstandenen Kosmos verdeutlichen, indem sie in der Gestaltung der unmittelbaren Umgebung die Unendlichkeit aufscheinen lässt, so dass sie eine ausdrücklich verlangte „religiöse Bedeutung"[357] zurückgewinne.[358] Aus dieser Haltung heraus erklärt sich ihre Kritik an einem verkürzten Funktionalismus, dem zufolge sich aus den Anforderungen des Bauprogramms ohne weiteres Zutun die Form eines Gebäudes ergebe. Vielmehr begreifen van den Broek und Bakema den Bereich der messbaren Fakten als notwendige, aber nicht ausreichende Grundlage, die der

---

355 Johannes Hendrik van den Broek und Jacob Berend Bakema: Architektur und Städtebau. 15 Jahre van den Broek und Bakema, in: Jürgen Joedicke (Hg.): Architektur und Städtebau. Das Werk van den Broek und Bakema, Stuttgart 1963 (Dokumente der Modernen Architektur, Bd. 3), S. 15-19, hier S. 18.

356 Jacob Berend Bakema: Role of the Architect, in: Alison Smithson (Hg.): Team 10 Primer, London 1968, S. 24-30, hier S. 24: „[...] they [die verschiedenen Arten von Gebäuden, S. K.] will allow the development of an æsthetic or of a style based on the right of everyone to have a personal opinion of life, on the presumption that the material conditions, in order to achieve this spiritual freedom, have been granted to everybody: this is real democracy."

357 Van den Broek u. a. 1963, S. 19.

358 Van den Broek u. a. 1963, S. 18: „Das ‚Überschreiten der Schwelle' vom menschlichen in den totalen Raum, die Versuche des Menschen, sich über das große Wunder, wodurch alles lebt und entsteht, Klarheit zu schaffen, sind Konfrontation, die sich als Kunst manifestieren kann."

Ergänzung um Ausdrucksfunktion bedarf, damit „die tiefere Idee des Bauwerks als Zweckorganismus“[359] offenbar werde.

Wie bei jeder ontologischen Auffassung ergibt sich auch hier ein Bestimmungsproblem, denn selbst wenn es spezifische Ausdrucksmittel für eine bestimmte Idee gäbe, müsste immer noch Einigkeit über die jeweilige Idee bestehen. Wie man aber die Idee eines konkreten Gebäudes erkennt, erläutern van den Broek und Bakema nicht, und die tatsächlich zu beobachtenden großen Unterschiede in den Lösungen einer Bauaufgabe – etwa in den zwölf Wettbewerbsbeiträgen in Marl – deuten auf beträchtliche Differenzen auch in dem grundlegenden Verständnis eines Baus hin. Schließlich erscheint es fraglich, ob sich die langlebige und mit Nutzungsanforderungen verbundene Architektur als Darstellungsform metaphysischer Überzeugungen eignet, wenn gleichzeitig Vielfalt und Wandel dieser Auffassungen seit den gesellschaftlichen Reformen der späten sechziger Jahre zunehmend anerkannt werden; viele Nutzer dürften das, so sie diese Bedeutungsdimension überhaupt wahrnehmen, eher als Indoktrination empfinden.

Mehrfach weisen van den Broek und Bakema auf De Stijl, insbesondere auf Mondrian und van Doesburgh, als Vorläufer und als Vorbilder für eine Verstand und Gefühl ausbalancierende Gestaltung hin,[360] und so gibt es vor allem in den frühen Arbeiten, etwa bei Bakemas Sozialzentrum Zuidplein oder dem Kino „‘t Venster“, Anklänge an Rietvelds Schröder-Haus, von dem sich Bakema beeindruckt zeigte,[361] während sich später diese formale Anlehnung auf eine Übereinstimmung in Grundsatzfragen reduziert. Mit Gropius, Scharoun und Taut nennt Bakema weitere Bezugspunkte: Auch sie hätten an der Vereinigung von Technik und Kunst gearbeitet.[362] Insbesondere die Vorstellung des „totalen Raums“ als Kontinuum, in dem das einzelne Gebäude eher eine Markierung als eine Unterbrechung bedeute, so dass es nicht in sich abgeschlossen, sondern nur in Verbindung mit seiner näheren und ferneren Umgebung gedacht werden könne, stellt eine Parallele zur

---

359 Johannes Hendrik van den Broek: Schöpferische Kräfte in der Architektur der Niederlande, in: Jürgen Joedicke (Hg.): Architektur und Städtebau. Das Werk van den Broek und Bakema, Stuttgart 1963 (Dokumente der Modernen Architektur, Bd. 3), S. 86-89, hier S. 88. Dass van den Broek diesen Gedanken schon in seiner Antrittsvorlesung an der TH Delft entwickelte, bestätigt das weitgehende Einverständnis mit Bakema, dem üblicherweise die Beschäftigung mit dem Ausdruck von Architektur zugeschrieben wird. Bakema formulierte seine Kritik an einem allein vernunftgebundenen Funktionalismus bereits 1942, siehe Smithson 1968, S. 27.

360 Van den Broek u. a. 1963, S. 16; Jacob Berend Bakema: Gedanken zur Architektur, in: Jürgen Joedicke (Hg.): Architektur und Städtebau. Das Werk van den Broek und Bakema, Stuttgart 1963 (Dokumente der Modernen Architektur, Bd. 3), S. 111.

361 Jacob Berend Bakema: Die Revolte der Masse, in: Jürgen Joedicke (Hg.): Architektur und Städtebau. Das Werk van den Broek und Bakema, Stuttgart 1963 (Dokumente der Modernen Architektur, Bd. 3), S. 82-83; Strauven 1990, S. 20.

362 Bakema: Revolte, 1963, S. 82. Bakema erklärt nicht, ob er Bruno oder Max oder beide Brüder Taut meint.

Architekturauffassung des Stijl dar, wie sie etwa van Doesburg vertrat.[363] Dass van den Broek und Bakema den engen Zusammenhang von Architektur und Städtebau betonen und statt Architektur lieber von „gebouwde omgeving“ sprechen, erklärt sich aus dieser Grundannahme.[364]

Nicht nur in ihren Erläuterungen zum Rathaus in Marl beziehen sich van den Broek und Bakema mit dem Begriff der „offenen Gesellschaft“ auf die gleichnamige, 1945 auf Englisch erschienene Abhandlung Karl Raimund Poppers,[365] auch an anderer Stelle taucht dieser Terminus immer wieder auf,[366] ohne dass er jedoch inhaltlich gefüllt würde. Lediglich die oft wiederholte Forderung, jedem Menschen müsse die Gelegenheit gegeben werden, seinen eigenen Lebensentwurf zu verwirklichen, entspricht ungefähr der bei Popper zentralen Frage nach dem Verhältnis von Freiheit und Verantwortung, da van den Broek und Bakema die individuelle Freiheit mit gesellschaftlichen Bedingungen verknüpfen.[367] Diese Suche nach einer Kombination von Sozialismus und Individualismus, nach einem Weg jenseits des kollektivistisch-bürokratischen Kommunismus sowjetischer Prägung und des US-amerikanischen schrankenlosen Individualismus beherrschte als „Geist von Gestel“ die Diskussion um den gesellschaftlich-moralischen Wiederaufbau in den Niederlanden.[368] Insgesamt ist allerdings zu berücksichtigen,

---

363 Theo van Doesburg: Tot een beeldende architectuur, in: De Stijl, 6. Jg., 1924, Nr. 6/7, S. 78-83.

364 Jacob Berend Bakema: Architetturbanistica. Urbanizzazione totale. La società controllata del sindacato, in: Camillo Gubitosi und Alberto Izzo (Hg.): Van den Broek / Bakema, Roma 1976, S. 20-44, hier S. 36. Die Sekundärliteratur spiegelt dies in ihren (Unter-) Titeln: Jürgen Joedicke: Architektur und Städtebau. Das Werk van den Broek und Bakema, Stuttgart 1963 (Dokumente der Modernen Architektur, Bd. 3); Architektur - Urbanismus. Architectengemeenschap van den Broek en Bakema, Stuttgart 1976 (Dokumente der modernen Architektur. Beiträge zur Interpretation und Dokumentation des Bauens, Bd. 12); Van den Broek en Bakema 1948-1988. Architectuur en stedenbouw. De functie van de vorm, Rotterdam 2000.

365 Karl Raimund Popper: The Open Society and Its Enemies. 2 Bde., London 1945. Zu Popper siehe Stefan Brunnhuber: Die Ordnung der Freiheit. Das Modell der Offenen Gesellschaft bei K. Popper in der Soziologie der Gegenwart, Opladen 1999. Eberhard Döring: Karl R. Popper: "Die offene Gesellschaft und ihre Feinde". Ein einführender Kommentar, Paderborn u. a. 1996, S. 41, verweist darauf, dass Popper diesen Begriff von Henri Bergson übernimmt. Siehe Kapitel 4.5.

366 So etwa J[acob] B[erend] Bakema: Total Energy – Total Urbanisation, in: Marianne Gray (Hg.): J. B. Bakema. Thoughts about Architecture, London 1981, S. 140-143, hier S. 141: „Time of defence of towns is now over. [...] So it is only during a short period that we can realize the idea of open urbanisation for an open society in which landscaping and townscaping becomes one action.“

367 Dabei erhält der Architekt eine besondere Stellung, indem er quasi als Geburtshelfer dem Menschen zur Freiheit verhilft: „It is only the architect who may give man the possibility to express his right to live a personal way of live, through constructed volume.“ (Bakema 1968, S. 24-30, hier S. 28).

368 Horst Lademacher: Geschichte der Niederlande, Darmstadt 1983, S. 463f. Im Lager von St. Michielsgestel hielt die deutsche Besatzungsmacht mehrere hundert Niederländer, alle Angehörige der akademischen und politischen Führungsschicht,

dass sich van den Broek und Bakema trotz der zahlreichen Äußerungen vor allem Bakemas in erster Linie als Architekten verstanden. So dienen ihre Texte, oftmals eher assoziativ als argumentativ strukturiert, der Erläuterung ihrer Vorhaben, ohne ein geschlossenes und begründetes Gesamtkonzept zu liefern. Darüber hinaus stellen sie auch eine Art von Werbung für das Büro dar, so dass die gelegentlich recht wahllosen und nicht weiter ausgeführten Bezüge von Augustin bis hin zur Bhagavadgita auch als höhere philosophische Weihe für die Architektur der Firma fungieren.

Sollte man daher diese Anregungen sicher nicht überschätzen – immerhin entwickeln van den Broek und Bakema eine recht eigenständige Gestaltungsweise –, so spielte die allenfalls beiläufig erwähnte Figur Cornelis Hendrik van der Leeuws eine bedeutende Rolle. Als leitender Angestellter der Firma van Nelle war van der Leeuw mit dem Fabrikneubau durch Brinkman und van der Vlugt befasst, das Büro errichtete sein privates Wohnhaus in Rotterdam (1928/29) sowie zwei Sommerhäuser in Rockanje (1930) und Ommen (ca. 1932-38), als Beauftragter für den Wiederaufbau Rotterdams sorgte er für die Durchsetzung eines Planes, zu dessen Urhebern auch das Büro Brinkman und van den Broek gehörte, und als Vorsitzender des Kuratoriums der Technischen Hochschule in Delft unterstützte er die Berufung van den Broeks und, für den Bereich Städtebau, Cornelis van Eesterens, um die Dominanz der traditionellen Architekturlehre zu brechen.[369] Besaß van der Leeuw mithin an jeweils entscheidenden Momenten der Bürogeschichte seinen Anteil, so dürfte sein Engagement in der theosophischen Bewegung – er hatte den Sitz des „Ordens des Sterns vom Osten“ finanziert, den die Präsidentin der Theosophischen Gesellschaft Annie Besant für den von ihr als „Weltlehrer“ verehrten Brahmanen Jiddu Krishnamurti in Ommen gestiftet hatte,[370] – diesen Einfluss verstärkt haben, der über De Stijl und den Firmengründer Michiel Brinkmann, seinerseits Mitglied der Nederlandse Theosofische Vereni-

---

als Geiseln gegenüber der Exilregierung gefangen. Trotz aller Gefahren entstand so etwas, das man heute als „think tank“ bezeichnen würde.

369 Zu dem letzten Aspekt siehe Izak Salomons: De analyticus en de idealist. Lessen van Van den Broek en Bakema, in: Van den Broek en Bakema 1948-1988. Architectuur en stedenbouw. De functie van de vorm, Rotterdam 2000, S. 48-57, hier S. 49. Allerdings stieg van der Leeuw erst 1935 in den Verwaltungsrat der Firma van Nelle auf, und den Vorsitz des Kuratoriums in Delft übernahm er erst 1953. Siehe Wie is dat? Biografische gegevens van nederlanders die een vooraanstaande plaats in het maatschappelijk leven innemen met vermelding van adressen, 's-Gravenhage ^{6}1956, S. 374.

370 Die Theosophische Gesellschaft wurde 1875 von Helena Petrovna Blavatsky (1831-1891) und Henry Steel Olcott (1832-1907) in New York gegründet. Das Eintreten Besants (1847-1933), die nach dem Tod der Gründer die Präsidentschaft übernahm, für Krishnamurti und die zunehmende Orientierung am Hinduismus führte zur Auseinandersetzung mit der Gruppe um Rudolf Steiner und zur Gründung der Anthroposophischen Gesellschaft im Jahre 1913.

ging,[371] ohnehin schon vermittelt vorhanden war. Für die Theosophische Gesellschaft errichtete das Büro ein Versammlungshaus (1925/26) und ein Verwaltungsgebäude (1926) in Amsterdam sowie das genannte Gemeinschaftshaus in Ommen (1926).

Internationale Bedeutung erlangte das Büro van den Broek und Bakema mit dem Lijnbaan-Komplex in Rotterdam, der zwischen 1948 und 1953 unter der Mitwirkung von F. J. van Gool, H. Klopma und des Amtes für Stadtentwicklung und Wiederaufbau entstand.[372] Inmitten der zerstörten Innenstadt wurde eine lang gezogene Einkaufsstraße mit einem kurzen Querarm verwirklicht.[373] Als reine Fußgängerzone stellte sie nicht nur einen neuen Typus in Europa dar, sie setzte auch die Forderung nach konsequenter Verkehrs- und Funktionstrennung um, indem die den Fußgängern vorbehaltene Straße mit niedrigen Geschäften gesäumt wurde, die allein von der Rückseite beliefert werden. Erst an diese Lieferstraßen schließen sich die üblicherweise über den Geschäften errichteten Wohnungen an, die nun in Zeilenbauten mit drei, neun und 13 Geschossen nach einem Entwurf von Huig Art Maaskant, A. Krijgsman und H. D. Bakker untergebracht sind.[374] Kennzeichnend für die Arbeit van den Broeks und Bakemas erscheint neben der Sorgfalt, die auf die Maßverhältnisse von niedrigen und hohen Gebäuden verwandt wurde, der Einsatz vorgefertigter und normierter Teile im Rahmen eines flexiblen Baukastenprogramms: Zwei Standardtypen, zweigeschossig bzw. zweigeschossig mit Zwischengeschoss, konnten unter Verwendung vorgegebener Materialien (Stahl, Beton, Glas und Holz) und Konstruktionen an die jeweiligen Bedürfnisse der Geschäftsinhaber angepasst werden,[375] ohne dass der Eindruck einer einheitlichen, ununterbrochenen Ladenzeile gestört worden wäre. Vordächer und überdachte Querverbindungen bieten Wetterschutz und gliedern die Straße in Abschnitte, so dass die Anlage insgesamt einem großen Freiluftwarenhaus ähnelt.[376] Am Ende der Lijnbaan errichteten van den Broek und Bakema zwischen 1948 und 1951 quasi als Gegenstück hierzu ein einzelnes großes Gebäude als Gehäuse für das Kaufhaus Ter Meulen, das Damenkonfektionsgeschäft Wassen und den Schuhladen van Vorst.[377] Von außen durch Einschnitte in der Ziegelhaut des

---

371 Jean-Paul Baeten und Karin Schomaker: Michiel Brinkman 1873-1925, Rotterdam o. J. [1995] (BONAS, Bd. 1), S. 8.

372 Van den Broek en Bakema 1948-1988. Architectuur en stedenbouw. De functie van de vorm, Rotterdam 2000, S. 104f.

373 Cor van Eesteren erläutert den städteplanerischen und juristischen Hintergrund in Die Interbau wird diskutiert. Die ersten Ergebnisse, Wiesbaden, Berlin 1960, S. 50-54.

374 The City as Temptation. Two Architecture Walks through the Center of Rotterdam, Rotterdam 1997, S. 79.

375 Joedicke: Architektur, 1963, S. 174.

376 Der Vergleich mit der Treppenstraße in Kassel (1949-1958) zeigt, wie praktisch und unaufdringlich die Lijnbaan gestaltet ist.

377 Joedicke: Architektur, 1963, S. 162-167; Van den Broek en Bakema 2000, S. 100f.

ersten Obergeschosses markiert, werden die Läden im Inneren nur durch gläserne Wände voneinander getrennt, so dass auch hier der Gesamtzusammenhang gewahrt bleibt.

Die Frage, wie industrielle Bauproduktion mit vorgefertigten Teilen, die van den Broek und Bakema als notwendig für die Bewältigung des Wachstums und der gestiegenen Anforderungen an die Architektur ansahen, und die individuelle Eingriffsmöglichkeit der Nutzer miteinander versöhnt werden können, beschäftigte die Architekten weiter. So bestand etwa das erweiterbare Haus für die Neue Stadt Wulfen aus einer Minimalstruktur, die sich innerhalb der vorgegebenen Fluchtlinien modular vergrößern oder später wieder verkleinern ließ.[378] Auf städtebaulicher Ebene wurde dieses Prinzip zunächst durch die Scheidung von Verkehrsachsen und „wiederholbaren Wohneinheiten“[379] umgesetzt, wie sie sich in den frühen Studien für die Stadterweiterung Rotterdams, Penderecht I/II (1949/51) und Alexanderpolder I (1953), andeuten und in den Entwürfen Alexanderpolder II (1956), Kennemerland (1959) und für die Erweiterung Amsterdams in das IJsselmeer, das Pampus-Projekt (1964), weiterentwickelt wurden.[380] Durch die Trennung von zentraler Infrastruktur als Stamm und daran angegliederten Wohnkomplexen, die verschiedene Wohnformen in unterschiedlich hohen und großen Gebäuden ermöglichten, konnte die Anzahl und Größe der Wohneinheiten dem wechselnden Bedarf angepasst werden. Die Nähe zu den gleichzeitigen metabolistischen Konzepten[381] wird vor allem bei dem Pampus-Plan deutlich, doch spiegelt sie sich auch in einzelnen Bauten, so bei den Rathaustürmen in Marl, deren veränderliche Silhouette dem Wachstum der Stadt entsprechen sollte. Ende der sechziger und in den siebziger Jahren erlangte die frühzeitige Information und Beteiligung der zukünftigen Nutzer, seien es Bürger einer Stadt, Bewohner einer Siedlung oder leitende Angestellte einer großen Firma, eine größere Bedeutung, wobei das Büro mit verschiedenen Visualisierungstechniken – großformatige und auf Augenhöhe aufgeständerte Modelle mit Maßstäben bis zu 1:20, mit Periskopkameras aufgenommene Filme von

---

378 Joedicke: Architektur, 1963, S. 78f.

379 Mit „herhaalbare wooneenheden“ sind nicht, wie im Deutschen üblich, einzelne Wohnungen gemeint; vielmehr entspricht der Begriff ungefähr dem der „Nachbarschaft“, ohne jedoch dessen sozialromantische Implikationen zu übernehmen.

380 Die Pläne Penderecht und Alexanderpolder entstanden in Zusammenarbeit mit Opbouw und wurden ebenso wenig verwirklicht wie der Entwurf Kennemerland oder das Pampus-Projekt, das jedoch trotz seines enormen Umfangs (350.000 Einwohner im Endausbau) und der recht futuristischen Gestaltung als technisch und demographisch seriös galt und von der Regierung ernsthaft erwogen wurde. Siehe Wouter Vanstiphout: Jaap Bakema. Au-delà du polder néo-plastique, in: La Ville. Art et architecture en Europe 1870-1993, Paris 1994, S. 419-420; Max Risselada: Von der Wohneinheit zur Quartierseinheit, in: Max Risselada (Hg.): Funktionalismus 1927-1961. Scharoun versus die Opbouw. Mart Stam, Willem van Tijen, Johannes van den Broek, Jacob Bakema, Sulgen 1999, S. 170-175.

381 Siehe Kapitel 7, S. 263f.

Modellen oder ein in einem dreidimensionalen Plexiglasraster eingepasstes Bauklötzchensystem („Raumschachtel“), dessen Farben unterschiedliche Nutzungen anzeigen – experimentierte, um Laien die qualifizierte Mitwirkung an Entscheidungen zu ermöglichen.[382]

Bei den Siedlungen Klein Driene in Hengelo (1951-56), Leeuwarden-Noord (1957-59, 1962-1972) und „‘t Hool“ in Eindhoven (1960-1973) setzten van den Broek und Bakema die in den Studien gewonnenen Erkenntnisse über wiederholbare Wohneinheiten um, die sowohl unterschiedliche Wohnformen berücksichtigen – in „‘t Hool“ gibt es 14 verschiedene Typen – als auch als „visuelle Gruppe“ als zusammengehörig und wiedererkennbar erfahren werden. Die „Kernwandgebäude“, die in zahlreichen Entwürfen, so zum Beispiel Stadtzentrum Tel Aviv (1962), Stadttheater Zürich (1963/64), Pampus (1964), Cityplan Eindhoven (1965-69), präsentiert werden, stellen eine solche Wohneinheit in ihrer vertikal organisierten Variante dar: Gebäude mit bis zu 40 Geschossen ziehen sich über hunderte von Metern hin und enthalten Büros, Wohnungen, Läden und andere Einrichtungen.[383] Allerdings wurde dieses Konzept, dessen Verwandtschaft mit Le Corbusiers Südamerika-Skizzen (1929)[384], dem „Projet Obus“ für Algier (1930) und den Unités d’Habitation offensichtlich erscheint, nur in einer relativ kleinen Form mit bis zu zwölf Geschossen in Tilburg (1964-75) realisiert.

Neben der Gelegenheit, neue Aufträge zu erlangen, stellte die Beteiligung an Wettbewerben für van den Broek und Bakema oft ein Experimentierfeld dar, in dem abseits des Alltagsgeschäfts und der konkreten Anforderungen der Bauherren neue Ideen entwickelt wurden.[385] Gerade die großen und weithin rezipierten Konkurrenzen, etwa die Wettbewerbe Hauptstadt Berlin (1957), Frankfurt Nordweststadt (1962) oder Ruhr-Universität Bochum (1962), dienten auch der Präsentation von Arbeiten des Büros gegenüber einer größeren Öffentlichkeit und erhielten so gewissermaßen werbenden Charakter, zumal van den Broek und Bakema oft ausdrücklich zur Teilnahme eingeladen und mit Preisen oder Ankäufen ausgezeichnet wurden. Die Beteiligung an der Interbau in Berlin 1957 mit einem Hochhaus, das durch seine split-level-Wohnungen einmal mehr den Einfluss Le Corbusiers verdeutlichte, und die niederländischen Pavillons auf den Weltausstellungen in Brüssel 1958

---

382 Jacob Berend Bakema: Il mezzo cinematografico. Migliore visualizzazione, migliore comprensione, migliore partecipazione, in: Camillo Gubitosi und Alberto Izzo (Hg.): Van den Broek / Bakema, Roma 1976, S. 45-50. Allerdings erkennt Bakema nicht, dass auch seine Simulationen auf Prämissen beruhen, so dass die offene Entscheidung ihre Grenzen findet.

383 Siehe Martijn Vos: Sociale infrastructuur. Megastructuren in het werk van Van den Broek en Bakema, in: Van den Broek en Bakema 1948-1988. Architectuur en stedenbouw. De functie van de vorm, Rotterdam 2000, S. 31-40, hier S. 34f.

384 Siehe Le Corbusier: Le Corbusier und Pierre Jeanneret. Œuvre complète de 1929-1934, Zürich ^{4}1947, S. 138ff.

385 Hooykaas 2000, S. 29.

(in Zusammenarbeit mit Gerrit Rietveld und Joost Willemsen Cornelis Boks) und Osaka 1970 mehrten den internationalen Ruf des Büros ebenso wie der Prix de la critique der Association Internationale des Critiques d'Art, der 1961 ausdrücklich für das Rathaus Marl, das Montessori-Lyzeum in Rotterdam (1955-60) und die Planung Kennemerland verliehen wurde.[386]

Obwohl das Büro auch kleinere Aufgaben übernahm, wie die Wohnhäuser Wieringa in Middelharnis (1956/57) oder van Buchem in Rotterdam (1960/61), wurden die Großaufträge von staatlichen Institutionen und Firmen besonders beachtet. Außer den weiter unten näher untersuchten Objekten und den bereits genannten Kaufhäusern sind hier die Gebäude für die Postscheck- und Giroverwaltung in Den Haag (1958-63) und Arnhem (1960-73), die Amro-Bank in Amstelveen (1970-72) und vor allem Siemens in München (1971-78) zu erwähnen, wo mit Hilfe neuer Planungsmethoden, der „Raumschachtel", ein umfangreicher Komplex für 8.000 Mitarbeiter entstand.[387] Für die Heinecken-Brauerei wurden zwischen 1969 und 1974 Fabrik, Verwaltungs- und Laboratoriumsgebäude in Zoeterwoude errichtet. Über die Fabrik für den Waffenproduzenten Hispano Suiza in Breda (1951/52) kam es zu einer Auseinandersetzung mit Aldo van Eyck, der van den Broek und Bakema Opportunismus vorwarf, weil sie mit dem Bau der Munitionsfabrik die moralischen Grundlagen der Modernen Architektur verrieten.[388]

Die Spannbreite der Aufträge van den Broeks und Bakemas reichte bis hin zum Kirchenbau, der meist wenig beachtet wird, obwohl gerade hier die von den Architekten verfolgte Verbindung von Architektur und Metaphysik als selbstverständlich gilt. Zudem war van den Broek aktives Mitglied der Hervormde Kerk und äußerte sich auch theoretisch zum Kirchenbau.[389] Neben zwei nicht verwirklichten Projekten, der Reformierten Kirche in Rotterdam-Kralingen (1946) und dem Kirchengemein-

---

386 Bouwen o. J. [1962], unpaginiert.

387 Van de Ven 1980, S. 31-35.

388 Die niederländische CIAM-Gruppe publizierte im Anschluss an die Vorstellung der Fabrik in *Forum* (Fabriekscomplex voor Hispano Suiza Nederland te Breda, in: Forum, 8. Jg., 1953, Nr. 3, S. 80-91) einen Kompromisstext von Aldo van Eyck, in dem recht verklausuliert die gute Absicht der Architekten den vermeintlichen Sachzwängen gegenübergestellt wird: „Ofschoon de resultaten van het werkelijk creatieve, gezien de aard van de realiteit, zelden uitsluitend positief kunnen zijn, kann de bedoeling nooit anders ziijn – nooit anders dan uitsluitend positief. Vandaag is de kunstenaar constructief, sine qua non; vandaag dient hij allen of niemand. Er valt voor hem niet te kiezen, omdat hij al gekozen heeft." Siehe auch Ibelings 2000, S. 16.

389 Johannes Hendrik van den Broek: Baukunst im Dienst der Kirche, in: Jürgen Joedicke (Hg.): Architektur und Städtebau. Das Werk van den Broek und Bakema, Stuttgart 1963 (Dokumente der Modernen Architektur, Bd. 3), S. 190-191, siehe auch Rob Dettingmeijer und Arjen Oosterman: Monumentaliteit gebaseerd op een dynamisch ruimteprincipe. Minder bekende ontwerpthema's in het werk van Van den Broek en Bakema, in: Van den Broek en Bakema 1948-1988. Architectuur en stedenbouw. De functie van de vorm, Rotterdam 2000, S. 58-67, hier S. 60f.

dezentrum Rotterdam-Charlois (1948) entwarfen die Architekten die Opstandingskerk in Schiedam (1954-58) und die Gereformeerde Kerk in Nagele (1958-60). Beide zeichnen sich durch ihre einfachen Formen auf der Grundlage eines Quaders, ihre schlichten, fast rohen Materialien (Sichtbeton bzw. Betonsteine) und eine ungewöhnliche, jedoch nicht überstrapazierte Lichtregie aus. Die Kirche für das Dorf Nagele, das von 33 der Moderne verpflichteten Architekten quasi als Muster für neue ländliche Siedlungen auf Poldergebieten errichtet wurde, nimmt mit den spiralförmig nach oben getürmten Massen ein Motiv auf, das erneut den Bezug zu Le Corbusier, etwa zu seinem Entwurf für ein Musée d'Art Contemporain in Paris (1931), nahelegt.[390]

Obwohl das Büro auf theoretischer Ebene ein anspruchsvolles Programm vertrat, das vor allem durch Bakema breit publiziert und in Avantgarde-Organisationen beworben wurde, unterscheiden sich die verwirklichten Projekte oft kaum von den Bauten anderer moderner Architekten der Zeit. Vor allem die metaphysischen Spekulationen werden an den Gebäuden selbst nicht deutlich, zumal das Bemühen, Innen- und Außenraum zu verschränken und das Raumvolumen zwischen Baukörpern als eigenen Wert zur Geltung zu bringen, die Moderne Architektur seit ihren Anfängen kennzeichnet. Weil sie in ihren Äußerungen der Architektur eine zentrale Rolle bei der Veränderung der Gesellschaft und der Selbstverwirklichung des Menschen zuweisen und damit die Bedeutung ihres eigenen Einflussbereichs maßlos überschätzen, wirkt die Kluft zwischen diesem Anspruch und einer Wirklichkeit, die von konfligierenden Interessen und Bedingungen außerhalb der architektonischen Sphäre bestimmt ist, besonders tief. Andererseits bleibt festzuhalten, dass sich van den Broek und Bakema nicht auf die angenehmen und im Hinblick auf die Umsetzung ihrer Vorstellungen leichten Bauaufgaben, wie Einfamilienhäuser und Kirchen, zurückzogen, sondern sich den Anforderungen der Zeit – ihrer Auffassung zufolge weiteres Wachstum, Unterbringung von Massen und Verteidigung des Individuums – stellten und innerhalb des gegebenen Rahmens ernsthaft nach Verbesserungsmöglichkeiten suchten.

Bezeichnend für die abgehobene, wenig konkrete und ungenaue Argumentation des Büros erscheint das „Freundschaftsmodell" (Abb. 23), eine Skizze Bakemas, die das Büro selbst gern zeigte[391] und die als Beleg für die Auseinandersetzung mit dem „menschlichen Maßstab" gilt.[392] Um die Angemessenheit eines seiner typischen Entwürfe zu bele-

---

390 Siehe Le Corbusier [4]1947, S. 72f. Van de Veen 1980, S. 22, verweist in diesem Zusammenhang auf Spiralen bei Lauweriks und van Doesburg.

391 Bakema o. J. [1964], Titel; Architektur - Urbanismus 1976, S. 115.

392 So etwa Wilma Visser: Plaats voor de voetganger en het vriedschapsmodel, in: Forum, 34. Jg., 1990, Nr. 3, S. 31-33, hier S. 31. Dagegen weist Ursula Muscheler: 40 Jahre Wandel von Begriffen und Leitbildern in Architektur und Städtebau Deutschlands. Analyse der Zeitschrift "architektur wettbewerbe" 1939-1979 auf-

gen, wird eine Ansicht von Hochhäusern mit dazwischen gestellten flacheren Bauten mit dem Bild einer parallel zur Bildebene ausgerichteten Reihe von Personen gleichgesetzt. Indem diese Gruppe als Familie vorgestellt wird – die beiden großen Figuren an den Rändern lassen sich durch Rock und Hose als Mann und Frau interpretieren, die vier kleineren Gestalten zwischen ihnen als Kinder –, vermittelt der analog strukturierte städtebauliche Entwurf den Eindruck von Natürlichkeit und eben „Freundlichkeit". Ganz abgesehen von der Tatsache, dass die Familie der konservativen Ideologie zum Trotz nicht nur einen Hort der Geborgenheit, sondern genauso einen Ort der Unterdrückung und Ausbeutung darstellt, wirkt die Übertragung eines Modells zwischenmenschlichen Zusammenlebens auf die unbelebte Materie mindestens fragwürdig. Schließlich verhalten und bewegen sich Gebäude nicht, und selbst das Verhältnis von vielen Tausenden Menschen in einer Stadt entspricht nicht den Binnenstrukturen einer Kleingruppe. Darüber hinaus bilden die Größenverhältnisse in einer Familie ein Machtgefälle zwischen Erwachsenen und Kindern ab, das zwischen Hoch- und Flachbauten so wohl kaum beabsichtigt wird. Sogar die rein visuelle Parallele lässt sich nur dann halten, wenn man der Familie den Marsch in einer Reihe verordnet und die Gebäude in einem bestimmten Blickwinkel zeigt. So wenig die auf den ersten Blick einleuchtende Skizze also einer auch nur etwas genaueren Untersuchung standhält, so sehr deutet ihre häufige Präsentation auf die Rolle von „Bildpropaganda" zur Unterstützung ihrer Architektur im Werk von van den Broek und Bakema hin.

Um die Stellung des Marler Rathauses in diesem Werk näher zu beleuchten, seien im Folgenden einige Bauten detaillierter betrachtet, die typologische oder konstruktive Gemeinsamkeiten mit dem Komplex in Marl aufweisen.

5.2 Rathaus Ede

Obwohl van den Broek und Bakema an einigen Wettbewerben teilnahmen, gehören Rathausbauten zu den Randerscheinungen in ihrem Gesamtwerk. So wurden die Entwürfe für Offenbach (1962) und Jerusalem (1964), die auf Grundlage der Kombination von Hängetürmen und Flachbauten das erfolgreiche Marler Modell variierten, ebenso wenig verwirklicht wie die Projekte für Amsterdam[393] (1968) und Weert (1969). Noch vor Marl waren die Architekten zwischen 1954 und 1957 mit dem

---

grund einer Content Analysis, München, Köln 1985, S. 218-225, darauf hin, dass der Begriff in Texten zur Architektur ziemlich beliebig und oft als Leerformel genutzt wird. Tatsächlich bestehen Wettbewerbserläuterungen wie Juryurteile bis heute häufig aus „Architektenlyrik", einem diffusen Jargon mit unbegründeten Wertungen und Behauptungen.

393 Hier handelt es sich zudem streng genommen um eine andere Bauaufgabe, da dem „Stadthaus" die Räume für Rat und Bürgermeister fehlen.

Rathaus von Brielle befasst, doch handelte es sich hier um den Umbau im Inneren eines Baudenkmals, so dass der Gestaltungsspielraum relativ begrenzt blieb.[394]

Nach langen Vorplanungen und Auseinandersetzungen wurde das Rathaus in Ede errichtet, einer Stadt in der Provinz Gelderland. Frühe Überlegungen zu einem Neubau aus dem Jahr 1928 hatten erst 1940 zu einem Beschluss des Gemeinderats geführt, der jedoch wegen des deutschen Überfalls nicht umgesetzt worden war.[395] Auch die Gemeinde Ede hatte an dem Bevölkerungswachstum nach dem Zweiten Weltkrieg teil, das in den Niederlanden durch den Rückzug aus Indonesien (1949) und die daraus resultierende Migration verstärkt wurde:[396] Die Einwohnerzahl stieg von 41.900 (1945) über 52.700 (1955) auf 66.400 im Jahr 1965, so dass sich innerhalb von zwanzig Jahren eine Steigerung von knapp 60 Prozent ergab. Um die Verwaltung, die bis dahin auf mehrere Stellen verteilt und zum Teil in provisorischen Bauten untergebracht war, an einem Ort zusammenzuführen, erteilte die Gemeinde 1965 dem Büro van den Broek und Bakema den Auftrag über den Entwurf eines neuen Rathauses im Zusammenhang mit der städtebaulichen Planung von dessen näherer Umgebung. Offenbar diente dabei das Marler Rathaus als Referenzobjekt, denn ein Wettbewerb wurde nicht ausgeschrieben.[397]

Ein erstes, sehr umfangreiches Projekt, vom Büro im Februar 1966 vorgelegt, umfasste außer dem Rathaus, das auf eine Einwohnerzahl von 80.000 ausgelegt war, Geschäfte, Büros und 207 Wohnungen.[398] Es sah eine Erweiterung des Stadtzentrums nach Osten über den ausgebauten Klinkenbergerweg hinweg auf einen bislang weitgehend freien Hügel vor, wo ein Block mit annähernd quadratischem Grundriss, im Wesentlichen die Repräsentationsräume (Ratssaal und Bürgersaal) des Rathauses enthaltend, das Zentrum der Anlage bildete. Die Seiten dieses Kerns, der über die größte Gebäudehöhe verfügte, verlängerten vier zweihüftig angelegte Büroflügel von unterschiedlicher Ausdehnung mit bis zu vier Geschossen. Dem Geländeabfall gemäß in vier Stufen abgetreppt, verlief der längste dieser Trakte senkrecht über die Straße hinweg auf die Grote Kerk zu, die zusammen mit dem nahe gelegenen Markt die alte Stadtmitte markierte. In diesem Bereich westlich der

---

394 Offenbar gingen sie nicht besonders behutsam mit dem Gebäude um, ließen sie doch alle Innenwände entfernen. Siehe Joedicke: Architektur, 1963, S. 159.

395 Hierzu und zum Folgenden siehe G. H. Plekkringa: Raadhuis te Ede, Seminararbeit, Technische Hoogeschool Delft 1977, S. 1_1ff.

396 F. P. Gout: Het socio-culturele leven in Nederland 1945-1980, in: Algemene geschiedenis der Nederlanden. Bd. 15: Nieuwste tijd, Harlem 1982, S. 337-368, hier S. 344.

397 Van den Broek en Bakema gaan raadhuis ontwerpen, in: Edese Post, 7.10.1965.

398 Siehe Plekkringa 1977, S. 2_8 und Zeer progressief ontwerp van bouwmeester Bakema, unbez. Zeitungsartikel, Stadtverwaltung Ede. Als mitarbeitendender Architekt wurde W. J. van der Jagt bestimmt.

Straße waren als eigene Baukörper das Fremdenverkehrsamt, ein Café, Geschäfte und eine Bank geplant, während im Norden und Osten des Rathauses zwei langgezogene, über Eck senkrecht miteinander verbundene Flügel mit split-level-Wohnungen in bis zu sieben Geschossen entstehen sollten. An ihrem südlichen Ende wurde die östliche Zeile dieser Geschosswohnungen mit Patio-Häusern ergänzt. Zwischen den Rathaustrakten und den Wohnungen blieben große Grünflächen erhalten, die zum Teil über Tiefgaragen angelegt waren, wohingegen der Bereich zwischen Westflügel und Kirche durch eine weitläufige gekrümmte Treppe in Anlehnung an Amphitheater als Bühne für das städtische Leben dienen sollte.

Einige Aspekte kennzeichnen diesen Entwurf als ein Werk des Büros van den Broek und Bakema. So wird etwa das Rathaus nicht als isoliertes Monument begriffen, sondern fungiert ganz im Sinne der Verbindung von Architektur und Städtebau als Anlass für eine Stadterweiterung, bei der es mit der restlichen Bebauung durch die durchgängig lineare Gestaltung und die konsequent rechtwinklige Ausrichtung eine formale Einheit bildet. Obwohl sich das neue Gebiet durch seinen Maßstab deutlich von der Altstadt unterscheidet – es weist größere Gebäude mit weiteren Freiflächen auf –, wird der Übergang durch den stufenweise ansteigenden Westflügel sanft vermittelt. Dagegen stellen die Kernwandgebäude, hier in einer recht bescheidenen Variante vorgestellt, im Norden und Osten eine klare Abgrenzung und einen Rahmen für das Rathaus dar. Trotz dieser formalen Angleichung bleibt das Rathaus, insbesondere sein Sitzungsbereich, durch die Stellung im Mittelpunkt herausgehoben und zeigt so die ihm zugeschriebene zentrale Bedeutung für die Gemeinde.[399] Mit seinem von einem Schnittpunkt ausgehenden Trakten ähnelt es einem Koordinatensystem, so die von den Architekten gesuchte Verbindung zur weiteren Umgebung, dem „totalen Raum“, evozierend. Dass die Strahlen eines solchen Systems unendlich gedacht sind, passt zudem zu der Vorstellung von einer erweiterbaren, zukünftiges Wachstum einkalkulierenden Architektur, deren Grundlage die Unterscheidung von zentraler, dauerhafter und unverzichtbarer Infrastruktur und veränderlicher Anhängsel bildet. Tatsächlich hätten sich die Flügel in diesem Entwurf bei Bedarf verlängern lassen, und bis zum Erreichen der zugrunde gelegten Einwohnerzahl hätte man die Größe des Rathauses durch abschnittweises Bauen anpassen können.

Im weiteren Verlauf der politischen Diskussion erwies sich nicht nur diese umfangreiche Planung als nicht durchsetzbar, auch das Rathaus

---

399 Bakema selbst wählte für das Rathaus das Bild einer Spinne, deren Rumpf mit den wichtigen Funktionen dem Kern des Gebäudes entspreche, während die Flügel den Beinen glichen. Siehe Zeer progressief ontwerp van bouwmeester Bakema, unbez. Zeitungsartikel, Stadtverwaltung Ede.

selbst geriet in die Kritik. So gründete sich wenige Monate, bevor der Rat am 22. Oktober 1971 über den Bau beschließen sollte, eine Bürgerinitiative, die das geplante Gebäude als zu teuer ablehnte, zumal es nicht einmal alle städtischen Einrichtungen versammele.[400] Anstelle der offiziellen Kosten von 25 Millionen Gulden erwartete die Initiative durch die Baupreissteigerungen 37 Millionen, während sie einen Gegenvorschlag für maximal zwölf Millionen Gulden unterbreiten wollte. In einem Vortrag vor dem Rat erläuterte Bakema, die Argumentation in Marl aufgreifend, dass das Rathaus als Haus aller Bürger einer Gemeinde mehr bedeute als ein einfaches Bürogebäude. Außerdem biete sein Entwurf mit der Möglichkeit zur Erweiterung einen zusätzlichen Nutzen, ohne dass er teurer als ein von den Gegnern bevorzugtes Hochhaus komme.[401] In der entscheidenden Sitzung zeigte sich der Rat gespalten, wobei auch innerhalb der Fraktionen Uneinigkeit herrschte.[402] Dass dabei weniger die konkrete Gestalt des Rathauses als seine Kosten den Konflikt verursachten, kommt in dem nach langer Beratung mit der knappen Mehrheit von 18 zu 16 Stimmen beschlossenen Kompromiss zum Ausdruck, der dem Verfahren in Marl sehr ähnelte: Der Plan von van den Broek und Bakema wurde zwar angenommen, doch sollte vor der Zustimmung zur Finanzierung des Baus eine Kommission den Entwurf auf Einsparungsmöglichkeiten prüfen. Diese Kommission, der niederländischen Konsensdemokratie gemäß mit vier Ratsmitgliedern und vier Bürgern ohne öffentliche Ämter, darunter drei Unternehmer, besetzt, verringerte die Kosten, indem sie den längsten Flügel um 9,5 m reduzierte, den Bürgersaal und die Tiefgarage ersatzlos strich und die Anzahl der Büros erhöhte, so dass mehr Dienststellen verlagert werden konnten.[403] Um den Vorbehalten gegenüber der Gestaltung zu begegnen, wurden die massigen Aufzugstürme zwischen den Gebäudeabschnitten auf schmale Einzüge zurückgeführt und Büros bis in den Kernbereich hineingezogen, so dass der als „Verwaltungsbunker“ gescholtene Kern geöffnet wurde.

Als am 2. Januar 1974 endlich mit den Bauarbeiten begonnen wurde, bestand das Rathausprojekt im ersten Bauabschnitt, der am 28. April 1977 offiziell übergeben wurde und bis 1985 ausreichend Platz bieten sollte, nur noch aus dem Kern und dem längsten Flügel. Später hätte man zwei weitere, sehr kurze Trakte im Norden und Osten anbauen können, doch wurden diese Pläne nicht mehr umgesetzt.[404] Der gebaute Flügel (Abb. 24-25) setzt sich aus vier unterschiedlich langen,

---

400 Actiecomité is tegen het gemeentehuisplan, in: Edese Courant, 25.7.1971.

401 Prof. Bakema over gemeentehuisontwerp, in: Edese Post, 5.10.1971.

402 Kleine raadsmeerderheid voor bouw gemeentehuis, in: Edese Courant, 22.10.1971.

403 Edes „25-miljoen-bunker“ gaat niet door und Ede kriigt nu kleiner raadhuis, unbez. Zeitungsartikel vom 29. und 30.8.1972, Stadtverwaltung Ede.

404 Pläne NAi, Bestand van den Broek und Bakema, Werknummer 1445.

leicht seitlich und um ein halbes Geschoss gegeneinander verschobenen Abschnitten zusammen, die durch eingezogene Versorgungskerne mit Treppen und Aufzügen miteinander verbunden und ausgesteift sind. Trotz einer einheitlichen Gestaltung mit zurückliegenden Fensterbändern und Verkleidungen aus vorgefertigten Waschbetonelementen, die vertikale Streifen aus orangefarbenen Fliesen zieren, sind die Abschnitte ihrer Funktion entsprechend differenziert. Während der westlichste, direkt der Kirche gegenüberliegende die beiden Trausäle in einer aufgeständerten, vollständig verglasten Kanzel enthält, zeichnet sich der zweite durch das gläserne Erdgeschoss aus, das hinter einem langen Tresen die etwa dem Einwohnermeldeamt entsprechende Abteilung mit dem größten Besucherverkehr beherbergt. Der dritte, sich über die Straße hinweg erstreckende Abschnitt dient mit seinem Balkon gleichzeitig als Fußgängerbrücke und nimmt die über diese Brücke auch von außen, also auch nach Büroschluss, zugängliche Kantine auf. Schließlich stellt das vierte, mit seinen vier Geschossen höchste Teilstück, ein reiner Bürobau ohne Sonderflächen, den geschossgleichen Übergang zum Kernbau mit Empfangshalle, Ausstellungsräumen, Ratssaal sowie den Büros des Bürgermeisters, der Stadträte und der Hauptverwaltung her.[405]

Trotz der Bemühungen, das Rathaus „freundlicher“ zu gestalten, indem man die geschlossenen Wandflächen reduzierte und die Kanten der Gebäudeabschnitte im Flügel rundete, prägen die Waschbetonflächen die Ansichten, zumal gerade der große, doppelstöckige Ratssaal nur durch versteckte Oberlichter und schmale, schießschartenartige Fenster erhellt wird. Als besonderes Gebäude ist das Rathaus zwar durch seine ungewöhnliche Form und seine Lage mit Bezug zur Kirche und über einer Straße gekennzeichnet, doch lässt sich daraus kaum zwingend auf ein Rathaus schließen. Vor allem aber wirkt sich die Beschränkung des ursprünglichen Projekts anders als in Marl als Verstümmelung aus, weil die Konzeption der vierflügeligen Anlage letztlich aufgegeben wurde, so dass die Raumvorstellungen von van den Broek und Bakema, die Ankündigung von Erweiterungen und Wachstum, die Betonung des Rats- und Bürgersaals als Zentrum und schließlich die planmäßige Ausdehnung der Stadt an dem verbliebenen einen Trakt mit Ratsblock an einem Ende nicht mehr zu erkennen war. Stattdessen steht das Rathaus nun beziehungslos als ein Fremdkörper in der Umgebung, und die langgezogene Linie des Kernwandgebäudes wirkt eher trennend als begrenzend oder verbindend. Dass der zu Ausstellungsbereich, Büros des Gemeindevorstands und Ratssaal, also den höchst-

[405] In den Niederlanden werden die Bürgermeister nicht von der Kommune, sondern von der Krone nach einem System bestimmt, das dem landesweiten Parteienproporz entspricht, ohne dass jedoch der Bürgermeister der Mehrheitsfraktion der Gemeindevertretung angehören müsste. Insofern lässt sich hier eher von einer Gewaltenteilung sprechen als bei den deutschen Kommunen. Siehe Kapitel 6.1.

rangigen Räumen, führende Haupteingang an dem der Innenstadt entfernt gelegenen Ende situiert ist, erscheint so sinnlos, doch entspricht die Aufteilung immerhin insofern den Anforderungen der Benutzer, als die am häufigsten besuchte Abteilung diesseits der Straße liegt.

Noch deutlicher als in Marl zeigt sich in Ede ein grundsätzliches Problem bei den Entwürfen von van den Broek und Bakema: Anders als das Büro es mit seiner Überzeugung von wirtschaftlichem Wachstum sowie technischem und sozialem Fortschritt wahrhaben wollte, lässt sich die Zukunft nicht auf Jahrzehnte hinaus voraussagen, so dass eine langfristige Planung, so sinnvoll sie auch sein mag, kaum Erfolg verspricht. Gerade die technischen Bedingungen, aber auch architektonische Moden wechseln so schnell, dass man einer Erweiterung nach einem zehn oder zwanzig Jahre alten Plan einen Neubau vorzieht, zumal das Selbstverständnis der Architekten als Künstler und die Honorarordnung, die den kompletten Neuentwurf besser vergütet wissen will als die Ausführung eines bereits bestehenden, die Umsetzung alter Planungen behindern. Selbst die relativ kurzfristige Vorwegnahme von Entwicklungen für den ersten Bauabschnitt, wie sie insbesondere bei der Arbeit mit vorgefertigten Teilen nötig ist, gestaltete sich schwierig, weil die Einwohnerzahl schneller als erwartet zunahm und durch die Konjunkturkrise das Sozialamt mehr Mitarbeiter benötigte, so dass statt 240 schließlich 315 Mitarbeiter untergebracht werden mussten.[406]

5.3 Rathaus Terneuzen

Nach einem Entwurf aus den Jahren 1963/64 errichtete das Büro van den Broek und Bakema (mitarbeitende Architekten: L. Kruyne, D. Paul und J. Weber) zwischen 1969 und 1972 das Rathaus in Terneuzen[407] (Abb. 26), einer südlich der Westerschelde in der Provinz Seeland gelegenen Stadt. Obwohl Anfang der siebziger Jahre mit 17.000 Einwohnern verhältnismäßig klein, erwartete man für die folgenden Jahrzehnte eine Zunahme auf 30.000, und tatsächlich entwickelte sich Terneuzen als Seehafen mit Anbindung an Antwerpen und Gent sowie als bedeutender Standort der chemischen Industrie zu einer Stadt mit inzwischen rund 35.000 Einwohnern.[408] Die städtebauliche Situation ähnelte derjenigen in Ede, denn auch in Terneuzen sollten die westlich gelegene Altstadt und Erweiterungsgebiete im Osten verbunden werden, doch war eine weitläufigere Lücke zu füllen, und das neue Wohngebiet gehörte nicht zum Rathausentwurf. Nach Norden hin begrenzte der Deich der

---

406 Plekkringa 1977, S. 1_3f.

407 Siehe Gray 1981, S. 87; Van den Broek und Bakema 2000, S. 162f.; Smithson 1991, S. 114-123.

408 Gemeente Terneuzen, Terneuzen 1999, unpaginiert.

Westerschelde das Gelände, während im Südwesten die Wasserfläche einer ehemaligen Schleuse lag.

Um einen recht großzügig bemessenen, die Konstruktion aussteifenden Versorgungskern, der auf einem rechteckigen Grundriss außer technischen Räumen, Aufzügen, Toilettenanlagen und Leitungsschächten auch Archivräume enthält, gliedern sich unterschiedlich lange Flügel in der Weise, dass sie sich, wie riesige Quader oder Balken, aus dem Gesamtvolumen herauslösen und dabei zum Teil weit hervorragen. Den Geländeversprung durch den Deich ausnutzend, sind die Ebenen parallel zu ihm entlang einer ost-westlich verlaufenden Scheidelinie um ein halbes Geschoss gegeneinander versetzt, so dass die ohnehin komplexe Struktur kompliziert gerät. Da die Flügel zudem übereinander hinweg ausgreifen und ihre Länge von Geschoss zu Geschoss nach oben hin abnimmt, ergibt sich so eine dreidimensionale spiralförmige Bewegung. Die Konstruktion beruht auf einer Kombination von vorgefertigten Stützen, die im Abstand von 4 m den Kern umgeben, und mächtigen Trägern aus Spannbeton, die die extrem großen Überstände ermöglichen. Dennoch sind zwei – ausgesprochen dramatisch inszenierte – Stützen nötig, um die Enden des besonders weit auskragenden Westflügels abzufangen: Zwei bzw. vier sehr kurze, schmale Stützen tragen die Last über einen Unterzug mit gewaltigem Querschnitt auf eine bzw. zwei Hauptstützen hin ab.

Dieser Hang zu spektakulären Effekten vorgeblicher Schwerelosigkeit, der schon den Marler Bau kennzeichnete, prägt auch die Gestaltung der Fronten, indem die Außenkanten der Decken durchgängig mindestens durch einen schmalen Oberlichtstreifen von den darunterliegenden Außenwänden getrennt sind, so dass diese deutlich ihre alleinige Funktion als nichttragende Haut zeigen, während die schweren Geschossdecken zu schweben scheinen. Dies gilt insbesondere für den Westflügel, weil die Decke dort eine zusätzliche hohe Betonblende erhält, um den im südlichen Abschnitt gelegenen Ratssaal hervorzuheben. Relativ unprätentiöse Materialien – sichtbarer, vertikal geschalter Ortbeton, Glas und Betonsteine – betonen den Charakter als Nutzbau, und bedeuten eine Absage an Repräsentation im überkommenen Verständnis: Anders als in dem nur wenig älteren Rathaus in Marl entfällt hier die Verkleidung mit Naturstein, und die Betonsteine, die dort nur im Innenausbau des Kellers Verwendung fanden, werden nun unverputzt in den Außenwänden gezeigt. Dass die Verankerungen der Spannstähle an den Schmalseiten von Trägern und Betonplatten im Inneren sichtbar gelassen sind und sich im Außenbereich, nur geringfügig überdeckt, durch Vertiefungen abzeichnen, unterstützt den technischen Eindruck des Gebäudes.[409]

---

[409] Van den Broek en Bakema 2000, S. 162f.

Die grundlegende Struktur des Gebäudes gleicht dem ursprünglichen Projekt für Ede insofern, als in beiden Fällen Trakte um einen zentralen Kern herum angeordnet sind, wenn auch der Bau in Terneuzen der Größe der Stadt entsprechend kleiner und komprimiert ausfällt. Daher bot sich hier die Möglichkeit, die Flügel nicht nur horizontal um den Kern zu gruppieren, sondern auch in der Höhe zu stapeln. Mit der strukturellen Ähnlichkeit übernimmt das Rathaus in Terneuzen auch einen Teil der Bedeutungsdimension aus Ede: Wenn auch die Wirkung als Koordinatensystem durch die Verdichtung nicht mehr so stark hervorsticht, bleibt sie dennoch erkennbar. Darüber hinaus lassen sich auch hier die Flügel als verlängerbar vorstellen, so dass die Erwartung weiteren Wachstums demonstriert wird. Tatsächlich ist sogar der Nordteil des dritten Obergeschosses nur zu einem geringen Teil ausgebaut; zusätzlicher Raum könnte also schnell gewonnen werden, weil die Skelettkonstruktion, die wie eine überdimensionierte Pergola wirkt, bereits errichtet wurde.

Dass jedoch diese technisch realisierbare und vorgegebene Erweiterungsmöglichkeit ebenso wie die nur gedankliche Verlängerung der Trakte eher als Chiffre für die erwartete Zukunft dient, zeigt der Neubau, den das Büro Koen van Velsen zwischen 1993 und 1996 westlich von dem bestehenden Rathaus errichtete.[410] Mit seinen bis zu acht Geschossen und einer weitläufigen unterirdischen Anlage, die unter anderem der Anbindung an den Altbau dient, dürfte er das Raumangebot des Rathauses gut verdoppeln. Obwohl die Erweiterung formal mit dem einfachen, kompakten und wie aus gleichen Modulen zusammengesetzten Baukörper, der geschlossenen Außenhaut aus hellblauen Ziegelfeldern und den darin bündig eingelassenen Fenstern das genaue Gegenteil des Altbaus darstellt, weisen beide Gebäude Schifffahrtsmotive auf: Während van den Broek und Bakema mit der Kanzel und dem Balkon im obersten Geschoss sowie den relingartigen Geländern bekannte Elemente nutzen, wie sie zum Repertoire der „klassischen" Moderne gehören,[411] greift Koen van Velsen auf den neueren Typus des Containerschiffs zurück, indem er die Außenhaut betont glatt und undifferenziert gibt und durch die Wiederholung gleicher Einheiten die Vorstellung von Containern evoziert. Sowohl die Lage am Deich als auch die für die Stadt wichtige Rolle des Hafens, immerhin der drittgrößte der Niederlande, legte eine solche Gestaltung des Rathauses nahe.

In das Innere des Gebäudes gelangt man unter dem im ersten Obergeschoss weit ausladenden Ratssaal hindurch an der Südseite.

---

410 Zum Neubau ausführlich siehe Ids Haagsmaa und Hilde de Haan: Das zweite Rathaus von Terneuzen. Ein Erweiterungsbau mit unterirdischer Anbindung, in: Bauwelt, 88. Jg., 1997, Nr. 43/44, S. 2480-2485 und Stadskantoor in Terneuzen. Civic Offices in Terneuzen, Rotterdam 1997.

411 Bezeichnend erscheint ein Gemälde, das das Rathaus als Kriegsschiff präsentiert. Siehe Strauven 1990, S. 27.

Nach dem üblichen Muster enthält das Erdgeschoss die besucherintensiven Bereiche (Einwohneramt, Sozialamt und Zentralkasse), denen eine Empfangs- und Ausstellungshalle vorgelagert ist, während im ersten Obergeschoss die repräsentativeren Räume (Ratssaal, Büros und Sitzungszimmer des Bürgermeisters und der Stadträte, Trausaal) untergebracht sind. Die bereits konstatierte besonders aufwendige Gestaltung des Westflügels entspricht dabei der Raumverteilung, da sich hier mit dem Ratssaal und dem Dienstzimmer des Bürgermeisters die ranghöchsten Räume befinden. Zusätzlich wird der Ratssaal, ebenso wie der weitgehend verglaste Bürgersaal im obersten Geschoss, durch einen Balkon ausgezeichnet. Durch den halbgeschossigen Versatz der Stockwerke entstehen im Inneren enger verknüpfte Räume, weil sich dem Betrachter Durchblicke in das jeweils obere und untere Geschoss ergeben.

5.4 Technische Hogeschool Delft

Obwohl das Rathaus in Marl keine unmittelbaren Vorgänger unter den Entwürfen von van den Broek und Bakema besitzt, weist es doch einige Elemente auf, die die Architekten an anderen Bauten nutzten und die unabhängig von den jeweiligen Projektmitarbeitern quasi zum Standardrepertoire des Büros gehörten. So gibt es etwa die Verbretterung der Innenwände mit schmalen senkrechten Holzlatten bei dem Umbau des Rathauses in Brielle und dem Wohnhaus van Buchem, den Wechsel von klarem und Milchglas in den Fassaden findet man ganz ähnlich beim Montessori-Lyzeum und dem Gebäude des Senders Radio Nederland Wereldomroep in Hilversum (1949-56) oder etwas abweichend auch bei der Opstandingskerk und der Schule Brielle (1956), und die Vorliebe für aufgeständerte Gebäudeteile zeigt sich wiederum bei dem Lyzeum und dem Radiosender sowie der Einrichtung für geistig Behinderte in Middelharnis (1964-75). Sheddächer mit rechtwinkligen Querschnitten tauchen nicht nur über dem Eingang zum Zentralgebäude in Marl auf, sondern auch bei der Fabrik der Nederlands Kroonkurk Mij. N. V. sowie den Laboratorien für Heizungstechnik (1952-55) und Aero- und Hydrodynamik (1957-62) der Technischen Hochschule Delft. Selbst die Idee einer mit Abstand vor den Fassaden verlaufenden Abstützung durch Doppel-T-Träger, wie sie in der ursprünglichen Fassung der Marler Bürotürme vorgesehen war, wurde in dem kleinen Verwaltungsgebäude der Firma H. ten Cate Hzn & Co. in Almelo (1952-54)[412] bereits umgesetzt, wenn es sich hier auch noch nicht um eine Hängekonstruk-

[412] Siehe Kurt Hoffmann und Alex Pagenstecher (Hg.): Büro- und Verwaltungsgebäude. Eine internationale Auswahl kleinerer, mittlerer und großer Bauten, Stuttgart 1956, S. 22f.

tion handelte. Während diese Übereinstimmungen Details betreffen, sollen zwei Konstruktionsmerkmale, das Faltwerk und die Aufhängung der Turmgeschosse, näher untersucht werden, weil sie die Wahrnehmung des Rathauses prägen.

Seit Beginn der fünfziger Jahre entwarf das Büro van den Broek und Bakema eine Reihe von Gebäuden für den Campus der Technischen Hochschule[413] in Delft, an der zunächst van den Broek und später auch Bakema einen Lehrstuhl innehatten. Neben einigen kleineren Bauten ab Mitte der fünfziger Jahre, wie den bereits erwähnten Versuchsräumen und den Laboratorien für Metallkunde (1. Entwurf 1951, 1957-61) und analytische Chemie (1958-61), entstanden die Gebäude für die Abteilungen Bauingenieurwesen (1. Entwurf 1959, ab 1963) und Architektur (Entwurf 1956-64, Bau 1964-70) sowie das Hörsaalzentrum (1959-1966).[414] Dass das Büro Aufträge für die Universitätsbauten erhielt, noch dazu die besonders anspruchsvollen und renommierten für das eigene Fach und das Hörsaalzentrum als Kernstück der Hochschule, steigerte sicher das Ansehen des Büros, doch wirkt die Praxis der Universität befremdlich, so eigene Mitglieder zu alimentieren, zumal van de Broek etwa bei dem Wettbewerb um das Gebäude der Abteilung für Architektur gleichzeitig als Teilnehmer und als Juror beteiligt war.[415] Während die beiden Fakultätsgebäude relativ unspektakulär geraten[416] und im Hinblick auf das Marler Rathaus belanglos sind, weist das Hörsaalzentrum (mitarbeitende Architekten: J. M. A. de Groot, G. Lans, H. B. J. Lops) Parallelen zu dem Sitzungstrakt auf (Abb. 27-28).

Der komplizierte, entlang seiner Längsachse symmetrische Bau gliedert sich in drei Teile, die sich in der Seitenansicht abzeichnen. Nur der mittlere von ihnen reicht vollständig bis auf das Bodenniveau herab und enthält eine große Eingangshalle mit Garderoben und zwei großzügigen Treppen beiderseits eines durch alle Geschosse bis unters Dach reichenden Freiraums, eine Cafeteria im ersten und den Senatssitzungssaal sowie zwei kleinere Versammlungsräume im zweiten Obergeschoss. Westlich von diesem mittleren Abschnitt und damit zur Hauptstraße des neuen Campus hin erhebt sich auf ungefähr trapez-

---

413 1986 erfolgte im Rahmen einer landesweiten Neuregelung die Umbenennung von Technische Hogeschool in Technische Unversiteit. Siehe http://www.tudelft.nl.

414 Die Jahreszahlen bezeichnen Entwurf und Fertigstellung. Teilweise weichen die Angaben in Joedicke: Architektur, 1963; Architektur - Urbanismus 1976; Van den Broek en Bakema 2000 geringfügig voneinander ab, wobei die unabhängige Untersuchung in Van den Broek en Bakema 2000 zuverlässiger erscheint als die beiden anderen, büronahen Publikationen.

415 Van den Broek en Bakema 2000, S. 130.

416 So findet sich die bei der Architekturabteilung hervorgehobene Teilung in Bereiche unterschiedlicher Stockwerkshöhe (Büros und Zeichensäle) nicht nur bei dem entsprechenden Gebäude der TU Stuttgart, sondern auch der TH Eindhoven. Siehe Ulrich Conrads und Werner Marschall: Neue deutsche Architektur 2, Stuttgart 1962, S. 108-111; István L. Szénássy: Architectuur in Nederland 1960-1967, Amsterdam 1969, S. 85f., Abb. 82-85.

förmigem Grundriss das 1500 Personen fassende Auditorium maximum, das nur auf den aussteifenden und durchgehenden Versorgungskernen und zwei prismenartig gebrochenen Stützen 5 m über Bodenniveau ruht. In einer aufwendigen Spannbetonkonstruktion kragt die in ihrem Querschnitt schüsselförmige Bodenplatte über diesen Stützen 15 m weit aus, steigt dabei, die geneigte Anordnung der Sitzreihen im Inneren widerspiegelnd, um nochmals 5 m an und endet in einer umlaufenden Galerie. Auch der dritte Gebäudeabschnitt am entgegengesetzten, östlichen Ende des Baus ist aufgeständert, doch beträgt die lichte Höhe hier nur 3 m, und zudem sorgen eine Reihe von Zwischenstützen und die geringeren Auskragungen für eine weniger dramatische Ansicht. Im Inneren befinden sich vier Hörsäle, deren ansteigende Reihen 250 bzw. 350 Personen aufnehmen und sich außen als Schräge abzeichnen. Zwischen ihren fächerförmigen Grundrissen bleiben üppige Freiräume erhalten, die zusammen mit den breiten, an der Außenseite liegenden und vollständig verglasten Treppenaufgängen gerade durch ihr luxuriöses Raumangebot eine festliche Wirkung entfalten. Durch Dacheinschnitte dramatisch beleuchtet und mit einer auffälligen Konstruktion überdeckt, ergeben sich eigenartige, schiefwinklige Räume, die van den Broek zufolge scherzhaft als „Kabinett des Dr. Calighari“ bezeichnet wurden.[417]

Das Spannbeton-Faltwerk des Dachs entspricht mit seiner Dreiteilung der funktionalen Struktur des Gebäudes, wenn auch die einzelnen Abteilungen nicht exakt abgebildet werden. Über dem Auditorium maximum fallen die besonders ausgeprägten Falten, von den Versorgungskernen aus ohne Stütze 33 m weit frei auskragend, zur Westseite hin ab, so dass sich in Verbindung mit der Gegenbewegung der Bodenplatte und dem trapezoiden Grundriss eine Spitze ergibt. Den Übergang zu der abgesenkten und kleinteiligeren Fältelung des Mittelteils bilden Zugelemente, die das Dach des Auditorium maximum stabilisieren.[418] Über dem östlichen Drittel steigen die Falten mit einem Versprung wieder an und werden an der Schmalseite des Gebäudes in die Senkrechte überführt.

Noch deutlicher als bei dem zwei Jahre zuvor entworfenen Ratstrakt in Marl bemühen sich van den Broek und Bakema, verschiedene Räume in einer einheitlichen Großform unterzubringen. Obwohl diese, vermutlich wegen der Gesamtgröße und der unterschiedlichen Funktio-

---

417 Dettingmeijer u. a. 2000, S. 64.

418 Zur Konstruktion und zum Bauablauf ausführlich siehe H. van Dusschoten: Het auditorium voor de Technische Hogeschool te Delft. De constructie, in: Cement, 16. Jg., 1964, Nr. 3, S. 161-170; H. van Dusschoten: Het auditorium voor de Technische Hogeschool te Delft. De constructie van het dak, in: Cement, 16. Jg., 1964, Nr. 5, S. 270-274; G. J. Timmers: Het auditorium voor de Technische Hogeschool te Delft. Enkele aspecten betreffende de organisatie en de techniek van de uitvoering, in: Cement, 16. Jg., 1964, Nr. 4, S. 226-232.

nen, differenzierter ausfällt als bei der verhältnismäßig schlichten Gestalt in Marl, bleibt der Eindruck eines homogenen Bauwerks bestehen, das eben nicht in einzelne Flügel oder gar Pavillons zergliedert ist. Dabei spielt das Faltwerk zwar auch formal eine gewisse Rolle, indem es den Bau scheinbar gleichförmig deckt, doch gilt dies vorwiegend für die Außenansicht.[419] Für das Innere erscheint hier die Möglichkeit zur stützenfreien Überbrückung großer Vortragsräume wichtiger, während die Konstruktion in Marl durch die Oberlichter in den Zwischenwänden die Zusammengehörigkeit aller Räume auch im Inneren betont. Die aufwendige Aufständerung verzahnt bei beiden Gebäuden Bauwerk und Umgebung miteinander, indem sie halboffene Räume als Zwischenzone erzeugt, und ermöglicht Durchblicke auf der Höhe des Erdgeschosses. Allerdings kommt dieser Effekt nur begrenzt zum Tragen, denn ein fast 20 m hohes Bauwerk wirkt auch dann noch als Barriere, wenn es sich um 5 m vom Boden abhebt. Was in Marl die Haupttreppe unter dem Faltwerk bewirkt, nämlich den einladenden allmählichen Übergang von außen nach innen, schafft in Delft die von ihrem Rand nach innen zu abfallende auskragende Bodenplatte des Auditoriums, verringert sich doch hier die lichte Höhe zusehends zum Eingang hin, so dass sich eine trichterartige Wirkung einstellt.

Insgesamt entspringt die einprägsame, technisch aufwendige und durch das monolithische Äußere monumentale Gestaltung dem Bemühen, „Bauten der Gemeinschaft“, einerseits den ideellen Versammlungsort der Universitätsangehörigen, andererseits denjenigen der Gemeindevertreter, gegenüber der restlichen Bebauung abzuheben.[420] Wie die Rathäuser in Marl, Ede und Terneuzen soll das Hörsaalzentrum städtebaulich als Scharnier zwischen verschiedenen Siedlungsbereichen, hier dem alten und dem neuen Campus, dienen, wobei diese rein topographische Ebene über den Begriff „Mittelpunkt“ in die politisch-gesellschaftliche überführt wird. Allerdings erschließt sich die zentrale Lage angesichts der weit ausgedehnten Bezugsgebiete nur noch auf Karten oder Luftaufnahmen aus großer Höhe, so dass ihre Wirkung schon hier eine vermittelte bleibt. Durch den Kurzschluss von Topographie und gesellschaftlichen Verhältnissen sowie die Gleichsetzung von Gebäude und Institution, die sich teils in der fehlenden sprachlichen

---

419 Dies zeigt sich im Vergleich mit dem ersten Entwurf, der ein Hängedach über dem Auditorium maximum, einen Verwaltungsturm über dem Mittelteil und eigene Dächer über den Hörsälen aufwies. Siehe J[ohannes] H[endrik] van den Broek: Het auditorium voor de Technische Hogeschool te Delft. Stedebouwkundige en architectonische conceptie, in: Cement, 15. Jg., 1963, Nr. 12, S. 730-732, hier S. 730.

420 Van den Broek: auditorium, 1963, S. 731: „Het architectonische idee van het auditorium vindt zijn uitgangspunt in de overweging, dat dit gebouw het ideële middelpunt van de T.H. zou moeten zijn, waarin op hoogtij-dagen zich haar gemeenschap zou kunnen manifesteren.“

Differenzierung zeigt,[421] werden Vorstellungen gefördert, die im Rückgriff auf einen Idealzustand einen Teil der Wirklichkeit ausblenden. So verbirgt der Begriff der Gemeinschaft die Unterschiede in Interessen und Machtmitteln zwischen den universitären Statusgruppen, die nicht gleichberechtigt an den alle betreffenden Entscheidungen beteiligt sind, und um Rathäuser tatsächlich als Zentrum des Lebens in einer Gemeinde zu begreifen, müsste man von einem immerhin diskussionswürdigen Primat des Politischen ausgehen.

Gerade weil das Hörsaalzentrum der Technischen Hochschule in Delft eine Sonderstellung unter den Arbeiten van den Broeks und Bakemas einnimmt – so gilt es als „misschien wel de meest monumentale schepping van Van den Broek und Bakema“[422] und als ihr „meesterwerk“[423] –, macht es die Probleme ihres Ansatzes besonders augenfällig: Der Versuch, die unterstellte besondere Bedeutung durch eine extravagante Form zu vermitteln, führt schnell zu Manierismen, die gelegentlich mit recht fadenscheinigen Argumenten als durch die Bauaufgabe begründet ausgegeben werden, um den Normen des Funktionalismus zu genügen. In der Rezeption spiegelt sich die angestrengte Bildhaftigkeit der Architektur in Vergleichen, wenn etwa das Hörsaalzentrum als ein auf seinen Pfoten kauerndes Tier und das Faltwerk als Beton-Origami bezeichnet wird.[424] Dabei bleibt allerdings offen, inwieweit das Bild eines Tieres oder japanischer Papierfaltkunst das Wesen eines Hörsaalkomplexes ausdrückt.

5.5 Bürohäuser Nievelt / van Goudriaan / Veder, Het Parool

Noch auffälliger als das Faltwerk des Ratstraktes in Marl wirkt die Hängekonstruktion der Bürotürme. Dieses für das Rathaus zum ersten Mal verwirklichte Element kehrte in mehreren Entwürfen van den Broeks und Bakemas wieder, ohne dabei auf eine bestimmte Funktion beschränkt zu bleiben. So gehörten zum Rathaus für Offenburg (1962) zwei ganz ähnliche Bauten, und auch das Rathaus für Jerusalem (1964) verfügte über zwei Hängetürme. In dem Wettbewerbsbeitrag für die Stadt Ashdod in Israel (1965) nahmen die Punkthäuser Wohnungen auf, im Vorschlag für das Zentrum der Nordweststadt in Frankfurt am Main (1961) enthielten sie ein Hotel, Museen und eine Sonderschule, und für das Konferenzzentrum der Sociedad Immobiliaria y del Gran Kursaal Mari-

---

421 Bezeichnend erscheint die Auseinandersetzung um eine Sprachregelung für den im ehemaligen Reichstagsgebäude tagenden Bundestag. Siehe Thierse findet „Reichstag“ nicht zeitgemäß, in: tageszeitung, Nr. 5773, 27.2.1999, S. 5.

422 Dettingmeijer u. a. 2000, S. 63.

423 Szénássy 1969, S. 97.

424 Dettingmeijer u. a. 2000, S. 61: „Het ‚beest‘ dat zijn poten over de hoofdas van de wijk uitstrekt [...]“; Van den Broek en Bakema 2000, S. 149: „[...] het dak is betonnen origami.“

timo in San Sebastian (1964) sahen van den Broek und Bakema unter anderem Büros und Wohnungen vor. Alle Projekte weisen eine grundlegend gleiche Gestaltung bei den Hochhäusern auf, die der Marler Vorgabe entspricht; lediglich das Rathaus Jerusalem und die Bürotürme in Frankfurt am Main (1964), beide unter Beteiligung von A. Eidelman als Projektarchitekt entworfen, weichen davon ab, indem die Geschosse nur noch an zwei Seiten vom Kern auskragen, so dass sich der Grundriss und die Form des Pilzkopfes ändern. Mit dem Entwurf für Marl wurde bei der Preisvergabe im Februar 1958 die neuartige Hängekonstruktion zum ersten Mal einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt. Wohl um den Eindruck zu vermeiden, es handele sich um eine allzu gewagte und unerprobte Bauweise, verwiesen die Architekten mehrmals auf andere Projekte nach demselben Schema,[425] doch finden sich in dem 1963 erschienenen Werkverzeichnis nur zwei frühere Bauvorhaben mit dieser Konstruktion.

Das Bürogebäude für die Firmen Nievelt, van Goudriaan und Veder am Veerkade in Rotterdam ist dort als Projekt aus dem Jahr 1956 bezeichnet und mit einem Modellfoto abgebildet, das einen achtgeschossigen Hängeturm nach Marler Muster über einer dreigeschossigen, zweifach gewinkelten Flachbebauung zeigt.[426] Tatsächlich trägt es eine niedrigere Werknummer als Marl (1159 statt 1185), was auf einen früheren Bearbeitungsbeginn hinweist, und die ersten erhaltenen Pläne datieren vom 29. Oktober 1956.[427] Allerdings geht die Planung in dieser frühen Phase noch von einem recht konventionellen, parallel zur Straße gestellten Scheibenhochhaus mit einem rechtwinklig daran anschließenden, zweiflügeligen Flachbau aus. Im Januar 1961 kommt es zu einem Planwechsel, bei dem die Scheibe, um 90 Grad gedreht, den Mitteltrakt bildet und sich nach oben hin verbreitert, und erst im September und Oktober desselben Jahres entstehen Entwürfe mit zunächst noch zwei Türmen, die sich über der im Grundriss unverändert gebliebenen niedrigen Bebauung erheben. Mit ihren markanten Pilzköpfen, den abgetreppten Hängern und den Grundmaßen von 7,5 mal 10 m für den Kern und 20 mal 20 m für die Geschosse wirken die Türme wie Zwillinge der Marler Bauten, denen sie, anders als es das Foto im Werkverzeichnis suggeriert, erst folgen. Der Grund für das Bemühen um eine möglichst frühe Datierung mag in der nach Bekanntgabe der Wett-

---

425 So etwa in der Wettbewerbserläuterung: „Diese Konstruktion ist von uns geprüft worden und wird auch für andere Zwecke realisiert werden.“ (architektur wettbewerbe 1958, S. 21), oder bei Bakemas Vortrag vor dem Rat des Amtes Marl: „Hier aber sind die Türme in einer Konstruktionsart entwickelt, die wir in unseren Büros erprobt haben und die auch in letzter Zeit in anderen Entwürfen bearbeitet worden sind.“ Sitzung des Rates des Amtes Marl am 14. Juli 1958, SAM 86/774.

426 Joedicke: Architektur, 1963, S. 212. Als Projektmitarbeiter wird Johannes Boot benannt.

427 NAi, Bestand van den Broek und Bakema, Werknummer 1159 (Mikrofiches).

bewerbsergebnisse aufkommenden Diskussion um die Urheberschaft und die Patentrechte an der Hängekonstruktion liegen.[428]

Eine korrektere Behandlung im Werkverzeichnis erfährt dagegen das Gebäude für die Zeitung „Het Parool“ in Amsterdam, stimmt hier doch die Abbildung des Hängeturms mit dem ersten der beiden erwähnten Entwurfsstadien (Abb. 29) überein.[429] Für ein Grundstück inmitten der Amsterdamer Altstadt entwarf das Büro – Projektarchitekt war Joop Rijnsdorp – einen Komplex aus einem dreistöckigen, weitgehend gläsernen Empfangsgebäude, einem zurückgesetzt darüber aufragenden Hängeturm mit Büros und einem dahinter gelegenen Flachbau für die Druckerei. Obwohl die Zeichnungen aus dieser Planungsphase bis auf eine Ausnahme nicht datiert sind,[430] deutet auch hier bereits die niedrige Werknummer 1151 auf eine frühe Arbeit hin. Ein kleinformatiger Plan mit Ansicht, Schnitt und Grundrissen des Turms mit dem Datum des 21. März 1957 bestätigt diese Einschätzung[431] und belegt, dass die Bürotürme nicht eigens für den Marler Wettbewerb entwickelt wurden, da die Amtsverwaltung die vorläufigen Einladungen hierzu erst zwei Monate später versandte.[432] Zwar sind die Büros noch anders angeordnet, und auch der Kerngrundriss unterscheidet sich von der Variante in Marl, doch nimmt der Amsterdamer Entwurf ansonsten alle Elemente des späteren Wettbewerbsbeitrags vorweg: Die Fassaden, der Pilzkopf, die Anzahl der Hängeglieder, der quadratische Grundriss der Bürogeschosse und der rechteckige des Kerns entsprechen dem in Marl realisierten Vorhaben.

Während die Form des Turms konstant blieb, obwohl sich die Hängekonstruktion bei einem Kostenvergleich als die teuerste Lösung erwies,[433] wurden für das in der Fluchtlinie liegende Empfangsgebäude mehrere Versionen vorgeschlagen. In Anlehnung an die überwiegend giebelständigen Nachbarhäuser entstand so ein gefaltetes, teils von Oberlichtern durchbrochenes Dach, dessen Schnitt an der Straßenseite eine Reihe von Dreiecksgiebeln ergab. Bestanden die Giebelseiten hier weitgehend aus Glas mit Betonstützen als Rahmen, so erinnert ein

---

428 Siehe Kapitel 6.4, S. 229, Anm. 695 und S. 233.

429 Joedicke: Architektur, 1963, S. 213.

430 NAi, Bestand van den Broek und Bakema, Werknummer 1151, Brox/t 3490-3501, 3506-3511, 3519-3521, 3532-3536, 3569, 3998-4002.

431 NAi, Bestand van den Broek und Bakema, Werknummer 1151, Brox/t 3535. Die undeutliche Jahreszahl könnte auch 1967 bedeuten, doch erscheint dies angesichts der Projektentwicklung äußerst unwahrscheinlich.

432 Siehe Kapitel 3.2, Anm. 183.

433 Übersicht „Vergelijkende cijfers volgens van den Broek en Bakema“, NAi, Bestand van den Broek und Bakema, Werknummer 1151, Brox/t 3497. Vergleichsobjekte waren ein konventioneller Bau sowie eine neue Variante, die vermutlich einen auf einer aufgeständerten Bodenkragplatte aufgerichteten Bau vorsah, wie ihn Egon Eiermann 1968-72 für die Olivetti-Verwaltung in Frankfurt am Main errichtete. Siehe Monika Zimmermann: Wie Pilze aus dem Boden, in: Matthias Schreiber (Hg.): Deutsche Architektur nach 1945. Vierzig Jahre Moderne in der Bundesrepublik, Stuttgart 1986, S. 89-91.

anderer Entwurf mehr an den Marler Ratstrakt, indem er die Dachfalten in die senkrechten Seitenwände überführt, auf diese Weise gewaltige, zu ihren Fußpunkten verjüngte Stützen ausbildend. Da das Grundstück letztlich doch nicht so geeignet erschien – es bot kaum Erweiterungsmöglichkeiten und lag nicht besonders verkehrsgünstig – entschied sich der Bauherr für ein Gebäude nach neuen Plänen an anderer Stelle. Bei diesem Projekt an der Wibautstraat in Amsterdam wurde schließlich weder der Hängeturm noch das sich auf einer aufgeständerten Bodenplatte erhebende Hochhaus verwirklicht, vielmehr griff man auf einen einfachen konventionellen Bau zurück.

Der ursprüngliche Gebäudekomplex für „Het Parool“ resultiert in hohem Maße aus den örtlichen Bedingungen: Die Größe der Bürofläche legte auf dem beschränkten Grundstück ein Hochhaus nahe, das Bakema zufolge innerhalb der alten, durch Kirchtürme geprägten Stadt keinesfalls als Scheibe, sondern als Punkthochhaus gestaltet werden sollte, um sich trotz aller Neuartigkeit der Stadtsilhouette einzugliedern.[434] Am Fuß des Gebäudes seien „Übergangselemente“, so der für Bakemas Vorstellung eines dynamischen Raumkontinuums zentrale Begriff, zur Verbindung zwischen dem neuen Maßstab des Hochhauses und der umgebenden Altbebauung nötig. Auch wenn für die Kombination von Hoch- und Flachbau andere Möglichkeiten denkbar sind – wie etwa das Beispiel des Lever House (SOM / Gordon Bunshaft, New York 1952) zeigt –, so dass die Hängekonstruktion nicht quasi selbsttätig den besonderen Umständen des Baus entspringt, so erscheint sie doch in Amsterdam wesentlich plausibler als bei den großzügigen Platzverhältnissen in Marl: Was dort noch funktional einigermaßen begründet werden kann, lässt sich hier nur noch durch die besondere Bedeutung des Rathauses als vermeintliches Zentrum der Gemeinde rechtfertigen. Allerdings hätte die ungewöhnliche Form als Werbeträger für die Zeitung vermutlich keine geringe Rolle gespielt; in dieser Hinsicht, aber auch mit der einem Pfeiler nicht unähnlichen Gestalt präsentiert sich das Gebäude für „Het Parool“ als Nachfahre von Adolf Loos‘ Entwurf für die „Chicago Herald Tribune“ von 1922.

---

[434] Gray 1981, S. 90. Die Publikation beruht auf Texten Bakemas, die redaktionell überarbeitet wurden, so dass man eine große Nähe zu seinen Äußerungen annehmen darf. Siehe ebd., S. 1.

6 Vergleichsbauten

6.1 Bauaufgabe Rathaus

Üblicherweise beginnen Texte zur Geschichte des Rathausbaus mit der Behauptung, das Rathaus stelle eine der ältesten Bauaufgaben dar, und spannen dann den Bogen von der Antike bis in die Gegenwart. Wenn man unter einem Rathaus im weitesten Sinne den Sitz von entscheidenden politischen Gremien einer Stadt versteht, lässt sich tatsächlich eine gewisse Kontinuität bemerken, doch lenkt die allzu vereinfachende Feststellung des Parameters „Funktion" den Blick auf die vermeintlich allein wechselnde Form ab. Während die unterschiedlichen Ausprägungen des Gebäudes „Rathaus" genau beschrieben werden, finden die jeweiligen Inhalte, also die Art der städtischen Regierung und Verwaltung, kaum Beachtung, obwohl sie die Gestaltung des Rathauses mitbestimmen.

So unterscheiden sich Bouleuterion und Curia, die oft als Ausgangspunkt der Betrachtung dienen,[435] nicht nur in ihrer Struktur von späteren Rathäusern – es handelt sich um Saalbauten mit ansteigenden Stufenreihen, die bei der Curia an den Längsseiten, beim Bouleuterion U-förmig angeordnet sind –[436], sondern auch in ihrer Nutzung, fungierten sie doch ausschließlich als Versammlungsort der Gremien der Boule bzw. des Senats. Lediglich Archivräume und ein zentraler Altar für das Opfer der Hestia vor Beginn jeder Beratung ergänzten das Programm des Bouleuterions, das meist in enger räumlicher Verbindung mit dem Prytaneion als Ort für das Festmahl der geschäftsführenden Bouleuten stand und in römischer Zeit häufig mit dem Odeion zu einer Doppelnutzung verschmolz.[437] Vor allem aber sind die Abweichungen im Hinblick auf die Gesellschaftssysteme zu berücksichtigen, denn die antike Auffassung von Volksherrschaft stimmt mit der modernen nicht überein: Nur eine Minderheit der Bevölkerung genoss Bürgerrechte und war damit an der politischen Willensbildung beteiligt.[438] Die zeitweise überaus starke Betonung der Gleichheit vor der persönlichen Freiheit, die relativ große Autonomie der Polis und die direkte, nicht repräsentativ vermittelte Machtausübung unterscheiden die Verhältnisse in antiken griechischen

---

435 Etwa Falk Jaeger: Rathäuser, in: Deutsche Bauzeitung, 115. Jg., 1981, Nr. 2, S. 10-21, hier S. 11 oder der Eintrag „Rathaus" im Lexikon der Kunst, Bd. 6, München 1996, S. 36.

436 Doris Gneisz: Das antike Rathaus. Das griechische Bouleuterion und die frührömische Curia, Wien 1990, S. 282f., 296.

437 Gneisz 1990, S. 292.

438 Allerdings bleiben auch heute noch Teile der Bevölkerung von Wahlen ausgeschlossen, sofern sie als noch nicht mündig gelten oder nicht über die jeweilige Staatsangehörigkeit ihres Aufenthaltslandes verfügen. Dass im Rahmen der Europäischen Union dieses nationale Prinzip partiell durchbrochen wird, verringert die Zahl der Ausgeschlossenen lediglich.

Städten grundsätzlich von der Situation moderner Städte im Nationalstaat. Ohnehin wurde die antike Tradition mit dem Rückzug Roms aus Mitteleuropa unterbrochen, so dass bei dem erneuten Bedarf an Rathäusern Ende des 12. Jahrhunderts dieses Modell nicht mehr zur Verfügung stand.

Mit der Erhöhung landwirtschaftlicher Produktivität, der Durchsetzung technischer Neuerungen, der Steigerung des Fernhandels und dem Bevölkerungswachstum verschob sich der Schwerpunkt der Entwicklung vom Land in die Städte, deren Bürger, zahlreicher und wirtschaftlich stärker geworden, politischen Einfluss gewannen. Um für das Organ der bürgerlichen Regierung einen Platz zu schaffen, aber auch um dessen Macht zu demonstrieren, wurden entsprechende Gebäude benötigt. Geschah dies in Oberitalien recht früh, nachdem die lombardischen Städte in der Auseinandersetzung mit der kaiserlichen Zentralgewalt im Frieden von Konstanz 1183 eine weitgehende Selbständigkeit erreicht hatten, so entstanden in Deutschland im Lauf des 13. Jahrhunderts Rathäuser, die sich formal als Saalgeschossbauten an das Pfalzschema anlehnten oder aus der Zusammenfassung mehrerer Bürgerhäuser hervorgingen.[439] Anders als die vergleichbaren Bauten der Antike zeigten sie sich von einer Vielfalt an Nutzungen geprägt, zumal sie die einzigen öffentlichen Profanbauten darstellten: Sie dienten nicht nur als Versammlungslokal des Rates, sondern auch als Festsaal und beherbergten oft Archive, Gerichte, eine kontrollierte Waage sowie Verkaufsstände, deren Güter quasi unter den Augen des Rates geprüft und taxiert werden konnten. Diese Multifunktionalität spiegelt sich in den wechselnden Bezeichnungen als Tuchhaus, Gewandhaus, Richthaus oder Tanzhaus[440] und legte als Standort den Markt nahe, da sich so die Einrichtungen für den Handel konzentrieren ließen und der Markt im Sinne Max Webers strukturell und oft auch topographisch im Zentrum der Stadt lag.

Wiederum erscheint ein Hinweis auf die gesellschaftlichen Verhältnisse nötig, um der geläufigen Vorstellung einer ungebrochenen Traditionslinie zu begegnen:[441] Nur ein kleiner Teil der Einwohnerschaft ver-

---

439 Jürgen Paul: Das Rathaus, in: Werner Busch (Hg.): Funkkolleg Kunst. Eine Geschichte der Kunst im Wandel ihrer Funktionen. Bd. 2, München, Zürich 1987, S. 392-423, hier S. 399, 407f.

440 Rathäuser. Mit einem Vorwort von Fritz Täger, Dresden 1956, S. 6. Tägers Einleitung gehört zu den in den fünfziger und sechziger Jahren seltenen Dokumenten einer nüchternen, historisch korrekten Auseinandersetzung mit dem mittelalterlichen Rathaus. Offensichtlich erlaubte der historisch-materialistische Ansatz einen distanzierteren Blick auf das bürgerliche Phänomen Stadt.

441 So behaupten selbst die Herausgeber des grundlegenden und ansonsten zuverlässigen Sammelbandes zu Rathäusern im 19. Jahrhundert in ihrem Vorwort, das Rathaus sei seit dem Mittelalter „Ausdruck der freien, demokratisch regierten Stadt“. Siehe Ekkehard Mai, Jürgen Paul und Stephan Waetzold (Hg.): Das Rathaus im Kaiserreich. Kunstpolitische Aspekte einer Bauaufgabe des 19. Jahrhun-

fügte über den Bürgerstatus,[442] nämlich zumeist diejenigen, die ihn sich erkaufen konnten und ein Grundstück besaßen, so dass etwa Gesellen, Tagelöhner und Bettler ausgeschlossen blieben. Weder Frauen noch Angehörige religiöser Minderheiten verfügten über gleiche Rechte. Weil selbst unter den Bürgern nur wenige als ratsfähig galten, bildeten sich mehr oder weniger streng abgegrenzte Oligarchien aus. Schließlich entspricht das von Ort zu Ort sehr unterschiedliche Verhältnis der Stadt zu ihrem Landesherrn, zum Kaiser und zu den sie umgebenden Gebieten, das von wechselnden Rechten, Allianzen und Kriegen geprägt war, in keiner Weise der heutigen Situation der Städte.

In dem Maße, in dem die einzelnen Städte an Einfluss und an Eigenständigkeit gegenüber der Landesherrschaft verloren, ging mit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts auch die Bedeutung von Rathausbauten zurück,[443] doch wurden die Gebäude nicht etwa funktionslos, denn unterhalb der Landesebene blieben die städtischen Gremien erhalten. Sogar bemerkenswerte Neubauten entstanden und wurden, wie etwa in Mannheim (1700-1723) und Karlsruhe (1805-1825), in die planmäßige Anlage von Residenzstädten integriert, deren Bezugspunkt nun allerdings die Schlösser bildeten.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts führten die Industrialisierung und das Bevölkerungswachstum, das in den Großstädten durch die Landflucht verstärkt wurde, zu einer in diesem Ausmaß bis dahin unbekannten Vermehrung des öffentlichen Sektors. Da außerdem neue Aufgaben wahrgenommen werden mussten (z. B. Sozial- und Krankenversicherung, Versorgung mit Wasser, Gas und Strom) und andere Bereiche intensiver als früher betreut wurden (z. B. Stadtplanung und Kontrolle privater Bautätigkeit), verstärkte sich dieser Trend weiter,[444] so dass von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg etwa 200 größere Neubauten errichtet wurden,[445] um die wachsende Kommunalverwaltung unterzubringen. In groß angelegten Wettbewerben,

---

derts, Berlin 1982 (Kunst, Kultur und Politik im Deutschen Kaiserreich, Bd. 4), S. 8.

442 Thomas Fröschl: Rathäuser und Regierungspaläste. Die Architektur als Hauptinstrument republikanischer Selbstdarstellung in Europa und Nordamerika vom 16. zum 20. Jahrhundert, in: Dario Gamboni und Georg Germann (Hg.): Zeichen der Freiheit. Das Bild der Republik in der Kunst des 16. bis 20. Jahrhunderts, Ausst.-Kat. Bern 1991 (Europäische Kunstausstellung unter dem Patronat des Europarates, Bd. 21), S. 11-28, hier S. 11, gibt drei Prozent als Durchschnitt an, doch dürfte die Spannbreite je nach örtlichen und historischen Umständen recht groß gewesen sein.

443 Charlotte Kranz-Michaelis: Rathäuser im deutschen Kaiserreich 1871-1918, München 1976 (Materialien zur Kunst des neunzehnten Jahrhunderts, Bd. 23), S. 22.

444 Kranz-Michaelis 1976, S. 9-13.

445 Jürgen Paul: Das "Neue Rathaus". Eine Bauaufgabe des 19. Jahrhunderts, in: Ekkehard Mai, Jürgen Paul und Stephan Waetzold (Hg.): Das Rathaus im Kaiserreich. Kunstpolitische Aspekte einer Bauaufgabe des 19. Jahrhunderts, Berlin 1982 (Kunst, Kultur und Politik im Deutschen Kaiserreich, Bd. 4), S. 29-90, S. 30.

beginnend mit den Konkurrenzen in Hamburg (1854)[446] und Berlin (1857), suchte man nach Lösungen für die in ihrem Umfang völlig neue Bauaufgabe, zumal die preußische Städteordnung vom 19. November 1808, die andere Länder abgewandelt übernahmen, den Kommunen erstmals eine gewisse Unabhängigkeit von dem direkten staatlichen Zugriff gewährt hatte, so dass die neue Qualität der Selbstverwaltung eine entsprechende Gestaltung der Rathäuser nahe legte. Dabei bestand von Anfang an der Konflikt zwischen dem Lager derer, die das Rathaus als ein reines Verwaltungsgebäude begriffen und jeden höheren Anspruch als Verschwendung kritisierten, und der lokalpatriotischen Auffassung, das Rathaus müsse die Würde der Stadt repräsentieren.[447] Gerade bei den beiden frühen Wettbewerben traten diese unterschiedlichen Haltungen deutlich hervor, denn während in Hamburg ein aufwendiger Bau die Souveränität des Staates unterstrichen hätte, wäre ein allzu prächtiges Gebäude für die Kommune Berlin leicht als Konkurrenz zur Residenz Berlin verstanden worden.

In funktionaler Hinsicht diente das Rathaus überwiegend Verwaltungszwecken; andere Nutzungen, wie etwa die Ratskeller-Restauration, gelegentlich Polizeiwachen und Gewerbegerichte, belegten nur geringe Teile der gesamten Geschossfläche und waren in Randbereichen untergebracht. Wiewohl weiterhin Ort für Festveranstaltungen, war das Rathaus so nicht mehr von der Vielfalt an Funktionen geprägt, die es im Mittelalter und in der frühen Neuzeit besessen hatte, denn vormals integrierte Bestandteile, wie zum Beispiel das Gericht und die Warenniederlage, wurden institutionell und örtlich ausgegliedert.

Vor dem Hintergrund des Historismus griff man auch bei den Rathäusern selbstverständlich auf Formelemente früherer Architektur zurück. Da die untergeordnete Stellung der Städte während der zwei vorangegangenen Jahrhunderte ebenso wie die allgemeine stilistische Präferenz der Zeit einen Bezug auf die unmittelbarere Vergangenheit ausschloss, setzten sich zunächst neogotische, bald auch neorenaissancistische Bauten durch, und erst nach der Jahrhundertwende lehnte

---

446 Das Beispiel Hamburg illustriert, wie sehr die örtlichen Verhältnisse von den geschilderten allgemeinen Entwicklungen abweichen können: Obwohl Hamburg seine Unabhängigkeit behauptete und sogar den umstrittenen Status als Freie Reichsstadt im 18. Jahrhundert endgültig juristisch durchsetzte, kam es nicht zu einem aufwendigen Neubau. Vielmehr erweiterte man das bestehende Gebäude nach Bedarf. Siehe Hans-Jürgen Brandt: Das Hamburger Rathaus, Diss., Technische Hochschule Hannover 1955, S. 14-24; Ilse Rüttgerodt-Riechmann: Die mittelalterlichen Rathäuser in Hamburg, in: Volker Plagemann (Hg.): Die Kunst des Mittelalters in Hamburg. Aufsätze zur Kulturgeschichte, Hamburg 1999, S. 73-80. Nachdem das alte Rathaus im Jahre 1842 zerstört worden war, begann man erst 1886 nach zwei erfolglosen Wettbewerben mit einem Neubau, obwohl der Bedarf nach einem Zeichen staatlicher Eigenständigkeit angesichts der Reichsgründung sicher nicht gering war.

447 Paul 1982, S. 30.

man sich auch an barocke und klassizistische Formen an.[448] Während das gotische Vorbild das Ideal der freien Stadt des Mittelalters und die Einheit von Glauben und Reich evozierte und die norddeutsch-niederländische Renaissance, ebenso als nationaler Stil begriffen, als volkstümlich und spezifisch bürgerlich im Vergleich zur rational-konstruktiv wirkenden und eher sakral konnotierten Gotik galt,[449] bedeutet der Wechsel zu neobarocken Formen eine Abkehr vom bürgerlichen Modell der städtischen Architektur hin zu höfischen Mustern, in deren Übernahme sich auch die Durchsetzung bürgerlicher Herrschaft und die verschärfte Wendung gegen die Arbeiterschaft zeigen.[450]

Weitgehend unabhängig von der konkreten Fassadengestaltung etablierten sich Standards im Hinblick auf Struktur und Disposition der Bauten. So bestanden die größeren Anlagen zumeist aus vier einbündigen Flügeln um einen Innenhof, wie es auch bei anderen Verwaltungsgebäuden üblich war. Während im Untergeschoss der Ratskeller, Hausmeisterwohnungen, Lager und Heizungsräume untergebracht waren, nahm das Erdgeschoss die Dienststellen mit hohem Publikumsandrang (Kassen, Rechnungsämter etc.) und gelegentlich Läden auf. Im ersten oder zweiten Obergeschoss fanden die Räume für die obersten Beamten und die Versammlungssäle für die Gemeindevertretung und den Gemeindevorstand ihren Platz, und Archive und Zeichensäle belegten das Dachgeschoss.[451] Die Ausbildung von zwei Typen grenzte das Rathaus von anderen, staatlichen oder privaten Verwaltungsbauten ab, wobei der axialsymmetrische Typ mit seinem strengen Regelmaß vor allem den erhöhten Ansprüchen der großen Städte genügte, wohingegen sich der asymmetrisch-malerische wegen seiner Variabilität und der Adaption an ungünstige Grundstücke bei kleinen Städten besonders eignete.[452] Beide waren durch den figürlichen Schmuck am Außenbau und typische Attribute wie Glockenspiel, Uhr und vor allem einen Turm und ein ausgeprägtes Dach als Rathaus gekennzeichnet. Durch die historischen Vorbilder der Rathaustürme in Oberitalien und in Flandern gerechtfertigt, diente gerade der Turm trotz seiner funktionalen Nutzlosigkeit der Auszeichnung des Rathauses, dem durch die zunehmend größeren und höheren Bauten der Privatwirtschaft Konkurrenz erwuchs.

---

448 Kranz-Michaelis 1976, S. 100f.

449 Paul 1982, S. 47f.

450 Damus 1988, S. 46, 52; Klaus Schreiner: Die Stadt des Mittelalters als Faktor bürgerlicher Identitätsbildung. Zur Gegenwärtigkeit des mittelalterlichen Stadtbürgertums im historisch-politischen Bewußtsein des 18., 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, in: Cord Meckseper (Hg.): Stadt im Wandel. Kunst und Kultur des Bürgertums in Norddeutschland 1150-1650. Bd. 4, Stuttgart 1985, S. 517-541, hier S. 530.

451 Kranz-Michaelis 1976, S. 112f.

452 Damus 1988, S. 24f.

Obwohl die Rathäuser als Zeichen der gesamten Stadt verstanden werden sollten, wandten sie sich mit ihren ikonographischen Programmen an ein gebildetes Bürgertum, das die Abbildungen zu lesen verstand. Dieser Ansatz entsprach den gesellschaftlichen Machtverhältnissen insofern, als das Wahlrecht (Dreiklassenwahlrecht in Preußen, Pluralwahlrecht in Sachsen, Hessen, Oldenburg) den Wählern eine nach Höhe des versteuerten Einkommens unterschiedliche Stimmenzahl zuwies, so dass die Arbeiterschaft weitgehend ausgeschlossen blieb. Stattdessen dominierten bürgerliche Liberale die Gemeindevertretungen und stellten die Bürgermeister, wobei ihre Vorherrschaft auf kommunaler Ebene gewissermaßen eine Kompensation für den geringeren Einfluss im Bereich der höchsten staatlichen Führungspositionen darstellte.[453]

Der Erste Weltkrieg setzte dem Rathaus-Boom ein Ende, weil Geld, Baumaterialien und Arbeitskräfte fehlten, und nach dem Krieg galten andere Projekte, etwa im Schul- und Wohnungsbau, als vorrangig. Obwohl wegen der zusätzlichen Aufgaben (Invaliden-, Witwen- und Waisenfürsorge, Lebensmittelbewirtschaftung) mehr Büroraum benötigt wurde, kam es daher eher selten zu Neubauten. Von einigen Vorhaben abgesehen, die noch vor Kriegsanfang begonnen worden waren (z. B. Witten 1914-1926, Barmen 1912-1923), entstanden erst ab Mitte der zwanziger Jahre nach der wirtschaftlichen Stabilisierung größere Rathäuser, so die Bauten in Bochum (1926-31), Oberhausen (1927-30) und (Wilhelmshaven-)Rüstringen (1926-29).[454] Zwar gehören gerade die beiden letzten Gebäude mit ihrer expressionistischen Ziegelfassade, dem Verzicht auf historische Anleihen in den Einzelformen und mit der Betonung einfacher Baukörper in den Zusammenhang moderner Architektur, doch bleiben sie mit den großen Volumina und ihrem Schmuck (Zierverbände, Werksteingliederungen) traditionellen Vorstellungen von Monumentalität und Würde verhaftet; so konsequente Beispiele für Rathäuser im Sinne des Neuen Bauens wie Willem Marinus Dudoks Bau in Hilversum (1924-1929) gab es im Deutschen Reich nicht. Mit der Einführung von allgemeinen (die Frauen einschließenden), gleichen (die Gewichtung nach Vermögen abschaffenden), geheimen und unmittelbaren Wahlen bestanden nun erstmals die formalen Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilnahme aller Bürger und damit der meisten Einwohner im gesamten Reich.

Obwohl diese Rechte im Dritten Reich nicht mehr gewährleistet waren und nur wenige, kleinere Rathäuser tatsächlich gebaut wurden[455], gehörte das Rathaus zu den Bauaufgaben, die im Rahmen der Neugestaltung oder Gründung von Städten in die Achsen- und Foren-

---

453 Kranz-Michaelis 1976, S. 12f.
454 Siehe den unvollständigen Katalog bei Damus 1988, S. 355-369.
455 Damus 1988, S. 74.

planung miteinbezogen wurden. So schrieb die Stadt Witten 1938 einen Wettbewerb für eine Umgestaltung des zentralen Platzes und eine umfangreiche Erweiterung des gerade erst zwölf Jahre alten Gebäudes aus,[456] und auch in der Stadt des KdF-Wagens war ein Rathaus, wiewohl in randständiger Lage, vorgesehen.[457] Ein eigenes Heft in der Reihe *Architektur-Wettbewerbe* bestätigt, dass man den Rathausbau nicht als obsolet betrachtete, ihn jedoch als nachrangig gegenüber dem Parteihaus auffasste: In Analogie zu vermeintlichen mittelalterlichen Gegebenheiten sollte dieses wie die Kirche (!) mit einem Turm, jenes nur mit einem Dachreiter ausgezeichnet werden. [458]

In der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg standen andere Aufgaben im Zentrum des öffentlichen Interesses, wie die Sicherung der Infrastruktur und die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung und Wohnraum, so dass zunächst nur wenige Rathäuser errichtet wurden, obwohl die in den Innenstädten gelegenen Gebäude häufig beschädigt oder zerstört waren. Frühe Neubauten, wie die Rathäuser in Nordhorn (1950-52) und Böblingen (1951-52), führten die konservative Tradition aus der Zeit der Weimarer Republik und des Dritten Reichs ungebrochen fort, indem sie regionale Besonderheiten aufnahmen und historische Vorlagen im Sinne einer Versachlichung überarbeiteten.[459] Dass es sich hier um Kleinstadtrathäuser handelte, mag die konservative Tendenz verstärkt haben, denn das Stuttgarter Rathaus (1953-56)[460] gab sich trotz der kostbaren zweifarbigen Natursteinverkleidung in seiner Flächigkeit, dem fehlenden Schmuck, der Serialität der Achsen und den nahezu quadratischen, ungeteilten Fenstern wesentlich moderner.[461] Noch deutlicher bricht das Bezirksrathaus Berlin-Kreuzberg

---

456 Michael Zirbel: Das Rathaus in Witten. Geschichte und Augenblick, in: Jahrbuch des Vereins für Orts- und Heimatkunde in der Graftschaft Mark, 91. Jg., 1993, S. 99-130, hier S. 123f.

457 Siehe Dietrich Kautt: Wolfsburg im Wandel städtebaulicher Bilder, Wolfsburg 1983 (Texte zur Geschichte Wolfsburgs, Bd. 11), S. 27, 42-44; Werner Durth: Städtebau und Weltanschauung, in: Rosmarie Beier (Hg.): Aufbau West, Aufbau Ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit, Ostfildern-Ruit 1997, S. 35-49, hier S. 43.

458 Werner Knapp: Das Rathaus im Rahmen der Baugemeinschaft, in: Werner Knapp (Hg.): Architektur-Wettbwerbe. Bd. 5: Rathäuser, Stuttgart 1943, S. 3-7, hier S. 3-5.

459 Damus 1988, S. 137ff.

460 Deutsche Rathäuser, Frankfurt a. M. 1958, S. 61-63; Damus 1988, S. 143-145; Ute Fendel: Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland Ost und West. Ein Vergleich anhand kommunaler Repräsentativbauten, Diss., Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn 1996, S. 28, 31, 96f., 135.

461 Das provozierte einen Einspruch im konservativen *Baumeister*: Das Rathaus sei symptomatisch für den Unwillen der Architekten, der staatlichen Autorität entsprechende Gebäude zu liefern. Siehe Herbert Minte: Architektur und Staatsbewußtsein. Die Angst vor der Autorität. Eine zeitgemäße Betrachtung anläßlich der Einweihung des Stuttgarter Rathauses, in: Baumeister, 53. Jg., 1956, Nr. 7, S. 494, 496.

(1952-54, 1956-58)[462] mit überkommenen Rathaus-Vorstellungen: Skelettbauweise, Fensterbänder, großzügige Verglasungen prägen den asymmetrischen Komplex aus einer Hochhausscheibe und mehreren flacheren Trakten, die, leicht gegeneinander verwinkelt, einen bewegten Straßenraum bilden.

Als mit der steigenden Prosperität ab etwa der Mitte der fünfziger Jahre immer mehr Städte Neubauvorhaben angingen, stieg die Zahl der Publikationen an, die sich als Sammlung historischer Beispiele oder als Anleitung mit dem Thema beschäftigten.[463] Von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt), also quasi den Kommunen als Bauherren, in Auftrag gegeben, verdient das umfangreiche Gutachten *Grundsätze für den Bau von kommunalen Verwaltungsgebäuden*[464] besondere Beachtung. Während Überlegungen zur repräsentativen Funktion von Rathäusern nur am Rande angestellt werden und recht ungenau bleiben, nimmt die Darstellung von technischen Problemen breiten Raum ein. So werden von der Ausschreibung bis zur Möblierung, vom Achsmaß bis zur Beleuchtung und Heizung alle zur Konstruktion und Umsetzung gehörigen Aspekte ausführlich besprochen, um dem Bauherrn eine Grundlage zur Beurteilung von Entwürfen und Verfahren zu geben. Gleich der erste Satz des Vorworts offenbart die nüchterne, funktionalistische Herangehensweise des Auftraggebers:

> Verwaltungsgebäude sind räumliche Mittel zur Erfüllung von Verwaltungsaufgaben. Sie müssen daher so geplant werden, daß sie den Verwaltungszwecken gerecht werden.[465]

Im Vergleich mit ähnlichen Publikationen, die sich allgemein mit Bürobauten befassen,[466] ergeben sich daher kaum Unterschiede.

Da 80 bis 90 Prozent der Nettonutzfläche für Verwaltungszwecke benötigt wird[467] und die Sitzungssäle und Besprechungsräume für Rat

---

462 Herbert Rimpl: Verwaltungsbauten. Organisation, Entwurf, Konstruktion, ausgeführte Bauten und Projekte, Berlin 1959, S. 210f.; Fendel 1996, S. 25f., 95f.

463 Deutsche Rathäuser. Mit einer Einführung von H[einz] R[udolf] Rosemann, Stuttgart 1952 (Die schönen Bücher, Reihe B, Bd. 4); Architektur - Wettbewerbe. Bd. 19: Rathäuser und Stadthallen, Stuttgart 1956; Rathäuser. Mit einem Vorwort von Fritz Täger, Dresden 1956; Deutsche Rathäuser, Frankfurt a. M. 1958. Dass es sich hier nicht allein um ein deutsches Phänomen handelte, belegt der ausführliche Artikel R. D. Bleeker: Raadhuizen, in: Bouw, 15. Jg., 1960, Nr. 12, S. 330-355.

464 Werner Jähnig: Grundsätze für den Bau von kommunalen Verwaltungsgebäuden, Köln ^{2}1956. Zu dem Gutachtergremium zählte Rudolf Hillebrecht, der in Marl als Berater und Juror fungierte. Siehe Kapitel 3.2, S. 64f.

465 Jähnig ^{2}1956, S. 4.

466 Etwa Rimpel 1959; Eberhard Schnelle: Bürobauplanen. Grundlagen der Planungsarbeit bei Bürobauten, Hildesheim 1958.

467 Jähnig ^{2}1956, S. 29. Diese Schätzung erscheint ziemlich großzügig; tatsächlich dürfte der Anteil an Büroflächen gerade bei den Bauten in mittleren und großen Städten noch höher ausfallen. Damus 1988, S. 12, und Roland Ostertag: Rathäuser und kommunale Zentren, München 1974, S. 8, zufolge macht die Fläche des Sitzungssaals nur rund zwei Prozent der Gesamtfläche aus. Rudolf Hillebrecht: Über den Neubau von Rathäusern, in: Bauamt und Gemeindebau, 28. Jg., 1955,

und Ratsfraktionen sowie die Zimmer für Bürgermeister und Dezernenten so nur einen geringen Teil des gesamten Rathauses belegen, stellen Büroräume die Standardeinheit des Gebäudes dar; ihre Größe und Gestaltung bestimmen den Nutzwert und die Kosten in so hohem Maße, dass hierzu besonders ausführliche Ermittlungen angestellt werden. Ausgehend von den normierten Büromöbeln (Standardschreibtisch 1,56 m x 0,78 m, Stuhl mit Bewegungsraum, Registraturschrank und Aktenbock), ergibt sich ein Achsmaß von 1,95 m, das bei der üblichen Belegung mit zwei Sachbearbeitern pro Zimmer zu einer Raumbreite von 3,90 m führt. Wiederum aus den Möbelmaßen, den Verkehrsflächen und dem Platz für Türen zu Nachbarzimmern berechnet sich die empfohlene Raumtiefe von 5,30–5,50 m, die auch durch den maximal möglichen natürlichen Lichteinfall begrenzt wird, während die Raumhöhe, wohl in einem Kompromiss zwischen wirtschaftlichen und arbeitspsychologischen Erfordernissen, auf 3–3,50 m festgelegt wird.[468] Bei der so entstandenen Grundfläche von rund 21 m² entfallen je nach Belegung auf einen Arbeitsplatz 7 oder 10 m², ein Wert, der im Rahmen des Durchschnitts liegt.[469]

Obwohl mit Blick auf die Tendenzen im amerikanischen Bürobau schon Mitte der fünfziger Jahre der Großraum diskutiert wird, dessen Vorteile in der räumlichen Zusammenfassung aller mit einer Aufgabe Betreuten, in einem ungestörten Arbeitsfluss[470], der verbesserten Kontrolle der Beschäftigten und dem geringeren Flächenverbrauch lägen, plädiert das Gutachten der KGSt für kleine Räume mit maximal vier Personen, weil damit die Konzentrationsfähigkeit der Angestellten unterstützt und die Privatsphäre des Publikums gewahrt werde.[471] Auch demontable Zwischenwände, im Marler Wettbewerb ausdrücklich gefor-

---

Nr. 1, S. 9-11, hier S. 11, nimmt für den Rat einen Anteil von fünf bis acht Prozent der gesamten Nettonutzfläche an.

468 Jähnig [2]1956, S. 43-45. Rimpel 1959, S. 21f., kommt praktisch zu denselben Maßen; lediglich die Raumtiefe setzt er mit 6 m größer an. Robert Rosenkranz: Die Planung von Bürohaus-Neubauten durch den bürobetrieblichen Organisator, in: Das rationelle Büro, 6. Jg., 1955, Nr. 12, S. 465-570, hier S. 468f., weicht mit der quadratischen Grundfläche von 4,6 x 4,6 m ab, obwohl auch er von der gleichen Grundannahme ausgeht, und Schnelle 1958, S. 10, zeigt in seiner Übersicht, wie wenig die verwirklichten Bauten mit den Vorschlägen übereinstimmen.
Die Marler Büros beruhen auf einem Modul von 2 m und entsprechen damit dem in der Ausschreibung geforderten, den Grundsätzen der KGSt gemäßen Arbeitsachsmaß von 1,95 m.

469 Unter den 38 Beispielen gibt Rimpel 1959 bei 18 den Flächenbedarf pro Arbeitsplatz an. Er beträgt durchschnittlich 8,2 m².

470 In der Betonung von Bewegung zeigt sich die Übertragung der Rationalisierungsforschung von Frank B. und Lilian M. Gilbreth aus den zehner und zwanziger Jahren auf die Büroarbeit. Siehe Sigfried Giedion: Die Herrschaft der Mechanisierung. Ein Beitrag zur anonymen Geschichte, Frankfurt a. M. 1982 (Europäische Bibliothek, Bd. 8), S. 125-129.

471 Jähnig [2]1956, S. 42. Großräume werden mit Beginn der sechziger Jahre bei privaten Verwaltungsgebäuden eingesetzt. Siehe Ralf Lange: Vom Kontor zum Großraumbüro. Bürohäuser und Geschäftsviertel in Hamburg 1945-1970, Königstein i. Ts. 1999, S. 39f.

dert, besäßen keinen großen Nutzen, da sie in der Praxis nur äußerst selten versetzt würden.[472] Demgemäß empfiehlt das Gutachten die Skelettbauweise erst bei Bauten mit sechs und mehr Geschossen, da sonst der Massivbau günstiger ausfalle, die Flexibilität der Grundrisse für kleinere Kommunalverwaltungen nicht so wichtig sei und die Alterungsbeständigkeit von Skelettbauten noch belegt werden müsse.[473] In diesen Beurteilungen erweisen sich die Gutachter – in der Rückschau nicht unberechtigt – als relativ vorsichtig und Neuerungen gegenüber skeptisch.

Wegen der guten Raumausnutzung hält man zweibündige Anlagen für besonders vorteilhaft. Wie seit dem 19. Jahrhundert üblich, sollen die Bereiche mit hohem Publikumsverkehr im Erdgeschoss angeordnet werden, um den Besuchern die Orientierung zu erleichtern, lange Wege zu vermeiden und Störungen der Büroarbeit in den anderen Geschossen zu reduzieren. Auch die Verteilung der Dezernentenzimmer unterliegt nicht repräsentativen, sondern rationalen Vorgaben, wenn sie nicht in der Nähe der Räume von Verwaltungsleiter und Bürgermeister, sondern bei den jeweiligen Ämtern untergebracht werden.[474] Neben praktischen Hinweisen zu den Vor- und Nachteilen verschiedener Fensterarten (Dreh-, Schwing- und Wendeflügel), zu Schallschutzmaßnahmen (Dämmung gegen Luft-, Tritt-, Raum- und Körperschall, Doppelfenster) und zur technischen Ausstattung (u. a. Fahrstühle für acht Personen und Paternoster bis zum vorletzten Geschoss, um Dachaufbauten zu umgehen, zentrale Warmwasserheizung mit Heizkörpern in Fensternischen, Fernsprech-, Rohrpost- und Personensuchanlagen) nehmen arbeitspsychologische Überlegungen recht breiten Raum ein. So sei die ausreichende Beleuchtung mit Niederspannungsleuchtstofflampen mit gelblich-rötlichem Farbton ebenso leistungssteigernd wie die Verwendung kräftiger, nicht zu bunter Farben bei der Innenausstattung.[475] In den gleichen Zusammenhang gehört die Forderung nach höhenverstellbaren, gefederten Stühlen, einer Kantine für warme Mahlzeiten in der Mittagspause und kleinen Teeküchen auf den Etagen.[476] Sogar teure Klimaanlagen seien bei Lagen mit schlechtem Außenklima sinnvoll, da sich Leistungssteigerungen um 10 bis 20 Prozent erzielen ließen, wenn auch gelegentlich die verschlossenen Fenster Angstzustände hervorriefen.[477]

Das Marler Rathaus entspricht den Empfehlungen des Gutachtens sehr weitgehend, gehörten die *Grundsätze für den Bau von kommunalen Verwaltungsgebäuden* doch zu den Wettbewerbsunterlagen. So

---

472 Jähnig [2]1956, S. 45.
473 Jähnig [2]1956, S. 31.
474 Jähnig [2]1956, S. 47.
475 Jähnig [2]1956, S. 67-69, 62f.
476 Jähnig [2]1956, S. 58, 49.
477 Jähnig [2]1956, S. 84f.

stimmen etwa die Maße der Arbeitsachse und die Zimmergrößen ungefähr überein, die Raumdisposition folgt den Vorgaben, und auch die technische Ausstattung erfüllt die Anforderungen (z. B. Elemente zur zugfreien Belüftung, Außenjalousien, NL-Lampen, Heizung, Fahrstühle). Abweichungen resultieren aus ausdrücklich anders lautenden Programmforderungen, wie bei den versetzbaren Zwischenwänden, oder aus differierenden gestalterischen Vorstellungen der Architekten, so bei den eher kühlen und zurückhaltenden Farben im Inneren. Der Entwurf von van den Broek und Bakema zeigt sich damit auf der Höhe der Zeit, zumal er im Hinblick auf die Konstruktion weit über das Übliche hinausreicht.

Obwohl das Gutachten von dem funktionalistischen Ansatz durchgehend geprägt ist und das „prunkhafte Repräsentationsbedürfnis“ der Bauten aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg kritisiert[478], besteht es doch auf einer Sonderrolle des Rathauses gegenüber anderen Verwaltungsgebäuden:

> [...] es [kann] nicht Ziel der Verwaltungsvereinfachung sein, den Grundsatz aufzustellen, das Rathaus einer Stadt dürfe sich heute nicht mehr von anderen Verwaltungsgebäuden unterscheiden, bei seiner architektonischen Gestaltung hätten nur Gesichtspunkte der Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit eine Rolle zu spielen. Trotz der Wandlung des Begriffs „Rathaus“ [...] sollten die Städte im Interesse der Selbstverwaltung bemüht sein, dem Rathaus wieder die besondere Stellung unter den Verwaltungsgebäuden der Städte einzuräumen, die sie [sic] früher gehabt hat.[479]

Demgemäß wird zwischen dem Rathaus als Sitz der Gemeindevertretung und ihrer obersten Funktionäre einerseits und dem Stadthaus als Gehäuse der Kommunalverwaltung andererseits begrifflich getrennt. Die zentrale Lage des Rathauses in der Innenstadt sei trotz der hohen Grundstückspreise nicht nur wegen der günstigen Verkehrsanbindung wichtig, sondern auch, um das Rathaus in das Bewusstsein der Bürger zu rücken und seine Stellung als Mittelpunkt der Kommunalpolitik zu unterstreichen.[480] Im uneingestandenen Rückgriff auf vermeintliche Strukturen der mittelalterlichen Stadt hält man den Standort in der Nähe von Markt und Kirche für besonders geeignet, zumal auf kommunaler Ebene Wirtschaft und öffentliche Verwaltung eng verflochten seien. Auch im Äußeren müsse sich die herausgehobene Position des Rathauses als „vornehmstes Bauwerk“ spiegeln:

> Aufgabe ist, nach einer wesentlichen Ausdrucksform zu suchen, die dem Charakter des Rathauses in kommunalpolitischer Hinsicht gerecht wird. [...] Für jede Stadt soll das Rathaus zu einem Symbol

---

478 Jähnig ^{2}1956, S. 15.
479 Jähnig ^{2}1956, S. 25.
480 Jähnig ^{2}1956, S. 25-27.

> der Stadt und ihrer Selbstverwaltung werden. [...] Es soll ein vorbildliches Bauwerk sein, würdig und vornehm, aber nicht prunkvoll.[481]

Dabei könne ein Turm das Rathaus gegenüber anderen Gebäuden abgrenzen, weil er allgemein als typisch gelte, doch sei er funktional nicht zu rechtfertigen und im Wesentlichen eine Erfindung des 19. Jahrhunderts.

In der Widersprüchlichkeit des Gutachtens äußert sich ein Grundproblem beim Rathausbau nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Rathaus wird auf der Grundlage des Funktionalismus nach seinem Zweck beurteilt, der sich durch die dort hauptsächlich ausgeübte Tätigkeit bemisst. Wegen der enormen Ausweitung der öffentlichen Verwaltung gerät das Rathaus so zum Bürogebäude[482] und unterscheidet sich damit nicht mehr von Bauten der Privatwirtschaft, wiewohl die Ziele der Verwaltung – Steigerung des Gemeinwohls bzw. Profitmaximierung – differieren. Bemerkenswert erscheint, dass die Abgrenzung gegenüber Gebäuden der staatlichen Ebene (Polizeipräsidien, Arbeitsämtern, Regierungspräsidien, Ministerien), anders als noch im 19. Jahrhundert, keine Rolle spielt, weil sich der bürgerliche Machtanspruch im Staat durchsetzte, während er durch die wirtschaftlichen Konzentrationsprozesse offenbar als bedroht empfunden wird. Der funktionalistische Ansatz kam nicht nur aus finanziellen Erwägungen zum Tragen, garantierte er doch recht günstige Bauten, vielmehr verhalf ihm neben den allgemein verbreiteten ästhetischen und moralischen Vorbehalten gegenüber den Bauten des Historismus die Ablehnung der Architektur im Dritten Reich und in der DDR zum Durchbruch, zumal er als Reimport aus den USA quasi eine künstlerische Westbindung darstellte.

Dennoch bleibt es nicht bei dieser nüchternen Herangehensweise. Um dem behaupteten Primat des Politischen zu genügen, schreibt man dem Rathaus eine ganze Reihe von Eigenschaften zu, die es von anderen unterscheiden sollen; die Bedeutung des Rathauses solle also an seinem spezifischen Äußeren zu erkennen sein. Da allerdings beide Aspekte dieser Gleichung nicht näher bestimmt werden – weder erläutert man genau die Stellung von Rat und Verwaltung einer Kommune im politischen und gesellschaftlichen Kontext der Bundesrepublik, noch legt man konkrete Gestaltungsmerkmale eines Rathauses fest –, eröffnet sich ein weites Feld von Leerformeln und Behauptungen, die sich an den Gebäuden selbst nicht verifizieren lassen.[483] Selbst die wenigen

---

481 Jähnig [2]1956, S. 28.

482 Rimpel 1959, S. 12, 17, führt in seiner sehr genauen Gliederung verschiedener Arten von Verwaltungsgebäuden das Rathaus als eigenen Typ nicht mehr auf, sondern subsumiert es unter „Verwaltungsbauten mit großen Plenarsälen, Börsensälen, Versammlungs- und Schulungssälen“.

483 Die häufig pathetischen Texte erhalten gelegentlich fast kabarettistischen Charakter: „Es ist bei einem Rathaus eben das Besondere seiner Funktion und Aufgabe, das die Gestalt bestimmt. Gerade dies unterscheidet ein Rathaus vom üblichen Verwaltungsbau, nicht zuletzt in städtebaulicher Hinsicht.“ (Architektur - Wettbe-

Attribute, die noch als rathaustypisch gelten – Turm, Glockenspiel, Uhr und Balkon –,[484] werden entweder als unnütz abgelehnt oder finden, wie gerade Glockenspiel und Uhr in den fünfziger Jahren, an anderen Bauten in der Innenstadt Verwendung, so dass sie sich nicht mehr zur Distinktion eignen. Der oft erhobene Anspruch, es müsse einen eigenen, an seinem Aussehen erkennbaren Typus „Rathaus“ geben,[485] erscheint immerhin überzogen, da schließlich auch eine von Ort zu Ort völlig unterschiedliche Gestaltung denkbar wäre, die aber in Bezug auf die jeweilige Stadt das Rathaus gegenüber den anderen lokalen Gebäuden auszeichnete.

Etwas genauer äußert sich Rudolf Hillebrecht zu Beginn der Neubauwelle zur Bedeutung von Rathäusern. Nachdem er den Bau von Rathäusern gerechtfertigt hat, indem er auf die Erledigung der dringendsten Aufgaben (Errichtung von Schulen und Krankenhäusern), die wegen des Bevölkerungswachstums und neuer Betätigungsfelder nötige Ausweitung der städtischen Verwaltung und die vergleichsweise hohen Kosten durch die verstreute Unterbringung in angemieteten Gebäuden verweist, erläutert er das Ziel des Rathausbaus:

> Es handelt sich darum, in der Bürgerschaft das politische Faktum des Sich-selbst-Verwaltens durch den Bau des Rathauses sinnfällig zu machen und so zu verankern, daß der Rathausbau als ein persönliches Anliegen des einzelnen Bürgers empfunden wird und tägliche Geltung in uneingeschränktem positiven Sinne behält. Das ist eine schwere Aufgabe, und die Unbeliebtheit jeder Verwaltung heutzutage macht sie gerade als kommunale Bauaufgabe nicht leichter.[486]

Ganz im Sinne des Marler Bürgermeisters Heiland geht es also nicht nur um die Darstellung kommunaler Selbstverwaltung, sondern um deren Propaganda: Die Architektur des Rathauses soll die Zustimmung der städtischen Bevölkerung zu ihrer lokalen Regierung fördern. Dass sich hinter der vorwurfsvollen Klage über die „Unbeliebtheit der Verwaltung“ paternalistisches Gedankengut verbirgt – schließlich könnte es gute Gründe für die Ablehnung geben –, passt ebenso wenig zu der stets vorgetragenen demokratischen Haltung wie das Harmoniebedürfnis, das sich in dem Verlangen nach ständiger und uneingeschränkter Einigkeit zeigt. Ohnehin werden in den Äußerungen die zwei Ebenen der kommunalen Eigenständigkeit einerseits und der demokratischen Herrschaft andererseits oft miteinander vermischt, obwohl, wie der genauere Blick

---

werbe. Bd. 19: Rathäuser und Stadthallen, Stuttgart 1956, S. 5) Weitere treffende Beispiele werden analysiert bei Damus 1988, S. 16f.

484 Damus 1988, S. 153f.

485 So noch bei Damus 1988, passim.

486 Hillebrecht 1955, S. 10, erneut abgedruckt in: architektur wettbewerbe. Bd. 33: Rathäuser, Stuttgart 1962, S. 6-8.

auf Städte im Mittelalter ergibt, Unabhängigkeit oligarchisch organisiert sein kann.

Die Selbstverwaltung der Gemeinden im Flächenstaat geht auf die maßgeblich vom Freiherrn vom und zum Stein entwickelte preußische Städteordnung vom 19. November 1808 zurück, mit der die Städte dem unmittelbaren Zugriff der Regierung bedingt entzogen wurden. Im Grundgesetz ist sie zwar garantiert, doch gleichzeitig auf die örtlichen Angelegenheiten und durch den Rahmen der Gesetze beschränkt.[487] Obwohl die Gemeinden so nicht in die Staatshierarchie eingeordnet sind – ihr Handeln unterliegt nur einer Rechtmäßigkeitskontrolle, nicht einer Fach- oder Zweckmäßigkeitsaufsicht –, verfügen sie, anders als die Länder, nicht selbst über die Qualität des Staates: Ihre Handlungsfreiheit wird durch die von den Ländern gegebenen Gemeindeordnungen bestimmt, ihre Rechtsetzungsgewalt („Satzungen“) ist eingeschränkt, und an der Jurisdiktion sind die Gemeinden gar nicht beteiligt.[488] Die tatsächliche Verflechtung von Kommunen und Land durch Personen, Parteien und Aufgaben widerspricht der Vorstellung von kommunaler Eigenständigkeit, und besonders die finanzielle Abhängigkeit der Gemeinden, deren Einnahmen aus Realsteuern und dem ihnen zukommenden Anteil an der Einkommensteuer durchschnittlich nur 50 Prozent der nicht durch Gebühren gedeckten Ausgaben betragen, engt ihren Spielraum ein.[489] So hängen etwa Landeszuschüsse zu kommunalen Bauten von der Einhaltung der Landesbaurichtlinien ab.

Indem sie den Betroffenen, hier den Gemeindeangehörigen, Sonderrechte einräumt, die nicht allen Staatsbürgern zukommen, steht die Selbstverwaltung sogar in einem gewissen Gegensatz zum politischen Gleichheitspostulat des Grundgesetzes, so dass in grundlegenden normativen Bereichen der Gesetzgeber entscheiden muss.[490] Wenn auch die Dualität von Gemeindevertretung und Verwaltungsspitze eine Analogie zu Parlament und Regierung nahelegt, so lässt sich doch zwischen Legislative und Exekutive auf kommunaler Ebene nicht tren-

---

487 Art. 28 Abs. 2 GG: „Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung.“

488 Günter Püttner: Kommunale Selbstverwaltung, in: Josef Isensee und Paul Kirchhof (Hg.): Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 4: Finanzverfassung, bundesstaatliche Ordnung, Heidelberg 1990, S. 1171-1194, hier S. 1174, 1182.

489 Püttner 1990, S. 1191. Dass sich aus der veränderten Stellung der Städte Konsequenzen für die Rathäuser ergeben, erkennt schon Ulrich Bäte: Rathäuser, in: architektur wettbewerbe. Bd. 49: Verwaltung, Rathäuser, Bürobauten, Stuttgart 1967, S. IV-XVI, hier S. V.

490 Reinhard Hendler: Das Prinzip Selbstverwaltung, in: Josef Isensee und Paul Kirchhof (Hg.): Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 4: Finanzverfassung, bundesstaatliche Ordnung, Heidelberg 1990, S. 1133-1170, hier S. 1160.

nen, da der Gemeinderat nicht nur Satzungen beschließt, sondern auch Einzelentscheidungen fällt. Gerade auf die nach britischem Vorbild angelegte Direktorialverfassung, die in den Kommunen Nordrhein-Westfalens bis vor kurzem galt, trifft der Vergleich nicht zu, weil die Verwaltung ein als unpolitisch begriffener Direktor leitete, während der Bürgermeister als Vorsitzender des ihn wählenden Gemeinderats fungierte.

Trotz dieser Einschränkungen gilt die kommunale Selbstverwaltung als wichtiges Element des demokratischen Staatsaufbaus; das Bundesverfassungsgericht bezeichnet die Gemeinden gar als „Keimzelle der Demokratie“[491], und der Soziologe Edgar Salin behauptete in seinem von Architekten und Städteplanern in den sechziger Jahren überaus geschätzten Vortrag über „Urbanität“:

> Jedenfalls steht fest, daß keine Demokratie von einer staatlichen Zentrale aus gebaut und verwurzelt werden kann, sondern sie hat Bestand nur vom Boden der Selbstverwaltung der Gemeinde und der Stadt her. [...] Nur über den Stadtbürger führt der Weg zum Staatsbürger.[492]

Auf einer rein pragmatischen Ebene diene sie der Rekrutierung neuer Politiker, gleichzeitig stelle sie als „Schule der Demokratie“ ein Übungsfeld für die Staatsbürger dar,[493] wobei die pädagogischen Termini ein hierarchisches Gefälle zur „eigentlichen Demokratie“ verraten. Darüber hinaus besitzt sie im Verständnis des Bundesverfassungsgerichts eine kompensatorische Funktion, indem sie die im Grundgesetz fehlenden plebiszitären Elemente ausgleicht.[494]

Aus diesen hohen Ansprüchen – das Rathaus müsse die konkrete Stadt repräsentieren, ihre Unabhängigkeit demonstrieren und die demokratische Ordnung widerspiegeln oder sogar fördern – einerseits und aus den politischen und materiellen Verhältnissen andererseits entsteht ein Widerspruch, weil die Städte in ein Geflecht von Zwängen eingebunden sind, die sie sowohl gegenüber der staatlichen Ebene als auch gegenüber Wirtschaftsunternehmen verpflichten, und der Spielraum der Kommunalpolitik äußerst eng bemessen ist. Verschärft wird dieser Konflikt durch die funktionalistische Logik der Architektur, indem diese eher das mit anderen Bauaufgaben Vergleichbare, die Verwaltungsarbeit in Büros, abbildet als das dem Rathaus zugeschriebene Besondere. Die gängige Lösung besteht dann darin, den Ratssaal als den vermeintlich alleinigen Ort demokratischen Geschehens aus dem ansonsten weit-

---

491 Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Bd. 79, Tübingen 1989, S. 149.

492 Edgar Salin: Urbanität, in: Erneuerung unserer Städte. Vorträge, Aussprachen und Ergebnisse der 11. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Augsburg, 1.-3. Juni 1960, Stuttgart, Köln 1960 (Neue Schriften des Deutschen Städtetages, Bd. 6), S. 9-34, hier S. 32f. Bemerkenswert erscheint, wie sehr Salins Auslassungen zur Demokratie von der (Blut-und-) Boden-Metaphorik des NS geprägt sind („verwurzeln“, „Boden“).

493 Hendler 1990, S. 1166.

494 Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Bd. 79, Tübingen 1989, S. 150.

gehend konventionellen Bürokomplex auszugliedern und ihm eine besonders aufwendige Gestaltung angedeihen zu lassen.[495] Obwohl diese funktionale Scheidung auch aus konstruktiven Gründen nahe liegt, weil große stützenfreie Säle das gleichmäßige Raster der Büros stören und umständliche Abfangungen erfordern,[496] führt sie häufig nicht zu der gewünschten Aufwertung des Rates, da angesichts des Flächenverhältnisses von Büro- und Ratsflächen sogar ein luxuriöser Ratstrakt von der schieren Masse der Verwaltungsflügel dominiert wird. Darüber hinaus zeichnet sie Rathäuser eben nicht aus, denn auch andere Verwaltungen benötigen Vortrags-, Versammlungs-, Sitzungs- und Speisesäle, die oft in eigenen Annexbauten untergebracht sind.[497] Dagegen könnte bei einem umfassenderen Verständnis von Partizipation, das das Verwaltungshandeln als Bestandteil demokratischer Regierung begreift, die strikte Trennung entfallen: Wenn die Beanspruchung von Sozialhilfe oder die Erteilung eines Passes und die damit verbundene Freizügigkeit bürgerliche Rechte darstellen, so verdienen die entsprechenden Räume durchaus einen höheren Aufwand, zumal Sozialamt und Einwohnermeldeamt von den Bürgern einer Stadt überaus häufig frequentiert werden und sich so am ehesten eignen, die so oft beklagte Distanz zwischen Bürger und Verwaltung zu überwinden.[498]

Die Auffassung van den Broeks und Bakemas von einem bedeutsamen Funktionalismus, die sie unter dem Schlagwort „function of the form“ vertraten, kam dem Anspruch, das Rathaus müsse sich von einem Verwaltungsgebäude der Privatwirtschaft wesentlich unterscheiden, insofern entgegen, als sie gerade dem Wesen eines Bauwerks Ausdruck zu verleihen suchten. Indem sie den Bereich der Funktion, also etwa angepasste Achsmaße für die Büroarbeit, zweckmäßige Zuordnung der Gebäudeteile oder günstige Verhältnisse von Verkehrs- und Nutzflächen, als Ausgangspunkt nahmen und gleichzeitig die Bedeutung eines Rathauses als Sitz einer demokratischen Institution zur Entwurfsgrundlage erklärten, konnten sie den sonst auftretenden Widerspruch zwischen funktionalistischem Credo der Architekten und Verlangen der Auftraggeber nach Distinktion umgehen. Allerdings bleibt auch bei

---

495 Hillebrecht 1955, S. 11: „Um so wichtiger wird es sein, die Räume, die der eigentlichen Ratsarbeit dienen und deren Dasein dem Rathaus bis heute neben dem Namen auch seinen Rang verleiht, in der baulichen Gestaltung charakteristisch herauszuarbeiten. Ihnen sollte schon in der Grundrißanordnung und in der Grundrißform eine besondere Bedeutung beigemessen werden, die in der baulichen Gestaltung diesen Räumen eine Note gibt, die sie merklich von den Verwaltungsräumen unterscheidet.“

496 Damus 1988, S. 130f.

497 So etwa bei der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main, beim Statistischen Bundesamt in Wiesbaden und dem Bundeskriminalamt, ebenfalls in Wiesbaden. Siehe Rimpel 1959, S. 86, 94, 191.

498 Das Gutachten der KGSt plädiert stattdessen für einen Ratskeller, denn: „Er ist geeignet, die Verbindung des Bürgers zu seinem Rathaus zu vertiefen.“ Jähnig ^{2}1956, S. 52.

dieser Verlagerung des Anspruchs auf Ausdrucksvermögen in das eigene Konzept die Schwierigkeit, wie denn das Wesen eines Gebäudes zu erkennen und wie diese Erkenntnis architektonisch umzusetzen sei,[499] wenn man weder auf eine mehr oder weniger verbindliche, aus der Tradition heraus einem gebildeten Publikum verständliche Architektursprache zurückgreifen kann, in der etwa die Säulenordnungen nach antikem Vorbild mit Bedeutungen aufgeladen sind, noch auf eine allgemeine Evidenz stereometrischer Formen setzt, die sich der sensualistischen Auffassung zufolge jedem Menschen von Natur aus erschließen. Wenn also weder das alte Modell der Antike als letzter Instanz noch das der „Revolutionsarchitektur" greifen und auch die Geschichte im Sinne einer eklektischen Aneignung keinen Bezugspunkt mehr bietet, fehlt ein Code, um die – wie auch immer gewonnene – Bedeutung eines Bauwerks zu vermitteln.

Kritik an dem überzogenen und meist nicht eingelösten Anspruch auf Repräsentation höherer Werte wird nur sehr vereinzelt geübt. Ein sehr frühes Beispiel bilden die Auslassungen des Heidelberger Oberbürgermeisters Carl Neinhaus bei der Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages am 20. September 1957: Wenn immer noch Rathaus und Kirche als Dominanten bezeichnet und gestaltet würden, obwohl Verwaltung und Religion die Gesellschaft nicht mehr prägten, klafften Form und Inhalt auseinander. Statt sich auf sinnentleerte Monumente zu fixieren, solle man besser für ein Netz sozialer und kultureller Einrichtungen sorgen:

> [...] ich [könnte] mir vorstellen, daß bei der Planung in einer Stadt bewußt verzichtet wird auf Dominanten und Bekrönungen, und daß an ihre Stelle Schwimmbäder, Kinderspielplätze, Stadtbüchereien, sozialen und kulturellen Zwecken dienende Gebäude gesetzt werden, weitschichtig und ohne Anspruch eines einzelnen Gebäudes, überwölbend zu wirken.[500]

Damit greift Neinhaus ein Argument aus der Diskussion um Denkmale für den Ersten Weltkrieg aus der Zeit der Weimarer Republik auf, als Bruno Taut, wohl in Anlehnung an entsprechende Verfahren in Großbritannien und den USA, für die Errichtung von Bibliotheken oder neuen Städten als nützliche Male in Erinnerung an den Weltkrieg plädierte.[501]

---

499 Siehe Kapitel 5.1, S. 120f.

500 Architektur und Städtebau im Kräftefeld der Gesellschaft. Eine lebhafte Aussprache, in: Der Städtetag, N. F., 10. Jg., 1957, Nr. 11, S. 504-514, hier S. 506. Neinhaus amtierte in Heidelberg als Oberbürgermeister von 1929 bis 1945 und von 1952 bis 1958. Zunächst parteilos, trat er 1933 der NSDAP bei und gehörte nach dem Zweiten Weltkrieg der CDU an (Auskunft des Stadtarchivs Heidelberg). Seine Äußerungen gehören zu der Diskussion über Hillebrechts Vortrag über Architektur und Städtebau in Ost und West (Rudolf Hillebrecht: Architektur und Städtebau in Ost und West, in: Der Städtetag, N. F., 10. Jg., 1957, Nr. 9, S. 390-400). Siehe Kapitel 3.2, Anm. 187.

501 Meinhold Lurz: Kriegerdenkmäler in Deutschland. Bd. 4: Weimarer Republik, Heidelberg 1985, S. 54.

Erst nach der Reformschwelle der späten sechziger Jahre mehren sich zweifelnde Stimmen, wenn sie auch immer noch die Minderheit darstellen:

> Mit Begriffen wie Repräsentation und Symbolgehalt versuchte man – möglicherweise unbewußt –, Inhalte und Ansprüche über die Zeit zu retten, die längst versteinert und überholungsbedürftig waren [...] Wäre es nicht sinnvoller, diesen fraglichen und fragwürdigen Begriff „Repräsentation“ ganz aus dem Spiel zu lassen, ihn vielleicht einer nüchternen Überprüfung zu unterziehen und die Anforderungen an ein Rathaus auf anderen Ebenen, z. B. des Bedarfs, der Nutzerwünsche, der Tätigkeiten zu untersuchen und festzulegen?[502]

Während sich dieser Ansatz, vorwiegend auf funktionalistische Argumente gestützt, letztlich gegen die Vorstellung wendet, Architektur könne jenseits des pragmatischen Zwecks eine Bedeutung tragen,[503] halten die Mitglieder des Team X an der Ausdrucksfunktion fest. Bei einem Treffen, das 1974 in Rotterdam stattfand und unter anderem dem Rathausbau gewidmet war, bemängelten Alison Smithson und Giancarlo de Carlo den Entwurf von van den Broek und Bakema für das Rathaus von Terneuzen zwar, weil das Gebäude zu abseits liege und für die Bevölkerung nicht verständlich sei, doch erst Bakemas Tochter Brita verwies darauf, dass die Ursache für das Desinteresse der Bürger an der Kommunalpolitik nicht in der Qualität der Architektur, sondern in dem entmutigenden Mangel an Partizipationschancen liege.[504] Dagegen beharrten die Älteren auf der Notwendigkeit, mit der Architektur wenigstens ein Bild des Zukünftigen zu entwerfen, auch wenn die Bauten allein keine Gesellschaftsänderung bewirken könnten. Auf diese Funktion der Architektur, die nicht vom konkreten, sondern vom zukünftig möglichen, intelligiblen Menschen ausgehen müsse, ohne in eine Geschmacksdiktatur zu verfallen, hatte Adorno schon 1965 bei einer Werkbund-Tagung in Berlin verwiesen.[505]

Während das Verhältnis von Architektur und Demokratie, oder genauer die aussagekräftige Gestaltung von Gebäuden demokratischer Institutionen, im Hinblick auf Rathäuser nur selten und zumeist oberflächlich auf der Ebene schlichter Behauptungen behandelt wurde,[506] fand das Thema im Zusammenhang mit staatlichen Bauten häufiger

---

502 Roland Ostertag 1974, S. 8.

503 Später formuliert Ostertag dies noch deutlicher: Roland Ostertag: Anmerkungen zu Bauten der öffentlichen Hand, zu Verwaltungsbauten der öffentlichen Hand, in: architektur + wettbewerbe. Bd. 135: Bauten der öffentlichen Hand, Stuttgart 1988, S. 2-3.

504 Smithson 1991, S. 114-123. Zum Rathaus Terneuzen siehe Kapitel 5.3.

505 Theodor W. Adorno: Funktionalismus heute, in: Theodor W. Adorno (Hg.): Ohne Leitbild. Parva Aesthetica, Frankfurt a. M. 1967, S. 104-127, hier S. 120f.

506 Ausnahmen bilden hier vor allem die Untersuchungen von Damus 1988 und Charles T. Goodsell: The Social Meaning of Civic Space. Studying Political Authority through Architecture, Lawrence 1988. Letzterer betrachtet allerdings nur nordamerikanische Ratssäle.

Beachtung, wobei oft die Einweihung neuer Parlamentsbauten oder Jubiläen als Anlass dienten.[507] Dabei stehen den durch Architekten und Architekturhistoriker geprägten Untersuchungen, die von den Bauten Bedeutungen ablesen, eher deduktive Überlegungen von Rechts-, Politik- und Sozialwissenschaftlern gegenüber, die die Ansprüche des Staates an seine Darstellung betrachten. Vor allem diese Studien fallen durch ihre ausgesprochen konservative Tendenz auf.[508]

Indem sie einen demokratischen, von Meinungsvielfalt geprägten Staat wie die Bundesrepublik als defizitär darstellen – weil er auf die Zustimmung der Bürger angewiesen sei, könne er die Grundlage der eigenen Existenz nicht aus sich heraus sichern –, rechtfertigen sie Maßnahmen, um die Loyalität der Bürger zum Staat zu gewährleisten.[509] Dabei komme der Selbstdarstellung des Staates durch die Perso-

---

507 So etwa das vierzigjährige Bestehen des Landes Nordrhein-Westfalen bzw. der Bundesrepublik für den Sammelband Ingeborg Flagge (Hg.): Architektur des Staates. Eine kritische Bilanz staatlichen Bauens in Nordrhein-Westfalen von 1946 bis heute, Düsseldorf ^{2}1986 (Architektur in der Demokratie, Bd. 1) und das Themenheft des „Architekten“ 1989, Nr. 10, sowie der Neubau des Bonner Plenarsaals für die Veröffentlichung Ingeborg Flagge und Wolfgang Jean Stock (Hg.): Architektur und Demokratie. Bauen für die Politik von der amerikanischen Revolution bis zur Gegenwart, Stuttgart 1992.

508 Besonders deutlich zeigt sich dies in den Sammelbänden Helmut Quaritsch (Hg.): Die Selbstdarstellung des Staates. Vorträge und Diskussionsbeiträge der 44. Staatswissenschaflichen Fortbildungstagung 1976 der Hochschule für Verwaltung Speyer, Berlin 1977 (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 63); Jörg-Dieter Gauger und Justin Stagl (Hg.): Staatsrepräsentation, Berlin 1992 (Schriften zur Kultursoziologie, Bd. 12).
Der jüngere Band, aus einer Tagung unter Beteiligung der Konrad-Adenauer-Stiftung hervorgegangen, veranschaulicht die Folgen der zweiten „Wende“ der achtziger Jahre durch die Auflösung der DDR: Während das Kolloquium „Architektur und Demokratie“ im Juni 1989 (dokumentiert im „Architekten“ 1989, Nr. 10) noch sehr vorsichtig auslotet, ob überhaupt und wie sich *Demokratie* an Gebäuden ablesen lasse, verschieben Gauger und Stagl den Fokus auf einen eher beiläufig auch demokratischen *Staat* mit neuen Großmachtambitionen: „Es wäre ein Stück ‚Normalität‘, wenn auch im geeinten Deutschland vor dem Hintergrund seiner politisch postulierten neuen Rolle in Europa und der Welt wieder unbefangener über ein Mehr an staatsrepräsentativen Elementen nachgedacht werden könnte.“ (S. 7)

509 1967 zuerst veröffentlicht, stellt die Untersuchung von Robert N. Bellah: Zivilreligion in Amerika, in: Heinz Kleger und Alois Müller (Hg.): Religion des Bürgers. Zivilreligion in Amerika und Europa, München 1986, S. 19-41, ein relativ frühes Beispiel für diesen Gedankengang dar. Ebenso argumentieren Helmut Quaritsch: Vorwort des Tagungsleiters, in: Helmut Quaritsch (Hg.): Die Selbstdarstellung des Staates. Vorträge und Diskussionsbeiträge der 44. Staatswissenschaflichen Fortbildungstagung 1976 der Hochschule für Verwaltung Speyer, Berlin 1977 (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 63), S. 3-7, hier S. 3; Ulrich Sarcinelli: "Staatsrepräsentation" als Problem politischer Alltagskommunikation. Politische Symbolik oder symbolische Politik, in: Jörg-Dieter Gauger und Justin Stagl (Hg.): Staatsrepräsentation, Berlin 1992 (Schriften zur Kultursoziologie, Bd. 12), S. 159-174, hier S. 160; Heinrich Wefing: Parlamentsarchitektur. Zur Selbstdarstellung der Demokratie in ihren Bauwerken. Eine Untersuchung am Beispiel des Bonner Bundeshauses, Berlin 1995, S. 24; Dieter Murswiek: Verfassungsfragen der staatlichen Selbstdarstellung. Anmerkungen zur Staatspflege und zur staatlichen Selbstdarstellung im demokratischen Verfassungsstaat, in: Dieter Murswiek, Ulrich Storost und Heinrich A. Wolff (Hg.): Staat - Souveränität - Verfassung. Festschrift

nen und Handlungen der Amtsträger, Veranstaltungen (Feste, Paraden, Ausstellungen), Unterrichtungen (Regierungserklärungen, Vorträge, Schulunterricht) und eben auch Realien wie Wappen, Flaggen und Gebäuden eine wichtige Rolle zu, weil so der Staat das Bild, das die Bürger sich von ihm machen sollten, unmittelbar bestimmen und sich als sinnvoll und notwendig erweisen könne.[510]

Problematisch erscheint an dieser Auffassung schon die Prämisse, denn als defizitär lässt sich das gegenwärtige westliche Staatsmodell wohl nur vor dem Hintergrund einer Überhöhung des Staates[511] begreifen, bei der nicht mehr ein Gesellschaftsvertrag, sondern göttliche Macht den Ursprung der Staatlichkeit bildet. Nur wenn der Staat gegenüber den ihn konstituierenden Subjekten vorrangig ist, weil sein Dasein selbst schon einen Wert darstellt, den es auf jeden Fall zu erhalten gilt, bedarf es besonderer Stützen zur Existenzsicherung, denn andernfalls entfiele zusammen mit der auf Einsicht in seine Nützlichkeit basierenden Zustimmung durch die Bürger auch der Grund für den Staat, ohne dass dies einen größeren Verlust bedeutete. Der Begriff der „Selbstdarstellung“, die als gezieltes Mittel des unbedingten Staatserhalts empfohlen wird, geht auf eine Studie Erving Goffmans aus den späten fünfziger Jahren zurück.[512] Da Goffman jedoch lediglich das Verhalten von Individuen und kleinen Gruppen untersucht,[513] wäre zunächst zu klären, ob und wie sich das von ihm beobachtete Phänomen, dass Menschen ihre Wirkung auf andere zu kontrollieren versuchen, auf so komplexe Gebilde wie Staaten übertragen lässt; die umstandslose und unreflektierte Gleichsetzung jedenfalls wirkt fragwürdig,[514] zumal der Staat allenfalls in seinen Organen konkrete Gestalt gewinnt. In Verbindung mit der anth-

---

für Helmut Quaritsch zum 70. Geburtstag, Berlin 2000 (Schriften zum Öffentlichen Recht, Bd. 814), S. 307-332, hier S. 308f.

510 Helmut Quaritsch: Probleme der Selbstdarstellung des Staates, Tübingen 1977 (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, Bd. 478/479), S. 17.

511 Frank Hatje: Repräsentation der Staatsgewalt. Herrschaftsstrukturen und Selbstdarstellung in Hamburg 1700-1900, Basel, Frankfurt a. M. 1997, S. 59f., erklärt die Hypostasierung des Staates aus der im 19. Jahrhundert ungeklärten Souveränitätsfrage: Da weder der Monarch noch die Volksvertretung über Souveränität im Sinne einer *summa potestas* verfügten, sei der Staat selbst, und damit konkret vor allem die Verwaltung, zum Träger der souveränen Staatsgewalt geraten.

512 Erving Goffman: The Presentation of Self in Everyday Life, New York 1959, siehe Quarisch: Probleme, 1977, S. 7f.

513 Die Studie verwertet unter anderem die Ergebnisse eines Jahres der Feldforschung auf einer der kleineren Shetland-Inseln. Goffman beginnt sein Vorwort folgendermaßen: "I mean this report to serve as a sort of handbook detailing one sociological perspective from which social life can be studied, especially the kind of social life that is organized *within the physical confines of a building or plant*." (Goffman 1959, S. XI; meine Hervorhebung, S. K.)

514 Stagl erkennt immerhin die Notwendigkeit einer Begründung, doch fällt diese dann ausgesprochen naiv aus: „Staaten lassen sich ja überhaupt in vieler Hinsicht mit Einzelmenschen vergleichen.“ Siehe Justin Stagl: Zur Selbstdarstellung des Staates in primitiven "Demokratien", in: Jörg-Dieter Gauger und Justin Stagl (Hg.): Staatsrepräsentation, Berlin 1992 (Schriften zur Kultursoziologie, Bd. 12), S. 21-36, hier S. 24.

ropologischen Grundannahme, der Mensch sei ein egoistisches und weniger durch Vernunft als durch Gefühle gelenktes Individuum, das, anders als Aristoteles' zoon politikon, zum Zusammenschluss mit anderen gezwungen werden müsse, bewirkt also erst die Vergöttlichung des Staates den Zwang zur Selbstdarstellung,[515] wobei der im Sinne der lateinischen ursprünglichen Bedeutung „Vergegenwärtigung" synonym gebrauchte Begriff „Repräsentation" durch die deutsche Konnotation von gesellschaftlichem Aufwand und würdigem Auftreten zusätzliche Weihe verleiht und in einer repräsentativen, d. h. nicht direkten Demokratie ganz selbstverständlich erscheint.

Lenkt man jedoch den Blick von dem homogenen Abstraktum Staat auf einzelne Personen oder Organe, so lässt sich sehr wohl die Doppelstruktur politischen Handelns erkennen, das immer instrumentell und expressiv gestaltet ist.[516] Weil Politik einen kommunikativen Prozess darstellt und Kommunikation der Zeichen bedarf, enthält jeder politische Akt ein gewisses Maß an Zeichenhaftigkeit; „reine", allein auf die sachgerechte Umsetzung zielende Politik erscheint so unmöglich.[517] Allerdings bestehen unterschiedliche Grade darin, wie sehr eine Handlung von dieser Bedeutungsdimension geprägt ist: Die Veröffentlichung eines Gesetzestextes und Kranzniederlegungen an Denkmälern haben in dieser Hinsicht nur wenig miteinander gemein.[518]

Als besonders geeignet gilt die Selbstdarstellung durch Gebäude, da sie auch bei der Abwesenheit von Personen eine Wirkung ausüben, auf Dauer angelegt sind und sich symbolisch aufladen lassen.[519] Gerade dauerhafte Symbole können als Verdichtung komplexer Zusammenhänge eine Einheit stiftende, den Staat festigende Funktion übernehmen, indes müssen auch hier Sender und Empfänger, oder besser die

---

515 Harry Pross: Der symbolische Aspekt des Staatsdienstes in der Demokratie, in: Helmut Quaritsch (Hg.): Die Selbstdarstellung des Staates. Vorträge und Diskussionsbeiträge der 44. Staatswissenschaflichen Fortbildungstagung 1976 der Hochschule für Verwaltung Speyer, Berlin 1977 (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 63), S. 51-63, hier S. 60: „Eine mythische Größe ‚Staat' erzwingt einen dauernden Darstellungszwang von etwas, das nur in der Darstellung ist."

516 Murray Edelman: Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt a. M. 1976, S. 10.

517 Ulrich Sarcinelli: Politische Inszenierung im Kontext des aktuellen Politikvermittlungsgeschäfts, in: Sabine R. Arnold, Christian Fuhrmeister und Dietmar Schiller (Hg.): Politische Inszenierung im 20. Jahrhundert. Zur Sinnlichkeit der Macht, Wien, Köln, Weimar 1998, S. 146-157, hier S. 150.

518 Ohne eine solche Differenzierung gerät leicht die Darstellung von Politik soweit in den Vordergrund, dass ihr Inhalt an Bedeutung verliert, so etwa bei Sarcinelli 1992, S. 160ff., der nicht zwischen Zeichen und Symbol trennt. Dass die Beherrschten als anthropologische Konstante ein Bedürfnis nach Zurschaustellung staatlicher Macht besäßen (Sabine R. Arnold, Christian Fuhrmeister und Dietmar Schiller: Hüllen und Masken der Politik. Ein Aufriß, in: Sabine R. Arnold, Christian Fuhrmeister und Dietmar Schiller (Hg.): Politische Inszenierung im 20. Jahrhundert. Zur Sinnlichkeit der Macht, Wien, Köln, Weimar 1998, S. 7-24, hier S. 11), wirkt reichlich übertrieben.

519 Hatje 1997, S. 25f., 72.

Akteure der Kommunikation, genauer bestimmt werden, erweist sich doch dabei, dass es sich meist um Versuche der Sinnstiftung handelt, die nicht unwidersprochen bleiben.[520] Schließlich lässt genau die Vielschichtigkeit der Symbole konkurrierende Deutungen zu. Wenn etwa die „Symbolverachtung der Weimarer Republik" für das Scheitern des Staates verantwortlich gemacht wird,[521] so ist dies nicht nur sachlich falsch, weil tatsächlich ein umfangreiches Programm politischer Inszenierungen mit dem Reichskunstwart als zentraler Institution existierte,[522] vielmehr zeigt sich in der Beurteilung des Flaggenstreits eine Verwechslung von Ursache und Wirkung, denn auch die formale Durchsetzung der schwarz-rot-goldenen Fahne hätte die anti-demokratische Haltung weiter Bevölkerungskreise kaum verändert.

Obwohl mit der Frage staatlicher Selbstdarstellung eng verknüpft, verschiebt sich der Schwerpunkt bei der Diskussion darüber, wie sich *Demokratie* in ihren Gebäuden äußere, von der gezielten Bindung des Bürgers an den Staat zu seinem Anspruch auf angemessene Spiegelung seiner Rolle als Souverän; nicht die Abwehr der Anarchie, sondern des Obrigkeitsstaates bildet dann den Hintergrund der Überlegungen. Während dabei die Ebene der Produktion, also die Frage, auf welche Weise Architektur demokratisch entstehen kann, meist vernachlässigt wird,[523] betont man die Ausdrucksfunktion und die didaktisch-manipulative Absicht, d. h. die Forderung, dass Architektur demokratisch aussehen und demokratisierend wirken müsse. Dass sich gerade diese beiden Aspekte so eng miteinander verbinden, resultiert aus der Vorstellung, die Form wirke über die Sinne auf den Menschen ein und könne zur moralischen Besserung des Menschen beitragen. Eine *architecture parlante* solcher Art, die eben nicht nur „spricht", sondern erzieht, greift das Konzept von Claude-Nicolas Ledoux für die Erweiterung der Saline von Chaux zur Idealstadt auf: Gebäude wie das *Pacifère* und das *Panaretéon* bleiben nicht bloße Gehäuse für Gericht und moralische Unterweisung, vielmehr zeigen sie ihren Zweck durch Fasces und

---

520 Murray Edelman: Space and Social Order, in: Journal of Architectural Education, 32. Jg., 1978, Nr. 2, S. 2-7, hier S. 3: „Symbols of unification can function only where there is already a bond to reinforce."

521 Quaritsch: Probleme, 1977, S. 18.

522 Sabine Behrenbeck: Gefallenengedenken in der Weimarer Republik und im "Dritten Reich", in: Sabine R. Arnold, Christian Fuhrmeister und Dietmar Schiller (Hg.): Politische Inszenierung im 20. Jahrhundert. Zur Sinnlichkeit der Macht, Wien, Köln, Weimar 1998, S. 35-55, hier S. 40.

523 Zu den seltenen Ausnahmen, die allerdings recht diffus offene Planungsprozesse einfordern, gehören Günter Behnisch: Der Architekt und Bauen in der Demokratie, in: Der Architekt, 1989, Nr. 10, S. 497-501, hier S. 499ff.; Peter Conradi: Architektur und Politik, in: Der Architekt, 1989, Nr. 10, S. 502-505, hier S. 505; Winfried Nerdinger: Politische Architektur. Betrachtungen zu einem problematischen Begriff, in: Ingeborg Flagge und Wolfgang Jean Stock (Hg.): Architektur und Demokratie. Bauen für die Politik von der amerikanischen Revolution bis zur Gegenwart, Stuttgart 1992, S. 11-31, hier S. 30.

die allegorischen Figuren von Tugenden.[524] Ihre Wirkung ergibt sich aus der vermeintlichen Übereinstimmung der stereometrischen Formen mit den gleichartigen Gesetzmäßigkeiten der Natur und der menschlichen Sinneswahrnehmung, so dass der Mensch durch die Architektur die grundlegenden Regeln der Natur erfahre und so zur Tugend finde.[525] Die Attraktivität dieses Konzepts für die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft beruht auf dem Versprechen, mit den Mitteln der Architektur politische Probleme zu lösen und das erneut installierte demokratische System sowohl nach außen vorzuweisen als auch nach innen zu stützen.

Einen besonders hohen Stellenwert für die Darstellung der bundesrepublikanischen Demokratie nimmt seit Hans Schwipperts Plenarsaal des Bundestages Glas als Zeichen von politischer Transparenz ein:[526] Die Durchsichtigkeit des Materials steht für die Öffentlichkeit der Entscheidungen im Parlament, die eine Beurteilung der Parteien durch die Bürger ermöglicht. Allerdings trägt dieser Vergleich nur begrenzt, denn einerseits sind die Gebäude bei aller angeblichen Offenheit stark gesichert und ist der Zugang für Besucher beschränkt, andererseits erzeugt das bloße Zuschauen noch keine öffentliche Kontrolle, zumal der größere Teil der politischen Arbeit in Ausschuss- und Fraktionssitzungen stattfindet. Wenn Glas dennoch so hoch geschätzt wird, deutet das auf den symbolischen Ausgleich eines tatsächlichen Defizits hin. Während im Allgemeinen das Parlament als eigentlicher Ort der Entscheidung gilt, hat es diese Funktion wegen der enormen Komplexität von Sachverhalten in der Industriegesellschaft weitgehend an Ausschüsse, Expertengremien und parteiinterne Zirkel abgegeben, so dass die de facto an den Fraktionszwang gebundenen Abgeordneten im Plenum lediglich die vorher ausgehandelten Entscheidungen der Öffentlichkeit präsentieren

---

524 Claude-Nicolas Ledoux: L'Architecture considérée sous le rapport de l'art, des mœurs et de la législation, Paris 1804 (ND Nördlingen 1981), S. 113-115, 184-186, Tafeln 40 und 92. Schon der Mitte des 18. Jahrhunderts in die französische Architekturtheorie eingeführte *caractère*-Begriff legt bei Boullée die enge Verbindung von Ausdruck und Wirkung nahe: „Portons nos regards sur un objet! Le premier sentiment que nous éprouvons alors vient évidemment de la manière dont l'objet nous affecte. Et j'appelle caractère l'effet qui résulte de cet objet et cause en nous une impression quelconque." (Étienne-Louis Boullée: Architecture. Essai sur l'art, in: J[ean]-M[arie] Pérouse de Montclos (Hg.): Étienne-Louis Boullée. L'Architecte visionnaire et néoclassique, Paris 1993, S. 41-182, hier fol. 84r)

525 Ledoux 1804, S. 184: „[...] mais l'art qui frappe, étonne vos sens par des modèles calqués sur la nature; celui qui met en action la saine morale pour vous apprendre à repousser les passions désastreuses, à vous garantir des voluptés corruptrices; cet art est si puissant qu'il ravit nos substances intellectuelles et les transporte dans l'empire affermi du beau idéal."

526 Wefing 1995, S. 115ff. Allerdings ist dieser Aspekt offenbar eher in der Diskussion über Parlamentsbauten als für die tatsächlichen Gebäude von Belang, denn neben den Paradebeispielen der letzten Jahre (Bonn und Dresden) gibt es, von der Weiter- oder Umnutzung historischer Gebäude (Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen vor 1986) einmal ganz abgesehen, auch so völlig geschlossene Bauten wie den Landtag von Baden-Württemberg.

und durch ihre Legitimation als gewählte Vertreter des Souveräns verbindlich werden lassen.[527] Die Zeichenhaftigkeit des Materials entspricht damit der vor allem darstellenden Aufgabe der Institution. Darüber hinaus knüpft das Glas mit seiner Durchlässigkeit an die reiche Lichtsymbolik an, mit der sich das Licht je nach Vorliebe des Betrachters religiös als Emanation Gottes, aufklärerisch als erhellende Vernunft oder esoterisch, also nach dem Vorbild der gotischen Kathedrale, des Neuen Bauens oder des Expressionismus der Gläsernen Kette, deuten ließ. Gemeinsam ist diesen Vorstellungen jedenfalls die außerordentlich positive Besetzung des Symbols.

Als Gewährsmann für die Bedeutung „demokratischer Architektur" diente noch bis in die neunziger Jahre Adolf Arndt.[528] Sein Vortrag *Demokratie als Bauherr*[529], 1960 im Rahmen der Berliner Bauwochen gehalten und damit in unmittelbarer zeitlicher Nähe der Diskussion in Marl entstanden, spiegelt das Bemühen um eine zeitgenössische Form von Repräsentationsarchitektur. Obwohl Demokratie im Unterschied zu traditionell repräsentierenden Institutionen wie der Kirche auf Wandel angelegt sei und den kongenialen Bauherrn durch eine anonyme Bauherrenschaft ersetze, hält Arndt an einem besonderen Anspruch an öffentliche Gebäude fest, die er mit seinem oft zitierten, etwas umständlich formulierten Diktum „Eine Demokratie ist nur soviel wert, wie sich ihre Menschen wert sind, daß ihnen ihr öffentliches Bauen wert ist"[530] als Indikatoren für die demokratische Überzeugung einer Gesellschaft setzt. Zwar lässt er die formale Gestaltung, etwa die Materialwahl oder Konstruktionsart, ausdrücklich offen, doch gibt er seine Vorliebe für das Organische Bauen deutlich zu erkennen.[531] In grundsätzlichen Fragen besteht eine so weit reichende Übereinstimmung zwischen Arndt und dem Ansatz von van den Broek und Bakema, dass man Arndt eine genauere Kenntnis des Marler Wettbewerbs unterstellen darf, zumal er selbst den Wohnungs- und Städtebau in Marl in einem Zug mit dem Berliner Hansaviertel als vorbildlich erwähnt. So sieht auch Arndt das Ziel der Architektur in der Versöhnung von Individuum und Gesellschaft: „Die demokratische Aufgabe des Bauens ist, daß ein jeder Mensch sich

---

527 Ausgesprochen erhellend für den Widerspruch zwischen „Verfassungssystem" und „Verfassungsideologie" ist der Essay von Werner J. Patzelt: Verdrossen sind die Ahnungslosen, in: Die Zeit, Nr. 9, 22.2.2001, S. 9.

528 So etwa für Rita Süssmuth: Demokratie als Bauherr, in: Der Architekt, 1989, Nr. 10, S. 481-485; Ulrich Battis: Demokratie als Bauherrin, in: Staatswissenschaft und Staatspraxis, 5. Jg., 1994, Nr. 2, S. 255-266. Sogar ein leicht gekürzter Neuabdruck seines Vortrags erfolgte in: Ingeborg Flagge und Wolfgang Jean Stock (Hg.): Architektur und Demokratie. Bauen für die Politik von der amerikanischen Revolution bis zur Gegenwart, Stuttgart 1992, S. 52-65.

529 Adolf Arndt: Demokratie als Bauherr, in: Adolf Arndt (Hg.): Geist in der Politik. Reden, Berlin 1965, S. 217-237.

530 Arndt 1965, S. 227.

531 Teils bezieht er sich direkt darauf, teils nutzt er von Scharoun oder Häring besetzte Begriffe wie „Schulwohnung": Arndt 1965, S. 227f.

als Mensch für sich und Mensch im Gefüge gewahrt."[532] Die Vorstellung einer Beeinflussung des Menschen durch die gebaute Form, einer direkten Korrelation von Raumgegebenheiten und menschlichen Gefühlen äußert sich sogar in dem von Bakema geprägten Schlagwort:

> Denn die politische Betrachtung zeigt, daß die *Form funktionieren* kann, ja, daß eine unerhörte Beeinflussung mittels der Form oder sogar der Unförmigkeit des Bauens möglich ist und geübt wird.[533]

Wiederum geht es nicht nur um die Darstellung von Demokratie in Bauten, sondern letztlich um ihre Herstellung durch die Erziehung des Menschen zur Mündigkeit mit der Hilfe der Architektur, die so für die Demokratie zur „politisch-existenzielle[n] Frage" gerät.[534] Allerdings weist Arndt darauf hin, dass sich diese Forderung über die öffentlichen Gebäude hinaus auch auf den Wohnungsbau erstrecke, der genauso zu den Aufgaben demokratischen Bauens gehöre.

Weil er die anonyme Bauherrnschaft als Manko empfindet,[535] entwickelt Arndt immerhin ein Modell für die Entstehung von öffentlichen Bauten, das zwar noch nicht die gesellschaftlichen Bedingungen des Bauens reflektiert, aber die demokratische Produktion von Architektur insoweit in den Blick nimmt, als er die Entscheidung über einen Bauauftrag als letztlich politisch betrachtet. Sie müsse daher von Politikern namentlich verantwortet werden, wenn diese auch zuvor den Rat von institutionalisierten Beiräten aus Fachleuten als Vertreter der Gesellschaft einholen sollten.[536]

Bei allen Überlegungen zum Verhältnis von Architektur und Demokratie bleibt aber ein gewisser Widerspruch zwischen einem Herrschaftssystem, das, Wandel und Vorläufigkeit betonend, prozesshaften Charakter trägt, und einer auf Dauer angelegten architektonischen Aussage.[537] Offenbar eignet sich Architektur nur beschränkt als Medium demokratischer Herrschaft, zumal sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Vorherrschaft elektronischer Medien durchsetzt. Eine nüchternere Herangehensweise, als sie seinerzeit auf der Grundlage

---

532 Arndt 1965, S. 227.

533 Arndt 1965, S. 222, meine Hervorhebung, S. K. Sogar Arndts gelegentlich abgehobene Wendungen entsprechen Bakemas Raunen: „[...] das Geheimnis des Gleichgewichts, das Gleichgewicht des Menschen in sich selber und das Gleichgewicht des Menschen mit dem Raum [...]". (Arndt 1965, S. 224)

534 Arndt 1965, S. 223.

535 Dieser Gemeinplatz, der auf der Annahme eines künstlerisch engagierten und sachkundigen, wenn nicht gar kongenialen Bauherrn als Partner des Architekten beruht, bedarf dringend einer genaueren Prüfung, denn tatsächlich dürften solche Personen auch in früheren Zeiten eher eine Ausnahme dargestellt haben. Darüber hinaus werden auch die anonymen Institutionen durch eine verantwortliche Person, etwa die Ministerin oder den Behördenleiter, vertreten.

536 Arndt 1965, S. 232.

537 Siehe Christoph Hackelsberger: Architektur des Staates. Demokratie als Bauherr, in: Ingeborg Flagge (Hg.): Architektur des Staates. Eine kritische Bilanz staatlichen Bauens in Nordrhein-Westfalen von 1946 bis heute, Düsseldorf ^{2}1986 (Architektur in der Demokratie, Bd. 1), S. 22-32, hier S. 23.

der Totalitarismus-These möglich war, relativiert zudem die Bedeutung der Demokratie, indem sie sie als Methode der Konfliktbegrenzung und Mittel rationalen Interessenausgleichs, nicht jedoch als Zweck kennzeichnet. Schon die didaktisch-manipulative Auffassung bei der Architektur der Demokratie erscheint problematisch, verrät sie doch ein recht geringes Vertrauen in die selbständige Erkenntnisfähigkeit der Bürger,[538] aber auch die darstellende Funktion wirkt zwiespältig. Wenn nämlich das Ziel der Architektur in der Spiegelung der bestehenden Verhältnisse liegen sollte, bedeutete dies die Festschreibung eines Zustands, der doch allenfalls ein Durchgangsstadium darstellt. Sollte dagegen die Architektur das Bild einer besseren Zukunft entwerfen, so geriete sie schnell zur Maske, die die gesellschaftlichen Probleme verstecken hilft.[539]

6.2 Wettbewerbsbeiträge Rathaus Marl

Da zu dem Wettbewerb für das Marler Rathaus eine Reihe der wichtigsten der Moderne verpflichteten Architekten eingeladen war,[540] bildet er quasi die Summe der Vorstellungen von Rathausarchitektur in den späten fünfziger Jahren. Den Wettbewerbsteilnehmern dürfte zudem die besondere Aufgeschlossenheit der führenden Gemeindevertreter gegenüber neuartigen Lösungen bekannt gewesen sein, was den teilweise experimentellen und in die Zukunft weisenden Charakter der einzelnen Beiträge erklärt.[541]

6.2.1 Hans Scharoun

Der Entwurf von Hans Scharoun, der den zweiten Preis erhielt, zeigt eine skulpturale Masse aus gestapelten und gegeneinander verschwenkten Quadern unterschiedlicher Höhe, die sich strahlenförmig um einen ausgedehnten Flachbau auf unregelmäßig polygonalem Grundriss legen (Abb. 30-31).[542] Dieser zweigeschossige Bauteil dient

---

538 Heilands Ausdruck von der Formung des freien Bürgers ist typisch für diese Haltung, siehe Kapitel 3.4, S. 84.

539 Siehe auch Lawrence J. Vale: Architecture, Power, and National Identity, New Haven, London 1992, S. 8f., 50, 274ff.

540 Siehe Kapitel 3.2.

541 Einen Überblick über die Wettbewerbsbeiträge gewährt die Publikation architektur wettbewerbe. Sonderheft: Rathauszentrum Marl, Stuttgart 1958. Für die Entwürfe, deren Planungsunterlagen nicht überliefert sind, stellen die dort veröffentlichten Abbildungen die Grundlage der Untersuchung dar.

542 Die Pläne bewahrt die Stiftung Archiv der Akademie der Künste (SAdK), Berlin, Scharoun-Archiv, Werkverzeichnis Nr. 211. Sie sind nicht genordet, sondern nach Süden ausgerichtet.
Obwohl der Entwurf den zweiten Preis gewann, haben sich bei der Stadt Marl keine Pläne erhalten. Gleiches gilt sowohl für die drei Ankäufe (Günther Marschall, Gebrüder Conle und Arne Jacobsen) als auch für die übrigen Beiträge.

als zentrale Verteilerhalle, aber auch als „klimatisierter Freiraum“[543], der, mit Pflanzen besetzt, Innen- und Außenraum verschränkt. Während der Haupteingang für Fußgänger an der Südseite zur Bergstraße als Hauptverkehrsader hin liegt, führt der direkte Zugang für Autofahrer von den Parkplätzen an der Ostseite[544] des Grundstücks aus an den Ratsstuben, einem öffentlichen Restaurant mit Terrasse, vorbei. Außer der doppelgeschossigen Halle selbst enthält der zentrale Bauteil, von einigen Nebenräumen abgesehen, vor allem die wichtigsten Versammlungsräume, die durch ihre ungewöhnlichen Formen markiert werden: Der „repräsentative Saal“ verfügt über einen schneckenförmigen Grundriss, in den in der Art eines Amphitheaters halbkreisförmige, ansteigende Sitzreihen eingepasst sind, und zeichnet sich, vom Keller bis in das Erdgeschoss reichend, nach außen durch die kräftige Wölbung der Außenwand ab. Auf seinem Dach ruht, nun auf kreisrundem Grundriss und fast als eigener Baukörper, der kleine Sitzungssaal. Ebenfalls im ersten Obergeschoss und durch die hier zu einem Foyer ausgeweitete umlaufende Galerie angebunden, breitet sich der große Sitzungssaal, der wohl für den Rat vorgesehen ist, auf drachenförmigem Grundriss aus, während den fünf zu einer Kette aneinander gereihten Fraktionssitzungssälen abwechselnd Kreise und Ellipsen zugrunde gelegt sind. Eine Auskunftsloge und das Fremdenverkehrsbüro direkt unter ihnen und mit der gleichen Grundrissform vervollständigen die Reihe der im Zentralbau versammelten Sonderflächen.

Der Zentralbau ist bis auf seine Südseite vollständig von einem Kranz von zumeist eingeschossigen Bauten umgeben, die die Dienststellen mit hohem Publikumsverkehr aufnehmen. So ist die allgemeine Sozial- und Kriegsfolgenfürsorge im äußeren Nordosten, nur locker durch den Riegel von Meldeamt und Sozialverwaltung mit dem Rest des Rathauses verbunden, in einer Cluster-Struktur aus fischgrätartig gegeneinander verschobenen Büros für zwei Personen untergebracht. Eigene Warteräume für jedes Büro, mehrere Zugänge und die Kleinteiligkeit dieses Bereichs schaffen eine Intimität, die der persönlichen Beratung in schweren Lebenslagen als angemessen galt. Von einer kleinen Grünfläche getrennt, schließt sich westlich der Flügel des Standesamtes an, dessen Trauzimmer als Sonderräume wiederum durch einen kreisförmigen Grundriss gekennzeichnet sind. Weiter westlich folgen, unter einem gemeinsamen Sheddach zusammengefasst, die Raumgruppen für Renten- und Versicherungsstelle, Rechnungsprüfungs-, Personal- und Hauptamt. Zur Halle hin öffnen sie sich mit einem großen Kassen- und Schalterraum. Schließlich findet die Polizei ihren

---

543 So Scharoun im Erläuterungsbericht, siehe architektur wettbewerbe 1958, S. 27.

544 Um die Beschreibungen zu vereinfachen, soll im Folgenden, leicht abweichend von der tatsächlichen geographischen Lage, die Straße Am Amtsgericht den Osten markieren (eigentlich: Nordost), die Bergstraße den Süden (eigentlich: Südwesten) und der Fußweg den Norden (eigentlich: Nordwesten).

Platz im äußeren westlichen Teil des Grundstücks: Von einem langen Trakt, der die Verbindung zur zentralen Halle herstellt, gehen drei kammartige Flügel mit Büros und Funktionsräumen der Kriminal- und Schutzpolizei ab. Auf ungefähr quadratischem Grundriss erhebt sich das um einen Innenhof herum organisierte Gefängnis als eigenständiger Baukörper, und die Ecke des Geländes belegen die Polizeigaragen mit ihrer Werkstatt.

Da diese Bereiche zumeist eingeschossig gehalten sind – Ausnahmen bilden im Wesentlichen zwei Flügel des Gefängnisses sowie ein kleiner Teil des westlichsten Polizeitrakts –, wird das erste Obergeschoss von den bereits erwähnten Repräsentationsräumen in der Zentralhalle geprägt, deren gemeinsames, von mehreren großzügigen Treppen erschlossenes Foyer sich in der Weise nach Westen hin erweitert, dass es die über dem Verbindungsflügel zum Polizeitrakt gelegenen Räume der Stadtspitze (Amts- und Stadtbürgermeister, Amtsdirektor) mit Referenten- und Vorzimmern erschließt, so den Zusammenhang von städtischer „Exekutive“ und „Legislative“ betonend. Während das Erdgeschoss den Bürgern und den von ihnen besonders frequentierten Ämtern dient, wobei sich offizielle und eher beiläufige Nutzung (Verwaltung und Restaurant bzw. „klimatisierter Freiraum“) kreuzen, ist das erste Obergeschoss, wenn schon nicht in seiner Gestaltung, so doch in seiner Funktion ganz traditionell als bel étage, den politischen Organen der Gemeinde vorbehalten. Lediglich die großzügig bemessenen Ausstellungsräume auf der umlaufenden Galerie und im südöstlichen Bereich über den Ratsstuben stellen eine Verbindung zwischen den beiden Nutzungsdimensionen her, indes dient die Präsentation von Kunstwerken hier als Rahmen, um dem Stadtregiment die höheren Weihen der Kultur zu verleihen.

Fast völlig unabhängig von diesem Unterbau setzen mit dem zweiten Obergeschoss die Standard-Büroflächen ein, die in zwei ungefähr U-förmigen Gebäudeteilen im Norden und einem V-förmigen Block im Südosten untergebracht sind. Dem jeweiligen Platzbedarf der fünf Dezernate entsprechend erreichen die einzelnen Trakte der beiden Dreiflügelkomplexe und der Einzelblock unterschiedliche Höhe: Das Dezernat I benötigt nur zwei Geschosse, das benachbarte Dezernat II deren drei, während das Dezernat III vier und das Dezernat IV fünf Geschosse belegt. Um auch die obersten Etagen mit den Fahrstühlen anfahren zu können, überragen die Verbindungstrakte, also quasi die kurzen Schenkel des „U“, die Hauptflügel um ein Geschoss, das Maschinen- und Abstellräume enthält. Mit acht Geschossen tritt das Dezernat V, die Bauverwaltung, weit aus dem Rathauskomplex heraus, zumal der V-Block an der Hauptverkehrsachse liegt und durch das Restaurant im Erdgeschoss, die Ausstellungsräume im ersten Obergeschoss und die Kantine in den beiden letzten Geschossen über insgesamt zwölf Ge-

schosse verfügt. Indem sich die Fläche kontinuierlich von Geschoss zu Geschoss verringert, ergibt sich an der Nordseite des Blocks eine schräge Fassade.

Dem außerordentlich komplexen Gefüge von Bauteilen entspricht ein vielfältiges Konstruktionssystem. So ist ein Teil der Flachbauten, etwa der Sozialamtscluster oder die Polizeitrakte, aus tragenden Wänden aufgebaut, andere jedoch, wie der große Bereich von Haupt-, Personal- und Rechnungsprüfungsamt, bestehen aus einer Mischung von Skelettsystem und tragenden Mauern. Einen besonders großen Aufwand erfordern die höheren Gebäudeteile, weil sie über dem ausgedehnten Flachbau angeordnet sind, um zu weite Wege zu vermeiden. Da sie andererseits aber nicht mit ihren Grundrissen oder einer Vielzahl von Stützen in die eigene, unabhängige Struktur des Flachbaus eingreifen sollen, ruhen sie auf Kragplatten, die sich über dem Flachbau ausbreiten und die Last auf den Boden nur über die versteifenden Erschließungskerne, Wandscheiben und wenige, besonders starke Stützen abtragen.[545] Noch aufwendiger ist der V-förmige Block mit seiner Kombination von Hänge- und Kragsystem konstruiert: In der Osthälfte des Gebäudes hängen die obersten sechs Geschosse (11.-6. OG) an in das Dach integrierten Kragarmen, in der Westhälfte ruhen die Terrasse (11. OG) und das oberste Geschoss (10. OG) auf den zu Kragarmen verstärkten Trägern in der Decke des neunten Obergeschosses. An diesen Trägern hängen wiederum die folgenden vier Geschosse (9.-6. OG) auf der Westseite. Die nächsten vier Geschosse (5.-2. OG) sind, nunmehr auf beiden Gebäudeseiten gleichermaßen, wie bei den anderen Hochbauten auf einer Kragplatte abgestützt, die die Decke des ersten Obergeschosses bildet, das seinerseits von dieser Kragplatte abgehängt ist. Als Begründung für diese komplizierte Konstruktion nennt Scharoun die Ausnutzung der ohnehin nötigen Versteifungsscheiben zur Lastabtragung und die dadurch ermöglichte geringere Dimensionierung der Kragplatte.[546]

Die überwiegend genutzte Skelettbauweise erlaubt durch die Reduktion der tragenden Elemente und ihre Konzentration auf wenige Stellen eine relativ freie Grundrissgestaltung, so dass die in die Grundrisse eingetragenen Zwischenwände keinen endgültigen Zustand bezeichnen, sondern eher die Vielfalt möglicher Raumgrößen vom Einzelzimmer über die Zweierbelegung und Gruppenräume bis hin zu größeren Schreib- oder Zeichensälen auf der Grundlage der geforderten

---

[545] Modell und Pläne stimmen nicht ganz überein, da das Modell und die Grundrisse tatsächlich einzelne Stützen zeigen, die den Flachbau durchstoßen, während die Ansichten einen in Längsrichtung durchgehenden Stempel zeigen.

[546] Erläuterung auf dem Plan „Marl, Schnitte, M 1:200, Fassadensystem“, SAdK, Scharoun-Archiv, Werkverzeichnis Nr. 211. Ein Grundrissausschnitt zur Erläuterung der Bürogestaltung zeigt abweichend von den übrigen Grundrissen Stützen bzw. Hänger mit rechteckigem statt rundem Querschnitt.

Fensterachse von 1,95 m und der Stützenweite von 3,9 m demonstrieren. Auch nach der Fertigstellung wären die Zwischenwände, die aus Fertigplatten und eingebauten Schränken bestehen sollten, versetzbar gewesen. Ungewöhnlich erscheint die Installation der ebenfalls verlegbaren Waschbecken in der Fensternische neben den Heizkörpern und die Platzierung der internen, die Amtszimmer direkt miteinander verbindenden Türen an der Fensterseite der Büros, wird so doch der wegen seiner guten Belichtung kostbare Raum direkt an den Fenstern für relativ unbedeutende Zwecke genutzt. Insbesondere in den Publikumsbereichen des Erdgeschosses wirken die Verkehrsflächen recht großzügig, doch auch in den Hochbauten bestehen um die Erschließungskerne mit den Aufzügen, Treppen, Sanitäranlagen und Teeküchen ansehnliche Räume. Gerade an diesen Stellen sind die Zimmer der Dezernenten und Amtsleiter vorgesehen, die sich so im Zentrum des Geschehens befinden. Dem Gebäudegrundriss, aber auch der Nutzungsfrequenz entsprechend verjüngen sich die Gänge in den Hochbauten zu ihrem Ende hin.

Die Fassaden sind überwiegend seriell, aber nicht als curtain walls angelegt: Zwischen den Geschossdecken setzt sich das Feld mit der Breite zweier Arbeitsachsen aus einer niedrigen Brüstung, zwei schmalen, durch Stahlrahmen abgetrennten Fensterstreifen und zwei Schwingflügelfenstern zusammen. Da allein die leicht abgeschrägten Geschossdecken geringfügig hervorragen, ergibt sich eine sehr flächige Ansicht, die mit der Kombination von durchlaufenden Decken und relativ breiten, die Dimensionen der innenliegenden Stützen aufnehmenden Pfosten sowie der symmetrischen Fensterteilung ziemlich ausgewogen und statisch erscheint. Um die Ostfassade zu vereinheitlichen, verbindet eine sonst funktionslose, von runden Öffnungen durchbrochene Wandscheibe den Block des Dezernats V mit dem angrenzenden Hochbau. Im Gegensatz zu der umfassenden Verglasung der Büroflügel, die nur an ihren Schmalseiten und den Verbindungstrakten massive Wandscheiben aufweisen, zeigt sich der Bereich der Versammlungsräume und Säle ausgesprochen geschlossen, da die Belichtung hier über Oberlichter oder die zentrale Halle erfolgt.[547]

Insgesamt entwirft Scharoun einen vielgestaltigen, sehr abwechslungsreichen Komplex, der in der Zuordnung der einzelnen Abschnitte beinahe wie ein Städtebau im kleinen wirkt. Daran hat vor allem die zentrale Halle Anteil, indem sie quasi als innerstädtischer Platz fungiert und eben nicht bloß einen durch seine Leere und Symmetrie beeindruckenden Raum bereitstellt, der bestenfalls noch für die Inszenierung von

[547] Abermals passen die Pläne, etwa der Lageplan mit Dachaufsicht und das Blatt mit Ansichten, im Hinblick auf die Form und Anordnung der Oberlichter nicht zu den Modellfotografien; offenbar war dieses Detail noch nicht abschließend bestimmt.

Veranstaltungen genutzt wird.[548] Gerade in dem „klimatisierten Freiraum“ entsteht durch die unregelmäßige Grundform, die davon abweichende Galerie und das weit in die Halle hineinragende Foyer der Säle ein Gefüge unterschiedlicher Teilräume, die die Besucher nicht ausrichten, sondern – ganz im Sinne des doppeldeutigen Begriffs „Freiraum“ – auch beiläufige und spontane Nutzungen nahelegen, sofern diese nicht durch entsprechende soziale Sanktionen verhindert werden.[549]

Andererseits wird der Abwechslungsreichtum der Räume mit einer gewissen Unübersichtlichkeit erkauft, denn der Gesamtkomplex ist weder überschaubar, noch lässt sich seine Struktur vorhersagen, so dass er den Besuchern wenig Orientierungsmöglichkeiten bietet. Zudem führt die „organische“ Gliederung des Rathauses, das, von dem vorgeschriebenen Achsmaß abgesehen, über kein durchgehendes Raster verfügt, zu einer komplizierten Konstruktion mit einer Vielzahl unterschiedlicher Stützen, die gelegentlich, etwa im Osteingang und am Übergang von zentraler Halle zum Melde- und Sozialamt, unmotiviert den Raum verstellen. Scharouns Organik-Begriff geht von einer Ganzheitlichkeit aus, bei der alle Teile in einer Weise aufeinander und auf ein Ganzes bezogen sind, dass auch in den einzelnen Teilen das Ganze aufscheint.[550] Weil die einzelnen Gebäudeteile so eng miteinander verzahnt und auf ihre spezielle Funktion ausgerichtet sind, ließe sich das Rathaus nur mit großer Mühe in Abschnitten verwirklichen, und auch eine spätere Anpassung an veränderte Nutzungsanforderungen erscheint schwierig – ein Problem, das gerade bei Scharouns Schulen für Darmstadt, Lünen und Marl deutlich wird, da sich die Vorstellungen von Pädagogik, aber auch Klassenfrequenzen und Schülerzahlen stark gewandelt haben.[551] Obwohl Scharoun selbst oft genug Gebäude als

---

548 Die Analyse solcher in Dänemark in den dreißiger und vierziger Jahren verbreiteten Rathaushallen als Ausdruck nivellierender Gleichheit in Massendemokratien (Damus 1988, S. 113ff.) erscheint überzogen, weil es sich immer noch um herausgehobene, nicht alltägliche Räume handelt, die ähnlich schon in Rathäusern des Historismus (Hamburg, Hannover) existieren.

549 Scharoun bemerkt dazu in seinem Erläuterungsbericht: „Anders als konventionelle Rathaushallen, die eher dazu angetan sind, den Bürger in Schrecken zu versetzen, vermittelt dieser Freiraum eine ‚menschliche‘ Atmosphäre, von der die zukünftigen Besucher ebenso profitieren sollen, wie die Bediensteten.“ (architektur wettbewerbe 1958, S. 27). Hier deutet sich das besonders in den folgenden Jahrzehnten zentrale Bemühen um eine Senkung von „Hemmschwellen“ an.

550 Jörg C. Kirschenmann und Eberhard Syring: Hans Scharoun 1893-1972. Die Forderung des Unvollendeten, Stuttgart 1993, S. 184.

551 Ohne die damit verbundenen Einschränkungen zu bemerken, empfiehlt Peter Blundell Jones: Hans Scharoun, London 1995, S. 14, Scharouns Werk als Alternative zum International Style: „Its key characteristics are responsiveness and specificity: its buildings respond to use, context and climate, and tend to be designed for a specific place, purpose and culture rather than make universal or typological propositions.“

„lebendige Organismen“ bezeichnet[552] und damit den Unterschied zwischen belebter und unbelebter Materie, zwischen zumindest begrenzt nach freiem Willen handelnden Subjekten und statischen Objekten leugnet, erkennt er offenbar nicht, dass gerade „lebendige Organismen“ durch Wandel und Anpassungsfähigkeit gekennzeichnet sind.

Anders als Scharoun behauptet – „Ohne jede ästhetische Absicht ist hier die Dominante des ganzen Ensembles entstanden“[553] –, ergibt sich die herausragende Stellung des Gebäudeteils für die Bauverwaltung nicht aus dem Raumbedarf, denn der liegt nur unwesentlich höher als bei dem Dezernat IV[554] und die große Höhe des Baublocks beruht zu einem Drittel auf anderen Nutzungen (Restaurant, Ausstellungsräume, Kantine); vielmehr liegt die Absicht zugrunde, mit dem Gebäude des für die Architektur zuständigen Dezernats selbst die Bedeutung der Baukunst für die Erschaffung einer neuen Stadt zu unterstreichen. Dabei lenkt das scheinbar rein funktionale Zustandekommen der „Dominante“ davon ab, dass Scharoun seinen Architektenkollegen eine Führungsrolle in der Stadt zuspricht. Gleichzeitig durfte Scharoun davon ausgehen, dass in einer Gemeinde, die sich der modernen Architektur gegenüber bis dahin als so aufgeschlossenen gezeigt hatte, sein Anspruch geteilt wurde.[555] Wenn er in diesem Sinne das Gebäude mit der über zwei Geschosse reichenden Aufschrift „WIR BAUEN EINE STADT“[556] versieht, äußert sich darin die romantische Vorstellung von einer in der Arbeit an den zentralen Gemeinschaftsaufgaben vereinten Bevölkerung, wie sie schon nach dem Ersten Weltkrieg von Architekten, darunter

---

552 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 27: „Alle Zeichen deuten darauf hin, daß das Gefüge der Institutionen und der Bauwerke denselben Gesetzen unterworfen ist wie der Mensch. Auch sie sind lebendige Organismen – ihrem Wesen nach und in ihrer Gestalt.“
Da die Erläuterungsberichte in dem leichter zugänglichen Sonderheft der Architektur-Wettbewerbe nahezu vollständig und unverändert abgedruckt sind – lediglich der Text von van den Broek und Bakema wurde redaktionell leicht überarbeitet –, soll im Folgenden das Heft als Quelle der Zitate dienen. Kopien der Originalberichte enthält die Akte Rathaus, SAM 94/1944-64.

553 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 26.

554 Die Ausschreibungsunterlagen für den Wettbewerb geben den Flächenbedarf folgendermaßen an: Dezernat I: 1.660 m², Dezernat II: 1.617 m², Dezernat III: 2.092 m², Dezernat IV: 2.247 m², Dezernat V: 2.892,5 m² (architektur wettbewerbe 1958, S. 15).

555 Wie sehr Scharoun die Auftraggeber bei seinen Überlegungen berücksichtigte, zeigt der anbiedernde Erläuterungsbericht: Er schmeichelt ihnen nicht nur, indem er die „ausgezeichneten Arbeitsunterlagen“ lobt und Marl eine „aufstrebende, weitblickende Stadt“ nennt, vielmehr bezeichnet er seinen Entwurf als „erste Konzeption“ zur Klärung der „Idee“ und deutet an, dass Veränderungen und auch eine Reduktion des Programms möglich seien, falls sie vom Bauherrn gewünscht würden (architektur wettbewerbe 1958, S. 26f.). Damit empfiehlt er sich als anpassungsfähig und nimmt seinen Beitrag vor Kritik in Schutz.

556 Damit benutzt er das Motto, das schon Amtsbürgermeister Friedrich Willeke 1940 als Titel für einen Artikel über die Marler Stadtplanung wählte: [Friedrich] Willeke: Wir bauen eine Stadt. Marl im Zeichen des Vierjahresplans, in: Vestischer Kalender und Heimatkalender für die Herrlichkeit Lembeck, 1940, S. 68-74.

auch Scharoun, nach dem Vorbild der vermeintlich harmonischen, durch den Bau von Kirchen geeinten Stadt des Mittelalters erhofft wurde.

Durch die Beteiligung an der „Gläsernen Kette“ war Scharoun die Vorstellung einer Stadtkrone als Kulminationspunkt der kommunalen Gemeinschaft vertraut, und obwohl nun das Rathaus an die Stelle von „Volkshallen“ trat, passte die Stadtkrone im Zentrum der jungen Stadt recht gut zu der Marler Konzeption von Architektur als Mittel der Integration. Der Rückgriff auf dieses Modell aus der Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg erscheint allerdings insofern bemerkenswert, als Scharoun, 1918/19 bei dem Wettbewerb für ein Rathaus in Emmerich mit einem wesentlich konventionelleren Beitrag vertreten, schon 1925 für den Bochumer Wettbewerb, der als eine der seltenen großen Rathauskonkurrenzen in der Weimarer Republik besondere Aufmerksamkeit genoss, einen nüchternen, höchst modernen Entwurf unter dem Titel „Kopf und Bauch der Stadt“[557] lieferte. Zu dessen Grundlage bemerkte er:

> Der Ausgangsgedanke war der, die üblich gewordene Monumentalität städtischer Verwaltungsgebäude auf den Tatbestand zurückzuführen und bewußt Repräsentationsteil und Betriebsteil zu trennen, um aus der Gestaltung der beiden Teile das Formspiel der Architektur lebendig werden zu lassen.[558]

Tatsächlich besteht der Komplex aus drei Teilen: dem in drei Stufen bis zum Turm mit Fahnenmast ansteigenden, die Vertikale betonenden Repräsentationstrakt, dem eher horizontal gelagerten Büroteil mit dreieinhalb leicht gegeneinander verschwenkten Riegeln, die in einem Flügel mit Kassenräumen enden, und einer die Riegel schräg durchschneidenden glasgedeckten Passage als halböffentliche Erschließung. Auch hier gibt es also eine zentrale Halle, die als Übergangselement die Schwellenangst reduzieren soll. Da die Gesamtanlage aber regelmäßiger angelegt ist, gewinnt sie an Übersichtlichkeit, ohne monoton zu geraten, denn die leichten Abweichungen von einer allzu strengen Orthogonalität sorgen für Abwechslung. Der abgetrennte und monumentalisierte Repräsentationsteil markiert den Herrschaftsanspruch deutlich, während sich im Marler Projekt die Säle und die Büros der Stadtspitze kaum abzeichnen und stattdessen die Bauverwaltung dominiert.

Bei aller Eigenart von Scharouns Entwurf für Marl bestehen doch grundlegende Parallelen zu dem Beitrag von van den Broek und Bakema.[559] Dies beginnt schon mit einer ähnlichen Auffassung von Archi-

---

[557] Der Bezug auf Menenius Agrippa (siehe Kapitel 2.3, Anm. 140) lag für den „Organiker“ Scharoun wohl besonders nahe.

[558] Erläuterungsbericht, zit. n. J. Christoph Bürkle: Hans Scharoun, Zürich 1993, S. 54.

[559] Das erkannte schon Konrad Rühl: Gundsätzliches, in: architektur wettbewerbe. Sonderheft: Rathauszentrum Marl, Stuttgart 1958, S. 5-7, hier S. 7, doch bleibt er

tektur, da Scharoun in Anlehnung an Hugo Häring die „Organform“ als wesenhafte Gestaltung versteht: Das Wesen des Objekts soll sich über die reine Funktionserfüllung hinaus ausdrücken.[560] Auch bei ihm erzeugt also ein ontologisches Architekturverständnis eine expressive Aufladung der Form. Demgemäß heißt es in dem Erläuterungsbericht:

> Seine [des Rathauses, S. K.] Aufgaben und die am Werk befindlichen Kräfte sollen wesentlichen und für die Bevölkerung verständlichen Ausdruck finden.[561]

Die Verschränkung von Innen- und Außenraum und das Bemühen, die städteplanerische Konzeption Marschalls durch eine relativ kleinteilige Gliederung und Auflockerung der Massen auf die Architektur zu übertragen, ist beiden Wettbewerbsbeiträgen gemein. Dabei lösen sie die übliche Aufteilung des Komplexes in flache und hohe Gebäudeteile mit einer vergleichbaren Struktur, indem sie die Publikumsbereiche in die Mitte setzen und die große Menge von Normalbüros auf mehrere Hochbauten verteilen, die das Zentrum umgeben oder sogar über ihm aufragen. Selbst im Hinblick auf die Konstruktion kommen sie mit der Aufhängung zu grundsätzlich ähnlichen Ergebnissen, auch wenn Scharoun sie völlig undramatisch als bloßes Mittel benutzt, da er die Konstruktion hinter der Fassade und in den Geschossdecken verbirgt, so dass sie allenfalls versierte Fachleute an den Maßen der Stützen und Kragelemente erkennen könnten.[562]

Allerdings bleiben maßgebliche Unterschiede, denn die geradezu gegensätzliche Gestaltung – hier strenges Raster, da freie Form – resultiert nicht aus Geschmacksvorlieben, sondern reflektiert die jeweiligen Ziele. So suchen van den Broek und Bakema selbst bei der Sonderform des Rathauses noch nach Möglichkeiten zur Rationalisierung und Systematisierung, die sie für das Bauen im Industriezeitalter und der Massengesellschaft für unabdingbar hielten, während Scharoun als Künstlerarchitekt ein in sich geschlossenes Werk liefert, das nur begrenzt konkrete Anregungen für andere Architekten und Ansatzpunkte für die Übertragung von hier entwickelten Lösungen auf andere Bauten bietet.

---

an der Oberfläche, wenn er „das Unverwechselbare der äußeren Erscheinung“ und die Kombination von Ordnung und Auflockerung als Vergleichspunkte nennt.

560 Eckehard Janofske: Architektur-Räume. Idee und Gestalt bei Hans Scharoun, Braunschweig, Wiesbaden 1984, S. 19f.

561 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 26.

562 Die Mischung verschiedener Systeme – die Abstützung nach unten und die Aufhängung an Kragarmen – in einem einzigen Gebäudeteil, das noch dazu in seiner Ost- und Westhälfte unterschiedlich konstruiert ist, hätte vermutlich nicht unbedeutende technische und bauphysikalische Probleme mit sich gebracht. Darüber hinaus wirken die Kragarme in der Decke des neunten Obergeschosses allzu knapp dimensioniert, und der komplizierte unregelmäßige Grundriss macht jeweils zwei Hänger, einen in der Nähe der Fassade und einen weiter innen, pro Geschoss nötig.

Die Jury lobte die Idee einer Stadtkrone und hob die „spannungsvolle Gliederung der Baumassen“ hervor, mit der sich der Entwurf in die städtebauliche Situation harmonisch einfüge. Trotz der unregelmäßigen Gestaltung entspreche er den funktionellen Anforderungen, und besonders die Lage der Sozialamtsräume in dem ruhigen Bereich nahe der „insel“ sei vorteilhaft. Kritik erfuhren die Form des repräsentativen Saales, weil sie nicht dem Zweck genüge, und die Dominanz des Bauverwaltungsblocks, weil sie „nur vom Raumprogramm her, nicht aber geistig genügend motiviert“ sei.[563] Zur Frage, in welcher Weise dieser Entwurf das Typische eines zeitgenössischen Rathauses ausdrücke, äußert sich das Preisgericht nicht, obwohl es dies doch zum zentralen Bewertungsmaßstab erhoben hatte.

6.2.2 Günther Marschall

Mit einem Ankauf ausgezeichnet, besteht der Entwurf von Günther Marschall[564] (Abb. 32) aus vier Teilbereichen, die den östlichen Teil des Plangebiets belegen und so an die vorhandene Bebauung anknüpfen. Im Zentrum der Anlage steht, parallel zur Straße Am Amtsgericht und damit leicht schräg zur Bergstraße ausgerichtet, eine Hochhausscheibe, die über eine verglaste Brücke im ersten Obergeschoss mit dem nah an die Bergstraße hervorgezogenen Sitzungsgebäude in der äußersten Südostecke des Grundstücks gekoppelt ist. Nördlich schließen daran drei kleine, ebenfalls durch einen gedeckten Gang verbundene Pavillons an, und quer zur nördlichen Schmalseite des Hochhauses verläuft ein breiter, flacher Riegel, der von einem offenen Hof asymmetrisch geteilt wird. Durch die streng rechtwinklige Anordnung der Bauten entstehen so zwei durch das Hochhaus getrennte Plätze, deren westlicher, als Parkplatz genutzt, sich zur Landschaft hin öffnet, während der östliche, den Fußgängern vorbehaltene stärker architektonisch gefasst und allenfalls im Süden unter der Brücke hindurch mit der Umgebung verbunden ist.

Das Hochhaus, eine relativ kurze und breite Scheibe, verfügt über 19 Geschosse, wobei lediglich die beiden unteren, leicht eingezogen und vollständig verglast, und die beiden oberen, die zum Teil ebenfalls doppelgeschossige Räume enthalten, von den gleichmäßigen Büroetagen abweichen. Es ist als Stahlbetonskelettbau konstruiert, dessen Lasten über kräftige, paarweise angeordnete Stützen mit rechteckigem Querschnitt abgetragen werden. Da sie weit in das Innere des Gebäudes eingerückt sind, kragen die Geschossdecken ca. 6 m aus. Diese Art der Konstruktion mit der Reduktion der Stützen auf wenige Stellen

---

563 Juryurteil, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 29.

564 Nach Auskunft von Ingeborg Marschall, der Witwe Günther Marschalls, sind im Nachlass keine Unterlagen über den Rathaus-Wettbewerb überliefert.

ermöglicht nicht nur sehr freie Grundrisse für die Büroetagen, sondern auch die Anlage einer weiträumigen zweigeschossigen Halle im Erdgeschoss und ersten Obergeschoss, ohne dass dafür Abfangungen oder ein anderes, weiter gespanntes Stützsystem nötig wäre.[565] Über ihre Funktion als Verkehrsraum hinaus, der einerseits das Hochhaus erschließt, andererseits zwischen Parkplatz, Rathausplatz und dem nördlichen Riegel vermittelt, dient die Halle als ausgesprochen großzügiges Entree zum gesamten Rathauskomplex und soll quasi in Anknüpfung an antike Foren einen Treffpunkt für die Bürger bereitstellen.[566] Außerdem enthält sie im Süden auf der Höhe des ersten Obergeschosses Räume für die Stadtspitze, die über die Brücke direkt mit dem Sitzungstrakt verbunden sind. Die Bürogeschosse sind in der üblichen Weise dreibündig angelegt: In der Mitte befinden sich die aussteifenden Erschließungs- und Versorgungskerne mit Aufzügen, Treppen und Leitungen sowie Sanitäranlagen, Neben- und Abstellräume, und zwei Gänge seitlich dieses mittleren Bunds eröffnen den Zugang zu den Büros an den Außenwänden. Da die Stützen so weit in das Gebäudeinnere verlegt sind, können sie in die Trennwand zwischen Büros und Gang integriert werden, so dass sich die Nutzfläche frei in Einzel-, Zweier-, Gruppen- oder sogar Großraumbüros unterteilen lässt. Statt des Rasters der frühen fünfziger Jahre zeigen die Fassaden durchlaufende niedrige Brüstungen und unterschiedlich breite Fenster, die nur von dünnen Pfosten getrennt werden. Damit ergibt sich eine relativ abwechslungsreiche Ansicht, zumal das oberste, teils doppelstöckige Geschoss für einen regelrechten Abschluss sorgt. Selbst an den Schmalseiten ist der mittlere Bereich zwischen den Stützen vollständig in Glas aufgelöst, und nur die Seitenwände der Bürofläche scheinen geschlossen.

Wie das Hochhaus erhebt sich auch der flache Quader des Sitzungstrakts über einem eingezogenen und verglasten Sockel, der das Foyer und die üblichen Nebenräume (Garderoben, Toiletten etc.) umfasst. Im 3,80 m hohen Obergeschoss, das durch eine ziemlich einfache Treppe erschlossen wird, sind vier Säle unterschiedlicher Größe untergebracht. Belichtet werden sie über die verglasten Längsseiten, während die Schmalseiten, deren südliche zur Bergstraße hin offenbar als Träger einer künstlerischen Gestaltung vorgesehen war, als geschlossene Wände gehalten sind. Über dem kaum sichtbaren Sockel quasi

---

565 Die Konstruktion erinnert an das Rathaus in Rødovre (1952-1956) von Arne Jacobsen (siehe Kapitel 6.2.4) und an den Hauptflügel des Landesversorgungsamts Bayern in München, das nach einem Wettbewerb 1953 von Wassili Luckhardt zwischen 1955 und 1957 errichtet und 1989 abgerissen wurde.

566 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 34: „[...] so sollte doch bei einer derartig baulichen Konzentrierung des Verwaltens der Gedanke der alten zum Rathaus gekehrten Rathaushalle als dem sozialen Forum der Begegnung und Unterhaltung architektonisch wieder lebendig werden.“ [gesperrt im Original, S. K.]

schwebend, wirkt der Sitzungstrakt mit den schmalen, außenliegenden Stützen wie eine vergröberte Version von Ludwig Mies van der Rohes Farnsworth-Haus. Die drei kleinen eingeschossigen Pavillons auf rechteckigem Grundriss beherbergen das Fremdenverkehrsbüro und bieten Raum für Ausstellungen.

Zwei gläserne Gänge, die einen Innenhof umschließen, verbinden das Hochhaus mit dem nördlich gelegenen Gebäudeteil. Sie führen in einen atriumartigen Hof, der den Flügel etwa im Verhältnis 1 : 2 teilt. Während der Bereich westlich davon zweigeschossig mit einem Souterrain um einen offenen Innenhof herum angelegt ist und die Polizei aufnimmt, legt sich der östliche mit drei Flügeln zweigeschossig um einen gedeckten Hof, der der Kassenhalle Platz bietet. Die Fassaden entsprechen ungefähr denen des Hochhauses.

Marschall gliedert den Rathauskomplex in der üblichen Weise, indem er ein Bürohochhaus als städtebauliche „Dominante“ mit Flachbauten für den Publikumsverkehr und einem Sitzungstrakt ergänzt, der durch die Stellung an der Hauptverkehrsstraße, die größere Raumhöhe und die aufwendigere Gestaltung ausgezeichnet ist. In der von flachen, zweigeschossigen Bauten geprägten Umgebung bleibt jedoch trotz dieser Kunstgriffe das Hochhaus mit seinen enormen Dimensionen beherrschend und spiegelt damit Marschalls nüchterne Konzeption des Rathauses als „Stadtbürozentrale“[567]. Um der Verödung des Verwaltungszentrums nach Büroschluss zu begegnen, sind die Bereiche zusammengefasst, die, wie der Ratskeller, die Sitzungssäle und die Verkehrs- und Ausstellungspavillons, auch außerhalb der Dienstzeiten genutzt werden. Aneinandergereiht stellen sie die Verbindung zwischen dem geplanten Geschäftszentrum südlich der Bergstraße und der nördlich gelegenen „insel“ her und sollen als „Lichtbrücke“[568] auch nach Einbruch der Dunkelheit eine angenehme Umgebung schaffen. Ähnlich wie Scharoun setzt auch Marschall eine große Halle als Erschließung und „Ort der Begegnung“ ein; allerdings wirkt die Halle für Ausstellungen zu groß und licht, für Veranstaltungen zu lang gezogen und durch Stützen verstellt, und als Ort zum Verweilen hätte sie wohl kaum funktioniert, denn zwischen den beiden Plätzen gelegen, stellt sie eher einen Durchgangsraum dar. Trotz der flexiblen Bürogrundrisse lässt sich der Komplex insgesamt nicht an einen veränderten Bedarf anpassen, weil die Baukörper genau auf ihre Funktion hin entworfen und nicht erweiterbar sind; eine abschnittsweise, dem tatsächlichen Einwohnerwachstum angepasste Verwirklichung scheidet so aus. Durch die Kragkonstruktion

---

567 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 34: „Durch den Umfang des Programms ist das Rathaus Marl in der Hauptsache eine Art Stadtbürozentrale.“

568 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 34.

jeder einzelnen Geschossdecke im Hochhaus wären zudem recht hohe Kosten entstanden.

Obwohl das Grundstück eine weitere Ausbreitung der Baumasse durchaus erlauben würde, wählt Marschall das Hochhaus, weil es als moderne und großstädtische Bauform gilt, die so den entsprechenden Anspruch Marls unterstreicht und in dem Bemühen um Kreisfreiheit als Argument nützt. Mit dem großen Anteil von Glas an den Fassaden und der in einigen Bereichen vollständigen Verglasung greift er nicht nur ein „modernes“ Material auf, sondern stellt Verwaltung und Stadtrat als transparente, der Kontrolle durch den Bürger gegenüber offene Institutionen dar. Gleichzeitig verknüpft Marschall damit Innen- und Außenraum und erhält den Nutzern der Gebäude den Blick in die Stadtlandschaft – für ihn als verantwortlichen Städteplaner sicher ein besonders wichtiges Anliegen.

Während sich die Jury in ihren Urteilen über die Entwürfe von van den Broek und Bakema und Scharoun außerordentlich begeistert zeigt und deren Ideenreichtum lobt, bleibt sie bei der Bewertung von Marschalls Beitrag wesentlich nüchterner und hebt die Funktionalität der städtebaulichen Anordnung, der Verkehrswege und der Bürogrundrisse hervor. Lediglich die Verbindung zwischen Sitzungstrakt und Hochhaus über die Brücke wird kritisiert. Mit der Bemerkung, die Gestaltung der Baugruppen sei „in einem menschlich sympathischen Maßstab gehalten“[569], verbirgt das Preisgericht seinen fehlenden Enthusiasmus hinter einem nichtssagenden Gemeinplatz, der jedem anderen Entwurf ebenso zugeordnet werden könnte.

6.2.3 Heinz und Kurt Conle

Dem Entwurf Marschalls ganz ähnlich, gliedert sich der Beitrag von Heinz und Kurt Conle[570] in eine Hochhausscheibe, einen daran angeschlossenen ausgedehnten Flachbau und ein isoliertes kleineres Ge-

---

569 Juryurteil, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 36.

570 Heinz Conle (1915-1988) arbeitete seit 1947 in der Planungsabteilung des Bauamtes der Stadt Duisburg. Mit seinem Bruder Kurt (1918-1966) eröffnete er 1949 in Duisburg ein gemeinsames Architekturbüro, als dessen künstlerischer Leiter er galt. Großaufträge erhielt das Büro vor allem im Wohnungsbau, so von den gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften Gebag in Duisburg und der Neuen Marler Baugesellschaft, doch war es auch mit Schulen und Wohnheimen in Marl vertreten (siehe Kapitel 2.3, S. 51f.). Eine teils polemische Übersicht über die Verstrickungen der Gebrüder Conle in die Kommunalpolitik bietet die Artikelfolge Die Conle-Saga. Ein deutsches Wirtschaftswunder, in: Freie Presse. Mühlheimer Stadtmagazin, 10. Jg., 1986, Nr. 3, S. 18-21; Brüder, zur Sonne. Die Conle-Saga (2), in: Freie Presse. Mühlheimer Stadtmagazin, 10. Jg., 1986, Nr. 4, S. 19-22; Der Pate. Die Conle-Saga (3), in: Freie Presse. Mühlheimer Stadtmagazin, 11. Jg., 1987, Nr. 1, S. 35-39; Die Jagd ist auf. Die Conle-Saga (4), in: Freie Presse. Mühlheimer Stadtmagazin, 11. Jg., 1987, Nr. 2, S. 32-35; Der Heiland des Ruhrgebiets. Die Conle-Saga (5), in: Freie Presse. Mühlheimer Stadtmagazin, 11. Jg., 1987, Nr. 3, S. 27-31; einige ihrer Duisburger Bauten zeigt Architektur in Duisburg, Duisburg 1994, Nr. 11.2, 11.5, 13.14, 15.5, 17.9.

bäude (Abb. 33).[571] Auch die städtebauliche Anlage gleicht dem Vorschlag Marschalls: Der gesamte Komplex beschränkt sich auf die Osthälfte des Grundstücks, das Hochhaus steht, nah an die Bergstraße herangezogen, senkrecht zur Straße, der Flachbau befindet sich dahinter, und der Einzelbau begrenzt den Bereich nach Osten, so dass zwischen den Gebäudeteilen ein kleiner, nun jedoch als Grünfläche gestalteter Platz entsteht, während westlich des Hochhauses ein von einer Brücke überspanntes Wasserbecken und Parkplätze vorgesehen sind. Allerdings unterscheidet sich die Verteilung der Funktionen auf die verschiedenen Baukörper, denn das Hochhaus ist Büroflächen vorbehalten, das abgesonderte Gebäude dient der Polizei und der Flachbau nimmt alle übrigen Nutzungen auf, also sowohl die publikumsintensiven Abteilungen als auch die Repräsentationsräume.

Das Hochhaus verfügt über 16 gleichartige Geschosse, lediglich das 17. ist zurückgesetzt, so dass sich eine Dachterrasse bildet, die zum Teil von dem weit auskragenden Dach geschützt wird. Eine Skelettkonstruktion aus Stahl oder Stahlbeton[572] ermöglicht freie Bürogrundrisse innerhalb der dreibündigen Anlage, wobei die Stützen in den Außenwänden und in den Wänden zum Gang hin untergebracht sind. Dieser konventionellen Struktur entspricht die Fassadengestaltung, die an den Längsseiten auf einem durch die Stützen bestimmten, gleichmäßigen, fast quadratischen Raster beruht. Um die Mittelgänge zu belichten und die sonst geschlossenen Schmalseiten aufzulockern, die vermutlich in Angleichung an die Ausfachungen der Rasterfassaden mit hellem Backstein verkleidet werden sollten, erhält der Mittelbund eine vertikal durchlaufende, leicht nach innen versetzte Verglasung. Erschlossen wird das Hochhaus über einen zweistöckigen Gang, der es an den nördlich gelegenen Flachbau anbindet.

Während die Schmalseiten des im Wesentlichen zweigeschossigen Flachbaus als Eingangsbereiche weit geöffnet sind, werden seine Längsseiten von zwei Büroströngen belegt. In die dazwischen verbleibende Halle sind zwei begrünte Innenhöfe, die Kassenhalle und vier Säle, darunter zwei mit kreisförmigem und zwei mit rechteckigem Grundriss, frei eingestellt. Über das zweite Obergeschoss ragen lediglich die Oberlichter der Säle und ein insgesamt vierstöckiger dreibündiger Trakt am größeren Innenhof hinaus, der teilweise über die Kassen-

---

571 Nach Auskunft der Henning Conle Grundstücksverwaltung sind Unterlagen über den Wettbewerb in Marl nicht erhalten.

572 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 31. Reine Stahlskelette wurden in der Bundesrepublik relativ selten genutzt und standen dann meist im Zusammenhang mit dem auftraggebenden Unternehmen, so etwa bei den Düsseldorfer Verwaltungshochhäusern von Thyssen und Mannesmann, die als Stahlproduzenten an der Verwendung dieses Materials aus Image-Gründen und zur Demonstration der Einsatzmöglichkeiten interessiert waren.

halle ausgreift und außer Büros die Wohnungen für die Hausmeister beherbergt.[573]

Auf quadratischem Grundriss um einen Innenhof errichtet, ruht das gegenüber dem Amtsgericht gelegene dreistöckige Polizeigebäude auf einem eingezogenen Erdgeschoss, dessen von Westen zugänglicher Hof als Garage fungiert. Mit dem Hochhaus und dem Flachbau teilt es die Skelettkonstruktion und die Rasterfassaden.

Insgesamt ähneln sich die Entwürfe der beiden bereits in Marl vertretenen und mit den örtlichen Gegebenheiten besonders vertrauten Büros von Günther Marschall und den Gebrüdern Conle in ihrer Konzeption so sehr, dass der gemeinsame Ankauf durch die Stadt Marl nur folgerichtig erscheint. Dennoch bestehen wichtige Unterschiede, die sich auf die von der Jury im Sinne des Auslobers besonders hervorgehobene Bedeutung des Rathauses auswirken. So integrieren Heinz und Kurt Conle ihrer Idee eines „*Verwaltungs*forums“[574] gemäß den Sitzungsbereich in den Flachbau in einer Weise, dass er trotz der ungewöhnlichen Grundrisse im Bauvolumen des Flachbaus aufgeht und damit kaum die herausragende Stellung des Rates nach außen verdeutlicht. Stattdessen gewinnt das Gebäude der Polizei, isoliert platziert und durch die regelmäßige Grundrissform des Quadrats[575] ausgezeichnet, an Gewicht. Mit den Rasterfassaden, dem Kragdach und der Konstruktion des Hochhauses zeigt sich der Entwurf zwar auf der Höhe der Zeit, weist jedoch nicht in die Zukunft und passt daher weniger zum Selbstverständnis der Marler Führungsschicht. Da die Umgebung der Bauten als Grünfläche gehalten ist – wohl um die Vorstellung einer „Grünen City“ umzusetzen –[576], fehlt trotz des Wasserbassins eine feierliche Abgrenzung des Komplexes.

Die Jury zollt dem städtebaulichen Ansatz und der Proportionierung der Baukörper ihre Anerkennung, auch sei die Gestaltung des Hochhauses einwandfrei und sein Grundriss zweckentsprechend.[577] Bemängelt wird dagegen die Zuordnung von Hochhaus und Flachbau, zumal sie die (interne) Verkehrsabwicklung beeinträchtige. Außerdem hält das Preisgericht die Räume zwischen den in die Halle eingestellten Kompartimenten für zufällig und kritisiert die Anlage von Wohnungen über der Kassenhalle.

---

573 architektur wettbewerbe 1958, Abb. 5, S. 33, zeigt nicht, wie in der Legende vermerkt, das erste, sondern das dritte bzw. für das Polizeigebäude das zweite Obergeschoss.

574 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 31.

575 Die Parallele zu Schinkels Neuer Wache in Berlin dürfte wohl zufällig zustande gekommen sein.

576 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 31: „Dieses aufgelockerte Verwaltungsforum entspricht der städtebaulichen Konzeption der aufstrebenden Industriestadt Marl.“

577 Juryurteil, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 32.

6.2.4 Arne Jacobsen

Obwohl Arne Jacobsen in der Strukturierung des Raumprogramms zu ähnlichen Ergebnissen gelangt wie die Gebrüder Conle, indem er den Beitrag in ein Bürohochhaus, einen flacheren Bauteil mit Sälen und Sonderräumen sowie einen Trakt für die Polizei gliedert und vorwiegend die Osthälfte des Grundstücks belegt, entwirft er einen völlig anderen Komplex (Abb. 34).[578] So ist das Ensemble am nördlich verlaufenden Fußweg (heute Eduard-Weitsch-Weg) ausgerichtet. Damit verläuft das Hauptgebäude schräg zur Bergstraße und markiert die östliche Begrenzung des Areals. Mit seinen zehn Geschossen nicht ganz so hoch wie die entsprechenden Bauten der Conles und Günther Marschalls, erstreckt es sich über 140 m hinweg, so dass sich ein ausgesprochen lang gezogener Riegel von ausgewogenen Maßverhältnissen ergibt: Die Höhe des Gebäudes (35 m) beträgt etwa das Doppelte seiner Breite (16 m) und ein Viertel seiner Länge.

Die Konstruktion des zweibündigen Riegels besteht aus weit in das Gebäudeinnere verlegten Stützenpaaren, die in den Wänden des Mittelgangs verschwinden. Darüber kragen die Decken aus untereinander mit Kabeln verspannten Stahlelementen 6 m weit aus, so dass die Bürogrundrisse und die Fassade, von Stützen freigehalten, im Rahmen des Moduls von 2 m, das durch die in den Gangwänden untergebrachte Installation bestimmt ist, beliebig unterteilbar bleiben; tatsächlich ist im Erdgeschoss des eigentlich den Normalbüros vorbehaltenen Gebäudes sogar eine die ganze Tiefe einnehmende (Kassen-?)Halle vorgesehen. Zur Versteifung des Skeletts dienen die Versorgungskerne an den Gebäudeenden und in der Nähe des Eingangs, der den Riegel in seinem Drittelspunkt teilt.

Während die weitgehend geschlossenen und mit einem hellen Naturstein verkleideten Schmalseiten durch die breiten senkrechten Fugen und einen Fensterstreifen eine vertikale Betonung erhalten, lässt die horizontal gegliederte Vorhangfassade an den Längsseiten den Bau noch länger und breit gelagert wirken. In jedem Stockwerk folgt auf eine Brüstung aus hinterlüftetem graugrünen Opakglas ein Fensterband mit Doppelscheiben, das von einem Streifen mit Sonnenschutz- und Lüftungselementen aus Aluminium abgeschlossen wird.[579] Indem diese Struktur gleichermaßen Büroflächen, die Halle und die Festkerne umschließt und damit unterschiedliche Nutzungsbereiche überspielt, vereinheitlicht sie die Ansicht des Gebäudes.[580] Lediglich das oberste Ge-

---

[578] Der Nachlass von Arne Jacobsen ist vom Nachfolgerbüro Dissing und Weitling an das Architekturarchiv der Königlich Dänischen Kunstakademie in Kopenhagen übergeben worden, doch haben sich weder dort noch in der Zeichnungssammlung der Akademie-Bibliothek Unterlagen über das Rathausprojekt in Marl erhalten.

[579] Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 39.

[580] Diese gesuchte Gleichförmigkeit lässt sich nur durch die eigentümliche und viel Grundfläche verbrauchende Stellung der Treppen und Aufzüge erreichen, die von

schoss hebt sich im Sinne eines Abschlusses ein wenig ab, da hier über dem Aluminiumband noch ein weiterer und nun breiterer Streifen aus Opakglas ansetzt, der als Attika die Dachaufbauten der Sicht entzieht und so den Eindruck von Geschlossenheit unterstützt. Der Hauptzugang erfolgt von der Ostseite her unter einem auf die Höhe des ersten Obergeschosses aufgeständerten, dem Hauptbau vorgelagerten und mit ihm durch einen Gang verbundenen Ausstellungspavillon.

An der Westseite des Hauptgebäudes schließt sich ein zweigeschossiger Komplex mit den Sitzungssälen an, der „als der mehr repräsentative Teil des Rathauses gedacht ist.“[581] Die teils doppelgeschossigen Säle sind dabei als vier einzelne Quader in der Weise in eine auf die Höhe des Obergeschosses aufgeständerte Platte gesetzt, dass sie im Erdgeschoss von wettergeschützten Freiräumen umgeben sind, während sich im Obergeschoss eine weitläufige Terrasse mit einem pergolaartigen Gerüst ergibt. Mit grau eloxierten Aluminiumstreifen verkleidet, wirken die Quader in sich geschlossen und werden durch Oberlichter erhellt. Ein Wasserbecken, das, vermutlich im Rückgriff auf barocke Vorbilder, auch von anderen Teilnehmern vorgeschlagen wurde, ist hier unmittelbar den Sälen als den höchstrangigen Gebäudeteilen zugeordnet und durch einen Einschnitt in der Terrassenplatte hervorgehoben.

Quasi das Rückgrat des Gebäudeensembles bildet ein insgesamt fast 330 m langer Gang, der mit dem Eingangsbereich des Hauptriegels einsetzt, das Gebäude zweistöckig durchquert, den Saalkomplex erschließt, danach eingeschossig weitergeführt das Polizeigebäude über einen Abzweig anbindet und endlich zu einem im nordwestlichen Teil des Grundstücks gelegenen Garten führt, wo er überdachte Sitzgelegenheiten bietet. Parallel zu diesem Gang verläuft das Gebäude der Polizei als dreigeschossiger Trakt, dessen Schmalseiten in Anlehnung an den Büroriegel gestaltet sind; Garagen und Nebenräume gehen hier direkt vom Hauptgang ab, während Parkplätze für Besucher und Bedienstete östlich des Hauptgebäudes angelegt sind.[582]

Im Unterschied zu den etwas betulichen Projekten von Marschall, Sep Ruf und besonders der Gebrüder Conle zeigt sich Jacobsens Entwurf von der großen Geste geprägt, mit der das Achsenkreuz aus Hauptgebäude und Gang das Gelände und die Umgebung ausrichtet und damit, dem Vorhaben von van den Broek und Bakema in Ede

---

der Außenhaut durch einen Gang getrennt sind, damit sich ihre Form nicht in den Fensterbändern abzeichnet.

581 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 39.

582 Jacobsen gehört mit Rudolf Schwarz und Hans Schwippert zu den Architekten, die die ansonsten als grundlegend eingeschätzte Verkehrsproblematik – Scharoun spricht sogar von der „für das Funktionieren aller Teile so entscheidende[n] Frage der Parkplätze“ (Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 27), und auch das Preisgericht äußert sich regelmäßig dazu – einfach übergehen.

vergleichbar, seinen Anspruch als Mittelpunkt von Amt und Stadt verdeutlicht. Die besondere Stellung des Rathauses unterstreicht nicht allein das Ausmaß des Büroriegels, vielmehr heben ihn die Eleganz seiner in Grautönen gehaltenen ebenmäßigen Fassaden, die ausgewogenen Proportionen des Baukörpers und die durchdachten Details[583] aus der Masse der Marler Bauten hervor. Mit seiner Konstruktion, der Vorhangfassade und den Materialien Glas und Aluminium gibt sich insbesondere dieser Gebäudeteil ausgesprochen modern; einmal mehr verweisen so die Rationalität, Klarheit und Transparenz der Architektur auf die Effizienz und Durchschaubarkeit der städtischen Verwaltung, deren Bürotrakt auch hier durch seine ungeheure Ausdehnung dominiert, wenn auch der Komplex der Sitzungssäle durch die zusammenfassende Platte und die Pergola an Gewicht gewinnt. Obwohl Jacobsen mit dem Raum recht verschwenderisch umgeht – die Jury kritisierte den „anormal hohen Anteil an Verkehrsfläche“[584] – und mit der Kragkonstruktion eine teure Bauart wählt, bemüht er sich doch um Effizienz im Bauen, indem er ausdrücklich die Verwendung industriell vorgefertigter Elemente für die Fassaden und die Decken vorschlägt.[585]

Anders als die übrigen Wettbewerbsteilnehmer – mit Ausnahme von Alvar Aalto – besaß Jacobsen einige Erfahrung mit Rathausbauten. So hatte er schon 1937 die Konkurrenz um das Rathaus der Stadt Århus gewonnen und das Projekt nach einigen Änderungen, die den Wünschen der Auftraggeber gemäß zu einer geschlosseneren, mit Naturstein verkleideten Fassade führten, zusammen mit Erik Møller bis 1942 verwirklicht.[586] Während die getrennte Unterbringung von Büro- und Sonderräumen in eigenen Baukörpern sich hier schon andeutet, aber noch nicht durchgängig umgesetzt ist, besteht das gleichzeitige, kleine Rathaus in Søllerød (1939-1942, mit Flemming Lassen) aus einem zweibündigen Büroflügel, den der weitgehend eigenständige Sitzungstrakt mit Ratssaal und zwei kleineren Sälen nur an seiner Schmalseite mit einem Durchlass berührt.[587] Nach dem Zweiten Weltkrieg setzt Jacobsen die Reihe von Rathäusern mit dem Bau in Glostrup[588] (1953-

---

583 So wollte Jacobsen statt eines sichtbaren Schornsteins eine Kaminöffnung im Dach mit ringförmig angeordneten Druckluftdüsen versehen, die den Rauch nach oben abgeleitet hätten. Auch die in diesem frühen Entwurfsstadium angestellten Überlegungen zu Verlauf und Breite der Fugen gehören in diesen Zusammenhang.

584 Juryurteil, in:architektur wettbewerbe 1958, S. 40.

585 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 39. Allerdings war das Bauwesen in Europa nur wenig industrialisiert, so dass oft die Mittel zur Umsetzung solcher Pläne fehlten. Siehe Lange 1999, S. 15.

586 Carsten Thau und Kjeld Vindum: Arne Jacobsen, København 1998, S. 272-281; Erik Møller: Aarhus City Hall. Construction, Materials, and Artistic Decoration, in: Arne Jacobsen, o. O. [Barcelona] 1991, S. 212-213.

587 Johan Pedersen: Arkitekten Arne Jacobsen, København 1954, S. 46.

588 Luciano Rubino: Arne Jacobsen. Opera Completa 1909-1971, Roma 1980, Nr. 83; Thau u. a. 1998, S. 424.

1959) fort, das, von der steinernen Verkleidung seiner Vorläufer abweichend, eine stärker durch Glasflächen geöffnete Fassade zeigt,[589] aber wieder in einen einheitlichen Riegel ausbildet.

Aufsehen erregte jedoch vor allem das Rathaus in Rødovre[590] (1952-1956, Abb. 35), auf das Jacobsen mit dem Entwurf für Marl unverkennbar zurückgreift. Es setzt sich aus einem dreigeschossigen Büroflügel, der mit dem Seitenverhältnis von 1 : 6,5 nicht ganz so lang gestreckt wirkt wie sein Marler Pendant, und einem eingeschossigen, freistehenden und nur über einen verglasten Gang angebunden Quader für den Rat zusammen. In Konstruktion und Disposition sind die Büroriegel nahezu identisch, denn auch in Rødovre handelt es sich um eine zweihüftige Anlage, deren Gerüst aus Stützen im Gebäudeinneren und auskragenden Decken gebildet und mit Festkernen an den Schmalseiten und dem Eingangsbereich versteift wird. Allerdings sind die Stützen hier nur an einer Gangseite in die Mittelwand eingestellt, während sie an der anderen, mit ihrem weißen oder signalroten Anstrich deutlich sichtbar, die langen Gänge rhythmisieren. Wiederum erhalten die Schmalseiten des Gebäudes eine Verkleidung aus – hier allerdings anthrazitfarbenen – Natursteinplatten, und die Längsfassaden des nordsüdlich ausgerichteten Gebäudes bilden curtain walls, die je Fensterachse zwei Tafeln aus grauem Opakglas als Abdeckung der Geschossdecken und Brüstung und ein bis unter die Decke reichendes Fenster aufweisen. Auch der Bau in Rødovre zeigt sich wohl proportioniert und von Sorgfalt in den Details geprägt: So verhalten sich etwa die Seiten des Ratstraktes wie 3 : 4, sein Eingang liegt im Drittelspunkt, und der Zugang zum Hauptgebäude teilt dieses im Goldenen Schnitt. Mit ihren äußerst schmalen Profilen – da die Stützen weit hinter die Fassadenebene zurückgenommen sind, entfallen hier breite Blenden – wirkt die Vorhangfassade ausgesprochen elegant, zumal die Dominanz der horizontalen Brüstungs- und Fensterbänder ein Gegengewicht in den etwas stärker hervorragenden Pfosten findet.[591] Im Inneren demonstriert die abgehängte, mit geringsten Materialstärken auskommende Treppe technische Leistungsfähigkeit und die Raffinesse von Jacobsens minimalistischem Design.

Obwohl Jacobsen mit dem Entwurf für Marl sein Erfolgsmodell aus Rødovre nahezu kopiert – neben der erwähnten Proportionierung,

---

589 Der Wettbewerbsentwurf sah eine Vorhangfassade vor, doch wurde er zugunsten einer Kombination von ziegelverkleideten Stützen, großflächigen, horizontal geteilten Fenstern und Brüstungen aus hellem, graublauen Opakglas geändert. Siehe Félix Solaguren-Bescoa de Corral: Arne Jacobsen, Barcelona 1989, S. 196f.

590 Rubino 1980, Nr. 75; Thau u. a. 1998, S. 412-422.

591 Ein weiteres Beispiel für Jacobsens Detailversessenheit stellt der äußerst schmale eingezogene Sockel dar, der im Erdgeschoss ein ebenso breites Brüstungsband ermöglicht wie in den Obergeschossen, denn ohne ihn wäre das Band um die Breite der Geschossdecke geringer dimensioniert.

Konstruktion und Fassadengestaltung übernimmt er auch die Anordnung der Baukörper, die Erschließung durch zwei lange, sich rechtwinklig kreuzende Gänge und die Betonung des Haupteingangs durch aufgeständerte Vorbauten –, führt das ungleich größere Raumprogramm in Marl zu einer solchen Ausweitung, dass die Leichtigkeit und Klarheit verloren gehen, die das Rathaus in Rødovre als Zukunft verspricht. So erscheint der Marler Bau mit seiner endlosen Fassade und der gesteigerten Höhe geradezu erhaben, und die Länge der Flure hätte vermutlich ebenso abweisend gewirkt wie die Verschlossenheit der Säle. Die große Ähnlichkeit der Projekte in Marl und Rødovre dürfte zudem dem Anspruch der Auftraggeber kaum entsprochen haben, denn die gewünschte neue, einzigartige Lösung ließ sich so nicht erreichen.

Deutlich zeigt sich in Rødovre, wie wenig ein solcher Entwurf die im Marler Wettbewerb geforderte Abgrenzung des Rathauses gegenüber anderen Bauaufgaben gewährleistet, denn gegenüber vom Rathaus baute Jacobsen 1960 einen vergleichbaren, dreigeschossigen Riegel, der hinter seiner ähnlich glatten, einheitlichen Fassade Wohnungen verbirgt.[592] Darüber hinaus gleicht der Bau im Hinblick auf die Fassadengestaltung und die konstruktive Bedeutung der Schmalseiten dem ebenfalls von Jacobsen 1955 errichteten Verwaltungsgebäude für die Firma A. Jespersen & Søns in Kopenhagen, das allerdings in eine Baulücke gesetzt ist und ohne Sitzungstrakt bleibt, und auch die Nähe zu Eero Saarinens Anlage für General Motors in Warren, Michigan (USA) (1948-1956) ist unverkennbar,[593] so dass ausgesprochen ähnliche Bauten die unterschiedlichen Funktionen Wohnen, Verwaltung der Privatwirtschaft und Kommunalverwaltung aufnehmen.

Das Preisgericht geht auf diesen Aspekt, wie bei den meisten der übrigen Beiträge auch, nicht ein, sondern kritisiert, von dem hohen Anteil an Verkehrsfläche abgesehen, vor allem die mangelnde Einbindung des Entwurfs in die städtebauliche Gesamtkonzeption: So widerspreche das Ausmaß des Büroflügels „dem offenen Charakter der Stadtlandschaft Marl“, und der gedeckte Gang trenne die Grünfläche im Nordwesten zu stark von der Bergstraße ab.[594] Dagegen werden die Funktionalität, die Zuordnung der Bereiche und die Verteilung der Baumassen sowie die architektonische Gestaltung, die „von hoher Qualität und Großzügigkeit“ sei, ausdrücklich gelobt.

---

592 Rubino 1980, Nr. 88.

593 Allerdings endet die Ähnlichkeit bei der Konstruktion: Die Verwaltungsgebäude in Warren verfügen über Geschossdecken aus Stahlfachwerkbindern, die allein auf schmalen Stützen mit geringer Achsweite direkt hinter der Fassade ruhen. Die Abstände der Fassadenpfosten entsprechen so denjenigen der Stützen. Siehe Jürgen Joedicke: Bürobauten, Stuttgart 1959, S. 58.

594 Juryurteil, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 40.

6.2.5 Otto Englberger

Anders als seine Konkurrenten geht Otto Englberger bei der Ausrichtung seines Rathauskomplexes (Abb. 36) kaum auf die bestehenden Straßen und die allenfalls vage geplanten zukünftigen Bauten der Umgebung ein, sondern wählt für die Hauptgebäude den Nord-Süd-Verlauf der klassischen Moderne, um so eine möglichst gleichmäßige Besonnung der Büros zu erreichen und die weitere Entwicklung des Areals offen zu halten.[595] Die Gesamtanlage gliedert sich in den großen Sitzungssaal, einen zweigeschossigen Flachbau mit Sälen und Räumen für die Stadtspitze, das Verwaltungsgebäude und den Bau für die Polizei. Während der Ratssaal so durch sein eigenes Gebäude eine besondere Betonung erfährt, werden die sonst meist abgesonderten Bereiche mit erhöhtem Publikumsverkehr in das Bürohaus integriert.

Dabei handelt es sich um eine lang gestreckte Scheibe von 13 Geschossen, deren unteres als Sockel ausgebildet ist und die Registratur aufnimmt. Über dem vor allem nach Osten, Süden und Westen weit hervorgezogenen ersten Obergeschoss ragen zehn Normalgeschosse, nun wieder etwa auf die Maße des Sockels zurückgeführt, und ein Dachgeschoss auf, das ein knappes Drittel der Fläche bedeckt. Zwei Festkerne dienen der Vertikalerschließung und teilen den Trakt im Verhältnis 1 : 2 : 1, wobei sich der südliche durch den aus der Fassadenflucht herausragenden Aufzugsschacht und die leicht zurückliegenden Fenster der Foyers abzeichnet. Um in den Hallen des ersten Obergeschosses größere Stützweiten zu ermöglichen, werden die Lasten aus der kleinteiligeren Stahlskelettkonstruktion der Normalgeschosse, die zweihüftig mit Stützen in den Gangwänden und an den Fassaden angelegt sind, über eine wie eine Platte durchlaufende Gitterträgerkonstruktion abgefangen. Das durch die größere Höhe und den höheren Glasanteil ausgezeichnete erste Obergeschoss darunter nimmt, über Oberlichter zusätzlich erhellt, die Bereiche mit verstärktem Publikumsverkehr auf und fungiert gleichzeitig als Verteilerhalle, so dass der Hauptzugang recht kompliziert über eine Freitreppenanlage geführt

---

595 Die Unterlagen (Pläne und Modellfotos) des Wettbewerbsbeitrags bewahrt Kurt Hoffmann (Kassel) auf, ein ehemaliger Mitarbeiter Englbergers.
Englberger (1905-1977) hatte nach einer Maurerlehre die Bauschule in Nürnberg und die Folkwangschule in Essen besucht und arbeitete seit 1920 für die Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft für Angestellten-Heimstätten (GAFAH), deren Berliner Entwurfsabteilung er 1937 bis 1944 leitete. 1951 übernahm er den Lehrstuhl für Wohn- und Gesellschaftsbauten an der Hochschule für Architektur in Weimar, deren Rektor er 1954 wurde. Unter seiner Leitung entwarf das Wohnungsbaukollektiv der Deutschen Bauakademie die Wohnungsbauserie 53. Siehe die Traueranzeige in Architektur der DDR, 26. Jg., 1977, Nr. 11, Innentitel, sowie Johann Friedrich Geist und Klaus Kürvers: Das Berliner Mietshaus. Bd. 3: 1945-1989. Eine dokumetarische Geschichte der Ausstellung "Berlin plant / Erster Bericht" 1946 und der Versuche, auf den Trümmern der Hauptstadt des Großdeutschen Reiches ein NEUES BERLIN zu bauen, aus dem dann zwei geworden sind, München 1989, S. 515f.

werden muss, um den Höhenunterschied und die am Sockel entlang verlaufende Parkplatzzufahrt zu überbrücken. Während die Schmalseiten eine geschlossene Verkleidung mit mosaikartig verlegten Platten aus hellem, geschliffenen Kunststein erhalten und als rathaustypisches Attribut eine Uhr tragen, bestehen die Längsfassaden aus Aluminiumelementen, die ebenso wie das Stahlskelett, die Decken und die Leichtbauwände vorgefertigt sind. Außer dem bereits erwähnten Aufzugsschacht lockern die leicht vorkragenden Sitzungszimmer in jedem zweiten (an der Westseite) bzw. dritten (an der Ostseite) Geschoss am Nordende des Trakts die sonst gleichförmigen, horizontal betonten Fassaden auf.

Vom Nordende des ersten Obergeschosses aus verbindet ein aufgeständerter Gang das Hauptgebäude mit dem Flachbau, der, um einen Innenhof angelegt, im Obergeschoss Sitzungssäle, die Kantine und die aus der Fassade vorkragenden Räume der Stadtspitze und im Erdgeschoss den Ratskeller und die Fraktionszimmer enthält. Eine Halle in der Breite des Verbindungsgangs dient hier als Foyer zum Ratssaal, der von einer halbkugelförmigen, mosaizierten Kuppel gedeckt und von einer auf frei stehenden, mit Reliefs geschmückten Wänden ruhenden Platte wie von einem Vordach allseitig umgeben ist.

An der anderen Seite des Hauptgebäudes erstreckt sich, parallel verlaufend, der viergeschossige Riegel für die Polizei. Ebenfalls als Zweibund angelegt, benötigt er wegen der geringeren Gebäudetiefe jedoch nur eine Stützenreihe im Gebäudeinneren. In seiner äußeren Gestaltung ist er dem Hauptflügel angeglichen, an den er über die Garage angebunden ist. Zu der weiteren Ausstattung des Komplexes gehören neben einem Wasserbassin ein Verkehrspavillon am Beginn der Hauptzufahrt, Besucherparkplätze im Nordosten und eine darunter befindliche Tiefgarage für die Bediensteten.

Englbergers Beitrag zeigt sich formal deutlich von der klassischen Moderne geprägt: Über die strenge Nord-Süd-Ausrichtung hinaus erinnert vor allem im Modell der Kontrast zwischen den hellen Stein- und den dunklen Glasflächen an Bauten wie etwa das Dessauer Bauhaus-Gebäude, und die frei stehenden, unter der Dachplatte herauslaufenden Wände finden in Ludwig Mies van der Rohes Entwurf für ein Landhaus aus Backstein (1923) ein Vorbild. Allerdings wird die auf den ersten Blick recht nüchterne Architektur nicht nur durch dramatische Gesten wie den Aufzugschacht und die zeittypische Dekoration mit Reliefs und Mosaiken angereichert, vielmehr benutzt Englberger durchaus Elemente traditioneller Architektur, um dem Rathaus die verlangte Würde zu verleihen. So liegt das Wasserbecken im Zentrum der Anlage, und der Weg zum Haupteingang führt in aufwendiger Weise darüber hinweg auf die asymmetrische vierläufige Freitreppe mit zwei Armen zu, so dass die Besucher einen geradezu zeremoniellen, in einem Aufstieg gipfelnden

Gang zurücklegen. Indem er das erste Obergeschoss in den beiden Hauptteilen des Komplexes, dem Hochhaus und dem Flachbau, durch die Vorkragungen und die größere Höhe auszeichnet, bemüht Englberger einerseits die überkommene Form der bel étage, andererseits wendet er sie aber eben nicht nur auf die dafür üblichen Räume des Bürgermeisters und die Festsäle an, sondern auch auf die Bereiche, die von den Besuchern am meisten frequentiert werden, und wertet sie damit auf. Schließlich wird der Ratssaal, ohnehin schon besonders weit an die Hauptstraße herangeschoben, durch die traditionelle Würdeformel der Kuppel hevorgehoben.

Obwohl diese Betonung des Ratssaals, den man für den Kern des Rathauses hielt, dem im Wettbewerbsprogramm festgestellten Verlangen nach Distinktion entgegenkam und die freie Anordnung der Baukörper ohne Orientierung an dem Straßennetz dem Konzept der von Grün geprägten Stadtlandschaft entspricht, beurteilte die Jury den Entwurf negativ. So kritisierte sie die beziehungslose Ausrichtung des Komplexes und rügte vor allem die Erschließung für den Fahr- und Fußgängerverkehr, da die Eingänge und die Treppe am Hauptgebäude nicht ausreichten. Darüber hinaus bemängelt sie die „architektonische Gestaltung“[596] und den relativ hohen Anteil der Verkehrsfläche. Auch die Form des Ratssaals stößt auf Ablehnung, weil sie nicht zum benachbarten Flachbau passe und das Innere kein Tageslicht erhalte. Anerkennend äußerte sich das Preisgericht lediglich über die Position des Ratssaals und die zweckentsprechende Anordnung der Dezernate.

6.2.6 Bernhard Pfau

Einen weiteren Entwurf aus der Reihe von Beiträgen, die ein Verwaltungshochhaus mit Flachbauten kombinieren, stellt Bernhard Pfau vor (Abb. 37).[597] Auch er platziert das Hochhaus, eine Scheibe mit 21 Geschossen, ungefähr senkrecht zur Bergstraße, bringt die Sitzungssäle in einem eigenen Gebäude nordwestlich davon unter und legt die publikumsintensiven Bereiche der Amtskasse und des Meldeamtes in einem Flachbau an der Bergstraße zusammen. Das Polizeigebäude, ein zweigeschossiger lang gestreckter Riegel gegenüber dem Amtsgericht, der mit einem eingeschossigen Flügel einen Hof umschließt, und das Restaurant vervollständigen den Komplex.

Nicht nur durch seine enorme, alle anderen Wettbewerbsbeiträge übertreffende Höhe, auch wegen der neuartigen Konstruktion fällt das

---

596 Juryurteil, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 48.

597 Der Nachlass von Bernhard Pfau, den die Stiftung Archiv der Akademie der Künste in Berlin bewahrt, ist noch nicht komplett verzeichnet. Von dem Marler Projekt haben sich offenbar nur einige undatierte Skizzen erhalten, die zum Teil unterschiedliche Varianten des Hochhauses und der Flachbauten und ihrer Zuordnung zeigen, in der Grundkonzeption jedoch übereinstimmen. Siehe Nachlass Bernhard Pfau, SAdK, Mappe 24.

Hochhaus in Pfaus Projekt am meisten auf. Zwischen zwei über die Bürofläche weit hinausreichenden Festkernen an den Schmalseiten des Gebäudes spannen sich die Geschosse nahezu ununterbrochen, da die Lasten hier über nur fünf vor der Fassade liegende Stützen und einen Aufzugskern abgetragen werden, der in der Mitte der Ostseite liegt und über Brücken mit einem quasi von außen an das Gebäude gesetzten Treppenhaus verbunden ist. Wegen der Konzentration der Lastableitung auf wenige Stellen sind die Stützen, die sich mit ihrem sehr lang gezogenen, fast spitzwinkligen Querschnitt deutlich abzeichnen, ausgesprochen kräftig dimensioniert, verjüngen sich jedoch, dem Kräfteverlauf folgend, nach oben, so dass sie ihre konstruktive Funktion des Tragens geradezu inszenieren. Das Gleiche gilt für die äußeren Festkerne, die mit ihrem sichelförmigen Grundriss und dem ebenfalls abnehmenden Querschnitt die Seitenansicht verbreitern und dynamisieren. Damit wird insgesamt der Eindruck einer einfachen „Kiste“ ohne klar begrenzte Form vermieden,[598] zumal auch das oberste Geschoss mit seinem Kragdach und der Dachterrasse von den anderen abgesetzt ist. Für die innere Organisation bringt die Konstruktion neben einer noch nicht einmal durch Mittelstützen eingeschränkten Geschossfläche vor allem eine unverstellte, doppelstöckige Halle im Erdgeschoss, die anders als bei dem Entwurf Marschalls als einheitlicher Raum wirkt.

Pfaus Hochhaus ähnelt in seiner Konstruktion und in dem Bemühen um eine markante Form der Pirelli-Verwaltung in Mailand (1957-1960), die das Büro Gio Ponti unter Beteiligung von Pier Luigi Nervi und anderen errichtete, allerdings sind die Lasten dort noch stärker auf die Festpunkte an den spitz zulaufenden Schmalseiten und nur zwei schottenartige Wandscheiben im Inneren konzentriert, die nicht über die Fassadenebene hinausragen.[599] In seinem eigenen Œuvre[600] nimmt Pfau die

---

598 So spottete man über die Architektur von van den Broek und Bakema, indem man den Werbeslogan einer Verpackungsfabrik aufgriff: Al een vat, kist of krat van Van den Broek en Bakema gehad? (Hooykaas 2000, S. 25) Hinter dem Verlangen nach einer abgeschlossenen Form steckt letztlich das klassische Ideal einer Dreiteilung in Anfang, Hauptteil und Schluss (in der Architektur etwa Basis, Schaft und Kapitell oder Sockel, Hauptgeschosse und Kranzgesims mit Attika).

599 Siehe Joedicke 1959, S. 77f., 164f.

600 Bernhard Pfau empfahl sich nicht nur durch seine Bauten im Sinne der Moderne für den Wettbewerb – er hatte schon seit 1930 entsprechende eigene Arbeiten vorgelegt –, sondern auch durch sein politisches Engagement im Rahmen des „Architektenrings Düsseldorf“, einer 1949 in Anlehnung an den Berliner „Ring“ moderner Architekten (seit 1923/24) gegründeten Vereinigung. Dabei wandte er sich im „Düsseldorfer Architekturstreit“, den die Berufung Julius Schulte-Frohlindes zum Leiter des Hochbauamtes auslöste, 1951/52 gegen die Besetzung wichtiger Ämter mit konservativen Architekten, die schon im Dritten Reich hohe Positionen innegehabt hatten. Siehe Durth 1992, S. 346ff.; Julius Niederwöhrmeier: Das Lebenswerk des Düsseldorfer Architekten Bernhard Pfau 1902-1989, Stuttgart 1997, S. 143ff.; Gert Kähler: Architekten-Porträt. Bernhard Pfau, in: Der Architekt, 1986, Nr. 3, S. 136-140, hier S. 138, neu abgedruckt in: Hommage à Bernhard Pfau. Dokumentation eines Seminars über das Werk Bernhard Pfaus im SS [sic] 1996. Anläßlich des drohenden Abrisses des Studienhauses, Düsseldorf

Konstruktion in einer wohl schon 1947 in Frankreich entstandenen Skizze für das Haus der Glasindustrie in Düsseldorf (1948-51) vorweg, und die sich verjüngenden Stützen tauchen im Wettbewerbsbeitrag für die Verwaltung der Phoenix-Rheinrohr AG in Düsseldorf (1955), beim Studienhaus in Düsseldorf (1962-1967) und bei der Textilforschungsanstalt in Krefeld (1951-1958) auf,[601] wiewohl sie nirgends so dramatisch die Ansicht prägen wie in dem Marler Entwurf.

Eine senkrecht zum Hochhaus verlaufende „Verbindungshalle“[602] erschließt nicht nur das Verwaltungsgebäude von beiden Seiten, sondern verknüpft es mit dem weiter östlich gelegenen Flachbau für Amtskasse und Meldeamt, der über Oberlichter und einen kleinen Innenhof belichtet wird. Das östliche Ende der Verbindungshalle trägt einen Wandschirm, der die konkave Wölbung der Hochhaus-Schmalseiten aufnimmt. Während dieser Bereich an die Bergstraße gerückt ist, liegt das Gebäude für die Säle, etwas nach Norden zurückgenommen, in der Grünfläche. Mit der üblichen Einteilung – Foyer im Erdgeschoss, Säle im Obergeschoss – und einer eher unspektakulären Architektur scheint es dem Hochhaus, mit dem es über eine Brücke im ersten Obergeschoss verbunden ist, untergeordnet. Allenfalls die größere Geschosshöhe und die Treppenanlage im Inneren, die in einer Skizze aus zwei fünfläufigen Treppen mit zwei Armen besteht und auch im veröffentlichten Schnitt noch beeindruckende Ausmaße zeigt,[603] heben das Gebäude von den übrigen ab und geben ihm einen feierlicheren Charakter. Von der Nordostecke des Saalbaus abzweigend, schließt ein langer und schmaler Gang die beiden eingeschossigen Wohnungen für die Hausmeister sowie die ebenfalls eingeschossigen Ratsstuben an.

Auch Pfau reagiert auf das Wettbewerbsprogramm mit der funktionalen Gliederung und interpretiert die verlangte Dominante als Bürohochhaus, das um so höher ausfällt, als er die sonst gelegentlich mit den Sälen verknüpften Räume für die Stadtspitze ihrer Funktion als Büros gemäß im Hochbau unterbringt. Dass dabei der Ratstrakt recht

---

1999 (ad, Bd. 25), S. 217-224. Allerdings war auch Pfau an den Rüstungsanstrengungen der Nazis beteiligt, da er die Fabrikationsanlage II der Fieseler-Werke in Kassel (1936-38) erbaute (Niederwöhrmeier 1997, S. 94ff.). Dass er sich dabei durchaus moderner Formen und Konstruktionen bedienen konnte – im Industriebau des Dritten Reichs und gerade in der Flugzeugproduktion (bekannt vor allem die Heinkel-Werke in Oranienburg) nicht ungewöhnlich –, zeigt deutlich, wie sehr Form und Inhalt zusammengehören und in der kunstwissenschaftlichen Analyse zueinander in Bezug gesetzt werden müssen, denn die Reduktion von „Moderne“ auf formale Charakteristika (etwa die Verwendung von Beton, Stahl und Glas oder von Fensterbändern) widerspricht nicht nur den eigenen Ansprüchen der Architekten, sie verstellt auch den Blick auf die Unterschiede zwischen einer Außenseiter-Strömung der zwanziger und einer akzeptierten Richtung der sechziger und siebziger Jahre.

601 Niederwöhrmeier 1997, S. 159, 211, 243, 252.

602 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 52.

603 Siehe dazu den Schnitt in architektur wettbewerbe 1958, S. 53, und die Grundrissskizze, Nachlass Bernhard Pfau, SAdK, Mappe 24.

unscheinbar gerät, rechtfertigt er mit seiner Konzeption des *gesamten* Verwaltungszentrums als „Symbol der Arbeit für den Bürger“ und einer „Repräsentation durch Gesamtlage [sic] im allgemeinen“[604]. Damit bezieht er im Erläuterungsbericht die Verwaltung in die städtische Repräsentation ein und betont den Aspekt der Selbstbestimmung gegenüber dem der Herrschaftsausübung, doch bleibt in dem Entwurf letztlich das Rathaus das Versprechen einer effizienten Verwaltung und gibt sich mit seiner betont neuartigen Konstruktion als zukunftsweisend. In die Stadtplanung passt sich das Projekt durch seine offene Struktur ein: Die Bauten breiten sich, vom Hochhaus einmal abgesehen, größtenteils flach aus, und alle Zwischenräume bewahren ihre Verbindung zur weiteren Umgebung, da die langen Erschließungstrakte im Norden und Süden wahrscheinlich als gläserne Gänge geplant waren.

Wie bei den vergleichbaren Entwürfen von Marschall und den Gebrüdern Conle lobt die Jury die städtebauliche Anordnung und insbesondere die Stellung der Hochhausscheibe.[605] Auch seien die Grundrisslösungen und die gemeinsame Erschließung von Hochhaus und Flachbau durch die Verbindungshalle gelungen. Dagegen wird die zu komplizierte, die einzelnen Verkehrsarten nicht trennende Verkehrsführung ebenso beanstandet wie die ungenügende Zuordnung von Sälen und Büros des leitenden Personals. Darüber hinaus hält das Preisgericht die Festkerne an den Schmalseiten für zu modisch und glaubt, dass sich das konstruktive System „auf die Funktion des Gebäudes ungünstig auswirkt.“

6.2.7 Sep Ruf

In der bekannten Weise gliedert Ruf den Rathauskomplex (Abb. 38) in eine Hochhausscheibe und drei Flachbauten.[606] Alle Gebäude legen sich, ausgerichtet am Eduard-Weitsch-Weg, um einen großen rechteckigen, mit Anpflanzungen aufgelockerten Platz, der eine Tiefgarage überdeckt.

Mit 14 Geschossen eine eher moderate Höhe erreichend, besteht das Verwaltungshochhaus aus einem Stahlbetonskelett mit kräftigen, weit nach innen gezogenen Stützen und 5,50 m weit auskragenden Decken. Wie bei dem Entwurf Marschalls dient diese Konzentration der Stützen auf wenige Stellen neben der flexiblen Einteilung der Grundrisse vor allem dazu, bei der Anlage einer doppelgeschossigen, von Einbauten weitgehend freigehaltenen Eingangshalle, die quasi als ein-

---

604 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 52.

605 Juryurteil, in: architektur wettbewerbe, S. 54.

606 Über den Nachlass von Sep Ruf verfügen wahrscheinlich seine Angehörigen in Gmund am Tegernsee, die jedoch auf entsprechende Anfragen nicht reagierten, wohl weil der Sohn Rufs, selbst Architekt, sich die Auswertung vorbehalten will. Es bleiben daher für die Untersuchung nur die veröffentlichten Ansichten und Grundrisse in architektur wettbewerbe 1958, S. 56-58.

gezogener Sockel fungiert, einen Wechsel der Konstruktion zwischen Hallen- und Obergeschossen zu vermeiden. Durch ihre großzügige Verglasung verstärkt die Halle die Verknüpfung zwischen dem architektonisch gefassten, nach Süden und Südwesten geöffneten Platz und den umgebenden Grünflächen, während die übrigen Geschosse eine Verkleidung aus „frei vorgesetzten Wandelementen“[607], also eine curtain wall oder eine Konstruktion aus geschosshohen Rahmen, aus Aluminium und Naturstein erhalten.

Nach Norden reicht die Halle über die Hochhausgrundfläche hinaus und stellt die Verbindung zu dem zweigeschossigen Riegel her, der den Bereich mit hohem Publikumsaufkommen, die Sitzungssäle und die Büros der Stadtspitze enthält. Um den 155 m langen Trakt aufzulockern und die großen Räume im mittleren Bund der dreihüftigen, 41 m breiten Anlage zu belichten, sind, ähnlich wie im Entwurf von van den Broek und Bakema, im Inneren zwei Gartenhöfe angelegt: Den westlichen umschließen die beiden Sitzungssäle und die Kassenhalle, den östlichen das Meldeamt und Büros. An den Schmalseiten des Gebäudes liegen im Osten die Trauzimmer und im Westen der Ratssaal, ihnen vorgelagert jeweils ein ummauerter Hof, der den Einblick von außen verhindert und doch durch die Bepflanzung den Kontakt zur Umgebung vermittelt. Die Längsseiten schließlich sind von Büros, darunter im Obergeschoss die der Bürgermeister und des Amtsdirektors, belegt.

In einem eigenen, eingeschossigen Gebäude auf quadratischem Grundriss sind die Restaurationsbetriebe (Kantine, Ratsstube, Küche) und die beiden Hausmeisterwohnungen zusammengefasst, wobei wiederum Innenhöfe die Gebäudetiefe erschließen und bei den atriumartig angelegten Wohnungen für die nötige Intimität sorgen. Der besonders nah an die Bergstraße gerückte Bau für die Polizei begrenzt den Platz südlich und erhebt sich als Vierflügelanlage mit zwei Geschossen über einem eingezogenen Sockelgeschoss.

Rufs Entwurf basiert auf der üblichen Funktionstrennung, doch wird sie hier vor allem städtebaulich begründet: Die Aufgliederung schaffe „Weiträumigkeit und Sichtverbindung zu den umgebenden Grünflächen“.[608] Mit den begrünten Innenhöfen wird die der Marler Stadtplanung gemäße Verschränkung von Natur und Architektur sogar bis in die Gebäude selbst weitergeführt, und die vorgesehene Tiefgarage reduziert die Oberflächenversiegelung zugunsten von Grünanlagen. Dagegen erscheint die funktionale Separation nicht sonderlich streng beachtet, da in dem Riegel große Sonderräume, gewöhnliche Büros und Repräsentationszimmer zusammengebracht werden. Durch diese Kombination verlieren die sonst so betonten Räume des Rates und der Bürgermeister ihre Exklusivität, gehen sie doch in einem Gebäude auf,

---

607 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 56.
608 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 56.

das weder in seiner Konstruktion noch in seiner Gestaltung besonderen Aufwand verrät. Passt zudem schon die nach innen gewandte Anordnung der Sitzungssäle am Hof kaum zu der gesuchten Zeichenhaftigkeit, so widerspricht ihr das Verbergen des Ratssaals durch den ummauerten Gartenhof erst recht, zumal damit Verschlossenheit an die Stelle der Öffnung durch weite Glasflächen tritt, die als Ausdruck der Verbindung von Rat und Stadt sowie als Zeichen demokratischer Öffentlichkeit verstanden wurde. So gerät schließlich der zentrale Platz, von Gebäuden umstanden, gepflastert und von ungewöhnlicher Größe, neben der „Dominante“ des Verwaltungshochhauses zum Ort der Darstellung höherer Würde, indem er die Mitte des Komplexes bildet und bei „feierliche[n] Anlässe[n]“[609] Versammlungen ermöglicht.[610]

Außer funktionalen Unzulänglichkeiten – so seien die Grundrisse bei der Kombination von Restaurationsbetrieben und Wohnungen unbefriedigend, die Räume der Stadtspitze und die Säle nur schwer zugänglich, und die Erschließung der einzelnen Baukörper sowie der Gesamtanlage über den von Fußgängern und Autofahrern benutzten Platz seien mangelhaft – rügt die Jury vor allem die unangemessene Gewichtung der Bauteile:

> Die Räume des Rates sind nicht ihrer Bedeutung gemäß hervorgehoben. Die demgegenüber betonte Herausstellung des Polizeigebäudes erscheint bei dieser architektonischen Komposition verfehlt.[611]

Obwohl Schwarz und die Gebrüder Conle die gleiche Form, eine annähernd quadratische Vierflügelanlage, für das Polizeigebäude wählen und zumindest Schwarz eine exponierte Lage an der Spitze des Grundstücks vorsieht, hält die Jury offenbar erst das Zusammentreffen von herausgehobener Stellung und besonderer Form einerseits und fehlender Betonung des Ratstrakts andererseits für kritikwürdig.

6.2.8 Alvar Aalto

In Anlehnung an den Zuschnitt des Grundstücks entwirft Aalto einen ungefähr dreieckigen Komplex aus fünf Baukörpern (Abb. 39), die im

---

609 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 56.

610 Ruf hatte sich bis dahin lediglich im Rahmen eines Wettbewerbs in Aachen 1956 mit Rathäusern beschäftigt, doch handelte es sich dabei um ein reines Verwaltungsgebäude als Ersatz für einen zerstörten Erweiterungsbau aus der Zeit um 1900 (siehe Philipp Kerz: Wettbewerb Aachener Rathaus, in: Baumeister, 54. Jg., 1957, Nr. 3, S. 169-173). Seinen Namen als Moderner hatte er sich mit den frühen Bauten der Bayerischen Staatsbank in Nürnberg (1949-51) und den Siedlungen für Angestellte des Hohen Kommissariats (HICOG) in Bonn und Bad Godesberg (1951/52) sowie der Akademie der Künste in Nürnberg (1952-54), der „Maxburg“ in München (1953-57) und vor allem den deutschen Pavillons bei der Weltausstellung in Brüssel (1956-1958, zusammen mit Egon Eiermann) erworben. Siehe Hans Wichmann: Sep Ruf. Bauten und Projekte, Stuttgart 1986.

611 Juryurteil, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 57.

Erdgeschoss miteinander verbunden sind.[612] Parallel zur Bergstraße erstreckt sich über gut 180 m hinweg ein Riegel mit Räumen für die Polizei, die Dezernate I und II, die Stadtspitze und mit dem kleinsten Sitzungssaal im äußersten Westen. An diesen schließen nördlich der größere Sitzungssaal, der Ratssaal und der Ratskeller an. Das Zentrum der Anlage bilden die Zentralregistratur und der darüber gelegene Innenhof, von denen die drei Trakte der Dezernate III, IV und V fingerartig ausgehen. Während der Westen der Anlage, ausdrücklich als „Mitbürgergarten“ ausgewiesen, und der Osten als Grünflächen gestaltet sind, nimmt das Gelände zwischen der Bergstraße und dem Längsriegel die Besucherparkplätze auf.[613] Hier, etwa im westlichen Drittelspunkt des Hauptflügels, befindet sich der zentrale, aus der Flucht hervorgezogene Eingang.

Auf den ersten Blick von monotoner Länge, zeigt der straßenbegleitende Riegel doch Abwechslung, da sich die einzelnen dort untergebrachten Abteilungen abzeichnen. So stuft sich das Polizeigebäude bis zu einer Höhe von vier Geschossen auf und grenzt sich durch einen Einschnitt vom benachbarten Dezernat II ab; lediglich das Erdgeschoss läuft hier durch und wahrt so die Einheitlichkeit.[614] Mit dem Dezernat II erreicht der Trakt wieder die Höhe von vier Geschossen, die sich über dem Eingangsbereich mit dem Dezernat I auf fünf erhöht, bevor sie sich im westlichen Teil des Gebäudes auf das hier aufgeständerte erste Obergeschoss reduziert, in dem der kleine Sitzungssaal, Fraktionszimmer und die Räume für den Amtsdirektor, den Amtsbürgermeister und den Bürgermeister der Stadt Marl sowie Nebenräume zusammengefasst sind. Im Erdgeschoss entsteht durch die Aufständerung ein geschützter Bereich, der als Übergang vom Außenraum zum Haupteingang und zum getrennt zugänglichen Foyer der Sitzungssäle dient. Wohl in Anspielung auf die Funktionsvielfalt mittelalterlicher Rathäuser sind hier sogar fünf im Programm nicht geforderte Läden vorgesehen, die jedoch wegen ihrer allzu geringen Fläche und des gegenüber dem Rathaus geplanten Geschäftszentrums wenig sinnvoll erscheinen und allenfalls den Versuch darstellen, den Komplex mit zusätzlichen Nutzungen zu beleben. Der Haupteingang erschließt direkt die Amtskasse und über einen recht kurzen Weg die darüber gelegenen Dezernate I und II, während die übrigen Verwaltungsflügel durch drei lange, parallel geführte, aber voneinander getrennte Korridore angebunden werden. Diese recht umständliche Erschließung, die eine frühzeitige korrekte Wahl des Weges erfordert, ist durch die Platzierung der Zentralregis-

---

612 Einen Satz der Wettbewerbspläne (Plannummer 2211) und einige Skizzen bewahrt die Alvar-Aalto-Stiftung in Helsinki.

613 Die Parkplätze für die Bediensteten beherbergt ebenso wie die Einrichtungen für die Polizeiwagen eine Tiefgarage unter dem Gebäude.

614 Allerdings besteht im Inneren kein Durchgang, vielmehr verfügt die Polizei über zwei eigene Eingänge, jeweils für „Publikum“ und „Gefangene“.

tratur in der Mitte des Erdgeschosses bedingt, da so der für eine Ausstellungs- und Verteilerhalle übliche Raum belegt ist.

Mit ihren Enden an die Registratur quasi angedockt, erheben sich die drei restlichen Verwaltungstrakte über vier, das Dezernat V sogar über fünf Geschosse auf unregelmäßigen Grundrissen: So sind etwa die beiden Bünde gegeneinander verschwenkt (Dezernat III) oder um einen verkürzten dritten Bund ergänzt, der schräg zu den beiden anderen liegt (Dezernate IV und V), und die Schmalseiten der Trakte mit den eingezogenen Fluren oder Treppenhäusern sind polygonal gebrochen, so dass die Architektur zu den Grünflächen hin im Gegensatz zu dem strengen Riegel entlang der Bergstraße freier, eher plastisch gebildet wirkt. Im Erdgeschoss sind in den Zwickeln zwischen den Trakten weitere Räume mit hohem Publikumsaufkommen (Meldeamt und Kriegsfolgenfürsorge) sowie die wegen ihres großen Gewichts direkt auf dem Bodenniveau aufgestellte Adressiermaschine untergebracht.

Im Westen der Gesamtanlage bilden die drei großen fächerförmig angeordneten Säle die „Spitze“ des Rathauses. Das Erdgeschoss nimmt außer den Foyers und den üblichen Nebenräumen (Toiletten, Garderoben) den weit zum „Mitbürgergarten“ geöffneten Ratskeller auf. Über einfache, schmale Treppen gelangen die Besucher in die Foyers des Obergeschosses mit den Eingängen zu den Sälen, die als geschlossene Räume mit massiven Wänden nur durch Oberlichter erhellt werden.[615] Während der kleine Sitzungssaal auf einem simplen, fast quadratischen Grundriss ruht, liegt dem großen Sitzungssaal eine Fächerform zugrunde, die durch das sanft gewellte Faltwerk des Dachs betont wird. Der Ratssaal schließlich wird durch die Rathausuhr an seiner Stirnwand, den allseitigen verglasten Umgang, die enorme Höhe und die markante Form des geknickten Pultdachs herausgehoben, obwohl er nur auf einem einfachen längsrechteckigen Grundriss errichtet ist.

Von den einzelnen Gebäudeteilen umstanden, liegt über der Zentralregistratur im Erdgeschoss, die durch Oberlichter, wohl Glasbausteine in einem wabenförmigen Betonrahmen,[616] belichtet wird, ein Innenhof. Den Zugang gewähren eine zweiläufige Treppe zwischen den Dezernaten I/II und III sowie eine terrassierte und mit Treppenstufen versehene Geländeaufschüttung im Nordwesten, wo sich der Innenhof zum „Mitbürgergarten“ hin erweitert. Obwohl der Erläuterungsbericht den Innenhof auch als Verkehrsraum zwischen den Dezernaten ausweist,[617] zeigen die

---

615 Der große Sitzungssaal sollte womöglich sogar völlig ohne natürliches Licht auskommen.

616 Göran Schildt: Alvar Aalto. The Complete Catalogue of Architecture, Design and Art, London 1994, Nr. VI.I.13; Petra F. Schuck: Idee geblieben, in: Der Architekt, 1997, Nr. 12, S. 753-757, hier S. 753.

617 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 45: „Von diesem erhöhten Innenhof können alle Dezernate erreicht werden.“

Pläne nur einen einzigen, sehr schmalen Zugang zum Foyer des großen Sitzungssaals. Wichtiger erscheint die repräsentative Funktion, denn hier sollten „kleine offizielle Empfänge der Amtsdirektoren und Bürgermeister“[618] stattfinden, während der „Mitbürgergarten“ für größere Veranstaltungen vorgesehen war.

Die Konstruktion des Rathauses beruht auf einer Mischung von Massiv- und Skelettbauweise[619], bei der allerdings die variable Skelettkonstruktion, vor allem bei den zweihüftig angelegten Bürotrakten eingesetzt, überwiegt. Dort sind Stützen knapp hinter der Fassade und in einer der Gangwände (beim Dezernat III wegen der größeren Tiefe in beiden Gangwänden) angeordnet, doch korrespondiert diese leicht zurückgesetzte Position in den Plänen nicht mit dem Erläuterungsbericht, da dieser die Fensterbrüstungen in das Balkensystem integriert. Obwohl die Stützenstellung eine Vorhangfassade ermöglicht, sollen die durchlaufenden Brüstungen „mit Ziegel oder sonst einem für Marl charakteristischen Material ausgeführt“[620] werden. Der Ratssaal ist, auf dem zweigeschossigen gläsernen Sockel aus Ratskeller, Foyer und Umgang ruhend, sogar vollständig mit Ziegeln verkleidet.

Scharouns Beitrag nicht unähnlich, ist Aaltos Entwurf durch eine relativ kompakte und von einem Raster unabhängige Anordnung der Baumassen gekennzeichnet. Aalto unterscheidet weniger zwischen Funktionen, sondern bildet die Verwaltungsgliederung ab, wie sie dem Raumprogramm zugrunde lag: Statt zwischen Büros, Versammlungsräumen und Kassenhallen zu trennen, richtet er für jedes Dezernat – von der Zusammenfassung der Dezernate I und II abgesehen – einen eigenen Flügel ein und ordnet die Sonderräume diesen Trakten zu, so dass sich etwa die Amtskasse in dem Gebäuderiegel an der Bergstraße allenfalls über einen kleinen Vorsprung abzeichnet. Auch die Hausmeisterwohnungen werden so in die Flucht der Büroräume integriert. Die Gruppe der Säle ist, ebenfalls dem Programm gemäß, mit den Räumen der Stadtspitze eng verzahnt und entwickelt sich aus dem Verwaltungsflügel, indem sich der sonst völlig eingebundene kleine Sitzungssaal nur durch die geschlossenen Wände und die Laterne abhebt, der große Sitzungssaal die Ziegelverblendung im ersten Obergeschoss zwar weiterführt, aber schon ein außergewöhnliches Dach zeigt und schließlich der Ratssaal sich über der Verglasung in den unteren Geschossen aus dem kontinuierlichen Verband löst.

Da sich die Masse der Büros auf mehrere Gebäude verteilt, kommt es nicht zu dem krassen Gegensatz zwischen einem dominierenden Verwaltungshochhaus, das noch dazu den höheren Anforderungen der

---

618 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 45.

619 Ob das Skelett aus Stahl oder Stahlbeton bestehen soll, lässt Aalto zunächst offen. Siehe Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 45.

620 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 45.

Hochhausrichtlinie unterliegt, und einem allzu unbedeutenden Ratstrakt; vielmehr überragt hier der Ratssaal mit der Spitze seines Daches die Gesamtanlage und kann sich durch die auffällige Form, vor allem aber durch die vollständig geschlossene Außenhaut gegenüber den restlichen Gebäudeteilen behaupten, zumal er durch die Lage an der Spitze des Komplexes hervorgehoben ist. Andererseits belegt die Mitte des Rathauses im stark frequentierten Erdgeschoss ausgerechnet die Zentralregistratur als Inbegriff verstaubten Verwaltungshandelns; das gesamte Rathaus dreht sich damit quasi um die Akten. Der darüber angelegte Innenhof erscheint selbst für die geplante zeremonielle Funktion aus klimatischen Gründen nur sehr eingeschränkt brauchbar, und für eine beiläufige Nutzung durch Passanten im Sinne eines Platzes zum Verweilen liegt er zu abgeschlossen. Ohnehin würde sich direkt unter den Augen der Bürgermeister und des Amtsdirektors, die hier ihre Zimmer auf der gleichen Ebene haben, wohl kaum ein unbeschwertes öffentliches Leben abspielen. Immerhin sorgt der Innenhof zusammen mit der radialen Anordnung der Trakte für eine Verschränkung der Gebäude mit der Umgebung, die, zunächst als Grünfläche gefasst, über die Aufschüttung bis an den Hof und zwischen die Flügel geführt wird. Zudem gleichen die Fassadenbegrünung durch Ranken und die davor gestellten Bäume das Bauwerk der Landschaft an. Obwohl in seinen Formen, wie den durchlaufenden Fensterbändern, den überwiegend flachen Dächern und den frei angeordneten Volumina, durchaus modern, gibt sich Aaltos Entwurf in seinen Materialien im Vergleich zu den Aluminium-Glas-Vorhangfassaden einiger Konkurrenten eher konservativ, wenn etwa große Bereiche eine Ziegelverkleidung erhalten. Auch die Skelettkonstruktion bleibt gegenüber den weiten Auskragungen und den Hängesystemen anderer Wettbewerbsteilnehmer unspektakulär, so dass Aaltos Projekt insgesamt zwar den Vorstellungen der Marler Stadtplanung entspricht, die, Natur und Kultur miteinander verschleifend, eine „Grüne Mitte“ verlangte, das gesuchte Bild Marls als Stadt der Zukunft jedoch nur bedingt evoziert.

Wie die Entwürfe von Ferdinand Kramer, Rudolf Schwarz und Hans Schwippert wurde Aaltos Beitrag schon im ersten Rundgang offenbar ohne größere Diskussion durch die Jury ausgeschieden.[621] Vermutlich enthält deshalb das Protokoll des Preisgerichts keine Aussagen über diese Pläne, doch geht Konrad Rühl als Vorsitzender in der Einleitung zur Veröffentlichung des Wettbewerbs auf Aaltos Vorschlag ein und benennt den Mangel in der Anordnung der Bauteile, der wohl der Ablehnung zugrunde lag:

> In dem konzentrierten und auch funktionell straffen Entwurf des Finnen Alvar Aalto strahlen die Verwaltungstrakte fingerförmig von dem

621 Siehe Kapitel 3.2, S. 67f.

> zentralen Sammelraum aus. Die schöne Konzeption hat leider zu recht engen Schluchten zwischen den mehrgeschossigen Bautrakten geführt, die nicht gerade erfreulich für die künftigen Insassen [sic] der Arbeitsräume wären.[622]

Aalto hatte sich, darin Jacobsen vergleichbar, schon länger mit Rathausbauten beschäftigt und bereits 1920 während seines Studiums ein Rathaus für Jyväskylä entworfen.[623] Nach den nicht verwirklichten Vorhaben für die schwedischen Städte Avesta (1944) und Nynäshamn (1945) gewann Aalto 1950 den Wettbewerb um ein Rathaus in Säynätsalo (Abb. 40), einer damals rund 3.000 Einwohner zählenden Gemeinde in der Mitte Südfinnlands,[624] mit einem viel beachteten Beitrag unter dem prätentiösen Titel „Curia“. Der überwiegend zweigeschossige Bau gruppiert auf einem ungefähr quadratischen Grundriss verschiedene Geschäfte, eine Bank, zwei Wohnungen und eine Sauna im Erdgeschoss sowie Verwaltungsräume, eine Bibliothek, weitere Wohnungen und Appartements im Obergeschoss so um einen erhöhten Innenhof, dass die privaten bzw. geschäftlichen Bereiche im Erdgeschoss nur von außen zugänglich sind, während die öffentlichen des Obergeschosses über den Innenhof erschlossen werden. Lediglich der Ratssaal ragt weit über die restliche Anlage hinaus.

Trotz der unterschiedlichen Dimensionen ähneln sich die Entwürfe für Säynätsalo und Marl in ihrer Struktur so sehr, dass man Marl als Variante für größere Städte des 1952 fertig gestellten Erfolgsmodells betrachten kann. Das betrifft etwa die enorme Bedeutung des erhöhten Innenhofes, der allerdings in Säynätsalo mit seinen intimeren Maßen und der funktionalen Einbindung weniger aufgesetzt wirkt. Außer der konventionellen zweiläufigen Haupttreppe gibt es hier eine unregelmäßige, grasüberwachsene Stufenfolge, um analog zur Geländeaufschüttung in Marl das Gebäude mit der Umgebung zu verknüpfen. Noch stärker als in Marl mit seinen großen Glasflächen dominiert in Säynätsalo der handwerklich verlegte Ziegel, der, obwohl Kunstprodukt, mit seiner bewusst ungleichmäßigen Oberfläche und Farbe die Einbindung in die Landschaft verstärkt, zumal wieder Teile des Gebäudes mit

---

622 Rühl 1958, S. 7.

623 Zu diesem und den folgenden Projekten siehe die Œuvre-Kataloge Karl Fleig: Alvar Aalto. Bd. 1: 1922-1962, Zürich 1963; Karl Fleig: Alvar Aalto. Bd. 2: 1963-1970, Zürich 1971; Elissa Aalto und Karl Fleig: Alvar Aalto. Bd. 3: Projekte und letzte Bauten, Zürich 1978; Göran Schildt: Alvar Aalto. The Complete Catalogue of Architecture, Design and Art, London 1994 sowie Göran Schildt: Alvar Aalto. The Mature Years, New York 1991.

624 Aalto hatte schon 1942 von dem größten Arbeitgeber der Gegend, dem Holzkonzern Enso-Gutzeit, den Auftrag zur Stadtplanung erhalten. Seit Januar 1948 erstellte er auf Veranlassung der Gemeinde einen Vorentwurf für ein Rathaus, das dann allerdings anderthalb Jahre später als Wettbewerb ausgeschrieben werden musste. Gegenüber seinen Konkurrenten Seppo Hytönen und Veikko Raitinen war Aalto also deutlich im Vorteil. Siehe Kristiina Paatero: Säynätsalo Town Hall, in: Alvar Aalto in Seven Buildings. Interpretations of an Architect's Work, Ausst.-Kat. Helsinki 1998, S. 65-67.

Ranken und Büschen bewachsen sind. Zwar setzt Aalto in Säynätsalo überwiegend massive tragende Wände ein, doch werden vor allem im Erdgeschoss auch Betonstützen benötigt, um das auskragende Obergeschoss abzufangen. Ohnehin war von Anfang an eine dem steigenden Bedarf gemäße Umwandlung der Wohnungen in Büros vorgesehen,[625] so dass selbst bei dem kleinen Bau Nutzungsflexibilität eine wichtige Rolle spielte. Schließlich stimmen sogar die Gehäuse für den Rat überein, handelt es sich doch auch in Säynätsalo um einen weitgehend geschlossenen, den Bau überragenden Quader mit geknicktem Pultdach. Insgesamt erscheint die Übertragung eines Modells, das bei einer kleinen Gemeinde auf dem Lande als gelungen galt, auf eine von Industrie geprägte Großstadt fragwürdig, denn sie bringt funktionale Mängel mit sich und legt eine Idyllisierung der Großstadt nahe.

Obwohl sich in den vergleichbaren Elementen der beiden Vorhaben Ansätze einer zumindest persönlichen Rathaus-Ikonographie andeuten, die zu der stets geforderten Erkennbarkeit führen könnten, verfolgt Aalto deren Entwicklung nicht weiter. So findet die charakteristische Pultdach-Variante auch für Aaltos eigene Häuser in Munkkiniemi (1935) und Muuratsalo (1953) Verwendung und fehlt dagegen nicht nur bei späteren Rathäusern, sondern auch bei den etwa gleichzeitigen Projekten für Kiruna (1958) und Göteborg (1955). Bei den Grundrissen stellen die einfachen Quadrat- oder Rechteckformen nur eine Möglichkeit unter anderen dar – üblich sind ebenso polygonale oder elliptische Entwürfe (Rovaniemi, 1963-1966; Jyväskylä, 1964-72; Castrop-Rauxel, 1965; Alajärvi, 1966-69) –, und auch das Material ist wenig aussagekräftig, denn einerseits verwendet Aalto den Backstein für andere Bauaufgaben, wie etwa das Studentenwohnheim am MIT (1947-48), andererseits erhalten Ratssäle Verkleidungen aus blau glasierten Ziegeln (Seinajöki, 1959-1965) oder schwarzen Granitplatten (Rovaniemi, Alajärvi). Kennzeichnend wirkt vielmehr die Anordnung eines „Mitbürgergartens“ (Avesta, Säynätsalo, Göteborg, Marl, Kiruna, Rovaniemi, Jyväskylä, Castrop-Rauxel, Alajärvi), oft in Verbindung mit einem Innenhof, als wenigstens symbolischer Ort der Gemeinschaft. Aalto selbst betont diese Funktion des Innenhofes in seiner Beschreibung des Beitrags für Säynätsalo: „I used the enclosed courtyard as the principal motif because in some mysterious way it emphasizes the social instinct.“[626]

---

625 Ein entsprechender Umbau wurde tatsächlich 1973/74 vorgenommen, und 1979 wandelte man zusätzlich einen Teil der Läden in Büros um. Im Rahmen der Eintragung in die Denkmalliste wurde 1994 die Rückführung in den ursprünglichen Zustand beschlossen. Siehe Paatero 1998, S. 67; Richard Weston: Town Hall Säynätsalo, London 1993, unpaginiert.

626 Zit. n. Schildt 1994, S. 130. Im weiteren Verlauf bemüht Aalto, wie schon mit dem Titel seines Entwurfs, recht angestrengt, unbegründet und wahllos mehrere Jahrtausende europäischer Kulturgeschichte: „In government buildings and town halls, the courtyard has preserved its primal significance from the days of ancient Crete, Greece, and Rome through the Middle Ages and the Renaissance."

Dass das Kulturzentrum in Wolfsburg (1958-62) ebenfalls über eine Form dieses erhöhten Innenhofs verfügt, passt zu seinem Charakter als öffentliche Institution und zu seiner Funktion als Ort stadtbürgerlicher Diskussion.

6.2.9 Ferdinand Kramer

Ferdinand Kramers Beitrag zeigt einen äußerst kompakten Komplex (Abb. 41) aus einem Hochhaus mit integriertem Flachbau für das Rathaus und einem davon getrennten Gebäude für die Polizei.[627] Obwohl auch Kramer die Hallen für Meldeamt und Amtskasse sowie die Säle von den Normalbüros absondert, unterscheidet er nicht zwischen einem aufwendigen Repräsentationsteil und eher nüchternen Publikumsbereichen, sondern bringt beide in einem eingeschossigen Flachbau auf rechteckigem Grundriss zusammen. Eine große, den Bau ost-westlich durchlaufende Eingangshalle erschließt die Räume und dient gleichzeitig als Foyer für die Säle, die, ganz unspektakulär auf einfachen Rechteck-Grundrissen ruhend, in die Flucht der übrigen Räume gerückt sind.

Über dem wohl durch Oberlichter erhellten Flachbau erhebt sich ein mindestens zwölfgeschossiges Hochhaus auf einem dreiflügeligen, T-förmigen Grundriss. Die zweihüftigen Bürotrakte werden über Festpunkte an den Enden und in ihrem Schnittpunkt erschlossen, wo die Zimmer der Dezernenten so angeordnet sind, dass sie sowohl horizontal im Bezug zu ihren Dezernaten im Zentrum liegen als auch untereinander vertikal eng verknüpft sind. Im obersten Geschoss finden Ratsstube und Kantine ihren Platz und werden mit einer Dachterrasse kombiniert. Die Büros der Stadtspitze sind im vierten Obergeschoss untergebracht. Als Konstruktion schlägt Kramer ein Stahlskelett mit Stützen unmittelbar vor den Gangwänden und aussteifenden Schotten im Bereich des Flügelschnittpunkts vor. Da die Stützen in der Fassadenebene äußerst knapp bemessen erscheinen, sind die Decken wohl als Kragkonstruktion vorzustellen. Um mit der engen Stützenfolge der

---

627 Gemäß Auskunft von Lore Kramer, der Witwe Ferdinand Kramers, sind im Nachlass keine Unterlagen über den Rathaus-Wettbewerb überliefert.
Nach dem Architekturstudium in München hatte Ferdinand Kramer (1898-1985) von 1925 bis 1930 unter Ernst May im Frankfurter Hochbauamt in der Abteilung für Typisierung gearbeitet. Anschließend unterhielt er ein eigenes Büro als freier Architekt, bis er 1937 aus der Reichskammer der Bildenden Künste ausgeschlossen wurde. Während des Exils in New York (1938-52) war er vorwiegend als Designer tätig. 1952 wurde er auf Initiative Max Horkheimers zum Baudirektor der Frankfurter Universität berufen. Nach seiner Pensionierung im Jahre 1964 arbeitete Kramer wieder als freier Architekt. Siehe Claude Lichtenstein (Hg.): Ferdinand Kramer. Der Charme des Systematischen. Architektur, Einrichtung, Design, Gießen 1991; Wolfgang Pehnt: Kramer, (Carl August Friedrich) Ferdinand, in: Muriel Emanuel (Hg.): Contemporary Architects, Andover ^{3}1994, S. 536-539 (mit umfangreicher Werkliste); Dietrich Worbs: Bauen für den Gebrauch. Ferdinand Kramer (1898-1985) zum 100. Geburtstag, in: Bauwelt, 89. Jg., 1998, Nr. 4, S. 142.

Bürotrakte nicht die Halle zu verstellen, leiten vermutlich Abfangungen unter dem ersten Obergeschoss auf die weitere Stützenstellung im Erdgeschoss über. Für die Fassaden, die auch an den Schmalseiten weitgehend in Glas aufgelöst sind, um die Treppenhäuser zu belichten, sind „Einbauelemente“[628] vorgesehen, so dass man sich wahrscheinlich eine Vorhangfassade oder geschosshohe Rahmen vorzustellen hat.

Von dem Haus mit den beiden Hausmeisterwohnungen abgesehen, die über einer Tiefgarage für Dienstwagen im Nordwesten des Komplexes liegen, erhält nur die Polizei ein eigenes Gebäude. Es erstreckt sich, dem leichten Geländeabfall folgend, zwei- bis dreigeschossig senkrecht zum Hauptflügel des Rathauses und ist über einen schmalen Hof mit dem Garagenriegel dahinter verbunden. Seine Konstruktion und Fassadengestaltung entsprechen denen des Rathauses. Durch die Konzentration der Baumassen bleiben große Teile des Grundstücks unbebaut und als Grünfläche erhalten, zumal der Geländeabfall nach Osten zur Anlage einer Tiefgarage zwischen dem Rathaus und dem Polizeiflügel genutzt wird.

Insgesamt zeigt Kramer den nüchternsten, am wenigsten auf traditionelle Repräsentation ausgelegten Entwurf. So verzichtet er darauf, den Ratssaal durch Stellung, Grundriss oder Konstruktion gegenüber den übrigen Teilen des Rathauses hervorzuheben, und gliedert ihn in die Alltagssphäre von Meldeamt und Amtskasse ein. Auch die Bürgermeister und der Amtsdirektor werden eher beiläufig im vierten Obergeschoss und nicht in einem als bel étage inszenierten ersten Obergeschoss untergebracht. Mit der Anordnung von Speiseräumen im obersten Geschoss folgt Kramer einem geläufigen Modell[629], doch öffnet er, anders als Scharoun, diesen wegen der weiten Aussicht sehr attraktiven Bereich für die Allgemeinheit, indem er auch die Ratsstuben hier anlegt. Der Erläuterungsbericht spiegelt die am praktischen Nutzen ausgerichtete Konzeption wider, wenn er die Reduktion der Verkehrswege innerhalb des Gebäudes betont. Allenfalls die Konstruktion gerät mit der für die Zuordnung von Hochhaus und Flachbau nötigen Abfangung etwas aufwendiger, und zumindest an den Stellen, wo der Hauptflügel über die Halle hinausgreift, wird dies durch den Freiraum zwischen Erdboden und erstem Obergeschoss deutlich vorgewiesen. Indem Kramer mit der Grundform eines Hochhauses auf T-förmigem Grundriss die Anlage der hoch gelobten Marler Paracelsus-Klinik[630] (Abb. 42) aufgreift, etabliert er ein gemeinsames Design für die wichti-

---

628 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958.

629 So empfiehlt etwa das Gutachten der KGSt die Einrichtung von Kantinen im obersten Geschoss, weil diese in unmittelbarer Nähe zu den Küchen liegen müssten, die wiederum dort besonders einfach zu entlüften seien, ohne dass Gerüche in die Arbeitsräume zögen. Siehe Jähnig ^{2}1956, S. 49.

630 Das Krankenhaus wurde 1953 bis 1956 nach Plänen von Werner Hebenbrand und Walter Schlempp errichtet. Siehe Kapitel 2.3, S. 52.

gen kommunalen Großbauten, so dass einerseits die gemeinhin gesuchte Besonderheit des Rathauses noch weiter zurückgedrängt, andererseits das Spezifische für Marl hervorgehoben wird. Dabei hätte sich, wäre diese Gestaltung auf andere Bauaufgaben, wie etwa Schulen, ausgeweitet worden, die Kommune als umfassender Versorger in allen Lebenslagen präsentiert. Da durch die Kompaktheit der Anlage die Bodenversiegelung gering bleibt, passt der Wettbewerbsbeitrag recht gut in die grundlegende Städteplanung Marschalls, sofern man die Errichtung eines Hochhauses akzeptiert, wie sie in der Ausschreibung nahe gelegt wurde. Dagegen dürfte die Zurückhaltung bei der repräsentativen Gestaltung wohl kaum auf die Zustimmung der Jury gestoßen sein.

6.2.10 Rudolf Schwarz

Der Wettbewerbsbeitrag von Rudolf Schwarz (Abb. 43) besteht im Wesentlichen aus einem Hochhaus und zwei parallelen, lang gestreckten Riegeln, die mit Quergebäuden Höfe bilden, sowie aus einem getrennt im äußersten Westen platzierten Bau für die Polizei.[631] Da der Komplex, der das Grundstück fast vollständig ausfüllt, an dem nördlichen Fußweg (heute Eduard-Weitsch-Weg) ausgerichtet ist, liegt er zur Bergstraße als Hauptverkehrsader leicht schräg.

Der insgesamt 224 m lange Riegel an der Bergstraße, wie der hintere zweihüftig, nimmt in zwei Geschossen die Büros der Dezernate I und II auf. An seinem westlichen Ende ragt die Kassenhalle, ein eingeschossiger Bau mit quer verlaufenden Oberlichtern, nach Norden vor, während er sich im Osten zu einer nahezu quadratischen, dreigeschossigen Vierflügelanlage um einen Innenhof erweitert, die das Dezernat IV (Soziales und Kultur) beherbergt. Der hintere Riegel unterscheidet sich lediglich durch seine geringere Länge von 144 m und die Höhe von drei Geschossen im Ostteil (Dezernat III) und fünfen im Westteil (Dezernat V). Verbunden werden beide durch zwei eingeschossige Gänge, so dass zwischen den Gebäuden ein geschlossener Hof von quadratischer Grundfläche entsteht, an dessen Westseite die Registratur mit einem schmalen Sockel und zwei niedrigen Obergeschossen anschließt. Seine Ostseite begrenzt, in ihn hineinragend, das „Hohe Haus“[632], ein neungeschossiges Hochhaus auf einem quadratischen Grundriss von 28 m Seitenlänge, das die Säle und Fraktionsräume sowie die Zimmer der Bürgermeister enthält.

---

631 Die Wettbewerbspläne liegen im Historischen Archiv des Erzbistums Köln, Nachlass Rudolf Schwarz, PK 85/1; einige frühe Entwurfsskizzen bewahrt Maria Schwarz, die Witwe des Architekten.

632 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 61. In den Skizzen bezeichnet Schwarz das Gebäude als „Festturm“.

Der Haupteingang leitet von der Bergstraße aus in voller Breite in den östlichen der beiden Verbindungsgänge und damit in die zwei Geschosse hohe untere Halle des Hochhauses. Dagegen bleiben die schmalen, nahezu unendlichen Mittelgänge des Südflügels deutlich untergeordnet, obwohl sie einen großen Teil des anfallenden Besucherstroms aufnehmen müssen. Auch bei der vertikalen Erschließung dominiert der Aspekt der Repräsentation den der Funktion, denn Aufzüge bedienen allein das Hochhaus, den fünfgeschossigen Teil des Nordflügels und die Registratur, während die ausgedehnten zwei- bis dreigeschossigen Bereiche nur über Treppen zugänglich sind. Dabei sind vor allem die Treppen in der Nähe des Innenhofs ausgesprochen großzügig angelegt: Sie führen ohne Unterbrechung in einem Lauf von Stockwerk zu Stockwerk, sind frei in foyerartige Erweiterungen der Gänge gestellt und verfügen so über genügend Raum, um ihre „erhebende“ Wirkung zu entfalten. Im Erdgeschoss der den Innenhof umgebenden Flügel – Schwarz nennt sie den „innersten Ring“[633] – finden wichtige Sonderräume, wie die Kantine, die Ratsstuben und der Ausstellungsraum des Bauamtes, ihren Platz. Den beiden Haupttreppen zugeordnet, liegen die Trauzimmer und das Büro des Amtsdirektors im ersten Obergeschoss, das mit den ebenfalls hier situierten Räumen der Dezernenten die Verwaltungsleitung auf einer Ebene versammelt.

Im Verhältnis 3 : 4 geteilt, enthält das „Hohe Haus“ im westlichen, stets eingeschossigen Abschnitt Foyers und Verkehrsflächen mit zwei wiederum frei in den Raum gestellten Erschließungskernen aus Aufzügen, einläufigen Treppen und Toiletten und im östlichen Bereich die Nutzflächen: Auf die doppelgeschossige Halle folgt der zwei Stockwerke von besonderer Höhe einnehmende Ratssaal, darüber sind im vierten Obergeschoss die Zimmer der Bürgermeister angeordnet,[634] und die nächsten beiden Etagen belegt der große Sitzungssaal. Im siebten Oberschoss sind der kleine Sitzungssaal und die Fraktionsräume, im obersten Stockwerk schließlich weitere Büros, unter anderem für den Personalrat, untergebracht.

Zwar trifft Schwarz keine Aussagen über die Konstruktion, doch legen die Pläne eine Skelettbauweise nahe, wenn auch die Stützen nur dort markiert sind, wo sie ohne Einbindung in Wände frei stehen.[635] Allerdings bleibt offen, wie etwa die Säle mit ihrer Breite von 16 m überspannt werden sollen, zumal ihre Decken mehrere, teils hoch belastete

---

633 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 61.

634 In den Plänen sind sie als Zimmer des Oberbürgermeisters und des Bürgermeisters bezeichnet, obwohl das Wettbewerbsprogramm korrekt Räume für den Amtsbürgermeister und den Bürgermeister (der Stadt Marl) forderte. Schwarz nimmt mit seiner vielleicht nicht ganz zufällig irrtümlichen Beschriftung den von der Stadt Marl ersehnten Großstadtstatus vorweg.

635 Die Stützenstellung im Haupteingang deutet auf die übliche Anordnung von Stützen in der Fassadenebene und in den Gangwänden hin.

Geschosse tragen. Das Achsmaß von 4 m, das bei einer Raumtiefe von 6 m zu recht großen Zimmern führt, bildet zusammen mit den Geschossdecken in den Fassaden ein Raster aus beinahe quadratischen Feldern. Besitzen die eher schematischen, nicht detailliert ausgearbeiteten Fassaden durch dieses „richtungslose“ Quadratmodul schon wenig Spannung, so wirken sie erst recht in der endlosen Wiederholung, vor allem an der Front zur Bergstraße mit ihren 56 Achsen, ziemlich eintönig. Allenfalls die Fassaden des Hochhauses zeigen stärkere Abwechslung, da sich hier die unterschiedlichen Nutzungen (Büros oder Säle), die Doppelgeschosse und die unterschiedliche Geschosshöhe abzeichnen.[636] Das Gebäude für die Polizei, anders als in den anderen Beiträgen nicht dem Amtsgericht, sondern der großen Verkehrskreuzung im Westen zugeordnet, ist vierflügelig um einen Innenhof organisiert und entspricht in Konstruktion und Gestaltung dem Rathaus.

Die Absenkung des Geländes nach Osten, die am Südflügel durch einen blinden Sockel ausgeglichen wird, nutzt Schwarz zur Anlage einer außerordentlich breiten Freitreppe. Sie erschließt den nach Norden geöffneten, gepflasterten Hof auf Erdgeschossniveau zwischen dem Hochhaus und dem Südflügel, so dass hier durch den Aufstieg und die allmähliche architektonische Einfassung ein zeremonieller Auftakt zu der Halle des „Hohen Hauses“ und dem nur noch von Architektur bestimmten Innenhof entsteht. Dagegen zeigt sich der Hof im Westen trotz der Einschnürung durch die Kassenhalle eher landschaftlich geprägt, werden hier doch die Grünflächen und die leicht gegeneinander versetzten Fußwege der Umgebung bis an die Bauten herangeführt.

Obwohl Schwarz funktionale Aspekte eines Verwaltungsgebäudes bei seinem Wettbewerbsbeitrag berücksichtigt, stehen für ihn die Abgrenzung des Rathauses gegenüber anderen Gebäuden in der Stadt und die Darstellung höherer Würde im Vordergrund. So löst er den Bereich der Politik im engeren Sinne, also Rats- und Sitzungssäle, Fraktionsräume und Bürgermeisterzimmer, aus den Verwaltungstrakten heraus[637] und verleiht dem Ratsgebäude durch eine zusätzliche Eingangshalle, üppige Foyers und große Räume solche Dimensionen, dass es sich tatsächlich gegenüber der Verwaltung behaupten kann. Deren relativ flachen Flügeln steht ein Hochhaus gegenüber, das trotz der gedrungenen Proportion – die Höhe beträgt nur das Anderthalbfache

---

636 Zwar bieten auch die Nord- und Westseite des Dezernats IV eine leicht abgewandelte Ansicht, da hier der Gang der einhüftigen Flügel an der Außenseite liegt, doch bleibt das strenge Raster bestehen; lediglich die Füllung ändert sich.

637 Der Trennung von politischer und administrativer Ebene entsprechend wird der Amtsdirektor als Wahlbeamter auf Zeit und zumindest theoretisch unpolitischer Verwaltungsleiter nicht im Hochhaus, sondern an herausgehobener Stelle im ersten Obergeschoss der Verwaltung, auf einer Ebene mit den Dezernenten, untergebracht. Dagegen passt der Raum des Personalrats im obersten Stock des Hochhauses nicht ganz in das Konzept, doch handelt es sich immerhin um die *gewählte* Vertretung der Bediensteten.

der Grundlinie – als moderne Version eines Rathausturms sowohl Rathaus „bedeutet“ als auch die als wesentlich erachteten Funktionen enthält, so dass die so oft bemühte, aber als leer und funktional unbegründet kritisierte Form hier inhaltlich angemessen gefüllt wird. Dafür nimmt Schwarz allerdings technische Schwierigkeiten bei der Stapelung der stützenfreien Geschosse in Kauf, wobei sich die Hochhausrichtlinie und Sondervorschriften für hoch gelegene Versammlungsräume zusätzlich erschwerend ausgewirkt hätten. Wie viel ihm an dem Hochhaus lag, zeigen schon die Anmerkungen zu den Entwurfsskizzen:

> Der Festturm sakral, bester Kirchenbau. Ganz Ornament, ganz farbig[.] Die Büros einfach, verputzt oder Skelett. [...] Der Gedanke des „Fest-Turms“ ist so schön, das es sich lohnt damit durchzufallen.[638]

Dabei bedeutet Sakralität für Schwarz, der den Kirchenbau als Mittelpunkt der Architektur verstand,[639] die höchste Auszeichnung. So sehr der Entwurf damit auch den Ansprüchen der Auftraggeber entgegenkommt, er wirkt doch, oder vielleicht sogar gerade deshalb, einseitig und überzogen, denn anders, als es die Bezeichnung „Hohes Haus“ suggeriert und als Schwarz es im Erläuterungsbericht behauptet,[640] tagt im Ratssaal eben nicht ein das gesamte Staatsvolk als Souverän vertretendes Parlament, sondern die mit begrenzten Rechten versehene Gemeindevertretung.[641] Darüber hinaus mag die Konzentration auf den „Festturm“ und der Wunsch, ihn gegenüber dem restlichen Bau hervorzuheben, für die wenig inspirierte Gestaltung des Verwaltungsbereichs verantwortlich sein.[642] In ähnlicher Weise erscheint auch die Verwendung des Quadrats, das als besonders regelmäßige Form das Rathaus insgesamt auszeichnen soll, in ihrer Häufung in Grund- und Aufriss steril. Sogar funktionale Erwägungen, wie die Anordnung aller Dezernentenzimmer an den Stellen, an denen die Dezernatsflügel an den Innenhof stoßen, um die Leitungsebene sowohl ihren jeweiligen Fach-

---

638 Entwurfskizzen Rathaus Marl, Archiv Maria Schwarz, Köln. Unterstreichung im Original, S. K.

639 Wolfgang Pehnt und Hilde Strohl: Rudolf Schwarz. Architekt einer anderen Moderne, Ostfildern-Ruit 1997, S. 12f., verweist darauf, dass Schwarz sich dennoch nicht auf den Kirchenbau reduziert sehen wollte, auch wenn drei Fünftel seiner Aufträge sakraler Natur waren. Die Verbindung von Schwarz‘ Architekturkonzeption zu seinen Kirchenbauten untersucht – recht unkritisch – Thomas Hasler: Architektur als Ausdruck. Rudolf Schwarz, Berlin, Zürich 2000. Siehe außerdem Rudolf Stegers: Räume der Wandlung. Wände und Wege. Studien zum Werk von Rudolf Schwarz, Braunschweig, Wiesbaden 2000 (Bauwelt-Fundamente, Bd. 114).

640 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 61: „Solche herrschende Hoheit wird im Rathaus ausgeübt, und zwar vom Rat, der souveränen Versammlung der Volksvertreter, ihren Fraktionen und ihren gewählten Bürgermeistern.“

641 Siehe Kapitel 6.1, S. 158f.

642 Pehnt u. a. 1997, S. 187, spricht sogar insgesamt von „dem trocken wirkenden Entwurf für das Rathaus in Marl“.

bereichen zuzuordnen als auch als Kollegium zu präsentieren,[643] erweisen sich bei näherer Betrachtung als aufgesetzt, denn die Räume der Dezernenten liegen auf der dem Hof abgewandten Gebäudeseite und sind von der Spitze ihrer Trakte mehrere Zimmer weit entfernt; der Leiter des Dezernats IV, das nicht an den Hof grenzt, findet sich geradezu abgeschoben am Innenhof seines eigenen Vier-Flügel-Baus wieder.

Bis zum Marler Wettbewerb hatte sich Schwarz weder mit Verwaltungsbauten noch mit Rathäusern beschäftigt; lediglich einen Entwurf für den Sitz des afghanischen Wirtschafts- und Handelsministeriums in Kabul hatte er 1940 ohne große Begeisterung geliefert.[644] Obwohl dieses Projekt sich in seiner grundsätzlichen Anlage dem Marler Vorhaben verwandt zeigt – es besteht ebenfalls aus zwei parallelen Riegeln, die durch drei Querspangen verbunden werden –, werden die einzelnen Gebäudeteile anders genutzt, und ein „Festturm“ fehlt völlig. 1960 beteiligte sich Schwarz an den Wettbewerben um den Umbau des Berliner Reichstags sowie den Wiederaufbau des Kölner Rathauses und wurde, nachdem die Konkurrenz um das Haus der Bürgerschaft in Bremen kein klares Ergebnis erbracht hatte, zu einem Vorentwurf aufgefordert,[645] doch auch diese nach Marl entstandenen Planungen lassen sich kaum mit den Marler Bedingungen vergleichen, denn es handelte sich um Umbauten bestehender Gebäude (Reichstag, Kölner Rathaus) oder zumindest um „Bauen im Bestand“ (Bremen), so dass starke Einschränkungen bestanden. Darüber hinaus ging es in den späteren Wettbewerben allein um die Bereiche der Repräsentation (Plenarsäle, Festsäle, Räume der Leitungsebene), während die das Bauprogramm in Marl dominierenden gewöhnlichen Büros fehlten.

Schwarz gehört zu den Architekten, die sich über ihren konkreten Beitrag hinaus schriftlich zur Architektur äußern und ihr Tun reflektieren, und so beschränkt er sich im Erläuterungsbericht nicht auf die Benennung und Beschreibung von Gebäudeteilen, sondern stellt grundsätzliche Überlegungen zum Rathaus an und begründet seinen Entwurf.[646] Obwohl er Verwaltungshochhäuser nicht grundsätzlich ablehnt, hält er sie bei einem Rathaus für nicht angemessen, weil ihre gleichmäßige

---

643 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 61.

644 Pehnt u. a. 1997, Werkverzeichnis Nr. 69. Pehnt erklärt das auffällige Fehlen von Gebäuden für Administration und Handel in Schwarz‘ Werk moralisch: „Mit dem Wohnen, dem Beraten, Entscheiden und Feiern konnte er [Schwarz, S. K.] als Baumeister etwas anfangen, nicht aber mit der ‚hochaddierten Nützlichkeit‘, mit Verwaltung und Kommerz, Gewinn und Spekulation.“ (ebd., S. 13). Da Schwarz jedoch auch den für die sozial engagierte Moderne so wichtigen Bereich des Mietwohnungsbaus völlig ignorierte, scheint er sich weitgehend auf die außergewöhnlichen und mit einem traditionellen Verständnis von Künstlerschaft verbundenen Bauaufgaben, in erster Linie Kirchenbau und private, (groß)bürgerliche Wohnhäuser, kapriziert zu haben.

645 Pehnt u. a. 1997, S. 186-190, Werkverzeichnis Nr. 182-184.

646 Siehe hierzu und zum Folgenden den Abdruck des Erläuterungsberichts in architektur wettbewerbe 1958, S. 59, 61.

Struktur der differenzierten Organisation einer Stadtverwaltung nicht entspreche. Außerdem würden sie von den Nutzern, also den Bürgern und den Bediensteten, als anonym und un-heimlich empfunden. Unter der Überschrift „Das Rathaus sei eine Siedlung“ plädiert er daher für ein abwechslungsreich gegliedertes Gebäude, das im Sinne der Organiker die Beziehungen der Teile zueinander verdeutliche. Demgemäß dürfe lediglich der Bereich der Räte und Bürgermeister als städtebauliche Dominante, wie sie im Wettbewerbsprogramm gefordert war, gestaltet werden, während die Verwaltungstrakte niedrig gehalten seien, um den Bürgern leichten Zutritt ohne Hemmschwellen zu gestatten und den Bediensteten angenehme Arbeitsbedingungen durch den engen Kontakt zum umgebenden Grün zu schaffen.

So ungewöhnlich und bedenkenswert die ausgewogene Kritik an der üblichen Gliederung der Rathäuser und die Einbeziehung von vermuteten Benutzerwünschen auch sind, so wenig löst die Architektur die gestellten Ansprüche ein, denn letztlich breitet Schwarz die gewöhnlichen zweibündigen Trakte auf der Basis von Büromoduln nur flach aus, anstatt sie übereinander zu türmen. Daraus resultiert weder eine größere Gestaltungsvielfalt noch ein Wiedererkennungswert für Bedienstete oder Besucher, und so erscheint der Versuch, jedem Dezernat einen sichtbar eigenen Bereich zuzuweisen, anders als bei van den Broek und Bakema, die immerhin vier getrennte Türme vorschlugen, wenig gelungen. Zudem muten die Begründungen für den Entwurf teilweise recht bemüht an, wenn etwa die gleiche Grundform, die Vierflügelanlage um einen Innenhof, beim Dezernat IV an ein Kloster, bei der Polizei dagegen an ein „Kastellchen“ erinnern soll. Gleiches gilt für den „innersten Ring“ als Dezernenten-Kolleg und für die höhere Geschosszahl des Bauamtes, die dessen vermeintliche Bedeutung unterstreichen und den Bediensteten „Ruhe und Alleinsein“ geben soll.

Wenn man konzediert, dass Schwarz sich der Sprache äußerst bewusst bedient,[647] so fällt die ausgesprochen konservative, wenn nicht reaktionäre Wortwahl auf: Er spricht von der „Gefahr der Vermassung“, von sich „entwurzelt“ fühlenden Beamten, von „herrschende[r] Hoheit“, von „Heimat“ und von einer Verwaltung, die „dienen“ soll. Damit greift er Begriffe auf, die schon in der Weimarer Republik zum Vokabular der Rechten gehörten. Zusammen mit den verbreiteten Termini Organismus, Gliederung und Hierarchie zeigt sich hier Schwarz‘ Ordo-Vorstellung[648], die ein festes gesellschaftliches Ranggefüge gegenüber der durchlässigen, changierenden Struktur einer zumindest ihrem Selbstverständnis zufolge auch auf Gleichheit basierenden Massendemokratie bevorzugt. Dass er mit „Gefolgschaft“ einen typischen NS-Ausdruck[649]

---

647 Pehnt u. a. 1997, S. 11f.
648 Pehnt u. a. 1997, S. 77f.
649 Victor Klemperer: LTI. Notizbuch eines Philologen, Leipzig 1996, S. 300-311.

benutzt, der, bestehende Interessengegensätze überspielend, Harmonie unter den Beherrschten stiftet, moderne Rechtsbeziehungen als feudal ausgibt und das Herrschaftsgefälle betont, erscheint dafür bezeichnend.[650]

6.2.11 Hans Schwippert

Hans Schwippert schlägt für das Marler Rathaus eine netzartige Struktur aus acht parallel in Nord-Süd-Richtung verlaufenden, ein- bzw. zweigeschossigen Riegeln vor (Abb. 44), die durch zwei ebenfalls zweigeschossige, aber ost-westlich angelegte Gänge miteinander verbunden und erschlossen werden.[651] Zwischen diesen Trakten ergeben sich Höfe, die entweder, in der mittleren Zone liegend, von allen Seiten umschlossen sind oder sich auf einer Seite nach Norden bzw. Süden öffnen. Über dem Rechteck, das der vierte und fünfte Riegel und die beiden Gänge begrenzen, erhebt sich mit weiteren drei Voll- und zwei Halbgeschossen ein Quader mit Sälen und Büros der Stadtspitze.[652]

Das eigentlich simple Gitter wird durch kleine Eingriffe abgewandelt: So sind lediglich die drei westlichen, 100 m langen Trakte durchgängig zweigeschossig angelegt, während die beiden folgenden Riegel, soweit sie nicht ohnehin in dem quaderförmigen Hauptbau aufgehen, nur über eine einzige, auf die Höhe des Obergeschosses aufgeständerte Etage verfügen. Die drei östlichen Flügel schließlich zeigen sich zwar an ihren Enden zweigeschossig, in ihrem Mittelteil, der von den beiden Ost-West-Gängen begrenzt wird, besitzen sie jedoch nur ein einziges aufgeständertes Geschoss. Darüber hinaus unterscheiden sie sich durch ihre mit 132 m größere Länge. Unter diesen eingeschossigen Bereichen, die auf quer gestellten Mauerstreifen und einer Kragplatte ruhen, führen breite gepflasterte Wege zu den Eingängen an der Nord-, Süd- und Ostseite des Hauptbaus, wobei der Haupteingang an der Ostseite durch den besonders weitläufigen, mit Pflanzenbeeten geschmückten und von drei Riegeln überdachten Vorplatz ausgezeichnet ist.

Im Inneren des Hauptbaus, der eine Fläche von 40 m x 54 m überdeckt, dient eine zweigeschossige Rathaushalle als Verteiler und Raum

---

650 Der sehr differenzierten Würdigung von Schwarz' Haltung zu Beginn des Dritten Reichs bei Pehnt u. a. 1997, S. 77-84, steht die apologetisch gemeinte Bemerkung bei Hasler 2000, S. 18, gegenüber: „Rudolf Schwarz [...] war durch und durch Deutscher. Nie wäre er während der NS-Diktatur emigriert." Hasler unterstellt damit, die vor den Nazis aus dem Deutschen Reich Fliehenden seien keine oder jedenfalls keine „richtigen" Deutschen gewesen.

651 Die Wettbewerbspläne bewahrt das Architekturmuseum der Technischen Universität München, Bestand Hans Schwippert, Signatur 138.2. Der publizierte Plan (architektur wettbewerbe 1958, S. 62) zeigt nicht, wie fälschlich angegeben, das Erdgeschoss, sondern das erste Obergeschoss.

652 Die Beschreibung dieses Gebäudeteils bei Charlotte M. E. Werhahn: Hans Schwippert (1893-1973). Architekt, Pädagoge und Vertreter der Werkbundidee in der Zeit des deutschen Wiederaufbaus, Diss., Technische Universität München 1987, Kat.-Nr. 157, ist inkorrekt.

für beiläufige Nutzungen. Dieser Alltagsebene ganz traditionell entzogen, sind an der im ersten Obergeschoss umlaufenden Galerie die Räume für Bürgermeister und Verwaltungsleiter untergebracht. Auf ein nur 2,10 m hohes Zwischengeschoss[653], das offenbar für Registratur- und Archivzwecke vorgesehen ist und die Rathaushalle bis auf einen schmalen Durchblick zu den oberen Etagen abgrenzt, folgen, das nördliche Viertel des Gebäudes einnehmend, der dreigeschossige „Festsaal“ und als Pendant dazu im Süden der etwas kleinere Ratssaal. Von zwei „Vorsälen“ umgeben, ist der Ratssaal vollständig eingekapselt und erhält natürliches Licht allein durch zwölf Oberlichter. Da die beiden großen Säle an die Ränder des Hauptbaus gesetzt sind, entsteht zwischen ihnen eine weitere Halle, die durch die Öffnung im Zwischengeschoss mit der Rathaushalle in Verbindung steht. Zwei Galerien gewähren Zutritt zu den Nebenräumen und den über den nur zweigeschossigen „Vorsälen“ vorgesehenen Sitzungsräumen, und ein 2,10 m hohes Dachgeschoss schließt den Bau nach oben ab.

Die Konstruktion der zweibündigen Riegel für die Normalbüros besteht aus einem Skelett mit einer Konstruktionsachse von 4 m, die an den Stützen in den Gangwänden ablesbar ist, während an den Fassaden zusätzliche Pfosten von gleichem Querschnitt für ein engeres Fensterachsmaß von 2 m sorgen. Feste, knapp 6,5 m lange Wandscheiben an den Gebäudeenden und im Bereich der Schnittpunkte mit den beiden durchgehenden Querspangen sowie die dort befindlichen Treppenhäuser und Sanitärblöcke versteifen das Gefüge. Im Hauptbau dienen ebensolche Scheiben zusammen mit etwa halb so langen Stützen der Lastabtragung.

Die üblichen Rasterfassaden an den Längsseiten der Riegel werden durch die sichtbaren Stützen und Geschossdecken, wohl aus Beton, die 90 cm hohen Brüstungen und die knapp 2 m hohen, zweiflügeligen Fenster gebildet, während die Schmalseiten bis auf die geschosshohen Fenster zur Belichtung des Mittelgangs geschlossen sind. Da auch die Außenseiten der Gänge, die das Gebäude in west-östlicher Richtung durchziehen, nur durch je ein an der Ecke zu den Riegeln sitzendes Fenster unterbrochen werden, wirkt der Komplex in der Ansicht von Norden und Süden recht abweisend, zumal selbst der Hauptbau oberhalb des ersten Obergeschosses hier nur undurchlässige Wände aufweist. Dagegen zeigt er sich an der Ost- und Westseite in den Hauptgeschossen großzügig verglast – vor allem der Bereich der Säle zeichnet sich durch die fast vollständige Verglasung ab –, wobei das Zwischengeschoss und das Dachgeschoss mit ihren Wandflächen quasi als Rahmen fungieren. Als Materialien sieht Schwippert Ziegel oder Sichtbeton vor, auf jeden Fall eine Ausführung, „die sich durch stofflichen

653 Die Höhe der Normalgeschosse beträgt 3,20 m.

oder technischen Aufwand nicht weit von der Wohn- und Arbeitswelt der Stadt und ihrer Menschen entfernt."[654]

Ähnlich wie Rudolf Schwarz, den er durch die gemeinsame Arbeit in Aachen Ende der zwanziger Jahre kannte,[655] versucht Schwippert, die ihm zentrale Bedeutung der Räume für den Rat und die Bürgermeister durch ihre Anordnung in der Mitte des Komplexes und im höchsten Gebäudeteil einer sonst eher flach ausgebreiteten Anlage zu verdeutlichen. Auch innerhalb dieses herausgehobenen Gebäudeteils unterscheidet Schwippert nach Rangstufen. So sind die Räume der Bürgermeister und Verwaltungsleiter zwar im ersten Obergeschoss oberhalb der Verkehrsfläche angeordnet, doch gehören sie damit immer noch zum Bereich der Rathaushalle und der zweigeschossigen Büroriegel. Hierarchisch und räumlich über ihnen erheben sich der Ratssaal und der für besondere, die Gemeinde als Ganze betreffende Veranstaltungen gedachte Festsaal mit ihrer eigenen, höheren Halle. Dieses Gefälle wird durch die imposante achtläufige zweiarmige Treppe unterstrichen, die, fast wie eine Plastik frei in den Raum gestellt, ausschließlich den „erhebenden" Aufstieg vom Erdgeschoss in die Repräsentationsräume des zweiten Obergeschosses ermöglicht, ohne das erste Obergeschoss und das Zwischengeschoss zu berühren. Auch die Lichtfülle in der oberen, über 28 runde Oberlichter erhellten Halle zeichnet den Ratsbereich gegenüber der relativ dunklen unteren Halle aus, die Licht außer durch den Durchlass zwischen den Hallen nur über das teilweise von Büroriegeln verdeckte Erdgeschoss erhält.

Bemerkenswert erscheint die Nonchalance, mit der Schwippert einen Teil der Wettbewerbsforderungen übergeht: Die Pläne weisen weder Dienstwohnungen noch ausreichende Besucherparkplätze aus – die Tiefgarage unter dem westlichsten Hof dürfte gerade für die Wagen des Personals reichen –, und die Polizei ist offenbar wie die übrige Verwaltung in den einförmigen Bürotrakten untergebracht. Dazu besteht eine Reihe von funktionalen Mängeln. So wirkt etwa die Überdeckung der Rathaushalle ausgerechnet durch die Registratur mit ihren hohen Lasten höchst problematisch, der im Erdgeschoss westlich an die Rathaushalle anschließenden Kassenhalle fehlt eine ausreichende natürliche Belichtung, und der Festsaal gerät mit knapp 40 x 12 m allzu schmal und wird durch vier Stützen gestört.[656] Schließlich hätte die

---

654 Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 63.

655 Schwarz war 1927 zum Leiter der dortigen Handwerker- und Kunstgewerbeschule berufen worden. Schwippert und Schwarz waren beide als Dozenten in der Abteilung Baukunst tätig, auch beteiligte sich Schwippert an Bauten von Schwarz, etwa an der Sozialen Frauenschule und der Fronleichnamskirche (beide 1929/30). Siehe Pehnt u. a. 1997, S. 56f.; Werhahn 1987, S. 8, 54ff.

656 Zu diesen offenbar nicht ausreichend durchdachten Aspekten der Planung passt die fehlerhafte Plandarstellung. Die Brüstung im vierten Obergeschoss ist in den Ansichten einmal beim Festsaal und einmal bei den Sitzungssälen vorgesehen; im

Monotonie der Rasterfassaden und der mit 192 m enorm langen Verbindungsgänge nicht sonderlich zur Attraktivität des Gebäudes beigetragen.

In seinem Erläuterungsbericht, den er, auch darin Schwarz gleichend, über die Beschreibung hinaus zur Begründung seines Entwurfs nutzt, benennt er die Probleme einer rein funktionalen Gliederung des Bauprogramms im Hinblick auf die gewünschte Aussagekraft und Unverwechselbarkeit des Rathauses:

> Das ergäbe eine heute vielfach übliche Gruppe von Turmhaus oder hoher Hausscheibe („Dominante“) und niedrigem kleineren Beiwerk, – eine Bauform, die auf allerlei Arten von Großverwaltung, z. B. Geld, Kohle, Versicherung, Stahl oder Seife) paßt.[657]

Stattdessen deutet er die Unterordnung des „unvermeidlichen Apparats“ unter die „kommunale, bürgerlich-demokratische Hoheit“, die bei seinem Plan die „Mitte und Krone der Anlage“ bilde, als angemessenen Ausdruck des Rathauses. Allerdings erinnert die netzartige Grundstruktur nicht nur an seinen eigenen Ausführungsentwurf für das Georg-Büchner-Gymnasium in Darmstadt (1958-1960), der nach mehreren ganz anders gearteten Vorentwürfen spätestens im Mai 1957, also vor dem Beginn des Marler Wettbewerbs, vorlag, sondern auch an Arne Jacobsens Munkegårds-Schule in Gentofte (1952-56), denn bei beiden Bauten sind die eingeschossigen Klassenräume zu parallelen Trakten zusammengefügt und werden von Verbindungsgängen so geschnitten, dass sich Höfe bilden. Zwar fehlt der Quader in der Mitte, doch sind Sonder- und Verwaltungsräume auch hier in einem höheren und breiteren Gebäude an herausgehobener Stelle, nämlich der Spitze der Anlage, untergebracht. Da also eine annähernd gleiche Bauform sowohl für Schulen als auch für Rathäuser passend erscheint, bleibt der von Schwippert für sein Projekt reklamierte „spezifischere Ausdruck“ eine leere Behauptung.

Dagegen weist Schwippert zu Recht auf praktische Vorteile seines Vorschlags hin, denn tatsächlich gehört dieser zu den wenigen Wettbewerbsbeiträgen, die dem geplanten Wachstum der Stadt durch die Möglichkeit zur abschnittsweisen Verwirklichung Rechnung tragen, und lässt durch seine nach allen Seiten gleichwertige, ungerichtete Anordnung der nur in groben Zügen festgelegten Stadtplanung für die Umgebung des Rathauses alle Freiheiten. Zum Grundsatz der aufgelockerten und durchgrünten Mitte passt der Entwurf jedoch nur bedingt, da trotz der teilweisen Begrünung und Öffnung der Höfe zur Umgebung die zweigeschossige ununterbrochene Gebäudemasse den Durchblick stär-

---

Grundriss erscheint sie nur beim Festsaal, obwohl sie dort, anders als bei den kleinen Sitzungssälen, wenig sinnvoll erscheint.

[657] Erläuterungsbericht, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 63. Fehlerhafte Interpunktion im Original, S. K.

ker hemmt als etwa die Kombination von Hochhaus und getrennten Flachbauten. Darüber hinaus kommt die insgesamt einfache, nüchterne Struktur, weder in ihren Formen exzentrisch noch in ihrer Konstruktion experimentell, kaum dem Verlangen der Auftraggeber nach einem in die Zukunft weisenden, die Größe und Bedeutung der Stadt demonstrierenden Bau entgegen, zumal selbst die Materialien vertraute Alltäglichkeit spiegeln sollten.

6.2.12 Zusammenfassung

Betrachtet man die zwölf Wettbewerbsbeiträge unter dem Gesichtspunkt der formalen Gliederung, so lassen sich im Wesentlichen drei Gruppen unterscheiden.[658] Mehr als die Hälfte der Teilnehmer (Marschall, Conle, Pfau, Ruf, Englberger, Kramer und Jacobsen) setzt den Begriff „Dominante“ als Hochhaus mit den Büros der Verwaltung um und bringt Sonderräume in eigenen Gebäudeteilen unter. Da bei dieser Struktur die Verwaltung durch die gehäufte Menge an Büros ein Übergewicht erhält, das dem an das Rathaus gestellten Anspruch als Keimzelle der Demokratie widerspricht, wenn man nicht die Verwaltung als unverzichtbaren Bestandteil demokratischer Regierung versteht, trennen Marschall und Pfau, deren Verwaltungsgebäude die größte Höhe erreichen, die Sonderräume nochmals in Publikumsbereiche mit Schalterhallen und in die besonders aufwendigen und durch ihre Position hervorgehobenen Ratsbauten, um die geringe Masse der letzteren durch Isolation und Gestaltung auszugleichen. Während hier also die Gliederung nach funktionalen Kriterien um eine von Aspekten der Repräsentation getragene Scheidung ergänzt wird, fassen Ruf, Kramer und die Gebrüder Conle die wichtigen Sonderräume in einem Gebäudeteil zusammen, der damit ein größeres Gewicht erlangt, sich in seinem Äußeren jedoch weniger von dem Hochhaus abhebt. Englberger stellt den Ratssaal zwar besonders heraus, vermischt aber ansonsten Büros und hallenartige Räume im Hochhaus, und schließlich spitzt Jacobsen den Gegensatz von Rat und Verwaltung zu, indem er alle zum Rathaus gehörigen Räume in das Hochhaus integriert und lediglich die Säle ausgliedert. Schon bei diesen recht ähnlichen Entwürfen zeigt sich also ein durchaus abweichendes Verständnis von funktionaler Gliederung und ein unterschiedliches Bemühen um Ausdruck der demokratischen Ordnung. Dabei nimmt Kramer insofern eine Sonderstellung ein, als er auf die sonst übliche Betonung des Ratsbereichs völlig verzichtet.

Eine zweite Gruppe bilden Schwippert und Schwarz: Anstatt die gleichartigen Büros übereinander zu stapeln, breiten sie sie flach aus, so dass die Verwaltung trotz des größeren Flächenanteils dem Rat

658 So schon Rühl 1958, S. 6f.

untergeordnet erscheint, weil dieser in höheren Bauten seinen Platz findet.

Die dritte Gruppe schließlich umfasst die Beiträge von van den Broek und Bakema, Scharoun und Aalto. In diesen Entwürfen sind die Büros den Dezernaten entsprechend in einzelnen Bauteilen zusammengefasst, so dass die Bauten die Organisation der Stadtverwaltung widerspiegeln. Da sich so die Anzahl der Büros auf verschiedene Baukörper verteilt und andererseits der Bereich des Rates zumindest bei Aalto sowie bei van den Broek und Bakema eine noch stärkere Betonung als in den Projekten der ersten Gruppe erfährt, wird die Dichotomie von Rat und Verwaltung aufgeweicht. Als einzige unter den zwölf Wettbewerbsteilnehmern gehen Scharoun und Aalto von dem rein rechtwinkligen Raster ab und arrangieren die Teile des Komplexes frei zueinander, wenngleich die Baukörper selbst modular aufgebaut bleiben.

Obwohl die eingeladenen Architekten der Moderne verpflichtet waren und bei ihren Entwürfen von funktionalen und rationalen Erwägungen des Verwaltungsbaus ausgehen – Stichworte lauten etwa Nutzungsflexibilität durch Skelettbauweise, Standardisierung und Vorfertigung, Zusammenfassung gleicher Einheiten, Optimierung der Verkehrswege und günstiges Verhältnis von Nutz- zu Verkehrsflächen –, versuchen sie alle, wenn auch in unterschiedlichem Maße, dem Rathaus eine besondere Würde zu verleihen. Dabei greifen sie oft auf zeitgenössisch gewendete Elemente traditioneller Architektur zurück, wie etwa aufwendige Treppenanlagen (Englberger, Schwarz, Schwippert, van den Broek und Bakema), Plätze als distanzierendes Vorfeld der Gebäude (Ruf, Schwarz, Marschall, Kramer, van den Broek und Bakema) oder Wasserbassins (Englberger, Conle, Jacobsen, van den Broek und Bakema). Auch die Platzierung der Zimmer von Bürgermeistern und Amtsdirektor im ersten Obergeschoss, bei den Entwürfen geradezu die Regel, gehört in diesen Zusammenhang.

Bei den Ratssälen zeigt sich das Bemühen um Abgrenzung gegenüber alltäglichen Bauten nicht nur in ihrer Isolation und in teils ungewöhnlichen Grundrissen, sondern auch in der Anordnung von Oberlichtern (Scharoun, Conle, Jacobsen, Aalto, Pfau, Schwippert), die vordergründig der gleichmäßigen natürlichen Belichtung dienen. An die aus dem sakralen Bereich bekannten Kuppelöffnungen – Opaion oder Laterne – erinnernd, sorgen sie mit dem Lichteinfall von oben für quasi religiöse Weihen, indem sie unterschwellig die Inspiration der Ratsversammlung durch das von oben herabströmende göttliche Licht suggerieren. Zählt man zu diesen Projekten, die um der dramatischen Wirkung der Oberlichter willen geschlossene Wände aufweisen, noch den undurchlässigen und sogar auf Oberlichter verzichtenden Ratssaal Englbergers und den seitlich geöffneten, aber gegen Einsicht von außen

durch eine Mauer gesicherten Saal Rufs hinzu, so zeigt sich die Mehrheit der vermeintlich parlamentarischen Räume gegenüber der Umgebung abgesperrt. Da die übrigen, seitlich großzügig verglasten Ratssäle (van den Broek und Bakema, Marschall, Kramer, Schwarz, Schwippert) mit der Ausnahme von Kramers Vorschlag in den Obergeschossen liegen, so dass ein Einblick nur stark eingeschränkt möglich ist, scheint die Verglasung als Zeichen der demokratischen Prinzipien von Teilhabe an der Regierung und Kontrolle der Herrschaft durch die Öffentlichkeit unwichtig, obwohl dieser Aspekt in der Diskussion über Parlamentsbauten auf Bundes- und Landesebene eine bedeutenden Platz einnahm.[659] Als wesentlich erweist sich vielmehr die symbolische Verbindung von Entscheidungsträgern mit der Landschaft im Sinne von Land und Leuten, wobei der Blick, der Perspektive der Auftraggeber entsprechend, vorzugsweise von innen nach außen fällt.[660]

Diese Vorstellung, die Topographie und politische Gemeinde gleichsetzt, knüpft an die Marler Stadtplanung mit ihrer Verschränkung von Natur und Architektur an, und so zeugen die meisten Beiträge von dem Bemühen, die Umgebung mit dem Rathauskomplex zu verbinden: Die Verteilung des Gesamtbauvolumens auf mehrere Baukörper ermöglicht Durchblicke und bis an die Bauten herangeführte Grünschneisen, die Konzentration der Büros in Hochhäusern hält Grünflächen frei, und die Aufständerung und Verglasung von Gebäuden sorgen für Durchlässigkeit. Durch die begrünten Innenhöfe, die alle Architekten bis auf Scharoun, Jacobsen und Kramer vorsehen, wird der Bezug zur Umgebung sogar bis in die Gebäude geleitet.[661] Jacobsen und Kramer sind es auch, die als einzige mit kompakten Bauten auf die Verzahnung von Architektur und Natur verzichten, und vor allem Kramer zeigt, wie ein funktionales Rathaus aussehen könnte, wenn man den Anspruch auf Darstellung höherer Würde zurücknimmt. Mehr als die anderen Teilnehmer sucht er die lokale Anbindung des Rathauses, ohne dabei auf überkommene, bloß applizierte Regionalismen zu verfallen.

Auffällig oft werden recht aufwendige Konstruktionen genutzt, um große Räume möglichst stützenfrei zu überdecken und sie in die kleinteiligere Struktur der Büros einzugliedern. So vermindern Jacobsen, Marschall und Ruf die Zahl der Stützen, indem sie sie kräftig dimensionieren und mit auskragenden Decken kombinieren, so dass die Stützenreihe in der Fassadenebene entfällt. Damit erreichen sie gleichzeitig

---

659 Siehe Kapitel 6.1, S 167f.

660 Dies deutet sich schon bei Schwipperts Erläuterungen zum Plenarsaal des Bundestags an. Siehe Hans Schwippert: Das Bonner Bundeshaus, in: Neue Bauwelt, 6. Jg., 1951, Nr. 17, S. 65-69 (Architekturteil), hier S. 65: „Ich habe gewünscht, daß das deutsche Land der parlamentarischen Arbeit zuschaut. [...] Man sieht durch sie [die Fensterwände, S. K.] den Rhein, das gegenseitige Ufer, man betritt durch ihre Fenstertüren die nördliche und die südliche Gartenterrasse."

661 Vielleicht macht sich hier zusätzlich der Einfluss des Lever-Hauses in New York (Gordon Bunshaft für SOM, 1952) bemerkbar.

eine größere Freiheit bei der Gliederung der Fassaden. Englberger und Kramer setzen auf Abfangungen, um von dem Büroraster in den Obergeschossen zu den Sälen auf dem Erdboden überzuleiten, Pfau reduziert die Anzahl der Stützen noch weiter, daraus eine markante Gestaltung des gesamten Hochhauses entwickelnd, und van den Broek und Bakema wenden mit der Hängekonstruktion eine neue Bauweise an. Allerdings bleibt der technische Aufwand dem gewöhnlichen Besucher meist verborgen, denn obwohl sich die Hochhäuser von Marschall und den Gebrüdern Conle in ihrer Konstruktion deutlich unterscheiden, ähneln sie sich in ihrem Äußeren sehr; konstruktive Elemente wie die fehlenden Stützen, Auskragungen und Abfangungen dürften wohl nur Fachleute oder besonders interessierte Betrachter erkennen.[662] Zugespitzt zeigt sich dies bei dem Entwurf Scharouns, der die komplizierte Hängekonstruktion hinter einer einheitlichen Fassade und in den Geschossdecken versteckt.

Da die Gebrüder Conle, Aalto, Schwarz und Schwippert von ungewöhnlichen Konstruktionen völlig absehen, inszenieren nur zwei der zwölf Wettbewerber die technische Neuartigkeit ihrer Projekte: Pfau und das Büro van den Broek und Bakema versetzen die Stützen ihrer Hochhäuser vor die Außenhaut, so dass die Konstruktion ablesbar wird. Schon die großen Feldweiten in Pfaus Entwurf zeugen von der Leistungsfähigkeit moderner Technik, doch demonstrieren vor allem die Aufhängung des Gebäudes und die so erzielte geringe Standfläche in dem Beitrag von van den Broek und Bakema die Modernität, die Marl für sich beanspruchte. Darüber hinaus belassen es die Architekten nicht bei dieser Zurschaustellung, sondern gewinnen der Bauweise gestalterische und inhaltliche Bedeutung ab. So steigert Pfau mit den sich verjüngenden Querschnitten scheinbar die ohnehin immense Höhe des Gebäudes, und van den Broek und Bakema nutzen die Konstruktion als Zeichen der Zukunftszugewandtheit, indem sie mit den Freigeschossen weiteres Wachstum andeuten.[663]

Die Beurteilungen der Jury fallen recht kurz aus, bringen oft Gemeinplätze wie den „menschlichen Maßstab“ oder die „glückliche Lösung“ und enthalten keine Begründungen für die einzelnen, apodiktisch vorgebrachten Wertungen. Ausführlich geht das Preisgericht auf die Funktionalität der Entwürfe ein: So werden etwa die Grundrisslösungen ebenso begutachtet wie die Verkehrsabwicklung und das die Kosten mitbestimmende Verhältnis von Nutz- zu Verkehrsflächen innerhalb der Gebäude. Ein weiteres Kriterium bildet die Anordnung der Baukörper im Bezug zur Umgebung, sollte doch die Offenheit der Landschaft gewahrt

---

662 In der Auseinandersetzung um die hohen Kosten des Rathauses wurde mehrfach ein einfaches Hochhaus als Alternative vorgeschlagen, doch erweisen sich die vermeintlich simplen „Kisten“ bei näherer Betrachtung als nicht wesentlich weniger kostspielig.

663 Siehe Kapitel 4.3, 4.6.

bleiben. Dagegen lässt sich die Jury kaum zur zeichenhaften Bedeutung der Beiträge aus, obwohl sie diesen Aspekt zum zentralen Bewertungsmaßstab erhoben hat.[664] Dass der Beitrag von Schwarz, der auf die Darstellung höherer Würde besonderen Wert legt und das traditionelle Element des Rathausturms mit einem neuen, angemessenen Inhalt füllt, gleich in der ersten Runde ohne näheren Kommentar ausgeschieden wurde, verdeutlicht die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Der Wettbewerb belegt insgesamt, wie weit das Einverständnis über die Gestaltung eines Rathauses für eine sich ausdrücklich als modern darstellende Großstadt reichte, sieht doch die Mehrheit der Teilnehmer trotz der bei näherer Betrachtung unterschiedlichen Funktionstrennung das Rathaus als funktionales Gehäuse für effektive Verwaltungsarbeit. Demgemäß verwenden sie Mühe und Erfindungsreichtum auf die Organisation der Bürobauten, während die Ratstrakte allen Beteuerungen und dem Wunsch der Auftraggeber entgegen Anhängsel bleiben.[665] Dennoch lässt sich in den Entwürfen von van den Broek und Bakema, Scharoun, Aalto, Pfau und Schwarz eine Tendenz zur markanten Form erkennen. Während Scharoun und Aalto dabei den bereits früher eingeschlagenen Weg eines sehr freien Personalstils weiterverfolgen, scheinen die Beiträge von Pfau und besonders von van den Broek und Bakema insofern besonders bedeutsam, als sie Mittel der klassischen Moderne weiterentwickeln, indem sie sich technischer Neuerungen als Ausdrucksmittel bedienen. In diesen Projekten deuten sich tatsächlich „Entwicklungstendenzen der neuen Architektur“ an.[666]

6.3 Rathaus Toronto

Um den verengten Blick auf die Situation in der Bundesrepublik zu erweitern, soll im Folgenden der fast gleichzeitige Wettbewerb um das Rathaus in Toronto untersucht werden. Ein Vergleich mit der Marler Konkurrenz erscheint besonders lohnend, weil die Vorgänge und das Ergebnis in Toronto von der Fachwelt ebenso besonders aufmerksam

---

664 Juryurteil, in: architektur wettbewerbe 1958, S. 17: „Die lebhafte und gründliche Aussprache führte zu der einheitlichen Meinung, daß solche Arbeiten in erster Linie ausgezeichnet werden sollten, die der Forderung des Ausschreibungsprogrammes am nächsten kommen. ‚Das Rathaus soll als beherrschende Dominante mit den in der Stadt bereits vorhandenen und in nächster Nähe noch geplanten öffentlichen Gebäuden (Bahnhof, Post u. a. m.) der Stadt ihr Gesicht geben und in der Gesamtgestaltung als Stadtzentrum einer Stadt Ausdruck unserer Zeit sein.‘“

665 Obwohl der Rathausbau immer mit den berechtigten Ansprüchen der Bürger nach einer bequem zu erreichenden Verwaltung begründet wird, gehen Auftraggeber und Architekten von der Struktur und den Bedürfnissen der Verwaltung aus; Wünsche und Komfort der Verwalteten spielen allenfalls eine Nebenrolle.

666 hl: Zu diesem Heft, in: architektur wettbewerbe. Sonderheft: Rathauszentrum Marl, Stuttgart 1958, S. 4. Siehe Kapitel 7.

wahrgenommen wurden und der mit dem ersten Preis ausgezeichnete, später verändert realisierte Entwurf auf die bildhafte Wirkung von moderner Architektur und ungewöhnlicher Konstruktion setzt.

Mit dem Ausbau der Wasserstraßen und der Eisenbahn seit dem zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts wuchs Toronto von einer dörflichen Siedlung mit 403 Einwohnern im Jahre 1800 zur zweitgrößten Stadt Kanadas mit einer Bevölkerung von rund 1,6 Millionen im Jahre 1960.[667] Da die steigende Einwohnerzahl vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg die umliegenden Gebiete betraf, schloss man 1953 die weiterhin eigenständigen Gemeinden East York, Etobicoke, North York, Scarborough und die eigentliche City of Toronto zur Municipality of Metropolitan Toronto zusammen. Diese neue Verwaltungsstruktur ließ den Neubau eines Rathauses um so nötiger erscheinen, als ohnehin das Bevölkerungswachstum den Verwaltungsapparat vergrößert hatte. Während das erste Rathaus (1830/31), mittelalterlichen Verhältnissen nahe kommend, lediglich aus einem kleinen Versammlungsraum über der Markthalle bestand und auch das zweite (1844/45, Henry Bowyer Lane) recht verhalten blieb, geriet das dritte, ein 1899 fertig gestellter neoromanischer Bau von Edward J. Lennox, zum größten und teuersten Gebäude Torontos.[668] Da dieses Rathaus allerdings nach wenigen Jahren nicht mehr genug Platz bot, wurde schon 1911 ein Neubau an der Stelle des heutigen vorgeschlagen, doch wurde die Umsetzung dieser Pläne durch den Ersten Weltkrieg ebenso behindert, wie die Projekte von 1927 (Alfred Chapman) und 1929 (Advisory City Planning Commission) durch die Weltwirtschaftskrise.

Nachdem 1946 das dem alten Rathaus benachbarte Grundstück zwischen Queen und Bay Street gekauft worden war, vergab die Stadt im Juni 1953 den Auftrag über die Planung eines Neubaus gemeinschaftlich an die drei lokalen Büros Mathers & Haldenby, Marani & Morris und Shore & Moffat, von denen allein das letztere als modern galt. Bei seiner Vorstellung zwei Jahre darauf stieß der Entwurf vor allem bei Studenten, Intellektuellen und den Zeitungen auf Widerstand, weil er als zu schwerfällig, monoton und streng angesehen wurde.[669] Der Protest mündete in zwei Referenden, die 1955 den Entwurf ablehnten und 1956 einen Neubau verlangten. Als Ausweg aus der verfahrenen Situation beschloss der Stadtrat im September 1957 die Ausschreibung eines offenen internationalen Wettbewerbs, denn auf diese Weise konnte man sich sowohl der Verpflichtungen gegenüber den zuvor beauftragten Firmen entledigen als auch die Entscheidung über

---

667 Im Jahre 1900 lag die Einwohnerzahl bei über 200.000, 1920 bei über 600.000. Siehe Thomas Kliem: Toronto, Moers 1999, S. 133f.

668 William Dendy und William Kilbourn: Toronto Observed. Its Architecture, Patrons, and History, Toronto 1986, S. 267.

669 Robert Fulford: Going Public, in: Toronto Life, 29. Jg., Nr. 13, 1995, S. 53-59, hier S. 54.

einen Entwurf einer Jury aus externen Fachleuten überlassen.[670] Darüber hinaus bedeutete die Konkurrenz eine Werbekampagne für die sich als weltoffen ausgebende Stadt Toronto.

Auch die Jury war international und mit renommierten Architekten und Städteplanern besetzt: Außer dem nicht stimmberechtigten Vorsitzenden Eric Arthur (Toronto) gehörten ihr William Holford (London), Charles E. Pratt (Vancouver), Ernesto Nathan Rogers[671] (Mailand), Eero Saarinen (Ann Arbor/Michigan) und Gordon Stephenson (Toronto) an.[672] Nach dem Einsendeschluss am 18. April 1958 wählte sie aus den über 500 Beiträgen[673] acht Entwürfe zur weiteren Bearbeitung aus und zeichnete schließlich das Projekt von Viljo Revell[674] und seinen Mitarbeitern Bengt Lundsten, Heikki Castren und Seppo Valjus mit dem ersten Preis aus.[675]

Der Plan hält fast zwei Drittel des großzügigen Grundstücks für einen öffentlichen, von Kolonnaden umgebenen Platz mit Wasserbassin und Fontäne frei (Abb. 45) und konzentriert die Baulichkeiten auf das von der Innenstadt entferntere Ende des Areals. Hier erheben sich aus einem Flachbau zwei gekurvte Hochhausscheiben, die einen schüsselförmigen, von einer flachen Kuppel gedeckten Bau in ihrer Mitte umschließen. Der zweigeschossige Flachbau ist als Stahlbetonskelettkonstruktion über einer Tiefgarage angelegt und bietet, ohnehin allseitig verglast, zum Platz hin mit einer Kolonnade vor der schräg verlaufenden

---

670 Fulford 1995, S. 54.

671 Rogers war Teilhaber des Büros BBPR in Mailand, das mit der Torre Velasca einen umstrittenen Bau von hoher Zeichenhaftigkeit baute, siehe Kapitel 7, S. 265f.

672 Toronto City Hall and Square Competition, in: Journal of the Royal Architectural Institute of Canada, 35. Jg., Oct. 1958, S. 358-371, hier S. 360.

673 Die Zahlen schwanken zwischen 510 (Fulford 1995, S. 54; Meeting Places. Toronto's City Halls 1834 - Present, Toronto 1985, S. 28), 520 (Toronto City Hall 1958, S. 361; Toronto City Hall. Continuing Controversy, in: Architectural Record, 138. Jg., Nov. 1965, S. 165-172, hier S. 166; Rathaus in Toronto, Ontario / Kanada, in: Architektur und Wohnform, 74. Jg., 1966, Nr. 2, S. 104-109, hier S. 104; Stadthaus Toronto. 1. Preis des internationalen Wettbewerbs, in: Bauen + Wohnen, 14. Jg., 1959, Nr. 3, S. 95-98, hier S. 98), 530 (E[ric] R. Arthur: New City Hall and Civic Square, in: City of Toronto (Hg.): Municipal Handbook, Toronto 1959, S. 19-23, hier S. 20) und 540 Teilnehmern (Eric Arthur: Those Were Hectic Days, in: Toronto Telegram, 11.9.1965, S. 81).

674 Revell (1910-1965) änderte mit dem Auftrag die Schreibweise seines Nachnamens (eigentlich Rewell), um sie der englischen Aussprache anzugleichen. Siehe Dendy u. a. 1986, S. 268.

675 Angeblich soll Saarinen erst im Verlauf des zweiten Sitzungstages der Jury erschienen sein und den bereits ausgeschiedenen Entwurf Revells so vehement vertreten haben, dass dieser den ersten Preis erhielt. Siehe Fulford 1995, S. 54-56.

Bei der Ausführung arbeitete Revell, den Wettbewerbsvorgaben gemäß, mit einem Büro aus Toronto, John B. Parkin Associates, zusammen (Zu dieser Firma und deren Projektleiter John C. Parkin siehe Harold Kalman: A History of Canadian Architecture. Bd. 2, Toronto, New York, Oxford 1994, S. 797f.) Die Grundsteinlegung erfolgte am 7. November 1961, die Eröffnung fand am 13. September 1965 statt. Seit 1991 ist das Rathaus als Denkmal eingetragen.

Fassade einen Übergangsraum. Eine geschwungene Rampe führt vom Platz aus über die Kolonnade auf das Flachdach des Baus, das als zusätzlicher öffentlicher Raum dient. Wie üblich enthält das Gebäude außer einer Verteilerhalle, hier in Form einer üppigen zweigeschossigen Rotunde, die vom Publikum besonders stark genutzten Dienste (Bibliothek, Standesamt, Schatzamt, Grundbuchamt) im Erdgeschoss, während die repräsentativen Räume der Bürgermeister und Stadträte, Sitzungszimmer sowie weitere Büros das Obergeschoss belegen. Bis in das Fundament durchlaufend, strukturieren die Grundmauern der Hochhausscheiben den Grundriss des sonst frei unterteilbaren Flachbaus, in dessen Zentrum eine 6,10 m dicke Stütze steht. Sie ruht in einer parabelförmigen Vertiefung, durchstößt das Dach und erweitert sich trichterförmig, um den Ratssaal aufzunehmen (Abb. 46), der aus dem Rund der Stadträte mit dem besonders hervorgehobenen Sitz des Bürgermeisters und dem Halbkreis der ansteigenden Zuschauerreihen gebildet wird. Ein Wandschirm, der die Decke und die Seiten nicht berührt, trennt den Saal von der Lobby, erhält jedoch den Eindruck eines kontinuierlichen Raums. Überwölbt wird er von einer Betonschale, die so auf dem durchbrochenen Rand des Trichters ansetzt, dass sich dort ein umlaufendes Fensterband ergibt. Die beiden Hochhäuser erreichen über einem sichelartig asymmetrisch gebogenen Grundriss mit 21 bzw. 27 Stockwerken eine Höhe von 79 bzw. 100 m. Ihre Konstruktion beruht auf einer geschlossenen, massiven Außenwand aus Stahlbeton und einer etwa die Mittellinie der Sichel markierenden Stützenreihe, von der die die Geschossdecken tragenden Binder knapp 5 m weit auskragen (Abb. 46). Während die Außenseite der Sichel also aus einer undurchbrochenen Schale aus Beton besteht, ist die nach innen gewandte Fassade mit hohen Fensterbändern weit geöffnet.[676]

Schon die Wettbewerbsbedingungen forderten, das neue Gebäude müsse sich von den üblichen Bürobauten unterscheiden, seine Funktion als Zentrum bürgerlicher Verwaltung ausdrücken und dabei Herrschaft, Demokratie und Offenheit gleichermaßen vermitteln.[677] In dem Konfliktfeld von staatlichem Machtanspruch gegenüber dem Bürger und Dienstleistung für den Bürger sucht die Ausschreibung also eine Mittelposition. Ohne auf diese inhaltliche Vorgabe näher einzugehen, betont der Erläuterungsbericht Revells das Bemühen um Zeichenhaftigkeit, die so jedoch unbestimmt bleibt:

---

676 Ausführlich zur Konstruktion des Komplexes äußert sich der bei dem Büro John B. Parkins verantwortliche Abteilungsleiter: Hedley E. H. Roy: Toronto City Hall and Civic Square, in: Journal of the American Concrete Institute, 62. Jg., Dec. 1965, S. 1481-1502.

677 Toronto City Hall 1958, hier S. 362: „One of the reasons for this competition is to find a building that will proudly express its function as the centre of civic government. How to achieve an athmosphere about a building that suggests government, continuity of certain democratic traditions and service to the community are problems for the designer of the modern city hall."

> Functional clarity and the *visual significance* of a public building (a *memorable impression* of „TORONTO CITY HALL“) were the chief aims of the preliminary draught. In the final project, the planner has concentrated on the further development of these characteristics and the clear indication of them in order to create a *closely integrated entity as a symbol* for Toronto.[678]

Auch die Jury hebt die Eigenständigkeit des Konzepts hervor:

> Its monumental qualities are of a high order and it is a composition of great strength. Its shape is distinctive and dramatic, setting it apart from other structures in Toronto and from administrative and office buildings everywhere.[679]

Obwohl die Struktur des Komplexes mit der funktionalen Dreiteilung in Flachbau, Ratstrakt und Bürohochhaus im Rahmen des Üblichen verbleibt, bedeutet schon die Konzentration dieser Bauten auf einem kleinen Teil des Grundstücks eine Hervorhebung des Gebäudes gegenüber anderen Verwaltungsbauten, erhält es damit doch einen Vorplatz, der nicht nur der Architektur als angemessener Auftakt dient, sondern angesichts des verschwenderischen Umgangs mit dem kostbaren Baugrund in der Innenstadt Luxus suggeriert.[680] Kolonnaden, die den Platz zur Umgebung hin begrenzen, ein Wasserbecken und die Rampe, die einen zeremoniellen Weg zum Ratstrakt eröffnet, fügen bekannte Elemente traditioneller Repräsentation hinzu, wenn sie auch in den Formen der modernen Architektur gehalten sind. Für die weitere Abgrenzung gegenüber anderen Verwaltungsgebäuden sorgen die gekrümmten, von der sonst üblichen Rechtwinkligkeit abweichenden Grundrisse der Hochhäuser, die so auch aus der Ferne auf den Sonderstatus des Rathauses verweisen. Durch ihre ungewöhnliche Form entziehen sich die Hochhäuser zudem dem Wettbewerb um die größte Höhe, den kommunale Bauten wegen der geringen Mittel ohnehin nicht dauerhaft bestehen können.[681]

Im Hinblick auf das Binnenverhältnis der einzelnen Gebäudebestandteile erlangt der Ratstrakt vor allem durch seine Lage im Zentrum des Komplexes die als notwendig empfundene Auszeichnung, und mit der Kuppel wird wiederum eine konventionelle Würdeformel eingesetzt. Die Verteilung der Büros auf zwei Hochhäuser spielt auf die

---

678 Report of the Winner, in: Toronto City Hall 1958, S. 364 [meine Hervorhebungen, S. K.].

679 An den Vorsitzenden gerichtetes Begleitschreiben der Juroren zu ihrem Urteil, in: Toronto City Hall 1958, S. 361.

680 Bezeichnenderweise greift Revell damit auf ein Modell zurück, das in der amerikanischen Nachkriegsarchitektur zunächst für die privatwirtschaftliche Verwaltung verwendet wurde: Ludwig Mies van der Rohes Seagram-Haus in New York (1954-58, mit Philipp Johnson).

681 Das Toronto-Dominion-Centre etwa, 1963 bis 1969 nach einem Entwurf Mies van der Rohes gebaut, übertrifft das Rathaus mit zwei Türmen mit 46 bzw. 56 Stockwerken um mehr als das Doppelte.

zweiteilige Gliederung der Verwaltung in die City of Toronto und die Municipality of Metropolitan Toronto an, doch entsprach die tatsächliche Belegung nicht der angedeuteten strikten Trennung.[682] Bei den Büros in den Hochhäusern handelt es sich um Säle für den Großteil des Personals und kleine abgeschirmte Kabinette für die leitenden Angestellten. Diese in Nordamerika übliche hierarchische Struktur wird jedoch ausgeglichen, indem die Kabinette ihren Platz nicht an der Fensterseite, die den im Großraumbüro Arbeitenden Ausblick und natürliche Beleuchtung gewährt, sondern an der geschlossenen Wand finden, so dass zumindest in der Arbeitsumgebung ein gewisses Maß an Gleichheit verwirklicht ist.[683]

Wie beim Marler Rathaus dient bei Revells Bau die aufwendige Konstruktion dazu, den hohen Rang des Gebäudes zu verdeutlichen. So wird die Kuppel des Ratssaals von schmalen, zickzackförmig angeordneten Streben getragen, und der Ratstrakt selbst ruht auf einer einzigen, monumentalen Stütze, die überaus dramatisch inszeniert ist: Ganz weiß und von unten angestrahlt, erhebt sie sich aus der mit dunklem Teppichboden belegten Vertiefung bis über das Dach des Flachbaus hinaus, so dass sie quasi aus den Tiefen der Erde bis in den Himmel reicht.[684] Indem der gruftartige Bereich am Fuß der Stütze als „Hall of Memory“ die Plaketten der mit Toronto verbundenen Militäreinheiten und ein Buch mit den Namen der militärischen Kriegstoten aufnimmt, werden die „Gefallenen“ als Fundament der städtischen Regierung ausgewiesen und so zu deren Legitimierung instrumentalisiert.

Die Geschossdecken der Bürohäuser, in der ursprünglichen Planung von den verstärkten Rückwänden sogar völlig frei auskragend, ragen auch in dem realisierten Bau noch 5 m weit über die Zwischenstützen aus. Da die beiden unteren Geschosse über dem Dach des Flachbaus nur bis zur Linie der Stützen reichen und der Bereich der Auskragung auch seitlich durch verglaste Rücksprünge gegenüber den Schmalseiten markiert ist, wird die Konstruktion erkennbar. Die geschlossenen Rückseiten demonstrieren über den Effekt des Neuen und Ungewöhnlichen hinaus insofern einen höheren Anspruch, als sie dem Effektivitätsstreben entgegenstehen: Eine Belichtung von beiden Seiten würde eine

---

682 Rathaus in Toronto 1966, S. 105. Mit der Fertigstellung der Metro Hall 1992 und der Auflösung der Doppelstruktur durch die Ausdehnung der City of Toronto auf die Umlandgemeinden im Jahre 1998 ist diese Symbolik gegenstandslos geworden. Darüber hinaus zog die Verwaltungsreform umfangreiche Renovierungen und Umgestaltungen nach sich. Siehe Adele Freedman: Think Mega, in: Toronto Life, 33. Jg., Nr. 3, 1999, S. 86-92.

683 Siehe Singular Symbol for Toronto, in: Architectural Forum, 123. Jg., 1965, Nr. 11, S. 15-23, hier S. 20; Dendy u a. 1986, S. 270. Allerdings heizen sich offenbar die Räume hinter der Südwestfassade trotz Klimatisierung so stark auf, dass die Arbeit in den Tiefen des Geschosses gelegentlich Vorteile bieten mag.

684 Goodsell 1988, S. 171 verweist hierfür mit Rückgriff auf die anthropologischen Untersuchungen von Mircea Eliade auf die verbreitete Vorstellung einer axis mundi.

größere Geschossfläche und eine bessere Ausnutzung gewährleisten. Mit ihrem Material – die tragenden Stahlbetonwände sind mit Betonfertigelementen verkleidet, in die vertikale Streifen Marmors eingelegt sind – bilden die Rückseiten einen starken Kontrast nicht nur zu den Innenseiten, sondern auch zu den bei Verwaltungsgebäuden verbreiteten Glas-Metall-Fassaden. Darüber hinaus verweist die Verwendung von Marmor zusammen mit der konkaven Krümmung der Fertigteile, die eine überdimensionale Kannelierung ergibt, auf die Architektur der Antike, die gern als Ursprung des gegenwärtigen politischen Systems in Anspruch genommen wird, um diesem durch hohes Alter Würde zu verleihen.[685] Damit entsteht ein gewisses Gegengewicht zu der betonten Modernität des Rathauses, die als Zeichen der Ausrichtung auf die Zukunft fungiert und sich etwa in der an zeitgenössische Vorstellungen von UFOs erinnernden Form des Ratstrakts äußert. Wie sehr diese Modernität wahrgenommen wurde, zeigt die Bemerkung des Premierministers Lester B. Pearson bei der Eröffnung des Komplexes: „It is an edifice as modern as tomorrow – as modern as the day after tomorrow.“[686]

Obwohl der Entwurf Revells der Ausschreibung mit seinem Bemühen um Zeichenhaftigkeit und Distinktion in besonderer Weise entsprach, blieb er in der Jury bei aller Begeisterung nicht unbeanstandet, gerade weil er zum Teil der prägnanten Form einen Vorrang gegenüber der Funktionserfüllung einräumt. Selbst die Mehrheit hielt den Platz für allzu monumental, die Raumanordnung für das leitende Personal für überarbeitungsbedürftig und die Konstruktion der Türme für zu kostspielig.[687] In einem Minderheitsvotum verschärften Holford und Stephenson diese Kritik, indem sie darüber hinaus auf die umständliche Erschließung und die langen Wege hinwiesen, die durch die Verteilung der Büros auf zwei nur an ihrem Fußpunkt verbundene Hochhäuser und die quasi einhüftige Anlage der Geschosse entstanden. Außerdem bemängelten sie, dass sich der Komplex mit den gewaltigen Betonwänden gegenüber der Stadt abschließe und so der beabsichtigten Entwicklung der nördlichen Innenstadt entgegenwirke.[688] Diese Beurteilungen, die sich also auf städtebauliche Argumente und Kriterien der Funktionalität und Effizienz stützten, führten zu einer Reihe von Änderungen, ohne

---

685 Siehe Kapitel 6.1.

686 Zit. n. Fulford 1995, S. 53.

687 Toronto City Hall 1958, S. 362f.

688 Toronto City Hall 1958, S. 363; Toronto City Hall 1965, S. 166, 170. Geradezu vernichtend soll sich Frank Lloyd Wright, angesichts der Meinungsverschiedenheit in der Jury nach seiner Ansicht befragt, zum Entwurf Revells geäußert haben: „You’ve got a head marker for a grave, and future generations will look at it and say: ‚This marks the spot where Toronto fell.‘“ Siehe Meeting Places 1985, S. 29; Freedman 1999, S. 86.

dass jedoch die grundsätzliche Anlage des ursprünglichen Projekts verändert worden wäre.[689]

6.4 Hängekonstruktionen

Im Marler Wettbewerb wie in Toronto wurden neuartige Konstruktionen eingesetzt, um einerseits in funktionaler Hinsicht weitläufige und unverstellte Räume in den unteren Geschossen zu schaffen und andererseits das Rathaus gegenüber anderen Gebäuden hervorzuheben sowie die Modernität des Bauwerks auf die Gemeinde zu übertragen. Bei aller Neuartigkeit entstanden die Bauten in Marl jedoch nicht voraussetzungslos.

Zwischen 1953 und 1961 wurden nach Plänen von Marcel Breuer und seinem Mitarbeiter Hamilton P. Smith die neuen Gebäude für die Abtei und Universität St. John in Collegeville, Minnesota (USA) errichtet (Abb. 47).[690] Die Kirche verfügt über einen trapezförmigen, zum schmalen Ende hin leicht geschwungenen Grundriss, über dem sich ein gewaltiges Faltwerk aus Beton mit einer maximalen Spannweite von 66 m erhebt. Da die Faltwerkswände nicht bis auf den Boden herabgeführt werden, sondern auf einem Ringbalken ruhen, der seinerseits durch stämmige Stützen aufgeständert ist, ließ sich das „Erdgeschoss“ verglasen, um so den Gegensatz zwischen der schweren Last des Faltwerks und seinem scheinbaren Schweben zu dramatisieren. Anders als in Marl verlaufen die Falten der Wände im Inneren nicht streng vertikal, vielmehr werden sie leicht zum Fußpunkt hin abgeschrägt, so dass sie, vor allem in der Seitenansicht an Gewölberippen erinnernd, den sakralen Charakter des Raumes hervorheben. Zudem ist die Decke durch eine große Laterne unterbrochen, die den Altarbereich erhellt. Die vollständige Auflösung der breiten Eingangsseite in Glas, das in wabenförmigen Betonrahmen gefasst ist, ähnelt dem Marler Zustand ebenso wie anderen Kirchenbauten der Zeit, etwa der Heilig-Kreuz-Kirche in Bottrop von Rudolf Schwarz (1953-57) oder der Kirche São Francisco di Assisi in Pampulha (Brasilien) von Oscar Niemeyer (1943). Dagegen unterschei-

---

689 So sollte der Ratstrakt anfänglich auf drei radialen Wandscheiben aufliegen und einen linsenförmigen, auch zur horizontalen Achse symmetrischen Querschnitt besitzen. Um bei den Hochhäusern die Kosten für die mehrschaligen Rückwände einzusparen, die mit ihren enormen Querschnitten allein alle Lasten abtragen sollten, fügte man eine Stützenreihe etwa in der Mitte der Geschosse ein, so dass sich die Auskragung verringerte und die Lastableitung verteilte. Auch die Krümmung und Länge der Hochhausscheiben wurde geändert. Eine gute Übersicht über den ausgeführten Bau mit Plänen und Maßen bieten Singular Symbol 1965, S. 15-23; Toronto City Hall 1965, S. 165-172; Rathaus in Toronto 1966, S. 104-109; das ursprüngliche Projekt ist ausführlich dokumentiert in: Toronto City Hall 1958, S. 358-371; Stadthaus Toronto 1959, S. 95-98.

690 Siehe Camillo Gubitosi und Alberto Izzo: Marcel Breuer. Architettura 1921-80, Ausst.-Kat. Napoli 1981, S. 19-21; Cranston Jones: Marcel Breuer 1921-1962, Stuttgart 1962, S. 36-44.

det sich die Abteikirche im Äußeren vor allem durch die durchlaufende, das Gebäude nach oben abschließende Deckplatte, die den Verlauf der Dachfalten verbirgt und die Wandfalten zusammenfasst, so dass diese eher als dekoratives Element und weniger als Tragwerk wirken.

Das gleiche Modell wandte Breuer 1961 bei der B'Nai Jeshurun Synagoge in Short Hills, New Jersey (USA) an,[691] doch reichen die Falten hier bis auf den Boden herab. Da alle vier Wände aus Falten gebildet werden, ergibt sich bei dem Gebäude mit seinem quadratischen Grundriss im Inneren der Eindruck eines Sterngewölbes.

Ungefähr zur gleichen Zeit wie bei der Abteikirche St. John setzte Breuer zusammen mit Pier Luigi Nervi und Bernard Zehrfuss ein Faltwerk für das Konferenzgebäude der UNESCO in Paris (avenue de Suffren Ecke avenue de Ségur, 1955-1958, Abb. 48) ein.[692] Wie in Marl wird das Gebäude in der ungünstigen Längsrichtung überdacht, doch gibt sich der Pariser Bau weniger dramatisch: Seine Länge beträgt nur 45 m, und selbst diese Weite wird nicht frei überspannt, sondern bedarf einer Stützenreihe, die das Gebäude ungefähr nach dem Goldenen Schnitt teilt. Darüber hinaus sind die Längsseitenwände überwiegend geschlossen gehalten und nur durch eine schmale Schattenfuge vom Faltwerk abgesetzt, so dass ihre Funktion als nichttragender Raumabschluss weniger deutlich zu erkennen ist. Schließlich reichen die Faltwerkswände vollständig auf den Boden herab, ohne dass sie an ihren Fußpunkten durchbrochen würden.[693] Während das Faltwerk in Marl vor allem die Öffnung der Innenräume untereinander und zur Umgebung hin ermöglicht, dient es in Paris der äußerlichen Vereinheitlichung eines Gebäudes, das sich aus vielen unterschiedlichen Einzelräumen zusammensetzt: Es beinhaltet zwei Sitzungssäle für 500 und 350 Personen, kleinere Versammlungsräume für die Kommission und das Exekutivkomitee sowie Arbeits- und Personalzimmer. Die Geschlossenheit des Sitzungsgebäudes und seine ungewöhnliche Form – es beruht auf einem trapezförmigen Grundriss, und sein Faltwerk ist wie bei einem Schmetterlingsdach geknickt – bilden ein Gegengewicht zu der Leichtigkeit des teils aufgeständerten und großzügig verglasten Sekretariats, so analog zu den Verhältnissen beim Rathausbau das relativ kleine Konferenzgebäude aufwertend.

---

691 Jones 1962, S. 98f.

692 Zu dem UNESCO-Bau siehe Françoise Choay und Lucien Hervé: Das UNESCO-Gebäude in Paris, Stuttgart 1958; A. M. Key: UNESCO-gebouw te Parijs geopend, in: Bouwkundig Weekblad, 76. Jg., 1958, Nr. 49, S. 569-579; Le Siège de l'UNESCO à Paris, in: L'Architecture d'aujourd'hui, 29. Jg., 1958/59, Nr. 81, S. 4-33. Als Berater waren Lucio Costa, Walter Gropius, Le Corbusier, Sven Markelius und Ernesto Rogers beteiligt, die Bauleitung lag bei Eugene H. Callison.

693 An der Südostseite zur avenue de Ségur wird die Wand jedoch unterhalb des Bodenniveaus von einem Unterzug und Stützen abgefangen, da sich hier Räume des Untergeschosses zu einem vertieften Hof hin öffnen. Von der Straße aus bleibt dies aber weitgehend verborgen.

Obwohl für die gleiche Nutzung, nämlich große Versammlungsräume, gebaut, unterscheiden sich die Gebäude von Breuer einerseits und das von van den Broek und Bakema andererseits: Im Vergleich zu den schrägen Wänden, den Anspielungen auf traditionelle Gewölbeformen und den abgeschlossenen Räumen bei Breuer erscheint der Ratstrakt in Marl recht nüchtern und in seiner Konstruktion leichter nachvollziehbar, auch fehlt ihm die sakrale Konnotation. Durch die weite Öffnung und das Ausgreifen in den Freiraum hinaus stellt sich deutlicher der Eindruck einer selbsttragenden, baldachinartigen Überdachung ein.

Während sich das Faltwerk immerhin in ein Umfeld von ähnlichen Versuchen zur stützenfreien Überdeckung großer Flächen mit Stahlbeton, etwa von Pier Luigi Nervi (Flugzeughalle Orvieto, 1935/36), einpasste und bekannte Konstruktionsweisen, wie die preußischen Kappen, weiterführte, stellte die Aufhängung der Geschosse in den Türmen eine Aufsehen erregende Neuheit dar, um deren geistige Urheberschaft sich in der Fachwelt bald eine Diskussion entspann.[694] Weniger um diesen Streit zu klären, als um die unterschiedlichen Ausprägungen der Hängehaus-Idee und deren Auswirkung auf die „Funktion der Form“ zu erhellen, untersuche ich im Folgenden die Vorläufer der Marler Rathaustürme.

Obwohl wesentlich seltener als die üblichen überwiegend auf Druck beanspruchten Konstruktionen, verfügen Hängekonstruktionen über eine lange Tradition im Zeltbau und bei einfachen Fußgängerbrücken. Während hierfür meist natürliche Materialien (Pflanzenfaser, Holz, Tierhaut) eingesetzt wurden, entstanden Hängebrücken aus eisernen Kettengliedern in Europa und Nordamerika erst im 18. Jahrhundert.[695] Trotz der weiten Verbreitung und erfolgreichen Anwendung im Brückenbau im 19. Jahrhundert (Brooklyn-Bridge, New York 1883) blieb die Nutzung

---

694 Neben der ernsthaften Auseinandersetzung gab es auch einen eher skurrilen, versteckten Erpressungsversuch: Im Januar 1959 beschuldigte Balthazar Stegmar, „auteur, créateur, inventeur en art et architecture“ aus Paris, van den Broek und Bakema in einem handschriftlichen Brief des Plagiats und beanspruchte einen Teil des Preisgelds sowie Beteiligung an dem Bau, da die Konstruktion seine Erfindung sei. In einem weiteren Schreiben, nunmehr mit einem Briefkopf, der Hängehäuser zeigt, verweist er auf die Bauverzögerung, die durch eine Klage entstehen könne. Van den Broek und Bakema erklären in ihrer Antwort lapidar, dass sie bereits seit drei Jahren an der Entwicklung der Konstruktion arbeiteten und dass ohnehin in der Architektur gleichzeitige Entwicklungen möglich seien. Siehe Teilakte Schriftverkehr mit Herrn Balthazar Stegmar – Paris, in: Akte Rathaus (1957-1965), SAM AA II.-1103.

695 So etwa die 20 bzw. 21 m langen Brücken über die Tees zwischen den Grafschaften Durham und York von 1741 und über die Jakobsbucht zwischen Uniontown und Greenburgh in Pennsylvania von 1796. Siehe Jürgen Joedicke: Auf Zug beanspruchte Konstruktionen. Anwendungsmöglichkeiten im Stockwerkbau, in: Bauen + Wohnen, 18. Jg., 1963, Nr. 4, S. 158-159. In China existierten solche Bauten wohl seit dem 3. Jahrhundert. Darüber hinaus sei auf die im Rahmen von Landschaftsgärten errichteten Brücken, etwa die Kettenbrücke in Schochs Garten (1764; 1770/71) in Wörlitz, verwiesen.

von auf Zug beanspruchten Konstruktionen für stützenfreie Räume damit auf den Bereich des Ingenieurbaus beschränkt.

Erst in den späten zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts wurde das Prinzip der Aufhängung auf Wohnhäuser angewendet, doch ließen sich diese Projekte nicht umsetzen, da die Mittel für eine technisch einwandfreie und ökonomische Verwirklichung fehlten. Im Jahre 1927 skizzierte Richard Buckminster Fuller Wohntürme mit zehn bis zwölf Geschossen, die so von der Spitze eines zentralen Mastes abgehängt waren, dass der Erdboden nur von dem Mast berührt wurde (Abb. 49). Die Leichtbaukonstruktionen aus Aluminium sollten durch Zeppeline versetzbar sein und autonome, von kommunaler Infrastruktur unabhängige Ver- und Entsorgungssysteme sowie eine luxuriöse Ausstattung mit Swimmingpool, Turnhalle, Restaurant, Kindergarten und Dienstbotenetage erhalten, allerdings erwartete Buckminster Fuller selbst, dass die Realisierung dieser „4D-“ oder „Lightful-Houses“ erst fünfzig Jahre später gelingen würde.[696] Daher präsentierte er zwei Jahre später bei einer Möbelausstellung in einem Chicagoer Kaufhaus eine vereinfachte Version als „Dymaxion-House“:[697] Hier hing nur noch ein Geschoss mit sechseckigem Grundriss und Dachterrasse an Stahlkabeln, die von dem Zentralmast über die Gebäudeecken zum Boden verliefen und so gleichzeitig den Mast verspannten. Der futuristischen Bauweise entsprach die Ausstattung mit einem umfassenden Klimakontrollsystem und der Automation des Waschens, Trocknens und Verstauens von Kleidung. Obwohl Buckminster Fuller das Haus weiterentwickelte und spätere Varianten von der US-Luftwaffe als Baracken genutzt wurden, fand es kaum Beachtung.

Neben den technischen Schwierigkeiten dürfte die sehr individualistische Konzeption des beweglichen und autonomen Einfamilienhauses die Rezeption in Europa behindert haben, standen hier doch eher städtische Geschossbauten mit Gemeinschaftseinrichtungen für gering verdienende Bevölkerungsschichten im Zentrum des Interesses.[698] Buckminster Fuller, Ingenieur ohne Architektenausbildung, begreift das Haus ganz wörtlich als Wohnmaschine und will es nach dem Vorbild des Automobils als standardisiertes Massenprodukt herstellen. Wie das Auto allerdings nicht nur nach rein funktionalen Kriterien konstruiert, sondern

---

696 J. Baldwin: Bucky Works. Buckminster Fuller's Ideas for Today, New York u. a. 1996, S. 12ff.

697 Fotografien des Modells und zahlreiche Skizzen bietet James Ward (Hg.): The Artifacts of R. Buckminster Fuller. Bd. 1: The Dymaxion Experiment, 1926-1943, New York, London 1985, S. 54ff. Den Namen, eine Zusammenstellung aus Dynamik und Maximum, prägte ein Werbefachmann. Siehe Baldwin 1996, S. 23.

698 Zwar stellte auch das Einfamilienhaus für das gehobene Bürgertum ein wichtiges Betätigungsfeld für die Architekten der Moderne dar – man denke etwa an die Villa Savoye, das Haus Tugendhat oder das Haus Schmincke –, doch entsprach ein relativ kleines und billiges Haus aus der Massenproduktion kaum den Ansprüchen dieser Auftraggeberschaft.

auch zum emotional hoch besetzten Fetisch der Konsumwelt geraten ist, so gehorcht auch das Dymaxion-House, anders als der Erfinder es wahrhaben will, nicht ausschließlich der reinen Notwendigkeit: Gerade die charakteristische Aufhängung erscheint übertrieben, da die zu bewältigenden Kräfte bei einer eingeschossigen konventionellen Konstruktion gering sind und der Bereich unter dem Gebäude bloß als Park- oder Lagerplatz genutzt werden sollte. Zusammen mit dem Material Aluminium, das hauptsächlich im Flugzeugbau Verwendung fand, erzeugt sie jedoch den Eindruck des Neuen, Ungewöhnlichen und vor allem Zukunftsweisenden, den Buckminster Fuller wünschte.

Gleichzeitig mit Buckminster Fuller schlugen die Brüder Heinz und Bodo Rasch[699] in einer Publikation über die Erkenntnisse, die sich aus der Stuttgarter Werkbund-Ausstellung „Die Wohnung“ (Weißenhof-Siedlung) gewinnen ließen,[700] mehrgeschossige Hängehäuser vor (Abb. 50). Die einzelnen Häuser bestehen aus einem Mast aus genietetem Stahlrohr, von dessen Spitze sechs Flacheisenbündel ausgehen. Über einen Druckring auf einen Abstand von 5 m vom Mast gebracht, tragen sie schließlich die zwölf Geschosse. Dabei wird jede der Geschossdecken, deren Durchmesser 15 m beträgt, von einem eigenen Eisen innerhalb des Bündels gehalten. Da so die Hänger nicht direkt hinter der Fassade angeordnet sind, sondern in gut 2 m Abstand davon mitten im Raum verlaufen, ergeben sich Zwangspunkte, die die freie Einteilung der Geschossfläche einschränken. Die Wohnungen selbst versammeln Küche, Bad, WC und Garderobe um den Mast als Installationskern, so dass die Zimmer an den vollständig verglasten und zu öffnenden Außenseiten liegen. Um die Standfestigkeit der einzelnen Hängehäuser zu gewährleisten, sind sie nicht nur mit Drahtseilen am Boden gesichert,

---

699 Heinz Rasch (1902-1996) besuchte 1916 die Kunstgewerbeschule in Bromberg und studierte 1920-1923 Architektur an den Technischen Hochschulen in Hannover und Stuttgart. Zwischen 1926 und 1930 betrieb er mit seinem jüngeren Bruder Bodo ein gemeinsames Büro in Stuttgart. Über einen Auftrag für die Lackfabrik René Villemer in Paris entstand die Verbindung zu dem in der gleichen Branche tätigen Unternehmer Dr. Kurt Herberts in Wuppertal, für den Rasch mehrfach arbeitete. Herberts bot während des Dritten Reichs Willi Baumeister und Oskar Schlemmer Beschäftigung. Zu Heinz Rasch siehe Ina Hanemann und Petra Holtmann: Zeitzeugen. Heinz Rasch – "Häuser, die zweckmäßig sind, sind auch schön", in: Deutsches Architektenblatt, Ausg. Baden-Württemberg, 29. Jg., 1997, Nr. 11, S. 1642-1643.
Bodo Rasch (1903-?) studierte 1922-1926 Landwirtschaft in Hohenheim und absolvierte gleichzeitig eine Schreinerlehre. Seine Arbeit umfasste vor allem Möbel- und Ausstellungsdesign, Umbauten und Geschäftseinrichtungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg errichtete er Wohn- und Geschäftshäuser, so etwa die Verwaltung der Hoechst AG in Stuttgart. Zu Bodo Rasch siehe Bodo Rasch. Ideen, Projekte, Bauten. Werkbericht 1924-1984, Stuttgart 1984, insbesondere S. 75f.

700 Bodo Rasch und Heinz Rasch: Wie bauen? Bau und Einrichtung der Werkbundsiedlung am Weißenhof in Stuttgart, Stuttgart o. J. [1927]. Die Gebrüder Rasch waren an der Ausstellung mit der Einrichtung zweier Wohnungen in den Mietshäusern von Ludwig Mies van der Rohe und Peter Behrens beteiligt. Ein Jahr später präzisierten sie ihr Projekt, siehe [Bodo Rasch und Heinz Rasch]: Hängehäuser, in: Baugilde, 10. Jg., 1928, Nr. 15, S. 1125-1127.

sondern in eine umfassende Struktur integriert: Die Türme sind in zwei parallelen Reihen versetzt angeordnet, so dass sie, innerhalb der Reihen einen Abstand von 30 m haltend, zickzackförmig miteinander verspannt werden. Zwischen den beiden Reihen verlaufen die Erschließungsstraßen, die das Gesamtsystem weiter aussteifen und wie Laubengänge den direkten Zugang zu den Wohnungen ermöglichen.

Deutlich zeigen sich die Gebrüder Rasch der Moderne verpflichtet, indem sie die Materialien Stahl, Glas und Beton nutzen sowie einheitliche Wohnungen und Wohngebäude konzipieren, die eine industrielle Fertigung erlauben. Die nahezu komplette Beseitigung der Außenwände widerspiegelt ebenso das Verlangen nach Licht, Luft und Sonne[701] wie die Lösung der Bauten vom Grund, die den Boden für andere Nutzungen, etwa Grünflächen freihalten. Ganz im Sinne der später verfassten Charta von Athen trennen sie die Funktionen Wohnen und Verkehr, indem sie ihnen unterschiedliche Ebenen zuweisen. Allerdings erscheint der Entwurf in mehrfacher Hinsicht problematisch. So sehen die Gebrüder Rasch weder einen ausreichenden Feuerschutz für den Erhalt der Stabilität im Falle eines Brandes vor, noch bedenken sie die Unannehmlichkeiten, die durch die vollständige Verglasung von Wohnräumen entstehen, wie etwa die Aufheizung im Sommer und die Einsicht von den Erschließungsstraßen aus. Darüber hinaus vernachlässigen sie die temperaturabhängige Ausdehnung der Stahlelemente, und schließlich wäre ein Baugewerbe, das handwerklich strukturiert war, wohl kaum in der Lage gewesen, solche Bauten zu üblichen Kosten zu erstellen, selbst wenn man die technische Machbarkeit zugesteht.

Durch ihre vorgesehene Koppelung miteinander und die gemeinsame Erschließung wirken die Wohntürme nicht als Einzelgebäude, sondern als Teil eines relativ einförmigen Komplexes.[702] Anders als die späteren Bauten mit ihren Betonkernen scheint die Anlage mit ihren dünnen Stahlmasten geradezu über dem Boden zu schweben und ruft schon allein durch ihre Materialien den Eindruck von Leichtigkeit hervor. Allerdings ist die Hängebauweise selbst kaum zu erkennen, weil die Stelle der ausgeprägten Kopfkonstruktion bei späteren Bauten hier recht unspektakulär an der Mastspitze befestigte Stahlbündel einnehmen und

---

701 Eine parallele Erscheinung stellen die Freiluftschulen und Sanatorien, etwa von Johannes Duiker (Freiluftschule Amsterdam, 1930-32, Sanatorium Zonnestraal, Hilversum 1928) und Alvar Aalto (Sanatorium Paimio, 1929-33), dar, zumal die Fenster bei dem Entwurf der Gebrüder Rasch in ihrer ganzen Höhe harmonikaartig zur Seite geschoben werden konnten.

702 Die Gebrüder Rasch skizzieren damit insofern einen Vorläufer der Megastrukturen der sechziger Jahre, als sie eine nahezu unendlich erweiterbare Gesamtanlage vorschlagen, die aus „clip-on"-Elementen und der als Rückgrat fungierenden Haupterschließung besteht. Allerdings stellen in ihrem System nicht nur gerade die Häuser, die die Lasten ableiten und die Versorgungsleitungen aufnehmen, die Primärstruktur dar, ihrem Entwurf fehlt auch die theoretische Begründung der Sechziger (unterschiedliche Verwertungszyklen, Freiheit für den individuell geplanten Ausbau).

weil darüber hinaus die ohnehin im Gebäudeinneren verlaufenden Hänger in den Zwischenwänden verborgen sind.

Als der Entwurf von van den Broek und Bakema 1958 durch die breite Veröffentlichung der Marler Wettbewerbsergebnisse bekannt wird, meldet sich Heinz Rasch in mehreren Zuschriften und Beiträgen, um sich als überlegenen Altmeister des Hängehauses zu präsentieren.[703] Dabei bezieht er sich neben dem frühen Projekt von 1927/28 auf einige Entwürfe seit Mitte der fünfziger Jahre, die jedoch nicht verwirklicht wurden, so ein Verwaltungsgebäude für das Peiner Walzwerk (heute Salzgitter AG) aus dem Jahre 1955, Wohntürme für Wuppertal-Haspel (1955) sowie ein Modell für einen Hängewohnturm auf kreisförmigem Grundriss, das im Rahmen der Interbau 1957 in Berlin ausgestellt wurde. Obwohl Rasch in diesen Planungen den dünnen Stahlmast durch eine umfangreichere Betonröhre ersetzt, die wie bei den Marler Bauten Treppenhäuser und Aufzüge aufnimmt, bleibt er bei dem System der innenliegenden und in den Zwischenwänden versteckten Hängeglieder aus Stahl, da dies besonders wirtschaftlich sei und eine Hülle aus 3 cm dickem Spritzasbest sowohl Feuerschutz biete als auch Längenänderungen durch Temperaturschwankungen verhindere.[704]

Anders als van den Broek und Bakema interessiert sich Rasch nicht für die Möglichkeiten eines neuen architektonischen Ausdrucks, die „Funktion der Form“, sondern betrachtet die Hängekonstruktion allein als technisches Mittel. An dem Entwurf seiner „Konkurrenten“ bemängelt er daher, dass drei der vier Gebäude das Hängeprinzip wegen ihrer zu geringen Höhe nicht effizient nutzten und dass der obere Abschluss der Bauten übertrieben luxuriös gestaltet sei, da sowohl in dem Pilzkopf selbst als auch in dem darunter liegenden Freigeschoss Räume untergebracht werden könnten.[705] Darüber hinaus plädiert er, sich indirekt gegen das Marler Projekt wendend, für kreisförmige Grundrisse, weil dann durch die gleichartige Belastung identische und damit seriell hergestellte Kragarme zu verwenden seien.[706] Mit diesen Vorgaben unterscheiden sich denn auch seine eigenen Modelle nur noch durch die fehlenden Stützen im Erdgeschoss von konventionellen Hochhäusern.

---

703 So etwa in Heinz Rasch: Brief an die Redaktion, in: Bauwelt, 49. Jg., 1958, Nr. 43, S. 1041; H[einz] Rasch und A. Reinig: Zur Konstruktion des Hängehauses. Ermittlung optimaler Lösungen, in: Deutsche Bauzeitung, 66. Jg., 1961, Nr. 7, S. 528-534; [Heinz Rasch]: Geschichte des Hängehauses, in: Deutsche Bauzeitung, 66. Jg., 1961, Nr. 7, S. 535-537.

704 Beratungsstelle für Stahlverwendung (Hg.): Berichte über Stahlverwendung und Stahlwerbung. Hängehäuser in Stahlkonstruktion, o. O. 1959, S. 3, 6. Die Schrift wurde zwar ohne Nennung des Autors publiziert, doch stimmen die Entwürfe und die Argumentation mit den anderen Veröffentlichungen Raschs überein.

705 Heinz Rasch: Hängehäuser, in: Bauwelt, 49. Jg., 1958, Nr. 30, S. 740-741.

706 Rasch u. a. 1961, S. 531.

Außer Heinz Rasch[707] beteiligten sich weitere Architekten an der Konkurrenz um den frühesten Hängehausentwurf, so etwa Alfred Gellhorn mit dem Verweis auf die von ihm 1954 publizierte Studie von Amancio Williams aus dem Jahre 1944.[708] Darüber hinaus gab die Ausstellung „Experimentelle Architektur – Aufgehängte Konstruktionen“, die Joseph Weber, Mitarbeiter des Büros van den Broek und Bakema, 1962 in Marl, Delft und München zeigte, einen Überblick über die Anwendungsmöglichkeiten der Hängekonstruktion anhand von Projekten verschiedener Architekten.[709]

Der früheste tatsächlich verwirklichte Bau eines komplett abgehängten Hauses entstand jedoch, jenseits des europäischen und US-amerikanischen Horizonts gelegen und daher kaum wahrgenommen, in Montevideo, wo Luis García Pardo und Adolfo Sommer Smith 1957 ein Wohnhaus mit neun Obergeschossen errichteten (Abb. 51).[710] Auf dem kleinen, spitzwinkligen Grundstück nutzten sie die Aufhängung, um möglichst große, von Stützen unverstellte Wohnungen mit freier Raumeinteilung durch nichttragende Falt- und Schiebewände zu erzielen. Obwohl sie sich um eine betont leichte und transparente Wirkung bemühen – die Fassaden etwa sind vollständig verglast,[711] und der sichtbare Teil der Geschossdecken ist besonders dünn gehalten –, heben sie die besondere Konstruktion nicht weiter hervor. So wurde der tragende Zentralschaft, der wie später üblich Treppenhaus und Aufzug beherbergt, im Erdgeschoss immer wieder mit Geschäften oder Cafés umbaut, so dass der charakteristische Luftraum zwischen der Unterkante des ersten Geschosses und dem Erdboden fehlte. Die Kopfkonstruktion ist von der Straße aus nicht zu erkennen, da einzelne, sehr

---

707 Sein Bruder Bodo hielt sich offenbar in der öffentlichen Debatte zurück, obwohl auch er weiterhin als Architekt tätig war und sich seit etwa 1960 wieder mit Hängehäusern beschäftigte, die er zu „Spindelhäusern“ mit um 45° gegeneinander versetzten Geschossen weiterentwickelte. Siehe Bodo Rasch 1984, S. 38, 50f.

708 Briefe an die Redaktion, in: Bauwelt, 49. Jg., 1958, Nr. 45, S. 1089. Siehe auch Alfred Gellhorn: Südamerikas Beitrag zur neuen Architektur, in: Bauwelt, 45. Jg., 1954, Nr. 33, S. 643-647, hier S. 646f. In Williams‘ Skizze hängen die Geschosse allerdings in einem bockartigen Gerüst ohne zentrale Stütze.

709 Die Diskussion um die Möglichkeiten von Hängekonstruktionen wurde auch in der UdSSR geführt. Siehe G. Borisovskij: Zagljanem v budušcee, in: Architektura SSSR, 1960, Nr. 12, S. 32-35.

710 Bulevar España, Ecke avenida Brasil, Ecke rambla República del Perú. Zu dem Gebäude „El Pilar“ und zum Architekten Luis García Pardo siehe Edificio El Pilar, in: Elarqa, 5. Jg., 1996, Nr. 19, S. 26-29; Luis García Pardo, o. O. [Montevideo] 2000 (Monografias Elarqa, Bd. 6), insbes. S. 66-69. 1964/65 beteiligte sich García Pardo an dem Wettbewerb für ein Konferenzzentrum in San Sebastian mit einem zylindrischen Hochhaus, dessen Geschosse teilweise wie später bei Egon Eiermanns Olivetti-Türmen (Frankfurt a. M. 1968-1972) auf einer Zentralstütze aufgeständert, teilweise abgehängt sind. An derselben Konkurrenz nahmen auch van den Broek und Bakema mit einem Hängehaus-Entwurf teil.

711 Von einer Vorhangfassade sollte man jedoch nicht sprechen, da die Fensterrahmen direkt auf den Geschossdecken aufsetzen. Die Küchen, vermutlich an der Nord- und damit der Sonnenseite gelegen, sind durch vertikale brise-soleils geschützt.

weit ausladende, aber flache Kragarme direkt an dem runden Betonkern ansetzen und durch eine attikaartige Brüstung verborgen werden. Schließlich verlaufen die Hängeglieder hinter der Fassade und werden von außen durch die schmalen Fensterpfosten verdeckt. Auch die städtebauliche Lage trägt dazu bei, dass sich das Aussehen des Hauses „El Pilar“ von Apartmenthäusern konventioneller Bauart nur wenig unterscheidet, denn im Gegensatz zu den späteren Hängehäusern steht es nicht frei, sondern ist, wenn es auch das markante Eckgrundstück belegt, mit seiner Rückseite an die bestehende Bebauung angebunden. Dadurch ergibt sich für die Konstruktion eine zusätzliche bis auf den Boden reichende Stütze und Versteifung, da die Brandmauer zum Nachbargebäude belastet werden kann und durch einen vertikalen Leitungsschacht mit dem Erschließungskern verbunden ist. Darüber hinaus legte diese Situation die ansonsten ungünstige exzentrische Stellung des Kerns nahe, weil durch seine Verschiebung zur Brandmauer hin die Wohnfläche im Bereich der belichteten Fassaden vergrößert wurde.

García Pardo und Sommer Smith errichten ein ausgesprochen elegantes und in seinen Grundrissen variables Wohngebäude, doch erscheint die Aufhängung der Geschosse ziemlich bemüht, denn übliche auf Druck belastete Stützen hätten die Nutzfläche allenfalls unwesentlich vermindert, und die Erdgeschossfläche musste nicht zwingend frei bleiben, wie die Einrichtung von Geschäften zeigt. Vielmehr ging es ihnen offenbar um die Erprobung neuer technischer Verfahren an einem recht kleinen Objekt, wobei ihnen die relativ geringen baupolizeilichen Anforderungen entgegenkamen: Es ist nur ein einziges Treppenhaus nötig, die Hängeglieder, einfache U- und Winkelprofile aus Stahl, bleiben praktisch unverkleidet, und die Anschlüsse zwischen Kern und Geschossdecken einerseits und zwischen Geschossdecken und Hängern andererseits, die bei späteren Bauten in Europa wegen der Längungen durch Temperaturänderungen und Lastwechsel so sorgfältig bedacht und aufwendig konstruiert wurden, sind hier einfach als feste Verbindung gestaltet.

In den Niederlanden und in Belgien wurden 1964/65, also noch vor der Beendigung der nur zögerlich fortgesetzten Arbeiten an den Marler Türmen, die ersten Bürohäuser in Hängekonstruktion fertiggestellt, und schon hier zeigte sich die Vielfalt an Gestaltungs- und Bauweisen. Den Auftakt bildete das Verwaltungsgebäude für die Firma Philips in Eindhoven (Abb. 52), das das Büro Verhave, Luyt und de Iongh 1964 übergab.[712] Es handelt sich um eine Hochhausscheibe auf drachenförmigem

[712] Ausführliche Angaben bieten P. Verhave: Twee nieuwe kantoorgebouwen voor de N. V. Philips' Gloeilampenfabrieken, gebouwen VB en VD, in: De Ingenieur, 75. Jg., 1963, Nr. 21, Bouw- en Waterbouwkunde 9, S. B 103-B 112; Kantoorgebouw voor Philips te Eindhoven, in: Bouwkundig Weekblad, 83. Jg., 1965, Nr. 14, S. 264-269; H. J. J. Engel: Het opgehangen gebouw, in: Bouwkundig Weekblad, 83. Jg., 1965, Nr. 14, S. 249-253.

Grundriss, die sich mit zwölf dreibündig angelegten Normalgeschossen, einem Dachgeschoss mit Aufenthaltsräumen und zwei Technikgeschossen über einem T-förmigen zweigeschossigen Flachbau mit Empfangs-, Maschinen- und Versandräumen erhebt. Da man die Bürogrundrisse von Stützen freihalten und die geringen Brandschutz-Anforderungen im Außenbereich nutzen wollte, sind die stählernen, mit einer isolierenden Schicht aus Mineralwolle und mit Aluminium umhüllten Hänger in dem recht großen Achsmaß von 7,5 m vor der Fassade angeordnet. Sie leiten die Belastung in eine offene Kopfkonstruktion aus Beton, deren sichtbare, mit Aluminium verkleideten Kragarme V-förmig am Kern ansetzen und untereinander mit einem Ringbalken verbunden sind. Anders als bei den übrigen Hängekonstruktionen nimmt der Betonkern hier nicht alle Lasten allein auf, vielmehr wird er um eine Reihe konventioneller Druckstützen aus Stahl ergänzt, die in den Trennwänden zwischen den Fluren und den Büros verlaufen, so dass die Spannweite bei einer Bürotiefe von 5,5 m moderat bleibt. Darüber hinaus wird durch die so ermöglichte Reduzierung des Betonkerns die Störung des Flachbaus vermieden, allerdings um den Preis einer zusätzlichen, Material und Platz verbrauchenden Stützenreihe, die mit dem Grundprinzip der Hängekonstruktion, der zentrierten Ableitung der Lasten und der Nutzung des ohnehin nötigen Festkerns als Stütze, in Konflikt gerät.

Auch das Verwaltungsgebäude für die Firma BP in Antwerpen[713] (Abb. 53), 1965 nach Plänen der Architekten Léon M. J. R. Stijnen, Paul de Meyer und J. Reusens fertiggestellt, bildet eine Hochhausscheibe, bleibt jedoch in seinen Maßen hinter dem Philips-Bau mit insgesamt 13 Geschossen (zehn Bürogeschosse, zwei Geschosse mit Restauration und Dachterrasse, ein Technikgeschoss) zurück, zumal es nur über einem eingeschossigen Flachbau mit Empfangs- und Konferenzräumen aufragt und seine Länge geringer ist. Wieder werden die Kräfte über stählerne Hänger, die nun allerdings mit Edelstahl verkleidet sind und im Inneren des Gebäudes knapp hinter der Fassadenebene mit einer Achsweite von 5,2 m verlaufen, in eine offene Kopfkonstruktion übertragen. Sie besteht aus einem Gitter aus stählernen, mit Beton umhüllten Vollwand- und Fachwerkträgern, die 6 m weit auskragen.[714] Als tragender Kern dienen 14 paarweise angeordnete Stahlstützen, die – bis auf die beiden freistehenden äußeren Paare – durch vorgefertigte Beton-

---

713 Siehe Kantoorgebouw Société B.P. voor België te Antwerpen, in: Bouw, 1965, Nr. 6, S. 178-181; Het B.P.-gebouw te Antwerpen, in: Bouwkundig Weekblad, 83. Jg., 1965, Nr. 14, S. 270-272.

714 Bemerkenswert ist die Lösung an den Schmalseiten des Gebäudes: Hier ruhen die jeweils äußersten Träger nicht direkt auf dem Kern, sondern auf den zu ihnen senkrecht verlaufenden, ihrerseits auskragenden Trägern in Gebäudelängsrichtung. Durch diese komplizierte, fragil anmutende Konstruktion entsteht die einheitliche Wirkung des Kopfes, der so aus lauter gleichartigen Elementen zusammengefügt erscheint, da die sonst üblichen diagonal vom Kern zur Gebäudeecke reichenden und damit längeren Kragarme entfallen.

platten miteinander verbunden und fixiert werden. Die Normalgrundrisse sind in der üblichen Weise dreihüftig angelegt, und wie bei dem Philips-Gebäude und dem Marler Rathaus bestehen die Trennwände aus Leichtbaumaterialien, so dass sie einfach zu versetzen sind und die Konstruktion nicht durch unnötiges Eigengewicht belasten. Auch die Oberlichtbänder zur Belichtung des Flurs finden sich bei den drei Bauten gleichermaßen; offenbar hat sich ein entsprechender Standard bei der Innenausstattung entwickelt.[715]

Im Hinblick auf die Fassadengestaltung sticht das BP-Gebäude durch seine außergewöhnliche Eleganz und Leichtigkeit hervor: Die hölzerne Vorhangfassade verzichtet vollständig auf Brüstungen, so dass die klare Isolierverglasung die Fensterachsen völlig ausfüllt und lediglich die Rahmen die Glasfläche unterbrechen. Vor dieser Fläche verläuft als zweite Ebene ein Gitter aus horizontalen Wartungsumgängen, die, außen jeweils in Höhe der Geschossdecken angebracht, unter anderem die problemlose Reinigung der Fenster ermöglichen, und vertikal verlaufenden Führungsschienen für den ebenfalls außen liegenden und so besonders effektiven Sonnenschutz. Eine solche Zweischaligkeit, wie sie Egon Eiermann, angefangen mit der Taschentuchweberei Blumberg (1951) über den deutschen Pavillon bei der Weltausstellung 1958 in Brüssel bis hin zum Abgeordnetenhaus des Bundestags (1965-69), häufig nutzte, gibt den sonst oft sehr glatten gläsernen curtain walls Profil und verbindet das Volumen des Gebäudes durch das halboffene Gitter als allmählichen Übergang mit dem umgebenden Raum. Da sie scheinbar nur aus Glas und dünnen Stäben bestehen, wirken die Fassaden fast schwerelos und unterstreichen so den der Hängebauweise eigentümlichen Eindruck des Schwebens, zumal auch die Stahlhänger[716] und die Kragarme der offenen Kopfkonstruktion äußerst filigran erscheinen. Die Reduktion des Betonkerns, ermöglicht durch den Einsatz je eines freistehenden Stützenpaars an den Schmalseiten des Gebäudes, verstärkt diesen Eindruck, und selbst der Flachbau hebt sich in der Art von Mies‘ Farnsworth-Haus mit seiner aufgeständerten schmalen Grundplatte vom Boden ab.

Anders als bei den Bauten für BP und Philips handelt es sich bei dem 1964/65 von den Amsterdamer Architekten F. U. Verbruggen und P. R. Goldschmidt für die Firma Overbeek in Rotterdam errichteten Verwaltungsgebäude[717] um einen Turm (Abb. 54). Die zehn Normal-

---

715 Zumindest in Marl waren die Leichtbauwände während der Planung umstritten, obwohl die Ausschreibung ausdrücklich versetzbare Wände forderte: Die Verwaltung befürchtete – wie sich später herausstellte, nicht zu Unrecht – eine ungenügende Schallisolierung der Büros gegeneinander.

716 Ihr Querschnitt beträgt nur 7,5 x 16 cm.

717 Siehe H. J. J. Engel: De constructie van het Overbeekhuis te Rotterdam, in: Bouwkundig Weekblad, 83. Jg., 1965, Nr. 14, S. 254-263; Engel: opgehangen gebouw, 1965, S. 249-253; Szénássy 1969, S. 140; Rotterdam architectuur 1970-1995. 75 gebouwen gedocumenteerd, Rotterdam 1995, Nr. 4.

geschosse mit einer Grundfläche von 27 x 27 m sind an knapp hinter der Fassade verlaufenden Stahlhängern befestigt, die die Lasten oberhalb des Terrassengeschosses in einen Ringbalken überleiten, der seinerseits von vier gitterartig den Betonkern überspannenden Hauptträgern und vier weiteren, diagonal in die Ecken reichenden Trägern gestützt wird. Mit Auskragungen von mindestens 9 m übertrifft das Overbeek-Haus die vergleichbaren Hängebauten um gut 3 m. Während sonst, wie im übrigen Bürohausbau üblich, zwischen einer relativ kleinen Arbeitsachse als Maß für einen Büroarbeitsplatz und einer größeren Konstruktionsachse als ganzzahligem Vielfachen der Arbeitsachse unterschieden wurde, stimmen hier beide Maße überein, so dass einerseits eine große Anzahl dicht beieinander liegender Hänger benötigt wird, andererseits jedoch die einzelnen Hänger deutlich geringer dimensioniert werden können: Ihr Durchmesser beträgt insgesamt nur 142 mm.[718] Durch die Kongruenz der beiden Achsen lassen sich die Hänger gleichzeitig als Halterung für die einfache Stahl-Glas-Vorhangfassade nutzen, die aus bläulichen Opakglas-Brüstungen, grünlich spiegelnden Scheiben[719] und Edelstahl-Profilen besteht. Mit ihren gegenüber den Riegeln deutlich breiteren Pfosten vertikal ausgerichtet, unterstreicht die Fassade die Wirkung des hoch aufragenden Turms.

In der Bundesrepublik entstand das erste Gebäude in Hängebauweise, abgesehen von den Marler Bauten, in Hamburg: Das Büro Hentrich und Petschnigg (seit 1969 HPP) errichtete zwischen 1964 und Ende 1966 ein Turmhochhaus mit elf Normalgeschossen (Abb. 55) an dem städtebaulich bedeutenden Übergang von Binnen- zur Außenalster.[720] Es war als Sitz der Hamburger Vertretung mehrerer finnischer Firmen geplant, die sich 1961 zur Finnland GmbH zusammengeschlossen hatten.[721] Wie das Overbeek-Haus beruht das Finnland-Haus auf einem quadratischen, mit 20 x 20 m allerdings deutlich kleineren Grund-

---

718 Die eigentlich tragenden vorgespannten Stahlstäbe besitzen sogar einen Durchmesser von nur 32 bzw. 26 mm. Sie verlaufen in Stahlröhren (∅ 114/79 und 114/89 mm), die im Notfall bei Versagen der Stäbe die Lasten aufnehmen können. Daher sind beide Elemente, Stäbe und Röhren, mit isolierendem Material umhüllt. Die Stahlbetonhänger in Marl verfügen dagegen über einen Querschnitt von 180 x 180 mm, tragen jedoch nur maximal vier Stockwerke, so dass sich in den darüber liegenden Geschossen durch Verdoppelung bzw. Verdreifachung Gesamtquerschnitte von 180 x 360 mm bzw. 180 x 540 mm ergeben.

719 Ursprünglich verfügten die Thermopane-Scheiben über eine goldfarbene Reflexionsschicht, die dem Gebäude zu dem Spitznamen „Goldfinger“ verhalf. Siehe Rotterdam architectuur 1995, Nr. 4.

720 Ausführlich siehe F[ritz] Rafeiner (Hg.): Finnlandhaus Hamburg, München 1968; weiterhin Helmut Hentrich: Hängekonstruktion an der Alster, in: Spiralen. Jahrbuch der Freien Akademie der Künste in Hamburg, 1965, S. 183-188; Henry Russell Hitchcock: HPP. Bauten und Entwürfe, Düsseldorf, Wien 1973, S. 84-87; Ralf Lange: Vom Kontor zum Großraumbüro. Bürohäuser und Geschäftsviertel in Hamburg 1945-1970, Königstein i. Ts. 1999, S. 73.

721 Daher stammt die Bezeichnung „Finnland-Haus“ und das an allen vier Seiten des Pilzkopfs angebrachte finnische Wappen, ein aufrecht schreitender, mit einem Schwert bewehrter Löwe.

riss, und auch die Auskragung der Geschosse gegenüber dem Kern bleibt mit knapp 7 m hinter dem Rotterdamer Bau zurück. Die Hänger, je zwei an jeder Seite sowie je einer in jeder Ecke, verlaufen im Abstand von 60 cm hinter der Fassade und bestehen aus Flachstahlbündeln, die in den oberen Geschossen einen maximalen Querschnitt von 24 x 12 cm ohne Isolierung besitzen.[722] Während die acht Hänger an den Gebäudeseiten ihre Last direkt an Kragarme aus durchbrochenen Spannbetonscheiben abgeben, münden die vier Eckhänger in einen Ringbalken, der nicht nur für die Kraftübertragung zu den Kragarmen, sondern zusammen mit dem Boden und dem Dach des Pilzkopfes für eine zusätzliche Aussteifung sorgt. Wie üblich ruht der Pilzkopf selbst auf einem Kern aus Stahlbeton, der Aufzugsschächte, Versorgungsleitungen und ein Treppenhaus enthält. Den Vorschriften für den Bau von Hochhäusern entsprechend wurde ein zweites Treppenhaus an die Außenwand gelegt, so dass der Platzverbrauch hier recht hoch erscheint, zumal dieses Treppenhaus das Grundmaß des Kerns von knapp 7 x 7 m wiederholt und damit reichlich großzügig ausfällt.

Mit seinem geschlossenen Pilzkopf, der durch die Durchbrüche in den Kragarmen genug Platz für die Maschinenräume der Aufzüge und der Klimaanlage bietet, nimmt das Finnland-Haus ein wichtiges Element der Marler Bauten auf, doch ähnelt es insgesamt stark dem Overbeek-Haus: Der Ringbalken besitzt eine einheitliche Höhe, und die Stahlhänger verlaufen hinter der glatten Vorhangfassade, so dass die eigentümliche Konstruktion nur eingeschränkt zur Geltung kommt. Lediglich die Fensterzone des zwölften, ursprünglich als Restaurant genutzten Geschosses unterhalb des Pilzkopfs springt knapp hinter die Hängerebene zurück, bildet eine Schattenfuge, die das Trägergeschoss von den übrigen trennt, und lässt die Hänger im Außenbau sichtbar werden. Zudem erhalten die Außenflächen des Ringbalkens, der sich schon allein durch sein Material – Beton statt Aluminium und Glas – von den Normalgeschossen abhebt, ein deutliches, an eine Spundwand erinnerndes Profil, das den Eindruck der Belastbarkeit verstärkt.[723] Dagegen besteht die curtain wall aus recht niedrigen, die Geschossdecken und die Riegel abdeckenden Brüstungspaneelen aus mittelgrau eloxiertem Aluminium und großen ungeteilten Fenstern in der gleichen Ebene sowie aus äußerst schmalen, leicht hervortretenden und schwarz elo-

---

[722] Bei den Eckhängern beträgt das Maß dort nur 12 x 12 cm. Im 9., 6., 4. und 2. Obergeschoss reduziert sich der Gesamtquerschnitt der Hänger um jeweils zwei Flachstähle von 12 mm Dicke. Das Prinzip, den Gesamtquerschnitt der Hänger der nach oben hin zunehmenden Belastung anzupassen, entspricht der Konzeption von van den Broek und Bakema in Marl, doch sind dort die einzelnen (Beton-)Stränge nicht zu einem Bündel zusammengefasst, sondern tragen unabhängig voneinander jeweils höchstens vier Geschosse.

[723] Die Architekten geben als Grund für diese Struktur an, dass die Oberflächen so weniger stark verschmutzten. Siehe Rafeiner 1968, S. 43, 48.

xierten Pfosten.[724] Ihre klare und übersichtliche Gliederung, die Ausgewogenheit von Vertikalen und Horizontalen, die Feinheit der Profile und der hohe Anteil von Glasflächen geben den Fassaden die Leichtigkeit, die der Konstruktion angemessen ist. Im Erdgeschoss in einen pavillonartigen Flachbau mit Geschäftsräumen eingebaut, ist der tragende Kern nur in dem relativ kurzen Abschnitt zwischen der Oberkante des flachen Teils und der Unterkante der Normalgeschosse zu erkennen. Dazu trägt er hier eine Verkleidung aus poliertem Naturstein, die seine statische Bedeutung zurückdrängt.[725]

Bei einem etwas später fertiggestellten Hängeturm, dem Verwaltungsgebäude der Standard-Bank in Johannesburg (1965-1970, Abb. 56),[726] wählten HPP eine andere Bauweise: Die insgesamt 27 Normalgeschosse sind nicht mehr an einem einzigen Pilzkopf befestigt, sondern in drei Blöcke zu je neun Geschossen aufgeteilt, wobei jeder Block an einem eigenen Trägergeschoss hängt. An jeder Seite kragen zwei Arme aus, die jeweils ein vor der Fassade verlaufendes Hängeglied aus Beton halten. Während die Verlagerung des Skeletts vor die Fassade die Konstruktion demonstriert und zusammen mit den vorspringenden Betonbrüstungen und den eingezogenen Ecken[727] der Fassade ein kräftiges Profil verleiht, suggeriert die modulare Ordnung die zukünftige Erweiterbarkeit, zumal der Kern weit über die oberste Trägerlage hinausgeführt ist und damit einen Ansatz für die Primärstruktur des folgenden Blocks bietet.

Anfang der 1970er Jahre wurden in der Bundesrepublik gleich mehrere Bauten auf der Grundlage von Hängekonstruktionen fertiggestellt. Nachdem das Büro Paul Schneider-Esleben bereits 1962 den Wettbewerb gewonnen hatte, errichtete es 1969 bis 1973 das Verwaltungsgebäude für die Stadtsparkasse Wuppertal (Abb. 57), das u. a. aus einem Turmhochhaus mit quadratischem Grundriss von knapp 22 x

---

724 Ursprünglich war für die Brüstungen weißer Granit vorgesehen, um den Bau an die umgebenden Gebäude anzupassen, doch wurde diese Planung nicht ausgeführt. In den achtziger Jahren wurden die Fassaden verändert, indem man eine wesentlich dunklere Farbe für die Brüstungen wählte und letztere bis in die Ebene der Pfosten vorzog, so dass die Vertikalstruktur als Ausgleich zu der horizontalen Schichtung der Geschosse verloren ging und nunmehr allein die Fenster nach Art einer Lochfassade zurückliegen. Siehe Ilse Rüttgerodt-Riechmann: Gutachten zum Denkmalwert des Gebäudes Esplanade 41 vom 15.12.2000, Denkmalschutzamt Hamburg, Az.: 39-107.1066.

725 Angeblich sollte der Naturstein die tragende Funktion betonen (so Rafeiner 1968, S. 43), jedoch würde dies Sichtbeton wohl besser leisten. Das kostbare Material steht eher im Zusammenhang mit dem Bemühen um Eleganz und Gediegenheit, wie es sich auch im Inneren (gebürsteter Edelstahl, weißer Travertin, rostbrauner brasilianischer Granit, Zebrano-Furnier) zeigt.

726 Standard Bank Centre Johannesburg, in: Architectural Review, CL. Jg., 1971, Nr. 894, S. 113-122; Hitchcock 1973, S. 138-147; Hentrich 1995, S. 246ff.

727 Mit diesem Kunstgriff haben HPP das leidige Problem der stark belasteten Ecken bei Bauten mit rechteckigem Grundriss gelöst, das sonst zu unregelmäßigen Trägern führte.

22 m besteht.[728] Die in den Brüstungen untergebrachten Ringbalken der zwölf, gut 5 m weit auskragenden Normalgeschosse erweitern sich an je zwei Stellen pro Gebäudeseite zu Ösen, die auf den Konsolen der durch sie hindurchgeführten außenliegenden Hängeglieder ruhen. Sowohl im Hinblick auf die Konstruktion (außenliegende Hänger, bewegliche Verbindung durch Ösen und Konsolen) als auch mit Blick auf das Material (Spannbeton) kommt das Sparkassengebäude in Wuppertal damit den Marler Türmen besonders nahe. Der mächtige Pilzkopf ist durch ein umlaufendes Fensterband als nutzbares Geschoss erschlossen und hält mit seiner abgeschrägten Bodenuntersicht Abstand zu den Normalgeschossen, so die Konstruktion betonend. Wiederum bleibt ein Teil des Kerns zwischen dem benachbarten Flachbau und dem untersten Normalgeschoss sichtbar. Obwohl die Fassade durch die kräftigen Betonglieder und die gegenüber der Fensterebene vorgezogenen Brüstungsbänder aus Betonfertigteilen Plastizität erhält, wirkt sie recht gleichförmig, weil im Wesentlichen nur zwei Materialien, Glas und Beton eingesetzt werden und die Brüstungs- und Fensterbänder die gleiche Höhe besitzen.

1970 bis 1972 entstand nach einer Planung des Büros Erwin Heinle und Robert Wischer das Bettenhaus für die Universitätsklinik Köln (Abb. 58).[729] Es handelt sich um eine 77 m hohe Hochhausscheibe mit 16 Geschossen. Zwei Festkerne, nur im Bereich der Geschosse miteinander verbunden, stützen einen offen liegenden Gitterrost aus zwei in Gebäudelängsrichtung und elf in Querrichtung verlaufenden Spannbetonträgern, die 12 m über die Ebene der Auflager hinausragen. An

---

728 Rolf Beckers: Der Architekt Paul Schneider-Esleben, Weimar 1995, Werkverzeichnis Nr. 87. Schneider-Esleben hatte schon bei der Haniel-Garage in Düsseldorf (1953) eine Abhängung für die Auffahrtsrampen eingesetzt und für die Stadtsparkasse Düsseldorf (1957/58; WVZ Nr. 59), die Erweiterung des Rathauses Rheinskamp (1958; WVZ Nr. 61) und die Hauptverwaltung der Colonia-Versicherungen in Köln (1959) Hängekonstruktionen vorgeschlagen (siehe auch Heinrich Klotz (Hg.): Paul Schneider-Esleben. Entwürfe und Bauten 1949-1987, Braunschweig, Wiedsbaden 1987, S. 63, 71, 99ff.). Darüber hinaus war Schneider-Esleben in der Ausstellung „Experimentelle Architektur – Aufgehängte Konstruktionen“ (siehe S. 234) vertreten.

729 Den Wettbewerb, der noch weitere Gebäude (u. a. Werkstatt und Wirtschaftsgebäude) umfasste, hatte das Büro bereits 1963 gewonnen (Larisch: Das Bettenhaus der Universitäts-Kliniken Köln, in: Mitteilungsblatt der Bau-Berufsgenossenschaft, 1972, Nr. 4, S. 182-191, hier S. 182). Siehe weiterhin Neue Universitätskliniken in Nordrhein-Westfalen, in: Bauwelt, 63. Jg., 1972, Nr. 22, S. 902f.; Zentralklinikum der Med. Fakultät der Universität Köln, in: Deutsche Bauzeitschrift, 22. Jg., 1974, Nr. 1, S. 43-48; Kuno Boll, Richard Doetsch und Klaus Hettasch: Das Bettenhaus der Medizinischen Fakultät der Universität zu Köln. Ein Hängehaus mit zwei Kernen, in: Bauingenieur, 48. Jg., 1973, Nr. 7, S. 233-249; Kuno Boll: Hängehaus der Medizinischen Fakultät der Universität Köln. Zur Berechnung und Konstruktion des Tragwerks, Vortrag auf dem Betontag in Berlin, 9.-11.5.1973. Obwohl kein Verwaltungsgebäude, sei das Gebäude hier erwähnt, weil sich die abweichenden Anforderungen kaum in der Konstruktion und im Äußeren niederschlagen. Lediglich die größere Raumtiefe bei Krankenzimmern im Vergleich zu Büros und der höhere Aufwand an Haustechnik machen sich bemerkbar.

ihren äußeren Enden sind stählerne Hänger für die separaten Fluchtbalkone befestigt, weiter innen liegen die knapp hinter der Fassade verlaufenden Haupthängeglieder mit einem Querschnitt von 34 x 34 cm in den unteren bis zu 34 x 76 cm in den oberen Geschossen. Obwohl ursprünglich auch hier Stahl für die Aufhängung vorgesehen war, setzte man, ähnlich wie in Marl, auf Vorschlag des Bauunternehmens, der Strabag AG, schließlich Spannbeton ein. Von den Haupthängern gehalten, kragen die Geschossdecken der dreibündigen Anlage bei einem Grundriss von 78 m zu 33 m an den Längsseiten 10 und an den Schmalseiten 9 m weit aus. Die Ansichten werden geprägt durch das Netz der Fluchtbalkone und ihrer Aufhängung, das den Fassaden räumliche Tiefe verleiht und die Spiegelwirkung der großen Glasflächen – neben den Fensteröffnungen sind auch die Brüstungsfelder mit hier allerdings opakem Glas gefüllt – vermeidet. Da diese äußere Schicht ebenso aus Corten-Stahl besteht wie das Skelett der Fassaden,[730] erscheint sie als Erweiterung, nicht als eigenständige Ergänzung der Außenwände. Trotz der deutlich sichtbaren Trägerlage an der Spitze des Gebäudes lässt sich die Aufhängung kaum nachvollziehen, weil die Balken selbst bei einer Höhe von knapp 6 m mit nur 1 m Breite zu feingliedrig wirken und die Haupthänger durch die Balkone und die Außenwände verdeckt werden. Zudem erweckt das völlig geschlossene und mit Corten-Stahl verkleidete Technikgeschoss in seiner Lage unter dem untersten Normalgeschoss den Eindruck, es trage als Kragplatte einen konventionell abgestützten Aufbau.

Das vermutlich bekannteste und mit 18 Normalgeschossen größte Hängehaus in der Bundesrepublik wurde nach einem beschränkten Wettbewerb im Jahre 1968 zwischen 1970 und 1973 nach den mit einem der beiden zweiten Preise ausgezeichneten Plänen des Büros Karl Schwanzer für die Verwaltung der Bayerischen Motorenwerke in München (Abb. 59-60) errichtet.[731] Der Grundriss des Kerns besteht aus einem Quadrat, in dessen Ecken vier Kreise wie von außen eingescho-

---

730 Die Fluchtbalkone wurden in den 1980er Jahren erneuert, wobei man auf üblichen Stahl zurückgriff (Auskunft Sabine Scherf, Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen). Corten-Stahl bildet eine äußere Rostschicht aus, die die weitere Korrosion verhindert; in der Praxis erweist sich das Material allerdings als nur begrenzt tauglich, wie die starken Schäden hier und bei dem Bau der Freien Universität in Berlin (Georges Candilis, Alexis Josic, Shadrach Woods, 1967-73, ersetzt 2001-2002) zeigen.

731 Alexander Krauß: Das Gebäudeensemble für die Bayerischen Motorenwerke in München von Karl Schwanzer (1968-1973), Magisterarbeit, Freie Universität Berlin 1998; Entscheidung zur Form. Monographie eines Baues, Wien, München 1973; Karl Schwanzer: Beispiel BMW-Verwaltung München. Utopie, Experiment und Realität, in: Deutsche Bauzeitung, 106. Jg., 1972, Nr. 10, S. 1062-1064; Peter M. Bode: Der Turmbau zu München, in: Matthias Schreiber (Hg.): Deutsche Architektur nach 1945. Vierzig Jahre Moderne in der Bundesrepublik, Stuttgart 1986, S. 98-100; Renate Strobel: "Vierzylinder". Das BMW-Haus in München, in: Wilfried Dechau (Hg.): ... in die Jahre gekommen. Bd. 2: Wiederbesuche von Bürobauten der Nachkriegszeit, Stuttgart 1997, S. 102-108.

ben sind. Dem gleichen Prinzip folgen die Grundrisse der Geschosse, indem hier 5/8-Kreise so angeordnet werden, dass ihre Mittelpunkte in den Ecken eines Quadrats liegen. Insgesamt ergibt sich damit sowohl für den Betonkern als auch für die Geschosse eine kleeblattartige Anordnung. Von den Ecken des weit über das oberste Geschoss hinausgeführten Kerns ausgehend, hält jeweils ein winkelförmiger Kragträger die zentralen, die Hauptlasten aufnehmenden Hängeglieder, die wie die Kragarme aus Spannbeton bestehen.[732] Da sie in der Mitte der Geschosskreise verlaufen, bleibt die Auskragung der Träger am Kopf mit 4 m recht gering, jedoch ist neben dem kraftschlüssigen Auflagerpunkt der Geschossdecken am Kern eine weitere, nun in der Fassadenebene liegende Lastabtragung nötig. In den unteren elf Geschossen besorgen dies schmaler dimensionierte Hänger, die die Kraft über diagonale Zugstreben im darüber befindlichen Technikgeschoss in die zentralen Haupthänger einleiten. Dem gleichen Zweck dienen in den oberen sieben Geschossen konventionelle Druckstützen, die die Lasten über ebenfalls diagonale Streben im Technikgeschoss auf die Haupthänger übertragen.

Diese komplizierte Struktur – letztlich wird ein Teil des Tragwerks vom Kopf in das Technikgeschoss verlagert und die reine Hängebauweise zugunsten eines gemischten Systems aufgegeben – bewirkt einerseits eine abwechslungsreichere Ansicht, weil die Masse der Geschosse durch den Einschnitt des Technikgeschosses gegliedert wird, andererseits führt sie dazu, dass die äußeren Hänger nicht über die Oberkante der Normalgeschosse hinausgeführt werden. Damit wird zwar die Architektur dramatisiert, weil sowohl die Auskragung der Geschosse gegenüber dem Kern insgesamt mit bis zu 14 m als auch die vermeintliche freie Auskragung der Geschossdecken gegenüber den zentralen Hängern mit 10 m gewaltige Ausmaße annimmt, doch ist die Konstruktion für die Betrachter kaum noch nachzuvollziehen: Die äußeren Stützen bzw. Hänger bleiben vollständig hinter der Fassade – geschosshohe Aluminiumelemente, deren Brüstungen und Fenster einen deutlich wahrnehmbaren, nach innen weisenden Winkel bilden – verborgen, und die Kragarme für die zentralen Hänger treten recht weit von der Gebäudekante zurück, so dass sie aus der Nähe nur schlecht zu erkennen sind. Lediglich der übliche Luftraum zwischen dem untersten Geschoss und den den Kern umgebenden Flachbauten deutet auf die Bauweise hin.

Ebenfalls in München entstand zwischen 1970 und 1976 das Verwaltungsgebäude der Bayerischen Rückversicherung[733] (Abb. 61) nach

---

[732] Angeblich seien umfangreiche Untersuchungen angestellt worden, ob Stahl- oder Betonbauweise wirtschaftlicher sei (so Entscheidung 1973, S. 71), doch dürfte sich bei der Entscheidung, wie in Marl, der Einfluss des die Statik betreuenden Unternehmens, Dyckerhoff & Widmann, ausgewirkt haben.

[733] Am Tucherpark 5-6, heute Verwaltung der Hypo-Vereinsbank, Sederanger 3-4.

Plänen des Büros Uwe Kiessler und Partner.[734] Während das Hauptgebäude in konventioneller Bauweise errichtet wurde, beruht der ursprünglich zweigeschossige Kantinenbau auf einer Hängekonstruktion, die den Vorschlägen der Gebrüder Rasch aus den späten 20er bzw. 50er Jahren recht nahe kommt. Über der Abfahrtsspindel einer Tiefgarage erhebt sich, allerdings in der üblichen Weise aus Beton gefertigt, mit einem Durchmesser von gut 11 m der tragende Kern, der in drei konzentrischen Ringen einen Aufzug, ein Haupttreppenhaus sowie Sanitärräume und ein Nebentreppenhaus enthält. Die beiden Geschosse kragen mit ihren Betondecken 7 m weit aus und werden von sechs Stahlhängern getragen, die im Abstand von 1 m innenliegend hinter der Fassade verlaufen und bei einem Durchmesser von insgesamt 24 cm sehr schlank ausfallen.[735] Ein umlaufender Ringbalken verteilt die Belastungen gleichmäßig und dient in der Decke des oberen Geschosses als Ansatzpunkt für die sechs stählernen, schräg verlaufenden Zugglieder-Paare, die die Kraftableitung auf den Kern besorgen. Wie bei dem zehn Jahre älteren BP-Gebäude in Antwerpen besteht die Fassade aus bis auf den Boden reichenden Fenstern, die hier jedoch in Aluminiumrahmen stecken, und besitzt ein ihr vorgelegtes Gitter aus Wartungsbalkonen und Führungsschienen. Eine Aufstockung des Gebäudes auf zwölf Geschosse war von Anfang an geplant,[736] doch wurden 1989 bis 1991 nach einer Änderung des Bebauungsplans nur drei Geschosse aufgesetzt, indem man den Betonkern erhöhte und die Hängeglieder für die neuen Geschosse an die bereits vorgesehenen Kopplungen der bestehenden Hänger anschloss. Die Fassaden der Aufstockung entsprachen den vorhandenen, aber die Grundfläche der beiden obersten Geschosse wurde vergrößert.

Wiewohl eigentlich bloß Nebengebäude, besetzt die Kantine die städtebaulich markante Ecke des Grundstücks, an der die Erschließungsstraße, auf den Turm zulaufend, abbiegt, so dass er zum point de vue gerät. Der grazile Bau mit seiner feingliedrigen, eleganten Fassade und der ungewöhnlichen Gestalt dient so als Merkzeichen für ein Unternehmen, das der Präsentation seiner „Corporate Identity“ besondere

---

734 Siehe Solitär im Park. Bayerische Rückversicherung, München, in: Bauen + Wohnen, 32. Jg., 1977, Nr. 2/3, S. 64-68; Verwaltungsgebäude der Bayerischen Rückversicherung in München, in: glasforum, 28. Jg., 1978, Nr. 4, S. 21-26; Die andere Tradition. Architektur in München von 1800 bis heute, München ^{3}1986, S. 115-117; Werner Hungenberg: Ästhetik und Funktionalität - kein Widerspruch!, in: bürotechnik, 28. Jg., 1980, Nr. 2, S. 125-129; Hans Hermann Wetcke: Bauherr Bayerische Rück, in: Planen von außen nach innen, von innen nach außen. Beispiele von Bürohausarchitektur in der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1978, S. 10-13, 130-131.

735 Die Stahlhänger selbst besitzen einen Durchmesser von 16 cm, dazu kommt eine Isolierung von 4 cm. Siehe Pläne im Archiv Büro Kiessler und Partner, München.

736 Mündliche Auskunft von Vera Ilic, einer an dem Bau beteiligten Architektin im Büro Kiessler und Partner.

Aufmerksamkeit widmete.[737] Durch die Aufstockung und vor allem den größeren Durchmesser der beiden obersten Geschosse wurden allerdings nicht nur der Umriß und die äußere Erscheinung vergröbert, vielmehr ist auch die Art der Aufhängung kaum noch zu erkennen, weil die schrägen Zugglieder durch die vorkragenden Geschosse verdeckt werden.

Schließlich sei noch das 1979 fertiggestellte Gebäude des Deutschlandfunks in Köln erwähnt (Abb. 62), das auf einen Entwurf des Büros Gerhard Weber und Partner zurückgeht.[738] Über dreigeschossigen Flachbauten hoch aufragend, erreicht der Turm mit einem Grundriss von 26 x 26 m bei der ohnehin recht großen Zahl von 16 Geschossen eine Gesamthöhe von knapp 100 m, zumal allein das Kopftragwerk 15 m beansprucht. Wiederum ungefähr in der von Heinz Rasch fast 20 Jahre zuvor empfohlenen Weise setzen zunächst schräg verlaufende Hängeglieder, hier allerdings aus Spannbeton, direkt am oberen Ende des sehr weit aufgeführten Kerns an und werden unmittelbar über dem obersten Geschoss durch Druckbalken und einen Ringbalken in die Senkrechte überführt, so dass sie knapp hinter der Fassade liegen, die gut 7 m Abstand gegenüber dem Kern besitzt. Die Hänger, zwei an jeder Seite sowie einer in jeder Ecke, bilden Achsen von 7,5 m Weite. Durch den Kontrast zwischen der dunklen, bronzefarben eloxierten Fassade mit dem offenen weißen Kopftragwerk wird die Konstruktion betont, obwohl die vertikalen Hängeglieder hinter der Fassade unsichtbar bleiben, deren Glätte durch die umlaufenden Fluchtbalkone mit ihren relingartigen Geländern überspielt wird.

Wenngleich in den 60er und 70er Jahren einige Verwaltungsbauten in Hängebauweise errichtet wurden, bleiben sie, bezogen auf die Gesamtzahl von Gebäuden dieser Bauaufgabe, ein Randphänomen. Zwar sind gerade unter den frühen Bauten auch Scheibenhochhäuser zu finden, doch dominieren die Türme, überwiegend auf quadratischem Grundriss mit etwa 20, gelegentlich mit bis zu 27 m Seitenlänge. Die Auskragungen betragen meist zwischen 5 und 7 m und sind, wie das frühe Overbeek-Haus in Rotterdam zeigt, weniger durch konstruktive Bedingungen als durch die gewünschte Bürotiefe bedingt: Bei einer Tiefe bis zu 6 m lassen sich noch natürlich belichtete Einzel- und Gruppenbüros einrichten, wohingegen bei einem größeren Abstand zwischen

---

737 Siehe Hans Hermann Wetcke: Arbeitsplatzgestaltung im Sinne von Corporate Identity. Das Beispiel der Bayerischen Rückversicherung in München, in: neue heimat, 28. Jg., 1981, Nr. 4, S. 54-57.

738 Wolfgang Leuschner: Bauten des Bundes 1965-1980, Karlsruhe 1980, S. 76f. 1969/70 hatte Weber bei einem beschränkten Wettbewerb unter sechs Teilnehmern zwar nur den dritten Platz belegt, wurde jedoch mit der Überarbeitung seines Entwurfs beauftragt, nach dem das Gebäude zwischen 1974 und 1979 errichtet wurde. Die offizielle Einweihung erfolgte erst 1980. Siehe Anne Schiwek: Unser Funkhaus in Köln. Architekt Gerhard Weber, in: Die zwei Programme, 2001, Nr. 12, S. 86.

Kern und Außenwand nur Großraumbüros bzw. Bürolandschaften mit künstlicher Beleuchtung und Klimatisierung möglich sind. Auch die Anzahl der Geschosse variiert bei einer Spanne von 11 bis 15, von Ausnahmen abgesehen, nicht allzu sehr. Während die tragenden Kerne üblicherweise aus Stahlbeton bestehen – lediglich bei den Bauten für Philips in Eindhoven und BP in Antwerpen werden Stahlstützen und Stahlbetonwände bzw. -platten kombiniert –, sind die Hängeglieder sowohl aus Spannbeton als auch aus Stahl (Flachstahl oder Röhren und Stäbe) hergestellt.

Größeren Gestaltungsspielraum bietet der obere Abschluss der Bauten, zumal sich hier die Konstruktion besonders deutlich vorweisen lässt. So zeigen etwa die offen bis an den Rand des Gebäudes auskragenden Träger bei den Bauten für Philips, BP, Overbeek und die Uniklinik Köln, dass sie an der Lastableitung beteiligt sind; allerdings erscheinen selbst kräftige Kragarme (Philips), dichte Gitterroste (Uniklinik) oder durch starke Ringbalken verbundene Träger recht zierlich im Vergleich zu der Gebäudemasse, so dass ihre tatsächliche Funktion nur eingeschränkt ihrer Wirkung auf die Betrachter entspricht. Darüber hinaus schaffen die offenen Trägerlagen im Sinne der Dreiteilung traditioneller Architektur in Sockel, Hauptteil und Bekrönung keinen regelrechten Abschluss des Gebäudes; vielmehr erinnern sie an Pergolen oder, insbesondere wenn sich Träger mit Ringbalken und Dachaufbauten überschneiden, an unfertige Geschosse.

Dagegen stellen die geschlossenen Pilzköpfe (Rathaus Marl, Finnland-Haus, Stadtsparkasse Wuppertal) nicht nur ein deutlicheres Gegengewicht zu den Normalgeschossen dar, das den Eindruck von Stärke und Tragfähigkeit vermittelt, sie markieren auch klar das Ende des Bauwerks. Damit jedoch die Aufhängung der Geschosse sichtbar wird, bedarf es eines gewissen Abstands zwischen Kopf und oberstem Normalgeschoss; die leicht zurückgesetzte Fassade im Restaurantgeschoss des Finnland-Hauses legt zwar die Hängeglieder teilweise frei, doch erscheint das Gebäude trotz der unterschiedlichen Materialien als einheitlicher Block. Vor allem die Verlegung der Hängeglieder vor die Fassaden (Philips, Rathaus Marl, Standard Bank, Stadtsparkasse Wuppertal) macht die Hängebauweise augenfällig, da letztlich nur hier der Kräfteverlauf komplett von den Betrachtern nachvollzogen werden kann. Verstärkt wird diese Anschaulichkeit, wenn der Umfang der Hänger, der Belastung und der Forderung nach Minimierung des Materialverbrauchs entsprechend, nach oben hin zunimmt, so dass die gewohnten Verhältnisse quasi auf den Kopf gestellt werden.

Unabhängig von der Art des Trägergeschosses und dem Verlauf der Hängeglieder präsentieren alle Hängehäuser unterhalb des untersten Geschosses ihren Kern und zeigen so, dass dieser allein, ohne weitere

Stützen, die Gesamtlast in den Boden überführt.[739] Um jedoch den kostbaren, weil leicht zugänglichen Raum auf Bodenniveau nicht zu verschenken, das Entrée üppiger zu gestalten, als es in dem Kern allein möglich wäre, oder um eine günstige Zuordnung von Funktionsbereichen zu erlangen, sind den Türmen bis zu dreigeschossige Flachbauten beigegeben, so dass sich üblicherweise die Abfolge von konventionellem Flachbau, mehreren Kerngeschossen, Normalgeschossen und Trägerlage ergibt, wobei die sichtbaren Kerngeschosse ohne weitere Funktion allein der Verdeutlichung der Konstruktion dienen.

Für die Wahl der ungewöhnlichen Bauweise werden sehr unterschiedliche Gründe angegeben. So hätten beim Finnland-Haus und bei der Standard Bank baurechtliche Bedingungen den Ausschlag gegeben: In Hamburg war ein größerer Grundriss und damit eine rentablere Ausnutzung des kleinen Grundstücks nur bei einer Überschreitung der Baulinie möglich, doch wurde die Genehmigung hierfür mit der Auflage erteilt, dass diese Überschreitung ohne Stützen bewerkstelligt werden müsse.[740] Verglichen mit einer üblichen Kragkonstruktion, die angesichts einer festgelegten Gesamthöhe die Stockwerkszahl reduziert hätte, bot die Abhängung so eine plausible Lösung. Der Bau der Standard Bank nutzt die Regelung, dass ein Bauwerk in der Innenstadt von Johannesburg um so höher ausfallen durfte, je geringer seine Grundfläche war.[741] Ein Hängehaus mit seiner minimalen Grundfläche bot so zwar nicht unbedingt mehr Platz als ein konventionelles Gebäude, doch ließ sich eine größere Höhe als Zeichen von Macht und Wohlstand erzielen.

Diese Konzentration der Grundfläche und das Fehlen von zusätzlichen Stützen im Erdgeschoss stellen grundlegende Argumente für die Hängebauweise dar, da sich so Flach- und Hochbauten kombinieren lassen, ohne dass die Stützen des Hochbaus den Flachbau stören.[742] Ein weiterer konstruktiver Vorteil bestand nach Ansicht von Architekten

---

739 Allein das Gebäude der Standard Bank unterscheidet sich hier durch abgehängte Glasschürzen, die den Umfang der Bürogeschosse bis auf das Erdgeschossniveau herabführen und so eine großzügige Eingangshalle abgrenzen. Durch die als nichttragend zu erkennende Verglasung hindurch bleibt der Kern jedoch sichtbar.

740 Siehe Rafeiner 1968, S. 13; Hentrich 1965, S. 185. Allerdings wären auf dem Verhandlungswege wohl auch andere Regelungen zu erzielen gewesen, denn der Durchführungsplan Nr. 433 von 1957 (entspricht etwa dem heutigen „vorhabenbezogenen Bebauungsplan“) wurde im Zusammenhang mit den Neubauplanungen für die nördliche Seite der Straße Esplanade erstellt, wobei als Grundstückseigentümerin und Investorin seit 1955 die Firma Anna M. M. Vogel feststand. Schließlich war zugunsten der Hochhausplanung sogar die Binnenalsterverordnung, die eine Traufhöhe von maximal 24 m vorsah, übergangen worden. Siehe hierzu Ilse Rüttgerodt-Riechmann: Gutachten zum Denkmalwert des Gebäudes Esplanade 41 vom 15.12.2000, Denkmalschutzamt Hamburg, Az.: 39-107.1066.

741 Hitchcock 1973, S. 138; Hentrich 1995, S. 248.

742 Für die Stadtsparkasse Wuppertal: Klotz: Schneider-Esleben, 1987, S. 101; für die Uniklinik Köln: Boll u. a. 1973, S. 234.

und Bauherren in den geringeren Dimensionen von Hängegliedern gegenüber Druckstützen, da so mehr Licht in die Büros falle und andererseits die Beschäftigten einen besseren Ausblick genössen.[743]

Bei dem BMW-Gebäude, dessen Außenbau bis zum Beginn der Olympischen Sommerspiele 1972 fertiggestellt werden musste, sollte die gemischte Bauweise einen schnellen Arbeitsablauf sichern: Kern und Trägerlage konnten errichtet werden, während gleichzeitig die obersten sieben Geschosse zunächst am Boden entstanden. Nachdem die Hängegeschosse ebenfalls am Boden vorbereitet und den durch Hubpressen angehobenen Geschossen untergeschoben worden waren, wurde der gesamte Komplex von den Kragarmen aus auf die vorgesehene Position aufgezogen.[744] Auch bei der Uniklinik Köln erhoffte man sich einen rascheren Baufortschritt durch die gleichzeitige Fertigung von Kern und Trägerlage einerseits und Geschossdecken andererseits, um den Betrieb in den umliegenden Altbauten des Krankenhauses nur kurzzeitig zu stören.[745]

Die Auftraggeber des Overbeek-Hauses in Rotterdam hatten sogar vor Baubeginn eine Studie in Auftrag gegeben, in der Hängehaus- und konventionelle Konstruktionen verglichen wurden. Dabei ergab sich, dass Hängebauten von 10 bis 18 Geschossen zwar etwa 5 Prozent teurer kämen, sich jedoch schneller errichten ließen.[746] Allerdings dürfte die Entscheidung hier auch deshalb zugunsten der neuartigen Konstruktion gefallen sein, weil sich so die Anwendungsmöglichkeiten und die Leistungsfähigkeit eines der Produkte der Firma Overbeek, stählerne Röhren, demonstrieren ließ.[747] Dieser Aspekt der Werbung für die auftraggebenden Firmen, die sich durch die neuartige Architektur als innovativ, zukunftsträchtig und im technischen Bereich kompetent darstellen, wird bei allen Bauherren zumindest einen wünschenswerten Nebeneffekt bedeutet haben, wenn er nicht gar, wie bei den unmittelbar mit hochtechnischen Produkten handelnden Firmen (BMW, Philips), zum Hauptgrund für die Wahl der Konstruktion geriet.

Anders als bei den übrigen Bauten wurden für die besondere Konstruktion des Kantinengebäudes der Bayerischen Rückversicherung in München keine Gründe angeführt; funktionale Erwägungen dürften auch hier allenfalls von geringem Belang gewesen sein. So ließ sich zwar der Platz unter dem Gebäude als Tiefgaragenabfahrt nutzen, doch hätte es

---

743 Kantoorgebouw Société B.P. 1965, S. 178; Kantoorgebouw voor Philips 1965, S. 267.

744 Bode 1986, S. 100; Krauß 1998, S. 43.

745 Boll u. a. 1973, S. 234, 241f. Darüber hinaus sollten unmittelbar benachbarte Altbauten bis zur Fertigstellung des Bettenhauses erhalten bleiben, was die Gründung bei einem konventionellen Skelettbau in diesen Bereichen erschwert hätte. Allerdings wäre die Verlagerung dieser Nutzungen angesichts der Belästigung durch Staub und Lärm gerade bei einem Krankenhaus wohl sinnvoll gewesen.

746 Engel: constructie, 1965, S. 249f.

747 Rotterdam architectuur 1995, unpaginiert.

dafür auf dem Grundstück auch anderweitig Platz gegeben. Immerhin ermöglichte die Hängebauweise im Unterschied zu Kragkonstruktionen eine relativ einfache und ohne allzu aufwendige Vorabinvestitionen zu bewerkstelligende Aufstockung, die tatsächlich zwischen 1989 und 1991 vorgenommen wurde.

Insgesamt erscheinen die Begründungen für die Entscheidung zur Hängebauweise nur eingeschränkt stichhaltig. So dürfte der Vorteil des schnelleren Bauablaufs durch die längere Planungsphase und die Unwägbarkeiten, die durch die fehlenden Erfahrungen mit Hängebauten entstanden, häufig aufgezehrt worden sein. Auch die baurechtlichen Einschränkungen in Hamburg hätten sich mit einer Kragplatte unter dem untersten Geschoss anders umgehen lassen, und schließlich können Hoch- und Flachbauten so positioniert werden, dass sie auch ohne aufwendige konstruktive Maßnahmen einander nicht behindern. Es erzwingen also nicht so sehr bestimmte Gegebenheiten eine besondere Konstruktion, vielmehr ist die neuartige Bauweise vorrangig und wird dann als für die Lösung eines ungewöhnlichen Problems geeignet ausgegeben.

Einer sachlichen Rechtfertigung bedurfte die Hängebauweise um so mehr, als ihr ein umständlicher Weg der Lastableitung – vom unteren Geschoss zur Spitze des Bauwerks und dann zurück durch den Kern bis zum Boden – zugrunde liegt, so dass auf den ersten Blick höhere Kosten verursacht werden. Daher ergab sich in den frühen 60er Jahren, ausgelöst durch die Bauten in Marl, den Niederlanden und Belgien, aber losgelöst vom Einzelfall, eine fachinterne Diskussion um die Vor- und Nachteile von Hängehäusern.

Als vehementer Verfechter „seiner“ Idee fasst Heinz Rasch die Vorteile der Hängebauweise allgemein zusammen, ohne allerdings eine genaue vergleichende Untersuchung anzustellen. So verbrauchten auf Zug beanspruchte Konstruktionen weniger Material, da gegenüber Druckstützen die Knickgefahr entfalle. Der zentrale Betonschaft sei zur Versteifung von Skelettbauten sowie für den Feuerschutz des Treppenhauses ohnehin nötig und seine zusätzliche Belastung durch die Geschosse und die Trägerlage reduziere den Aufwand für die Bewehrung gegen Windlasten, so dass trotz der umständlicheren Kraftableitung letztlich die Hängekonstruktion günstiger sei, zumal sie durch ihr kleines Fundament, das ungleichmäßige Setzungen verhindere, für von Erdbeben oder Bergschäden bedrohte Gebiete besonders geeignet sei.[748]

Engel, Direktor des am Overbeek-Haus beteiligten Ingenieurbüro A. Aronsohn, meint darüber hinaus, dass Hängehäuser die geschlossenen Straßenwände aufbrechen, Durchblicke ermöglichen und für Abwechslung sorgen würden. Außerdem könne der Verkehr besser geführt

[748] Rasch u. a. 1961, S. 529.

sowie der Grundriss dank der geringen Stützenquerschnitte freier gestaltet werden, und schließlich sorge die industrielle (Vor-)Fertigung der Komponenten für niedrige Arbeitskosten, so dass sich letztlich die Rohbaukosten von Hängehäusern und konventionellen Skelettbauten nicht unterschieden.[749]

Dagegen kommt Günter Utescher beim Vergleich der Rohbaukosten von vier Modellkonstruktionen – einem üblichen Skelettbau, einer Hängekonstruktion wie in Marl, einem Gebäude mit Kragplatte unter dem untersten Geschoss nach dem Vorbild von Le Corbusiers Unités d'Habitation und einem Bau mit Kragarmen unter jeder einzelnen Geschossdecke in der Art von Frank Lloyd Wrights Laborgebäude für Johnson Wax – zu dem Ergebnis, dass Kragsysteme nicht nur grundsätzlich Mehrkosten verursachen, sondern dass sich entgegen der Behauptung der Befürworter die Kostenrelation auch bei zunehmender Bauwerkshöhe nicht zugunsten der Kragsysteme verbessert.[750] Selbst wenn Uteschers Prämissen, etwa die Grundrissgestalt, den konventionellen Bau begünstigen,[751] entspricht das Resultat den Untersuchungen, die von Engel für das Overbeek-Haus und von van den Broek und Bakema für das frühe Projekt „Het Parool" in Amsterdam angestellt wurden.[752]

Letztlich geht es in der Diskussion also darum, ob die neue Bauweise unter ökonomisch-funktionalen Gesichtspunkten gerechtfertigt ist. Dagegen bleiben genuin architektonische Fragen offen: Wie muss ein Hängehaus gestaltet sein, um die Tatsache des Hängens auch deutlich zu präsentieren? Sind die teilweise sehr weitreichenden Entwürfe überhaupt zu realisieren? Was bedeutet die Umkehrung der gewohnten Seherfahrung – ein schmaler Fuß trägt einen weit ausladenden Bau, dessen Schwergewicht an der höchsten Stelle liegt – für das Zusammenwirken mit anderen Bauten und für die Wahrnehmung der Betrachter?[753]

Van den Broek und Bakema äußern sich zwar nicht zu diesen Aspekten, doch tragen ihre Marler Türme zur Klärung bei: Sie weisen die Konstruktion vor, indem sie, von der Parkplatzebene aus gesehen, besonders hohe Kerne benutzen, die bis auf eine Ausnahme nicht von anderen Gebäudeteilen umgeben sind, so dass die fehlende Abstützung

---

749 Engel: opgehangen gebouw, 1965, S. 249f.

750 Günter Utescher: Sind Kragkonstruktionen beim Hochhausbau teuer?, in: Bauwelt, 54. Jg., 1963, Nr. 29, S. 828f.

751 So der Bauleiter des Marler Rathauses, Werner Jacob, in seiner Replik auf Utescher, siehe Rubrik „Briefe" in: Bauwelt, 54. Jg., 1963, Nr. 36, S. 1045f.

752 Siehe S. 248 und Kapitel 5.5, S. 143, Anm. 433.

753 Lediglich A. Buffinga und T. J. Homan: Hangende constructies en hun architectonische vorm, in: Bouw, 17. Jg., 1962, Nr. 47, S. 1728-1731 sprechen in einer Rezension der Ausstellung „Aufgehängte Konstruktionen" einige dieser Aspekte an. Während sie in der Kritik einzelner Entwürfe sehr differenziert vorgehen, lehnen sie die Hängebauweise schließlich recht pauschal ab, da sie technisch und bauphysikalisch noch nicht bewältigt sei und eine architektonische Modeerscheinung darstelle.

nach unten auffällt. Die außenliegenden Hänger und das Freigeschoss lassen den Kräfteverlauf auch in den Obergeschossen erkennen, und der geschlossene, aber durch die angepasste Profilhöhe nicht plumpe Pilzkopf bildet ein plausibles Gegengewicht zur Gebäudemasse. Mit der Verwirklichung der Pläne wurde ihre technische Möglichkeit erwiesen, und schließlich war die Aufmerksamkeit steigernde Irritation, die die Konstruktion bewirkt, für das Marler Rathaus gerade gesucht, um seine herausragende Stellung für die Gemeinden zu unterstreichen.

7 Aufnahme in der Architekturdiskussion um 1960

Der prominenten und internationalen Besetzung entsprechend erfuhr der Wettbewerb um das Rathaus in Marl breite Aufmerksamkeit in der Fachpresse.[754] In der Regel wurde dabei, wie in solchen Fällen üblich, der mit dem ersten Preis gekrönte Entwurf, oft um die anderen ausgezeichneten Beiträge ergänzt, mit Fotografien der Modelle, mit Plänen und Auszügen aus den Erläuterungstexten sowie den Juryurteilen vorgestellt. Beispielhaft dafür stehen die Artikel in *Bauen + Wohnen*[755] und

---

754 Insgesamt konnten die folgenden Artikel nachgewiesen werden: architektur wettbewerbe. Sonderheft: Rathauszentrum Marl, Stuttgart 1958; Drie stadhuizen, in: Bouw, 13. Jg., 1958, Nr. 45, S. 1178-1181; Werner Hebebrand: Um die Marler Stadtkrone. Ein europäischer Wettbewerb, in: Bauwelt, 49. Jg., 1958, Nr. 14, S. 315-327; Hôtel de ville de Marl. Résultats du concours, in: L'Architecture d'aujourd'hui, 1958, Nr. 80, S. XXIII, XXV; Indbudt konkurrence om et rådhus i Marl, in: Arkitekten, 1958, Nr. 10, S. 166-169; Internationaler Ideenwettbewerb Rathaus Marl 1958, in: Architektur und Wohnform, 66. Jg., 1958, Nr. 5, S. *25*-*30*; Muster-Rathaus für moderne Reisbrettstadt [sic], in: La Maison, 14. Jg., 1958, Nr. 3, S. 96; Nieuw raadhuis voor Marl (Dld.), in: Bouw, 13. Jg., 1958, Nr. 13, S. 319-327; Nieuw raadhuis voor Marl (Dld.). Architectenbureau Van den Broek en Bakema verwerft in een internationale prijsvraag de eerste prijs, in: Bouw, 13. Jg., 1958, Nr. 10, S. 241; Prijsvraag voor een raadhuis te Marl, in: Bouwkundig Weekblad, 76. Jg., 1958, Nr. 17, S. 206-207; Karl Ruhrberg: Eine werdende Stadt sucht sich ihr Forum. Zum Rathauswettbewerb im westfälischen Marl, in: Architektur und Wohnform, 66. Jg., 1958, Nr. 5, S. *31*-*32*; Town Hall at Marl. Winning Design, in: Prefabrication and New Building Technique, 5. Jg., 1958, Nr. 6, S. 346-347; Albert Schulze Vellinghausen: Stadtkrone oder Nutzmaschine? Ein aufregendes Projekt. Zu dem internationalen Wettbewerb für das Rathaus in Marl, in: Baukunst und Werkform, 11. Jg., 1958, Nr. 4, S. 222, 224, 226; [Th.] Weil: Wettbewerb Rathaus Marl (Westf.), in: Bauverwaltung, 7. Jg., 1958, Nr. 4, S. 146; Wettbewerb Marl 1958, in: Aufbau, 13. Jg., 1958, S. 444; Rathaus Marl. Wettbewerbsentwurf 1957. Van den Broek und Bakema, Rotterdam, in: Bauen + Wohnen, 14. Jg., 1959, Nr. 1, S. 9-12; Town Hall at Marl, Holland [sic], in: Architectural Design, Apr. 1959, S. 147-148; F. E. Röntgen: Nederlandse bouwkunst in het buitenland, in: Polytechnisch Tijdschrift, B, 1.12.1961, S. 960b-971b; J[acob] B[erend] Bakema und Franz Vaessen: Eine Stadt baut sich ihr Haus, in: Bauwelt, 53. Jg., 1962, Nr. 3, S. 67-72; Franz Vaessen: Das vorgespannte Faltwerk des Rathaus-Neubaus in Marl, in: Beton- und Stahlbetonbau, 57. Jg., 1962, Nr. 5, S. 104-111; Ehrhardt, Hans J.: Die Gründung und Bergschädensicherung des Zentralgebäudes beim Rathausneubau Marl, 2. Bauabschnitt, in: Beton- und Stahlbetonbau, 58. Jg., 1963, Nr. 6, S. 143-147; Werner Jacob: Koordinierung der Sachverständigen bei großen Bauvorhaben, in: Der Deutsche Baumeister, 24. Jg., 1963, Nr. 6, S. 506-508; Franz Vaessen: Die Hängewerke des Rathausneubaues Marl, in: Beton- und Stahlbetonbau, 58. Jg., 1963, Nr. 4, S. 73-79; Marl. Fortschrittliche Stadt mit bergmännischer Tradition, in: Grubensicherheit, 17. Jg., 1964, Nr. 8, S. 122-123, 125; Im Marler Rathaus. Colloquium um das Marler Rathaus, in: Der Architekt, 14. Jg., 1965, Nr. 2, S. 50-55; Rathaus Marl, in: baumaterial + baufertigteile-anzeiger, 4. Jg., 1965, Nr. 5/6, S. 14; Das Rathaus in Marl, in: Deutsche Bauzeitschrift, 14. Jg., 1966, Nr. 2, S. 185-190; Rathaus-Neubau in Marl, Westfalen, in: Architektur und Wohnform, 74. Jg., 1966, Nr. 2, S. 97-103; Hochtief Nachrichten, 40. Jg., 1967, Nr. 1; Das Rathaus von Marl, in: Internationale Licht Rundschau, 19. Jg., 1968, Nr. 4, S. 130-133.
Die darüber hinaus in den Katalogen (Joedicke 1963; Bouwen o. J. [1962]) angegebenen Titel enthalten lediglich Fotos oder beschäftigen sich mit dem späteren Wettbewerb um das Geschäftszentrum.

755 Rathaus Marl. Wettbewerbsentwurf 1957. Van den Broek und Bakema, Rotterdam, in: Bauen + Wohnen, 14. Jg., 1959, Nr. 1, S. 9-12.

der *Bauverwaltung*[756]. Die Resonanz blieb nicht auf den deutschsprachigen Raum beschränkt, wie die Beiträge in *La Maison*[757] (Brüssel), *Prefabrication and New Building Technique*[758] (London), *Architectural Design*[759] (London), *Bouw*[760] (Rotterdam), *Bouwkundig Weekblad*[761] (Den Haag), *Arkitekten*[762] (Kopenhagen) und *L'Architecture d'aujourd'hui*[763] (Paris) zeigen; allerdings erklärt sich das Interesse der niederländischen Blätter und der dänischen Zeitschrift sicher auch durch die Teilnahme von van den Broek und Bakema bzw. von Jacobsen. Wenn die eher darstellenden Artikel redaktionelle Kommentare enthalten, fallen diese durchweg positiv aus: So wird etwa die Vermeidung traditioneller Monumentalität gelobt und der Entwurf in einem Zuge mit dem deutschen Pavillon bei der Brüsseler Weltausstellung als Ausdruck eines neuen Bewußtseins für elegantes Design in der Bundesrepublik gewertet.[764] Nur wenige Beiträge gehen detaillierter auf den Wettbewerb und die Entwürfe ein. *L'Architecture d'aujourd'hui* verweist etwa auf das Problem, dass der Begriff „Dominante" in der Wettbewerbsausschreibung nicht geklärt sei, und kritisiert die Standardlösung aus Hochhaus, Flachbau und Platzanlage als zu wenig prägnant.[765]

Ausführlicher äußern sich die Juroren Hebebrand und Schulze Vellinghausen. Während letzterer vor allem, ganz im Sinne des Demokratisierungskonzepts, auf die Notwendigkeit einer neuartigen Repräsentation eingeht, dabei die an Stadtkronen-Visionen erinnernden Entwürfe Scharouns und van den Broeks und Bakemas besonders lobt und die internationale Besetzung des Wettbewerbs hervorhebt,[766] preist Hebebrand unter Verweis auf die Auseinandersetzung um Hillebrechts Vor-

---

[756] [Th.] Weil: Wettbewerb Rathaus Marl (Westf.), in: Bauverwaltung, 7. Jg., 1958, Nr. 4, S. 146.

[757] Muster-Rathaus für moderne Reisbrettstadt [sic], in: La Maison, 14. Jg., 1958, Nr. 3, S. 96.

[758] Town Hall at Marl. Winning Design, in: Prefabrication and New Building Technique, 5. Jg., 1958, Nr. 6, S. 346-347.

[759] Town Hall at Marl, Holland [sic], in: Architectural Design, Apr. 1959, S. 147-148.

[760] Nieuw raadhuis voor Marl (Dld.), in: Bouw, 13. Jg., 1958, Nr. 13, S. 319-327; Nieuw raadhuis voor Marl (Dld.). Architectenbureau Van den Broek en Bakema verwerft in een internationale prijsvraag de eerste prijs, in: Bouw, 13. Jg., 1958, Nr. 10, S. 241.

[761] Prijsvraag voor een raadhuis te Marl, in: Bouwkundig Weekblad, 76. Jg., 1958, Nr. 17, S. 206-207.

[762] Indbudt konkurrence om et rådhus i Marl, in: Arkitekten, 1958, Nr. 10, S. 166-169.

[763] Hôtel de ville de Marl. Résultats du concours, in: L'Architecture d'aujourd'hui, 1958, Nr. 80, S. XXIII, XXV.

[764] Town Hall at Marl. Winning Design, in: Prefabrication and New Building Technique, 5. Jg., 1958, Nr. 6, S. 346-347.

[765] Hôtel de ville 1958, S. XXV.

[766] Albert Schulze Vellinghausen: Stadtkrone oder Nutzmaschine? Ein aufregendes Projekt. Zu dem internationalen Wettbewerb für das Rathaus in Marl, in: Baukunst und Werkform, 11. Jg., 1958, Nr. 4, S. 222, 224, 226. Der Beitrag wurde zuerst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 21.3.1958 veröffentlicht und dürfte damit ein besonders großes Publikum gefunden haben.

trag vor dem Hauptausschuss des Deutschen Städtetags[767] die Marler Konkurrenz als praktische Lösung der zuvor in unergiebigen Debatten aufgeworfenen „Frage nach der baulichen Manifestierung des Gemeinschaftsgedankens im Bild unserer so unerwartet rasch wiederaufgebauten Städte“ an.[768] In einem „der interessantesten deutschen Wettbewerbe der letzten Jahre“ hätten die beiden preisgekrönten Entwürfe „sowohl die Idee eines heutigen Rathauses als auch die Sichtbarmachung dieser Idee in der Stadt-Landschaft Marl in besonders glücklicher Form getroffen“.[769]

Auch in der Zeitschrift *Architektur und Wohnform* findet sich ein Loblied auf den Wettbewerb und sein Ergebnis: Einmal mehr wird die vorausschauende Marler Stadtplanung hevorgehoben, die „zu den erregendsten Vorgängen auf dem Gebiet des Städtebaus unserer Zeit“ gehöre, und Marl als „Gegenbild der wildwuchernden Industriestädte der Gründerzeit“ beschworen.[770] Besonders der Entwurf von van den Broek und Bakema ist mit hohen Erwartungen verknüpft:

> Denn dann könnte das Rathaus in Marl mit seiner imponierenden Vereinigung von verhalten-monumentaler Repräsentanz und architektonischer Grazie, von heller Ratio und geheimer, aus dem Geist der eigenen Zeit erwachsener Poesie zu einem weithin sichtbaren Zeichen werden, an dem sich die schöpferischen Kräfte in Deutschland entzünden und andere Städte aufscheuchen aus dem trägen Trott geistloser Routine.[771]

Zeigt sich in den letzten Stellungnahmen auch die Begeisterung über die hohe Wertschätzung, die Architektur von den Politikern in Marl erfährt – die Ausschreibung von Wettbewerben, die Besetzung des Preisgerichts mit Fachleuten sowie die Gewährung ausreichender Zeit für die Juryberatungen und einer angemessenen Vergütung für die Teilnehmer gehörten zu den stets wiederholten Forderungen der Architekten –, so klingt doch gerade in dem überschwenglichen Lob dieses einen Wettbewerbs und der Preisträger das Unbehagen mit dem bis dahin erreichten Wiederaufbau an. Dieser Aspekt wird noch deutlicher in der Einleitung der Herausgeber zum Sonderheft der Zeitschrift *architektur wettbewerbe* über das Marler Rathaus angesprochen:

---

767 Siehe Kapitel 3.2, Anm. 187.

768 Werner Hebebrand: Um die Marler Stadtkrone. Ein europäischer Wettbewerb, in: Bauwelt, 49. Jg., 1958, Nr. 14, S. 315-327, hier S. 315.

769 Hebebrand 1958, S. 316. Wie Ruhrberg (s. u.) äußert sich Hebebrand wegen der „ausgezeichneten Proportionen und Details“ wohlwollend über das Projekt von Jacobsen, obwohl es der sonst abgelehnten Gliederung in ein monumentales Bürohochhaus und beigefügten Flachbauten folgt.

770 Karl Ruhrberg: Eine werdende Stadt sucht sich ihr Forum. Zum Rathauswettbewerb im westfälischen Marl, in: Architektur und Wohnform, 66. Jg., 1958, Nr. 5, S. *31*-*32*, hier S. *31*.

771 Ruhrberg 1958, S. *32*.

> Die Chance, aus unseren zerstörten Städten neue Gemeinwesen heutiger Form entstehen zu lassen, ist rettungslos verpaßt. Das kleine Marl, Außenstehenden fast unbekannt, bietet scheinbar [sic] plötzlich die Chance, noch einmal den Versuch zu machen, einer veränderten Gesellschaft die ihrer Struktur und ihrem Empfinden gemäße Umwelt zu gestalten. [...] Darüber hinaus – und damit sind wir beim eigentlichen Anliegen des Sonderheftes – können von Marl und seinen zwölf Entwürfen Impulse ausgehen, die die Erstarrung der modernen Architektur hoffnungsvoll überwinden helfen.[772]

Schon die Publikation eines Sonderheftes, das sich allein mit einem Wettbewerb befasst, belegt die den Marler Vorgängen zugemessene Bedeutung, wenn auch die Stadtverwaltung, die werbende Wirkung des Heftes wohl erkennend, durch die Abnahme von 2000 der 3500 geplanten Hefte für die finanzielle Absicherung sorgte.[773] Die mit dem Wettbewerb und seinen Ergebnissen verbundene Erwartung richtet sich auf zwei unterschiedliche Bereiche: Zum einen geht es um eine Stadtplanung, die weit vorausschauend und ohne die einengenden historischen Vorgaben von Besitzverhältnissen an Grund und Boden und festgelegter Infrastruktur arbeiten kann, zum anderen um eine formale Erneuerung der Architektur der Moderne aus sich selbst heraus, um einem allzu nüchternen, routinierten „Bauwirtschaftsfunktionalismus“ zu begegnen.

Während des Bauverlaufs sorgten vor allem Aufsätze der an dem Bau Beteiligten für Publizität, so etwa von Bakema selbst[774], vom örtlichen Bauleiter Werner Jacob[775], vom Leiter des Konstruktionsbüros von Hochtief, Franz Vaessen[776], und von Hans J. Ehrhardt[777], dem Inhaber des für die Statik des zweiten Bauabschnitts zuständigen Ingenieurbüros. Allerdings handelt es sich hier um technische Detailfragen, allein Bakema erläutert die dem Entwurf zugrunde liegenden Vorstellungen zur gesellschaftlichen und spirituellen Bedeutung von Architektur. Auch unabhängig davon wurde das Projekt weiter von der Aufmerksamkeit

---

772 hl: Zu diesem Heft, in: architektur wettbewerbe. Sonderheft: Rathauszentrum Marl, Stuttgart 1958, S. 4.

773 Kalkulation Architektur-Wettbewerbe Sonderheft Marl vom 3.3.1958, Akte Rathaus, SAM 94/1944-64.
Auch die Firma Hochtief widmete eine gesamte, umfassend illustrierte Ausgabe ihres Mitteilungsblattes dem Rathaus: Hochtief Nachrichten, 40. Jg., 1967, Nr. 1.

774 J[acob] B[erend] Bakema und Franz Vaessen: Eine Stadt baut sich ihr Haus, in: Bauwelt, 53. Jg., 1962, Nr. 3, S. 67-72.

775 Werner Jacob: Koordinierung der Sachverständigen bei großen Bauvorhaben, in: Der Deutsche Baumeister, 24. Jg., 1963, Nr. 6, S. 506-508.

776 Franz Vaessen: Das vorgespannte Faltwerk des Rathaus-Neubaus in Marl, in: Beton- und Stahlbetonbau, 57. Jg., 1962, Nr. 5, S. 104-111; Franz Vaessen: Die Hängewerke des Rathausneubaues Marl, in: Beton- und Stahlbetonbau, 58. Jg., 1963, Nr. 4, S. 73-79. Zu Vaessen siehe E[rich] Bornemann: Franz Vaessen wird 60 Jahre, in: Beton- und Stahlbetonbau, 58. Jg., 1963, Nr. 5, S. 127.

777 Hans J. Ehrhardt: Die Gründung und Bergschädensicherung des Zentralgebäudes beim Rathausneubau Marl, 2. Bauabschnitt, in: Beton- und Stahlbetonbau, 58. Jg., 1963, Nr. 6, S. 143-147.

der Fachwelt begleitet: 1961 erschien in der *Polytechnisch Tijdschrift* ein ausführlicher Beitrag[778], der Stadtplanung, Wettbewerb und den siegreichen Entwurf lobt, jedoch auch Kritik an der abgeschiedenen Lage des Rathauses übt, da sich „auf der grünen Wiese“ keine städtische Lebendigkeit einstelle. Zur bevorstehenden Fertigstellung schilderten die *Deutsche Bauzeitschrift* und *Architektur und Wohnform* nochmals die städtebauliche Situation und den Bau,[779] und sogar in Überblickswerke zum Städtebau fand Marl nicht nur wegen der Stadtplanung, sondern auch wegen der Architektur seiner Stadtmitte Eingang.[780] Wie weit die Rezeption reichte, zeigt ein Artikel in der Zeitschrift *Grubensicherheit*, der sich zwar hauptsächlich mit dem Bergbau in Marl befasst, jedoch zwei Fotos des Baus und Ausschnitte aus der Rede Heilands zur Übergabe des ersten Bauabschnitts bringt.[781]

Die Tageszeitungen in Marl berichteten selbstverständlich ausführlich über den Wettbewerb und den Baufortschritt,[782] doch auch die lokale Presse andernorts nahm das Marler Rathaus wahr. Überwiegend auf der Grundlage von Agenturmeldungen wurden die wichtigen Ereignisse, wie die Entscheidung der Jury, die Grundsteinlegung und die Einweihung des ersten Bauabschnitts, auch in so abgelegenen Blättern wie der *Diepholzer Kreiszeitung* (20.3.1958), dem *Mannheimer Morgen* (15.11.1960) und dem *Württembergischen Abendblatt* (6.5.1964) sowie zahlreichen anderen präsentiert.[783] Während es sich meist um Kurzmeldungen von wenigen Zeilen mit einem Foto handelte, leisteten einige Zeitungen eine umfassende Berichterstattung, die im Sinne eines Stadtporträts nicht nur den Rathausbau, sondern auch die Entwicklung Marls seit Kriegsende schilderte.[784] Dabei überwiegt eindeutig die ausgespro-

---

778 F. E. Röntgen: Nederlandse bouwkunst in het buitenland, in: Polytechnisch Tijdschrift, B, 16. Jg., 1.12.1961, S. 960b-971b.

779 Das Rathaus in Marl, in: Deutsche Bauzeitschrift, 14. Jg., 1966, Nr. 2, S. 185-190; Rathaus-Neubau in Marl, Westfalen, in: Architektur und Wohnform, 74. Jg., 1966, Nr. 2, S. 97-103.

780 Fritz Jaspert: Vom Städtebau der Welt, Berlin 1961. Unter der Rubrik „Neue Städte – Deutschland“ wird Marl mit Abbildungen und Text vorgestellt (S. 160-162), und das Rathaus wird als „nachahmenswertes Beispiel“ abgebildet und besprochen (S. 412, 420).

781 Marl. Fortschrittliche Stadt mit bergmännischer Tradition, in: Grubensicherheit, 17. Jg., 1964, Nr. 8, S. 122-123, 125.

782 Siehe Kapitel 3.

783 Die seinerzeit angelegte Zeitungsausschnittsammlung umfasst gut 150 Artikel. Dabei sind die Beiträge der Zeitungen Marls und der Nachbarstädte nicht berücksichtigt. Siehe Akte Rathaus, Zeitungsausschnitte, SAM 94/1944-29; Akte Rathaus, SAM 94/1944-64; Akte Rathaus Marl – Zeitungsausschnitte, SAM 94/1944-65; Akte Zeitungsausschnitte Rathaus Marl, SAM 94/1944-66; Akte Rathaus, SAM 94/1944-78.

784 Zum Beispiel Norbert Iserlohe: Marl - eine Stadt aus dem Baukasten, in: Kölnische Rundschau, 6.5.1964; Hans-Werner Beck: "Verwaltungs-Türme" bestimmen das Rathaus der Zukunft, in: Heidelberger Tageblatt, 17.11.1960; Marl bekommt eine neue Innenstadt, in: Reutlinger Nachrichten, 14.5.1959; Hanspeter Neumann: Rathaus für die Zukunft. Ein Neubau in Marl, in: Remscheider General-Anzeiger, 6.5.1964.

chen positive Resonanz: Die von den Marler Verantwortlichen gesuchte Darstellung der Stadt als modellhaft und zukunftsweisend setzt sich durch. Dagegen wird Kritik an den Bauten äußerst selten geübt und bezieht sich, der Auseinandersetzung in Marl folgend, zunächst auf die hohen Kosten, zumal der Bund der Steuerzahler die Ausgaben rügte.[785]

Sogar die renommierte überregionale Presse befasste sich, zum Teil ausführlich, mit dem Marler Geschehen. So berichtet etwa die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* über das Ergebnis des Wettbewerbs, die Grundsteinlegung, die Einweihung des ersten Bauabschnitts sowie im Rahmen anderer Artikel über Rathäuser und das Werk von van den Broek und Bakema[786], und auch in der *Welt* bzw. *Welt am Sonntag* wird der Bau mehrfach gewürdigt.[787] Wie bei den anderen Sparten überwiegen die wohlwollenden Reaktionen. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* spricht von einem „kühnen, schönen Entwurf“[788], Ernst Glaeser bezeichnet in der *Welt am Sonntag* Marl als „eine der eindrucksvollsten Dokumentationen unserer Epoche“[789] und Horst Krüger versteigt sich im *Merkur* zu einer fast in Ironie umschlagenden Eloge:

> Marl ist das deutsche Klein-Brasilia. Ich sah auf dem freien Felde das kühnste und verwegenste Rathaus der Deutschen stehen. [...] Ich begriff die Gewalt dieser Architektur, diese mächtige Sprache der Formen. Ich war wie verzaubert vom Geist der Vernunft in Beton. Ich ging erstaunt und ratlos durch so viel Zukunft und dachte: Wie lange können sie sich dem mächtigen Diktat dieser Steine entziehen? Hier können doch eigentlich nur vernünftige und demokratische Beschlüsse gefaßt werden? Vom Rathaus Marl würde man sich gern verwalten lassen.[790]

In wenigen Sätzen verdichtet finden sich gleich eine Reihe der Elemente, die die Diskussion über das Marler Rathaus prägen, nämlich die

---

785 Marl baut Europas modernstes Rathaus, in: Nachrichten des Bundes der Steuerzahler in NRW, 1964, Nr. 6. Auch im *Spiegel* erschien später ein Foto des Rathauses zusammen mit anderen Bauten und der Bildunterschrift: „Eine Schwemme kommunaler Luxusbauten trotz 26 Milliarden Mark Gemeindeschulden“ (Wirtschaftskrise in Deutschland. Konjuktur - Tag X, in: Der Spiegel, 1966, Nr. 35, S. 18-29, hier S. 22).

786 Albert Schulze Vellinghausen: Stadtkrone oder Nutzmaschine? Ein aufregendes Projekt. Zu dem internationalen Wettbewerb für das Rathaus in Marl, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.3.1958; Grundsteinlegung in Marl, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.11.1960; Kurzbericht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 105, 6.5.1964; Eberhard Schulz: Die harte und die weiche Moderne. Bakema und Aalto, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.4.1964; Eberhard Schulz: "Diese neuen Stadthallen ...", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 85, 10.4.1965.

787 Kurzbericht, in: Welt am Sonntag, Nr. 9, 2.3.1958; Ernst Glaeser: Marl - ein geniales Experiment, in: Welt am Sonntag, Nr. 3, 15.1.1961; Kurzbericht, in: Die Welt, Nr. 303, 29.12.1962; Kurzbericht, in: Welt am Sonntag, 3.5.1964.

788 Grundsteinlegung in Marl, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.11.1960.

789 Ernst Glaeser: Marl - ein geniales Experiment, in: Welt am Sonntag, Nr. 3, 15.1.1961.

790 Horst Krüger: Im Revier. Bilder aus dem Ruhrgebiet, in: Merkur, 22. Jg., 1968, Nr. 238, S. 67-84, hier S. 72f.

Darstellung Marls als Stadt der Zukunft, das Vertrauen auf die soziale Prägekraft von Architektur und die Gewissheit der Planbarkeit.

Mit einem genaueren Blick auf die Bauten kommt lediglich Eberhard Schulz in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zu einem ablehnenden Urteil.[791] In der Aufhängung der Türme, vor allem aber in der aufwendigen Faltwerkkonstruktion, deren Bedeutung als Dach für den offenen Raum der Demokratie sich nicht vermittele, verrate sich ein neuer Manierismus, und statt der gesuchten Offenheit falle eher die „Schwere der Bauplastik“ und „der Brutalismus des Betons, der seit einiger Zeit in England und Amerika, Italien und Deutschland fasziniert“, auf.

In der *Zeit* kritisiert Ferdinand Ranft, ganz in der Linie der Marler CDU, äußerst bissig die hohen Kosten und die Selbstherrlichkeit des Bürgermeisters und kommt zu dem Schluss: „Die Lobeshymnen sind verstummt. [...] Heute ist der stolze Traum von Marl, das Rathaus, ein Torso.“[792] Otl Aicher dagegen gelangt in einem Beitrag über strukturelle Probleme des Ruhrgebiets zu einer differenzierten Bewertung: Er empfindet Marl im Hinblick auf Architektur und Kulturförderung zwar als Lichtblick im ansonsten vernachlässigten Ruhrgebiet und schätzt das Rathaus ganz besonders, bezeichnet es aber nur wenige Monate nach der Fertigstellung als „überlebt“.[793]

Obwohl er als Auftragsarbeit anders als die Pressereaktionen zu beurteilen ist, sei schließlich der Film *Das Rathaus*[794] von Louis van Gasteren erwähnt. Wohl über van den Broek und Bakema vermittelt, die er durch seinen Film *Een nieuw dorp op nieuw land* über die Entstehung des maßgeblich von „De 8 en Opbouw“ geplanten Dorfes Nagele kannte, erhielt van Gasteren den Auftrag von der Stadt Marl über erste Aufnahmen ab August 1960.[795] Über die Darstellung des Rathauses hinaus versucht der Film ein Stadtporträt, indem er die Stadtplanung erläutert, die Wirtschaftsstruktur aufzeigt und das kulturelle Abgebot präsentiert. Dabei verlässt er sich nicht auf den üblichen Off-Kommentar, sondern lässt einerseits die Verantwortlichen, Bürgermeister Heiland, Stadtplaner Marschall und Architekt Bakema, andererseits „typi-

---

791 Eberhard Schulz: "Diese neuen Stadthallen ...", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 85, 10.4.1965.

792 Ferdinand Ranft: Marler Bürgerstreich, in: Die Zeit, Nr. 9, 3.3.1967, S. 14.

793 Otl Aicher: Ruhrgebiet. Man holt alles heraus und steckt nichts hinein, in: Die Zeit, 24.11.1967: „Und was das Rathaus angeht: Der Besucher wandelt durch ein fast expressionistisches Kunstwerk, ohne Wiederholung von Raumfolgen oder Details; nichts ist nach Katalog bestellt, alles ging über das Papier der Architekten. Es ist in seiner Art ein – heute überlebtes – Kleinst-Brasilia, aber es erfüllt auch noch als Entgleisung seine stimulierende Funktion. Vielleicht ist es sogar ein befreiendes Gefühl, sehr viel Geld für etwas zum Fenster hinausgeworfen zu haben, wofür man sonst überhaupt kein Geld hat: für Ästhetik.“

794 Format 16 mm, s/w, Länge 615 m, Laufzeit ca. 60 min, SAM und Archiv der „insel“. Die Premiere fand am 7.9.1964 in Marl statt.

795 Besprechungsprotokoll Rehbein vom 4.11.1960, Akte „Amt 75: Fremdenverkehrswerbung, Film: Rathausneubau 7.3.1960“, SAM 94/1944-170.

sche“ Einwohner, einen Bauern, Bergleute und einen Musiker der Philharmonia Hungarica als Vertreter der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, sprechen. Der Film ist insofern bemerkenswert, als dem Inhalt – wieder wird Marl als Zukunftsstadt inszeniert, in der die Einwohner unterschiedlichster Herkunft gemeinsam am kulturellen und sozialen Aufbau der Gemeinde arbeiten – die im Vergleich zu konventionellen Städtebaufilmen[796] neue Darstellungsform entspricht, die autoritäre Elemente wie den auktorialen Erzähler und das alleinige, unanfechtbare Zeugnis der Fachleute reduziert. Allerdings bleibt der Film trotz dieses Bemühens um eine angemessene moderne Form von gleichzeitigen fortschrittlichen Tendenzen im Dokumentarfilm unberührt, da er, letztlich einer Spielfilm-Ästhetik verhaftet, sich selbst und das Verhältnis zum Dargestellten nicht thematisiert.[797] Dennoch wurde er von den großen niederländischen Zeitungen ausführlich und begeistert besprochen[798], erhielt 1967 einen der Preise des Europarats für „kulturelle“ Filme[799] und geriet so zu einem Bestandteil der Marler Selbstdarstellung.

Die hohe Aufmerksamkeit gegenüber dem Marler Wettbewerb erklärt sich nicht nur aus dem dort betriebenen Aufwand und der Prominenz der Teilnehmer, vielmehr fällt er in eine Zeit, in der die grundsätzliche Kritik an Architektur und Stadtplanung der vergangenen Jahre zunahm. Schon in den erwähnten Äußerungen im Sonderheft der *architektur wettbewerbe* und in *Architektur und Wohnform*[800] zeigte sich diese Haltung, und im selben Jahr, 1958, meinte Ernst May bei einer Tagung im Rahmen der Interbau:

> Wir sollten daher den Mut haben, uns als Volk einzugestehen, daß wir die gewaltige Chance, die uns das Schicksal gegeben hat mit den furchtbaren Zerstörungen unserer Städte, im ganzen verpaßt haben.[801]

Mays offenbar unwidersprochenes Urteil dürfte um so mehr beachtet worden sein, als er selbst zu den Heroen der Moderne aus der Zwi-

---

796 Siehe dazu die umsichtige, genuin filmanalytische Mittel einbeziehende Untersuchung von Folckert Lüken-Isberner: Der städtebaulich bedeutsame Lehr- und Informationsfilm 1945-1960, Pfaffenweiler 1989.

797 Im Rahmen des cinema vérité entstanden kurz vorher Filme wie Jean Rouchs *Moi, un noir* (1957), in dem die afrikanischen Mitarbeiter ihre eigenen Bilder kommentieren, oder, von Edgar Morin und Jean Rouch gemeinsam, *Chronique d'un été* (1960), der auf Drehbuch und Regie weitgehend verzichtet.

798 De Telegraaf, De Volkskrant, Het Parool, Algemeen Dagblad, De Tijd - Maasbode, jeweils vom 6.11.1964, Nieuwe Rotterdamse Courant vom 5.11.1964, Algemeen Handelsblad vom 13.11.1964 und De Groene Amsterdammer vom 14.11.1964. Siehe Akte Rathaus, Zeitungsausschnitte, SAM 94/1944-29.

799 Neue Züricher Zeitung vom 11.3.1967, siehe Akte Rathaus Marl, Zeitungsausschnitte, SAM 94/1944-65.

800 Siehe S. 255f.

801 Die Interbau wird diskutiert. Die ersten Ergebnisse, Wiesbaden, Berlin 1960, S. 93. Bis zum Jahr 1960 hat sich diese Auffassung so weit verbreitet, dass Werner Hebebrand von dem „Schlagwort der ‚verpassten Chance'“ sprechen kann. Siehe Baubehörde 1960, S. 10.

schenkriegszeit gehörte und vor einem hochrangigen Fachpublikum sprach. Wie Hillebrecht, der sich ebenfalls in der Sektion „Beispiele städtebaulicher Erneuerung“ äußerte, sah er die Ursache für das Misslingen des Wiederaufbaus vor allem in einer unzureichenden Gesetzgebung.[802]

Zwar erließen bis auf Bayern alle Bundesländer Aufbaugesetze,[803] doch wurde eine einheitliche Rahmengesetzgebung des Bundes mit dem Bundesbaugesetz von 1960 erst zu einem Zeitpunkt verwirklicht, als der Wiederaufbau in Struktur und Ausführung weitgehend beendet war. Zudem wurden die in den Gesetzen vorgesehen Enteignungsklauseln und Vorkaufsrechte, die sich auf Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes stützten, nur sehr zögerlich angewandt, so dass eine einheitliche Planung für größere zusammenhängende Flächen in den Städten nur im Rahmen freiwilliger Zusammenarbeit der Grundeigentümer, etwa in den oft als Vorbild genannten Aufbaugemeinschaften in Hannover, oder durch Aufkäufe zustande kam. Weitergehende Regelungen, wie der Vorschlag des Schweizer Architekten und Städteplaners Hans Bernoulli zu einer umfassenden Bodenreform mit der Bevorzugung des Erbbaurechts gegenüber dem Eigentum an Grund und Boden, wurden nicht umgesetzt.[804]

Mit Beginn der 1960er Jahre setzte auch in der Bundesrepublik ein Wandel im städtebaulichen Leitbild[805] von der Auflockerung hin zu einer stärkeren Verdichtung und zu einer an städtischen, nicht an dörflichen Strukturen orientierten Bebauung ein, nachdem im Bereich der CIAM schon 1951 andere Modelle diskutiert worden waren.[806] Gerade in Marl fand zum 50-jährigen Bestehen des Deutschen Werkbunds im Jahre 1959 eine Tagung unter dem Titel „Die große Landzerstörung“ statt,[807] in der unter anderem der enorme Flächenverbrauch durch die sich ausbreitende Bebauung bemängelt und eine Reform des Bodenrechts gefordert wurde, und zwei Jahre später unterstützte der Bund Deutscher Architekten den Einspruch gegen die bis heute übliche Bevorzugung des frei stehenden Einfamilienhauses mit der Ausstellung „Heimat, deine Häuser“. Besonders der Vortrag von Edgar Salin vor der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages im Jahr 1960 geriet zum Bezugspunkt für Architekten und Städteplaner. Obwohl Salin sich sehr allgemein historisch-soziologisch zum Begriff „Urbanität“ ausließ, dabei die endgültige Zerstörung traditioneller Formen von Urbanität durch den

802 Interbau 1960, S. 55, 57, 93.
803 Klaus von Beyme: Der Wiederaufbau. Architektur und Städtebaupolitik in beiden deutschen Staaten, München, Zürich 1987, S. 130.
804 Von Beyme 1987, S. 128.
805 Zu einer ausführlichen Begriffsdefinition siehe Muscheler 1985, insbesondere S. 15.
806 Siehe Kapitel 2.3, S. 49f.
807 Die Tagung ist dokumentiert in werk und zeit, 8. Jg., 1959, Nr. 12, S. 1-14.

NS konstatierte und nur beiläufig erwähnte, dass er eine „Entballung“ für unnötig halte, fand genau dieser Aspekt Resonanz, so dass in der Folgezeit bauliche Verdichtung die vermehrte Kommunikation der Einwohner und städtisches Leben bewirken sollte.[808]

Bezogen sich diese Kritik und der langsame Wandel vor allem auf den Städtebau der Nachkriegszeit, so stieß auch die Architektur früh auf Ablehnung. Schon in dem ersten, 1956 erschienenen Band der Reihe *Neue deutsche Architektur*, der herausragende Bauten seit dem Krieg vorstellt, klagt Hubert Hoffmann über die miserable Qualität der Durchschnittsarchitektur, die schlimmer als die der Gründerzeit geraten sei – damals wohl das denkbar schärfste Verdikt –, weil sie über die Städte hinaus das Land insgesamt überziehe und zwar auf Stuckapplikationen verzichte, aber noch schlechtere Proportionen aufweise.[809] Die heftige Ablehnung setzt sich in den beiden folgenden, 1962 und 1970 publizierten Bänden fort: In den sechziger Jahren hätten reine Formexperimente die Suche nach neuen Konstruktionen und sozialen Funktionen weitgehend ersetzt.[810] Mit Blick auf die Situation vor allem in den USA stellte Sigfried Giedion 1962 eine gewisse Verwirrung und Unsicherheit in der Architektur um 1960 fest, die eine „Playboy-Architektur“ fördere. Dabei sei die Moderne oft nur als Mode übernommen worden und werde nun, nachdem man ihrer Einfachheit überdrüssig geworden sei, historisierend eingekleidet.[811]

Vor diesem Hintergrund wirkt auch die Interbau 1957 in Berlin nicht mehr nur als selbstbewusstes Signal des Westens gegenüber der Ost-Berliner Stalinallee, sondern auch als Versuch, aus der „Erstarrung der modernen Architektur“[812] auszubrechen, indem man den „Meistern“ des Faches Raum für Experimente schafft. Dass es beinahe gleichzeitig drei international besetzte Veranstaltungen gab – die Interbau, die Konkurrenz um das Marler Rathaus und den Wettbewerb Hauptstadt Berlin[813] –, von denen die beiden ersten der Architektenprominenz vorbehalten waren, erscheint insofern bezeichnend, als man die Lösung der konstatierten Misere in dem vorbildhaften Wirken, in der Inspiration der Künstlerarchitekten suchte und nicht etwa in strukturellen Reformen der Ar-

---

808 Nebenbei erlaubte dieses produktive Missverständnis die Rechtfertigung einer höheren Grundstücksausnutzung und ermöglichte so eine größere Rentabilität des Grundbesitzes.

809 Gerd Hatje, Hubert Hoffmann und Kurt Kaspar: Neue deutsche Architektur, Stuttgart 1956, S. VII.

810 Wolfgang Pehnt: Neue deutsche Architektur 3, Stuttgart 1970, S. 7, siehe auch Ulrich Conrads und Werner Marschall: Neue deutsche Architektur 2, Stuttgart 1962, S. 5f.

811 Sigfried Giedion: Raum, Zeit, Architektur. Die Entstehung einer neuen Tradition, Ravensburg 1965, S. 22. Das Kapitel über die Architektur um 1960 erschien zuerst in der 13. Auflage von *Time, Space, Architecture* im Jahre 1962.

812 hl 1958, S. 4.

813 Die Beteiligung von van den Broek und Bakema an allen dreien belegt erneut die hohe Leistungsfähigkeit des Büros und sein internationales Renommee.

chitektenausbildung, in der Konkretisierung von Gestaltungsrichtlinien oder in der besseren Finanzierung zumindest öffentlicher Bauten durch Abschöpfung der privaten Planungsgewinne.[814]

Das vermehrte Aufkommen von Architektur-Utopien seit Ende der fünfziger und vor allem zu Beginn der sechziger Jahre stellt einen weiteren Indikator für eine als unsicher empfundene Situation dar, zumal hier, anders als in den Jahren unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg, die rein zeichnerisch umgesetzte Utopie nicht den Ersatz für die fehlende Möglichkeit zu bauen bildet. So beschäftigte sich die Gruppe um die 1961 gegründete Zeitschrift *Archigram*[815] (Warren Chalk, Peter Cook, Dennis Crompton, David Greene, Ron Herron und Michael Webb) mit komplexen Gebilden in städtebaulicher Dimension.[816] Während etwa die „Walking Cities" (1963) von Ron Herron ein ironisches Moment in die Diskussion einbrachten, indem sie die Mobilität bis ins Extrem steigerten – es handelte sich um Gebäude von der Größe einer Stadt, die sich käferartig auf Teleskopbeinen durch die Landschaft bewegen sollten –, verfolgte die „Plug-in-City" (1962-64) von Peter Cook das Konzept der Megastrukturen, bei dem zwischen öffentlicher Infrastruktur und privaten Raumkapseln mit jeweils unterschiedlichen Lebenszyklen unterschieden wurde. Dabei betrafen den Bereich der Infrastruktur nicht nur die Leitungsnetze, sondern auch die Trägerstruktur, an die die einzelnen als Wegwerf-Elemente konzipierten oder in Eigenarbeit zu errichtenden Kapseln anschließen sollten. Obwohl solche Bauwerke, die formal anders, aber in ihrer grundsätzlichen Anlage ähnlich auch von Yona Friedman, Paul Maymont und Claude Parent in Frankreich oder unter dem Schlagwort Metabolismus von Kenzo Tange, Kiyonori Kikutake und Kisho Kurokawa in Japan entworfen wurden, letztlich das übliche Konsumverhalten bis auf die Architektur ausweiteten, boten sie der Auffassung Nicolaas Habrakens[817] gemäß die Gelegenheit zu einem selbst-

---

814 Auch Giedion vertritt diese elitäre Haltung: „Nach einem halben Jahrhundert der Entfaltung verlangt die heutige Architektur mehr. Die Autonomie des Ausdrucks soll wieder ihr Recht erhalten in Bauten, die über das rein Utilitäre hinausgehen. Wir sind uns völlig bewußt, daß augenblicklich nur ein Meister es wagen darf, die Unabhängigkeit des Ausdrucks zu demonstrieren. In der Hand von Nichtberufenen sind in dieser Stufe der Entwicklung nur Entgleisungen zu befürchten." (Giedion 1965, S. 408, 410)

815 Archigram. Magazine for New Ideas in Architecture, London 1961-1971.

816 Siehe Dominique Rouillard: Archigram, in: La Ville. Art et architecture en Europe 1870-1993, Paris 1994, S. 428-429; Ignacio de Solà-Morales: La Réparation des villes, in: La Ville. Art et architecture en Europe 1870-1993, Paris 1994, S. 401-408.

817 N[icolaas] J[ohn] Habraken: De drager en de mensen, Amsterdam 1961. Habraken war wie van den Broek Mitglied der Stichting Architecten Research (SAR), und auch van den Broek und Bakema schlugen mit den Kernwandgebäuden, etwa im Pampus-Projekt, oder mit einem individuell erweiterbaren Reihenhaus ähnliche, wenn auch technisch wesentlich einfachere Bauten vor. Siehe Kapitel 5.1, S. 125.

bestimmteren Wohnen, da die unmittelbaren Räume von den Bewohnern selbst erstellt werden konnten.

Allerdings integrieren die Megastrukturen nur das, was sich ihren mehr oder weniger engen Vorgaben anpasst; sie bieten einen Rahmen, der selbst jedoch nicht verändert werden kann. Angesichts einer damals auch für die Industriestaaten prognostizierten Bevölkerungsexplosion erscheinen die Konzepte insofern berechtigt, als sie wenigstens versuchen, den vermuteten Anforderungen einer größeren und anspruchsvolleren Bewohnerschaft zu genügen. Obwohl die Marler Konkurrenz von so weit reichenden Vorschlägen noch unberührt blieb, kommen Schwipperts im Prinzip unendlich erweiterbares Netz und die in ihrer Höhe veränderlichen Türme von van den Broek und Bakema den metabolistischen Grundsätzen nahe, indem sie die Bauwerke nicht als abgeschlossen begreifen und Primär- und Sekundärstruktur deutlicher trennen.

Die Avantgarde-Position der CIAM bewies sich ein letzes Mal in dem recht frühen Auftreten von Krisenerscheinungen, die der genannten Kritik vorangehen. Schon beim 8. Kongress in Hoddesdon im Jahre 1951 hatte Josep Lluis Sert einen Wandel in der zeitgenössischen Architektur bemerkt:

> We have outlived that period when architecture aimed solely at expressing function. New trends are now apparent towards a greater freedom of plasticity, a more complete architectural vocabulary.[818]

Damit wurde die vereinfachende Vorstellung, aus der möglichst umfassenden Berücksichtigung der Funktionen eines Gebäudes im Entwurfsprozess ergebe sich die Schönheit des Endproduktes automatisch, ausdrücklich zurückgewiesen. Allerdings hatte dieses vermeintliche Dogma des Funktionalismus auch zuvor in der Praxis kaum eine Bedeutung besessen, denn selbstverständlich sind die dem funktionalistischen Kanon zugerechneten Bauten ebenfalls gestaltet in dem Sinne, dass sie über Elemente verfügen, die sich nicht durch die Anpassung an eine spezifische Nutzungsanforderung erklären lassen.

Die Ablehnung der in der Charta von Athen erwähnten vier Funktionen als alleinige Grundlage der Planung führte zwei Jahre später bei dem folgenden Treffen in Aix-en-Provence eine Gruppe relativ junger ArchitektInnen zusammen[819], die dann als Team X die Vorbereitung des 10. Kongresses in Dubrovnik übernahmen.[820] Obwohl diese Kritik an der

---

818 Sert 1952, S. 13.

819 Smithson 1991, S. 9.

820 Siehe Kapitel 5.1, S. 116. Außer Bakema, den Smithsons, Erskine, Candilis und Woods zählten Giancarlo de Carlo, José Coderch, Aldo van Eyck, Pancho Guedes, Bill Howell, Alexis Josic, Charles Pologni, Brian Richards, Manfred Schiedhelm, Jerzy Soltan, John Voelcker und Stephan Wewerka zu den Mitgliedern des Team X. Siehe Jesko Fezer (Hg.): Housing the Street. Halbstarker Urbanismus des Team 10 ab 1953, Ausst.-Kat. Berlin ^{2}2001, S. 11.

Struktur einen Kernbestandteil der CIAM betraf, verstand sich Team X nicht als Gegenbewegung zu den CIAM, sondern zielte auf eine Reform und Weiterentwicklung der ihrer Meinung nach erstarrten Modernen Architektur:

> [...] we must acknowledge the existence of a crisis in modern architecture and shake off the blind stubbornness which paralysed our meetings in the post-war period, making them give up the fruitful tracks of research and criticism and take up the barren road of vague statements and academic self-satisfaction.[821]

Bei aller Unterschiedlichkeit der Mitglieder ging es ihnen um die verstärkte Einbeziehung der konkreten Gegebenheiten vor Ort, die Berücksichtigung psychischer Bedürfnisse und die Integration von Alltagserfahrungen bei der Planung. Dagegen wandten sie sich ausdrücklich gegen andere mögliche Reaktionen auf die konstatierte Krise, die etwa in einem Rückgriff auf historische oder regionale Bauformen bestanden. Unter dem Schlagwort „Brutalismus“[822] entstanden vielmehr Gebäude, die sich in ihrer Gestaltung der rohen Realität anpassten und ihre Struktur deutlich vorwiesen, indem sie auf Verkleidungen verzichteten. Dabei sorgte die Anordnung in unregelmäßigen, scheinbar zufälligen Clustern für Abwechslung, während die sorgfältige Anlage von halböffentlichen Räumen die Kommunikation der Bewohner fördern sollte.[823] Durch die Betonung von Details wie Leitungssystemen, Wasserspeiern oder Treppenanlagen erhielten die Bauten eine ungewöhnliche Form, deren Zeichenhaftigkeit jedoch meist ohne Bezug zur Bauaufgabe blieb.

Besonders deutlich zeigen sich das Bemühen um eine bildhafte Wirkung, aber auch die damit verbundenen Schwierigkeiten bei der Torre Velasca in Mailand. Das Hochhaus entstand zwischen 1956 und 1958

---

821 Giancarlo de Carlo: Talk on the Situation of Contemporary Architecture, in: Oscar Newman (Hg.): CIAM '59 in Otterlo. Arbeitsgruppe für die Gestaltung soziologischer und visueller Zusammenhänge, Stuttgart 1961 (Dokumente der Modernen Architektur, Bd. 1), S. 80-91, hier S. 80. In der Rückschau betont Alison Smithson: „Thus, from the beginning, part of the cohesive thinking of Team 10 was a tacit acceptance of committed responsibility for the continuance of the main stream of architecture that had seen its renaissance in the Heroic Period of Modern Architecture.“ (Smithson 1991, S. 9.)

822 Zur Entstehung des Begriffs gibt es unterschiedliche Legenden. So soll er unter anderem auf Peter Smithsons Spitznamen „Brutus“ als Mörder der cäsarischen Autoritäten, auf eine Bemerkung Hans Asplunds, des Sohns von Gunnar Asplund, gegenüber englischen Architekten oder auf den engen Bezug zum *art brut* zurückgehen, doch liegt auch die Herkunft vom französischen Ausdruck für Sichtbeton *béton brut* nahe, da dieses Material bevorzugt eingesetzt wurde. Siehe Reyner Banham: The New Brutalism, in: Architectural Review, 118. Jg., 1955, Nr. 708, S. 355-361, hier S. 356; Jürgen Joedicke: Moderne Architektur. Strömungen und Tendenzen, Stuttgart, Bern 1969 (Dokumente der Modernen Architektur, Bd. 7), S. 109f.

823 So etwa bei der Studentenstadt in Urbino von Giancarlo de Carlo (1962-68) oder dem Golden-Lane-Projekt der Smithsons (ab 1951).

nach Plänen des Büros BBPR[824] und umfasst 17 Bürogeschosse, ein Maschinengeschoss und, darüber auskragend, sechs Geschosse mit Wohnungen sowie zwei Dachgeschosse. Die durch auffällige schräg gestellte Stützen abgefangene Auskragung gerade des oberen Viertels des Gebäudes und sein markanter Abschluss durch eine Brüstung und ein Walmdach mit symmetrisch angeordneten Schornsteinen führen nicht nur zu einer außergewöhnlichen Erscheinung innerhalb der Stadtsilhouette, sie weisen die Torre Velasca als Neuinterpretation von Geschlechtertürmen oder etwa des Campanile des Palazzo Vecchio in Florenz aus. Zusätzlich tragen die unregelmäßig verteilten Fenster zu dem Eindruck historischer Architektur bei, indem sie die im Laufe der Zeit veränderten und zugesetzten Fensteröffnungen alter Gebäude imitieren. Bei der Vorstellung des Baus im Rahmen des letzten, nur noch eingeschränkt unter den Namen CIAM laufenden Kongresses in Otterlo im Jahre 1959 hob Ernesto Rogers hervor, dass die Form allein aus funktionaler Notwendigkeit entstanden sei: Die Wohnungsgrundrisse benötigten mehr Platz, so dass sich die Auskragung von selbst ergebe, wenn man den Wohnungen den Fernblick aus den oberen Etagen erhalten wolle. Allerdings kokettierte er eben doch mit geschichtlichen Bezügen, indem er auf den historischen Ort in der Altstadt Mailands verwies und das Hochhaus dort eingeordnet wissen wollte. In der Diskussion erfuhr das Gebäude eine heftige Kritik. So hielt Peter Smithson ein solches Vorgehen für unmoralisch, da durch dieses gebaute Vorbild schlechte, historisierende Nachahmungen provoziert würden, während Bakema vor allem bemängelte, dass der Bau nichts über zeitgenössischen Verhältnisse aussagen könne, weil er sich der Sprache einer vergangenen Zeit bediene. Letztlich erweist die Torre Velasca, wie schnell die Suche nach einem verstärkten Ausdruck jenseits der reinen Nützlichkeit in Exaltation umschlägt, obwohl immer noch der Druck bestand, die Gestaltung durch die Funktion zu rechtfertigen.[825]

Auf der praktischen Ebene vorweggenommen, wurde der Bedarf nach einer vermehrten Bildlichkeit, nach Abwechslung und Wiedererkennbarkeit durch soziologische und psychologische Untersuchungen Anfang der 1960er Jahre gefördert. So wies Kevin Lynch in seiner Untersuchung der inneren Bilder, die sich die befragten Personen von einer Stadt machten, auf den hohen Wert von „Ablesbarkeit“ und „Einprägsamkeit“ in Architektur und vor allem Stadtplanung hin, da Orientie-

---

824 Siehe Leonardo Benevolo: Geschichte der Architektur des 19. und 20. Jahrhunderts. Bd. 2: Die moderne Bewegung, München ^{6}1994, S. 420, 424f. Teilhaber des Büros waren Gian Luigi Banfi (gest. 1945), Ludovico Belgiojoso, Enrico Peressutti und Ernesto Nathan Rogers, der bei dem Wettbewerb um das Rathaus in Toronto als Juror fungierte, siehe Kapitel 6.3, S. 222.

825 Eine spätere Entsprechung zu den geschilderten Tendenzen bildete die „Großzeichenarchitektur“ in der DDR mit den unter Leitung Hermann Henselmanns entstandenen Gebäuden für die Universitäten in Jena und Leipzig (1969-1974/75).

rungslosigkeit Unwohlsein erzeuge.[826] Jane Jacobs verlangte die Abkehr von dogmatisch vertretenen, aber nicht empirisch gesicherten Stadtplanungstheorien und sah in der Sicherung von sozialer, funktionaler und politischer „Mannigfaltigkeit“ die Grundlage der Stadtentwicklung.[827] Obwohl sich beide ausdrücklich auf die Situation in US-amerikanischen Großstädten, insbesondere in deren inneren Bereichen, beschränkten und im Rahmen ihres Angriffs auf die geläufige Stadtplanung allenfalls am Rande auf einzelne Bauten eingingen, boten sich mit den Schlagworten Ansatzpunkte für eine Übertragung.

Der Lage in der Bundesrepublik widmete Alexander Mitscherlich eine explizit als Pamphlet bezeichnete Schrift, in der er ebenfalls die überzogene funktionale Separation, die Monotonie der Großsiedlungen und den Landschaftsverbrauch durch geschmacklose Eigenheime geißelte.[828] Dabei warnte er eindringlich vor dem Verlust einer kritischen städtischen Öffentlichkeit, der durch den Rückzug in pseudodörfliche Strukturen bewirkt werde, und betrachtete das private Grundeigentum als das Haupthindernis zu einer Veränderung der Verhältnisse. Die Großstadt gegen unberechtigte konservative Kritik verteidigend, lehnte auch Hans Paul Bahrdt die zeitgenössische Planung ab, die auf biologistische und auf historisch überkommene, jedoch nicht mehr zeitgemäße Modelle zurückgreife.[829] Stattdessen plädierte er für eine (Re-)Urbanisierung der Großstadt, für eine Vielfalt an Wohnformen und Nutzungsmöglichkeiten des öffentlichen Raums sowie für eine Beteiligung der Nutzer.

Dass der Marler Wettbewerb an diesem Umbruch teilhat, zeigt sich in den unterschiedlichen Beiträgen, indem ein Teil von ihnen die vertrauten Schemata weiterführt, ein anderer Teil aber nach einer Zeichenhaftigkeit über die reine Bereitstellung von Büroflächen hinaus sucht. Während Scharoun und Aalto dabei vor allem ihren Personalstil verfol-

---

826 Kevin Lynch: Das Bild der Stadt, Berlin, Frankfurt a. M., Wien 1965 (Bauwelt Fundamente, Bd. 16), in den USA 1960 publiziert. Diese Prämisse erscheint immerhin fragwürdig, denn zum einen dürfte die vollständige Orientierung in einer Großstadt unerreichbar bleiben, zum anderen stellt gerade das Unerwartete und noch zu Entdeckende ein wichtiges Element des Großstadtlebens dar.

827 Jane Jacobs: Tod und Leben großer amerikanischer Städte, Berlin, Frankfurt a. M., Wien 1963 (Bauwelt Fundamente, Bd. 4), S. 17 (in den USA 1961 erschienen): „Dieses allgegenwärtige Prinzip ist die Notwendigkeit von untereinander abhängigen, feinkörnig gesäten, verschiedenartigen Nutzungen, die sich ständig gegenseitig, sowohl wirtschaftlich als auch sozial gesehen, stützen.“

828 Alexander Mitscherlich: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt a. M. 1965. Gelegentlich scheint bei Mitscherlich ein wenig die alte lebensreformerische Großstadtkritik durch, etwa in der Behauptung eines Zusammenhangs zwischen dem Zugang Jugendlicher zu Erdboden, Wasser und Grün einerseits und der Jugenddelinquenz andererseits (ebd., S. 26). Anders als der in diesem Punkt sehr genaue Hans Paul Bahrdt (s. u.) stellt er die „alte Stadt“ hin und wieder als positiven Gegenbild hin, ohne sie genau historisch zu verorten.

829 Hans Paul Bahrdt: Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau, Reinbek 1961.

gen und Schwarz und Schwippert die Ratsbereiche überhöhen, nutzen Pfau sowie van den Broek und Bakema neue Konstruktionen, um das Rathaus herauszuheben und die Fortschrittlichkeit der Marler Gemeinden zu demonstrieren. Gerade dieses Vorgehen bedeutet eine Übernahme der Moderne nicht als *International Style* im Sinne Philip Johnsons[830], sondern als Entwurfshaltung und als unvollendetes Projekt.

[830] Schon die Bezeichnung „Stil" im Titel der Ausstellung im New Yorker Museum of Modern Art deutete auf die rein formale Betrachtung der Bauten hin. Kürzlich hat Johnson dieses Verständnis, das von der sozialen Bindung der Bauten absieht und die Epoche als abgeschlossen betrachtet, erneut bestätigt: „Die Moderne war für mich vor allem ein Stil. Was mich ansprach, waren die radikalen neuen Formen, ich mochte den revolutionären Wandel, die Veränderung." (Philip Johnson und Hanno Rauterberg: Der große Verwandler, in: Die Zeit, Nr. 29, 11.7.2002, S. 34).

8 Zusammenfassung

Als das Amt Marl 1957 beschloss, für den seit langem beabsichtigten Rathaus-Neubau einen beschränkten Wettbewerb mit internationaler Beteiligung auszuschreiben, brach es mit den üblichen Gepflogenheiten, indem es gerade nicht, wie bis dahin besonders bei kommunalen Verwaltungsgebäuden die Regel, bloß die lokal oder regional tätigen Architekten einlud, von denen man sich sonst durch ihre Vertrautheit mit regionalen Besonderheiten eine stärkere Betonung der städtischen Eigenständigkeit erhoffte. Vor dem Hintergrund der Geschichte Marls in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erscheint diese Entscheidung allerdings nur konsequent.

Im Zuge der um 1900 im Marler Gebiet einsetzenden Industrialisierung erlebten die Gemeinden des Amtes Marl einen Strukturwandel, der vor allem die Gemeinde Marl von einer ländlichen Siedlung zu einer von Bergbau und Chemie geprägten Mittelstadt veränderte. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wuchsen Einwohnerzahl und Steueraufkommen stürmisch weiter, bis sich 1958 erste Anzeichen der Kohlekrise bemerkbar machten und die Zuwachsraten auf ein geringeres Maß zurückführten. Diese Entwicklung begleitend, existierte seit Anfang der zwanziger Jahre eine – allerdings weitgehend nachholende – Stadtplanung, der bei allen Unterschieden in Ansatz und Ausprägung ein konstantes Konzept zugrunde lag: Es sollte eine „Industriestadt im Grünen“ entstehen, wobei Marl in Abgrenzung zum alten, als chaotisch empfundenen Ruhrgebiet als Ort der planbaren, besseren und noch gestaltbaren Zukunft begriffen wurde. Darüber hinaus sollte der städtebauliche Zusammenschluss der Ortsteile eine städtische Einheit, also die Integration der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, bewirken, so dass Stadtplanung zur Identitätsstiftung eingesetzt wurde.

Ein Wettbewerb ohne lokale Begrenzung lag so in einer Stadt nahe, die ohnehin nicht über eine größere Architektenschaft verfügte; die Ausweitung auf einige Teilnehmer aus dem Ausland sorgte zudem für eine gesteigerte Aufmerksamkeit nicht nur in der Fachwelt und ließ Marl als weltoffen erscheinen. Auch dass es sich bis auf wenige Ausnahmen um überaus renommierte Büros handelte, spiegelt nicht nur den Anspruch und das Selbstverständnis der Auftraggeber, es trug vielmehr zur Werbung für die Stadt bei. Schließlich entsprach die Beschränkung sowohl der Jury als auch des Teilnehmerkreises auf Architekten, die als der Moderne verpflichtet galten, dem Selbstbild einer Kommune ohne bedeutende Vergangenheit. In Marl versuchte man gerade nicht, in einer Art kollektiver Regression durch eine erfundene Tradition oder übertriebene Dorfromantik ein Gegengewicht zur Industrialisierung zu schaffen, vielmehr wandte man sich bewusst der Zukunft zu.

Von dem neuen Rathaus erwarteten die Befürworter des später umstrittenen Neubaus, dass es die noch junge Demokratie festige und den Anspruch Marls als baldige kreisfreie Großstadt unterstreiche. Darüber hinaus sollte es als Zeichen für die Einheit der Bürgerschaft und als Brennpunkt eines einheitlichen Marler Selbstverständnisses die Unterschiede und Interessengegensätze innerhalb der vor allem von neu Zugezogenen geprägten Marler Bürgerschaft verschleifen, so die fast zwanghafte, bis in die Zeit der ersten Stadtplanung und des Amtshausumbaus zurückreichende Betonung der städtischen Gemeinschaft weiterführend. Gerade die Veranstaltungen wie Grundsteinlegung, Richtfeste und Einweihungen dienten als Gelegenheiten zur Werbung für dieses Konzept, zumal sie mit ihren rituellen Elementen besonders eindringlich wirken konnten.

Der Ausschreibung entsprechend versuchten die Wettbewerbsteilnehmer – mit der Ausnahme allenfalls von Ferdinand Kramer –, dem Rathaus eine besondere Würde zu verleihen, indem etwa das erste Obergeschoss als Repräsentationsbereich hervorgehoben wurde, Wasserbassins und Vorplätze das Gebäude isolieren oder ungewöhnliche Konstruktionen den Bau auszeichnen. Letztlich betrifft dies nur Teilaspekte, während man für die grundsätzliche Anlage auf die Standardlösung im Verwaltungsbau zurückgriff: Ein aufwendig gestaltetes Einzelgebäude mit dem Ratssaal begleitet eine Hochhausscheibe für die Normalbüros, der meist ein Flachbau für die Bereiche mit hohem Publikumsverkehr beigegeben wurde. Bei den übrigen, von diesem Schema abweichenden Projekten wird die gesuchte Distinktion ebenfalls nur unvollkommen erreicht, da auch sie die Struktur von anderen Bauaufgaben übernehmen und frühere Entwürfe variieren. Es ist zwar eine Tendenz zu markanten Formen erkennbar, doch wird die oft aufwendige Konstruktion nur bei Bernhard Pfau und van den Broek und Bakema als Ausdrucksmittel genutzt. Die Öffnung der Sitzungssäle durch Glaswände, in der späteren Diskussion um Parlamentsbauten als Zeichen von Transparenz und öffentlicher Kontrolle der demokratischen Herrschaft geltend, spielt hier keine Rolle.

Trotz aller Bemühungen blieb das grundlegende Problem des Rathausbaus in der Nachkriegszeit ungelöst. Einerseits stand im Bereich der Architektur die funktionalistische Entwurfshaltung, gerade bei diesem Wettbewerb, nicht mehr in Frage, denn sie galt als Zeichen für die Abkehr vom Historismus und – im Sinne des Antitotalitarismus – für die Überwindung des Dritten Reichs und des Kommunismus. Außerdem versprach die prononcierte Zweckrationalität eine ebenso effiziente Verwaltung, passte zu einer rational begründeten demokratischen Herrschaftsform und erlaubte kostengünstige Bauten. Da sie jedoch gleichzeitig die Rathäuser, die ihrer Hauptaufgabe gemäß als Gehäuse der kommunalen Verwaltung begriffen wurden, anderen Bürobauten an-

glich, fehlte ihnen das von der Seite der Auftraggeber gewünschte Besondere, das den Vorrang der Politik gegenüber anderen Gesellschaftsbereichen und das Eigentümliche des jeweiligen Ortes gekennzeichnet hätte. Andererseits waren im Bereich des Politischen die Kommunen schon lange in vielfältige Abhängigkeiten geraten, und gerade dort bestand der Primat der Politik noch weniger als etwa auf Landes- oder Bundesebene, so dass die behauptete Eigenständigkeit tatsächlich allenfalls beschränkt existierte. Die weithin propagierte Vorstellung von einem Rathaus, das sich vor allen anderen Gebäuden der Stadt auszeichne und für die jeweilige Stadt typisch sei, fand sich so von zwei Seiten unter Druck: Ihr widersprachen sowohl das vorherrschende Verständnis von Architektur als auch die realen politischen Bedingungen; weder Form noch Inhalt stimmten so mit ihr überein. Damit ließ sich die Frage, wie ein Rathaus gestaltet werden solle, nicht befriedigend beantworten, denn jede, selbst eine formal gelungene Lösung musste spätestens an der Diskrepanz zwischen den hochgeschraubten Vorstellungen und den politischen Verhältnissen scheitern.

Obwohl auch der schließlich verwirklichte Entwurf von van den Broek und Bakema in diesem Dilemma gefangen blieb, kam er den vielfältigen Anforderungen der Auftraggeber entgegen. In der Verteilung des Gesamtvolumens auf mehrere Baukörper wiederholte er die Marler Stadtplanung im Kleinen und betonte den Ratstrakt gegenüber dem Verwaltungskomplex, um den Ort des demokratischen Geschehens hervorzuheben. Als Zeichen möglicher Teilhabe an der städtischen Regierung ist der Sitzungsbereich an den Längsseiten weit geöffnet, und die Vermeidung von Axialität und Symmetrie bedeutet den Verzicht auf traditionelle Darstellungen von Herrschaft und Würde. Damit sich das Rathaus dennoch von anderen Verwaltungsgebäuden, insbesondere jenen der Privatwirtschaft, abgrenzt, ist es durch aufwendige Konstruktionen und die sorgfältige, elegante Gestaltung ausgezeichnet. Diese beiden Elemente bewirken zudem die „futuristische“, der Zukunft zugewandte Erscheinung des Gebäudes, zumal die herausgestellte Erweiterbarkeit der Bürotürme ein weiteres wirtschaftliches Wachstum verspricht. Gerade die Türme weisen die neuartige Bauweise deutlich vor und stehen am Anfang einer neuen Technik, die allerdings zumeist um ihrer selbst willen eingesetzt wurde und nur selten die ihr angemessene Form fand. Auf den Aspekt der Einheit schließlich spielt das ungeteilte, mehrere unterschiedliche Räume überspannende Dach des Sitzungstrakts an.

Immerhin wurde mit van den Broek und Bakema ein Büro beauftragt, das nicht nur als höchst kompetent bei Großaufträgen und der Moderne seit ihren Anfängen verpflichtet galt, sondern auch besonders die zeichenhafte Dimension der Architektur berücksichtigte: Über die angemessene Zweckerfüllung und die soziale Verpflichtung eines Bauwerks

hinaus ging es mit dem von Bakema so oft bemühten Schlagwort um die „Funktion der Form“, also um die eigene Wirkung, die die Gestaltung des Gebäudes besitzt. Eben eine demokratisierende Wirkung von Architektur aber war in Marl gesucht. Beim Blick auf andere Projekte des Büros erscheint der Zusammenhang zwischen Form und Wirkung allerdings recht willkürlich, wenn etwa die gleichen Hochhäuser als Rathaus, Wohngebäude, Hotel oder Museum dienen. Da van den Broek und Bakema weder erklären, wie sie das Wesentliche einer Bauaufgabe erkennen, um dessen Ausdruck sie sich bemühen, noch den gemeinsamen Code benennen, der dieses Wesentliche dem Betrachter vermitteln könnte, lassen sich ihre Gestaltungsweisen nur schwer nachvollziehen.

Der zweite große internationale Rathaus-Wettbewerb der späten fünfziger Jahre, den die Stadt Toronto ausschrieb, um den unbefriedigenden Vorschlägen der lokalen Architekten begegnen und um Aufsehen über Kanada hinaus zu erregen, zeigt ganz ähnliche Ergebnisse. So erhält den ersten Preis ein Gebäude, das sich betont modern gibt, eine markante, von den üblichen Büroquadern abweichende Form besitzt und durch die ungewöhnliche und kostspielige Konstruktion die gesuchte Einzigartigkeit demonstriert. Erneut wird der Zeichenhaftigkeit ein besonderes Gewicht beigemessen: Die zentrale Stellung des Rates im demokratischen Herrschaftssystem auf kommunaler Ebene findet ihre Entsprechung in der Ausrichtung des Komplexes auf den Ratssaal in der Mitte.

Das Resultat der Bemühungen um ein neues Rathaus in Marl bleibt zwiespältig, weil die damit verbundenen Ziele allenfalls in Teilen erreicht wurden. Während das Gebäude in der Diskussion um die Auflösung des Amtsverbands und die Eingliederung der kleinen Gemeinden in die Stadt Marl im Rahmen der kommunalen Neuordnung in den 1970er Jahren tatsächlich als Argument diente und die große Resonanz in der Fachwelt, aber auch in der Tagespresse die gewünschte Werbung für die Stadt bedeutete, lässt sich der Einfluss auf die Demokratisierungsbemühungen wohl kaum nachweisen. Auch als Zeichen der Zukunftszugewandtheit konnte das Rathaus nur einige Jahre fungieren, da einerseits die Strukturkrise im Bergbau das Modell des ständigen Wirtschaftswachstums zerstörte und andererseits die zwangsläufig zeitgebundene Architektur bald nicht mehr als modern, sondern als Beispiel für überkommene Technikversessenheit galt. Geradezu ins Gegenteil verkehrt wurde das Ziel der Einheitsstiftung auf der politischen Ebene, weil die Entscheidung über den Bau in die zeitliche Nähe der Kommunalwahl fiel, so dass die CDU-Opposition das von der SPD-Mehrheit gebilligte Projekt angriff. Da es beide Seiten bei der Wiederholung ihrer eigenen Argumente beließen – zu hohe Kosten einerseits, Repräsenta-

tion der Demokratie andererseits –, entwickelte sich keine konstruktive Diskussion.

Dennoch bleibt das Marler Rathaus jenseits der Zeugnisqualität als Baudenkmal für die Gegenwart wichtig, weil es, selbst in einer Situation entstanden, in der die zeitgenössische Architektur zunehmend als in hohlem Schematismus gefangen kritisiert wurde, einen Weg aufzeigt, wie eine moderne, durchaus dem Prinzip der Innovation verpflichtete Architektur entstehen kann, ohne dass sich die ständige Neuerung auf das Äußerliche und einen bloß modischen Wandel beschränkte. Der Ansatz, neue Konstruktionen nicht lediglich anzuwenden, sondern für die Gestaltung nutzbar zu machen, stellt zumindest einen Schritt in diese Richtung dar, da die Koppelung von Inhalt und Form gewahrt bleibt und die Forderungen der Reformbewegungen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert, wie Materialgerechtigkeit und Ablesbarkeit der Konstruktion, umgesetzt werden. Indem sie sich um ein zeitgemäßes, „offeneres“ Gehäuse für wichtige Institutionen der Demokratie bemühen und so die Demokratisierung der Gesellschaft zu befördern versuchen, knüpfen van den Broek und Bakema an eines der bedeutenden sozialpolitischen Anliegen der Moderne der Zwischenkriegszeit an.

Allerdings erweist sich auch, dass die Auffassung des Architekten als gesellschaftlichen Demiurgen nicht weit trägt, da die Prägekraft der Architektur zumindest in diesem Falle nur gering erscheint. Entgegen der Vorstellung, Architektur (allein) könne die sozialen und politischen Verhältnisse verändern, stellt sie allenfalls einen Bereich unter anderen dar, der auf die Gesellschaft einwirkt; nicht „Steinhäuser machen Steinherzen“[831], sondern ein vielfältiges Bündel von Faktoren. Aus diesem Umstand resultiert die prekäre Stellung von Bauten für Einrichtungen der Demokratie: Ein zu konfliktfreies, idealisiertes Bild schlägt schnell in die Beschönigung der politischen Situation um; die gute Architektur wird dann als Fassade genutzt. Dagegen führt die reine Widerspiegelung der Zustände leicht dazu, dass die gegenwärtigen, zu verbessernden Verhältnisse zementiert werden; man verzichtet dann auf den utopischen Gehalt der Architektur.

Angesichts dieses Zwiespalts und der ohnehin begrenzten Auswirkungen erscheint eine stärkere Bescheidenheit angezeigt: Von übertriebenen Vorstellungen der Redefähigkeit und Wirkungsmacht von Architektur muss man sich verabschieden. Dies bedeutet jedoch kein Plädoyer für Beliebigkeit oder eine Architektur um ihrer selbst willen, vielmehr eröffnet sich mit der Lösung von allzu simplen Kausalitäten die Möglichkeit zu einer integrierten Betrachtung von Architektur und anderen gesellschaftlichen Faktoren.

---

831 Bruno Taut: Die Auflösung der Städte oder Die Erde eine gute Wohnung, Hagen 1920, Taf. 1.

9 Abkürzungsverzeichnis

Abkürzungen

CIAM	Congrès Internationaux d'Architecture Moderne
CWH	Chemische Werke Hüls
IG Farben	Interessengemeinschaft Farbenindustrie AG
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungs-vereinfachung
SVR	Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk

Siglen

SAdK	Stiftung Archiv der Akademie der Künste, Berlin
BAM	Bauarchiv der Stadt Marl
SAM	Stadtarchiv Marl
NAi	Nederlands Architectuurinstituut, Rotterdam

10 Literaturverzeichnis

Aalto, Elissa und Karl Fleig: Alvar Aalto. Bd. 3: Projekte und letzte Bauten, Zürich 1978

Abelshauser, Werner: Wirtschaft und Rüstung in den fünfziger Jahren, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. Bd. 4: Wirtschaft und Rüstung, Souveränität und Sicherheit, München 1997, S. 1-185

Abelshauser, Werner: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Frankfurt a. M. 1983

Actiecomité is tegen het gemeentehuisplan, in: Edese Courant, 25.7.1971

Adorno, Theodor W.: Funktionalismus heute, in: Theodor W. Adorno (Hg.): Ohne Leitbild. Parva Aesthetica, Frankfurt a. M. 1967, S. 104-127

Aicher, Otl: Planung in Mißkredit. Zur Entwicklung von Stadt und Land, in: Hans Werner Richter (Hg.): Bestandsaufnahme. Eine deutsche Bilanz. Sechsunddreißig Beiträge deutscher Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten, München, Wien, Basel 1962, S. 398-420

Aicher, Otl: Ruhrgebiet. Man holt alles heraus und steckt nichts hinein, in: Die Zeit, 24.11.1967

Als die Richtkrone hochschwebte: Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre, in: Marler Zeitung, Nr. 23, 28.1.1964

Aluminium ziert neue Rathaus-Türme, in: Marler Zeitung, Nr. 270, 20.11.1964

Die andere Tradition. Architektur in München von 1800 bis heute, München ^{3}1986

Der Architekt, 1989, Nr. 10 (Themenheft Architektur und Demokratie), S. 481-511

Architekten kennen keine Zonengrenze, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 49, 27.8.1958

Architekten-Wettbewerb für Marler Rathaus noch 1955, in: Marler Zeitung, Nr. 219, 21.9.1955

Architektur aus Leidenschaft, Wien, München ^{2}1974

Architektur im Ruhrgebiet. Kreis Recklinghausen, Recklinghausen 1986

Architektur in Duisburg, Duisburg 1994

Architektur und Städtebau der fünfziger Jahre. Ergebnisse der Fachtagung in Hannover, 2.-4. Februar 1990, Bonn 1990 (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 41)

Architektur und Städtebau im Kräftefeld der Gesellschaft. Eine lebhafte Aussprache, in: Der Städtetag, N. F., 10. Jg., 1957, Nr. 11, S. 504-514

Architektur - Urbanismus. Architectengemeenschap van den Broek en Bakema, Stuttgart 1976 (Dokumente der modernen Architektur. Beiträge zur Interpretation und Dokumentation des Bauens, Bd. 12)

Architektur - Wettbewerbe. Bd. 19: Rathäuser und Stadthallen, Stuttgart 1956

architektur wettbewerbe. Bd. 33: Rathäuser, Stuttgart 1962

architektur wettbewerbe. Bd. 43: Die City, Stuttgart 1965

architektur wettbewerbe. Sonderheft: Rathauszentrum Marl, Stuttgart 1958

Arndt, Adolf: Demokratie als Bauherr, in: Adolf Arndt (Hg.): Geist in der Politik. Reden, Berlin 1965, S. 217-237

Arnold, Sabine R., Christian Fuhrmeister und Dietmar Schiller: Hüllen und Masken der Politik. Ein Aufriß, in: Sabine R. Arnold, Christian Fuhrmeister und Dietmar Schiller (Hg.): Politische Inszenierung im 20. Jahrhundert. Zur Sinnlichkeit der Macht, Wien, Köln, Weimar 1998, S. 7-24

Arnold, Sabine R., Christian Fuhrmeister und Dietmar Schiller (Hg.): Politische Inszenierung im 20. Jahrhundert. Zur Sinnlichkeit der Macht, Wien, Köln, Weimar 1998

Arthur, Eric: Those Were Hectic Days, in: Toronto Telegram, 11.9.1965, S. 81

Arthur, E[ric] R.: New City Hall and Civic Square, in: City of Toronto (Hg.): Municipal Handbook, Toronto 1959, S. 19-23

Assmann, Aleida: Zum Problem der Identität aus kulturwissenschaftlicher Sicht, in: Rolf Lindner (Hg.): Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität, Frankfurt a. M., New York 1994, S. 13-35

Aufruf zum Rathaus-Richtfest, in: Marler Zeitung, Nr. 21, 25./26.1.1964

Bäte, Ulrich: Rathäuser, in: architektur wettbewerbe. Bd. 49: Verwaltung, Rathäuser, Bürobauten, Stuttgart 1967, S. IV-XVI

Baeten, Jean-Paul: Een telefooncel op de Lijnbaan. De traditie van een architectenbureau. M. Brinkman, Brinkman en Van der Vlugt, Van den Broek en Bakema, Rotterdam 1995

Baeten, Jean-Paul und Karin Schomaker: Michiel Brinkman 1873-1925, Rotterdam o. J. [1995] (BONAS, Bd. 1)

Bahrdt, Hans Paul: Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau, Reinbek 1961

Bakema, Jacob Berend: Architetturbanistica. Urbanizzazione totale. La società controllata del sindacato, in: Camillo Gubitosi und Alberto Izzo (Hg.): Van den Broek / Bakema, Roma 1976, S. 20-44

Bakema, Jacob Berend: Gedanken zur Architektur, in: Jürgen Joedicke (Hg.): Architektur und Städtebau. Das Werk van den Broek und Bakema, Stuttgart 1963 (Dokumente der Modernen Architektur, Bd. 3), S. 111

Bakema, Jacob Berend: Il mezzo cinematografico. Migliore visualizzazione, migliore comprensione, migliore partecipazione, in: Camillo Gubitosi und Alberto Izzo (Hg.): Van den Broek / Bakema, Roma 1976, S. 45-50

Bakema, Jacob Berend: Die Revolte der Masse, in: Jürgen Joedicke (Hg.): Architektur und Städtebau. Das Werk van den Broek und Bakema, Stuttgart 1963 (Dokumente der Modernen Architektur, Bd. 3), S. 82-83

Bakema, Jacob Berend: Role of the Architect, in: Alison Smithson (Hg.): Team 10 Primer, London 1968, S. 24-30

Bakema, J[acob] B[erend]: Total Energy – Total Urbanisation, in: Marianne Gray (Hg.): J. B. Bakema. Thoughts about Architecture, London 1981, S. 140-143

Bakema, J[acob] B[erend]: Van stoel tot stad. Een verhaal over mensen en ruimte, Zeist, Antwerpen o. J. [1964]

Bakema, J[acob] B[erend] und Franz Vaessen: Eine Stadt baut sich ihr Haus, in: Bauwelt, 53. Jg., 1962, Nr. 3, S. 67-72

Baldwin, J.: Bucky Works. Buckminster Fuller's Ideas for Today, New York u. a. 1996

Banham, Reyner: The New Brutalism, in: Architectural Review, 118. Jg., 1955, Nr. 708, S. 355-361

Barbieri, S. Umberto (Hg.): Architectuur en planning. Nederland 1940-1980, Rotterdam 1983

Battis, Ulrich: Demokratie als Bauherrin, in: Staatswissenschaft und Staatspraxis, 5. Jg., 1994, Nr. 2, S. 255-266

Bauausschuß verpaßt Marler Rathaustürmen ein Korselett aus Stahl, in: Marler Zeitung, Nr. 26, 31.1.1985

Baubehörde der Freien und Hansestadt Hamburg (Hg.): Geschossflächenzahlen. Grundlage neuzeitlicher Stadtplanung, Hamburg 1960 (Schriftenreihe zum Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen, Bd. 28)

Baumann, [Paul]: Die Bedeutung und Entwicklung der chemischen Industrie im Raume Marl, in: Großstadtbildung in industriellen Entwicklungsräumen. Das Beispiel Marl, Köln 1960 (Beiträge und Untersuchungen des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, N.F., Bd. 53), S. 51-66

BdA-Architekten tagten in Marl, in: Marler Zeitung, Nr. 295, 19./20.12.1964

Beck, Hans-Werner: "Verwaltungs-Türme" bestimmen das Rathaus der Zukunft, in: Heidelberger Tageblatt, 17.11.1960

Beckers, Rolf: Der Architekt Paul Schneider-Esleben, Weimar 1995

Behnisch, Günter: Der Architekt und Bauen in der Demokratie, in: Der Architekt, 1989, Nr. 10, S. 497-501

Behrenbeck, Sabine: Gefallenengedenken in der Weimarer Republik und im "Dritten Reich", in: Sabine R. Arnold, Christian Fuhrmeister

und Dietmar Schiller (Hg.): Politische Inszenierung im 20. Jahrhundert. Zur Sinnlichkeit der Macht, Wien, Köln, Weimar 1998, S. 35-55

Bellah, Robert N.: Zivilreligion in Amerika, in: Heinz Kleger und Alois Müller (Hg.): Religion des Bürgers. Zivilreligion in Amerika und Europa, München 1986, S. 19-41

Benedict, Andreas: 80 Jahre im Dienst des Ruhrgebiets. Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (SVR) und Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) im historischen Überblick 1920-2000, Essen 2000

Benevolo, Leonardo: Geschichte der Architektur des 19. und 20. Jahrhunderts. Bd. 2: Die moderne Bewegung, München ^{6}1994

Benevolo, Leonardo: Geschichte der Architektur des 19. und 20. Jahrhunderts. Bd. 3, München ^{3}1994

Beratungsstelle für Stahlverwendung (Hg.): Berichte über Stahlverwendung und Stahlwerbung. Hängehäuser in Stahlkonstruktion, o. O. 1959

Beyme, Klaus von: Der Wiederaufbau. Architektur und Städtebaupolitik in beiden deutschen Staaten, München, Zürich 1987

Beyme, Klaus von (Hg.): Neue Städte aus Ruinen. Deutscher Städtebau der Nachkriegszeit, München 1992

Biografie, in: Forum, 34. Jg., 1990, Nr. 3, S. 48

Bleeker, R. D.: Raadhuizen, in: Bouw, 15. Jg., 1960, Nr. 12, S. 330-355

Bluntschli, F. und G. Lasius: Stadt- und Rathäuser, in: Josef Durm, Hermann Ende und Eduard Schmitt (Hg.): Handbuch der Architektur: IV. Teil, 7. Halbbd., 1. Heft, Stuttgart ^{2}1900

Bode, Peter M.: Der Turmbau zu München, in: Matthias Schreiber (Hg.): Deutsche Architektur nach 1945. Vierzig Jahre Moderne in der Bundesrepublik, Stuttgart 1986, S. 98-100

Bodo Rasch. Ideen, Projekte, Bauten. Werkbericht 1924-1984, Stuttgart 1984

Boll, Kuno: Hängehaus der Medizinischen Fakultät der Universität Köln. Zur Berechnung und Konstruktion des Tragwerks, Vortrag auf dem Betontag in Berlin, 9.-11.5.1973

Boll, Kuno, Richard Doetsch und Klaus Hettasch: Das Bettenhaus der Medizinischen Fakultät der Universität zu Köln. Ein Hängehaus mit zwei Kernen, in: Bauingenieur, 48. Jg., 1973, Nr. 7, S. 233-249

Bolten, Jetteke: J. B. Bakema 1914-1981. The Built Environment Seen as Spatial Narrative, in: Dutch Art & Architecture Today, 10. Jg., 1981, Nr. 12, S. 27-36

Borisovskij, G.: Zagljanem v budušcee, in: Architektura SSSR, 1960, Nr. 12, S. 32-35

Bornemann, E[rich]: Franz Vaessen wird 60 Jahre, in: Beton- und Stahlbetonbau, 58. Jg., 1963, Nr. 5, S. 127

Boullée, Étienne-Louis: Architecture. Essai sur l'art, in: J[ean]-M[arie] Pérouse de Montclos (Hg.): Étienne-Louis Boullée. L'Architecte visionnaire et néoclassique, Paris 1993, S. 41-182

Bouwen voor een open samenleving. Brinkman, Brinkman, Van der Vlugt, Van den Broek, Bakema, Ausst.-Kat. Rotterdam o. J. [1962]

Het B.P.-gebouw te Antwerpen, in: Bouwkundig Weekblad, 83. Jg., 1965, Nr. 14, S. 270-272

Brack, Ulrich: Der "Ausländer-Einsatz" bei den Chemischen Werken Hüls während des Zweiten Weltkrieges, in: Der Lichtbogen, 37. Jg., 1988, Nr. 207, S. 18-41

Brack, Ulrich: Kriegsende und Kriegsfolgen, in: Ulrich Brack und Klaus Mohr (Hg.): Neubeginn und Wiederaufbau. Marl in der Nachkriegszeit 1945-1949, Essen 1994, S. 12-23

Brandt, Hans-Jürgen: Das Hamburger Rathaus, Diss., Technische Hochschule Hannover 1955

Briefe, in: Bauwelt, 54. Jg., 1963, Nr. 36, S. 1045f.

Briefe an die Redaktion, in: Bauwelt, 49. Jg., 1958, Nr. 45, S. 1089

Broek, J[ohannes] H[endrik] van den: Het auditorium voor de Technische Hogeschool te Delft. Stedebouwkundige en architectonische conceptie, in: Cement, 15. Jg., 1963, Nr. 12, S. 730-732

Broek, Johannes Hendrik van den: Baukunst im Dienst der Kirche, in: Jürgen Joedicke (Hg.): Architektur und Städtebau. Das Werk van den Broek und Bakema, Stuttgart 1963 (Dokumente der Modernen Architektur, Bd. 3), S. 190-191

Broek, Johannes Hendrik van den: Schöpferische Kräfte in der Architektur der Niederlande, in: Jürgen Joedicke (Hg.): Architektur und Städtebau. Das Werk van den Broek und Bakema, Stuttgart 1963 (Dokumente der Modernen Architektur, Bd. 3), S. 86-89

Broek, Johannes Hendrik van den und Jacob Berend Bakema: Architektur und Städtebau. 15 Jahre van den Broek und Bakema, in: Jürgen Joedicke (Hg.): Architektur und Städtebau. Das Werk van den Broek und Bakema, Stuttgart 1963 (Dokumente der Modernen Architektur, Bd. 3), S. 15-19

Brüder, zur Sonne. Die Conle-Saga (2), in: Freie Presse. Mühlheimer Stadtmagazin, 10. Jg., 1986, Nr. 4, S. 19-22

Brunnhuber, Stefan: Die Ordnung der Freiheit. Das Modell der Offenen Gesellschaft bei K. Popper in der Soziologie der Gegenwart, Opladen 1999

Buch, Joseph: Ein Jahrhundert niederländischer Architektur. 1890-1990, München 1997

Buekschmitt, Justus: Grundlagen der Entwicklung, in: Marl. Geburt einer Großstadt, Hamburg o. J. [1957], S. 17-33

Bürgermeisterforderung für das Rathaus: Heimstatt bürgerlichen Selbstbewußtseins, in: Westfälische Rundschau, Nr. 52, 2.3.1962

Bürkle, J. Christoph: Hans Scharoun, Zürich 1993

Buffinga, A. und T. J. Homan: Hangende constructies en hun architectonische vorm, in: Bouw, 17. Jg., 1962, Nr. 47, S. 1728-1731

Burghardt, Werner: Das "Kölschland" Vest Recklinghausen, in: Vergessene Zeiten. Mittelalter im Ruhrgebiet. Bd. 2, Essen 1990, S. 55-58

Carlo, Giancarlo de: Talk on the Situation of Contemporary Architecture, in: Oscar Newman (Hg.): CIAM '59 in Otterlo. Arbeitsgruppe für die Gestaltung soziologischer und visueller Zusammenhänge, Stuttgart 1961 (Dokumente der Modernen Architektur, Bd. 1), S. 80-91

Choay, Françoise und Lucien Hervé: Das UNESCO-Gebäude in Paris, Stuttgart 1958

The City as Temptation. Two Architecture Walks through the Center of Rotterdam, Rotterdam 1997

Die Conle-Saga. Ein deutsches Wirtschaftswunder, in: Freie Presse. Mühlheimer Stadtmagazin, 10. Jg., 1986, Nr. 3, S. 18-21

Conradi, Peter: Architektur und Politik, in: Der Architekt, 1989, Nr. 10, S. 502-505

Conrads, Ulrich und Werner Marschall: Neue deutsche Architektur 2, Stuttgart 1962

Damus, Martin: Das Rathaus. Architektur und Sozialgeschichte von der Gründerzeit zur Postmoderne. Schwerpunkt: Rathausbau 1945-1986 in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1988

Dendy, William und William Kilbourn: Toronto Observed. Its Architec ture, Patrons, and History, Toronto 1986

Dettingmeijer, Rob: Van Euromast tot het Nederlands paviljoen in Osaka, in: Forum, 34. Jg., 1990, Nr. 3, S. 35-37

Dettingmeijer, Rob und Arjen Oosterman: Monumentaliteit gebaseerd op een dynamisch ruimteprincipe. Minder bekende ontwerpthema's in het werk van Van den Broek en Bakema, in: Van den Broek en Bakema 1948-1988. Architectuur en stedenbouw. De functie van de vorm, Rotterdam 2000, S. 58-67

Deutsche Rathäuser, Frankfurt a. M. 1958

Deutsche Rathäuser. Mit einer Einführung von H[einz] R[udolf] Rosemann, Stuttgart 1952 (Die schönen Bücher, Reihe B, Bd. 4)

Dijk, Hans van: Forum, in: S. Umberto Barbieri (Hg.): Architectuur en planning. Nederland 1940-1980, Rotterdam 1983, S. 146-152

Döring, Eberhard: Karl R. Popper: "Die offene Gesellschaft und ihre Feinde". Ein einführender Kommentar, Paderborn u. a. 1996

Doering, Ernst: „Überfahren ...“, in Marler Zeitung, Nr. 285, 10.12.1963

Doesburg, Theo van: Tot een beeldende architectuur, in: De Stijl, 6. Jg., 1924, Nr. 6/7, S. 78-83

13 Millionen DM für neues Rathaus, in: Marler Zeitung, Nr. 92, 21.4.1959

Drexler, Arthur und Axel Menges: Architektur von Skidmore, Owings & Merrill, 1963-1973, Stuttgart 1974

Drie stadhuizen, in: Bouw, 13. Jg., 1958, Nr. 45, S. 1178-1181

Durth, Werner: Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900-1970, München 1992

Durth, Werner: Städtebau und Weltanschauung, in: Rosmarie Beier (Hg.): Aufbau West, Aufbau Ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit, Ostfildern-Ruit 1997, S. 35-49

Durth, Werner: Von der Auflösung der Städte zur Architektur des Wiederaufbaus, in: Gabi Dolff-Bonekämper und Hiltrud Kier (Hg.): Städtebau und Staatsbau im 20. Jahrhundert, München, Berlin 1996, S. 17-38

Durth, Werner, Jörn Düwel und Niels Gutschow: Aufbau. Städte, Themen, Dokumente. Architektur und Städtebau der DDR. Bd. 2, Frankfurt a. M., New York 1998

Durth, Werner, Jörn Düwel und Niels Gutschow: Ostkreuz. Personen, Pläne, Perspektiven. Architektur und Städtebau der DDR. Bd. 1, Frankfurt a. M., New York 1998

Durth, Werner und Niels Gutschow: Architektur und Städtebau der fünfziger Jahre, Bonn 1987 (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 33)

Dusschoten, H. van: Het auditorium voor de Technische Hogeschool te Delft. De constructie, in: Cement, 16. Jg., 1964, Nr. 3, S. 161-170

Dusschoten, H. van: Het auditorium voor de Technische Hogeschool te Delft. De constructie van het dak, in: Cement, 16. Jg., 1964, Nr. 5, S. 270-274

Edelman, Murray: Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handels, Frankfurt a. M. 1976

Edelman, Murray: Space and Social Order, in: Journal of Architectural Education, 32. Jg., 1978, Nr. 2, S. 2-7

Edificio El Pilar, in: Elarqa, 5. Jg., 1996, Nr. 19, S. 26-29

Ehrhardt, Hans J.: Die Gründung und Bergschädensicherung des Zentralgebäudes beim Rathausneubau Marl, 2. Bauabschnitt, in: Beton- und Stahlbetonbau, 58. Jg., 1963, Nr. 6, S. 143-147

Engel, H. J. J.: De constructie van het Overbeekhuis te Rotterdam, in: Bouwkundig Weekblad, 83. Jg., 1965, Nr. 14, S. 254-263

Engel, H. J. J.: Het opgehangen gebouw, in: Bouwkundig Weekblad, 83. Jg., 1965, Nr. 14, S. 249-253

Entscheidung zur Form. Monographie eines Baues, Wien, München 1973

Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Bd. 79, Tübingen 1989

Epping, B[ernd], V. Henke und K[arl] Kordina: Rathaustürme in Marl. Schäden und Sanierung, in: Bauingenieur, 62. Jg., 1987, S. 15-20

Esser, Raimund: Die wirtschaftliche Entwicklung der Chemischen Werke Hüls (CWH) von 1945 bis 1949, in: Ulrich Brack und Klaus Mohr (Hg.): Neubeginn und Wiederaufbau. Marl in der Nachkriegszeit 1945-1949, Essen 1994, S. 117-133

Faber, Tobias: Arne Jacobsen, Stuttgart 1964

Fabriekscomplex voor Hispano Suiza Nederland te Breda, in: Forum, 8. Jg., 1953, Nr. 3, S. 80-91

Fehl, Gerhard: Gartenstadt und Bandstadt. Konkurrierende Leitbilder im deutschen Städtebau, in: Die alte Stadt, 27. Jg., 2000, Nr. 1, S. 48-67

Fendel, Ute: Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland Ost und West. Ein Vergleich anhand kommunaler Repräsentativbauten, Diss., Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn 1996

Fezer, Jesko (Hg.): Housing the Street. Halbstarker Urbanismus des Team 10 ab 1953, Ausst.-Kat. Berlin ^{2}2001

Flagge, Ingeborg (Hg.): Architektur des Staates. Eine kritische Bilanz staatlichen Bauens in Nordrhein-Westfalen von 1946 bis heute, Düsseldorf ^{2}1986 (Architektur in der Demokratie, Bd. 1)

Flagge, Ingeborg und Wolfgang Jean Stock (Hg.): Architektur und Demokratie. Bauen für die Politik von der amerikanischen Revolution bis zur Gegenwart, Stuttgart 1992

Fleig, Karl: Alvar Aalto. Bd. 1: 1922-1962, Zürich 1963

Fleig, Karl: Alvar Aalto. Bd. 2: 1963-1970, Zürich 1971

Frampton, Kenneth: Die Architektur der Moderne. Eine kritische Baugeschichte, Stuttgart 1989

Freedman, Adele: Think Mega, in: Toronto Life, 33. Jg., Nr. 3, 1999, S. 86-92

Fröschl, Thomas: Rathäuser und Regierungspaläste. Die Architektur als Hauptinstrument republikanischer Selbstdarstellung in Europa und Nordamerika vom 16. zum 20. Jahrhundert, in: Dario Gamboni und Georg Germann (Hg.): Zeichen der Freiheit. Das Bild der Republik in der Kunst des 16. bis 20. Jahrhunderts, Ausst.-Kat. Bern 1991 (Europäische Kunstausstellung unter dem Patronat des Europarates, Bd. 21), S. 11-28

Füeg, Franz: Van den Broek und Bakema. Ein Beitrag zur Geschichte der Architektur, in: Bauen + Wohnen, 14. Jg., 1959, Nr. 10, S. 333-338

Fulford, Robert: Going Public, in: Toronto Life, 29. Jg., Nr. 13, 1995, S. 53-59

Garmann, [Bernhard August]: Zur Einweihung des neuen Amtshauses, in: Marler Zeitung, Nr. 116, 19.5.1922

Gauger, Jörg-Dieter und Justin Stagl (Hg.): Staatsrepräsentation, Berlin 1992 (Schriften zur Kultursoziologie, Bd. 12)

Gausmann, Dagmar: "Ein Bild von einer Stadt". Eine Industriestadt auf der Suche nach ihrer Mitte. Das Beispiel Marl, in: Rolf Lindner (Hg.): Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität, Frankfurt a. M., New York 1994, S. 158-182

Geist, Johann Friedrich und Klaus Kürvers: Das Berliner Mietshaus. Bd. 3: 1945-1989. Eine dokumetarische Geschichte der Ausstellung "Berlin plant / Erster Bericht" 1946 und der Versuche, auf den Trümmern der Hauptstadt des Großdeutschen Reiches ein NEUES BERLIN zu bauen, aus dem dann zwei geworden sind, München 1989

Gellhorn, Alfred: Südamerikas Beitrag zur neuen Architektur, in: Bauwelt, 45. Jg., 1954, Nr. 33, S. 643-647

Gemeente Terneuzen, Terneuzen 1999

Gespräch am Runden Tisch war Kommunalpolitik am Fließband, in: Marler Zeitung, Nr. 65, 17.3.1961

Giedion, S[igfried]: The Heart of the City. A Summing-Up, in: J[aqueline] Tyrwhitt, J[osep] L[luis] Sert und E[rnesto] N[athan] Rogers (Hg.): The Heart of the City. Towards the Humanisation of Urban Life, London 1952, S. 159-163

Giedion, Sigfried: Die Herrschaft der Mechanisierung. Ein Beitrag zur anonymen Geschichte, Frankfurt a. M. 1982 (Europäische Bibliothek, Bd. 8)

Giedion, Sigfried: Raum, Zeit, Architektur. Die Entstehung einer neuen Tradition, Ravensburg 1965

Giefer, Alois, Franz Sales Meyer und Joachim Beinlich (Hg.): Planen und Bauen im neuen Deutschland, Köln, Opladen 1960

Glaeser, Ernst: Marl - ein geniales Experiment, in: Welt am Sonntag, Nr. 3, 15.1.1961

Glanzvolles erstes Rathaus-Fest, in: Marler Zeitung, Nr. 125, 2.6.1964.

Gneisz, Doris: Das antike Rathaus. Das griechische Bouleuterion und die frührömische Curia, Wien 1990

Göderitz, Johannes, Roland Rainer und Hubert Hoffmann: Die gegliederte und aufgelockerte Stadt, Tübingen 1957

Goetz, Hans-Werner: Die Grundherrschaft des Klosters Werden und die Siedlungsstrukturen im Ruhrgebiet im frühen und hohen Mittelalter, in: Vergessene Zeiten. Mittelalter im Ruhrgebiet. Bd. 2, Essen 1990, S. 80-88

Goffman, Erving: The Presentation of Self in Everyday Life, New York 1959

Goodsell, Charles T.: The Social Meaning of Civic Space. Studying Political Authority through Architecture, Lawrence 1988

Gout, F. P.: Het socio-culturele leven in Nederland 1945-1980, in: Algemene geschiedenis der Nederlanden. Bd. 15: Nieuwste tijd, Harlem 1982, S. 337-368

Gray, Marianne (Hg.): J. B. Bakema. Thoughts about Architecture, London 1981

Greenblatt, Stephen: Wunderbare Besitztümer. Die Erfindung des Fremden. Reisende und Entdecker, Darmstadt 1994

Grisebach, August: Das deutsche Rathaus der Renaissance, Berlin 1907

Großstadtbildung in industriellen Entwicklungsräumen. Das Beispiel Marl, Köln 1960 (Beiträge und Untersuchungen des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, N.F., Bd. 53)

Grundsätze für die Errichtung von Hochhäusern – Richtlinien für die bauaufsichtliche Behandlung vom 30.12.1954 in der Fassung vom 20.5.1957, in: Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen, Ausgabe A, 10. Jg., Nr. 61, 31.5.1957, Sp. 1226

Grundsteinlegung in Marl, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.11.1960

Grunsky, Eberhard: Baudenkmäler der Nachkriegszeit? Beispiele aus Westfalen, in: Edeltraud Klueting (Hg.): Der Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg und die Probleme des Denkmalschutzes, Münster 1990, S. 21-97

Gubitosi, Camillo und Alberto Izzo: Marcel Breuer. Architettura 1921-80, Ausst.-Kat. Napoli 1981

Gubitosi, Camillo und Alberto Izzo: Van den Broek / Bakema, Ausst.-Kat. Napoli 1976

Günter, Martin und Hubert K. Hilsdorf: Beton und Stahlbetonkonstruktionen. Möglichkeiten und Grenzen der Instandsetzung, in: Konservierung der Moderne? Über den Umgang mit den Zeugnissen der Architekturgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1996 (ICOMOS - Hefte des Deutschen Nationalkomitees, Bd. 24), S. 108-113

Haagsmaa, Ids und Hilde de Haan: Das zweite Rathaus von Terneuzen. Ein Erweiterungsbau mit unterirdischer Anbindung, in: Bauwelt, 88. Jg., 1997, Nr. 43/44, S. 2480-2485

Haberl, Walter (Hg.): Wer ist wer? Das deutsche Who's who, Berlin 1962

Habraken, N[icolaas] J[ohn]: De drager en de mensen, Amsterdam 1961

Hackelsberger, Christoph: Architektur des Staates. Demokratie als Bauherr, in: Ingeborg Flagge (Hg.): Architektur des Staates. Eine kritische Bilanz staatlichen Bauens in Nordrhein-Westfalen von 1946 bis heute, Düsseldorf ^{2}1986 (Architektur in der Demokratie, Bd. 1), S. 22-32

Hanemann, Ina und Petra Holtmann: Zeitzeugen. Heinz Rasch - "Häuser, die zweckmäßig sind, sind auch schön", in: Deutsches Architektenblatt, Ausg. Baden-Württemberg, 29. Jg., 1997, Nr. 11, S. 1642-1643

Hasler, Thomas: Architektur als Ausdruck. Rudolf Schwarz, Berlin, Zürich 2000

Hatje, Frank: Repräsentation der Staatsgewalt. Herrschaftsstrukturen und Selbstdarstellung in Hamburg 1700-1900, Basel, Frankfurt a. M. 1997

Hatje, Gerd, Hubert Hoffmann und Kurt Kaspar: Neue deutsche Architektur, Stuttgart 1956

Hebebrand, Werner: Rudolf Heiland, Bauherr von Marl, in: Bauwelt, 56. Jg., 1965, Nr. 26/27, S. 753

Hebebrand, Werner: Um die Marler Stadtkrone. Ein europäischer Wettbewerb, in: Bauwelt, 49. Jg., 1958, Nr. 14, S. 315-327

Heiland, Rudolf: „Auskreisung aus dem Landkreis ist reif ...“, in: Marler Zeitung, Sonderausgabe, 7.5.1956

Heiland, Rudolf: In Marl wächst die Großstadt im Grünen, in: Marler Zeitung, Nr. 263, 10.11.1960

Der Heiland des Ruhrgebiets. Die Conle-Saga (5), in: Freie Presse. Mühlheimer Stadtmagazin, 11. Jg., 1987, Nr. 3, S. 27-31

Hendler, Reinhard: Das Prinzip Selbstverwaltung, in: Josef Isensee und Paul Kirchhof (Hg.): Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 4: Finanzverfassung, bundesstaatliche Ordnung, Heidelberg 1990, S. 1133-1170

Hentrich, Helmut: Bauzeit. Aufzeichnungen aus dem Leben eines Architekten, Düsseldorf 1995

Hentrich, Helmut: Hängekonstruktion an der Alster, in: Spiralen. Jahrbuch der Freien Akademie der Künste in Hamburg, 1965, S. 183-188

Hillebrecht, Rudolf: Architektur und Städtebau in Ost und West, in: Der Städtetag, N. F., 10. Jg., 1957, Nr. 9, S. 390-400

Hillebrecht, Rudolf: Über den Aufbau von Hannover. Zur Darstellung städtebaulicher Planungen in der Deutschen Bundesrepublik, in: Deutsche Architektur, 6. Jg., 1957, Nr. 2, S. 90-97

Hillebrecht, Rudolf: Über den Neubau von Rathäusern, in: Bauamt und Gemeindebau, 28. Jg., 1955, Nr. 1, S. 9-11

Hillenhinrichs, [Theodor]: Die Entwicklung des Kohlenbergbaus im Raume Marl, in: Großstadtbildung in industriellen Entwicklungsräumen. Das Beispiel Marl, Köln 1960 (Beiträge und Untersuchungen des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, N.F., Bd. 53), S. 39-50

Hipp, Hermann und Ernst Seidl: Architektur als politische Kultur. Philosophia practica, Berlin 1996

Hitchcock, Henry Russell: HPP. Bauten und Entwürfe, Düsseldorf, Wien 1973

hl: Zu diesem Heft, in: architektur wettbewerbe. Sonderheft: Rathauszentrum Marl, Stuttgart 1958, S. 4

Hochtief Nachrichten, 40. Jg., 1967, Nr. 1

Hoffacker, Heinz Wilhelm: Entstehung der Raumplanung, konservative Gesellschaftsreform und das Ruhrgebiet 1918-1933, Essen 1989

Hoffmann, Kurt und Alex Pagenstecher (Hg.): Büro- und Verwaltungsgebäude. Eine internationale Auswahl kleinerer, mittlerer und großer Bauten, Stuttgart 1956

Hommage à Bernhard Pfau. Dokumentation eines Seminars über das Werk Bernhard Pfaus im SS [sic] 1996. Anläßlich des drohenden Abrisses des Studienhauses, Düsseldorf 1999 (ad, Bd. 25)

Hooykaas, Frans: Het bureau. De gang van zaken, in: Van den Broek en Bakema 1948-1988. Architectuur en stedenbouw. De functie van de vorm, Rotterdam 2000, S. 20-30

Hôtel de ville de Marl. Résultats du concours, in: L'Architecture d'aujourd'hui, 1958, Nr. 80, S. XXIII, XXV

Hungenberg, Werner: Ästhetik und Funktionalität - kein Widerspruch!, in: bürotechnik, 28. Jg., 1980, Nr. 2, S. 125-129

Ibelings, Hans: Niederländische Architektur des 20. Jahrhunderts, München, New York 1995

Ibelings, Hans: Professionalisme. Het beeld van een bureau, in: Van den Broek en Bakema 1948-1988. Architectuur en stedenbouw. De functie van de vorm, Rotterdam 2000, S. 15-19

Im Marler Rathaus. Colloquium um das Marler Rathaus, in: Der Architekt, 14. Jg., 1965, Nr. 2, S. 50-55

Indbudt konkurrence om et rådhus i Marl, in: Arkitekten, 1958, Nr. 10, S. 166-169

Die „insel“. Marl präsentiert sein neues Bildungsheim, in: Marler Zeitung, Nr. 6, 8./9.1.1955

Die Interbau wird diskutiert. Die ersten Ergebnisse, Wiesbaden, Berlin 1960

Internationale Bauausstellung Emscher Park (Hg.): Katalog der Projekte 1999, o. O. [Gelsenkirchen] 1999

Internationaler Ideenwettbewerb Rathaus Marl 1958, in: Architektur und Wohnform, 66. Jg., 1958, Nr. 5, S. *25*-*30*

Iserlohe, Norbert: Marl - eine Stadt aus dem Baukasten, in: Kölnische Rundschau, 6.5.1964

Jacob, Werner: Koordinierung der Sachverständigen bei großen Bauvorhaben, in: Der Deutsche Baumeister, 24. Jg., 1963, Nr. 6, S. 506-508

Jacobs, Jane: Tod und Leben großer amerikanischer Städte, Berlin, Frankfurt a. M., Wien 1963 (Bauwelt Fundamente, Bd. 4)

Jaeger, Falk: Bauen in Deutschland. Ein Führer durch die Architektur des 20. Jahrhunderts in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin, Stuttgart 1985

Jaeger, Falk: Rathäuser, in: Deutsche Bauzeitung, 115. Jg., 1981, Nr. 2, S. 10-21

Jähnig, Werner: Grundsätze für den Bau von kommunalen Verwaltungsgebäuden, Köln ^{2}1956

Die Jagd ist auf. Die Conle-Saga (4), in: Freie Presse. Mühlheimer Stadtmagazin, 11. Jg., 1987, Nr. 2, S. 32-35

Janofske, Eckehard: Architektur-Räume. Idee und Gestalt bei Hans Scharoun, Braunschweig, Wiesbaden 1984

Jaspert, Fritz: Vom Städtebau der Welt, Berlin 1961

Jehle-Schulte Strathaus, Ulrike, Bruno Reichlin und Adolf Max Vogt: Architektur 1940-1980, Frankfurt a. M., Wien, Berlin 1980

Joedicke, Jürgen: Architektur und Städtebau. Das Werk van den Broek und Bakema, Stuttgart 1963 (Dokumente der Modernen Architektur, Bd. 3)

Joedicke, Jürgen: Auf Zug beanspruchte Konstruktionen. Anwendungsmöglichkeiten im Stockwerkbau, in: Bauen + Wohnen, 18. Jg., 1963, Nr. 4, S. 158-159

Joedicke, Jürgen: Bürobauten, Stuttgart 1959

Joedicke, Jürgen: Moderne Architektur. Strömungen und Tendenzen, Stuttgart, Bern 1969 (Dokumente der Modernen Architektur, Bd. 7)

Johnson, Philip und Hanno Rauterberg: Der große Verwandler, in: Die Zeit, Nr. 29, 11.7.2002, S. 34

Jones, Cranston: Marcel Breuer 1921-1962, Stuttgart 1962

Jones, Peter Blundell: Hans Scharoun, London 1995

Kähler, Gert: Architekten-Porträt. Bernhard Pfau, in: Der Architekt, 1986, Nr. 3, S. 136-140

Kalman, Harold: A History of Canadian Architecture. Bd. 2, Toronto, New York, Oxford 1994

Kantoorgebouw Société B.P. voor België te Antwerpen, in: Bouw, 1965, Nr. 6, S. 178-181

Kantoorgebouw voor Philips te Eindhoven, in: Bouwkundig Weekblad, 83. Jg., 1965, Nr. 14, S. 264-269

Kautt, Dietrich: Wolfsburg im Wandel städtebaulicher Bilder, Wolfsburg 1983 (Texte zur Geschichte Wolfsburgs, Bd. 11)

Kerz, Philipp: Wettbewerb Aachener Rathaus, in: Baumeister, 54. Jg., 1957, Nr. 3, S. 169-173

Key, A. M.: UNESCO-gebouw te Parijs geopend, in: Bouwkundig Weekblad, 76. Jg., 1958, Nr. 49, S. 569-579

Kirschenmann, Jörg C. und Eberhard Syring: Hans Scharoun 1893-1972. Die Forderung des Unvollendeten, Stuttgart 1993

Kleine raadsmeerderheid voor bouw gemeentehuis, in: Edese Courant, 22.10.1971

Klemperer, Victor: LTI. Notizbuch eines Philologen, Leipzig 1996

Kliem, Thomas: Toronto, Moers 1999

Klotz, Heinrich: Architektur und Städtebau. Die Ökonomie triumphiert, in: Hilmar Hoffmann und Heinrich Klotz (Hg.): Die Sechziger. Die Kultur unseres Jahrhunderts, Düsseldorf, Wien, New York 1987, S. 133-147

Klotz, Heinrich (Hg.): Paul Schneider-Esleben. Entwürfe und Bauten 1949-1987, Braunschweig, Wiesbaden 1987

Knapp, Werner: Das Rathaus im Rahmen der Baugemeinschaft, in: Werner Knapp (Hg.): Architektur-Wettbewerbe. Bd. 5: Rathäuser, Stuttgart 1943, S. 3-7

Koepping, Klaus Peter: Ritual, in: Walter Hirschenberg (Hg.): Neues Wörterbuch der Völkerkunde, Berlin 1988, S. 406-407

Kommt Marl ohne Geschwindigkeitsbegrenzung aus? in: Marler Zeitung, Nr. 109, 11.5.1955

Kosten des Rathausbaus im Mittelpunkt der Bürgerfragen, in: Marler Zeitung, Nr. 46, 23.2.1961

Kramer, Sabine: Architektur und Demokratie. Eine Analyse am Beispiel des Neuen Dortmunder Rathauses, Frankfurt a. M. u. a. 2001 (Europäische Hochschulschriften, Reihe XXVIII, Bd. 373)

Kranz-Michaelis, Charlotte: Rathäuser im deutschen Kaiserreich 1871-1918, München 1976 (Materialien zur Kunst des neunzehnten Jahrhunderts, Bd. 23)

Krauß, Alexander: Das Gebäudeensemble für die Bayerischen Motorenwerke in München von Karl Schwanzer (1968-1973), Magisterarbeit, Freie Universität Berlin 1998

Krehl, Heinz: Ideenwettbewerb für den Stadtkern Marl, in: Deutsche Bauzeitung, 70. Jg., 1965, Nr. 2, S. 87-91

Krieger, Peter: Wirtschaftswunderlicher Wiederaufbau-Wettbewerb. Architektur und Städtebau der 1950er Jahre in Hamburg, Diss., Universität Hamburg 1996

Kristeva, Julia: Fremde sind wir uns selbst, Frankfurt a. M. 1990

Krüger, Horst: Im Revier. Bilder aus dem Ruhrgebiet, in: Merkur, 22. Jg., 1968, Nr. 238, S. 67-84

Kühn, Erich: Vom Wesen der Stadt und des Städtebaues, in: Erich Kühn und Paul Vogler (Hg.): Medizin und Städtebau. Ein Handbuch für gesundheitlichen Städtebau. Bd. 1, München, Berlin, Wien 1957, S. 203-213

Kühn, Erich und Paul Vogler (Hg.): Medizin und Städtebau. Ein Handbuch für gesundheitlichen Städtebau. 2 Bde., München, Berlin, Wien 1957

Kündiger, Barbara: Fassaden der Macht. Architektur der Herrschenden, Leipzig 2001
Kurzbericht, in: Welt am Sonntag, 2.3.1958
Kurzbericht, in: Welt am Sonntag, 3.5.1964
Kurzbericht, in: Die Welt, Nr. 303, 29.12.1962
Kurzbericht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 105, 6.5.1964
Lademacher, Horst: Geschichte der Niederlande, Darmstadt 1983
Lager werden aufgelöst, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 88, 16.4.1959
Lange, A[lbert]: Die Ortsplanung Marls als Beispiel für eine örtliche Gesamtplanung, in: Raumforschung und Raumordnung, 2. Jg., 1938, Nr. 7, S. 301-304
Lange, Ralf: Hamburg. Wiederaufbau und Neuplanung 1943-1963, Königstein i. Ts. 1994
Lange, Ralf: Vom Kontor zum Großraumbüro. Bürohäuser und Geschäftsviertel in Hamburg 1945-1970, Königstein i. Ts. 1999
Larisch: Das Bettenhaus der Universitäts-Kliniken Köln, in: Mitteilungsblatt der Bau-Berufsgenossenschaft, 1972, Nr. 4, S. 182-191
Le Corbusier: Le Corbusier und Pierre Jeanneret. Œuvre complète de 1929-1934, Zürich ^{4}1947
Ledoux, Claude-Nicolas: L'Architecture considérée sous le rapport de l'art, des mœurs et de la législation, Paris 1804 (ND Nördlingen 1981)
Leuschner, Wolfgang: Bauten des Bundes 1965-1980, Karlsruhe 1980
Lichtenstein, Claude (Hg.): Ferdinand Kramer. Der Charme des Systematischen. Architektur, Einrichtung, Design, Gießen 1991
Lindner, Rolf: Das Ethos der Region, in: Rolf Lindner (Hg.): Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität, Frankfurt a. M., New York 1994, S. 201-231
Lindner, Rolf (Hg.): Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität, Frankfurt a. M., New York 1994
Livius, Titus: Ab urbe condita
Lowinski, Heinrich: Städtebildung in industriellen Entwicklungsräumen, untersucht am Beispiel der Stadt und des Amtes Marl, Recklinghausen 1964 (Sonderveröffentlichungen des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster)
Lüken-Isberner, Folckert: Der städtebaulich bedeutsame Lehr- und Informationsfilm 1945-1960, Pfaffenweiler 1989
Luis García Pardo, o. O. [Montevideo] 2000 (Monografias Elarqa, Bd. 6)
Lurz, Meinhold: Kriegerdenkmäler in Deutschland. Bd. 4: Weimarer Republik, Heidelberg 1985
Lynch, Kevin: Das Bild der Stadt, Berlin, Frankfurt a. M., Wien 1965 (Bauwelt Fundamente, Bd. 16)

Mácel, O., I. Schutten und J. Wegner: Architectuur-archief Technische Universiteit Delft, Delft 1994

Madynski, Helmut: Marl, Erfurt 1998

Madynski, Helmut: Marl. Von 1914 bis 1974, Marl 1994

Mai, Ekkehard, Jürgen Paul und Stephan Waetzold (Hg.): Das Rathaus im Kaiserreich. Kunstpolitische Aspekte einer Bauaufgabe des 19. Jahrhunderts, Berlin 1982 (Kunst, Kultur und Politik im Deutschen Kaiserreich, Bd. 4)

Marl baut Europas modernstes Rathaus, in: Nachrichten des Bundes der Steuerzahler in NRW, 1964, Nr. 6

Marl bekommt eine neue Innenstadt, in: Reutlinger Nachrichten, 14.5.1959

Marl. Fortschrittliche Stadt mit bergmännischer Tradition, in: Grubensicherheit, 17. Jg., 1964, Nr. 8, S. 122-123, 125

Marl. Geburt einer Großstadt, Hamburg o. J. [1957]

Marler Paracelsus-Klinik festlich eingeweiht, in: Marler Zeitung, Nr. 266, 16./17.11.1955

Marler Rathaus wichtiger als Hallenbad? in: Marler Zeitung, Nr. 120, 25.5.1955

Marls Mündigkeit steht bald bevor, in: Marler Zeitung, Nr. 153, 6.7.1955

Marschall, [Günther]: Die Großstadtbildung im industriellen Entwicklungsraum. Die städtebauliche Entwicklung von Marl, in: Großstadtbildung in industriellen Entwicklungsräumen. Das Beispiel Marl, Köln 1960 (Beiträge und Untersuchungen des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, N.F., Bd. 53), S. 31-33

Marschall, Günther: Ziele der Planung, in: Marl. Geburt einer Großstadt, Hamburg o. J. [1957], S. 34-67

McHale, John: R. Buckminster Fuller, Ravensburg 1964 (Architekten von heute, Bd. 4)

Meeting Places. Toronto's City Halls 1834 - Present, Toronto 1985

Mehr als 10 – weniger als 15 Mill. DM, in: Marler Zeitung, Nr. 83, 10.4.1958

Meyer-Bohe, Walter: Rathäuser, Stuttgart u. a. 1984

Meyn, Boris: Der Architekt und Städteplaner Paul Seitz. Eine Werkmonographie, Hamburg 1996 (Veröffentlichungen des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd. 41)

Minte, Herbert: Architektur und Staatsbewußtsein. Die Angst vor der Autorität. Eine zeitgemäße Betrachtung anläßlich der Einweihung des Stuttgarter Rathauses, in: Baumeister, 53. Jg., 1956, Nr. 7, S. 494, 496

Mitscherlich, Alexander: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt a. M. 1965

Møller, Erik: Aarhus City Hall. Construction, Materials, and Artistic Decoration, in: Arne Jacobsen, o. O. [Barcelona] 1991, S. 212-213

Müller, Friedrich: Gesteinskunde. Lehrbuch und Nachschlagewerk über Gesteine für Hochbau, Innenarchitektur, Kunst und Restauration, Ulm ^{4}1994

Müller, Sebastian und Klaus M. Schmals (Hg.): Die Moderne im Park? Ein Streitbuch zur Internationalen Bauaustellung im Emscherraum, Dortmund 1993

Eine Münze im Brunnen, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 166, 20.7.1967

Murken, Axel Hinrich: Vom Armenhospital zum Großklinikum. Die Geschichte des Krankenhauses vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Köln 1988

Murswiek, Dieter: Verfassungsfragen der staatlichen Selbstdarstellung. Anmerkungen zur Staatspflege und zur staatlichen Selbstdarstellung im demokratischen Verfassungsstaat, in: Dieter Murswiek, Ulrich Storost und Heinrich A. Wolff (Hg.): Staat - Souveränität - Verfassung. Festschrift für Helmut Quaritsch zum 70. Geburtstag, Berlin 2000 (Schriften zum Öffentlichen Recht, Bd. 814), S. 307-332

Muscheler, Ursula: 40 Jahre Wandel von Begriffen und Leitbildern in Architektur und Städtebau Deutschlands. Analyse der Zeitschrift "architektur wettbewerbe" 1939-1979 aufgrund einer Content Analysis, München, Köln 1985

Muster-Rathaus für moderne Reisbrettstadt [sic], in: La Maison, 14. Jg., 1958, Nr. 3, S. 96

Nerdinger, Winfried: Politische Architektur. Betrachtungen zu einem problematischen Begriff, in: Ingeborg Flagge und Wolfgang Jean Stock (Hg.): Architektur und Demokratie. Bauen für die Politik von der amerikanischen Revolution bis zur Gegenwart, Stuttgart 1992, S. 11-31

Neue Universitätskliniken in Nordrhein-Westfalen, in: Bauwelt, 63. Jg., 1972, Nr. 22, S. 902f.

Neumann, Hanspeter: Rathaus für die Zukunft. Ein Neubau in Marl, in: Remscheider General-Anzeiger, 6.5.1964

1945. Krieg, Zerstörung, Aufbau. Architektur und Stadtplanung 1940-1960, Berlin 1995

Neutra, Richard J.: A New Community Core in California, in: J[aqueline] Tyrwhitt, J[osep] L[luis] Sert und E[rnesto] N[athan] Rogers (Hg.): The Heart of the City. Towards the Humanisation of Urban Life, London 1952, S. 90-93

Newman, Oscar: CIAM '59 in Otterlo. Arbeitsgruppe für die Gestaltung soziologischer und visueller Zusammenhänge, Stuttgart 1961 (Dokumente der Modernen Architektur, Bd. 1)

Niederschrift über die gemeinsame Festsitzung der Räte der Stadt und des Amtes Marl am 4. Mai 1964, Marl o. J. [1964]

Niederwöhrmeier, Julius: Das Lebenswerk des Düsseldorfer Architekten Bernhard Pfau 1902-1989, Stuttgart 1997

Niethammer, Lutz: Fragen - Antworten - Fragen. Methodische Erfahrungen und Erwägungen zur Oral History, in: Lutz Niethammer und Alexander von Plato (Hg.): "Wir kriegen jetzt andere Zeiten." Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern, Berlin, Bonn 1985 (Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960, Bd. 3), S. 392-445

Niethammer, Lutz: Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur, Reinbek b. Hamburg 2000

Nieuw raadhuis voor Marl (Dld.), in: Bouw, 13. Jg., 1958, Nr. 13, S. 319-327

Nieuw raadhuis voor Marl (Dld.). Architectenbureau Van den Broek en Bakema verwerft in een internationale prijsvraag de eerste prijs, in: Bouw, 13. Jg., 1958, Nr. 10, S. 241

Nievergelt, Dieter: Betonsanierung, in: Ulrike Wendland (Hg.): Altstadt, City, Denkmalort. Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland 1995, Hamburg 1997 (Arbeitshefte zur Denkmalpflege in Hamburg, Bd. 16), S. 191-192

Ostertag, Roland: Anmerkungen zu Bauten der öffentlichen Hand, zu Verwaltungsbauten der öffentlichen Hand, in: architektur + wettbewerbe. Bd. 135: Bauten der öffentlichen Hand, Stuttgart 1988, S. 2-3

Ostertag, Roland: Rathäuser und kommunale Zentren, München 1974

Otto, Karl (Hg.): Die Stadt von morgen. Gegenwartsprobleme für alle, Berlin 1959

Paatero, Kristiina: Säynätsalo Town Hall, in: Alvar Aalto in Seven Buildings. Interpretations of an Architect's Work, Ausst.-Kat. Helsinki 1998, S. 65-67

Pahl, Jürgen: Architekturtheorie des 20. Jahrhunderts. Zeit-Räume, München, London, New York 1999

Der Pate. Die Conle-Saga (3), in: Freie Presse. Mühlheimer Stadtmagazin, 11. Jg., 1987, Nr. 1, S. 35-39

Patzelt, Werner J.: Verdrossen sind die Ahnungslosen, in: Die Zeit, Nr. 9, 22.2.2001, S. 9

Paul, Jürgen: Das "Neue Rathaus". Eine Bauaufgabe des 19. Jahrhunderts, in: Ekkehard Mai, Jürgen Paul und Stephan Waetzold (Hg.): Das Rathaus im Kaiserreich. Kunstpolitische Aspekte einer Bauaufgabe des 19. Jahrhunderts, Berlin 1982 (Kunst, Kultur und Politik im Deutschen Kaiserreich, Bd. 4), S. 29-90

Paul, Jürgen: Das Rathaus, in: Werner Busch (Hg.): Funkkolleg Kunst. Eine Geschichte der Kunst im Wandel ihrer Funktionen. Bd. 2, München, Zürich 1987, S. 392-423

Pedersen, Johan: Arkitekten Arne Jacobsen, København 1954

Pehnt, Wolfgang: Das Ende der Zuversicht. Architektur in diesem Jahrhundert. Ideen, Bauten, Dokumente, Berlin 1983

Pehnt, Wolfgang: Kramer, (Carl August Friedrich) Ferdinand, in: Muriel Emanuel (Hg.): Contemporary Architects, Andover ^{3}1994, S. 536-539

Pehnt, Wolfgang: Neue deutsche Architektur 3, Stuttgart 1970

Pehnt, Wolfgang und Hilde Strohl: Rudolf Schwarz. Architekt einer anderen Moderne, Ostfildern-Ruit 1997

Petsch, Joachim: Anmerkungen zur bundesdeutschen Architektur und Architekturgeschichtsforschung nach 1945, in: Joachim Petsch (Hg.): Architektur und Städtebau im 20. Jahrhundert. Bd. 1, Berlin 1974 (Analysen zum Planen und Bauen, Bd. 4), S. 9-34

Petsch, Joachim: Architektur und Gesellschaft. Zur Geschichte der deutschen Architektur im 19. und 20. Jahrhundert, Köln, Wien 1973

Petzina, Dietmar: Wirtschaft und Arbeit im Ruhrgebiet 1945 bis 1985, in: Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung. Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 491-567

Pfankuch, Peter (Hg.): Hans Scharoun. Bauten, Entwürfe, Texte, Berlin 1974 (Schriftenreihe der Akademie der Künste, Bd. 10)

Plekkringa, G. H.: Raadhuis te Ede, Seminararbeit, Technische Hoogeschool Delft 1977

Pollberg, Rolf: Marl in alten Ansichten. Bd. 2, Zaltbommel 1994

Popper, Karl Raimund: The Open Society and Its Enemies. 2 Bde., London 1945; deutsche Ausgabe: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. 2 Bde., Bern 1957/58

Prijsvraag voor een raadhuis te Marl, in: Bouwkundig Weekblad, 76. Jg., 1958, Nr. 17, S. 206-207

Prof. Bakema over gemeentehuisontwerp, in: Edese Post, 5.10.1971

Pross, Harry: Ritualisierung des Nationalen, in: Jürgen Link und Wulf Wülfing (Hg.): Nationale Mythen und Symbole in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Strukturen und Funktionen von Konzepten nationaler Identität, Stuttgart 1991, S. 94-105

Pross, Harry: Der symbolische Aspekt des Staatsdienstes in der Demokratie, in: Helmut Quaritsch (Hg.): Die Selbstdarstellung des Staates. Vorträge und Diskussionsbeiträge der 44. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung 1976 der Hochschule für Verwaltung Speyer, Berlin 1977 (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 63), S. 51-63

Püttner, Günter: Kommunale Selbstverwaltung, in: Josef Isensee und Paul Kirchhof (Hg.): Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 4: Finanzverfassung, bundesstaatliche Ordnung, Heidelberg 1990, S. 1171-1194

Quaritsch, Helmut: Probleme der Selbstdarstellung des Staates, Tübingen 1977 (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, Bd. 478/479)

Quaritsch, Helmut (Hg.): Die Selbstdarstellung des Staates. Vorträge und Diskussionsbeiträge der 44. Staatswissenschaflichen Fortbildungstagung 1976 der Hochschule für Verwaltung Speyer, Berlin 1977 (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 63)

Quaritsch, Helmut: Vorwort des Tagungsleiters, in: Helmut Quaritsch (Hg.): Die Selbstdarstellung des Staates. Vorträge und Diskussionsbeiträge der 44. Staatswissenschaflichen Fortbildungstagung 1976 der Hochschule für Verwaltung Speyer, Berlin 1977 (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 63), S. 3-7

Rabeler, Gerhard: Wiederaufbau und Expansion westdeutscher Städte 1945-1960 im Spannungsfeld von Reformideen und Wirklichkeit. Ein Überblick aus städtebaulicher Sicht, Bonn o. J. [1990] (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 39)

Rafeiner, F[ritz] (Hg.): Finnlandhaus Hamburg, München 1968

Ranft, Ferdinand: Marler Bürgerstreich, in: Die Zeit, Nr. 9, 3.3.1967, S. 14

Rappaport, [Philipp August]: Der Bebauungsplan der Gemeinde Marl, in: Festschrift zur Verkehrs- und Sportwoche Marl 1925, o. O. 1925, S. 48-51

Rappaport, [Philipp August]: Künftige Gestaltung von Stadt und Land im Vest Recklinghausen, in: Vestischer Kalender 1927, Recklinghausen 1927, S. 3-6

[Rasch, Bodo und Heinz] Rasch: Hängehäuser, in: Baugilde, 10. Jg., 1928, Nr. 15, S. 1125-1127

Rasch, Bodo und Heinz Rasch: Wie bauen? Bau und Einrichtung der Werkbundsiedlung am Weißenhof in Stuttgart, Stuttgart o. J. [1927]

Rasch, Heinz: Brief an die Redaktion, in: Bauwelt, 49. Jg., 1958, Nr. 43, S. 1041

Rasch, Heinz: Hängehäuser, in: Bauwelt, 49. Jg., 1958, Nr. 30, S. 740-741

[Rasch, Heinz]: Geschichte des Hängehauses, in: Deutsche Bauzeitung, 66. Jg., 1961, Nr. 7, S. 535-537

Rasch, H[einz] und A. Reinig: Zur Konstruktion des Hängehauses. Ermittlung optimaler Lösungen, in: Deutsche Bauzeitung, 66. Jg., 1961, Nr. 7, S. 528-534

Rat heizt vor der Sommerpause noch einmal „Dauerbrenner“ an, in: Marler Zeitung, Nr. 144, 23./24.6.1984

Rathäuser. Mit einem Vorwort von Fritz Täger, Dresden 1956

Rathaus, in: Lexikon der Kunst, Bd. 6, München 1996, S. 36-38

Das Rathaus in Marl, in: Deutsche Bauzeitschrift, 14. Jg., 1966, Nr. 2, S. 185-190

Rathaus in Toronto, Ontario / Kanada, in: Architektur und Wohnform, 74. Jg., 1966, Nr. 2, S. 104-109

Rathaus-Jury fällt Entscheidung. „Marler Hausarchitekten“ bestehen in internationaler Konkurrenz, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 48, 26.2.1958

Rathaus Marl, in: baumaterial + baufertigteile-anzeiger, 4. Jg., 1965, Nr. 5/6, S. 14

Rathaus Marl. Wettbewerbsentwurf 1957. Van den Broek und Bakema, Rotterdam, in: Bauen + Wohnen, 14. Jg., 1959, Nr. 1, S. 9-12

Rathaus-Neubau in Marl, Westfalen, in: Architektur und Wohnform, 74. Jg., 1966, Nr. 2, S. 97-103

Das Rathaus von Marl, in: Internationale Licht Rundschau, 19. Jg., 1968, Nr. 4, S. 130-133

Ratlos, in: Marler Zeitung, Nr. 166, 20.7.1967

Reichow, Hans Bernhard: Organische Stadtbaukunst. Von der Großstadt zur Stadtlandschaft, Braunschweig, Berlin, Wien 1948

Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft. Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild. Bd. 2: L-Z, Berlin 1931

Richtkrone schmückt ersten Bauabschnitt des Rathauses, in: Marler Zeitung, Nr. 52, 2.3.1962

Rimpl, Herbert: Verwaltungsbauten. Organisation, Entwurf, Konstruk tion, ausgeführte Bauten und Projekte, Berlin 1959

Risselada, Max: Von der Wohneinheit zur Quartierseinheit, in: Max Risselada (Hg.): Funktionalismus 1927-1961. Scharoun versus die Opbouw. Mart Stam, Willem van Tijen, Johannes van den Broek, Jacob Bakema, Sulgen 1999, S. 170-175

Risselada, Max: De woningplattegrond. Regulering en creativiteit, in: Van den Broek en Bakema 1948-1988. Architectuur en stedenbouw. De functie van de vorm, Rotterdam 2000, S. 41-47

Röntgen, F. E.: Nederlandse bouwkunst in het buitenland, in: Polytechnisch Tijdschrift, B, 16. Jg., 1.12.1961, S. 960b-971b

Rosenkranz, Robert: Die Planung von Bürohaus-Neubauten durch den bürobetrieblichen Organisator, in: Das rationelle Büro, 6. Jg., 1955, Nr. 12, S. 465-570

Rotterdam architectuur 1970-1995. 75 gebouwen gedocumenteerd, Rotterdam 1995

Rouillard, Dominique: Archigram, in: La Ville. Art et architecture en Europe 1870-1993, Paris 1994, S. 428-429

Roy, Hedley E. H.: Toronto City Hall and Civic Square, in: Journal of the American Concrete Institute, 62. Jg., Dec. 1965, S. 1481-1502

Rubino, Luciano: Arne Jacobsen. Opera Completa 1909-1971, Roma 1980

Rühl, Konrad: Gundsätzliches, in: architektur wettbewerbe. Sonderheft: Rathauszentrum Marl, Stuttgart 1958, S. 5-7

Ruhrberg, Karl: Eine werdende Stadt sucht sich ihr Forum. Zum Rathauswettbewerb im westfälischen Marl, in: Architektur und Wohnform, 66. Jg., 1958, Nr. 5, S. *31*-*32*

Rüth, Uwe: Das Skulpturenmuseum Glaskasten Marl, in: Skulpturenmuseum Glaskasten Marl. Bestandskatalog, Marl 1992/93, S. 9-15

Rüttgerodt-Riechmann, Ilse: Die mittelalterlichen Rathäuser in Hamburg, in: Volker Plagemann (Hg.): Die Kunst des Mittelalters in Hamburg. Aufsätze zur Kulturgeschichte, Hamburg 1999, S. 73-80

Salin, Edgar: Urbanität, in: Erneuerung unserer Städte. Vorträge, Aussprachen und Ergebnisse der 11. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Augsburg, 1.-3. Juni 1960, Stuttgart, Köln 1960 (Neue Schriften des Deutschen Städtetages, Bd. 6), S. 9-34

Salomons, Izak: De analyticus en de idealist. Lessen van Van den Broek en Bakema, in: Van den Broek en Bakema 1948-1988. Architectuur en stedenbouw. De functie van de vorm, Rotterdam 2000, S. 48-57

Sambricio, Carlos: Arturo Soria y Mata (1844-1920). La Cité linéaire, in: La Ville. Art et architecture en Europe 1870-1993, Paris 1994, S. 162-163

Sänger, Fritz (Hg.): Handbuch des Deutschen Bundestages, Stuttgart ^{4}1957

Sarcinelli, Ulrich: Politische Inszenierung im Kontext des aktuellen Politikvermittlungsgeschäfts, in: Sabine R. Arnold, Christian Fuhrmeister und Dietmar Schiller (Hg.): Politische Inszenierung im 20. Jahrhundert. Zur Sinnlichkeit der Macht, Wien, Köln, Weimar 1998, S. 146-157

Sarcinelli, Ulrich: "Staatsrepräsentation" als Problem politischer Alltagskommunikation. Politische Symbolik oder symbolische Politik, in: Jörg-Dieter Gauger und Justin Stagl (Hg.): Staatsrepräsentation, Berlin 1992 (Schriften zur Kultursoziologie, Bd. 12), S. 159-174

Schildt, Göran: Alvar Aalto. The Complete Catalogue of Architecture, Design and Art, London 1994

Schildt, Göran: Alvar Aalto. The Mature Years, New York 1991

Schilt, Jeroen: Scharoun, Van Tijen und die Siedlungskonzeption des Neuen Bauens, in: Max Risselada (Hg.): Funktionalismus 1927-1961. Scharoun versus die Opbouw. Mart Stam, Willem van Tijen, Johannes van den Broek, Jacob Bakema, Sulgen 1999, S. 121-141

Schiwek, Anne: Unser Funkhaus in Köln. Architekt Gerhard Weber, in: Die zwei Programme, 2001, Nr. 12, S. 86

Schmeer, Karlheinz: Die Regie des öffentlichen Lebens im Dritten Reich, München 1956

Schmeling: Mein Kommentar zum Marler Richtfest, in: Marler Zeitung, Nr. 27, 1./2.2.1964

Schmidt, Walter: Stadterneuerung, in: Erneuerung unserer Städte. Vorträge, Aussprachen, und Ergebnisse der 11. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Augsburg, 1.-3. Juni 1960, Stuttgart 1960 (Neue Schriften des Deutschen Städtetages, Bd. 6), S. 35-49

Schnelle, Eberhard: Bürobauplanen. Grundlagen der Planungsarbeit bei Bürobauten, Hildesheim 1958

Schreiner, Klaus: Die Stadt des Mittelalters als Faktor bürgerlicher Identitätsbildung. Zur Gegenwärtigkeit des mittelalterlichen Stadtbürgertums im historisch-politischen Bewußtsein des 18., 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, in: Cord Meckseper (Hg.): Stadt im Wandel. Kunst und Kultur des Bürgertums in Norddeutschland 1150-1650. Bd. 4, Stuttgart 1985, S. 517-541

Schuck, Petra F.: Idee geblieben, in: Der Architekt, 1997, Nr. 12, S. 753-757

Schüpp, Norbert: Von Dörfern zur Stadt. Marl. Amt und Stadt im Veste Recklinghausen, Düsseldorf 1963

Schulz, Eberhard: Die harte und die weiche Moderne. Bakema und Aalto, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.4.1964

Schulz, Eberhard: "Diese neuen Stadthallen ...", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 85, 10.4.1965

Schulze Vellinghausen, Albert: Stadtkrone oder Nutzmaschine? Ein aufregendes Projekt. Zu dem internationalen Wettbewerb für das Rathaus in Marl, in: Baukunst und Werkform, 11. Jg., 1958, Nr. 4, S. 222, 224, 226

Schulze Vellinghausen, Albert: Stadtkrone oder Nutzmaschine? Ein aufregendes Projekt. Zu dem internationalen Wettbewerb für das Rathaus in Marl, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.3.1958

Schwanzer, Karl: Beispiel BMW-Verwaltung München. Utopie, Experiment und Realität, in: Deutsche Bauzeitung, 106. Jg., 1972, Nr. 10, S. 1062-1064

Schwippert, Hans: Das Bonner Bundeshaus, in: Neue Bauwelt, 6. Jg., 1951, Nr. 17, S. 65-69 (Architekturteil)

Senghor, Léopold Sédar: Négritude und Humanismus, Düsseldorf, Köln 1967

Sert, J[osep] L[luis]: Centres of Community Life, in: J[aqueline] Tyrwhitt, J[osep] L[luis] Sert und E[rnesto] N[athan] Rogers (Hg.): The Heart of the City. Towards the Humanisation of Urban Life, London 1952, S. 3-16

Sherman, Paul: Louis H. Sullivan. Ein amerikanischer Architekt und Denker, Frankfurt a. M., Wien 1963 (Bauwelt Fundamente, Bd. 5)

7 Tage der offenen Rathaustüren, in: Marler Zeitung, Nr. 103, 4.5.1964

Le Siège de l'UNESCO à Paris, in: L'Architecture d'aujourd'hui, 29. Jg., 1958/59, Nr. 81, S. 4-33

Singular Symbol for Toronto, in: Architectural Forum, 123. Jg., 1965, Nr. 11, S. 15-23

Skulpturenmuseum Glaskasten Marl. Bestandskatalog, Marl 1992/93

Smit, Ellen: Pragmatist en filosoof. Het maatschappijbeeld van Van den Broek en Bakema, in: Van den Broek en Bakema 1948-1988. Architectuur en stedenbouw. De functie van de vorm, Rotterdam 2000, S. 68-74

Smithson, Alison (Hg.): Team 10 meetings. 1953-1984, New York 1991

Smithson, Alison (Hg.): Team 10 Primer, London 1968

Solaguren-Bescoa de Corral, Félix: Arne Jacobsen, Barcelona 1989

Solà-Morales, Ignacio de: La Réparation des villes, in: La Ville. Art et architecture en Europe 1870-1993, Paris 1994, S. 401-408

Solitär im Park. Bayerische Rückversicherung, München, in: Bauen + Wohnen, 32. Jg., 1977, Nr. 2/3, S. 64-68

SPD 1912-1962 Marl. Festschrift 50-Jahr-Feier der SPD in Marl 25. April bis 5. Mai 1962, Marl o. J. [1962]

Stadskantoor in Terneuzen. Civic Offices in Terneuzen, Rotterdam 1997

Stadthaus Toronto. 1. Preis des internationalen Wettbewerbs, in: Bauen + Wohnen, 14. Jg., 1959, Nr. 3, S. 95-98

Stadtplakette schuf Professor Jaekel, in: Marler Zeitung, Nr. 101, 30.4./1.5.1964

Stagl, Justin: Zur Selbstdarstellung des Staates in primitiven "Demokratien", in: Jörg-Dieter Gauger und Justin Stagl (Hg.): Staatsrepräsentation, Berlin 1992 (Schriften zur Kultursoziologie, Bd. 12), S. 21-36

Standard Bank Centre Johannesburg, in: Architectural Review, CL. Jg., 1971, Nr. 894, S. 113-122

Stegers, Rudolf: Räume der Wandlung. Wände und Wege. Studien zum Werk von Rudolf Schwarz, Braunschweig, Wiesbaden 2000 (Bauwelt-Fundamente, Bd. 114)

Stiehl, Otto: Das deutsche Rathaus im Mittelalter in seiner Entwicklung, Leipzig 1905

Straub, Jürgen: Personale und kollektive Identität. Zur Analyse eines theoretischen Begriffs, in: Aleida Assmann und Heidrun Friese (Hg.): Identitäten, Frankfurt a. M. ^{2}1999 (Erinnerung, Geschichte, Identität, Bd. 3), S. 73-104

Strauven, Francis: Bakema, in: Forum, 34. Jg., 1990, Nr. 3, S. 19-29

Strobel, Renate: "Vierzylinder". Das BMW-Haus in München, in: Wilfried Dechau (Hg.): ... in die Jahre gekommen. Bd. 2: Wiederbesuche von Bürobauten der Nachkriegszeit, Stuttgart 1997, S. 102-108

Stroink, Rudy (Hg.): Ir. J. H. van den Broek. Projekten uit de periode 1928-1948, Delft 1981

Süssmuth, Rita: Demokratie als Bauherr, in: Der Architekt, 1989, Nr. 10, S. 481-485

Sullivan, Louis H.: The Tall Office Building Artistically Considered, in: Lippincott's Monthly Magazine, 57. Jg., 1896, S. 403-409

Szénássy, István L.: Architectuur in Nederland 1960-1967, Amsterdam 1969

Taut, Bruno: Die Auflösung der Städte oder Die Erde eine gute Wohnung, Hagen 1920

Temko, Allan: Eero Saarinen, Ravensburg 1964 (Architekten von heute, Bd. 5)

Thau, Carsten und Kjeld Vindum: Arne Jacobsen, København 1998

Thierse findet „Reichstag“ nicht zeitgemäß, in: tageszeitung, Nr. 5773, 27.2.1999, S. 5

Timmers, G. J.: Het auditorium voor de Technische Hogeschool te Delft. Enkele aspecten betreffende de organisatie en de techniek van de uitvoering, in: Cement, 16. Jg., 1964, Nr. 4, S. 226-232

Topfstedt, Thomas: Die nachgeholte Moderne. Architektur und Städtebau in der DDR während der 50er und 60er Jahre, in: Gabi Dolff-Bonekämper und Hiltrud Kier (Hg.): Städtebau und Staatsbau im 20. Jahrhundert, München, Berlin 1996, S. 39-54

Toronto City Hall and Square Competition, in: Journal of the Royal Architectural Institute of Canada, 35. Jg., Oct. 1958, S. 358-371

Toronto City Hall. Continuing Controversy, in: Architectural Record, 138. Jg., Nov. 1965, S. 165-172

Town Hall at Marl, Holland [sic], in: Architectural Design, Apr. 1959, S. 147-148

Town Hall at Marl. Winning Design, in: Prefabrication and New Building Technique, 5. Jg., 1958, Nr. 6, S. 346-347

Tyrwhitt, J[aqueline]: Cores within the Urban Constellation, in: J[aqueline] Tyrwhitt, J[osep] L[luis] Sert und E[rnesto] N[athan] Rogers (Hg.): The Heart of the City. Towards the Humanisation of Urban Life, London 1952, S. 103-107

Utescher, Günter: Sind Kragkonstruktionen beim Hochhausbau teuer?, in: Bauwelt, 54. Jg., 1963, Nr. 29, S. 828f.

Vaessen, Franz: Die Hängewerke des Rathausneubaues Marl, in: Beton- und Stahlbetonbau, 58. Jg., 1963, Nr. 4, S. 73-79

Vaessen, Franz: Das vorgespannte Faltwerk des Rathaus-Neubaus in Marl, in: Beton- und Stahlbetonbau, 57. Jg., 1962, Nr. 5, S. 104-111

Vale, Lawrence J.: Architecture, Power, and National Identity, New Haven, London 1992

Van aula tot aula, o. O. [Delft] o. J.

Van den Broek en Bakema gaan raadhuis ontwerpen, in: Edese Post, 7.10.1965

Van den Broek en Bakema 1948-1988. Architectuur en stedenbouw. De functie van de vorm, Rotterdam 2000

Vanstiphout, Wouter: Jaap Bakema. Au-delà du polder néo-plastique, in: La Ville. Art et architecture en Europe 1870-1993, Paris 1994, S. 419-420

Ven, Cornelis van de: De laatste werken van de architectengemeenschap van den broek en bakema, in: plan, 11. Jg., 1980, Nr. 8, S. 15-41

Vergessene Zeiten. Mittelalter im Ruhrgebiet. Bd. 1, Essen 1990

Verhave, P.: Twee nieuwe kantoorgebouwen voor de N. V. Philips' Gloeilampenfabrieken, gebouwen VB en VD, in: De Ingenieur, 75. Jg., 1963, Nr. 21, Bouw- en Waterbouwkunde 9, S. B 103-B 112

Verwaltungsbericht des Amtes Marl und der Gemeinden Stadt Marl, Polsum, Hamm und Altendorf-Ulfkotte, 1.5.1945-31.12.1952, Marl o. J. [1954]

Verwaltungsbericht des Amtes Marl und der Gemeinden Stadt Marl, Hamm, Polsum und Altendorf-Ulfkotte, 1.1.1953-31.12.1954, Marl o. J. [1956]

Verwaltungsbericht des Amtes Marl und der Gemeinden Stadt Marl, Hamm, Polsum und Altendorf-Ulfkotte, 1.1.1955-31.12.1958, Marl o. J. [1960]

Verwaltungsbericht des Amtes Marl und der Gemeinden Stadt Marl, Hamm, Polsum und Altendorf-Ulfkotte, 1.1.1959-31.12.1962, Marl o. J. [1964]

Verwaltungsbericht des Amtes Marl und der Gemeinden Stadt Marl, Hamm, Polsum und Altendorf-Ulfkotte, 1.1.1963-31.12.1966, Marl 1968

Verwaltungsbericht des Amtes Marl und der Gemeinden Stadt Marl, Hamm, Polsum und Altendorf-Ulfkotte, 1967-1970, Marl 1972

Verwaltungsgebäude der Bayerischen Rückversicherung in München, in: glasforum, 28. Jg., 1978, Nr. 4, S. 21-26

Visser, Wilma: Plaats voor de voetganger en het vriedschapsmodel, in: Forum, 34. Jg., 1990, Nr. 3, S. 31-33

Voigt, Rüdiger (Hg.): Politik der Symbole. Symbole der Politik, Opladen 1989

Vos, Martijn: Sociale infrastructuur. Megastructuren in het werk van Van den Broek en Bakema, in: Van den Broek en Bakema 1948-1988. Architectuur en stedenbouw. De functie van de vorm, Rotterdam 2000, S. 31-40

Wagner, Peter: Fest-Stellungen. Beobachtungen zur sozialwissenschaftlichen Diskussion über Identität, in: Aleida Assmann und Heidrun Friese (Hg.): Identitäten, Frankfurt a. M. ^{2}1999 (Erinnerung, Geschichte, Identität, Bd. 3), S. 44-72

Wagner, Volker: Regierungsbauten in Berlin. Geschichte, Politik, Architektur, Berlin 2001

Ward, James (Hg.): The Artifacts of R. Buckminster Fuller. Bd. 1: The Dymaxion Experiment, 1926-1943, New York, London 1985

Warnke, Martin (Hg.): Politische Architektur vom Mittelalter bis heute. Repräsentation und Gemeinschaft, Köln 1984

Weber, Wolfhard: Entfaltung der Industriewirtschaft, in: Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung. Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 199-319

Wefing, Heinrich: Kulisse der Macht. Das Berliner Kanzleramt, München 2001

Wefing, Heinrich: Parlamentsarchitektur. Zur Selbstdarstellung der Demokratie in ihren Bauwerken. Eine Untersuchung am Beispiel des Bonner Bundeshauses, Berlin 1995

Weil, [Th.]: Wettbewerb Rathaus Marl (Westf.), in: Bauverwaltung, 7. Jg., 1958, Nr. 4, S. 146

Weiß man, wen man wählt?, in: Marler Zeitung, Nr. 63, 15.3.1961 und Nr. 65, 17.3.1961

Welch Guerra, Max: Berlin. Zwischenbilanz, in: Politics-Poetics. Das Buch zur documenta X, Ostfildern 1997, S. 689-693

Werhahn, Charlotte M. E.: Hans Schwippert (1893-1973). Architekt, Pädagoge und Vertreter der Werkbundidee in der Zeit des deutschen Wiederaufbaus, Diss., Technische Universität München 1987

werk und zeit, 8. Jg., 1959, Nr. 12 (Themenheft "Die große Landzerstörung"), S. 1-14

Weston, Richard: Town Hall Säynätsalo, London 1993

Wetcke, Hans Hermann: Arbeitsplatzgestaltung im Sinne von Corporate Identity. Das Beispiel der Bayerischen Rückversicherung in München, in: neue heimat, 28. Jg., 1981, Nr. 4, S. 54-57

Wetcke, Hans Hermann: Bauherr Bayerische Rück, in: Planen von außen nach innen, von innen nach außen. Beispiele von Bürohausarchitektur in der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1978, S. 10-13, 130-131

Wettbewerb Marl 1958, in: Aufbau, 13. Jg., 1958, S. 444

Wichmann, Hans: Sep Ruf. Bauten und Projekte, Stuttgart 1986

Wiedenmann, Rainer E.: Ritual und Sinntransformation. Ein Beitrag zur Semiotik interkultureller Interpenetrationsprozesse, Berlin 1991 (Soziologische Schriften, Bd. 57)

Wie is dat? Biografische gegevens van nederlanders die een voor-aanstaande plaats in het maatschappelijk leven innemen met vermelding van adressen, 's-Gravenhage ^{6}1956

Willeke, [Friedrich]: Wir bauen eine Stadt. Marl im Zeichen des Vierjahresplans, in: Vestischer Kalender und Heimatkalender für die Herrlichkeit Lembeck, 1940, S. 68-74

Wirtschaftskrise in Deutschland. Konjuktur - Tag X, in: Der Spiegel, 1966, Nr. 35, S. 18-29

Wit, Anouk de: Van den Broek en Bakema in vergadering, in: Van den Broek en Bakema 1948-1988. Architectuur en stedenbouw. De functie van de vorm, Rotterdam 2000, S. 75-83

Worbs, Dietrich: Bauen für den Gebrauch. Ferdinand Kramer (1898-1985) zum 100. Geburtstag, in: Bauwelt, 89. Jg., 1998, Nr. 4, S. 142

10 Punkte für den Marler Aufbau in der nächsten Ratsperiode, in: Marler Zeitung, Nr. 53, 3.3.1961

Zentralklinikum der Med. Fakultät der Universität Köln, in: Deutsche Bauzeitschrift, 22. Jg., 1974, Nr. 1, S. 43-48

Zimmermann, Monika: Wie Pilze aus dem Boden, in: Matthias Schreiber (Hg.): Deutsche Architektur nach 1945. Vierzig Jahre Moderne in der Bundesrepublik, Stuttgart 1986, S. 89-91

Zirbel, Michael: Das Rathaus in Witten. Geschichte und Augenblick, in: Jahrbuch des Vereins für Orts- und Heimatkunde in der Graftschaft Mark, 91. Jg., 1993, S. 99-130

11 Quellenverzeichnis

Stadtarchiv Marl (SAM)

AA I.-228	Umbau des Amts- und Standesamts-Bureau-Locals
AA I.-231	Neubau des Amtshauses 1885-
AA I.-324	Ankauf und Reparatur der Amtswohnung
AA I.-394	Abrechnung Amthauserweiterungsbau
AA I.-404	Amtshauserweiterungsbau
AA II.-23	Errichtung einer Kantine im Rathaus der Amtsverwaltung Marl (1965-1972)
AA II.-402	Wirtschaftsplan des Amtes Marl (1929-47)
AA II.-1103	Rathaus (1957-1965)
AA II.-1410	Neubau Rathaus Marl
ZS/7	Unterschriften
ZS/53	Amtshaus Marl (Chronik 1882-1966) / Marler Verwaltung im Nationalsozialismus (1933-1939)
ZS/64	Geschichte
ZS/88	Rathaus-Neubau in Marl, u. a.: Grundsteinlegung
ZS/96	Auszüge zur Geschichte Marls, Zeitungsausschnitte 1926-1941
ZS/261	Rathaus Marl
ZZ/0.2	unbez. Zeitungsausschnitt, 19.5.1922
86/772	Haupt- und Finanzausschuß der Stadt Marl, 1.12.1952-3.4.1956
86/773	Rat der Stadt Marl, 21.11.1952-31.10.1969, 1975, 1984
86/774	Rat des Amtes Marl, 30.10.1947-19.12.1974
86/785	Haupt- und Finanzausschuß des Amtes Marl, 1951-1955, 1961-1964
91/184-51	Zivilprozeß Amt Marl ./. Firma Dr. K. P. Müllensiefen KG neu, Dachdeckermeister Karl-Heinz Kurowski
93/1347	Bauauschußsitzungen (19.1.1951-2.4.1959)
94/1944-29	Rathaus, Zeitungsausschnitte
94/1944-43	vorläufiger Verwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 1926
94/1944-44	Verwaltungsbericht
94/1944-64	Rathaus
94/1944-65	Rathaus Marl, Zeitungsausschnitte
94/1944-66	Zeitungsausschnitte Rathaus Marl
94/1944-77	Einweihung Rathaus, Verleihung Stadtplakette an Prof. Baumann
94/1944-78	Rathaus
94/1944-170	Amt 75: Fremdenverkehrswerbung, Film: Rathausneubau 7.3.1960

95/8-1125 Rathaus Marl, Bepflanzung
95/8-1126 Rathaus, Bepflanzung Innenhöfe
98/1648 Sitzungsniederschriften, Ausschuß für den Rathaus-Neubau
Persönlichkeiten-Datei: Bestand Rudolf Heiland
Film „Das Rathaus“, s/w, 16 mm, 615 m, Laufzeit ca. 60 min, 1964
Marler Zeitung, Jg. 1955-1967, 1984-1985
Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Jg. 1958, 1960, 1964, 1967
Archiv des Bauamtes, Marl (BAM)
Bauakten Rathaus, Bergstraße [heute: Creiler Platz 1]
Kommunalverband Ruhrgebiet, Essen
Wirtschaftsplan des Amtes Marl, festgestellt am 28.6.1939
Nederlands Architectuurinstituut, Rotterdam (NAi)
Bestand van den Broek und Bakema
Brox/R 12, Brox/R 88, Brox/R 1092,
Brox/t 782, Brox/t 880-882, Brox/t 3192, Brox/t 3194, Brox/t 3313-3314, Brox/t 3316-3319, Brox/t 3710-3714
BAKE/r 14-15, BAKE/r 31, BAKE/r 36
Pläne Werknummer 1159 (Microfiches)
Brox/t 3490-3501, 3506-3511, 3519-3521, 3532-3536, 3569, 3998-4002
Stadtverwaltung Ede
unbezeichnete Zeitungsausschnitte zum Rathausbau
Stiftung Archiv der Akademie der Künste, Berlin (SAdK)
Scharoun-Archiv: Werkverzeichnis Nr. 211
Nachlass Bernhard Pfau: Mappe 24
Historisches Archiv des Erzbistums Köln
Nachlass Rudolf Schwarz: PK 85/1
Alvar-Aalto-Stiftung, Helsinki
Pläne Werknummer 2211
Architekturmuseum der Technischen Universität München
Bestand Hans Schwippert: Signatur 138.2
Büro Kiessler und Partner, München
Bestand Bayerische Rückversicherung
Denkmalschutzamt der Freien und Hansestadt Hamburg
Objektakte Esplanade 41, Az. 39-107.1066
Kurt Hoffmann, Kassel
Pläne Otto Englberger
Maria Schwarz, Köln
Skizze Rudolf Schwarz
Interviews des Verfassers
Vera Ilic, Büro Kiessler und Partner, München, 10.6.2002
Albert Kopecky, ehem. SPD-Ratsmitglied, Marl, 10.11.1997
Walther Sethe, Stadtdirektor a. D., Marl, 6.11.1997

12 Abbildungen

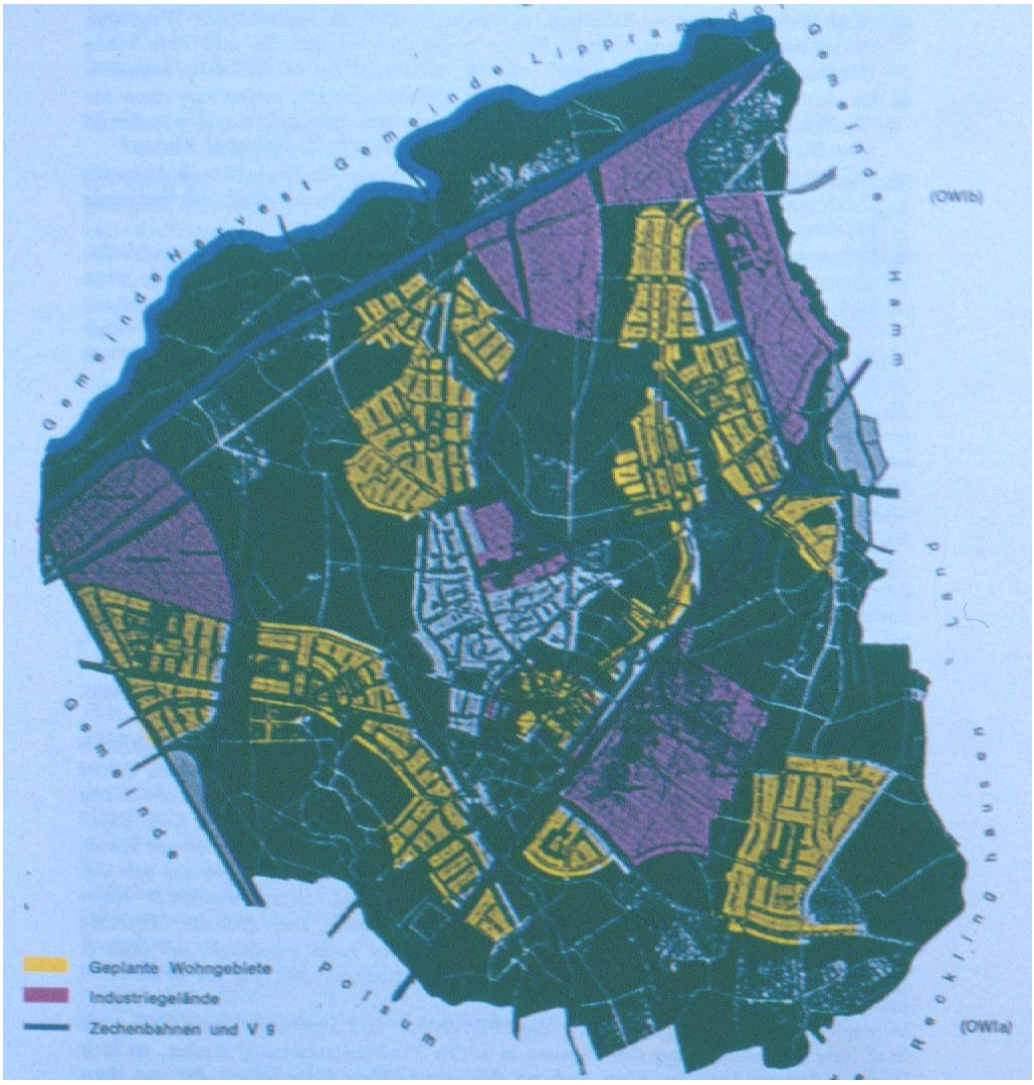

Abb. 1: Wirtschaftsplan von Philipp Rappaport, 1923/24

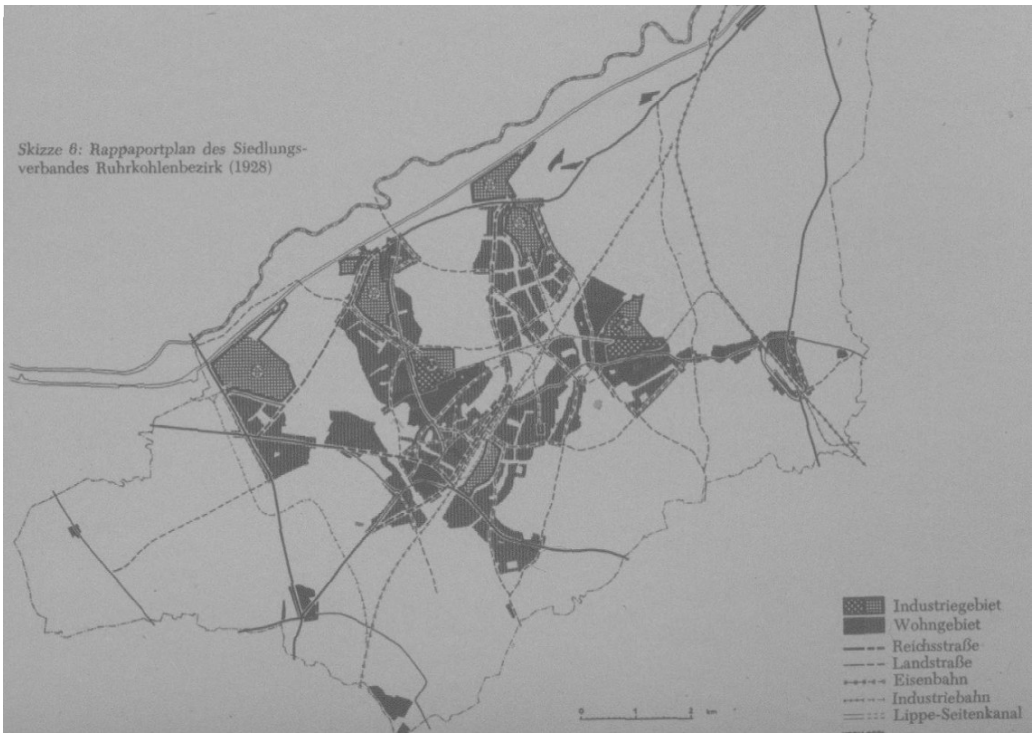

Abb. 2: Wirtschaftsplan von Philipp Rappaport, 1928

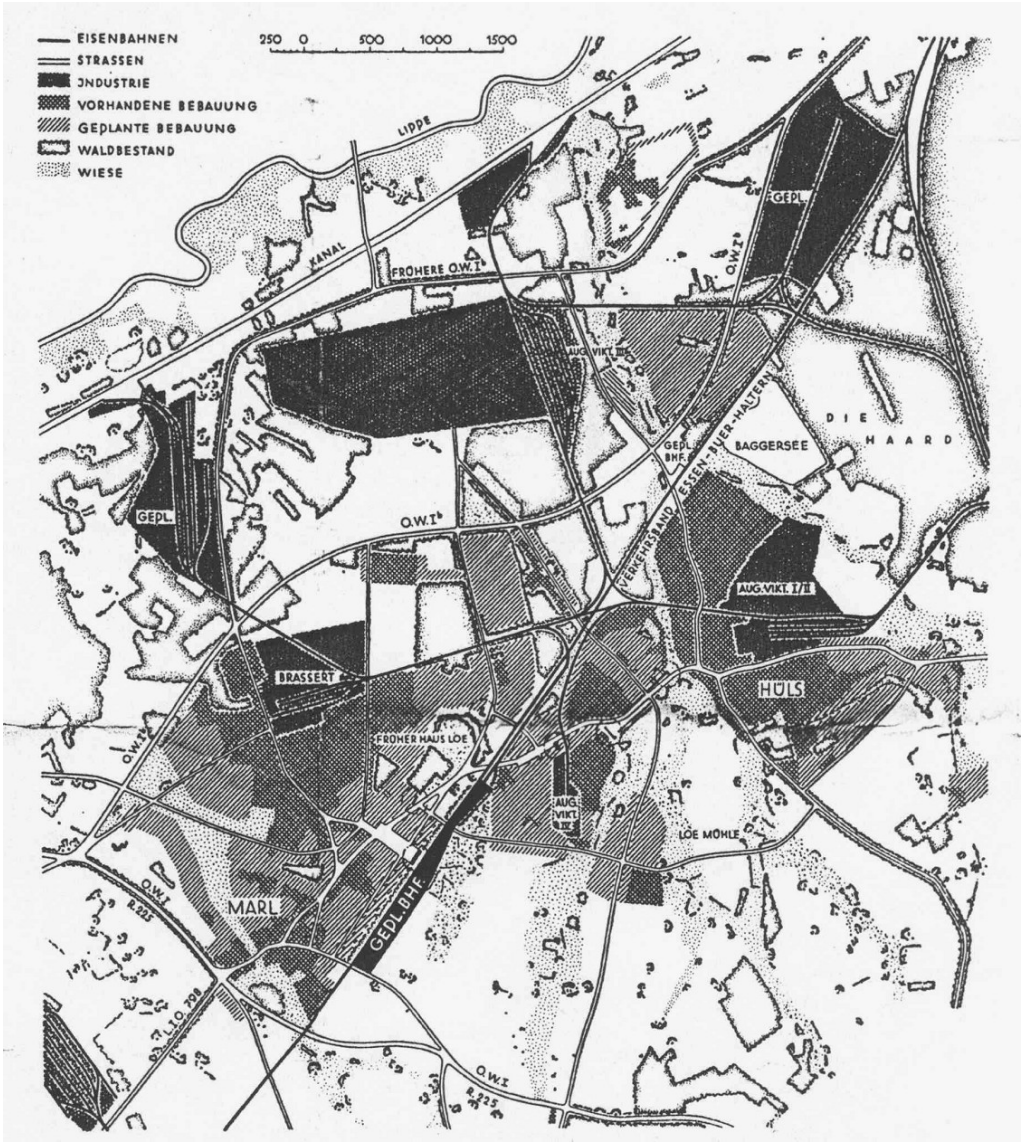

Abb. 3: Wirtschaftsplan von Albert Lange, 1938

Abb. 4: Leitplan von Günther Marschall, 1958

Abb. 5: Altes Amthaus von 1887, Zustand 1927

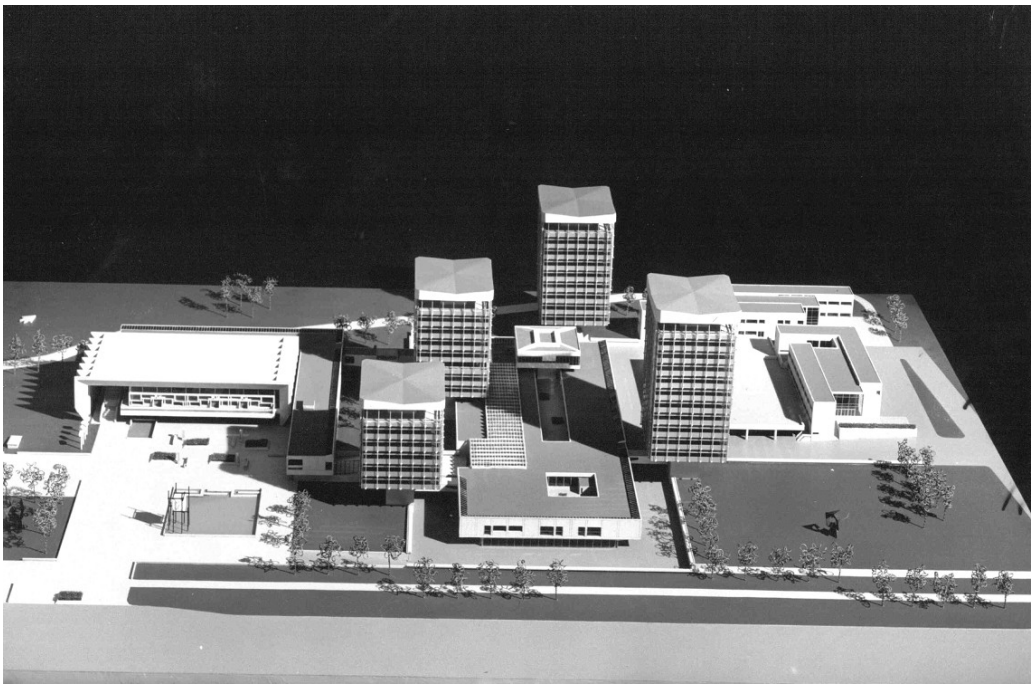

Abb. 6: Rathaus Marl, Entwurf van den Broek und Bakema, 1957, Modell, von Süden

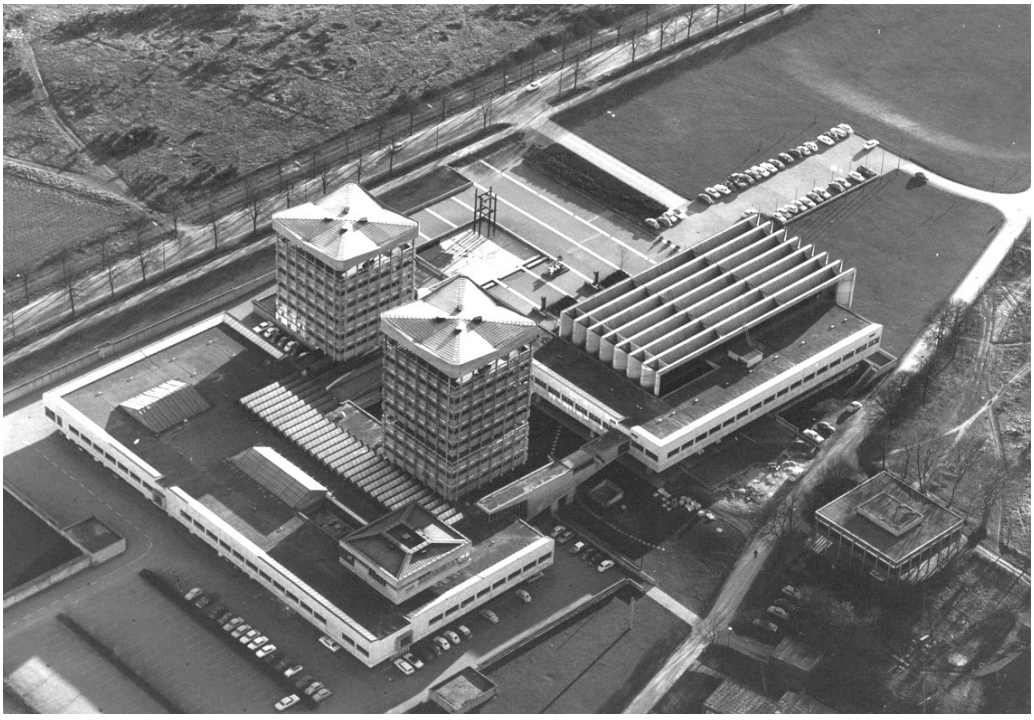

Abb. 7: Rathaus Marl, Luftbild von Nordosten, zwischen 1967 und 1972

Abb. 8: Rathaus Marl, Ansicht von Südwesten, nach 1967, vor 1972

Abb. 9: Rathaus Marl, Sitzungstrakt von Südosten, kurz nach 1967

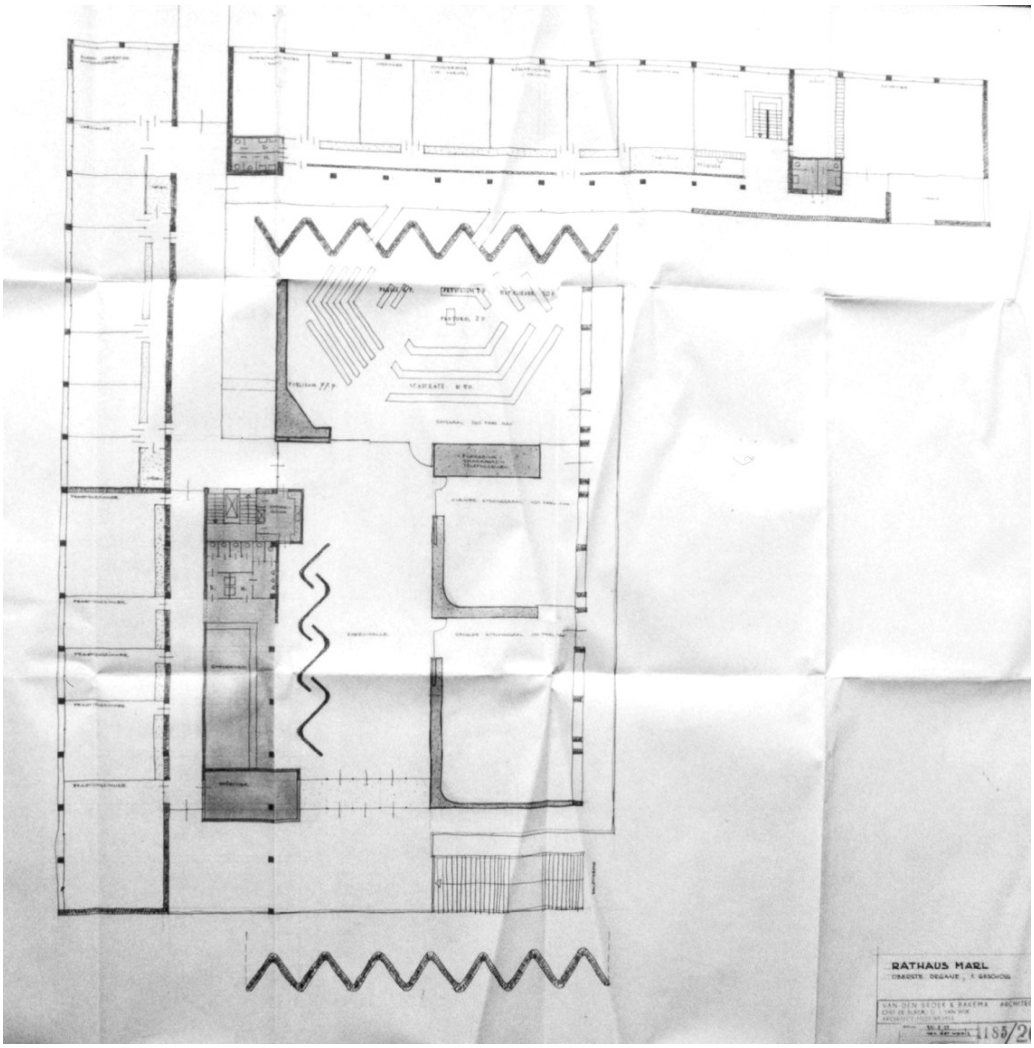

Abb. 10: Rathaus Marl, Entwurf van den Broek und Bakema, Sitzungstrakt, Grundriss OG, 1959

Abb. 11: Rathaus Marl, Foyer im Sitzungstrakt, Zustand kurz nach Fertigstellung

Abb. 12: Rathaus Marl, Ratssaal, 1969

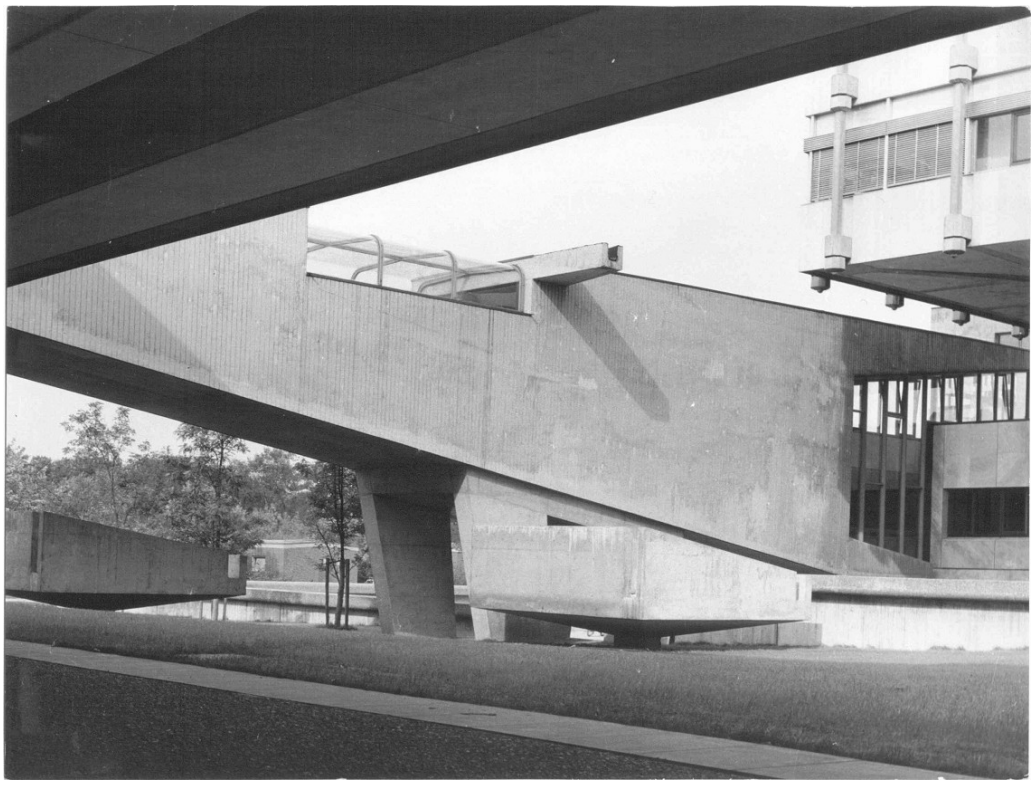

Abb. 13: Rathaus Marl, Brücke zwischen Sitzungstrakt und Zentralgebäude, Zustand zwischen 1967 und 1983

Abb. 14: Rathaus Marl, Zentralgebäude, Ansicht von Nordosten, 1967

Abb. 15: Rathaus Marl, Zentralgebäude, Haupteingang, nach 1967

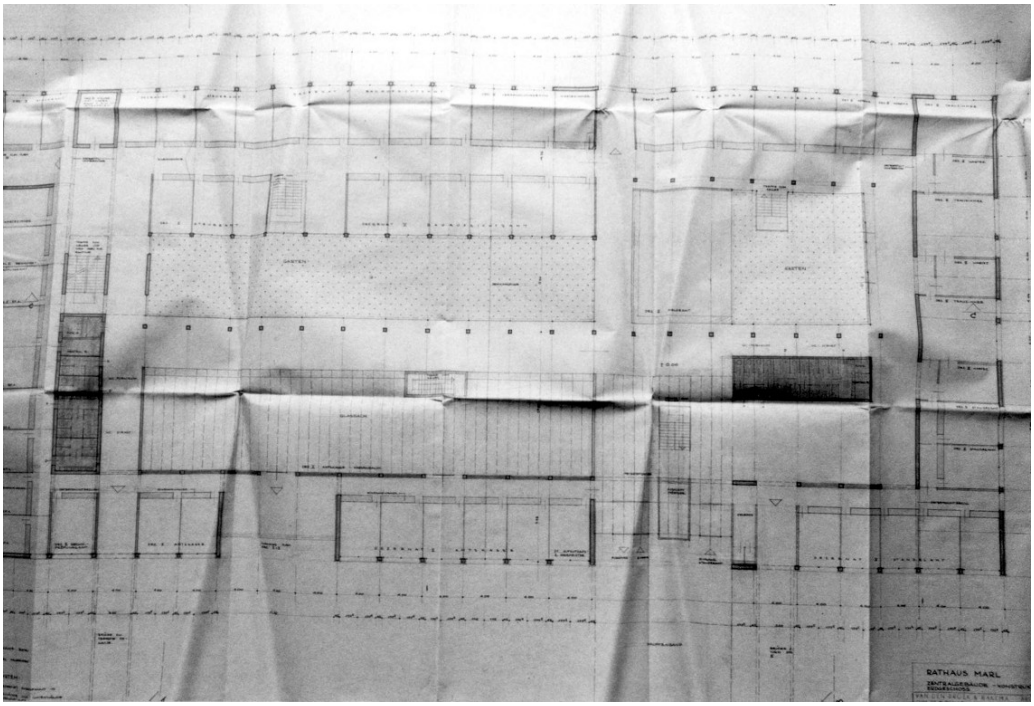

Abb. 16: Rathaus Marl, Entwurf van den Broek und Bakema, Zentralgebäude, EG, 1959

Abb. 17: Rathaus Marl, Türme und Ratstrakt, 1976

Abb. 18: Rathaus Marl, Türme, 2002

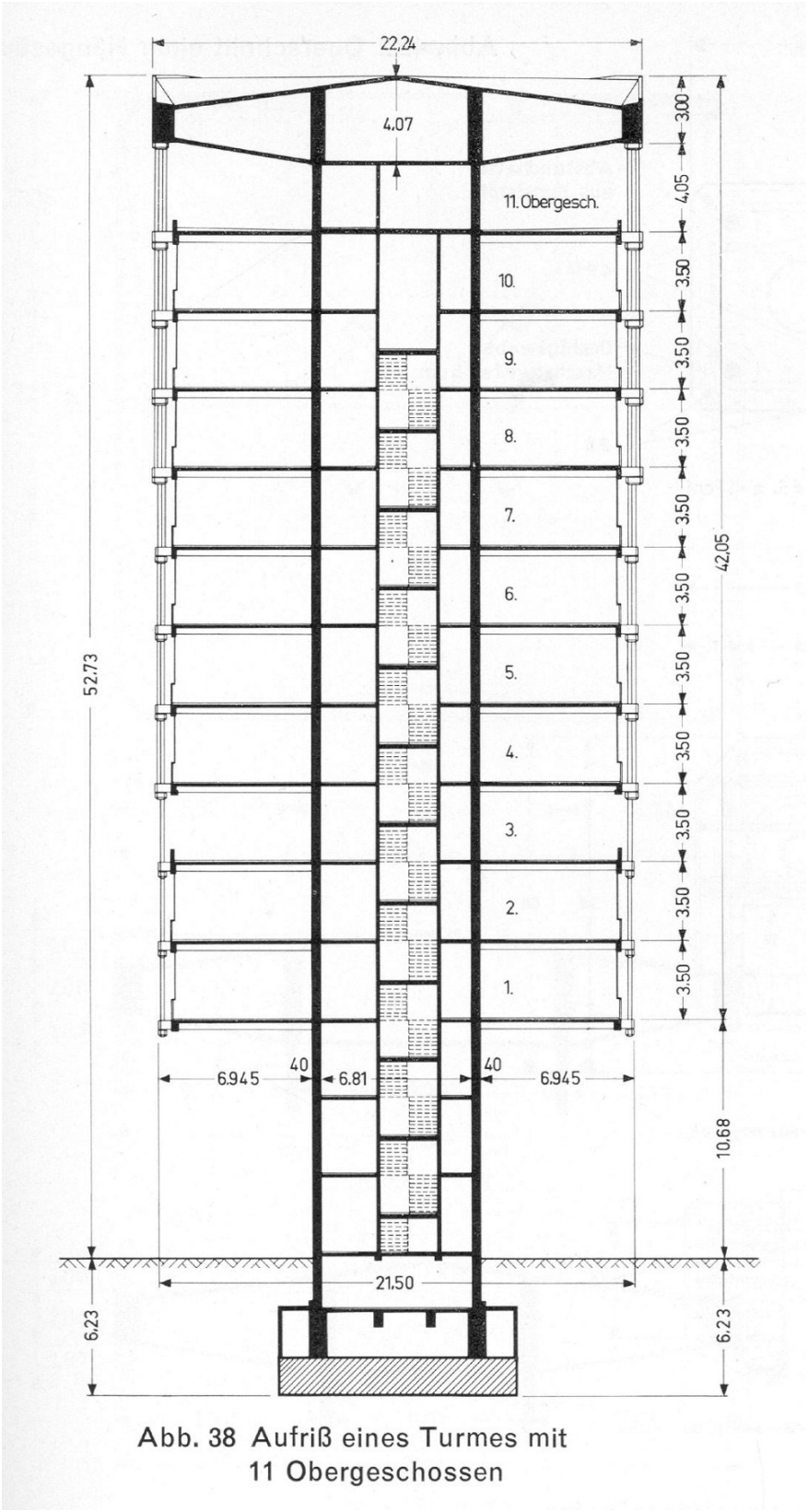

Abb. 38 Aufriß eines Turmes mit 11 Obergeschossen

Abb. 19: Rathaus Marl, Entwurf van den Broek und Bakema, Schnitt durch den nicht gebauten höchsten Turm, ca. 1965

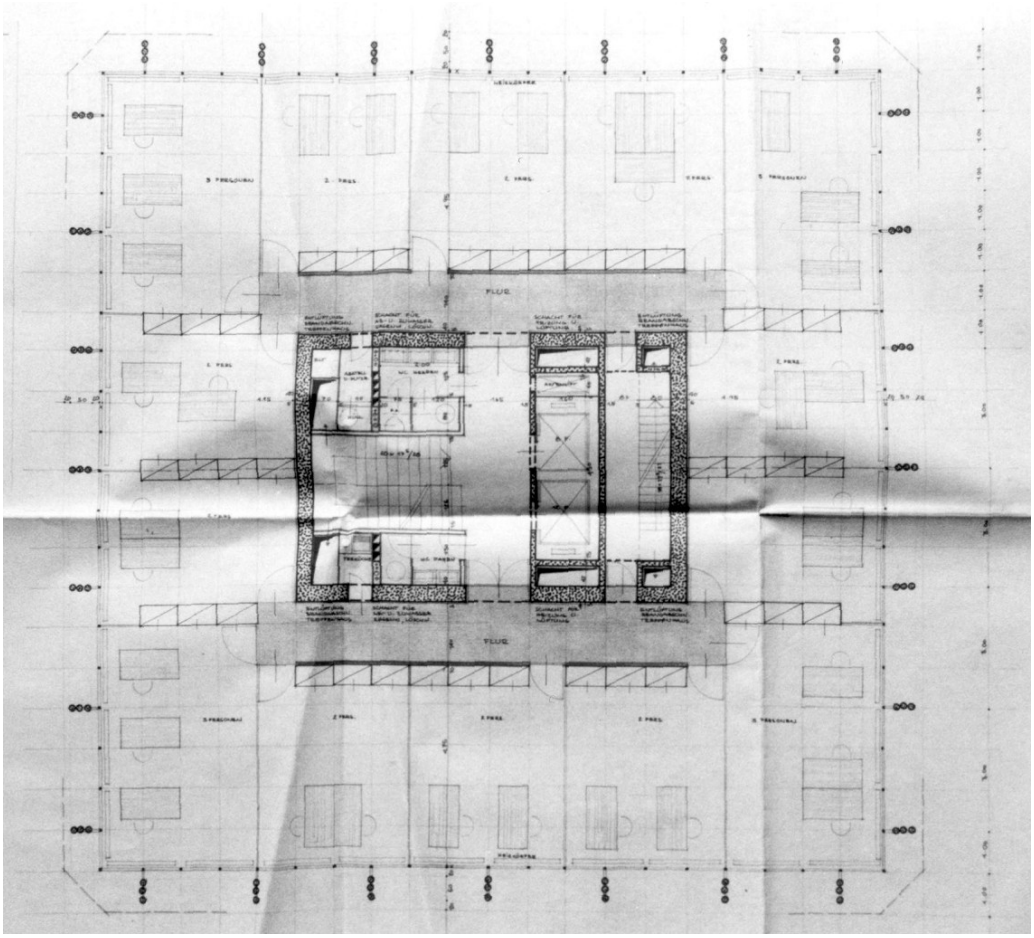

Abb. 20: Rathaus Marl, Entwurf van den Broek und Bakema, Turm, Grundriss, 1959

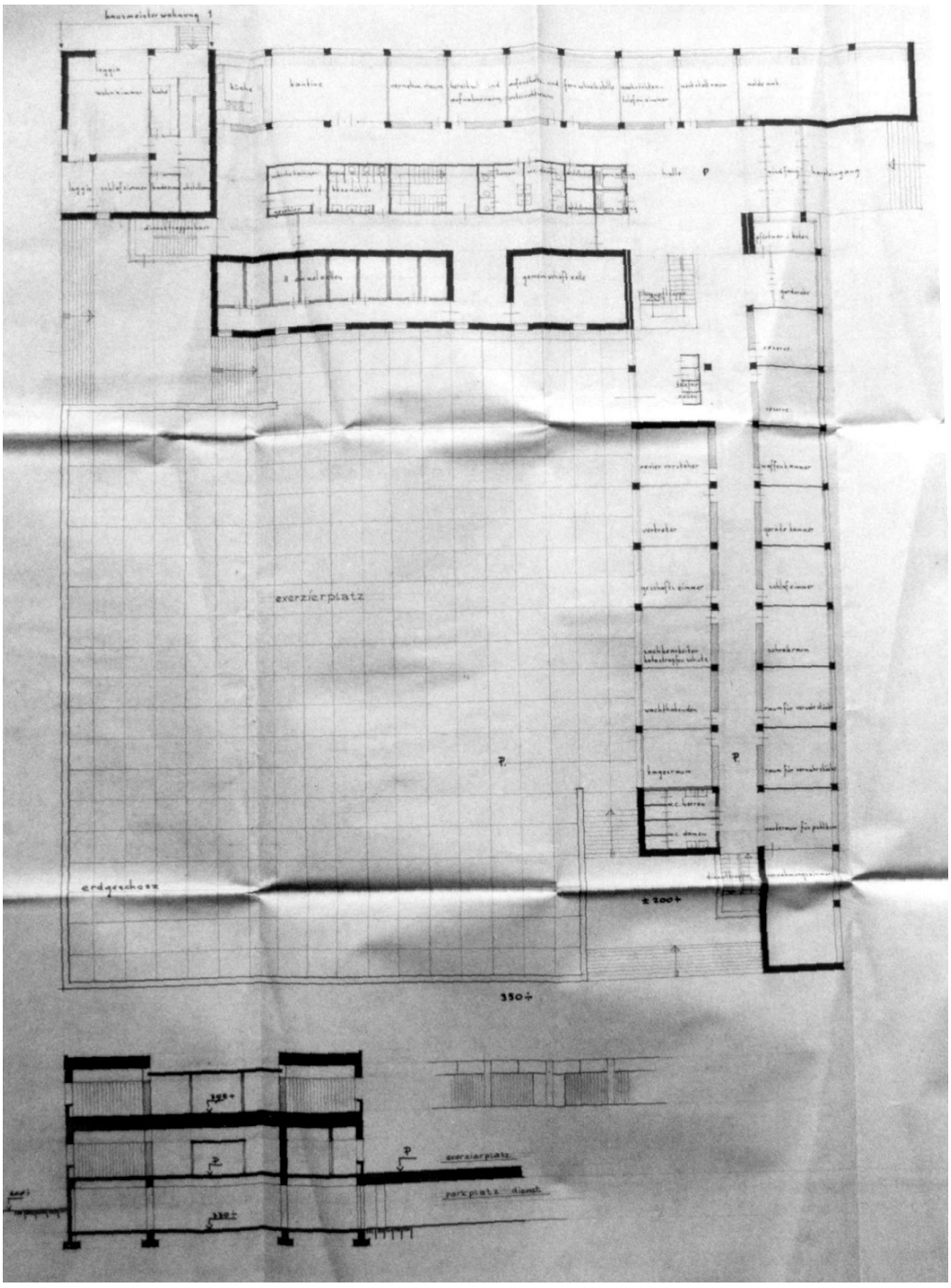

Abb. 21: Rathaus Marl, Entwurf van den Broek und Bakema, Polizeigebäude, Grundriss EG, 1959

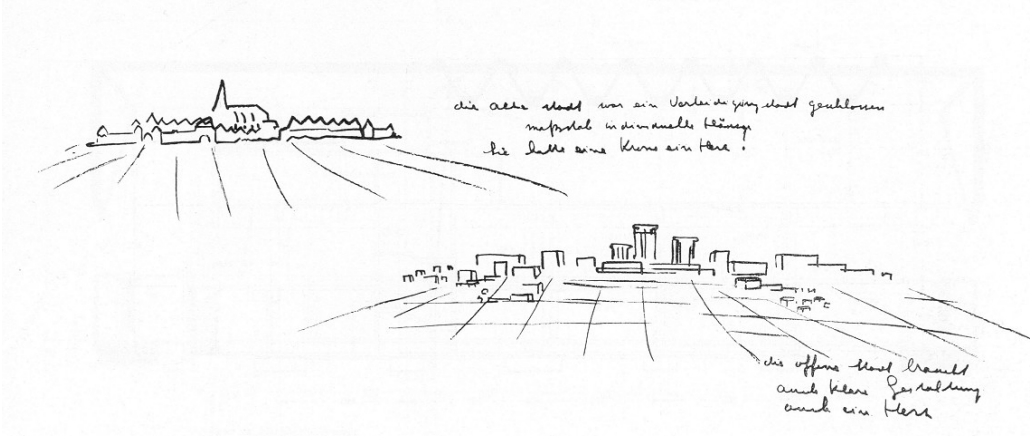

Abb. 22: Skizze Bakemas:
Gegenüberstellung von alter und neuer Stadt

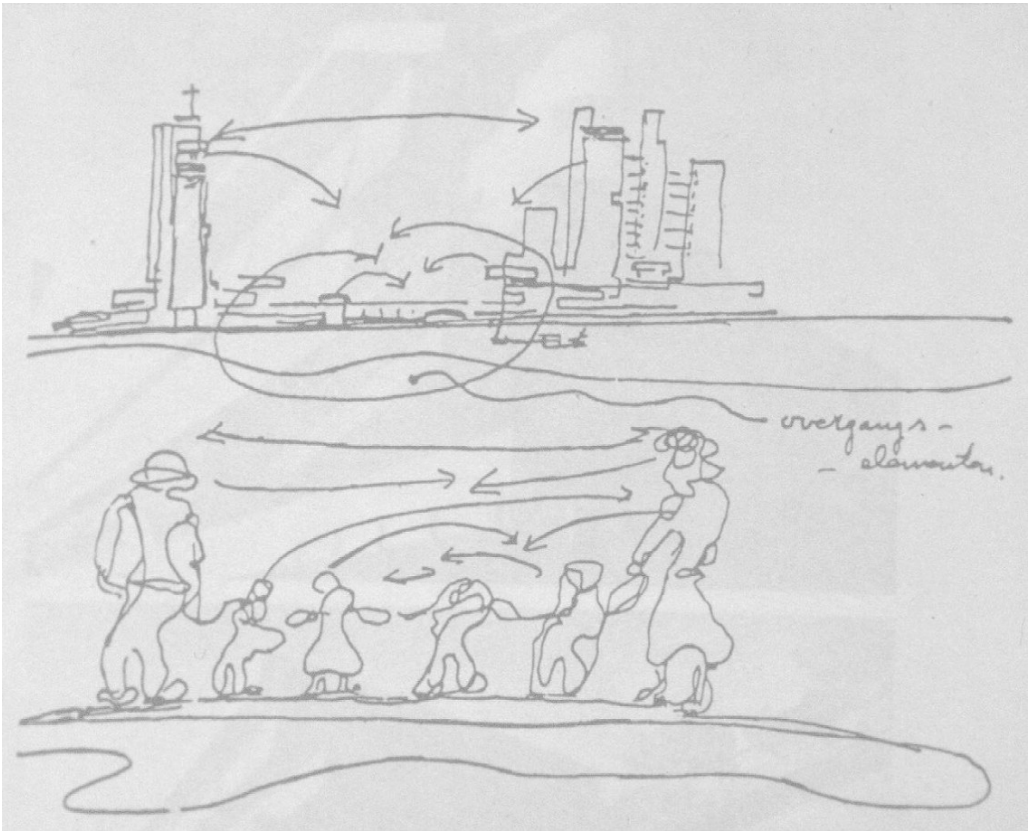

Abb. 23: Skizze Bakemas: „Freundschaftsmodell“

Abb. 24: Rathaus Ede, Ansicht von Südosten, 2000

Abb. 25: Rathaus Ede, Ansicht von Südwesten, 2000

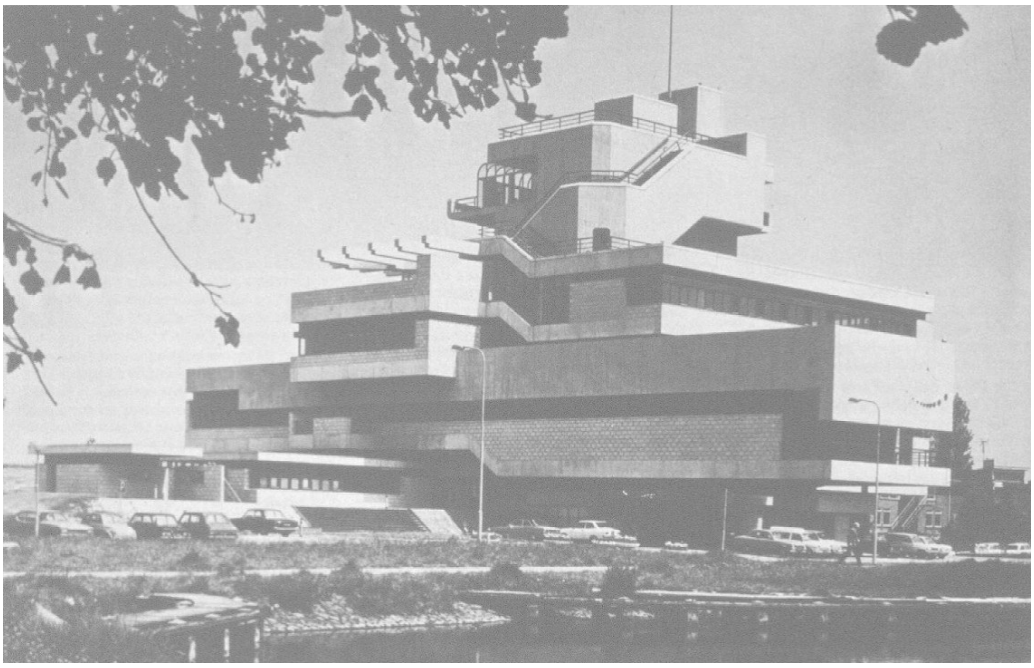

Abb. 26: Rathaus Terneuzen, Zustand kurz nach Fertigstellung

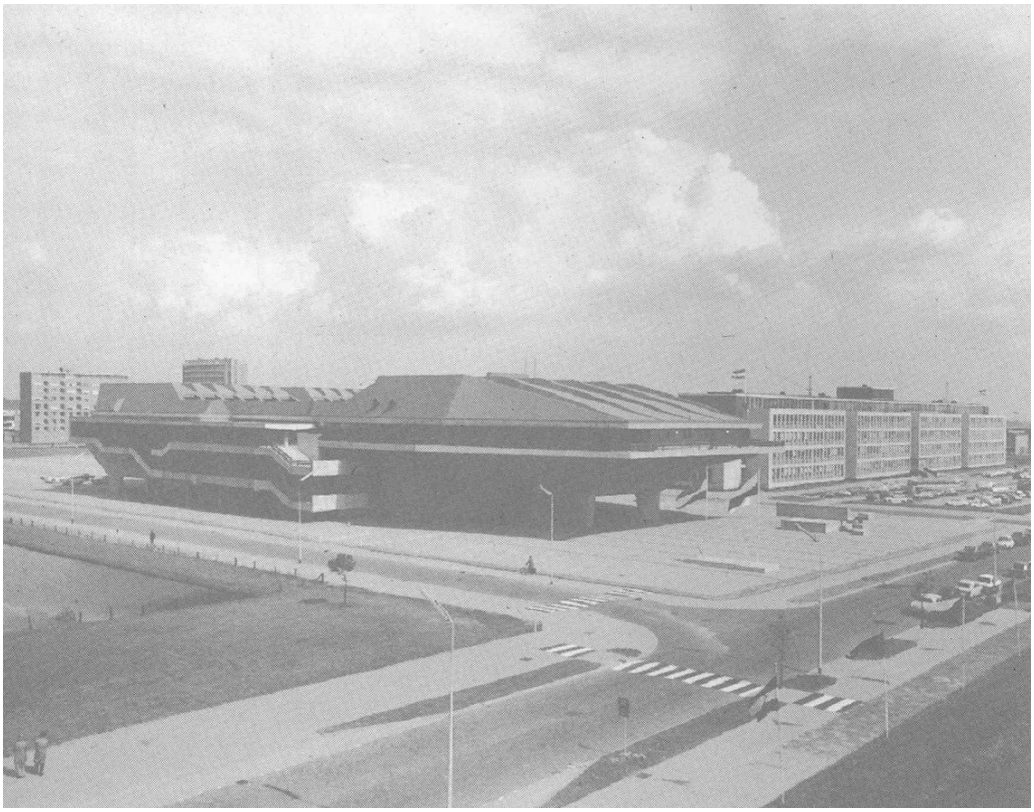

Abb. 27: Hörsaalzentrum der TH Delft, Zustand kurz nach Fertigstellung

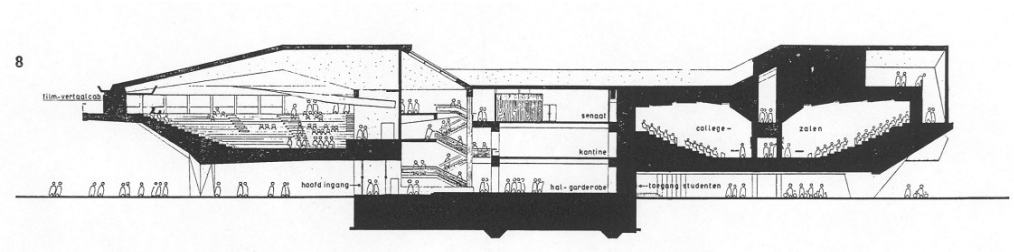

Abb. 28: Hörsaalzentrum der TH Delft, Schnitt

Abb. 29: Verlagsgebäude „Het Parool“
1. Entwurfsstadium von van den Broek und Bakema, 1957

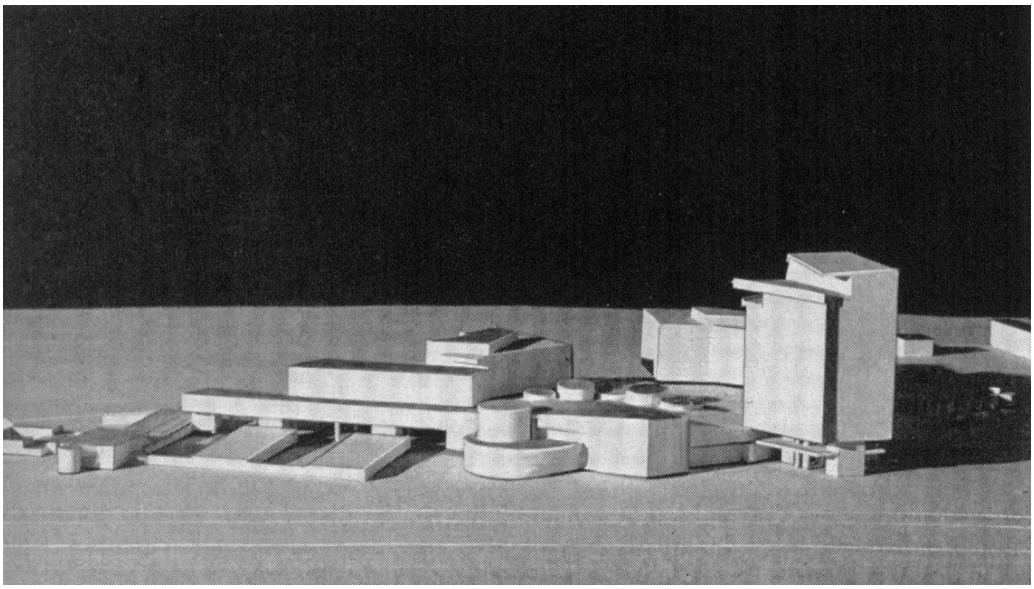

Abb. 30: Rathaus Marl, Entwurf Hans Scharoun, 1957
Modell, Südseite

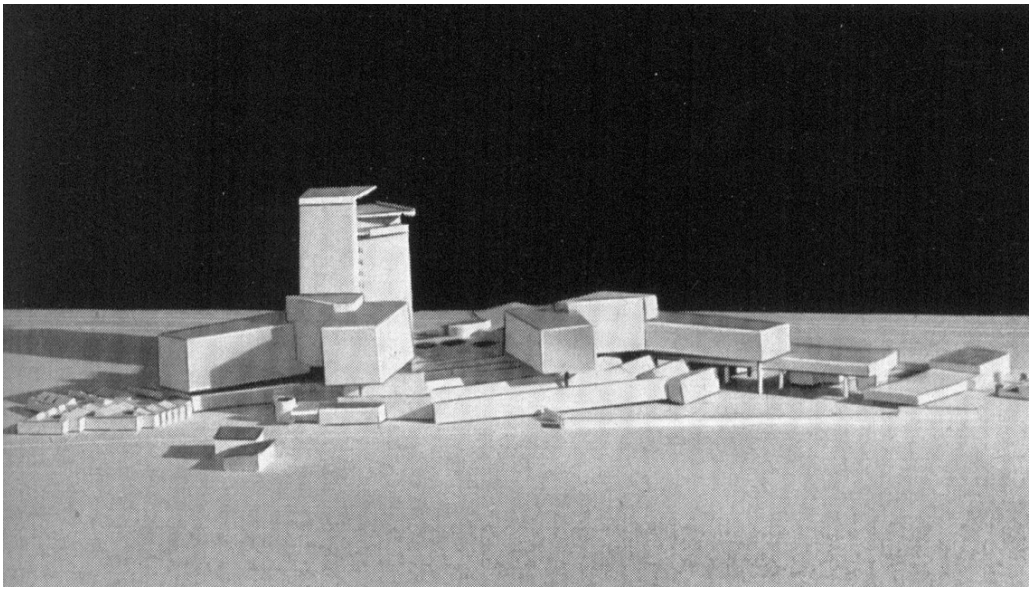

Abb. 31: Rathaus Marl, Entwurf Hans Scharoun, 1957
Modell, Nordseite

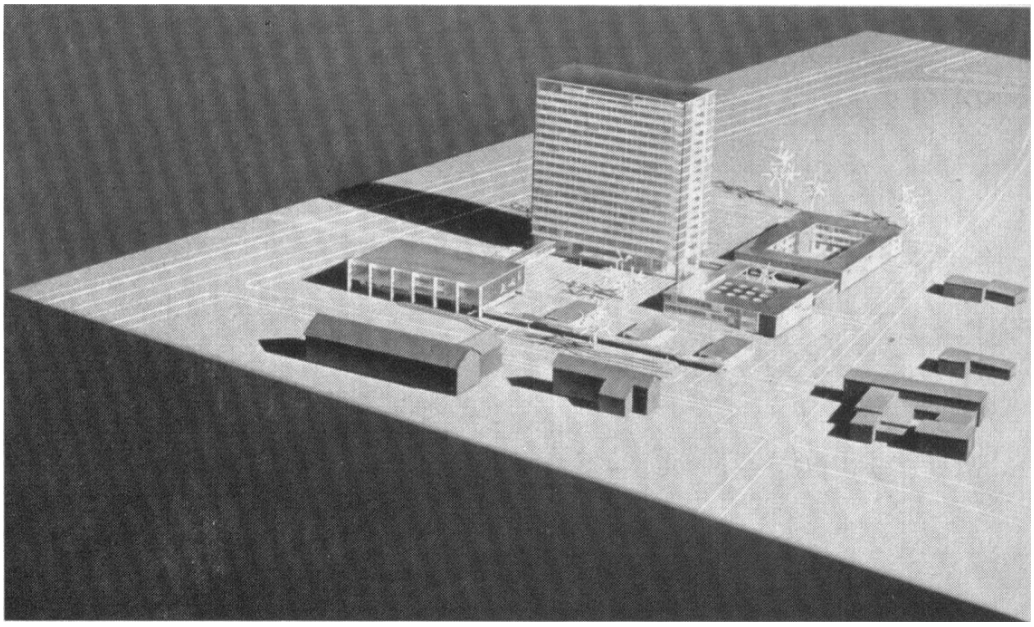

Abb. 32: Rathaus Marl, Entwurf Günther Marschall, 1957
Modell, von Nordosten

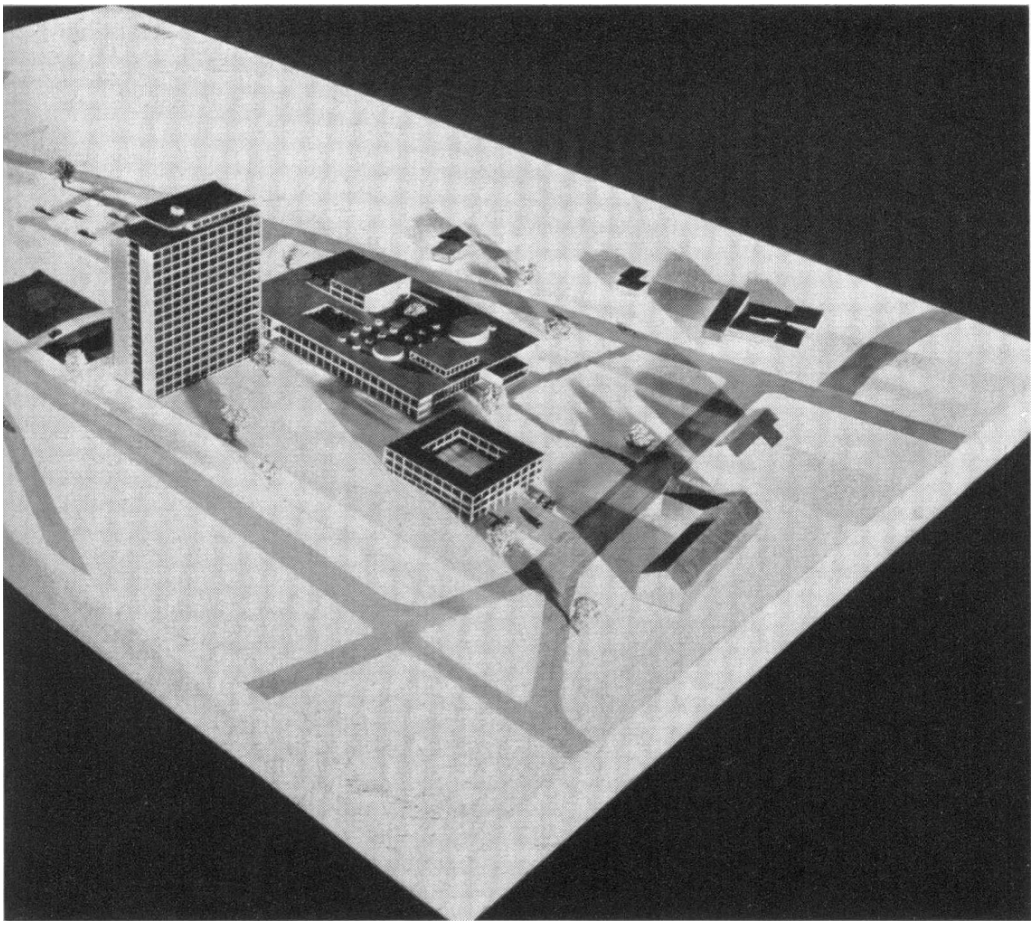

Abb. 33: Rathaus Marl, Entwurf Gebr. Conle, 1957
Modell, von Südosten

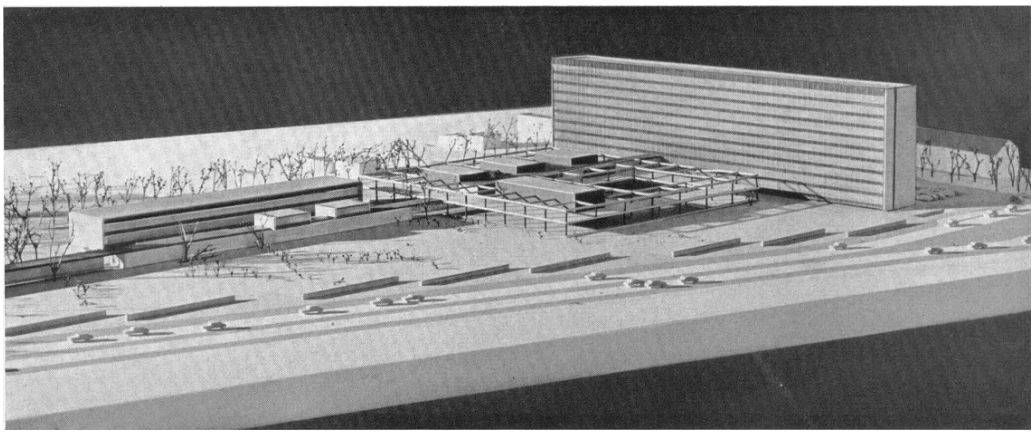

Abb. 34: Rathaus Marl, Entwurf Arne Jacobsen, 1957
Modell, von Südwesten

Abb. 35: Rathaus Rødovre, Arne Jacobsen, Zustand 2002

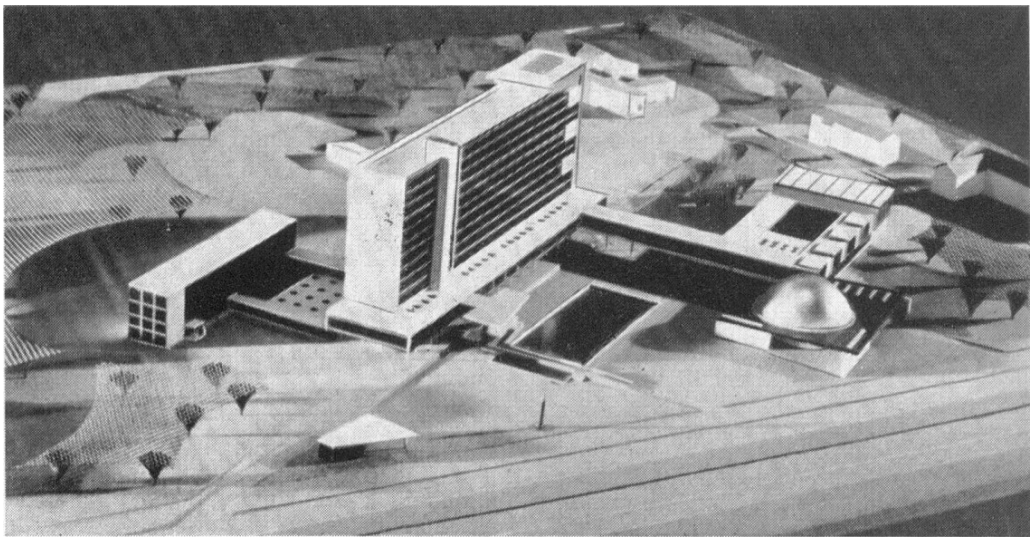

Abb. 36: Rathaus Marl, Entwurf Otto Englberger, 1957
Modell, von Südwesten

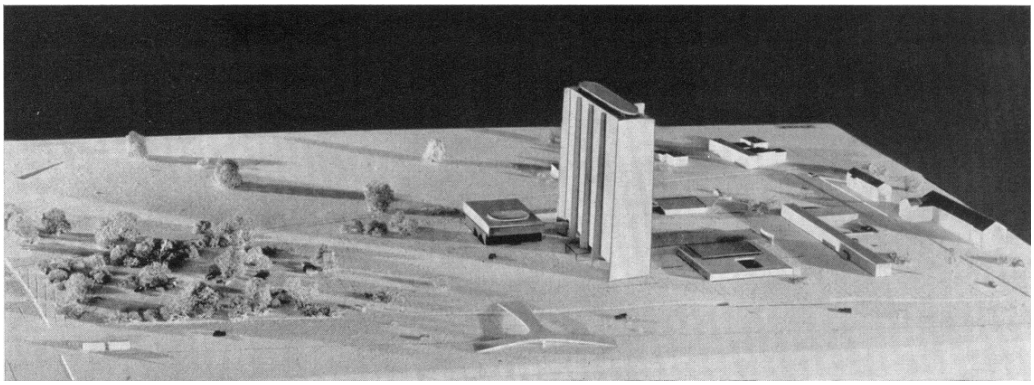

Abb. 37: Rathaus Marl, Entwurf Bernhard Pfau, 1957
Modell, von Südwesten

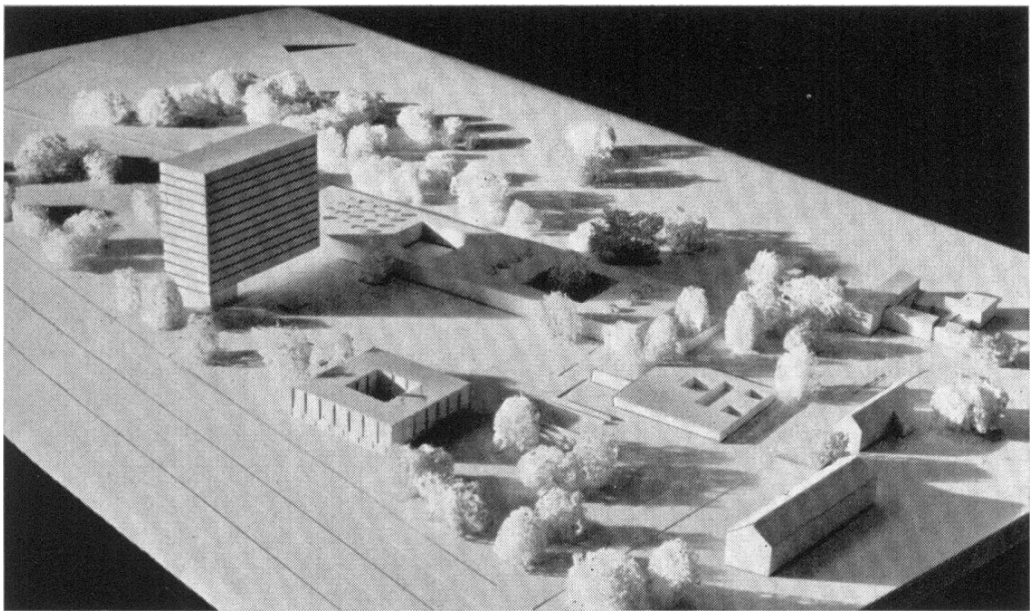

Abb. 38: Rathaus Marl, Entwurf Sep Ruf, 1957
Modell, von Südosten

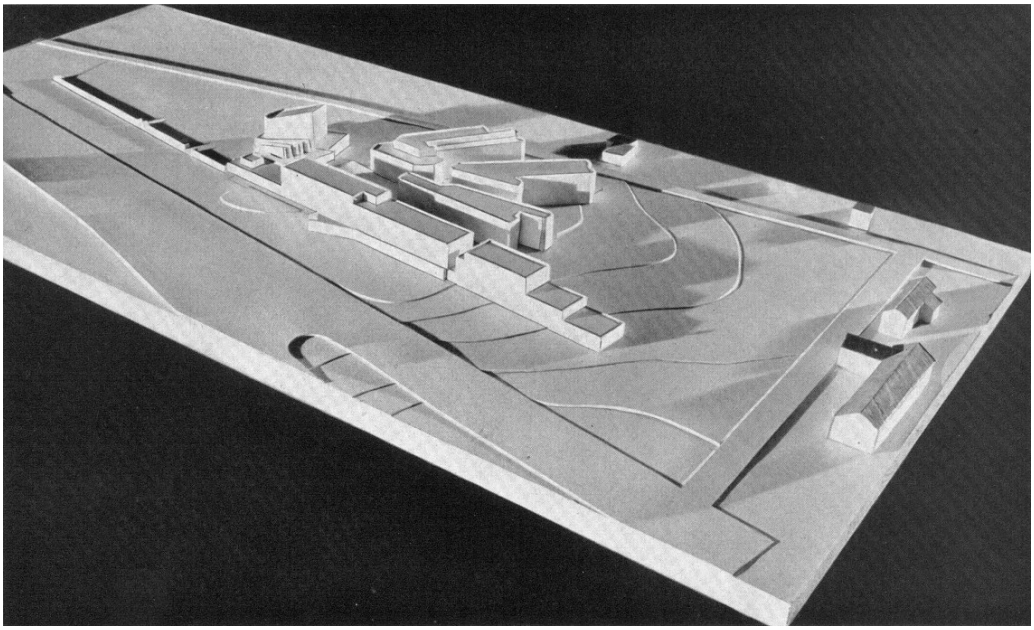

Abb. 39: Rathaus Marl, Entwurf Alvar Aalto, 1957
Modell, von Südosten

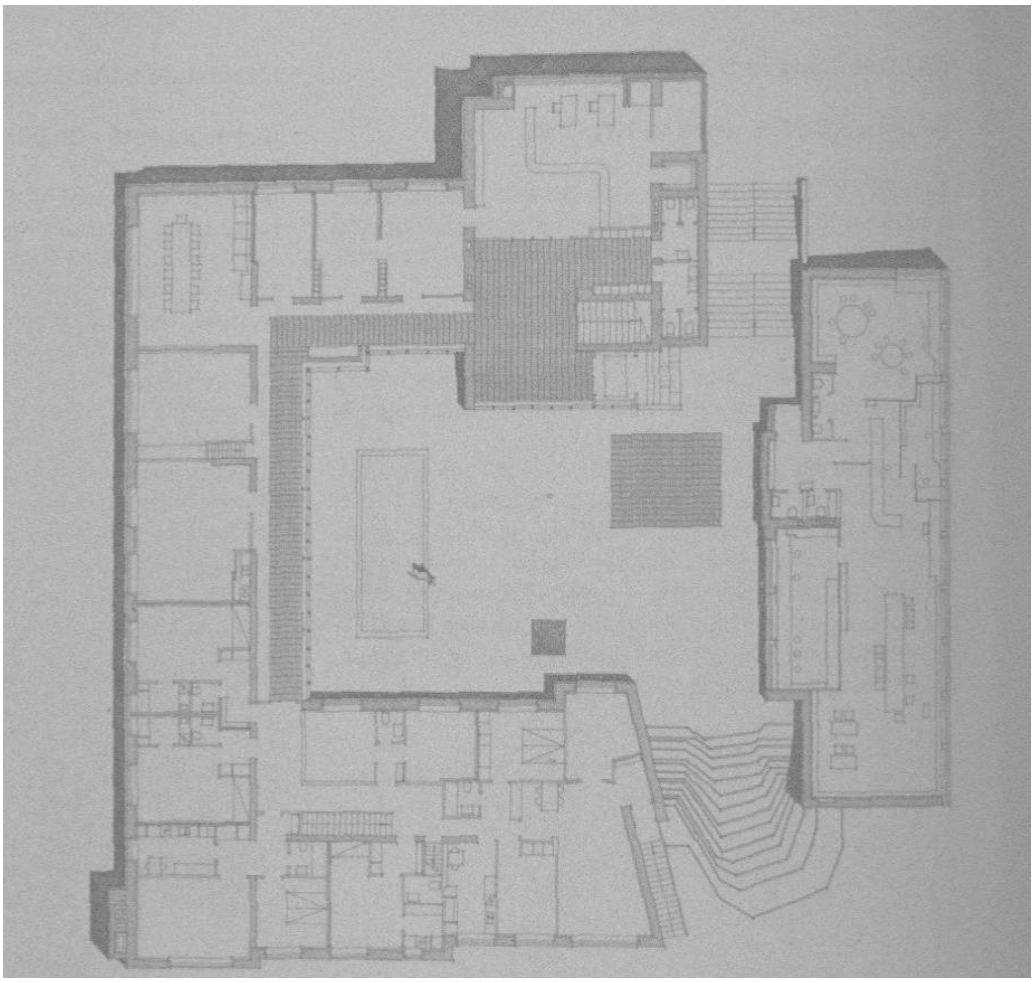

Abb. 40: Rathaus Säynätsalo, Alvar Aalto, Grundriss Hofebene

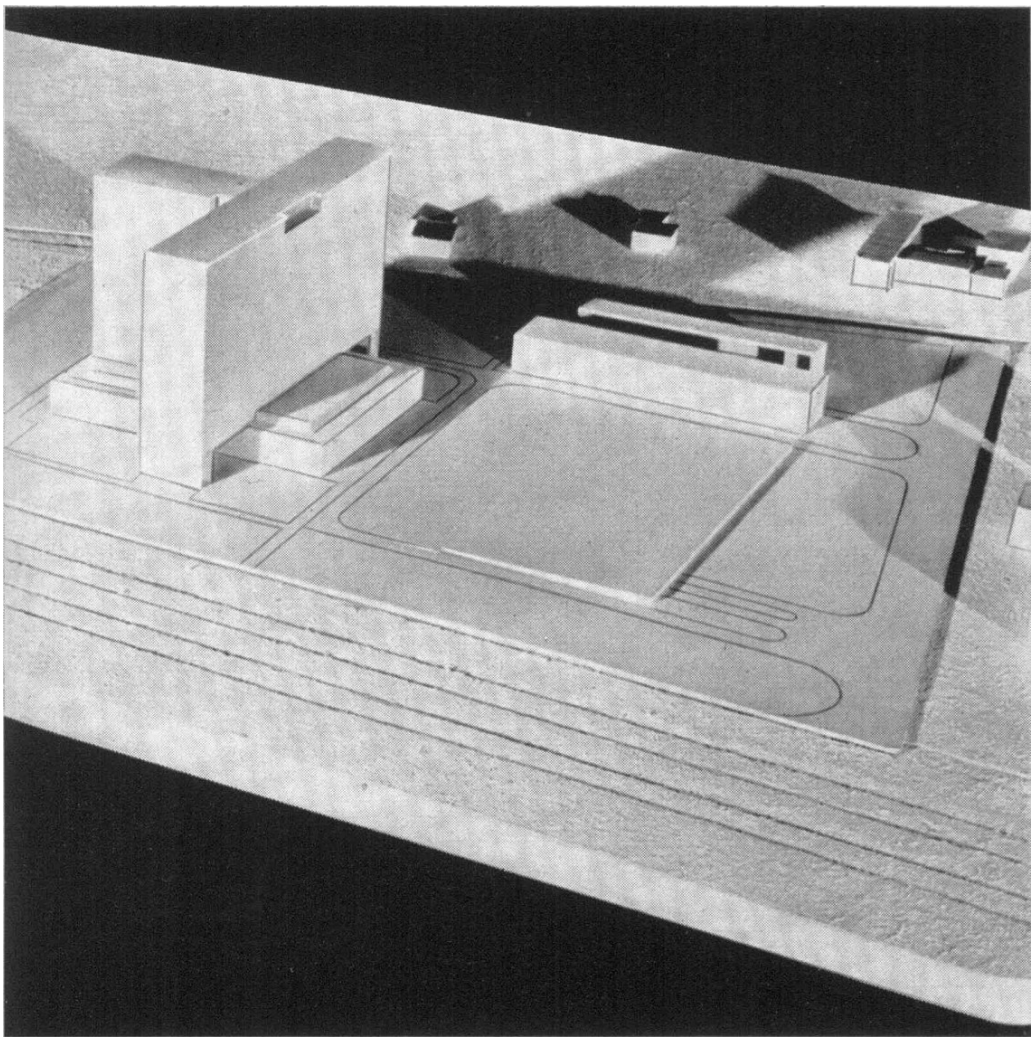

Abb. 41: Rathaus Marl, Entwurf Ferdinand Kramer, 1957
Modell, von Südosten

Abb. 42: Paracelsus-Klinik Marl
Werner Hebebrand und Walter Schlempp, Zustand 1967

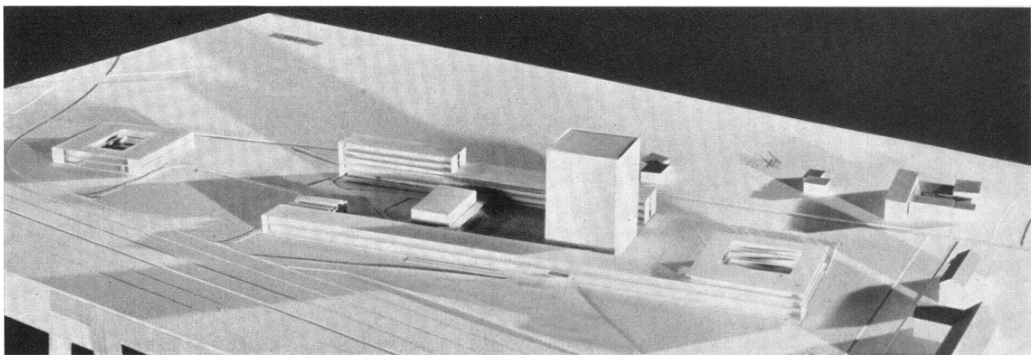

Abb. 43: Rathaus Marl, Entwurf Rudolf Schwarz, 1957
Modell, von Südosten

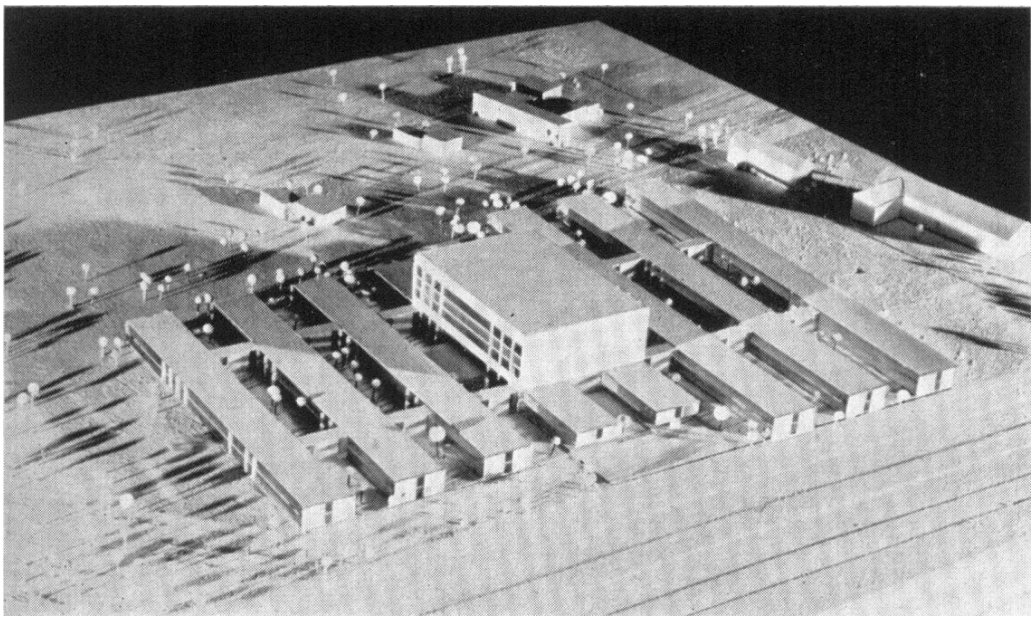

Abb. 44: Rathaus Marl, Entwurf Hans Schwippert, 1957
Modell, von Südwesten

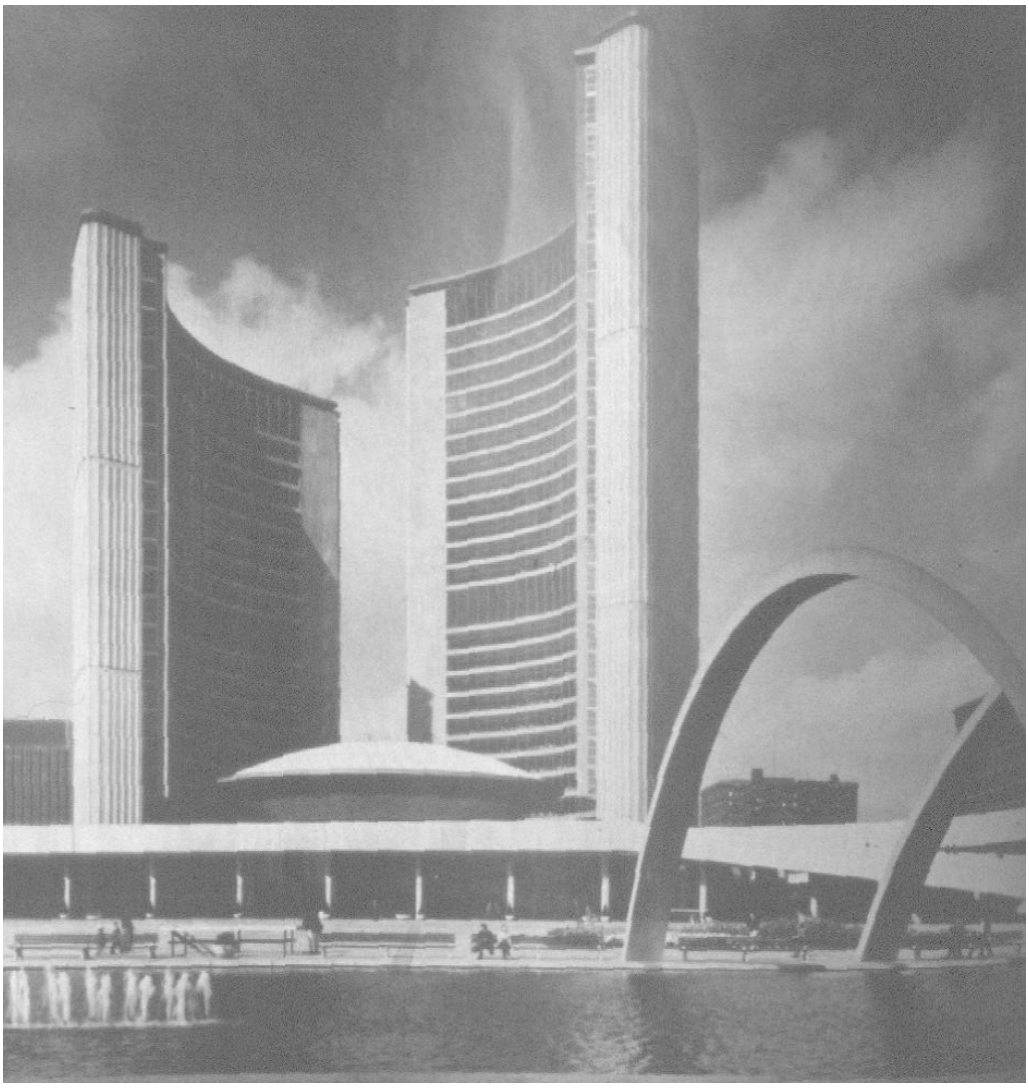

Abb. 45: Rathaus Toronto, Viljo Revell
Zustand kurz nach Fertigstellung

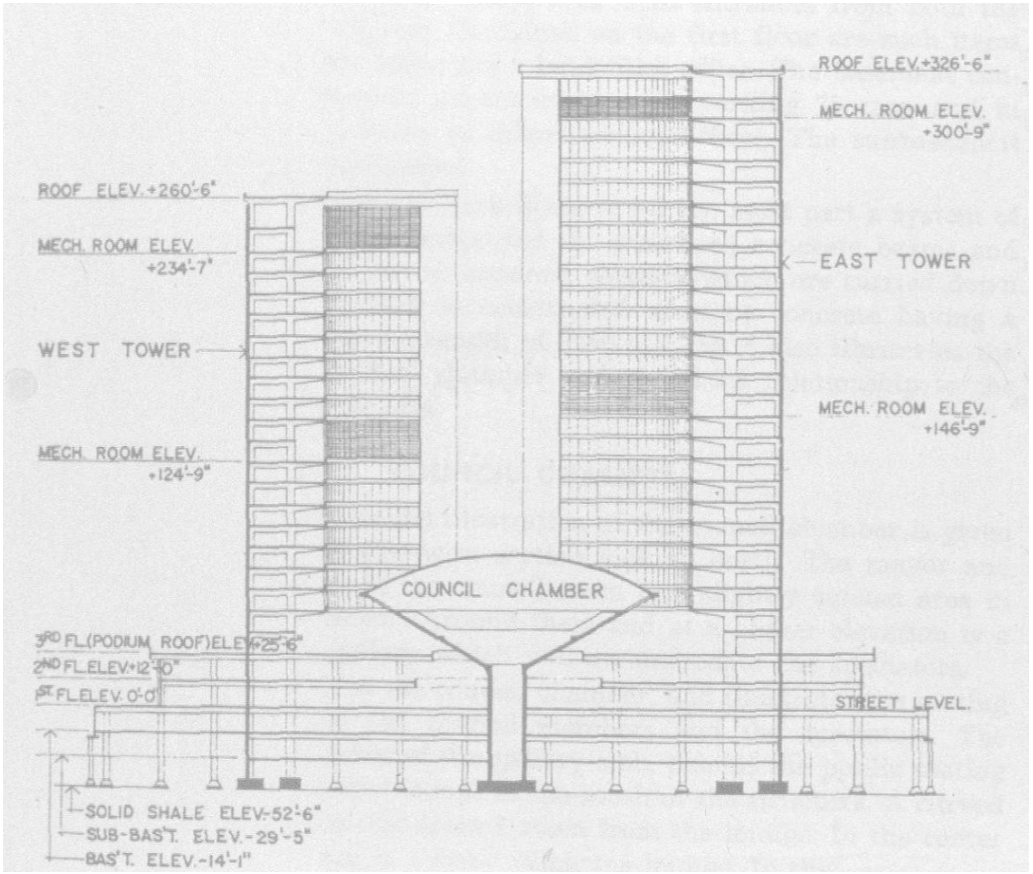

Abb. 46: Rathaus Toronto, Viljo Revell, Schnitt

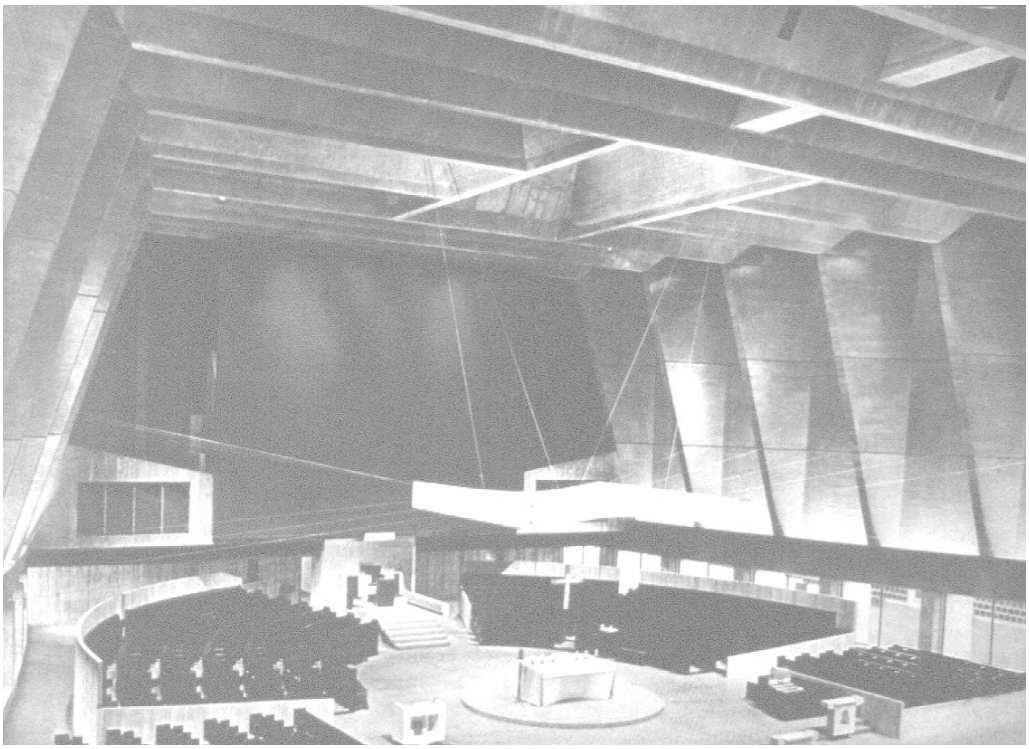

Abb. 47: Abteikirche St. John in Collegeville, Minnesota (USA), Marcel Breuer, Zustand kurz nach Fertigstellung

Abb. 48: UNESCO-Gebäude, Paris, Breuer, Nervi, Zehrfuss Zustand kurz nach Fertigstellung

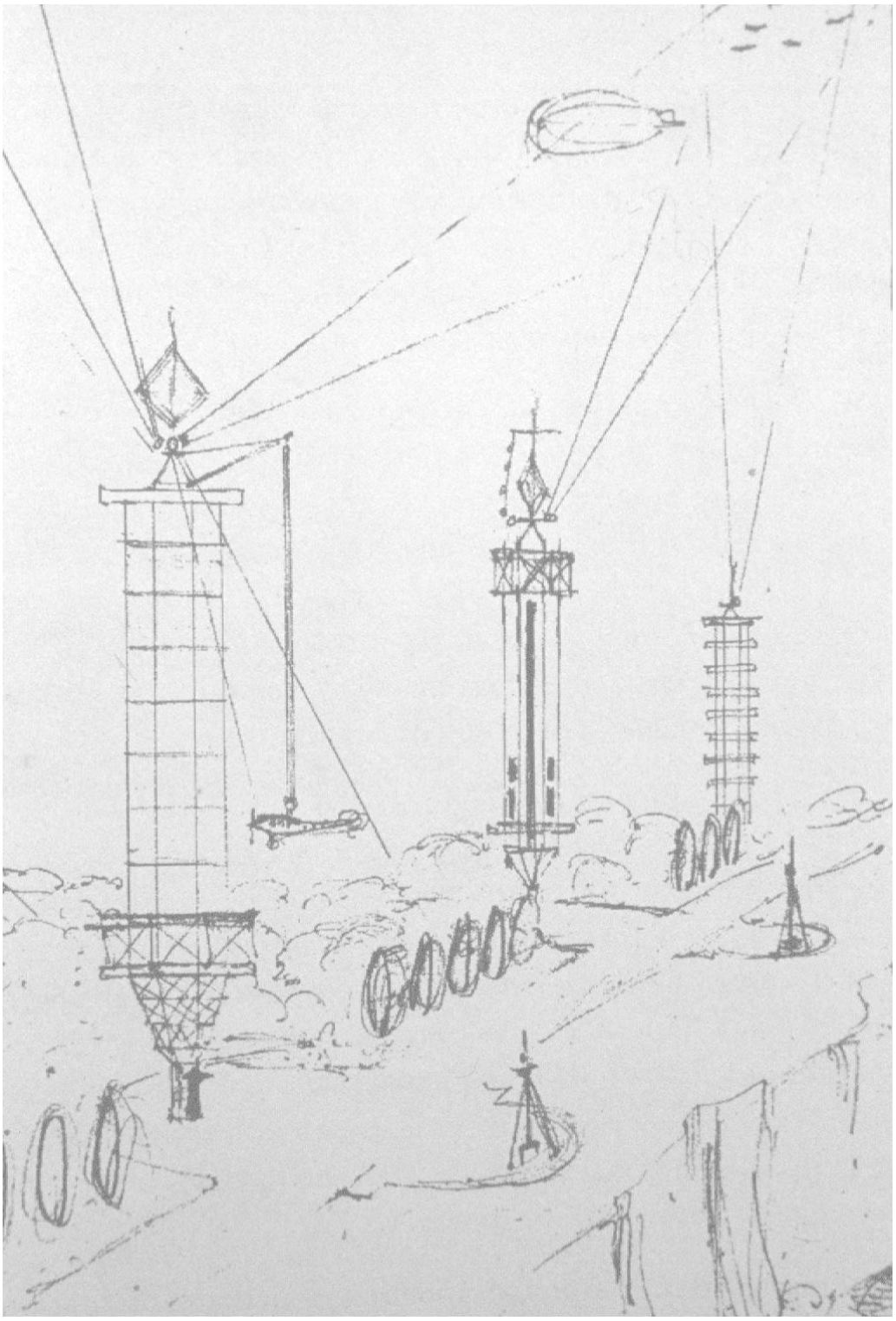

Abb. 49: „4D-House“, Entwurf Richard Buckminster Fuller, 1927

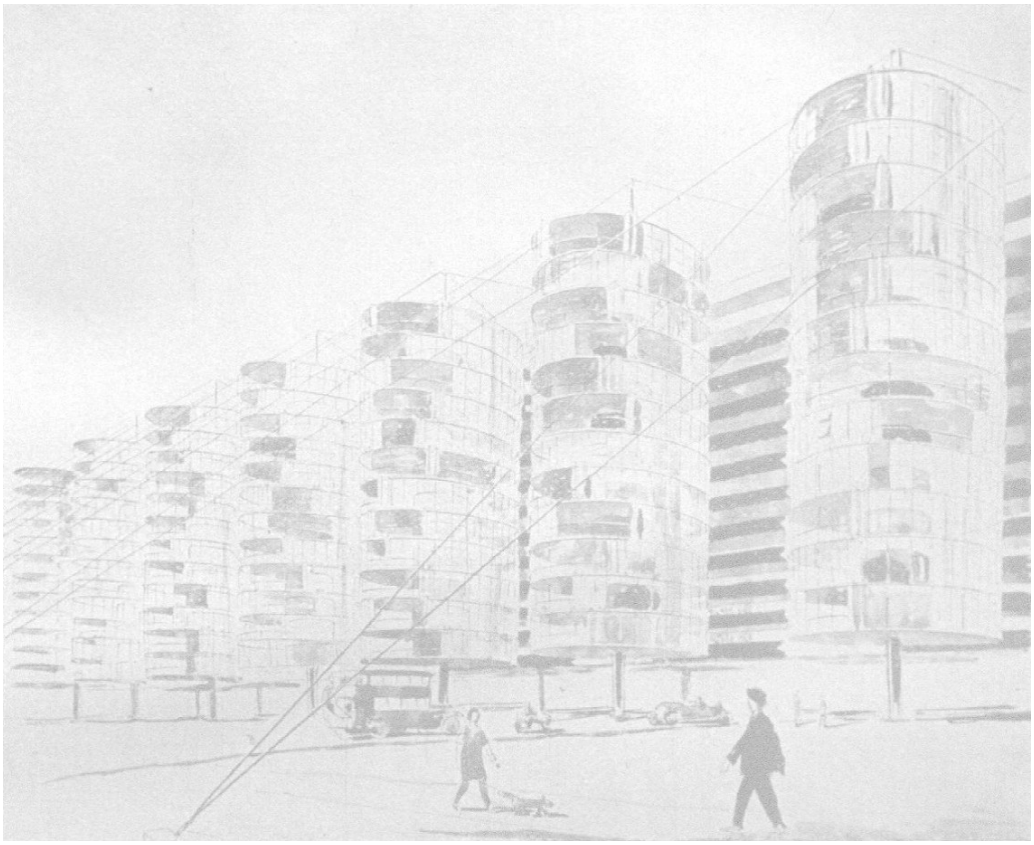

Abb. 50: Hängehäuser, Entwurf Bodo und Heinz Rasch, 1928

Abb. 51: „El Pilar“, Montevideo, 1957, Luis García Pardo und Adolfo Sommer Smith

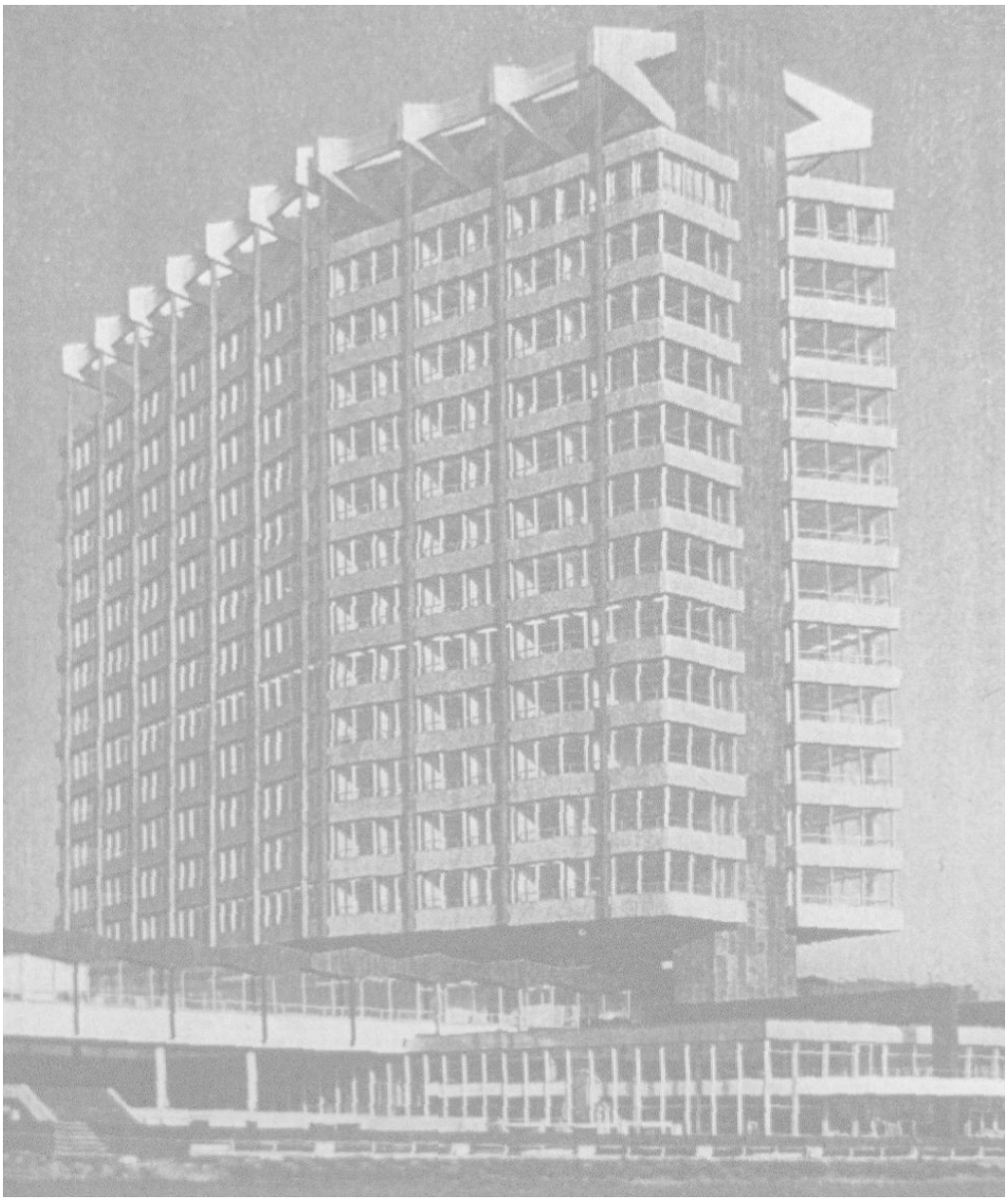

Abb. 52: Philips-Verwaltung, Eindhoven, 1964, Verhave, Luyt und de Iongh, Zustand kurz nach Fertigstellung

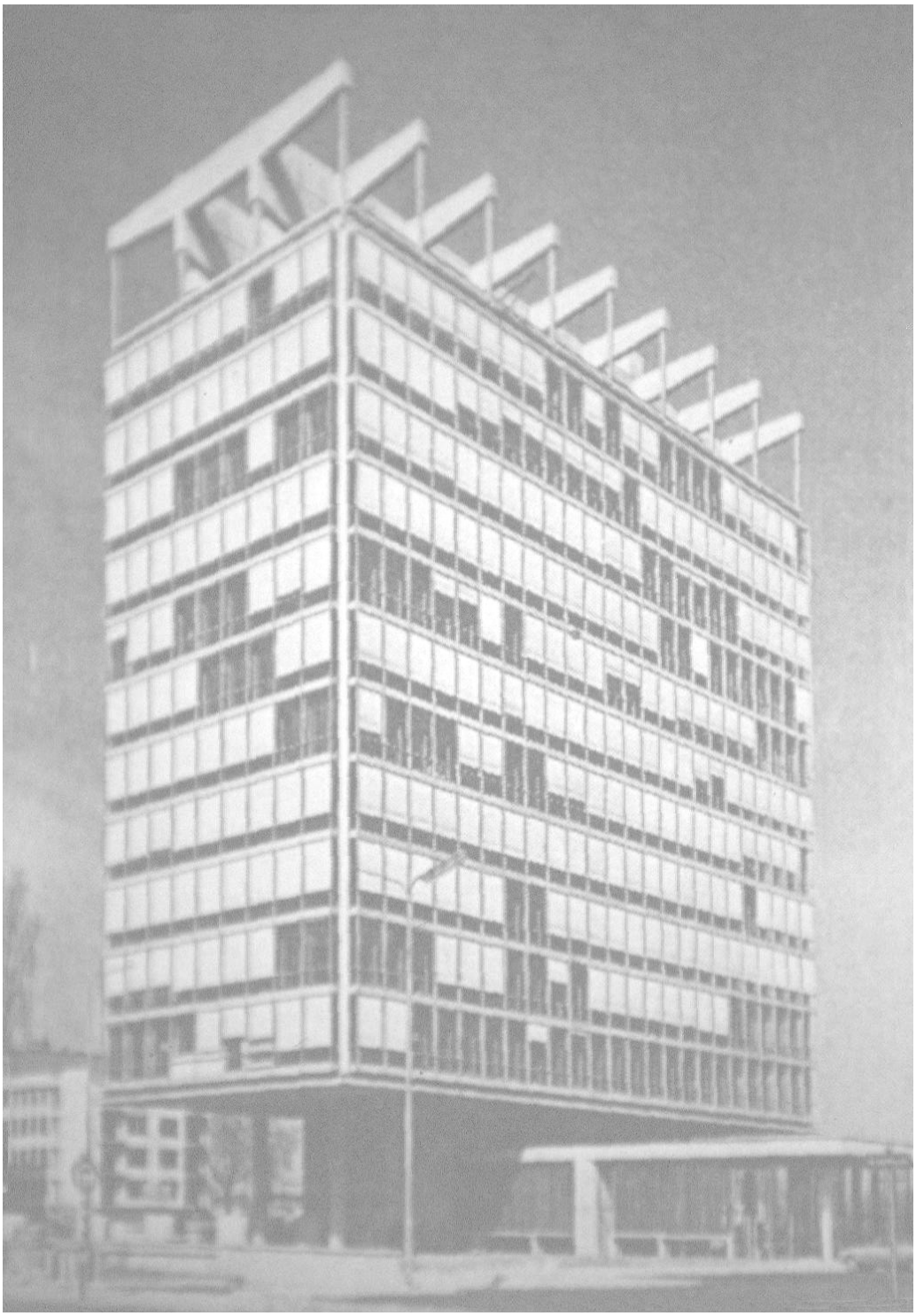

Abb. 53: BP-Verwaltung, Antwerpen, 1965, Stijnen, de Meyer und Reusens, Zustand kurz nach Fertigstellung

Abb. 54: Overbeek-Haus, Rotterdam, 1965, Verbruggen und Goldschmidt, Zustand 2000

Abb. 55: Finnland-Haus, Hamburg, 1966, Hentrich und Petschnigg, Zustand 1998

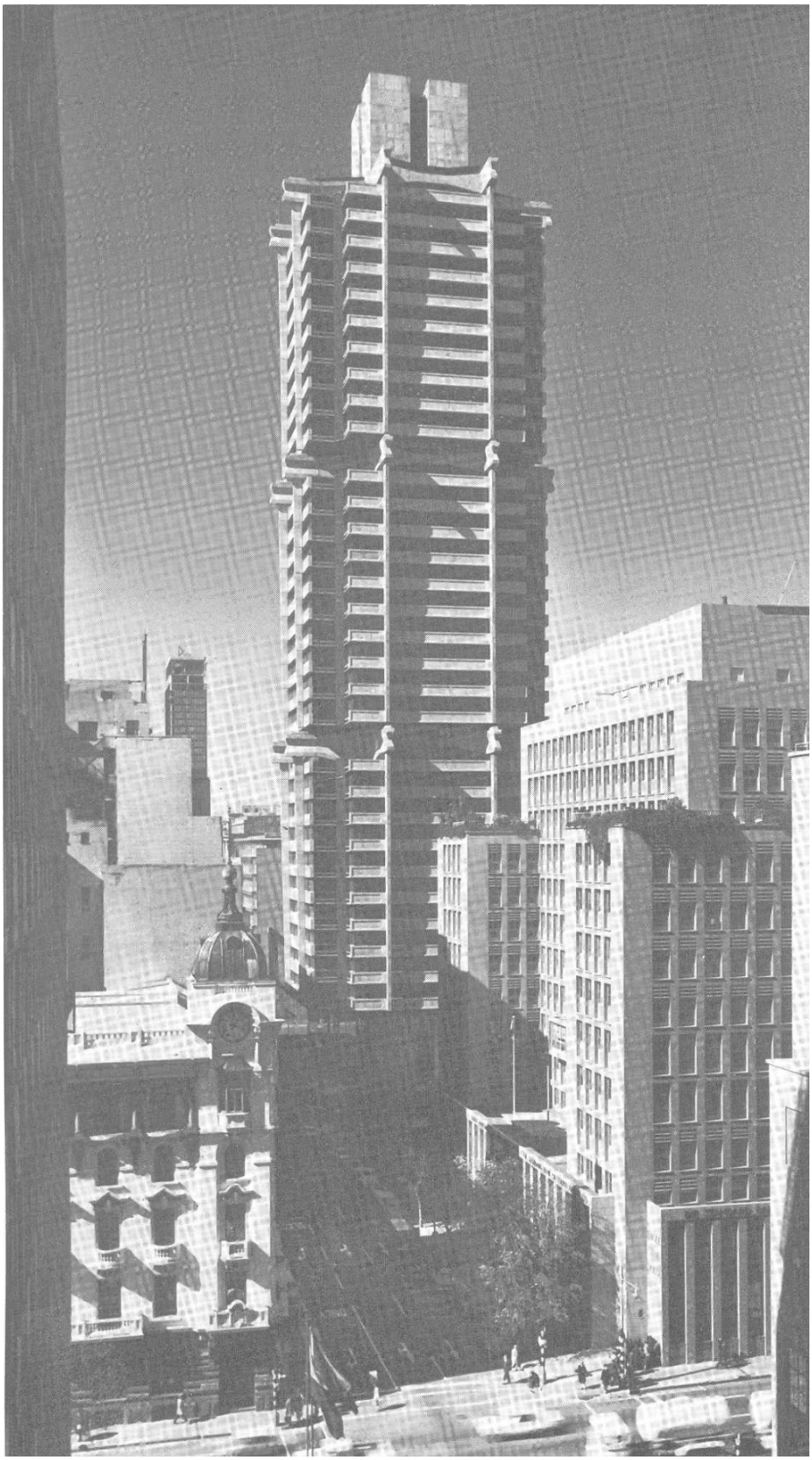

Abb. 56: Standard Bank, Johannesburg, 1970, HPP, Zustand kurz nach Fertigstellung

Abb. 57: Stadtsparkasse Wuppertal, 1973, Paul Schneider-Esleben

Abb. 58: Bettenhaus der Universitätsklinik Köln, 1972, Heinle und Wischer, Zustand 2002

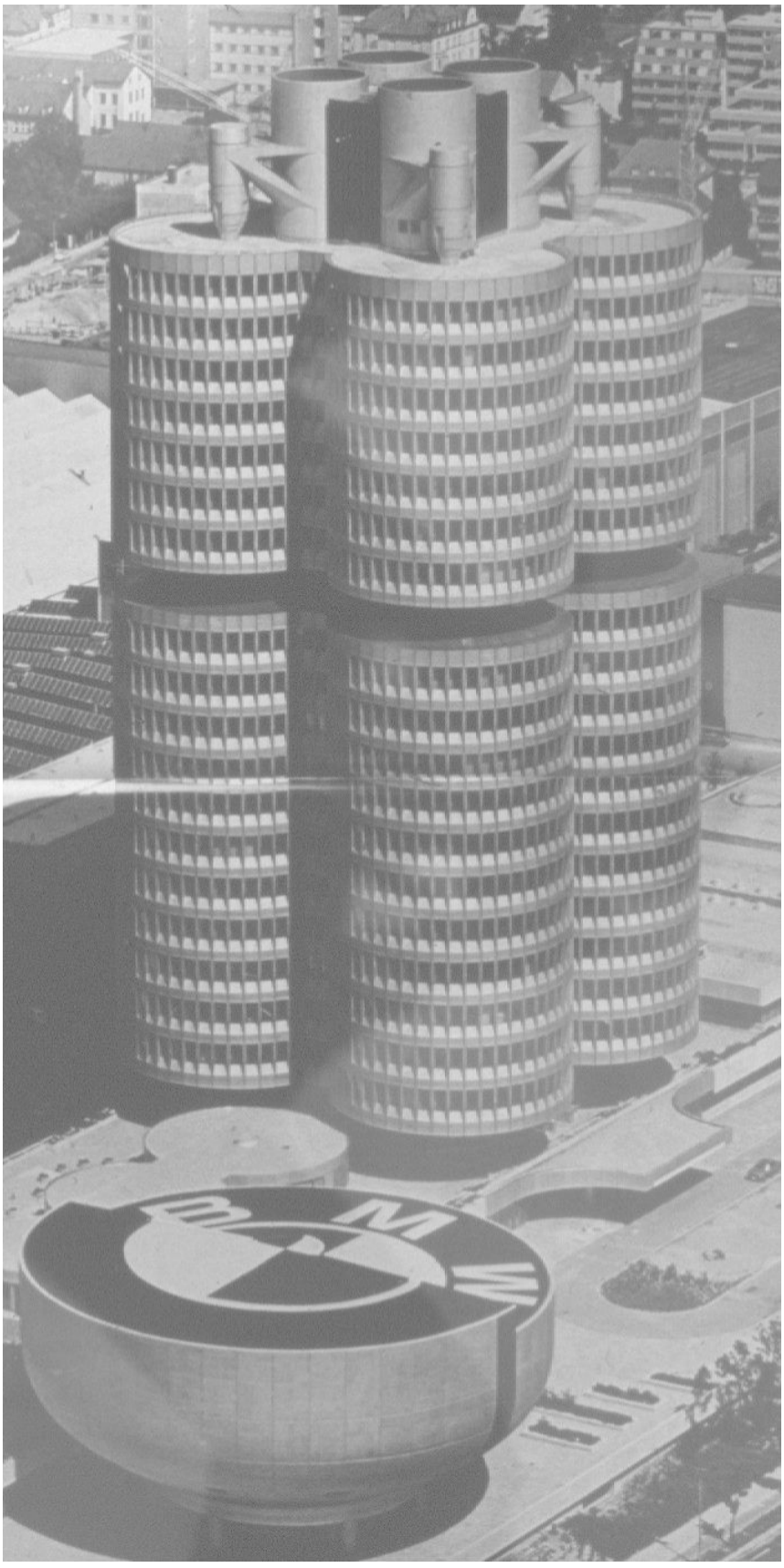

Abb. 59: BMW-Verwaltung, München, 1973, Karl Schwanzer, Zustand kurz nach Fertigstellung

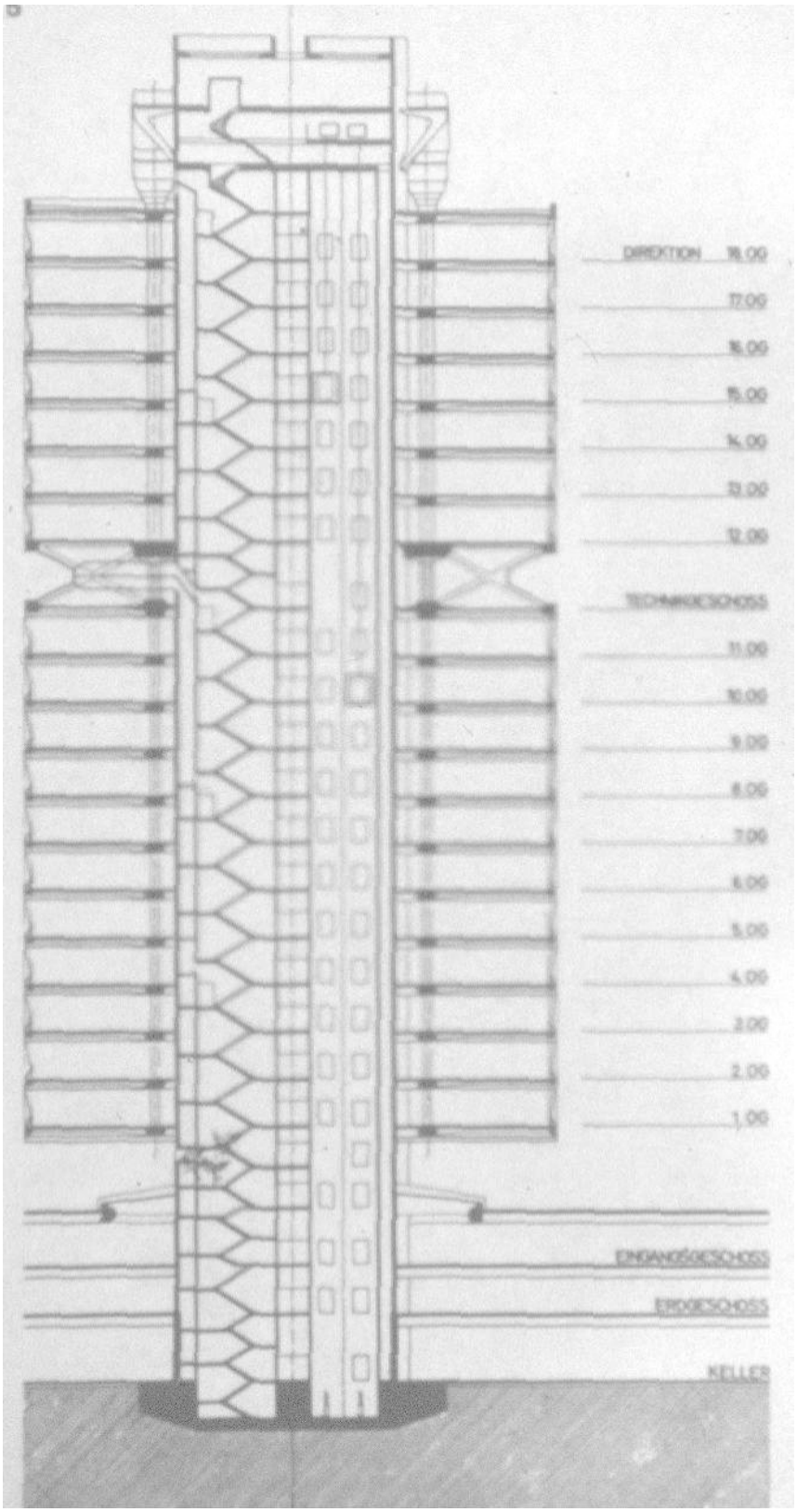

Abb. 60: BMW-Verwaltung, München, 1973, Karl Schwanzer, Schnitt

Abb. 61: Verwaltung der Bayerischen Rückversicherung, München, 1976, Uwe Kiessler, Zustand 2002

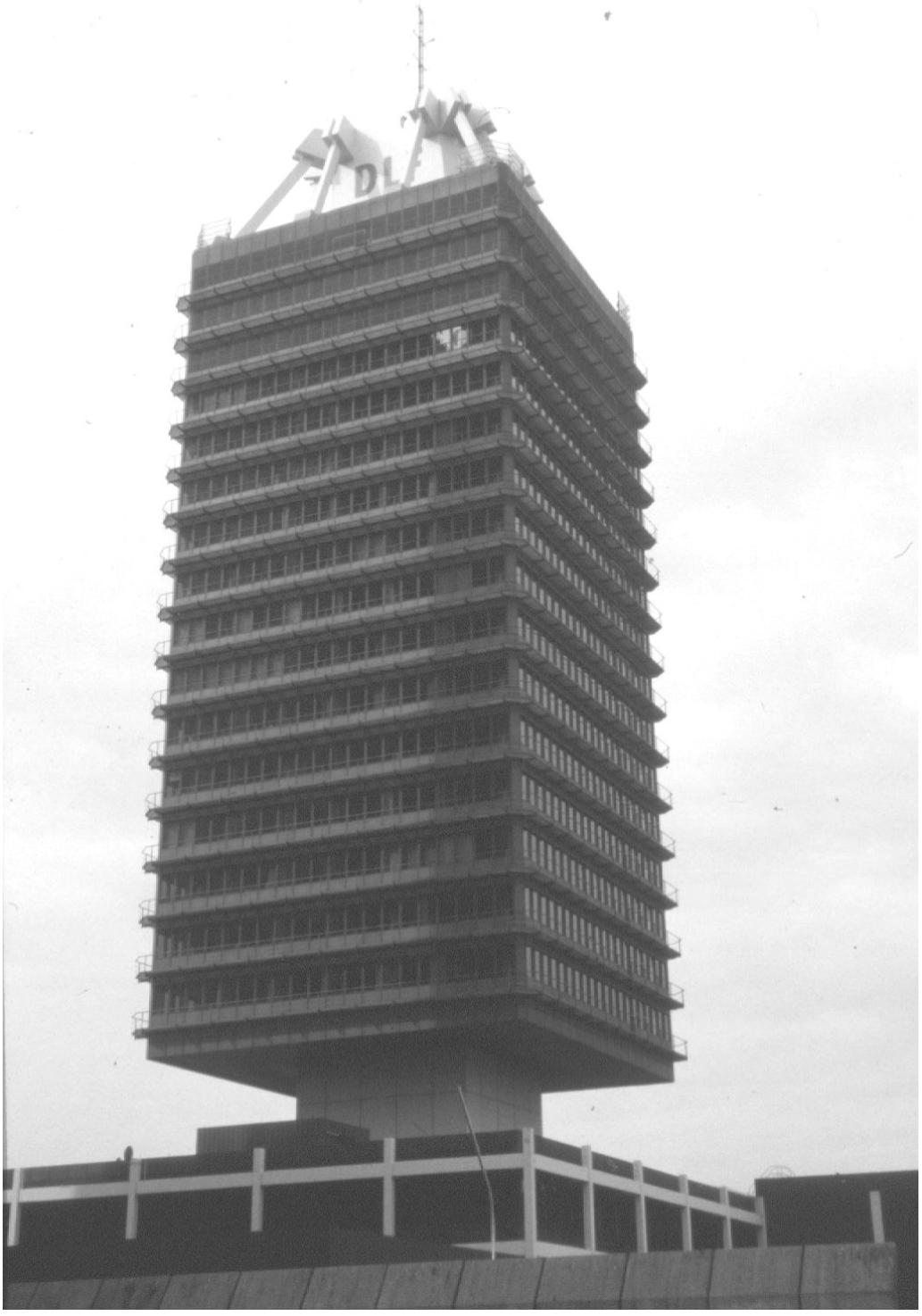

Abb. 62: Büro- und Studiogebäude des Deutschlandfunks, Köln, 1979
Gerhard Weber, Zustand 2002

13 Abbildungsnachweis

Abb. 1 Lowinski 1964, S. 141, Schaubild 44
Abb. 2 Großstadtbildung 1960, Beilage, Skizze 6
Abb. 3 Lange 1938, S. 302
Abb. 4 Großstadtbildung 1960, Beilage, Skizze 5
Abb. 5 Stadtarchiv Marl, Fotosammlung, 16830-10
Abb. 6 Stadtarchiv Marl, Fotosammlung, 16831-1a
Abb. 7 Stadtarchiv Marl, Fotosammlung, 16831-152, Luftbild M. Frank, freigegeben durch den Regierungspräsidenten Münster, Freigabe-Nr. 207/71
Abb. 8 Stadtarchiv Marl, Fotosammlung, 16831-265
Abb. 9 Stadtarchiv Marl, Fotosammlung, 16831-379
Abb. 10 Stadtarchiv Marl, Akte Rathaus Marl (1957-1965), AA II.-1103
Abb. 11 Stadtarchiv Marl, Fotosammlung, 16831-6
Abb. 12 Stadtarchiv Marl, Fotosammlung, 16831-58
Abb. 13 Stadtarchiv Marl, Fotosammlung, 16831-385
Abb. 14 Stadtarchiv Marl, Fotosammlung, 16831-203
Abb. 15 Stadtarchiv Marl, Fotosammlung, 16831-67
Abb. 16 Stadtarchiv Marl, Akte Rathaus Marl (1957-1965), AA II.-1103
Abb. 17 Stadtarchiv Marl, Fotosammlung, 16831-158
Abb. 18 eigene Aufnahme 9/2002, S. K.
Abb. 19 Hochtief Nachrichten 1967, S. 25
Abb. 20 Stadtarchiv Marl, Akte Rathaus Marl (1957-1965), AA II.-1103
Abb. 21 Stadtarchiv Marl, Akte Rathaus Marl (1957-1965), AA II.-1103
Abb. 22 Hochtief Nachrichten 1967, S. 3
Abb. 23 Bolten 1981, S. 29
Abb. 24 eigene Aufnahme 4/2000, S. K.
Abb. 25 eigene Aufnahme 4/2000, S. K.
Abb. 26 Architektur – Urbanismus 1976, S. 56
Abb. 27 Mácel 1994, S. 117
Abb. 28 Van aula, S. 5, Abb. 8
Abb. 29 Gray 1981, S. 90, Abb. 172
Abb. 30 architektur wettbewerbe 1958, S. 29, Abb. 5
Abb. 31 architektur wettbewerbe 1958, S. 29, Abb. 4
Abb. 32 architektur wettbewerbe 1958, S. 34, Abb. 1
Abb. 33 architektur wettbewerbe 1958, S. 31, Abb. 3
Abb. 34 architektur wettbewerbe 1958, S. 38, Abb. 2
Abb. 35 eigene Aufnahme 4/2002, S. K.
Abb. 36 architektur wettbewerbe 1958, S. 48, Abb. 5
Abb. 37 architektur wettbewerbe 1958, S. 54, Abb. 4

Abb. 38 architektur wettbewerbe 1958, S. 57, Abb. 2
Abb. 39 architektur wettbewerbe 1958, S. 43, Abb. 2
Abb. 40 Fleig 1963, S. 138
Abb. 41 architektur wettbewerbe 1958, S. 51, Abb. 2
Abb. 42 Madynski 1998, S. 76
Abb. 43 architektur wettbewerbe 1958, S. 61, Abb. 4
Abb. 44 architektur wettbewerbe 1958, S. 63, Abb. 3
Abb. 45 Rathaus in Toronto 1966, S. 104
Abb. 46 Roy 1965, S. 1484
Abb. 47 Jones 1962, S. 41
Abb. 48 Jones 1962, S. 80f.
Abb. 49 Baldwin 1996, S. 17
Abb. 50 Rasch 1928, S. 1125
Abb. 51 Edificio El Pilar 1996, S. 26
Abb. 52 Kantoorgebouw voor Philips 1965, S. 264
Abb. 53 Kantoorgebouw Société B. P. 1965, S. 178
Abb. 54 eigene Aufnahme 4/2000, S. K.
Abb. 55 eigene Aufnahme 10/1998, S. K.
Abb. 56 Hitchcock 1973, S. 142
Abb. 57 Klotz: Schneider-Esleben 1987, S. 99
Abb. 58 eigene Aufnahme 8/2002, S. K.
Abb. 59 Architektur aus Leidenschaft 1974, S. 120f.
Abb. 60 Schwanzer 1972, S. 1064
Abb. 61 eigene Aufnahme 5/2002, S. K.
Abb. 62 eigene Aufnahme 8/2002, S. K.